Willy Klages

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft in zwei Bänden, Band III/1

Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein
und
71 Jahre Vasallenschaft

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft
in zwei Bänden, Band III/1

Das Schicksal der Deutschen
nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein und 41 Jahre Vasallenschaft

Inhaltsverzeichnis Band III/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	4
Anstatt eines Vorwortes	5-9
Zusammenbruch des "Dritten Reiches" - Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gründung der BRD und der DDR (1945-1949): 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein für die Deutschen Hitlers Ende und die Bildung einer "Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches" Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht Die Nachkriegsziele der Siegermächte	10-24
Die alliierte Besatzungspolitik in Mittel- und Westdeutschland Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen: Verschleppung zur Leistung von "Wiederaufbauarbeiten" Die planmäßige Tötung von deutschen Kriegsgefangenen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Die Berliner Deklaration Die Potsdamer Konferenz Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa "Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien Die "Umsiedlung" nach der Potsdamer Konferenz Reparationen und Wiedergutmachungen Entnazifizierung und Umerziehung in Mittel- und Westdeutschland Die völkerrechtswidrige Hungerpolitik der sogenannten Befreier	25-172
Die US-Besatzer in Westdeutschland Ludwig Adolphus Fritsch: "THE CRIME OF OUR AGE" - "Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk" Ralph Franklin Keeling: "Gruesome Harvest" - "Schreckliche Ernte"	173-246
Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durch die Siegermächte Truman Doktrin Marshall-Plan Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde Das Besatzungsstatut für die westdeutschen Besatzungszonen Die Verfassung der alliierten Militärgouverneure für die westdeutschen Besatzungszonen Die Gründung der NATO	247-279
Die von den Siegermächten geschaffenen Besatzungskonstrukte BRD und DDR - Von der Gründung der BRD und der DDR bis zur Vereinigung Mit-	280-338

tel- und Westdeutschlands (1949-1990): 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen Gründung der Bundesrepublik Deutschland Gründung der Deutschen Demokratischen Republik Die Oder-Neiße-Linie sowie Spaltung statt Vereinigung" Mittel- und Westdeutschlands Anwerbung von ausländischen Gastarbeitern Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft ("EURATOM") Neue Ostpolitik: Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen Politische Instrumentalisierung des Schuldkultes Die Zöglinge der Frankfurter Schule: "68er Bewegung" und "Die Grünen" Niedergang des Christentums	
DDR 2.0 - Von der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands bis zur DDR 2.0 (1990-2020): 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen Zusammenbruch der DDR Der völkerrechtliche Status der BRD und DDR von 1949-1990 Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands Staatlich angeordnete Destabilisierungsmaßnahmen nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands Politische Instrumentalisierung des Schuldkultes Einseitige Erinnerungskultur	339-417
Inhaltsverzeichnis Band III/2	**Seite**
Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft Asylanten und illegale Einwanderer Genderismus Die Zerstörung der traditionellen Familie Die Zerstörung des deutschen Bildungssystems	3-42
Die Zöglinge der Frankfurter Schule: "Die Grünen", "Bündnis90/Die Grünen"	43-67
NATO-Osterweiterung und Reduzierung der deutschen Bundeswehr	68-87
Bildung eines EU-Zentralstaates	88-205
Staatlich angeordnete Energiewende bzw. systematische Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft	206-248
Der weltweit inszenierte Corona-Wahn der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	249-272
Scheindemokratie: Die sogenannte "repräsentative Demokratie" der Bundesrepublik Deutschland	273-310
Die "Vierte Gewalt": Gleichschaltung der Berichterstattung und Meinungsäußerungen in der Bundesrepublik Deutschland	311-343
Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland von 1990-2020	344-407
Tage- oder wochenlanger Stromausfall Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft durch die eigene Regierung Petitionen an den Deutschen Bundestag Netzzusammenbrüche (Blackouts) Kampf ums nackte Überleben	408-417

Widerstandsrecht gegen staatsgefährdende Maßnahmen des Staates Hochverrat wegen Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland Recht zum Widerstand Nach der verlorenen Freiheit droht zusätzlich der Verlust der Heimat Wer die Geschichte des eigenen Volkes ignoriert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen	
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	418-429

Danksagung und Widmung

> Unsere Hauptaufgabe ist nicht, zu erkennen, was unklar in weiter Entfernung liegt, sondern zu tun, was klar vor uns liegt.
> *Thomas Carlyle (1795-1881, schottischer Historiker und Philosoph)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hamed Abdel-Samad, Fouad Adel, Konrad Adenauer, Ruth Andreas-Friedrich, James Bacque, Bruno Bandulet, André Barmettler, Peter Bartels, Josephine Barthel, Philip Baugut, Reinhart Beck, Hans Joachim Berbig, Wolfgang Bergmann, Sucharit Bhakdi, Sonja van Biezen, Philipp von Bismarck, Günter Böddeker, Erhardt Bödecker, Hans Werner Bracht, Paul Carell, Herbert Czaja, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Ernst Deuerlein, Christian Dorn, Holger Douglas, Alfred Dregger, Christopher Duffy, Wolfgang Effenberger, Jürgen Elsässer, David Engels, Karl Dietrich Erdmann, Frank Fabian, Uwe Felgenhauer, Norman G. Finkelstein, Jan von Flocken, Frederick Forsyth, Karl Wilhelm Fricke, George Friedman, Joseph Frings, Ludwig Adolphus Fritsch, Lothar Fritze, Lothar Gassmann, Mathias von Gersdorff, John Gimbel, Wilhelm von Gottberg, Martin Graf, Roy Grassmann, Eva Maria Griese, Richard Grill, Johannes Gross, Alfred Grosser, Sebastian Haffner, Peter Haisenko, Jürgen Henkel, Eva Herman, Rolf Hochhuth, Joachim Hoffmann, Gertrud Höhler, Klaus Höpcke, Klaus Hornung, Herbert Hupka, Lorenz Jäger, Karl Jaspers, Karl Jering, Robert Jungk, Wolfgang Kaufmann, Ralph Franklin Keeling, Günter Keil, George F. Kennan, Herbert Kickl, Manfred Kleine-Hartlage, Paul Klemm, Tilman Knechtel, Horst Koch, Hans Köchler, Enrico Komning, Volker Koop, Walter Közle, Ekkehard Kuhn, Rüdiger Lenhoff, Domenico Losurdo, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Horst-Joachim Lüdekke, Herbert Ludwig, Heinrich Lummer, Klaus-Rüdiger Mai, Sonja Margolina, Werner Maser, Philippe Mastronardi, Milosz Matuschek, Rainer Mausfeld, Christa Meves, Jochen Mitschka, Horst Möller, Walter Müller-Bringmann, Martin Müller-Mertens, Norman Naimark, Heinz Nawratil, Elisabeth Nussbaumer, Manfred Oertel, Henry Paul, Joachim Paul, Hans Penner, Roger Peyrefitte, Daniell Pföhringer, Hans-Werner Rautenberg, Gerhard Reichling, Klaus Rainer Röhl, Friedrich Romig, John Sack, Ulrich Schacht, Karl Albrecht Schachtschneider, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Ingrid Schlotterbeck, Carlo Schmid, Thomas Schmid, Franz Scholz, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Sigurd Schulien, Thorsten Schulte, Kurt Schumacher, Eva Schweitzer, Martin Sellner, Peter Sloterdijk, Karlhans Sonnenburg, M. Spanehl, Dieter Stein, Erika Steinbach, Gabor Steingart, Sven von Storch, Alfred Streim, Michael Stürmer, Arno Surminski, John Swinton, Tito Tettamanti, Wolfgang Thüne, Bassam Tibi, Eberhard Troeger, Hans-Peter Uhl, Udo Ulfkotte, Peter Ulrich, Kurt Wagner, Alice Weidel, Jan Werner, Richard A. Werner, Jens Wernicke, Willy Wimmer, Michael Winterhoff, Klaus Wippermann, Gerhard Wisnewski, Katja Wolters, Marianne Wüthrich und Alfred Maurice de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

> Die Gegenwart ist die einzige Zeit, die uns wirklich gehört, und wir sollten sie nach Gottes Willen nutzen.
> *Blaise Pascal (1623-1662, französischer Mathematiker und Schriftsteller)*

Wer unsere gegenwärtige Welt beurteilen und verstehen will, muß zunächst wissen, wie es in früheren Epochen war und wie sich die Menschheitsgeschichte im Laufe der Jahrhunderte entwickelte.

Unsere Eltern, unsere Großeltern und deren Vorfahren starben und auch wir müssen ihnen irgendwann folgen. Was die Zukunft bringt, wissen wir natürlich nicht, aber wir sollten unsere Kinder, Enkel und Urenkel wenigstens über die Vergangenheit informieren und aufklären, damit sie daraus Lehren für die Zukunft ziehen und gefährliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und vermeiden können.

Von den Sippen, Clans oder Stämmen zu den weltlichen und religiösen Terrororganisationen

Die Geschichte der Menschheit zeichnete sich leider mehrheitlich nicht durch Nächsten- und Friedensliebe aus, sondern sie wurde in erster Linie durch gewalttätige Handlungen (kriegerische Eroberungen und Gewaltherrschaft) bestimmt. Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Toleranz und andere positive Charaktereigenschaften wurden seit jeher als Dummheit oder Schwäche ausgelegt und gnadenlos ausgenutzt. Schon in der Urzeit erschlugen sich die Menschen gegenseitig, wenn einheimische Familien, Sippen, Clans oder Stämme ihre überlebenswichtigen Höhlen und Siedlungsräume gegen fremde Eindringlinge verteidigten.

Jeder kämpfte unentwegt gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich spezielle Dinge und Vorteile vor den Konkurrenten zu sichern. Fast jeder suchte nur seinen eigenen Nutzen, damit er seine persönliche Existenz erhalten und seinen materiellen Besitz möglichst fortwährend vergrößern und schützen konnte. In diesem endlosen Existenzkampf setzten sich vor allem der Aggressionstrieb, Hab- und Machtgier, Neid, Trägheit sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

Wie in der Natur bzw. im Tierreich dominierten grundsätzlich die Starken aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten (Diktatur von Einzelpersonen, Gruppen oder Völkern bzw. Staaten). Je brutaler und skrupelloser die unterworfenen Gegner ausgemerzt, versklavt oder vertrieben wurden, desto erfolgreicher konnten die expandierenden Eindringlinge ihre Machtpositionen erweitern und festigen.

Die herrschende Klasse (Adel), die fast ausschließlich von der schweren Arbeit des unterdrückten Volkes lebte, schloß später einen Pakt mit der katholischen Kirche und anderen pseudoreligiösen Gruppen (Islam etc.). Seit dem 4. Jahrhundert (Frühmittelalter) verbündeten sich der europäische Adel und die katholische Kirche, um auf Kosten des größtenteils besitzlosen und unfreien Volkes ein angenehmes, sorgenfreies Leben zu führen. Die religiösen Gruppen wurden von den weltlichen Herrschern vor allem als nützliche Instrumente der Machterweiterung und des Machterhalts betrachtet, weil man das ungebildete Volk mit Hilfe der Religion bzw. des Glaubens leichter dirigieren, systematisch manipulieren und noch ungehemmter ausbeuten konnte.

Im Jahre 1717 entstand in London die erste Großloge der Freimaurer. Die Entstehung bzw. Entwicklung der Freimaurerei wurde vor allem durch die furchtbaren Konfessionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts in Europa geprägt. Viele trauten es den damaligen weltlichen und kirchlichen Herrschern nicht mehr zu, den versprochenen Frieden zu gewährleisten, deshalb traten die Freimaurer nicht für trennende Religionen, Konfessionen, Stände, Nationen, Rassen, Klassen usw. ein.

Die Freimaurer wollten die Menschen angeblich durch Selbstvervollkommnung, Selbstverwirklichung und Förderung des sittlichen Lebens umerziehen, um einen neuen, einen besseren

Menschen zu schaffen. Dieses unermüdliche Arbeiten am "rohen Stein" war ein wesentliches Anliegen der Freimaurerei." Die französischen Freimaurerlogen prägten zuerst die ethischen Grundsatzformeln von der Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit.
Auf den ersten Blick war man der Meinung, daß die Freimaurer eigentlich nur das wahre Christentum verwirklichen wollten. Die Freimaurer wollten jedoch christliche Ideale ohne Christus verwirklichen, denn der Mensch und die Welt standen im Zentrum allen Strebens und nicht Christus und das Reich Gottes.
Den Freimaurern ging es nie um Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit, sondern dieser Geheimbund hatte sich dem völligen Relativismus verschworen, daß z.B. alle Wahrheiten veränderlich seien und daß es keine allgemeingültigen Wahrheiten geben würde. In erster Linie verfolgten die Freumaurer lediglich die Durchsetzung ihrer machtpolitischen Herrschaftsansprüche. Seit Gründung des Freimaurerordens gab es für die Freimaurer eigentlich nur ein Ziel:
Beständig und unaufhörlich geistige, wirtschaftliche und politische Revolutionen sowie kriegerische Auseinandersetzungen zu planen, zu organisieren, zu finanzieren und durchzuführen.
Obgleich die freimaurerische Geschichtsschreibung grundsätzlich politische, revolutionäre oder kriegerische Handlungen leugnete, wurden seit dem 18. Jahrhundert fast alle bedeutenden politischen Geschehnisse der Weltgeschichte von den geheimen Freimaurerlogen entscheidend beeinflußt.
Die Freimaurer beteiligten sich direkt oder indirekt an fast allen gewalttätigen Revolutionen und kriegerischen Auseinandersetzungen des 18., 19., 20. und 21. Jahrhunderts, um den totalitären Weltstaat der Freimaurer zu verwirklichen. Bei den Freimaurerlogen handelte es sich seit ihrer Gründung um politische Geheimgesellschaften, die geheime Staaten ("Tiefe Staaten") in den offiziellen Staaten bildeten. Die Freimaurer setzten vor allem auf Christentumfeindlichkeit, die geistige Zersetzung und die systematische Zerstörung des nationalen Kulturlebens der Völker sowie die allmähliche Auflösung der Nationalstaaten.
Um die angestrebte Neue Weltordnung zu realisieren, führten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung vielerorts langfristig geplante hinterhältige Destabilisierungsmaßnahmen durch. Die Freimaurer nutzten außerdem besonders die gleichgeschalteten Propagandamedien zur permanenten geistigen Zersetzungs- und kulturellen Unterhöhlungsarbeit. Infolge dieser lautlos wirkenden Methoden der Massenmedien förderten die Freimaurer-Geheimorganisation nachweislich den religionsfeindlichen Atheismus, den revolutionären Liberalismus und totalitäre Herrschaftssysteme (wie z.B. Kommunismus und Islamismus).

Geschichtsschreibung der weltlichen und religiösen Terrororganisationen

> Vielleicht kann ich die Wahrheit finden, indem ich die Lügen vergleiche.
> *Leo Trotzki, eigentlich Lew Dawidowitsch Bronstein (1879-1940, russischer Politiker)*

Die Geschichtsschreibung wurde schon immer von den jeweiligen Machthabern geprägt, deshalb wurden viele Ereignisse der Weltgeschichte naturgemäß sehr einseitig geschildert und Verbrechen der Gewinner in der Regel ausgeblendet. Die berufsmäßigen Geschichtsschreiber und Historiker berichteten und forschten gewöhnlich nicht im Auftrag einer objektiven historischen Wahrheit, sondern in erster Linie im Dienst der jeweiligen weltlichen und geistlichen Machthaber. Die meisten Historiker, die als Universitätsprofessoren oder Lehrer ihren Lebensunterhalt verdienten, waren verständlicherweise nicht daran interessiert, ihre Arbeitgeber (Staats- und Kirchenführer) zu verärgern und ihre Existenz zu gefährden.
Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden

konnte.
Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Machthaber berichtet diese Chronik auch speziell aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.
Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 28. Mai 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" über die politische Geschichtsschreibung der Deutschen(x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken …
Im Gegensatz dazu steht nicht, daß auch von Geschichtspolitik die Rede sein wird, von instrumentalisierter Erinnerungspolitik, denn diese bestimmt nicht nur das Handeln beziehungsweise die Barrieren für ein rationales Handeln der "hohen" Politik, sondern sie beeinflußt auch unser Alltagsleben, unser alltägliches Selbstverständnis - wenn wir etwa unablässig eingehämmert bekommen, daß wir ein "Tätervolk" seien, daß wir uns in Fortsetzung des unseligen Kollektivschuldvorwurfs als "Volk der Täter" zu verstehen hätten.
Eigenartigerweise wird das "Völkische" in diesen "Tätervolk-Anklagen" von den Beschuldigern offenbar gar nicht bemerkt. Denn andererseits soll es ja, wenn es nach ihnen geht, kein "deutsches Volk" mehr geben, sondern nur noch eine identitätslose und somit manipulierbare "Bevölkerung".
Wie diese Strategie der Manipulation funktioniert, hat der Historiker Michael Stürmer in äußerster Knappheit folgendermaßen formuliert: daß nämlich "in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet". Stürmer tat diesen Ausspruch ein Jahr nach der berühmten Rede Richard von Weizsäckers: "Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft", seiner Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages.
Diese vielbeachtete und in hoher Auflage verbreitete Rede wurde damals - man muß heute sagen: seltsamerweise - als eine Art Durchbruch und Aufbruch verstanden. Warum? Weizsäcker widersprach zum einen der wiederauferstandenen Kollektivschuldthese: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Landes gibt es nicht. Schuld ist ... nicht kollektiv, sondern persönlich." Und er fuhr fort: "Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben."
Diese Rede wurde vor 20 Jahren gehalten. Nach der heutigen indoktrinierten veröffentlichten Meinung wird nun sogar von den Enkel- und Urenkelkindern ein Schuldbekenntnis erwartet und eingefordert. Und wenn es nach dem Wunsch von Funktionären wie Michel Friedman gehen sollte, hat dies für alle Ewigkeiten zu gelten.
Der andere, damals ebenfalls wie die Ablehnung der Kollektivschuldthese zu Recht als positiv gewertete Aspekt der Weizsäcker-Rede war, daß er auch an die deutschen Opfer erinnerte. Heute würde von Weizsäcker dafür wohl aus der CDU ausgeschlossen, wenn man unter anderem die Berliner Vorgänge um einen dortigen Bezirksbürgermeister und die Auseinandersetzungen um seine Wertung des 8. Mai oder auch seine Ansprache zum Volkstrauertag 2004 als Maßstab nimmt.
Dabei hatte schon Theodor Heuss von einer "tragischen Paradoxie des 8. Mai" gesprochen, daß nämlich mit der bedingungslosen Kapitulation die Deutschen "in einem zugleich befreit und vernichtet worden sind". Den Tag der Kapitulation nur als "Tag der Befreiung" zu deuten, ohne zugleich des mit diesem Tag beginnenden millionenfachen Todes in Deutschland sowie abermals beginnender Unfreiheit hierzulande zu gedenken, das wäre ihm nicht in den Sinn gekommen.

Und auch nicht Kurt Schumacher, der zu selben Zeit ebenfalls auch scharf kritisierte: "Mit dem Wort von der Gesamtschuld beginnt eine große geschichtliche Lüge, mit der man den Neubau Deutschland nicht vornehmen kann." Diese Worte des früheren KZ-Häftlings und Vorsitzenden der SPD von der Kollektivschuld als "große geschichtliche Lüge" wären heute nicht mehr publizierbar, da sie den Nachteil haben, der Wahrheit zu entsprechen.
Die Kritik von Konservativen und Geschichtsbewußten an der Rede von Weizsäckers entzündete sich später an anderen seiner Formulierungen, hatte dieser doch selber zunächst betont - und damit eine Definition für die "Kunst des Erinnerns" gegeben - "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit."
Wie aber vertrug sich mit diesem Anspruch auf Wahrhaftigkeit sein lapidarer Satz: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung", wo doch die bekannte Militärdirektive JCS 1067 der Alliierten bestimmte: "Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat."
Zu von Weizsäckers Gunsten muß hinzugefügt werden, daß er auch das nun beginnende Leid benannte: "Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai begannen und danach folgten." Aber bei der Benennung dieser Leiden blieb er doch sehr zurückhaltend bis hin zu der von vielen als skandalös empfundenen Formulierung von der "erzwungenen Wanderschaft Millionen Deutscher".
Daß es sich bei dieser "Wanderschaft" um brutale Vertreibung, um den Tod von Millionen von Menschen, also um einen Völkermord handelte, davon kein Wort. Auch kein Wort, daß hier ein in der neueren Geschichte Europas unvergleichlicher Raub von fast einem Drittel des früheren deutschen Reichsgebietes - gegen jedes Völkerrecht - erfolgte. Statt dessen fand von Weizsäcker erwähnenswert: "Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber." Daß, als er diese offenbar versöhnlich gemeinten Worte sprach, die deutschen Gräber von den Polen schon längst zerstört und abgeräumt sowie überall die Erinnerungen an die Jahrhunderte deutsche Kulturleistungen ausgelöscht worden waren - auch darüber in seiner Rede kein Wort!
Eine ähnlich verharmlosende Geschichtssicht - immer dann, wenn es um die Schuld anderer Staaten geht - ist es auch, wenn von Weizsäcker sagte: "Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen." Erfolgte etwa kein sowjetischer Überfall auf Polen und dann auf Finnland? Gab es keine noch sehr viel weiterreichenden globalen Eroberungsstrategien der Sowjetunion? Hat es nicht die insgesamt 80 Millionen Opfer roter Diktaturen gegeben - eine welthistorisch wahrhaft unvergleichliche Zahl?
Diese sehr viel größeren Verbrechen des "linken Faschismus" werden bis heute aufgrund bestimmter Interessen bewußt verschwiegen. Dagegen ist die anhaltende Tendenz unübersehbar, immer noch uns Deutschen angeblichen Militarismus und imperiales Streben zuzusprechen, andere Staaten aber trotz ihrer eindeutigen Vergangenheit davon freizusprechen.
Und so wird auch der eigentliche deutsche Sonderweg sichtbar: Während alle Staaten dieser Welt ihre Geschichte zu ihren Gunsten schreiben - und das heißt allermeist zu ihren Gunsten fälschen, zumal wenn es gilt, Ansprüche gegenüber ihren Nachbarn zu erheben oder deren Ansprüche abzuwehren -, fälschen wir Deutschen als einziger Staat unsere Geschichte dann, wenn die Fakten zu unseren Gunsten sprechen, ferner auch, um etwaige eigene Ansprüche zu leugnen oder zu vermeiden.<<

Zusammenbruch des "Dritten Reiches" - Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gründung der BRD und der DDR (1945-1949): 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein für die Deutschen

Es ist undenkbar, daß die Mehrheit aller Deutschen verdammt werden soll mit der Begründung, daß sie Verbrechen gegen den Frieden begangen hätten. Das würde der Billigung des Begriffes der Kollektivschuld gleichkommen, und daraus würde logischerweise Massenbestrafung folgen, für die es keinen Präzedenzfall im Völkerrecht und keine Rechtfertigung in den Beziehungen zwischen den Menschen gibt.
Aus dem Urteil der Alliierten in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen gegen die IG Farben

Hitlers Ende und die Bildung einer "Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches"

Als Hitler während der täglichen Lagebesprechung am 30. April 1945 erfuhr, daß die sowjetischen Truppen bereits den Potsdamer Platz erreicht hatten und z.T. nur noch 300-400 m entfernt waren, ließt Hitler am Nachmittag seinen Wolfshund "Blondi" vergiften. Danach verabschiedeten sich Hitler und seine Frau, um Selbstmord zu begehen.

Im politischen Testament Hitlers hieß es z.B. (x023/368-369,372): >>... Ich habe noch drei Tage vor Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges dem britischen Botschafter in Berlin eine Lösung der deutsch-polnischen Probleme vorgeschlagen - ähnlich der im Falle des Saargebietes unter internationaler Kontrolle. Auch dieses Angebot kann nicht weggeleugnet werden. Es wurde nur verworfen, weil die maßgebenden Kreise der englischen Politik den Krieg wünschten, teils der erhofften Geschäfte wegen, teils getrieben durch eine, vom internationalen Judentum veranstaltete Propaganda.

Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn die Völker Europas wieder nur als Aktienpakete dieser internationalen Geld- und Finanzverschwörer angesehen werden, dann auch jenes Volk mit zur Verantwortung gezogen wird, daß der eigentliche Schuldige an diesem mörderischen Ringen ist: Das Judentum!

Ich habe weiter keinen darüber im Unklaren gelassen, daß dieses Mal nicht nur Millionen Kinder von Europäern der arischen Völker verhungern werden, nicht nur Millionen erwachsener Männer den Tod erleiden und nicht nur Hunderttausende von Frauen und Kindern in den Städten verbrannt und zu Tode bombardiert werden dürften, ohne daß der eigentliche Schuldige, wenn auch durch humanere Mittel, seine Schuld zu büßen hat.

Nach einem sechsjährigen Kampf, der einst in die Geschichte trotz aller Rückschläge als ruhmvollste und tapferste Bekundung des Lebenswillens eines Volkes eingehen wird, kann ich mich nicht von der Stadt trennen, die die Hauptstadt dieses Reiches ist. Da die Kräfte zu gering sind, um dem feindlichen Ansturm gerade an dieser Stelle noch länger standzuhalten, der eigene Widerstand aber durch ebenso verblendete wie charakterlose Subjekte allmählich entwertet wird, möchte ich mein Schicksal mit jenem teilen, das Millionen anderer auch auf sich genommen haben, indem ich in dieser Stadt bleibe. Außerdem will ich nicht Feinden in die Hände fallen, die zur Erlustigung ihrer verhetzten Massen ein neues, von Juden arrangiertes Schauspiel benötigen.

Ich hatte mich daher entschlossen, in Berlin zu bleiben und dort aus freien Stücken in dem Augenblick den Tod zu wählen, in dem ich glaube, daß der Sitz des Führers und Kanzlers nicht mehr gehalten werden kann. Ich sterbe mit freudigem Herzen angesichts der mir bewußten unermeßlichen Taten und Leistungen unserer Soldaten an der Front, unserer Frauen zuhause, den Leistungen unserer Bauern und Arbeiter und dem in der Geschichte einmaligen Einsatz unserer Jugend, die meinen Namen trägt. ...<<

>>... Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.

Gegeben zu Berlin, den 29. April 1945, 4.00 Uhr.
Adolf Hitler

Als Zeuge:
Dr. Joseph Goebbels, Martin Bormann, Wilhelm Burgdorf, Hans Krebs.<<
Der uneinsichtige Zyniker äußerte kurz vor seinem Freitod am 30. April 1945 (x033/611): >>... Ich weiß, morgen schon werden mich Millionen Menschen verfluchen, - das Schicksal wollte es nicht anders ...<<
Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler, 1889 in Braunau/Österreich geboren, schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).
Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitler war ein effektiver Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung. Die riskanten Revisionen des Führers, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.
Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Der Traum vom 1.000jährigen 3. Reich wurde für die deutsche Nation schließlich zu einem endlosen Alptraum.
In der deutschen Geschichte gab es noch nie eine Epoche, einschließlich der verheerenden Katastrophen, die sich im Verlauf der Völkerwanderungen und des 30jährigen Krieges ereigneten, die Frauen, Kindern und alten Menschen vergleichbare Belastungen und unmenschliche Qualen auferlegte. Millionen von Ost- und Volksdeutschen, die größtenteils keine NS-Verbrechen verübt hatten, wurden 1944/45 dem sicheren Verderben preisgegeben. Die naiven Volksgenossen merkten erst nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches", daß man sie nur unentwegt belogen und betrogen hatte.
Durch die furchtbaren, ungeheuerlichen NS-Massenverbrechen besudelte Hitler das Ansehen und die Ehre des gesamten deutschen Volkes, das sich seit uralten Zeiten besonders durch seinen ausgeprägten Sinn für Recht und Redlichkeit ausgezeichnet hatte. Innerhalb von nur 12 Jahren zerstörte dieser größenwahnsinnige "Führer" eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte. Hitler, der sich schon bald als ein wahrer Teufel in Menschengestalt entpuppte, degradierte die jahrhundertelang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter".
Dieser "selbsternannte Führer", der seine treue Gefolgschaft eigentlich nur verachtet hatte, zertrümmerte vermutlich für alle Zeiten das herausragende kulturelle und politische Ansehen der bisherigen und zukünftigen deutschen Generationen.
Hitler hinterließ ein fast völlig zerstörtes Land und führte das Deutsche Reich nicht nur in die größte militärische und moralische Katastrophe der deutschen Geschichte, sondern er verursachte außerdem eine Staatsverschuldung von gigantischen Ausmaßen in Höhe von ca. 380,0-400,0 Milliarden RM (x033/620). Das Deutsche Reich verlor außerdem etwa 50 % des gesamten Volksvermögens (x074/1158).
Der NS-Rundfunk berichtete am 1. Mai 1945, um 22.26 Uhr, über Hitlers angeblichen Heldentod (x023/352): >>Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, daß unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist. Am 30. April hat der Führer Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt.<<
Dönitz, den Hitler verfassungswidrig per Testament zum Reichspräsidenten und Oberbefehls-

haber der Wehrmacht ernannt hatte, erklärte danach in einer Rundfunkansprache (x023/352): >>Der Führer ist gefallen.
Getreu seiner großen Idee, die Völker Europas vor dem Bolschewismus zu bewahren, hat er sein Leben eingesetzt und den Heldentod gefunden. ...
Der Führer hat mich zu seinem Nachfolger als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht und Staatsoberhaupt bestimmt.
Ich übernehme den Oberbefehl über alle Teile der deutschen Wehrmacht mit dem Willen, den Kampf gegen die Bolschewisten so lange fortzusetzen, bis die kämpfenden Truppen und bis die Hunderttausende von Familien des deutschen Ostraums vor der Versklavung und der Vernichtung gerettet sind. Gegen Engländer und Amerikaner muß ich den Kampf so weit und so lange fortsetzen, wie sie mich in der Durchführung des Kampfes gegen die Bolschewisten hindern.
Die Lage fordert ... weiteren bedingungslosen Einsatz. Nur durch vorbehaltlose Ausführung meiner Befehle werden Chaos und Untergang vermieden. Ein Feigling und Verräter ist, wer sich gerade jetzt seiner Pflicht entzieht und damit deutschen Frauen und Kindern Tod und Versklavung bringt.
Der dem Führer ... geleistete Treueid gilt nunmehr für jeden einzelnen ... mir als dem vom Führer eingesetzten Nachfolger.
Deutsche Soldaten, tut eure Pflicht.
Es gilt das Leben unseres Volkes.<<
Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 2. Mai 1945 bekannt (x013/563): >>An der Spitze der heldenmütigen Verteidiger der Reichshauptstadt ist der Führer gefallen. Von dem Willen beseelt, sein Volk und Europa vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu erretten, hat er sein Leben geopfert. Dieses Vorbild "getreu bis zum Tode" ist für alle Soldaten verpflichtend. ...<<
Weibliche Sanitätssoldaten der Roten Armee drangen morgens kampflos in den Führerbunker ein.
Festungskommandant General Weidling kapitulierte am 2. Mai 1945, um 15.00 Uhr. Der Kampf um Berlin war zu Ende.
Großadmiral Dönitz (nach Hitlers Selbstmord amtierender "Reichspräsident") bevollmächtigte am 2. Mai 1945 erfahrene Wehrmachtsbefehlshaber, unverzüglich Teilkapitulations- und Übernahmeverhandlungen aufzunehmen. In erster Linie wollte man genügend Zeit gewinnen, um die Soldaten des Ostheeres und die Flüchtlingsmassen vor den Sowjets zu retten. Für die Rettung des deutschen Ostheeres (noch etwa rd. 3.000.000 Soldaten) und der Flüchtlinge benötigte man mindestens 10 Tage.
Der damalige Staatschef Dönitz schrieb später in seinem Buch "10 Jahre und 20 Tage" (x031/25): >>... Es war mir klar, daß mir die dunkelste Stunde bevorstand, die ein Soldat erleben konnte, die Stunde der bedingungslosen militärischen Kapitulation. Ich wußte auch, daß mein Name für alle Zeiten mit ihr verknüpft bleiben würde und daß man mit Haß und Tatsachenentstellung versuchen würde, meine Ehre anzugreifen. Das Gebot der Pflicht verlangte von mir, daß dies alles keine Rolle spielen durfte.
Mein Regierungsprogramm war einfach. Es galt, so viele Menschenleben zu retten wie möglich. Das Ziel war das gleiche wie in den letzten Kriegsmonaten. Alle Maßnahmen waren unter diesem Gesichtspunkt zu treffen. ...<<
Großadmiral Karl Dönitz (1891-1980, Reichspräsident) bildete am 5. Mai 1945 eine "Geschäftsführende deutsche Reichsregierung". Graf Schwerin von Krosigk (1887-1977, Außenminister) übernahm die Gesamtleitung dieser Regierung. Weitere Regierungsmitglieder waren: Wilhelm Stuckardt (1902-1953, Reichsinnenminister), Albert Speer (1905-1981, Reichswirtschaftsminister), Ernst Backe (1896-1947, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft), Franz Seldte (1882-1947, Reichsarbeits- und Sozialminister) und Julius Dorpmüller

(1869-1945, Reichsverkehrsminister).
Generalfeldmarschall Keitel (Chef des OKW), Generaloberst Jodl (Chef des Wehrmachtführungsstabes), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine), Generalfeldmarschall Ritter von Greim (Oberbefehlshaber der Luftwaffe) und Generalfeldmarschall Kesselring (OB im Südraum) wurden in ihren Ämtern bestätigt.
Großadmiral Dönitz, das letzte Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, erteilte am 11. Mai 1945 folgende Anordnung für die deutsche Wehrmacht (x033/615): >>... (Das Auftreten bei der Begegnung mit den Alliierten habe) voller Stolz und Würde zu sein, (denn) ohne Flecken an unserer Ehre stehen wir Soldaten da.<<
Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle durch eine Giftkapsel Selbstmord.

Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht
Feldmarschall Montgomery (britischer Oberbefehlshaber) akzeptierte am 4. Mai 1945 die deutsche Teilkapitulation, weil er weitere deutsch-britische Kämpfe vermeiden wollte (x023/353). Im britischen Hauptquartier in der Lüneburger Heide unterzeichnete Generaladmiral von Friedeburg um 18.30 Uhr die Kapitulationsurkunde für alle deutschen Streitkräfte in den Niederlanden, Nordwestdeutschland, Dänemark und in Norwegen (ab 5.05.1945, 8.00 Uhr).
Montgomery erteilte anschließend den Befehl, die Wehrmachtstruppen aus Mecklenburg (Heeresgruppe Weichsel, Generaloberst Student) in britische Kriegsgefangenschaft zu übernehmen.
Zum Problem der Flüchtlingsübernahme bemerkte der britische Oberbefehlshaber (x044/86): >>... Er wolle über Möglichkeiten nachdenken, er sei ja kein Unmensch.<<
Feldmarschall Montgomery, der im Gegensatz zu General Eisenhower sehr viel tat, um den deutschen Flüchtlingen und Soldaten zu helfen, stellte später in seinen Erinnerungen fest (x028/91-92): >>Aus ihrem Verhalten merkte man sehr bald, daß die Russen, obschon gute Kämpfer, tatsächlich unzivilisierte Asiaten waren und noch nie eine Kultur gekannt hatten, die der des übrigen Europa vergleichbar war. Ihre Einstellung war in jeder Hinsicht völlig verschieden von unserer und ihr Benehmen, besonders gegenüber Frauen, widerte uns an. ...<<
Nach Abschluß der deutsch-britischen Verhandlungen flog von Friedeburg unverzüglich nach Reims und traf noch in der Nacht (am 4.05.1945) im nordamerikanischen Hauptquartier ein. Dort übermittelte von Friedeburg die deutschen Teilkapitulationsvorschläge.
US-Stabschef General Smith, der wie Eisenhower äußerst jähzornig war und schnell fuchsteufelswild wurde, teilte den Unterhändlern jedoch schon frühzeitig mit, daß General Dwight D. Eisenhower (1890-1969, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Westeuropa, von 1953-61 34. US-Präsident) jede Art von Teilkapitulation ablehnen würde und höchstens eine bedingungslose Gesamtkapitulation anerkennen könnte (x044/86).
Generaloberst Jodl flog am 6. Mai 1945 mit einer britischen Maschine nach Reims, um die schwierigen deutsch-amerikanischen Kapitulationsverhandlungen fortzusetzen, die auf der Gegenseite weiterhin von US-General Walter B. Smith geleitet wurden.
Der deutsche Schriftsteller Jürgen Thorwald (1915-2006) berichtete später über diese Verhandlungen (x027/421): >>... Jodl wurde zunächst von General Smith empfangen. Mit unpersönlicher, kühler Art erklärte er noch einmal ... Eine bedingungslose Kapitulation dieser Armeen auch gegenüber Rußland, so wie General Eisenhower sie fordere, liefere nicht nur die

deutschen Soldaten, sondern auch alle Deutschen, die sich noch im Schutze dieser Truppen befänden, der bolschewistischen Sklaverei aus.
Eine solche Tat könne kein Deutscher von Ehre mit seinem Namen decken. Der Fluch von Millionen würde seinen Namen ächten, und die deutsche Geschichte würde ihn als Verräter brandmarken. Keine deutsche Regierung könne die Truppen der genannten Heeresgruppen zwingen, einem Befehl zum Niederlegen der Waffen vor den Russen nachzukommen, solange sie noch einen Weg nach rückwärts in den amerikanischen Raum sähen. ...<<
US-General Smith teilte nach einer kurzen Rücksprache Eisenhowers ablehnende Antwort mit (x027/422): >>... Was die Schwierigkeiten betrifft, ... so kann ich Ihnen nicht helfen. ... Ich muß wiederholen, daß eine einseitige Einstellung der Kampfhandlungen ... und die Gefangennahme von Armeen, die zum größten Teil seit Jahren gegen unsere russischen Verbündeten gekämpft haben, eine absolute Unmöglichkeit ist. Sie widerspräche der Fairneß jedes Bündnisses. Sie machte uns zu Vertragsbrechern und untergrübe die Koalition, welche den Sieg über sie errungen hat. ...
Wenn ... einzelne deutsche Soldaten an die amerikanischen Linien kommen, so werden wir sie als Kriegsgefangene behandeln. Unter gar keinen Umständen aber können wir die Kapitulation ganzer Heeresgruppen entgegennehmen. Unsere Bedingungen sind eindeutig und unveränderlich. ...<<
US-General Smith drohte zum Schluß (x027/424): >>... Wenn Sie ablehnen, gelten die Verhandlungen als abgebrochen. Sie können dann mit den Russen allein verhandeln. Die Operationen unserer Luftstreitkräfte werden wieder aufgenommen, und unsere Linien werden auch für einzelne aus dem Osten kommende Soldaten und Zivilisten gesperrt.<<
Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (als Vertreter der Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation.
General Eisenhower, der sich bis zum Schluß starrsinnig weigerte, persönlich mit den Deutschen zu verhandeln, schrieb später in seinen Memoiren "Kreuzzug in Europa" (x106/432): >>Als Admiral von Friedeburg am 5. Mai in Reims eintraf, erklärte er, er möchte eine Reihe von Punkten klären. Für uns führte mein Chef des Stabes, General Smith, die Verhandlungen. Dieser teilte Friedeburg mit, daß es keinen Sinn habe, über irgend etwas zu debattieren, da wir nur eine bedingungslose Kapitulation entgegennehmen würden. Friedeburg gab vor, er sei nicht ermächtigt, ein solches Dokument zu unterzeichnen. ...
Uns war klar, daß die Deutschen Zeit gewinnen wollten, um möglichst viele deutsche Soldaten, die noch im Felde standen, hinter unsere Linien bringen zu können. Ich trug General Smith auf, er solle Jodl sagen, ich würde den Durchgang weiterer deutscher Flüchtlinge unter Gewaltanwendung verhindern, wenn sie nicht augenblicklich mit ihrer Vorspiegelungs- und Verzögerungstaktik aufhörten.
Ich hatte es satt, mich dauernd hinhalten zu lassen. Schließlich setzten Jodl und Friedeburg einen Funkspruch an Dönitz auf, worin sie um Vollmacht zur Unterzeichnung einer bedingungslosen Kapitulation baten, die 48 Stunden später in Kraft treten sollten. Hätte ich das noch länger mitgemacht, so hätten die Deutschen immer wieder eine Ausrede gefunden. ... Dönitz sah schließlich ein, daß er sich fügen mußte, und so unterzeichnete Jodl am 7. Mai um 2.41 Uhr die Kapitulation. Am 8. Mai um Mitternacht sollten alle Feindseligkeiten eingestellt werden. ... <<
Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<
Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deut-

sche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.
Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... daß die hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<
Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.
Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).
Ein Angehöriger der US-Air Force (gehörte zur Flugzeugbesatzung, die am 9. August 1945 eine Atombombe auf Nagasaki abwarf) berichtete später (x165/493): >>... Wenn der Krieg länger gedauert hätte, wäre die Bombe in Europa eingesetzt worden, daß weiß ich. Wir haben öfters Simulationsflüge durchgeführt, die über zwei-, dreitausend Meilen gingen. Der Bomberschütze, ich und der Navigator, wir flogen diese Einsätze. Das war alles für Deutschland geplant, darauf waren wir die ganze Zeit eingestellt. Das es die Japaner treffen sollte, war, glaube ich, eine Entscheidung, die Truman in der letzten Sekunde gefällt hat.<<
In einer Rundfunkansprache gab Graf Schwerin von Krosigk ("Leiter der Geschäftsführenden deutschen Reichsregierung") am 7. Mai 1945 die Kapitulation bekannt (x033/614): >>... Das Oberkommando der Wehrmacht hat heute auf Geheiß des Großadmirals Dönitz die bedingungslose Kapitulation aller Truppen erklärt. ...
(Auf dem) Weg durch das Dunkel der Zukunft ... (müssen wir uns) durch 3 Sterne erleuchten und führen lassen, die stets das Unterpfand echten deutschen Wesens waren: Einigkeit und Recht und Freiheit!<<
Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (x111/12): >>Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. ...<<
Charles de Gaulle erklärte am 8. Mai 1945 während eines Dankgottesdienstes in der Kathedrale von Notre-Dame in Paris (x111/12): >>... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.<<
Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst
In dieser militärischen Kapitulationsurkunde hieß es (x092/927): >>1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft. ...<<
Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft.
Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 9. Mai 1945 bekannt (x013/569): >>Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast 6jährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.
Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergeßliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften unter schwersten Opfern unterstützt.
Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.

Den Leistungen und Opfern der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Jeder Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes.
Die Wehrmacht gedenkt in dieser schweren Stunde ihrer vor dem Feinde gebliebenen Kameraden.
Die Toten verpflichten zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin gegenüber dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.<<
Nach der deutschen Kapitulation atmete die deutsche Bevölkerung zwar erleichtert auf, aber fast alle Deutschen reagierten gleichzeitig tief erschüttert. Infolge der Sinnlosigkeit des verlorenen Krieges, der jahrelang Tod und Verderben über Millionen gebracht hatte, brachen die meisten Deutschen vor Jammer und Schmerz regelrecht zusammen.
Nach der Kapitulation verkündeten die "Großen Drei" - Truman, Churchill und Stalin - am 9. Mai 1945 in Rundfunkansprachen den Sieg über Deutschland.
US-Präsident Truman erklärte nach dem Sieg über Deutschland (x106/436): >>Die alliierten Armee haben durch Opfer und Hingabe und mit Gottes Hilfe eine endgültige und bedingungslose Kapitulation Deutschlands erkämpft. Die westliche Welt ist von den bösen Mächten befreit, die fünf Jahre und länger Menschen ins Gefängnis geworfen und die Leben von Millionen und Abermillionen freigeborener Männer zerbrochen haben.
Sie haben die Kirchen dieser Menschen geschändet, ihre Heime zerstört, ihre Kinder verdorben und ihre Lieben ermordet. Die Armeen der Befreiung haben jenen leidenden Völkern, deren Geist und Willen die Unterdrücker niemals versklaven konnten, die Freiheit wiedergegeben.
Viel bleibt noch zu tun. Der im Westen errungene Sieg muß jetzt auch im Osten gewonnen werden; die ganze Welt muß von dem Bösen gesäubert werden, von dem ihre eine Hälfte bereits befreit worden ist.
Gemeinsam haben die friedliebenden Nationen im Westen bewiesen, daß ihre Waffen weit stärker sind als die Macht der Diktatoren. ...
Aber die Fähigkeit unserer Völker, sich gegen alle Feinde zu verteidigen, muß im pazifischen Krieg (gegen Japan) ebenso bewiesen werden, wie sie in Europa bewiesen worden ist.
Für den Triumph des Geistes und der Waffen, den wir errungen haben und für seine Folgen für die Völker allenthalben, die wir die Freiheit lieben, gehört es sich, daß wir als Nation dem allmächtigen Gott Dank abstatten, der uns gestärkt und den Sieg gegeben hat.<<
Premierminister Winston Churchill erklärte nach dem Sieg über Deutschland (x106/436): >>... Nachdem das tapfere Frankreich zu Boden geschlagen worden war, führten wir von dieser Insel und von unserem geeinten Empire aus den Kampf ein ganzes Jahr lang allein weiter, bis uns die militärische Macht Sowjetrußlands an die Seite trat und später die überwältigende Stärke und die überwältigenden Hilfsmittel der Vereinigten Staaten von Amerika.
Schließlich stand beinah die ganze Welt geeint gegen die Übeltäter, die nun zu unseren Füßen liegen. Alle Herzen hier auf dieser Insel und im ganzen Empire schlagen in Dankbarkeit für unsere herrlichen Verbündeten.
Wir dürfen uns eine kurze Weile Freude gönnen; wir wollen aber nicht vergessen, welche harte Arbeit und welche Anstrengungen vor uns liegen. Japan, das verräterische, gierige Japan, ist noch nicht besiegt. Der Schaden, den es Großbritannien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern zugefügt hat, ... schreit nach Rache und Vergeltung. Wir müssen nun unsere ganze Kraft ... zur Erfüllung dieser Aufgabe einsetzen.
Vorwärts Britannia! Lang lebe die Sache der Freiheit.
Gott schütze den König.<<
Der sowjetische Staats- und Parteichef Josef Stalin verkündete nach dem Sieg über Deutschland (x106/436): >>Der große Siegestag ist da. Das faschistische Deutschland ist von den

Truppen der Roten Armee und den Truppen unserer Alliierten auf die Knie gezwungen worden. Deutschland hat sich als besiegt erklärt. Wenn man die Bestrebungen der deutschen Machthaber im Auge hat, so weiß man, daß man weder ihrer Unterschrift noch ihrem Wort Glauben schenken darf. Die Deutschen haben nunmehr ihre Waffen zu strecken.
Wenn sie, wie in der Tschechoslowakei noch Widerstand leisten, so wird die Rote Armee diesen Widerstand zu brechen verstehen.
Jetzt ist ... der historische Moment des Sieges gekommen. Das sowjetische Volk hat gewaltige Opfer und unermeßliche Leiden für sein Vaterland gebracht. Die slawischen Völker haben endgültig über die deutsche Tyrannei gesiegt.
Jetzt weht über den Völkern Europas die Freiheitsfahne. Vor drei Jahren hatte Deutschland die Absicht gehabt, die Sowjetunion durch Abtrennung des Kaukasus, der Ukraine, Weißrußland und der baltischen Staaten zu zerstückeln.
Es geschah jedoch etwas ganz anderes: Deutschland sieht sich gezwungen, bedingungslos zu kapitulieren. Die Sowjetunion gedenkt aber nicht, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten.
Genossen!
Der große vaterländische Krieg ist siegreich beendet. Wir können nunmehr wieder zu unserer friedlichen Arbeit zurückkehren. Ruhm dem großen Volk der Sowjetunion, Ruhm der Sowjetarmee und Sowjetflotte und ... denen, die ihr Leben für das Vaterland geopfert haben.<<

Die Nachkriegsziele der Siegermächte
Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.
Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtete am 18. Mai 1945 (x111/24): >>Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan berichtete am 19. Mai 1945 aus der US-Botschaft in Moskau (x116/35): >>Man kann getrost behaupten, daß kein anderer Personenkreis irgendwo auf der Welt sich der entscheidenden Wichtigkeit der Zeit nach dem Waffenstillstand, ihrer Möglichkeiten und Gefahren stärker bewußt ist als die Führer der Sowjetunion.
Selber Träger eines Regimes, das aus dem chaotischen Nachspiel des Ersten Weltkriegs erwuchs, sehen sie in aller Klarheit, daß es die jetzt während des auf die Militäraktionen folgenden allgemeinen Durcheinanders gezogenen Linien sind, die sich verfestigen und Bestand haben und das Gewicht der Zukunft bestimmen werden.
Die Entscheidungen der nächsten paar Wochen halten sie für wichtiger als selbst die Beschlüsse zukünftiger Friedenskonferenzen. Denn diese werden nach Auffassung der Sowjets wenig mehr ergeben als eine Bestätigung der Landmarken, die aufgestellt wurden als alles im Fluß war. ...<<
Die US-Militärregierung veröffentlichte am 26. Mai 1945 die Hauptziele der US-Besatzungsmacht (x073/216): >>Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und

Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<
US-General Eisenhower erklärte während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte am 12. Juni 1945 (x114/1.43): >>... Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als "normal" empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können.
Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt, nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen, und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<
Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.
Stalin, der kühle Rechner und verschlagene Verhandlungsexperte, war eindeutig der Sieger des Zweiten Weltkrieges. Stalin hatte frühzeitig erkannt, was die westlichen Alliierten erst noch mühsam lernen mußten und zunächst nicht einsehen wollten: "Wer Deutschland beherrschte, besaß auch den Schlüssel für Westeuropa".
Die Westmächte verloren bereits bei den Konferenzen in Teheran, Jalta und in Potsdam vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Nach der Potsdamer Konferenz verschlechterten sich die Beziehungen der Kriegsalliierten zusehends.
Der "Kalte Krieg" gegen die einstigen Verbündeten war kein Zufallsprodukt, denn Stalin benötigte den "Eisernen Vorhang", um ungestört den Beginn der sog. "Kommunistischen Weltrevolution" einzuleiten. Der "verhinderte Priester" Stalin verwirklichte damals konsequent seine politischen Pläne und installierte in allen "befreiten Ländern" kommunistische Gesellschafts- bzw. Terrorsysteme.
Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.
Die Nordamerikaner zeigten zunächst nur geringes Interesse, sich langfristig im geschwächten Nachkriegseuropa zu binden. Die US-Amerikaner waren hauptsächlich daran interessiert, aufnahmefähige Absatzmärkte zu sichern und ließen Stalin ungehindert agieren, so daß sich das kommunistische System nicht nur in Ost-Mitteleuropa, sondern auch in Südostasien (Korea und Nord-Vietnam) ungehindert ausdehnen konnte.
Für diese schwerwiegenden Fehler mußte Nordamerika später in Asien "bitteres Lehrgeld" zahlen, denn die anschließenden Kriege gegen Nord-Korea von 1950-1953 und gegen Nord-Vietnam von 1965-1975 entwickelten sich zu den verlustreichsten Kriegen und "militärischen Niederlagen" der nordamerikanischen Geschichte.
Der kommunistische Führungsanspruch sowie die geistige und wirtschaftliche Isolierung Osteuropas führten in den folgenden Jahrzehnten zu dem größtenteils selbst verursachten sowjetischen Zusammenbruch, der letztlich im totalen Chaos endete und zur Teilauflösung der UdSSR führte.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges (x068/267-269): >>... Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten. Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand. Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. Auch deshalb verloren sie schon in wenigen Jahrzehnten eine einmalige industrielle Vormachtstellung.
Das Territorium der USA hatte durch den Krieg nicht gelitten. Kein Haus war zerbombt, kein Zivilist durch Kriegseinwirkungen getötet, keiner zum Flüchtling gemacht worden. Die Nation, seit nun bald zweihundert Jahren nie mehr innerhalb ihrer Grenzen attackiert, fühlte sich im Vollgefühl ihrer Kraft. Ruinen und Leichen in Europa und Japan, doch der "American way of life" nahm seinen Lauf, die "Pax Americana", das "amerikanische Jahrhundert" - mit dem Kalten Krieg, dem Koreakrieg, Vietnamkrieg, Golfkrieg und einer Fülle anderer "Interventionen".
Zur Sowjetunion war das Verhältnis der westlichen Führungsmacht gleich nach dem Zweiten Weltkrieg schon wieder so schlecht, wie es etwa noch 1931 gewesen war, als Präsident Hoover, der Vater der "Politik der guten Nachbarschaft", "die Vernichtung der UdSSR" sein Ziel genannt hatte. Zwar erkannte Roosevelt 1933 die Sowjetunion rasch an - freilich nur, um sie gegen Japan auszuspielen. Zwar fühlte sich die Masse der US-Amerikaner mit ihr im Weltkrieg eng verbunden. Doch bestand bereits neben dieser pro-russischen, scharf faschistenfeindlichen Richtung auch weiter eine antikommunistische Tendenz, ideologisch wie machtpolitisch motiviert, und sie setzte sich durch.
Schon während des ganzen Krieges hatten Deutsche und Amerikaner geheime, gegen die UdSSR gerichtete Verhandlungen geführt: in Vichy, Bern, Stockholm sowie im Vatikan, in Staaten, nebenbei, die mit Hitlerdeutschland sympathisierten. Und bereits Ende 1944 glaubte US-Admiral Furer die Amerikaner "jetzt darauf vorbereitet, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Krieg zur Beendigung aller Kriege noch nicht gekämpft worden sei"; erklärte US-General Arnold gegenüber dem britischen Luftmarschall Portal, "unser nächster Feind sei Rußland".
Und kaum war Roosevelt beerdigt, so beschloß man einen Tag danach, am 15. April 1945, seine Politik umzukehren. Es geschah in einer Sitzung von etwa 15 Personen im Außenministerium, an der auch Vertreter des Kriegsministeriums teilnahmen, auch ehemalige Bankiers, wie John McCloy, auch Senator Vandenberg und John Foster Dulles, Präsidenten der führenden Aktiengesellschaften, der Präsident von General Motors, kurz, Repräsentanten von Großbanken und Großindustrie, die längst einen Kurswechsel befürwortet hatten.
Sie alle wünschten einen milden Frieden mit Deutschland, um dies als Bollwerk gegen Rußland aufzubauen. Der Wechsel der amerikanischen Politik wurde eingeleitet, bevor ernsthafte Schwierigkeiten zwischen beiden Weltmächten bestanden. Und er wurde weder durch den Präsidenten noch den Kongreß sanktioniert. Er erfolgte außerhalb demokratischer Legalität.
Für Truman, einen erfahrenen Taktiker, jedoch ohne geistige Qualifikation, war die demokratische Mission der USA ebenso ausgemacht wie das Streben Moskaus nach Weltherrschaft. Schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme prahlte er, "daß die Russen bald auf ihren Platz verwiesen würden und daß die Vereinigten Staaten dann die Führung dabei übernehmen würden, daß die Welt so regiert werde, wie sie regiert gehöre".
Den Russen gegenüber benahm sich Truman immer unfreundlicher. Noch in der Schlußphase des Krieges hatte man versucht, sie von dem - zunächst so begehrten - Eintritt in den Krieg gegen Japan abzuhalten. Bei der Regierungsbildung in Italien und Griechenland wurden sie gar nicht mehr gefragt, ihre gewünschte große Anleihe von mindestens zehn Milliarden Dol-

lar wurde ebenso übergangen wie schließlich jede zusätzliche Lend-Lease-Lieferung - während man dem Kriegsfeind Deutschland im ureigenen Interesse bald entgegenkam.
Es spricht für sich, daß Truman schon am 23. April 1945 seinem Kabinett erklärt, "wenn die Russen sich uns nicht anschließen wollen, dann sollen sie eben zur Hölle fahren".<<
Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat - bestehend aus den Hauptsiegermächten bzw. den 4 Oberbefehlshabern der Besatzungszonen - die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.
Das Deutsche Reich sollte ursprünglich nicht langfristig aufgeteilt oder vollständig besetzt werden, sondern die Deutschen sollten lediglich bedingungslos kapitulieren.
Gemäß den Vereinbarungen der Atlantik-Charta wollte man nach dem Kriegsende eigentlich wieder … den Zustand, wie er vorher war, herstellen, denn die westlichen Alliierten hatten den Krieg angeblich nicht zu Eroberungszwecken, sondern nur zur Verteidigung geführt.
Angesichts der grauenhaften Verhältnisse, die man in den befreiten NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern erlebt hatte, reagierten vor allem die westlichen Siegermächte und die Weltöffentlichkeit schockiert und entrüstet, so daß die Deutschen zunächst keine Gnade erwarten konnten.
In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur einzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten. Kontakte mit deutschen Zivilisten und deutschen Beschäftigten sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden.
Die Nordamerikaner verlangten keine Gebiete und verzichteten zunächst auf materielle Entschädigungen. In erster Linie sollten alle schuldigen Deutschen für die NS-Massenverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach der Entnazifizierung plante man, in Deutschland eine liberale Demokratie und privatkapitalistische Wirtschaftsformen zu errichten.
Die Briten wollten den wirtschaftlichen Machtfaktor Deutschland zwar ausschalten, aber Churchill war frühzeitig daran interessiert, die Deutschen wieder "auf die eigenen Füße" zu stellen, um die sowjetische Expansionsgefahr einzudämmen.
Im Juli 1945 wurde die britische Außen- bzw. Deutschlandpolitik jedoch durch einen Regierungswechsel regelrecht gelähmt, weil die unerfahrenen Außenpolitiker der siegreichen Labour-Party den erfahrenen Churchill nicht ersetzen konnten. Die Briten unterstützten später vor allem die nordamerikanische Zentralisierungspolitik, da sie finanzielle US-Hilfen für die britische Besatzungszone benötigten (x148/14).
Die Franzosen forderten hartnäckig die Aufteilung des Deutschen Reiches, annektierten später das Saarland, schlugen die Bildung eines autonomen Rheinstaates bzw. Ruhrgebietes vor und widersetzten sich energisch allen Versuchen, die westdeutschen Zonen zu vereinigen, weil sie das Deutsche Reich langfristig schwächen wollten.
Stalin hatte die Prinzipien der Atlantik-Charta … formell akzeptiert. Diese Zusage hinderte den sowjetischen Diktator in den letzten Kriegsjahren jedoch nicht, die anglo-amerikanischen Verbündeten unentwegt zu hintergehen und schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen. Stalin, der bis zur deutschen Kapitulation fast alle angestrebten Expansionsziele verwirklicht hatte, war nicht bereit, besetzte Gebiete preiszugeben. Die argwöhnischen Stalinisten unterstellten den Kapitalisten naturgemäß Weltherrschaftspläne und setzten in den "befreiten Ländern" ihre bewährte gewaltsame Unterdrückungspolitik und aggressive Gleichschaltungsmaßnahmen durch.
Churchill warnte die Nordamerikaner zwar eindringlich davor, die besetzten mitteldeutschen Gebiete an die Sowjets abzutreten, aber US-Präsident Truman ließ die nordamerikanischen

und britischen Truppen trotzdem aus Mitteldeutschland abziehen, weil er die vertraglichen Vereinbarungen unter allen Umständen erfüllen wollte.
Die 3 Siegermächte USA, Großbritannien und UdSSR beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Amerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin und marschierten vom 1. bis zum 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.
Teile der mitteldeutschen Gebiete - mit ca. 7,0 Millionen Einwohnern - wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration SMAD verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen konnten, begann nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg. Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus bzw. die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" ein.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über "Berlin" (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...
Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Sowjetische Besatzungszone" (x051/544-545): >>Sowjetische Besatzungszone bzw. Sowjetzone, eine der vier Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 107.862 qkm mit 18,3 Millionen Einwohnern im Jahre 1946.
Die Sowjetische Besatzungszone umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches zwischen Oder-Neiße-Linie im Osten und der Linie Lübeck-Helmstedt-Hof im Westen - ausgenommen West-Berlin. Die zunächst von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens wurden am 1.7.45 von diesen geräumt und ebenfalls sowjetisch besetzt.
Die oberste militärische und politische Gewalt übernahm in der Sowjetischen Besatzungszone am 9.6.45 die Sowjetische Militäradministration SMAD. Unter ihrer Regie wurde die Sowjetische Besatzungszone systematisch wirtschaftlich ausgebeutet und eine kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgebaut: Schul- und Justizreform; Enteignung des Großgrundbesitzes sowie des Besitzes von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" und dessen Verteilung an Bauern, Landarbeiter und Vertriebene; Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie; Vereinigung von SPD und KPD zur SED u.a. Aus der Sowjetischen Besatzungszone entstand 1949 die Deutsche Demokratische Republik.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetische "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland SMAD mit Sitz in Berlin-Karlshorst. ...
Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert.
Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.
Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:
1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.
Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer

Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<
Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Verhandlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.
Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland, sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprungbereit an der Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.
Der jugoslawische General Milovan Djilas kommentierte bereits im April 1945 Stalins Nachkriegsziele wie folgt (x149/114): >>... Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.<<
Der sowjetische Spitzenfunktionär Andrej Shdanow, der ursprünglich Stalins Nachfolger werden sollte, betrachtete die sowjetische Besatzungszone damals als ein "Sprungbrett", um die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach Westeuropas zu realisieren (x128/195).
Der Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, Sir Brian Robertson, kritisierte später die nordamerikanische Außenpolitik (x128/193): >>... Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten 2 sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. ... Präsident Roosevelts "Großer Plan" für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft. ...
Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen. ...<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Befreiung der Deutschen durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg (x943/…): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**
"Während die Halbwahrheit, daß der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, daß derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe britisch-amerikanischer Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung."
Am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, klang uns wieder vielfach die politische Geschichtsversion von der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur in den Ohren. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten.
Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z.B. noch zum Schluß, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombt und die Städte in Flammenhöllen verwandelt, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampfen. Das Ziel der Alliierten war nicht die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, sondern seine Zerstörung.

In der amerikanischen Regierungsanweisung JCS 1067 vom April 1945 heißt es*: "Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen."*
Und der britische Kriegspremier Winston Churchill hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: "*Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt."*

Die angloamerikanischen Ziele

Vor kurzem erregte das Video einer Vortragsveranstaltung von George Friedman, Chef des einflußreichen US-Think-Tanks *Stratfor*, im Chicago Council on Global Affairs vom 4.2.2015 Aufsehen, in der er das seit langem verfolgte zentrale geopolitische Ziel der USA unverhüllt formulierte:
"Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern."
In diesem Hauptinteresse arbeiten die britischen und amerikanischen Elitenzirkel seit über hundert Jahren eng zusammen. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido Giacomo Preparata beschrieb es 2005 in einer Forschungsarbeit folgendermaßen:
"Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, ist die des britischen Empires, das um 1900 aus Furcht vor der aufstrebenden Macht des jungen Deutschen Reiches im Geheimen einen Plan für eine gigantische Einkreisung der eurasischen Landmasse schmiedete. Das Hauptziel dieser titanischen Belagerung war die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland:
Wenn diese beiden Mächte sich zu einer "Umarmung" verbinden würden, argumentierten die britischen Wächter, würden sie in der Lage sein, sich mit so einer gewaltigen Festung von Ressourcen, Menschen, Wissen und militärischer Macht zu umgeben, daß damit der Fortbestand des britischen Empires im neuen Jahrhundert gefährdet wäre.
Mit dieser frühen Einschätzung leitete Britannien eine außerordentliche Kampagne zur Auseinanderreißung Eurasiens ein, bei der Frankreich und Rußland, und zuletzt auch die Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die wechselnden Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren der Stoff für das Epos von der großen Belagerung Europas."
Es entstand der ungeheuerliche Plan, ein Bündnis Deutschlands mit Rußland dadurch dauerhaft zu verhindern, daß man Konstellationen herbeiführte, durch die sie, beiderseits mit westlicher Hilfe aufgerüstet, gegeneinander in einen Krieg getrieben wurden, in dem sie sich gegenseitig zerfleischten und zerstörten - eine Methode, die auch Friedman in der Veranstaltung vom 4.2.2015 empfiehlt und als vielfach angewendet beschrieb. Der erste Akt einer dazu erforderlichen Einkreisung Deutschlands kam mit dem Ersten Weltkrieg zum Abschluß, der vom Eintritt der USA in das große imperiale Schachspiel gekrönt wurde.
Mit der Niederlage Deutschlands waren die westlichen Ziele aber nur zum Teil erreicht. Das Diktat von Versailles, das Deutschland Reparationszahlungen in untragbarer Höhe auferlegte, gegen die sich selbst der Vertreter des britischen Schatzamtes, der Ökonom John Maynard Keynes, empörte, schuf daher keine Friedensgrundlagen, sondern legte bewußt die Keime, aus denen notwendig ein zweiter, noch vernichtenderer Krieg hervorgehen sollte.
Deutschland war im Ersten Weltkrieg auf dem eigenen Territorium nicht besiegt worden; die

deutschen Eliten und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren intakt geblieben. Daher begannen im nächsten Akt die verdeckten Bemühungen, unter dem Druck von Reparationen, Not und Empörung, ein radikal-reaktionäres, revanchistisches Regime entstehen zu lassen, das sich zu einem erneuten Feldzug gegen Rußland verleiten ließe, welches inzwischen ebenfalls mit westlicher Hilfe zu einer radikal-sozialistischen Diktatur aufgebaut wurde. "Der vorausberechnete Zweck bestand darin, das neue reaktionäre deutsche Regime in einen Zweifrontenkrieg hineinzuziehen (den Zweiten Weltkrieg) und dann von der Gelegenheit zu profitieren, um Deutschland ein für alle Mal zu vernichten." …<<

Die alliierte Besatzungspolitik in Mittel- und Westdeutschland

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen: Verschleppung zur Leistung von "Wiederaufbauarbeiten"

> Kurz bevor die Sonne aufgeht, ist die Nacht am dunkelsten.
> *Selma Lagerlöf (1858-1940)*

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.
Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue "Heimat" zurück.
Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 - in Kraft seit dem 26. Januar 1910 - legte für die Behandlung von Kriegsgefangenen folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>... Artikel 4 Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen oder der Abteilungen, die sie gefangen genommen haben. Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden. Alles, was ihnen persönlich gehört, verbleibt ihr Eigentum mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts.
Artikel 5 Die Kriegsgefangenen können in Städten, Festungen, Lagern oder an anderen Orten untergebracht werden mit der Verpflichtung, sich nicht über eine bestimmte Grenze hinaus zu entfernen; dagegen ist ihre Einschließung nur statthaft als unerläßliche Sicherungsmaßregel und nur während der Dauer der diese Maßregel notwendig machenden Umstände.
Artikel 6 Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen mit Ausnahme der Offiziere nach ihrem Dienstgrad und nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden. Diese Arbeiten dürfen nicht übermäßig sein und in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen. Den Kriegsgefangenen kann gestattet werden, Arbeiten für öffentliche Verwaltungen oder für Privatpersonen oder für ihre eigene Rechnung auszuführen.
Arbeiten für den Staat werden nach den Sätzen bezahlt, die für Militärpersonen des eigenen Heeres bei Ausführung der gleichen Arbeiten gelten, oder, falls solche Sätze nicht bestehen, nach einem Satze, wie er den geleisteten Arbeiten entspricht. Werden die Arbeiten für Rechnung anderer öffentlicher Verwaltungen oder für Privatpersonen ausgeführt, so werden die Bedingungen im Einverständnis mit der Militärbehörde festgestellt. Der Verdienst der Kriegsgefangenen soll zur Besserung ihrer Lage verwendet und der Überschuß nach Abzug der Unterhaltungskosten ihnen bei der Freilassung ausgezahlt werden.
Artikel 7 Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat.
Artikel 8 Die Kriegsgefangenen unterstehen den Gesetzen, Vorschriften und Befehlen, die in dem Heere des Staates gelten, in dessen Gewalt sie sich befinden. Jede Unbotmäßigkeit kann mit der erforderlichen Strenge geahndet werden. Entwichene Kriegsgefangene, die wieder ergriffen werden, bevor es ihnen gelungen ist, ihr Heer zu erreichen, oder bevor sie das Gebiet verlassen haben, das von den Truppen, welche sie gefangen genommen hatten, besetzt ist, unterliegen disziplinarischer Bestrafung. Kriegsgefangene, die nach gelungener Flucht von neuem gefangen genommen werden, können für die frühere Flucht nicht bestraft werden. …

Artikel 20 Nach dem Friedensschluß sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x026/66): >>Von über 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs sind fast 1,6 Millionen umgekommen. Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer Sterberate von rund 50 Prozent. Im Tito-Staat waren auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die schlimmsten Grausamkeiten zu verzeichnen. Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x130/150): >>... Massen wurden nicht nur mobilisiert, beherrschten nicht nur die Schlachtfelder, sondern litten auch hinter Stacheldraht. ...

Kriegsgefangenschaft war nie ein Paradies. Im und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie zu einem Risiko, das oft nicht geringer war als die Teilnahme am Kampf.<<

Ein deutscher Wehrmachtsoffizier berichtete am 9. Mai 1945 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen im Raum Olmütz in Mähren (x292/69-72): >>... Als der Morgen des 9. Mai heraufdämmerte, war das 8,8 cm - Flakgeschütz zur Stelle, in dessen Schutz wir müde zurückschlurften. Obwohl wir erschöpft bis zum Umfallen waren, nahmen wir bei aufgehender Sonne wahr, daß die Natur sich in einer Frühlingspracht entfaltete, wie wir sie nie zuvor erlebt hatten. Es war wie eine Verheißung von Frieden und Heimat.

Der Führer der 4. Kompanie kam uns auf einem Beiwagenkrad entgegen, um mich zum Bataillonsgefechtsstand zu holen. In einem muffigen Wirtshaus waren die Offiziere des Bataillons bereits versammelt. Der Bataillonsführer verlas in großer Hast einen Befehl, wonach die Wehrmacht bedingungslos kapituliert habe. Das Bataillon sei aufgelöst, jeder könne gehen, wohin er wolle. Wer mit ihm versuchen wolle, nach Westen und damit zu den Amerikanern zu kommen, solle auf der Stelle mit ihm aufbrechen. Er gab uns die Hand und ging davon. Völlig verwirrt, nahm ich noch wahr, daß er mit seinen Adjutanten und dem Chef der 4. das Beiwagenkrad bestieg und davonbrauste. ...

Wir Zurückgebliebenen sahen uns wortlos an. "Das war es dann wohl", sagte einer bitter. ... Die am Dorf vorbeiführende Straße füllte sich mit einem immer größer werdenden Zug von Soldaten aller Waffengattungen der sich nach Westen wälzte. Nach kurzer Beratung schloß sich unser Häuflein dem Strom an.

... Nun waren wir umringt von zahllosen Männern in Heeres- und Luftwaffenuniformen aller Dienstgrade, Nachrichtenhelfern, Krankenschwestern, Eisenbahnern. Und je weiter wir nach Westen kamen, um so mehr wurden es. ... Die Sonne brannte heiß vom Himmel. In unseren Brotbeuteln hatten wir nur noch Reste von Verpflegung, unsere Feldflaschen waren leer. Aber der Krieg war zu Ende.

... Trotz aller Strapazen, denen wir ausgesetzt waren, fühlten wir uns hoffnungsfroh. Die bleierne Müdigkeit war verflogen. All unsere Sinne waren darauf gerichtet, so schnell wie möglich nach Hause zu kommen. Unsere Gespräche kreisten um die Heimkehr. Dann knallte es. Panzerschüsse! Unversehens hatten uns rechts russische Panzerverbände eingeholt und stießen schnell weiter in unserer Marschrichtung vor. ... Es war, als ob schlagartig die im Krieg bewährte, selbstverständliche Kameradschaft erloschen war. Aus den Gruppierungen wurden Individuen.

Jeder war bestrebt, so schnell wie möglich deutschen Boden zu erreichen. Aus den Nebenstraßen drängten immer mehr Fliehende auf die große Rollbahn, auf der ein unbeschreibliches Durcheinander herrschte. Mit Panjewagen, LKW, Voll- und Halbkettenfahrzeugen, mit Fahrrädern und Krädern suchten viele durch die Menge der zu Fuß sich Dahinwälzenden schneller

vorwärts zu kommen. Dann kam der Schock, als beiderseits der Rollbahn Tote lagen und wir auf Russen stießen, die uns überholt hatten. Sie nahmen uns die Fahrzeuge weg, die Stiefel und die Uhren.
Der Hunger, mehr aber noch der Durst quälten. Wir mußten mit ansehen, wie deutsche Soldaten von Russen erschossen wurden. Die Tschechen, die mit erbeuteten Karabinern und Armbinden eine Art Miliz darstellten und die Einwohner der Ortschaften, die wir passierten, schlugen auf uns ein, bespuckten und beschimpften uns. Die am Straßenrand vorwärts Drängenden bekamen am meisten ab und drängten nach innen.
Dieses Inferno, überstrahlt von der Maisonne hat sich mir unauslöschlich eingeprägt. Vergessen waren alle Freude über das Ende des Krieges, verloren die Hoffnung auf Heimkehr, unser einziger Gedanke: Überleben! ...<<
Bis zur Gesamtkapitulation am 9. Mai 1945 erreichten noch mehrere hunderttausend Soldaten des deutschen Ostheeres und verbündete Kampftruppen aus Jugoslawien, Ungarn und der UdSSR den rettenden Westen. Die US-Truppen blockierten jedoch befehlsgemäß alle Rückzugsstraßen, um die nach Westen fliehenden Einheiten so lange aufzuhalten, bis sie von der Roten Armee oder von den Partisanen gefangengenommen werden konnten. Im Sudetenland wurden z.B. einige Stunden nach der Kapitulation kilometerlange Wehrmachtskolonnen und Flüchtlingstrecks von sowjetischen Truppen überrollt, weil sich die Nordamerikaner weigerten, die abgehetzten Deutschen durchzulassen.
Am 10. Mai 1945 kapitulierte im Baltikum die eingeschlossene deutsche Heeresgruppe Kurland. Generaloberst Karl Hilpert ging danach mit ca. 208.000 deutschen Landsern in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/285).
Prag wurde am 10. Mai 1945 vollständig durch sowjetische Truppen besetzt. Mit der "Prager Operation" beendete die Rote Armee die vollständige Einschließung der deutschen Heeresgruppe Mitte und der Heeresgruppe Ostmark. In der CSR nahm die Rote Armee ca. 860.000 deutsche Soldaten gefangen (x047/238).
Am 11. Mai 1945 geriet Generaloberst Alexander Löhr mit etwa 175.000 Mann der Heeresgruppe E in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. Etwa 80.000 deutsche Gefangene kamen später auf den 200 bis 800 km langen "Sühnemärschen" oder in den Gefangenenlagern um (x130/216).
Ein Wehrmachtssoldat berichtete später über die Gefangennahme durch jugoslawische Truppen (x130/211): >>Viele, viele blieben ohne Schuhe, ohne Hemd, ohne Jacke, ja sogar ohne Hose. Ich kenne eine Rotkreuz-Schwester, die inmitten der Soldaten ihres Rockes beraubt marschierte. Was wir an Privateigentum besaßen, wurde zum größten Teil abgenommen: Uhren, Füllfederhalter, Waschzeug, Kamm, Eßbesteck. Ja sogar Brillen wurden vom Gesicht gerissen. Mancher Gefangene, der sich dem widersetzte, mußte dafür mit dem Leben bezahlen. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schrieb später über die Ausplünderung von Kriegsgefangenen (x130/212): >>(Im Artikel 4 der Haager Landkriegsordnung und im Artikel 6 der Genfer Konvention heißt es:) alles was den Kriegsgefangenen gehört, verbleibt ihr Eigentum, mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/212): >>Für die Masse der Gefangenen ... hatte sich der Sieger Tito eine Sonderbehandlung ausgedacht. Er wollte seinem ganzen Volk den Triumph der Partisanen über den deutschen Feind demonstrieren. Schon wenige Tage nach der Kapitulation wälzten sich über die staubigen Straßen Jugoslawiens endlose Kolonnen des Elends: Die Deutschen waren zu sogenannten Sühnemärschen angetreten.
Ihrer Uniformen beraubt, die Offiziere meistens in Unterhosen, barfuß quälten sich die Ge-

fangenen zu Zehntausenden durch das Land. Gesunde und Kranke, Unversehrte und Verwundete wurden durch Dörfer und Städte getrieben.
Die Wächter prügelten die Ermatteten und Erschöpften mit langen Stöcken vorwärts, wer zurückblieb, wurde erschossen. Einige dieser Märsche führten über 200, manche über 800 Kilometer. ...<<
Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/212-214): >>Am Straßenrand lungerten Halbwüchsige und Partisanen. Ein oder zwei Bewaffnete packten sich diesen oder jenen Deutschen und beraubten ihn. Uhren, Ringe, Brillen, Schuhe, Waffenröcke und Tornister. Kadavergeruch begleitete die Kolonne. Gefallene Menschen und tote Pferde verwesten am Straßenrand. ...
In den langen Stunden des Marsches war vielen Gefangenen die Beherrschung geschwunden. Ungeachtet der Todesgefahr, brachen immer einige zu einer Pfütze, einem Bach oder einer Viehtränke aus. Der Kommandant ließ sofort scharf schießen, und er selbst legte mit sicherer Hand diesen oder jenen Gefangenen um. ...
Auf dem Wege bekamen die Gefangenen fast nichts zu essen. Wenn sich ein Soldat oder eine Nachrichtenhelferin aus einem Brunnen Wasser holen wollte, wurden sie von den Begleitmannschaften in den Brunnen hinabgeworfen. Die Frauen wurden bis auf das Hemd ausgezogen und während der Rastpause von den Bewachungsmannschaften vergewaltigt. In Belgrad wurden Mädchen und Soldaten zu fünft aneinandergebunden und dann über eine Brücke in die Donau geworfen. ...
Auch viele Ärzte, Sanitäter und Kameraden, die den Zusammengebrochenen helfen wollten, erlagen einem Gnadenschuß. ...
Sobald der Zug stehenblieb, waren erneut die Ausplünderer am Werk. Allerdings fanden sie nur noch Eheringe oder Goldplomben, die sie auf ganz brutale Weise requirierten. ...
Wer vor Entkräftung nicht mitkam - da zog der Kommissar die Pistole ab, und der Fall war erledigt. ...
Nach einem mißglückten Fluchtversuch traf ich wieder auf die fast endlosen Marschkolonnen der menschlichen Wracks, die einmal deutsche Soldaten waren. Als wir zum Weitergehen aufgetrieben wurden, stand ich neben einem großen Menschen im Ordenskleid der Benediktiner. Ich betrachtete ihn fragend. Daß Frauen in unserem Zug des Elends mitgeschleppt wurden, das hatte ich gewußt. Aber ein Mönch? Wer war das? Wo kam er her?
Es war Abt Adalbert Graf von Neipperg. Seit dem Zusammenbruch 1945 in jugoslawischer Gefangenschaft. Die Partisanen hatten ihn, der nach dem Kriegsrecht als Zivilist zu gelten hatte, aus dem österreichischen Grenzgebiet verschleppt und ihn nun mit uns ehemaligen Soldaten der Wehrmacht auf den "Hungermarsch" durch halb Jugoslawien getrieben. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die völkerrechtswidrigen "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/215-216): >>Die Sühnemärsche forderten neue Opfer.
Die Gewahrsamsmacht kann sich im Hinblick auf eine etwaige Motivierung dieser Märsche nicht auf Artikel der Genfer Konvention berufen, wo es z.B. heißt:
"Die Kriegsgefangenen sind in möglichst kurzer Frist nach ihrer Gefangennahme nach Sammelstellen zu bringen, die vom Kampfgebiet genügend weit entfernt liegen, so daß sie sich außer Gefahr befinden".
Eine Gefahr bestand nicht mehr, da der Krieg beendet war. Auch widersprechen die geforderten Marschleistungen dem Artikel 7, der in dieser Beziehung fordert:
Bei der Rückführung zu Fuß darf die tägliche Marschleistung in der Regel nicht mehr als 20 km betragen, sofern nicht die Notwendigkeit, Wasser- und Verpflegungsstellen zu erreichen, größere Marschleistungen erfordert.
Die Berichte ehemaliger Marschteilnehmer besagen eindeutig, daß man Wasser- und Verpfle-

gungsstellen nicht nur nicht erreichen konnte, sondern im Gegenteil gar nicht erreichen wollte. Damit entfällt auch das Argument der Notwendigkeit, größere Marschleistungen zu fordern, als völkerrechtlich zulässig sind. Die Meinung eines Heimkehrers, die Kriegsgefangenen hätten "zum Einsatz im Arbeitsprozeß" ins Landesinnere gebracht werden müssen, ist an sich durchaus richtig, erklärt jedoch nicht, ob das auf diese Weise geschehen mußte.
Die Bezeichnung Sühnemärsche ließ vielmehr darauf schließen, daß die Gewahrsamsmacht hierbei in starkem Maße propagandistische Ziele verfolgte, wie sie auch von der Sowjetunion bei den bekannten Moskauer und Kiewer Märschen nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 angestrebt wurden ...
Die Zahl der auf den "Sühnemärschen" ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen wird auf Grund der vorliegenden Berichte auf etwa 10.000 Mann geschätzt. Eine in ihrer Stärke nicht auszumachende Gruppe von ihnen erreichte zwar noch das Ziel (Lager), die Männer verstarben jedoch unmittelbar darauf infolge der während des Marsches eingetretenen Entkräftung, so daß sie als Marschopfer zu gelten haben. ...<<
General von Saucken kapitulierte am 14. Mai 1945 gegenüber der 2. Weißrussischen Front und ging mit rd. 150.000 Soldaten der "Armee Ostpreußen" in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/286).
US-General Eisenhower widerrief am 15. Mai 1945 alle bisherigen Befehle, deutsche Kriegsgefangene freizulassen (x131/66).

Die planmäßige Tötung von deutschen Kriegsgefangenen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Abb. 69 (x131/192a): Eines der sogenannten Rheinwiesenlager bei Sinzig am Rhein, Frühjahr 1945.

Am 15. Mai 1945 stellten die alliierten Militärbehörden Italien rund 200.000 deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung, um Wiederaufbauarbeiten durchzuführen.

Ein gefangener Feldwebel der Wehrmacht berichtete am 19. Mai 1945 über das US-Kriegsgefangenenlager Rheinberg mit mehr als 100.000 deutschen Kriegsgefangenen (x131/58-59): >>... Kameraden äußern die Absicht, bei Nacht und Nebel aus dem Lager zu fliehen. Einige wagen es. Manche kommen durch, manche werden wieder gefangen.

Einer erzählt mir: "Wir gingen zu zehnt über den Stacheldraht. Alles schien zu klappen. Da - ein Geräusch. - Der Posten schießt. - Die einen rennen vorwärts, die anderen zurück. Jagd auf die Ausreißer. Einige strecken die Hände hoch, sich zu ergeben. Sie werden erbarmungslos erschossen. - Ich werfe mich auf den Boden und stelle mich tot. Der Ami stößt mich mit dem Fuß an - ich rühre mich nicht. Als er sich entfernt, zwänge ich mich wieder unter dem Draht durch ins Lager zurück. - Die Flucht ist mißlungen, doch ich lebe noch." ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien am 19. Mai 1945 (x026/86-87): >>Durch Train- und LKW-Kolonnen wurde die Marschgruppe Arndt am Abend des 19. Mai stark auseinandergezogen. Es war in der Gegend des ... Ortes Steinbrück ...

Am Straßenrand lungerten Halbwüchsige und Partisanen herum. Ein oder zwei Bewaffnete packten sich diesen oder jenen Deutschen und beraubten ihn. Uhren, Ringe, Brillen, Schuhe, Waffenröcke, Taschen und Tornister, alles war begehrt. Was die Straßenräuber enttäuschte, wurde vernichtet. So wurden Brillen zertreten, Kompaßgeräte zerschlagen, Medikamente und

Verbandszeug zugrunde gerichtet. Die Marschgruppe hastete in wilder Verzweiflung vorwärts. Offensichtlich machten die Posten mit den Plünderern gemeinsame Sache, sie blieben während der ganzen Strecke durch den Ort unsichtbar. Es ging auch ohne sie weiter, weil jeder wieder aufs freie Feld wollte.
Um die Menschen noch weiter einzuschüchtern, trieb eine Gruppe von Partisanen durch die ganze Menge unter fürchterlichen Kolbenhieben eine aneinandergefesselte Kette von etwa dreißig ... langhaarigen königstreuen " Tschetniks" des Generals Mihailovic, hindurch. Die hageren Gesichter dieser Männer waren verzerrt zu Masken der verkörperten Todesangst. Es schoß überall, schlimmer als in manchem Gefecht. Von Angst überflügelt, hetzten die Männer voran. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien (x026/87-88): >>... Noch in der Nacht zum 22. Mai wurde die Marschgruppe Arndt auf Weidekoppeln des nur wenige Kilometer entfernten Staatsgutes bei Dugo Selo vorgezogen. Da hockten sich die geschundenen Menschen ins dichte, taufeuchte Gras. Sehr viele litten unter argen Durchfällen oder hatten bereits die Ruhr. So besetzten die Gequälten auf den latrinenlosen Koppeln hart an die Lagernden heran den Rand. Sie hockten lange und immer wieder da, zuweilen von den Posten aufgescheucht. Die Koppeln hatten Viehtränken, die nun ständig umlagert waren.
Hier lag die Marschgruppe bis zum Nachmittag des 22. Mai. Hier gab es am Mittag je Mann einen knappen Viertelliter gekochtes Wasser mit jeweils einer schmalen Scheibe von einer gekochten Kartoffel darin. Die Prozedur der Ausgabe dieser ersten Mahlzeit in jugoslawischer Regie seit der Kapitulation dauerte drei Stunden. Aber dafür erhielt fast jeder etwas. Man schrieb Pfingstdienstag, den 22. Mai. Die Deutschen hatten am 9. Mai kapituliert.
Gegen 16 Uhr entstand wieder Leben auf der Koppel. Eine neue Postenkette ließ antreten. Heißer Wind trieb in heftigen Stößen dichte Staubwolken vor sich her und den Abrückenden ins Gesicht. Das machte den Durst noch quälender. Da auf der Koppel alle Voraussetzungen zur Einrichtung eines Reviers gefehlt hatten, war von den Ärzten auch den Fieberkranken geraten worden, mitzumarschieren.
Die neuen Posten sorgten von Anfang an für eine bis dahin ungewohnte verschärfte Marschzucht. Zu 8 in jeder Reihe, die Reihen dicht aufgeschlossen, so wurde mit groben Stockhieben ein militärischer Marschschritt erzwungen. Da die Straße aber nicht überall der 8 Mann tiefen Rotte das Passieren erlaubte, so stockte öfters für den rückwärtigen Teil der breiten Reihen der Schritt. Die ersten mußten im alten Tempo voran, folglich waren alle anderen nach Überwindung der Stockung gezwungen, im Laufschritt aufzuholen. Wohlgemerkt, viele waren krank, alle waren matt, ausgehungert und durstig; viele liefen barfuß. Die Schwachen gingen am Schlußteil des Zuges und ihnen blühte nun immer von neuem der Wechsel zwischen Dauerlauf und Warten, und auf sie krachten die meisten Hiebe. Fast alle Posten hatten mannshohe Stöcke zum Schlagen.
In den Dörfern, durch die der Weg führte, machten sich die Partisanen ein Sondervergnügen: sie ließen die ganze Marschgruppe im Laufschritt durchhetzen. Es waren kroatische Dörfer, deren Einwohner anders als in Slowenien oder Serbien den Deutschen durchwegs wohlgesinnt waren. Sie standen eingeschüchtert an den Hofzäunen, die Frauen, die ihre zur Ustascha gepreßten Angehörigen dem gleichen Los überantwortet wußten, weinten oft angesichts dieses schaurigen Sühnespiels. Sie versuchten zuweilen Wasser auszuteilen, doch duldeten Kommissar und Posten es nicht. ...<<
An der Save-Brücke bei Podsused erschossen jugoslawische Soldaten der 1. Partisanenarmee am 22. Mai 1945 neunzig gefangene deutsche Soldaten (x130/212). In den ersten 14 Tagen nach der Kapitulation erschossen jugoslawische Soldaten allein 1.600 gefangene Soldaten der Waffen-SS-Division "Prinz Eugen" (x130/212).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien (x026/38): >>Am schlechtesten hat man die Kriegsgefangenen im Tito-Staat behandelt. Von 194.000 gefangenen Deutschen ... starb rund die Hälfte: Mindestens 80.000, höchstwahrscheinlich sogar 100.000. Die meisten Opfer forderten ... Massenerschießungen. ... Es starben auf diese Weise in Belgrad fast 30.000, in Marburg 20.000, in Windisch Feistritz 10.000. ...
Nach dem Krieg wurden mit den Kriegsgefangenen Propagandamärsche unter mörderischen Bedingungen veranstaltet. Etwa 10.000 Menschen dürften im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke geblieben sein - erschossen, erschlagen bzw. an Hunger, Durst oder Erschöpfung gestorben. ...
Viele, die sich ergeben hatten, wurden oft auf der Stelle verstümmelt, geblendet, gepfählt oder sonstwie grausam ermordet; diese Tatsachen wurden … auch bei den amerikanischen Militärgerichten durchaus anerkannt. ...<<
Stalin teilte US-Sonderbotschafter Hopkins am 27. Mai 1945 mit, daß die Nordamerikaner allein in Westböhmen 135.000 deutsche Kriegsgefangene an die Sowjets ausgeliefert hätten (x004/20).
Ein deutscher Wehrmachtssoldat berichtete Ende Mai 1945 über die Kriegsgefangenschaft im Fort Knox in Kentucky (x292/206): >>... Ohne zu wissen, was uns erwartete, wurden an einem Sonntagnachmittag Ende Mai alle Lagerinsassen in ein Filmtheater geführt. Man zeigte uns die Filmaufnahmen, die amerikanische Frontberichterstatter unmittelbar nach der Befreiung des KZ Buchenwald gedreht hatten.
Lähmendes Entsetzen, Trauer und Scham packten uns angesichts dieser grauenvollen Bilder. Auch beim letzten Zweifler hätte nun endlich die Erkenntnis reifen müssen, daß wir einem verbrecherischen Regime gedient hatten und schändlich mißbraucht worden waren. Es war ein furchtbarer Friede - selbst im entfernten Fort Knox. ...<<
Während US-General John Lee am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army 3.878.537 deutsche Kriegsgefangene aufhalten, meldete das Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa eigenartigerweise am selben Tag nur 2.927.614 inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67).
Die schwedische Regierung erklärte sich am 16. Juni 1945 bereit, alle deutschen und baltischen Kriegsgefangenen an die UdSSR auszuliefern.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später (x130/194): >>Sehr bald wurde erschreckend klar, daß der Auslieferungsbeschluß der (schwedischen) Regierung in eklatantem Widerspruch zu den laut verkündeten Grundsätzen von Humanität und Neutralität stehe, ganz zu schweigen von der Tatsache, hierbei von völkerrechtlichen Normen abgewichen zu sein.
Die am 31. Juli 1945 angetretene rein sozialdemokratische Regierung Schwedens, die behauptete, betreffend der Auslieferung nur einen Beschluß der von ihr abgelösten Koalitionsregierung zu erfüllen, war … darum bemüht, mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abzuschließen. Das ganz öffentlich ventilierte Gerücht, die Regierung hätte deswegen an der Auslieferung festgehalten, um Rußland in jeder Weise günstig zu stimmen, dürfte vieles für sich haben.
Zwei Umstände sind da beachtenswert: daß erstens Schweden mehr Soldaten auslieferte, als Rußland für billig erachtete, und daß zweitens Rußland in keiner Weise übermäßig an der Übernahme der Soldaten interessiert war. ...<<
Konrad Adenauer kritisierte am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >>Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.
Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deut-

schen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!
Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es meines Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden.
Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt. …<<
Das US-Kriegsministerium berichtete am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hätte (x106/440).
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich berichtete am 30. Juli 1945 in ihrem Tagebuch über entlassene deutsche Kriegsgefangene in Berlin (x111/54): >>... Als wandelnde Ruinen wanken sie hin. Beinlose, Armlose, Sieche, Kranke, Verlassene und Verlorene.
An eine Mauer gelehnt steht ein graubärtiger Mann in zerschlissenem Soldatenrock. Er hat die Arme über den Kopf geschlagen und weint in sich hinein.
Menschen fluten an ihm vorüber, bleiben stehen, bilden einen scheuen Kreis um ihn. Er sieht sie nicht ... Er hört sie nicht. Er weint. Es ist entsetzlich, wenn graubärtige Männer weinen. Wenn sie nicht aufhören können zu weinen.<<
Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - stellte man später zwar fest, daß es nicht die Absicht der Alliierten wäre, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber in den ost- und westeuropäischen Kriegsgefangenenlagern leisteten damals bereits Millionen von deutschen Kriegsgefangenen völkerrechtswidrige Zwangsarbeit.
Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...
Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.
Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...
Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Be-

handlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 31. Juli 1945 über die deutschen Kriegsgefangenen in US-Lagern (x124/40): >>... In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ... Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglich geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<
Nach zum Teil über 1.000 Kilometer langen "Sühnemärschen" trafen im Juli und August 1945 mehr als 3.000 deutsche und österreichische Offiziere im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ein (x130/233). Das einzige jugoslawische Lager für gefangene Offiziere lag an der rumänisch-ungarischen Grenze.
Ein gefangener Wehrmachtsoffizier berichtete später über das berüchtigte Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/234-235): >>Die Sterbeziffer war nach kurzer Zeit so hoch, daß täglich viele Kameraden tot und nackt im selbstgezimmerten Leichenwagen zur Vergrabung weggefahren werden mußten, an einem Tage waren es 32 Tote. Der lange Hungermarsch hatte die Widerstandskraft bei vielen Kameraden erlahmt. Oft fanden wir frühmorgens Kameraden tot neben uns liegen. Die deutschen Ärzte waren wegen Mangel an Medikamenten im Jahre 1945 ziemlich hilflos. Begräbniszeremonien gab es nicht.
Die Notdurft wurde im Freien auf Balken über ausgehobenen Gräben verrichtet.
Im Spätherbst wurden von Arbeitskommandos ... in ... Hallen Pritschenlager und zur Abtrennung der Gefangenenkompanien Lehmwände halb hochgezogen. Alle Dächer dieser beiden großen Hallen waren porös, überall hingen über den Pritschen Wasserabfänger aus Holz, Pappe oder Blech. Bei Regen entstanden auf dem Betonboden riesige Wasserlachen.
Trinkwasser ... wurde pro Tag und Person nur 1 Liter verabreicht. Erst im Herbst 1946 gab es für die Pritschen Stroh als Unterlage. Als wir der Flöhe Herr geworden waren, überfielen uns nachts die Wanzen, so daß von Zeit zu Zeit die Pritschen auseinandergenommen, die Holzteile im Freien abgebrannt und dann wieder zusammengebaut werden mußten.
Von Juli 1945 bis Sommer 1946 war das Lager ein sogenanntes Schweigelager. Es gab keine Postverbindung. Zwischen den 2 großen Hallen wurde 1946 eine große Abortgrube ausgehoben, mit Holz überdacht und 8 lange Sitzreihen angebracht. Bald waren dadurch in den Hallen Ratten einheimisch geworden.
Bis Weihnachten 1946 hatte sich die Gefangenenzahl von 3.000 auf 2.000 reduziert allein durch Tod. Als Sterbeursache wurde allgemein registriert "Dysenterie".
Trotz allen Ungemachs wurden 1946 eine "Stacheldraht-Universität", ein Lagerchor und eine "Bunte Bühne" gegründet, die bis Ende 1948 mit einfachsten Mitteln hervorragende Leistungen zuwege brachten.
Im Herbst 1948 begann die Repatriierung. Insgesamt 1.000 Kameraden wurden in die Heimat entlassen. Doch zu Neujahrsbeginn 1949 galt die Aktion dann als abgeschlossen. Ende Januar 1949 wurden alle noch verbliebenen Offiziere - ca. 1.200 - zu Untersuchungsgefangenen erklärt. Das Vernehmungslager Werschetz war geboren und wurde entsprechend für seine "Aufgabe" umgebaut.
In ein- oder mehrwöchiger Vernehmungszeit in Einzelzellen qualvoll gefesselt, vegetierten nun die "Untersuchungshäftlinge" und wurden durch mittelalterliche Methoden zu "Geständnissen" gepreßt, um verurteilt zu werden. Viele zum Tode. Die meisten zu Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit bis zu 25 Jahren. Für mehr als 80 Kameraden endete die Vernehmung mit Foltermord, mit Selbstmord oder Tod durch Entkräftung.<<
Am 4. August 1945 erteilte General Eisenhower den Befehl, die ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln (x131/77): >>Mit sofortiger Wirkung sind alle im US-Gewahrsam in der nordamerikanischen Besatzungszone in Deutschland befindlichen Angehörigen der deutschen Streitkräfte als entwaffnete feindliche

Streitkräfte zu betrachten und nicht als Personen mit Kriegsgefangenenstatus. ...<<
Dr. Ernest F. Fisher jun., ehemaliger Oberst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika, schrieb im Vorwort des Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/15-17): >>... Die Massenkapitulation im Westen stand in auffallendem Kontrast zu den letzten Wochen an der Ostfront, wo die überlebenden Wehrmachtseinheiten noch die vorrückende Rote Armee bekämpften, um so vielen Kameraden wie möglich die Gefangenschaft durch die Russen zu ersparen. ...
Vom deutschen Standpunkt aus lieferte diese Strategie Millionen deutsche Soldaten in die, wie sie glaubten, gnädigeren Hände der Westalliierten aus, die unter dem militärischen Oberkommando von General Eisenhower standen. Jedoch General Eisenhowers grimmigem und besessenem Haß ausgeliefert, der sich nicht nur gegen das Nazi-Regime, sondern vor allem gegen alles Deutsche überhaupt richtete, ließ sich dieser Glaube bestenfalls als ein verzweifeltes Glücksspiel bezeichnen.
Mehr als 5 Millionen deutsche Soldaten wurden in Stacheldrahtkäfigen zusammengepfercht, viele von ihnen buchstäblich Schulter an Schulter. Der Boden unter ihnen entwickelte sich bald zu einem Sumpf aus Dreck und Krankheit. Dem Wetter ausgesetzt, ohne jegliche auch nur primitive sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald an Hunger und Krankheiten zu sterben.
Von April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr eine Million Männer, vornehmlich in den amerikanischen Lagern. - Niemals seit den Greueln in dem von Konföderierten verwalteten Gefängnis in Andersonville während des amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden: Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose Tragödie in alliierten Archiven verborgen.
Wie kam schließlich dieses gewaltige Kriegsverbrechen ans Licht? Die ersten Hinweise wurden 1986 durch den Autor James Bacque und seine Mitarbeiterin aufgedeckt. ...
Im Frühling 1987 trafen Mr. Bacque und ich uns in Washington. Während der folgenden Monate arbeiteten wir zusammen in den Nationalarchiven und in der George C. Marshall Stiftung in Lexington, Virginia, indem wir die Beweisstücke, die wir fanden, zusammenfügten.
Die Pläne, die von höchsten britischen und amerikanischen Regierungsstellen 1944 gemacht wurden, brachten den Entschluß zum Ausdruck, Deutschland ein für alle Mal als Weltmacht zu zerstören, indem man es auf eine einfache Agrarwirtschaft reduzieren wollte, obwohl dieses den Hungertod von Millionen von Zivilisten bedeutet hätte. Bis heute sind sich die Historiker darüber einig, daß die alliierte Führung schon bald ihre destruktiven Pläne wegen des öffentlichen Widerstandes aufgehoben hatte.
Eisenhowers Haß, toleriert von einer ihm gefügigen Militärbürokratie, erzeugte diesen Horror der Todeslager, der mit nichts in der amerikanischen Militärgeschichte vergleichbar ist. Angesichts der katastrophalen Folgen dieses Hasses ist die lässige Gleichgültigkeit, die die Offiziere des Hauptquartiers der alliierten Expeditionskräfte an den Tag legten, die schmerzlichste Seite der amerikanischen Verstrickung.
Nichts lag der großen Mehrheit der Amerikaner 1945 ferner, als so viele unbewaffnete Deutsche nach dem Krieg zu töten. Eine Vorstellung der Größe dieses Schreckens kann man gewinnen, wenn man sich vor Augen führt, daß diese Todesraten bei weitem all jene übertreffen, die durch die deutsche Armee im Westen zwischen 1941 und April 1945 erlitten wurden. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/244-246,11-12,78,168-169): >>Die deutschen Soldaten, in Angst vor der Rache der Russen, rannten um ihr Leben. Selbst noch Wochen nach Kriegsende am 8. Mai flohen die Soldaten massenweise in den Westen. Die Westalliierten gaben selbst zu, über 9 Millionen Gefangene eingebracht zu haben, während Stalin dem amerikanischen Geheim-

agenten Harry Hopkins im Frühjahr 1945 persönlich mitteilte, er meine, die UdSSR hätte etwa 2,5 Millionen Gefangene, von denen 1,7 Millionen Deutsche seien und der Rest Rumänen, Italiener und Ungarn.
Die Zahl der sowjetischen Seite ist im allgemeinen von den westlichen Verteidigern ignoriert worden, denn diese beschuldigten mit Vorliebe die Sowjetunion dafür, Gefangene massenweise vernichtet zu haben. Je niedriger die Zahl der sowjetischen Gefangennahmen ist, desto unglaubwürdiger ist es, daß all diese Gefangenen in sowjetischen Lagern umgekommen sind.
...
Die Zahlen der toten Kriegsgefangenen, die die Amerikaner und Franzosen von 1950 bis 1990 den zaghaft nachforschenden Deutschen widerwillig angaben, waren so lächerlich niedrig, daß sie unter der Todesrate der Zivilbevölkerung zu dieser Zeit lagen. Diese außergewöhnliche Information - daß hungernde Menschen, die im Schlamm schlafen, eine niedrigere Sterberaten haben als die Zivilbevölkerung, die in Häusern lebt und jeden Tag zu essen hat - störte die Deutschen nicht weiter. Sie ignorierten die Anzeichen, die ihnen regelrecht entgegenschrien, völlig.
General Buisson, auf den sich der deutsche Autor Böhme für seine Gefangenenakten für Frankreich beruft, war nicht nur Chef der Angelegenheiten für Kriegsgefangene der französischen Armee und Autor der lächerlich niedrigen französischen Todeszahlen, er errechnete sogar zu einer Gesamtzahl an Kriegsgefangenen 166.000 Männer, die die Franzosen in Lagern in Deutschland von den Amerikanern übernommen hatten, einfach nicht mit. Doch ein paar Seiten weiter in seinem Bericht behauptete Buisson, daß eine Anzahl dieser Kriegsgefangenen auf der Stelle in Deutschland entlassen worden seien. So verschwinden in Buissons Zaubertrick 166.000 Menschen einfach, und 46 Jahre lang merkt es keiner. ...<<
>>... Wegen weit verbreiteter Verschleierung und weil einige Gefangenen-Dokumente schon bei ihrer Ausfertigung irreführend waren, wird die Zahl der Toten wahrscheinlich immer umstritten sein. Viele Akten wurden in den fünfziger Jahren vernichtet oder in Euphemismen versteckt. Viele Lügen sind in dichten Schichten über die Wahrheit gepackt worden.
Außer jedem Zweifel steht, daß vom April 1945 an Männer in enormer Zahl sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich an klima- und witterungsbedingten Krankheiten, an den Folgen unzureichender Hygiene, an Krankheit und Hunger gestorben sind. Die Zahl der Opfer liegt zweifellos bei mehr als 800.000, beinahe mit Sicherheit bei mehr als 900.000 und durchaus wahrscheinlich bei mehr als einer Million.
Die Ursachen ihres Todes wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfe-Organisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert.
Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt, als das Rote Kreuz, Le Monde und Le Figaro versuchten, öffentlich die Wahrheit zu sagen. Akten sind vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluß gehalten worden. Dies geht bis auf den heutigen Tag weiter.
Kanada und Großbritannien, die verbündeten Frankreichs und der USA, brachten unter demselben Oberkommando … ebenfalls Millionen von Gefangenen ein, ... aber es gibt so gut wie kein Zeichen für ähnliche Greuel. ...<<
>>... Eisenhower hatte die sinnlose Verteidigung der Deutschen wegen der Vergeudung von Menschenleben beklagt. Aber die Deutschen starben jetzt, da sie kapituliert hatten, viel rascher als während des Krieges. Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und nordamerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront in Nordwest-Europa vom Juni bis hin zum April 1945 gefallen sind. ...<<
>>... Die Amerikaner und Franzosen brauchten nichts weiter zu tun, als die große Zahl zu

unterdrücken, um zu verhindern, daß sich die Kenntnis von ihrem Verbrechen ausbreitete, oder zur Geschichte wurde. Dies zu tun, war leicht für sie, denn sie waren die einzigen, die die große Zahl kannten. So geschah es.
Nachdem sie die große Zahl unterdrückt hatten, mußten die Amerikaner und die Franzosen irgendeine Zahl liefern, weil es nicht glaubhaft war, daß niemand gestorben sei oder daß es keine Zählung gegeben habe, es sei denn, es habe ein starker Grund für die Unterlassung einer Zählung vorgelegen, und das konnte nur die ungeheuerliche Zahl gewesen sein, die nicht die feine Eihaut durchdringen durfte.
Deshalb lieferten sie die kleine Zahl. Diese Zahl war so klein, daß niemand mit elementaren Rechenkünsten und Kenntnis von Sterblichkeitsraten sie auch nur einen Augenblick lang glauben konnte. Für Männer, von denen der französische General Buisson gesagt hatte, daß sie verhungerten, teilte er eine Sterblichkeitsrate mit, die unterhalb der Sterblichkeitsrate wohlgenährter Soldaten in Friedenszeiten lag. Die Amerikaner lieferten der Stadtverwaltung von Rheinberg die Zahl 614 als Zahl der Toten im Lager, weniger als ein Dreißigstel der Summe, auf die ihre eigenen Zahlen für "Sonstige Verluste" schließen ließ.
Die Deutschen akzeptierten die kleine Zahl, weil sie Schuld wegen ihrer eigenen Lager empfanden, oder wegen des Krieges, oder weil die kleine Zahl das Ausmaß ihrer Demütigung verringerte. Auch wollten die Deutschen ihren Eroberer nicht beleidigen, insbesondere nicht, nachdem er zu ihrem Verbündeten geworden war.
Eine der vielen Möglichkeiten, entgegenkommend zu sein, bestand darin, seine Lügen über etwas zu akzeptieren, das ohnehin nicht mehr zu ändern war, auch wenn es natürlich nicht zugelassen werden konnte, daß dieses Argument die Deutschen von ihrer Verantwortung für die Konzentrationslager der Nazis freisprach. Innerhalb weniger Jahre kam das Bezweifeln der kleinen Zahl schon einem Verrat bedenklich nahe, denn jeder gute Deutsche, der an den Amerikanern zweifelte, war eigentlich ein Feind beider Staaten. So kam es, daß den Amerikanern verziehen wurde, ohne daß sie auch nur angeklagt worden waren.
Viele Deutsche glaubten, daß es eine große Zahl gab, aber kannten sie nicht; sie kannten die kleine Zahl, aber glaubten sie nicht. Diese Doppelwertigkeit ist typisch für manches in der heutigen deutschen Denkweise. Nicht imstande zu sein, die Wahrheit über die amerikanischen Greuel zu sagen, ist ein gespenstisches Echo der Aussage, man habe von den Lagern der Nazis nichts gewußt.
Ein General, der Eisenhower gut kannte, schrieb im Jahre 1945, daß Eisenhower "praktisch Gestapo-Methoden" gegen die Deutschen anwende. Sein Name war George S. Patton. ...<<
Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichteten am 21. August 1945 in Genf über die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich (x130/-178): >>... Sie stellten fest, daß der Nahrungsmangel das Leben von 200.000 deutschen Kriegsgefangenen unmittelbar gefährde. ... Für 600.000 Gefangene in französischen Lagern gebe es nur ungenügende Unterkünfte ...<<
Henry W. Dunning, Mitarbeiter des nordamerikanischen Roten Kreuzes, schrieb am 5. September 1945 an das US-Hauptquartier in Washington (x131/114): >>... Die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ist jetzt verzweifelt und wird in Kürze zu einem offenen Skandal werden.
In der vergangenen Woche haben mehrere Franzosen, bei denen es sich um ehemalige Gefangene der Deutschen handelt, mich aufgesucht und mich aufgefordert, gegen die Behandlung zu protestieren, die deutschen Kriegsgefangenen von der französischen Regierung zuteil wird.
...
Mrs. Dunning … berichtet, daß dort in jeder Woche Dutzende von deutschen Gefangenen sterben. Ich habe mit dem Chef des Internationalen Roten Kreuzes in Frankreich gesprochen. Er sagte zu mir, die Situation der deutschen Gefangenen in Frankreich sei in vielen Fällen schlimmer als in den ehemaligen deutschen Konzentrationslagern.

Er hat mir Photographien von menschlichen Skeletten gezeigt und Briefe von französischen Lagerkommandanten, die um ihre Ablösung gebeten haben, weil sie keine Hilfe von der französischen Regierung erhalten und es nicht mehr ertragen können, zuzusehen, wie die Gefangenen aus Mangel an Nahrung sterben. …<<

Der Chef des Internationalen Roten Kreuzes schrieb am 26. September 1945 an General de Gaulle und berichtete über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/117-119): >>Mein General,

am 3. September habe ich Sie um die Ehre gebeten, mich zu empfangen, damit ich Ihnen über die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand berichten könne. Die Zahl dieser Gefangenen beläuft sich jetzt auf 600.000.

200.000 sind jetzt arbeitsunfähig …

Die Situation dieser 200.000 Männer ist in Bezug auf Lebensmittel, Kleidung, unhygienische Bedingungen so bedenklich, daß man ohne Furcht vor Pessimismus sagen kann, daß sie den Winter nicht überleben werden. …

Um Abhilfe zu schaffen, ist energisches Handeln erforderlich. Gestatten Sie mir - weil ich mich seit mehr als 3 Monaten ausschließlich mit diesem Problem befasse -, Ihnen die folgenden Maßnahmen vorzuschlagen:

1) Suspendieren Sie alle weiteren Gefangenen-Überstellungen, bis die Verwaltung in der Lage ist, regelmäßig neue Kontingente zu bewältigen.

2) Repatriieren Sie unverzüglich alle Gefangenen, die sich nicht mehr erholen werden und die in der französischen, amerikanischen oder britischen Zone beheimatet sind, in Absprache mit den Militärbehörden.

3) Verteilen Sie zusätzliche Nahrung an die Gefangenen, die gerettet werden können, und setzen sie diese Gefangenen allmählich zur Arbeit ein, um dem Bedarf an Arbeitskräften zu entsprechen.

4) Geben Sie an einige der Gefangenen Lebensmittel und Kleidung aus, die die Verwaltung schon zur Verfügung hat. Die Gefangenen schlafen im allgemeinen auf dem Boden und haben im Durchschnitt eine Decke für 4 Personen.

Auf diese Weise wird die Verwaltung die Kosten für diese 200.000 unnützen Münder einsparen, und die drohende Katastrophe wird abgewendet.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat zu seiner Verfügung einige noch vom Deutschen Roten Kreuz erübrigte Gelder, Spenden für das Komitee von deutschen Gefangenen in den USA und einige Spenden von Kriegsgefangenen in französischer Hand. Das Komitee ist bereit, mit diesen unterschiedlichen Beträgen Lebensmittel, Kleidung und Medikamente für die deutschen Gefangenen in französischer Hand zu kaufen.<<

Der Reporter Serge Bromberger berichtete am 29. September 1945 im "Le Figaro" über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/116): >>... Die seriöseste Quelle bestätigte, daß der körperliche Zustand der Gefangenen schlimmer als beklagenswert war. Die Leute sprachen von einer erschreckenden Sterblichkeit, verursacht nicht durch Krankheit, sondern durch Hunger, und von Männern mit einem Durchschnittsgewicht von 35 bis 45 Kilo.

Anfangs zweifelten wir an der Wahrheit aller dieser Dinge, aber uns erreichten Appelle von vielen Seiten, und wir konnten das Zeugnis … eines Geistlichen für die Gefangenen, nicht ignorieren.<<

Die französische Tageszeitung "Le Figaro" berichtete am 30. September 1945 über die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/123-124): >>So wie man heute von Dachau spricht, werden die Menschen in 10 Jahren überall in der Welt von Lagern wie Saint Paul d' Egiaux sprechen, wo gegen Ende Juli 17.000 von den Amerikanern übernommene Menschen so rasch starben, daß in wenigen Wochen zwei Friedhöfe von je 200 Gräbern gefüllt waren. Gegen Ende September betrug die Sterbeziffer 10 pro Tag, was

mehr als 21 % pro Jahr bedeutete. ...
Manche Leute werden einwenden, daß die Deutschen nicht sehr gewissenhaft waren, was die Frage der Ernährung unserer Männer anbetraf, aber selbst wenn sie gegen die Genfer Konvention verstoßen haben, scheint das wohl kaum eine Rechtfertigung dafür zu sein, daß wir ihrem Beispiel folgen.
Manche Leute haben gesagt, der beste Dienst, den wir den Deutschen leisten könnten, würde darin bestehen, sie nachzuahmen, so daß sie uns eines Tages vor dem Richterstuhl der Geschichte wiederfinden würden, aber Frankreich sollte seinem Ideal treu bleiben, das höher ist als bloße Würde; es ist bedauerlich, daß uns die ausländische Presse daran erinnern mußte. ...
Wir haben nicht gelitten und gekämpft, um die Verbrechen anderer Zeiten und anderer Orte zu verewigen.<<
Am 1. Oktober 1945 ordnete General Eisenhower weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportierte man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).
Die "United Press" berichtete am 13. Oktober 1945 über französische "Deutschlandpläne" und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen (x043/119): >>General de Gaulle nahm in seiner Pressekonferenz ... zu verschiedenen internationalen Problemen Stellung.
Über die "deutsche Frage" führte er unter anderem aus:
"Ich will, daß niemals wieder ein Deutsches Reich gebildet wird. Frankreich will keine deutschen Gebiete annektieren, doch wünscht die französische Regierung für die Zukunft eine Aufteilung Deutschlands in verschiedene Einzelstaaten."
Ein Journalist lenkte die Aufmerksamkeit de Gaulles auf die Berichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen schlecht behandelt würden, worauf der französische Staatschef erwiderte:
"Im Rahmen des französisch-amerikanischen Abkommens wurden 1.100.000 deutsche Kriegsgefangene den Franzosen für den Einsatz bei Wiederaufarbeiten übergeben. Von diesen waren einige Tausend in einem derart beklagenswerten Gesundheitszustand, daß wir mit den nordamerikanischen Behörden jetzt über ihre Rückkehr nach Deutschland verhandeln. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich arbeiten, erhalten dieselben Rationen, wie die französischen Arbeiter. Jenen, die Grubenarbeit zu verrichten haben, werden französische Schwerarbeiterrationen zugeteilt.
Es ist die Ansicht der französischen Regierung, daß alle Kriegsgefangenen menschlich und strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt werden müssen. Wir stehen in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz."...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes": "Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."
Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus.
Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.

... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<
Als die Absicht der schwedischen Regierung bekannt wurde, deutsche Kriegsgefangene an die UdSSR auszuliefern, warnte eine große schwedische Zeitung am 15. November 1945 (x130/195): >>... Schwedens Ruhm und Ehre stehen auf dem Spiel. ...<<
Ein deutscher Kriegsgefangener berichtete später über die Auslieferung der verwundeten Landser an die Sowjets (x130/198): >>... Im Morgengrauen hielten unsere Kraftwagen im Hafen von Trelleborg. An einer Sperre dicht am Kai erfolgte die "feierliche" Übergabe an die Russen. Wir traten einzeln an einen Beamten des schwedischen Außenministeriums, der an Hand der Registrierungskarte des Internationalen Roten Kreuzes Name und Fotografie des Mannes verglich.
Mit einem "Nu, dawai", zeigte der Russe auf den Laufsteg zum Schiff, wo uns bereits russische Posten in Empfang nahmen. Durch die Ladeluken schlotterten wir in den Rumpf des Schiffes, wo wir uns auf das aus Holzwolle und Decken hergerichtete Lager fallen ließen.
Den 16. Dezember und die Nacht zum 17. Dezember lagen wir noch im Hafen, wo noch laufend Kameraden aus den übrigen Krankenhäusern zugeladen wurden und in den Morgenstunden des 17. Dezember 1945 (es war ein Sonntag) verließen wir den Hafen von Trelleborg und somit schwedisches Territorium. Das war der Abschied von Schweden mit abschließender Seefahrt in ein unbekanntes Schicksal.<<
Am 18. Dezember 1945 befanden sich in Frankreich noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wurde (x111/114).
Deutsche Kriegsgefangene berichteten später über Weihnachten 1945 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/332-333): >>... Wir starrten trübselig durch die Fenster auf die Lichter und lagen bald auf den harten Pritschen. Jeder hatte Angst, es könnte einer zu singen anfangen ...
Und dann kam also das Essen, von dem wir wochenlang vorher gesprochen hatten: Am Weihnachtstag gab es Pellkartoffeln und Hering. Diese Pellkartoffeln bestanden aus fünf winzigen halbverfaulten kleinen Kartoffeln und einem halben, ganz verfaulten Hering. Und die Enttäuschung, na, also wirklich riesig.
Und dann haben wir versucht zu singen, Stille Nacht, heilige Nacht, was natürlich nicht funktionierte, weil einigen Leuten die Tränen in die Augen kamen. Und dann mußte ich aufstehen, weil mir ganz übel war. Und dann passierte das für einen Kriegsgefangenen schrecklichste. Ich mußte diesen Hering und diese Kartoffeln wieder von mir geben, diese wertvollen Kalorien; und das war eine Katastrophe.<<
Im März 1946 berichtete ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die an der nordfranzösischen Atlantikküste Minen räumen mußten (x130/175): >>Von insgesamt 3.500 Kriegsgefangenen wurden 150 getötet und 259 schwer verletzt. ...<<
Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über die Zusammensetzung eines Minensuchkommandos in einem französischen Departement (x130/173): >>Es handelt sich zu 80 Prozent um Leute unter 25 Jahren. Es waren in der Hauptsache Schüler, Abiturienten, Studenten und Angehörige von Angestelltenberufen. Unter uns befand sich nur ein einziger ehemaliger Pionier. ...<<
Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über das tragische Ende einer Minenräumung in Frankreich (x130/174): >>Nach getaner Arbeit gingen wir in Reihen hintereinander von dem geräumten Gelände. Dabei trat der letzte Gefangene auf eine Schützenmine, die wir übersehen hatten. Sie riß ihm beide Beine ab, und er starb noch auf dem Transport in das Lager. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das internationale

Verbot der Minenräumung durch Kriegsgefangene (x026/89): >>Besonders die Frage der Minenräumung gab dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz Anlaß, bei den französischen Behörden zu intervenieren. Die Beseitigung von Minen und anderem Explosivmaterial während der Dauer der Feindseligkeiten ist nach Artikel 31 verboten. Auch nach deren Beendigung bleibt die Minenräumung laut Artikel 32 verboten. Wie dem auch sei, nach der Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika im März 1943 beschloß man, die Gefangenen zur Minenräumung einzusetzen. ...
Dieses Problem tauchte Anfang 1945 verschärft wieder in Frankreich auf. Die Presse nahm sich seiner an und schrieb, daß die Aufgabe der Minenbeseitigung denen zukäme, die sie gelegt hätten. Das Internationale Rote Kreuz vermied es, getreu seiner rein humanitären Aufgabe, zu polemisieren oder eine rein juristische These über die Anwendung der Verträge zu verfechten. Es wies die französische Verwaltung auf die Gefahren hin, die eine durch Nicht-Spezialisten ausgeführte Minenräumung mit sich brächte.
Der Kriegsminister selbst schätzte im September 1945 die Zahl der zu beseitigenden Minen auf etwa 10 Millionen. Unter den deutschen Kriegsgefangenen, die mit diesen Arbeiten beschäftigt waren, gab es jeden Monat 2.000 bei tödlichen Unfällen ums Leben gekommene Opfer. Dies entspricht dem Verhältnis: ein Todesfall auf 5.000 Minen.
Man konnte leicht daraus schließen, daß eine unter diesen Umständen durchgeführte Minenräumung das Leben von 20.000 Gefangenen kosten würde. Das Internationale Rote Kreuz bestand auf der Notwendigkeit von Vorsichtsmaßnahmen und zählte diese auf. Dann beauftragte er seine Delegierten vor allem auf die Durchführung zu achten. ...<<
Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichteten im April 1946 über die Arbeit der deutschen Kriegsgefangenen in französischen Bergwerken (x130/181): >>Die Suche nach Werkzeugen ist häufig langwierig. Sie dient den Aufsehern als Vorwand, die Gefangenen des Spazierengehens zu beschuldigen und sie zu schlagen. ...
Manchmal sind die Gefangenen für mehrere Tage arbeitsunfähig, gewöhnlich leiden die schwächeren Gefangenen am meisten. ...
Häufig sind kranke Gefangene gezwungen, eine Doppelschicht zu machen, wenn sie das Pech haben, auf einen Aufseher zu stoßen, der ihre Krankheit als Ausdruck von Arbeitsunwillen auffaßt. Einige Gefangene wurden gezwungen, 19 Stunden ununterbrochen zu arbeiten, ohne Nahrungsaufnahme und ohne Ruhepausen. ...<<
Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete über einen gescheiterten Fluchtversuch aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Saransk an der mittleren Wolga im Juni 1946 (x130/-281): >>... Um drei Uhr wird zur Zählung gepfiffen. Wir stehen bis 6 Uhr, ohne daß gezählt wird.
Zwei Offiziere sind ausgekniffen. Bald erfahren wir, daß der eine, ein Sudetendeutscher, erschossen zwischen den Drähten liegt. Der andere, ein Oberstleutnant, ist einen Kilometer vom Lager entfernt niedergeknallt worden. Ihre Fluchtvorbereitungen sind verraten worden.
Der Verräter wird kaltblütig sich an Brot und Tabak laben.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die systematische Bespitzelung in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/281-282): >>Die Bespitzelung stellte neben Hunger und schwerer Arbeit wohl die stärkste seelische Belastung für viele dar. Denn die Tatsache, daß man seinem Nachbarn nicht mehr trauen konnte, wog schwerer als manche Entbehrungen. ...
Jedes totalitäre System arbeitet mit Spitzeln, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Sowjets waren deshalb bemüht, auch unter den Kriegsgefangenen ein schlagkräftiges Spitzelsystem einzurichten.
Die deutschen Kriegsgefangenen waren auf das Spitzelwesen nicht vorbereitet: Sie dachten gar nicht an die Möglichkeit des Einsatzes von Spitzeln; man rechnete weder damit, daß sich aus den eigenen Reihen Leute dafür hergeben würden, noch konnte man sich vorstellen, wel-

chen Zweck die Gewahrsamsmacht damit verfolgen könnte. ... Überhaupt nicht rechnete man damit, daß planmäßig Material für Verurteilungen gesammelt wurde.
Was hat der deutsche Soldat schon von Spitzeln gewußt? So etwas kannte man vom Hörensagen, ... vielleicht noch aus Flüsterwitzen über die Gestapo, das war aber auch alles. Daß ein System daraus gemacht werden konnte, daß in jeder Stube, in jeder Arbeitsbrigade, in jedem offiziellen, ja jedem inoffiziellen Zirkel mindestens ein Mann war - oder jedenfalls sein sollte -, der die Sowjets über alles und jedes unterrichtete, das lernte man erst durch bittere Erfahrungen. ...
Die Tatsache, daß der deutsche Soldat nichts von Spitzeln wußte und der deutsche Offizier Spitzel verabscheute - er hätte sie nie in seiner Einheit geduldet -, schützte nicht etwa den deutschen Kriegsgefangenen vor Spitzeln, sondern machte ihn zunächst hilflos. ...
Nur ganz allmählich lernten die Kriegsgefangenen, sich vor Spitzeln zu schützen: passiv durch Vorsicht bei Gesprächen, aktiv - und das nur in wenigen Fällen - durch Selbstjustiz.
Die Gefangenen in den Lagern waren ohnmächtig gegen Spitzeltum und Verrat. Sie mußten schwere Strafen der Russen fürchten, hätten sie Spitzel verprügelt oder gar erschlagen. ...<<
Ein Zeitzeuge berichtete am 13. August 1946 aus dem Grenzdurchgangslager Friedland über die Ankunft des ersten offiziellen deutschen Kriegsgefangenentransportes aus der Sowjetunion (x111/203): >>Die Sowjets ließen die schweigend fügsamen Männer in breiten Kolonnen am Kontrollpunkt in Besenhausen zu fünft oder sechst antreten, hoben den Schlagbaum und übergaben sie den davor wartenden Briten.
Am britischen Schlagbaum kamen zunächst langsam und schwerfällig Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen an. Dann näherte sich die Kolonne in langen Reihen, ohne Tritt, müde und matt, mit leerem Blick, großen kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, altem Drillichzeug. Viele gingen an Krücken und Stökken, stützten einander, trugen Kameraden. Kaum einer erwiderte Zurufe und Winke der Tausenden, die am Wegrand warteten. Eine Welle ungläubigen Entsetzens ging durch die Menge. Die britischen Soldaten sahen fassungslos auf diese greisenhaften Gestalten. ...
Das Schlimmste aber war die Ausdruckslosigkeit der Gesichter. Sie wirkten maskenhaft; das Spiel der Mienen und der Glanz der Augen waren erloschen. Alle sahen um Jahre älter aus, als das Geburtsdatum auswies. Kein einziger war arbeitsfähig.
Die letzten aufgelösten Gruppen bestanden aus denen, die immer weiter zurückgeblieben waren. Auf einer Behelfstragbahre, bestehend aus zwei Ästen, über die Fetzen gelegt waren, trugen sie einen Mann mit schütterem grauem Bart, der murmelnd immer wiederholte: "Nicht liegenlassen, Kameraden, nicht liegenlassen!" ...<<
Während einer ärztlichen Untersuchung dieser 1.200 entlassenen Kriegsgefangenen wurde festgestellt (x111/203-204): >>... daß von diesen ersten in den Westen offiziell entlassenen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 90 % Dystrophiker sind, 60 bis 70 % starke Kreislaufschäden haben, 40 % tuberkulös erkrankt sind und fast alle Ekzeme, Furunkulose und Phlegmone haben. Auffällig ist auch die große Zahl der Malaria-Kranken.<<
Am 13. September 1946 wurden in Großbritannien noch 394.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x111/214).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 12. Oktober 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/56): >>12. Oktober 1946. Heute sind die ersten Frauen im Lager eingetroffen, die mit im Strudel des Krieges waren und auch in Gefangenschaft gerieten.
Ehemalige ... Luftwaffenhelferinnen, Angestellte von Wehrmachtsdienststellen, Telefonistinnen. Abgehärmte, müde Gestalten! Die Mädchen waren unter den Strapazen und Qualen in wenigen Monaten zu alten Frauen geworden, die überhaupt nichts mädchenhaftes mehr an sich hatten.<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 15. Dezember 1946 (x124/272): >>... Frankreich hält immer noch über 600.000 Kriegsgefangene zurück, von denen mehr als ein

Drittel in der Land- und Forstwirtschaft, 56.000 im Bergbau, 37.000 im Baugewerbe, 12.000 beim Brückenbau, 10.000 in der Eisenindustrie arbeiten und 30.000 Minen räumen. Im ganzen gibt es dort 115 Gefangenenlager ...<<

Deutsche Kriegsgefangene berichteten später über den Weihnachten 1946 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/333): >>In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.

Doch einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die Bedeutung des Weihnachtsfestes für die Gefangenen (x130/332-334): >>Trat das religiöse Leben nach außen am deutlichsten durch Gottesdienste in Erscheinung, so kam dem einzelnen Gefangenen das Bedürfnis nach der Religion am stärksten bei kirchlichen Festen zu Bewußtsein. Denn den Heiligen Abend ohne jegliche Feier verbringen zu müssen, wie es besonders in den ersten Jahren nicht selten geschah, war dem deutschen Kriegsgefangenen besonders schmerzlich.

Wohl ließ das Interesse an religiösen Fragen mit den Jahren nach, jedoch zu Weihnachten, da man in den Jahren bis einschließlich 1945, teilweise auch noch später, nicht nur die Familie, sondern auch noch einen Gruß der Angehörigen missen mußte, war man offen für einen Trost in der Religion. ...

Andere kirchliche Feste traten im Lageralltag kaum in Erscheinung, es sei denn, daß Gottesdienste genehmigt oder geduldet waren. Sonst nahm man auch im Rahmen eines bunten Abends oder sonst einer Festvorstellung inoffiziell Bezug auf Ostern. In der Regel gingen aber Ostern, Pfingsten und andere kirchliche Festtage wie jeder andere Tag vorüber. ...

Was aber den deutschen Kriegsgefangenen als ausgesprochene Schikane erschien, daß sie nämlich zu Weihnachten keine arbeitsfreien Tage erhielten, fanden die sowjetischen Stellen als völlig selbstverständlich, da ihre eigenen Landsleute in diesem Punkt ebenfalls kein Entgegenkommen fanden.

Trotzdem war mitunter der 1. Weihnachtsfeiertag arbeitsfrei, mußte allerdings vorher oder nachher wieder an einem Sonntag eingearbeitet werden. Dies wurde aber nur selten gewährt. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 1. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>**Stacheldrahtbörse …**

Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.

"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.

Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frankreich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.

Die von Frankreich selbst eingebrachten Kriegsgefangenen müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten. Sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".
… Der 1. Juli der ist der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57): >>4. März 1947. Täglich geht im Lager ein großer Stapel Post ein - Anfragen nach vermißten Soldaten ... oder nach vermißten Angehörigen, die vielleicht Friedland passiert haben.
Auch über den Fernsprecher versuchen jeden Tag Hunderte von Menschen aus kleinen Dörfern und großen Städten etwas über den vermißten Vater oder den noch nicht heimgekehrten Bruder zu erfahren. Alle diese Anfragen sollen bearbeitet werden. Für das Personal eine schwierige, kurzfristig kaum lösbare Aufgabe.
Es ist jetzt angeordnet worden, daß jeder durch das Lager kommende Kriegsgefangene eingehend über das Schicksal seiner Kameraden befragt wird. Diese Auswertungen sollen an das Zentralnachforschungsbüro in Hamburg weitergegeben werden.
Bis heute gingen 68.812 Kriegsgefangene durch Friedland. Viele werden noch erwartet. Die Schätzungen darüber sind jedoch sehr unterschiedlich. Genaue Unterlagen über alle ehemaligen deutschen Soldaten in alliierter Gefangenschaft fehlen.<<
Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichten die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/-295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<
Am 26. März 1947 gabt die US-Militärregierung offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich berichtete am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?
Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind geweht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.
Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.
Fiel bei den Worten Molotows:
"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".
Setzt Halbmast über Deutschland! …<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 22. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Millionen im Schatten**
TASS: 890.532 Kriegsgefangene
Die amtliche sowjetrussische Nachrichtenagentur TASS überraschte mit den ersten Zahlenangaben über deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Danach sind noch 890.532 Deutsche in russischen Händen, während 1.003.974 Gefangene seit der Kapitulation bereits nach Deutschland zurückkehrten.
Zwei Tage vorher hatte Englands Ernest Bevin von Molotow konkrete Unterlagen über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gefordert. Nach Schätzung der britischen Delegation befinden sich noch 3 Millionen Deutsche in russischer Gefangenschaft.
Zum erstenmal ist die russische Regierung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen von

ihrem Prinzip des beharrlichen Schweigens abgegangen. Ende Januar hatten die Amerikaner im Alliierten Kontrollrat einen letzten Vorstoß unternommen, das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor dem Kontrollrat zu besprechen und die genaue Zahl der Gefangenen anzugeben.
Nach Scheitern dieses Versuchs erklärte ein hoher Beamter der amerikanischen Militär-Regierung in Berlin, bei Kriegsende hätten sich etwa vier Millionen deutsche Kriegsgefangene in russischen Händen befunden. Rund 755.000 seien inzwischen von den Sowjets entlassen worden. Das Schicksal von weiteren 200.000 Gefangenen sei aus verschiedenen Gründen - Tod, Flucht usw. - nicht mehr festzustellen.
Auch George Meader, der Berater der Kriegsuntersuchungskommission des USA-Senats, gab im Dezember 1946 die amtliche Schätzung ab, daß noch 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland seien. Diese Zahl stützt sich auf Dokumente, die der Amerikaner auf einer dreiwöchigen Untersuchungsreise in Europa sammelte. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. April 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/62): >>... 1. April 1947. Es kommen immer wieder ehemalige Soldaten im Lager an. Heimkehrer aus Frankreich, England, Jugoslawien und Rußland. Sie alle müssen durch das Lager, um ihren Entlassungsschein in Empfang zu nehmen, ohne den sie nicht wieder richtige Zivilisten werden. ...
Über viele ehemalige Soldaten, die möglicherweise in russische Gefangenschaft geraten sein könnten, herrscht noch völlige Unklarheit. Viele Heimkehrer berichten von hohen Sterbeziffern, besonders während der Kriegshandlungen, da diese es kaum ermöglichten, geordnete Lager anzulegen. ...<<
Am 8. April 1947 forderte der Kölner Erzbischof Kardinal Frings die Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >>Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.
Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.
Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 10. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/66-67): >>10. Juni 1947. Ein größerer Transport ehemaliger deutscher Nachrichtenhelferinnen und DRK-Schwestern, die 1944 in russische Gefangenschaft gerieten, traf aus einem Lager bei Woroschilowgrad im Donez-Gebiet in Friedland ein. Ein großer Teil der Frauen hat im Bergwerk gearbeitet. ...
Alle Frauen sind unterernährt. Ärztliche Diagnose: Dystrophie. Die 24jährige A. W. ... sagte: "Es müßte verboten werden, daß Frauen mit in den Krieg müssen." ...<<
Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes berichtete am 14. Juni 1947 über deutsche Kriegsgefangene, die in französischen Kohlenbergwerken arbeiten müssen (x130/184): >>... Man hat festgestellt, daß sich Gefangene selbst verstümmelt haben - ein Beweis dafür, daß die Arbeitsbedingungen aufgrund des brutalen Zwangs unerträglich für sie wurden. Es ist unzulässig, daß den Gefangenen außer ihrer eigenen Arbeit auch noch die ihrer fehlenden oder verletzten Kameraden aufgebürdet wird.<<
Die Senatoren Knowland und Morse kritisierten im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>Senator Knowland erklärte: ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...
Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson: ... Dieses

Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention Gefangene als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist, der dann hingerichtet wurde. ...
Wenige mögen sich jetzt daran erinnern, daß Präsident Roosevelt sich im September 1944 dem deutschen Volk gegenüber ausdrücklich verpflichtet hat, als er sagte: "Die Alliierten treiben keine Sklaverei mit Menschen".
Begreifen es denn nur einige wenige Menschen, daß wir nach unserem Sieg über Deutschland, wenn wir Hitlers Maßstäbe und Hitlers Methoden übernehmen, Hitler zum wahren Sieger machen? ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>2. Januar 1948. Es kamen wieder Kriegsgefangene aus dem Osten an. ...
Heute wurden 10.000 Scheiben Brot von den Lagerschwestern gestrichen. Und alle sind so dankbar dafür.
Ein Bildersuchdienst ist eingerichtet worden. Angehörige schicken möglichst lebenswahre Fotos von Vermißten nach Friedland. Hier werden die Bilder sortiert ... und zur Durchsicht den Heimkehrern vorgelegt. Man hofft, dadurch manches Schicksal klären zu können. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschlissenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand - so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.
"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...
Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur 250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<
In England wurden am 20. Januar 1948 noch 160.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x112/440).
Nach offiziellen Angaben befanden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. April 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/73-74): >>3. April 1948. Beim Bildersuchdienst in Friedland liegen über 23.000 Fotos von vermißten Wehrmachtsangehörigen vor. Das Rote Kreuz hat die Suchstelle eingerichtet. ...
Das Rote Kreuz hat nun planmäßig eine Suchaktion begonnen. ... Jeder ehemalige Gefangene, der das Lager durchläuft, wird nach seiner letzten Feldpostnummer gefragt. Dann wird nachgeschlagen, ob eine Suchmeldung über diese Einheit vorliegt. ...
Es gibt Heimkehrer, die unglaubliche Gedächtnisleistungen vollbringen. ... Die Bilder sind bei dieser Arbeit eine enorme Gedächtnisstütze. Leider sind es nicht nur freudige Nachrichten, die von den Angestellten des Lagers geschrieben werden können. ... Die Befragung ergibt auch oft genug die Mitteilung des Todes. ... Dann schreibt die (Lagerleitung): "Wir müssen Ihnen die traurige Nachricht übermitteln, daß heute von einem Kameraden ... mitgeteilt wurde, daß Ihr Sohn ... verstorben ist." ...
Vor allem werden sogenannte Schlüsselkräfte, also Offiziere und Lagerärzte, Sanitäter, Schreiber oder Kompaniefeldwebel sehr eingehend befragt. Denn diese wissen im allgemeinen ziemlich gut Bescheid ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 5. Juli 1948 über das Grenzdurchgangslager Fried-

land (x123/74-75): >>5. Juli 1948. Und wieder kehrten 1.400 Kriegsgefangene heim. Sie kamen aus dem Ural und vom Don zurück. Es sind Leute mit harten Gesichtern, denen man die Jahre hinter Stacheldraht ansieht. ...
Es ist falsch, anzunehmen, daß sich im Lager, in diesem Friedland, wo nun ihre Leiden ein Ende haben werden, überwältigende Freudenszenen abspielen. Nichts von alledem.
Die Menschen, die aus dem Osten zurückkommen, sind schweigsam, ruhig, gelassen. Große Gefühle halten sie nicht für angebracht.
Gewiß, manchmal erscheint fast verstohlen ein kleines Lächeln auf den Gesichtern, klopft einer dem anderen auf die Schulter. Aber das ist auch alles. Sie sind keine Freunde der überschwenglichen Worte. ...<<
Die französische Regierung erklärte am 12. Juli 1948, daß sich in Frankreich noch 117.000 Kriegsgefangene aufhalten würden und 129.000 ehemalige kriegsgefangene Soldaten freie Arbeitsverhältnisse angenommen hätten (x112/549).
Großbritannien entließ zwar am 12. Juli 1948 die letzten 546 deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat, aber im Nahen Osten befanden sich damals noch 37.000 deutsche Soldaten in britischer Gefangenschaft (x112/549).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien (x130/126): >>Addieren wir die Quartalsergebnisse zusammen, so ergibt sich für den Zeitraum Anfang 1944 bis Mitte 1948 die beachtliche Zahl von mindestens 153,7 Millionen Arbeitstagen.
Setzen wir schließlich die genannte Summe von 153 Millionen Arbeitstagen in Arbeitsstunden um, wobei nur ein durchschnittlicher Achtstundentag in Anrechnung kommt, obwohl dieser in der Landwirtschaft oft nicht eingehalten werden konnte, so entfallen auf Kriegsgefangenenarbeit in Großbritannien insgesamt mindestens 1,2 Milliarden Arbeitstunden in Großbritannien. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Juli 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/76): >>31. Juli 1948. Über 1.000 Kriegsgefangene und 400 Frauen kamen heute zurück.
Frauen in den besten Jahren, die irgendwo gefangengenommen wurden. Es ist rührend zu sehen, wie sie im Lager versuchen, sich wieder herzurichten, sich Kamm und Spiegel erbitten, die Haare waschen, sich wieder wie Frauen zurechtmachen. ...
Welche Schicksale offenbaren sich hier. Welche Wege mußten diese Mädchen und Frauen gehen. "Ach", sagte eine, "wenn es doch nur keinen Krieg wieder geben würde." Und doch ist noch immer kein Frieden auf der Welt. Trotz aller Beteuerungen. Und überall gibt es bereits wieder Frauen in Uniform. ...
... Ich fürchte, daß auch die nächsten Kriegsanstifter nicht auf die Hilfe der Frauen verzichten werden. Man wird sie wieder genauso zu Mägden des Todes pressen, wie ihre Geschlechtsgenossinnen, die heute ihren Entlassungsschein erhielten.
Entlassen in die Heimat oder auch in die Fremde. Denn für viele von ihnen ist Westdeutschland nicht die Heimat. Sondern hierher sind nur ihre Eltern oder ihre Männer oder ihre Verwandten transportiert worden. Um vielleicht eine neue Heimat zu finden.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 22. Dezember 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/84-85): >>22. Dezember 1948. ... "Ich kann wieder aufatmen", sagte ... der Lagerarzt. "Der Gesundheitszustand aller Heimkehrer hat sich wesentlich gebessert. Wenn ich daran denke, wie sie früher kamen. Geschwollene Füße, geschwollene Beine, aufgeblasene Leiber, aufgeschwemmte Gesichter - alles nur Wasser als Folge des Hungers.
Es gab kaum einen, der gesund war. Die überwiegende Mehrzahl hatte Herzschäden, Magenbeschwerden, Leberschmerzen, Rheumatismus, Blasenleiden, Erfrierungen I. und II. Grades, Mangelschäden, Ekzeme, Tuberkulose, Muskelschwund oder Skorbut.

Schlimmer waren aber noch die seelischen Erschütterungen, unter denen alle zu leiden hatten. Die Belastung der Nerven war sicher ungeheuerlich. Alle hielt immer nur die Zuversicht aufrecht: einmal muß sich doch das Lagertor des Kriegsgefangenenlagers öffnen und dann geht es wieder heim.
... Die Leute hatten das Sprechen verlernt. ... Sie schwiegen. ...<<
Am 24. Dezember 1948 berichtete die Tageszeitung "Neues Deutschland", daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpfen würden (x112/639).
Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärte am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).
Das bayerische Rote Kreuz berichtete am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müßten (x112/639).
Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befanden sich am 24. Dezember 1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 8. Januar 1949 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Jeder Fünfzehnte ...**
Drei Noten gingen am Montag gleichzeitig im Moskauer Außenministerium ein. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich ließen durch ihre diplomatischen Vertreter anfragen, ob Rußland die noch in seiner Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 entlassen habe. Das war zwischen den Außenministern der großen Vier am 23. April 1947 beschlossen worden.
In ihrer Anfrage machten die Westmächte gleich die Gegenrechnung auf. In der englischen Note wurde von den 447.367 Kriegsgefangenen aus Rußland gesprochen, die nachgewiesenermaßen bis Ende 1948 in Deutschland eingetroffen sind. Die Schlußfolgerung: Noch mindestens 200.000 deutsche Kriegsgefangene müssen sich in sowjetischer Hand befinden.
Molotow schwieg, wie er auch die britische Note vom 9. März 1948 "über die gegenseitige Benachrichtigung von Todesfällen kriegsgefangener Soldaten" nicht beantwortet hat. Statt dessen schlug die "TASS" Lärm. "Lügner" und "Verleumder" wurden die westlichen Anfrager gescholten, und nach den west-verfügten Kriegsgefangenen wurde gefragt, die angeblich auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens Kriegsdienste leisten dürfen.
Nur für die deutschen Mithörer gab es ein Trostpflästerchen: Der Rest der Kriegsgefangenen wird dem sowjetischen Plan entsprechend im Laufe des Jahres 1949 nach Deutschland zurückgebracht werden.
Wie viele Deutsche es genau sind, die noch ein Jahr russische Kriegsgefangenschaft vor sich haben, weiß niemand. Es gibt in ganz Deutschland keine amtliche Stelle, die nachzuforschen hätte, wieviel Deutsche sich heute noch außer Landes befinden oder in der Gefangenschaft ums Leben kamen. Karitative Organisationen und politische Parteien haben auf eigene Faust recherchiert.
In Hannover in der Odeonstraße bei der SPD-Reichsleitung macht dies von parteiamtswegen Hans Stephan. …
Hans Stephan fing an zu sammeln. Stoßweise schüttete die Post einzelne Angaben und Mitteilungen auf seinen und seiner Mitarbeiter Schreibtische. Je länger er sammelte und je intensiver er auswertete, um so mehr begriff er, wie Molotow zu den 890.532 gekommen war.
Hans Stephan rechnet so: Die sowjetamtliche TASS-Agentur hat im April 1945 3,8 Millionen Deutsche in russischer Hand gemeldet. Wenn man den Durchschnittssatz von 20 Prozent Zivilinternierten von den TASS-Zahlen abzieht, so bleiben drei Millionen deutsche Kriegsgefangene, die sich im Mai 1945 in russischer Hand befanden. Seitdem seien, will Stephan errechnet haben, 1,5 Millionen entlassen worden, eine halbe Million amtlich zugegebener stehe noch aus. Die restliche Million deutscher Männer müsse aber wohl abgeschrieben werden.

Von den seit Februar 1948 im Lager Friedland befragten Heimkehrern sind 690.000 Namen von Soldaten genannt worden, die während der Gefangenschaft verstorben sind. Durch Friedland wird bestenfalls nur ein Drittel aller Ostheimkehrer geschleust. Mögen sich die Angaben auch oft überschneiden, sagt Hans Stephan, so ergibt sich doch, daß jeder siebenzigste Deutsche, jeder fünfzehnte deutsche Soldat in der sowjetischen Gefangenschaft erfroren oder verhungert ist. …
Lage und Name von über 1.000 Kriegsgefangenenlagern in West-Rußland hat Hans Stephan feststellen und in eine Karte eintragen lassen. Das Material über die Lager jenseits des Ural ist noch zu unvollständig, um veröffentlicht zu werden. …
Ergänzt werden Hans Stephans Ermittlungen durch den Kriegsgefangenenausschuß des Stuttgarter Länderrats. Der hat aus Heimkehrermunde von zwölf Schweigelagern in der Sowjetunion erfahren. Deren Insassen dürfen auch heute noch nicht nach Hause schreiben. Die Zahl zwölf wird als Mindestangabe geschätzt. Wahrscheinlich gibt es noch viel mehr Lager, deren Insassen wie in einem lebendigen Sarge gehalten werden.
Die Stuttgarter wissen auch von mindestens 28.000 weiteren Kriegsgefangenen, die Polen noch zurückhält. Von ihnen sollen nur einmal die entlassen werden, die in der Sowjetzone beheimatet sind. So hat es Moskau der Warschauer Regierung befohlen. Warschau selbst gibt eine andere Auskunft. Es will erst dann die West-Beheimateten nach Hause schicken, wenn ein entsprechender Vertrag abgeschlossen ist. Mit wem dieser Vertrag zu schließen sein würde, sagt Polen nicht.
Hans Stephan wird weiter sammeln und auswerten müssen. …<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 16. April 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/97-98): >>16. April 1949. Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Rußland treffen wieder ein. Alle Zurückgekommenen freuen sich sehr.
Der Frühling liegt in der Luft, er streift auch Friedland. ...
Für manchen ist es sicherlich nicht das letzte Barackenlager. Die Frau oder die Eltern hausen irgendwo als Flüchtlinge am Rande einer Großstadt, sind vielleicht immer noch in einem der Durchgangslager und warten vergeblich seit Jahren auf eine richtige und ausreichende Wohnung. ...<<
Im August 1949 wurden im berüchtigten jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz wieder mehrere deutsche Offiziere zu Tode gefoltert, weil sie keine Kriegsverbrechen gestehen wollten, die sie nicht begangen hatten (x130/229).
Gefangene Wehrmachtsoffiziere berichteten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die Folterungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/217,227-229): >>Eines Nachts hörte ich die ersten Schreie. Ich habe in meinem Leben viele Menschen vor Schmerzen schreien hören. Aber dieses Schreien in dunkler Nacht, das in Wimmern überging, um dann plötzlich wieder zu einem langgezogenen Ton anzuschwellen, hatte ich bisher noch nicht gehört.
Das war systematisches Quälen und Foltern von Menschen, wie es in den Folterkammern der Inquisition, vielleicht auch in Hitlers Konzentrationslagern geschah. ...<<
>>... Stundenlang hörten wir die Geräusche der Prügelei, oft höhnisches Gelächter der Vernehmenden, lautes, immer stärker werdendes Stöhnen, Röcheln, und dann wieder lautes Schreien der unter fürchterlichen Schmerzen gequälten Kameraden. ...
General Gerhard Henke: Ich wurde scharf nach rückwärts gefesselt und im barbarischen Ton aufgefordert, mich mit dem Bauch auf den Tisch zu legen. Einer der Vernehmer riß mich am Oberarm über den Tisch. Mein rechtes Knie schlug schwer gegen die Tischkante. Man band meine beiden Fußgelenke mit einem Strick zusammen, zog die Füße nach rückwärts hoch und knotete sie scharf an die auf dem Rücken gefesselten Hände.
Der Strick wurde dann weiter um den Hals geführt und auf dem Rücken wieder irgendwo zu-

sammengebunden. Sie warfen mich nun wie ein lebendiges Paket vom Tisch auf die Erde hinunter. Ich schlug mit dem Brustkorb, den Knien und dem Kinn schwer auf.
Halb betäubt hörte ich, wie meine Peiniger auf Serbisch etwas besprachen. Ich erwartete die ersten Schläge. Aber sie hatten sich noch eine andere Gemeinheit ausgedacht. Sie stülpten einen Schemel um und legten mich mit Brust und Bauch auf die vier Schemelfüße. Mein Kopf hing vorn herunter. Dann schlugen zwei mit Knüppeln ununterbrochen mit voller Wucht auf Rücken und Füße. Ein schneidender Schmerz vom linken Fuß ausgehend zog durch den ganzen Körper. Auch bohrten sich die Schemelbeine mit jedem Schlag in die Lenden.
Ob ich gebrüllt oder gestöhnt habe, weiß ich nicht. Die weiteren Schläge fühlten sich immer dumpfer an. Dann verlor ich das Bewußtsein. ...
Oberleutnant Dr. Martin Speer: Dieser hatte aus seiner christlichen Einstellung heraus abgelehnt, immer weiter erfundene Greueltaten anzugeben. Dafür wurde er, wie Augen- und Ohrenzeugen erzählten, so lange geschlagen und an den Händen aufgehängt, bis er gestorben ist. ... Hauptmann Föhner betete und rief zu Gott, sein Anblick war furchtbar. Die rechte Gesichtshälfte war fast gänzlich verkrustet mit Blut. In seinem Blick saß Angst, Verzweiflung, Entsetzen. ...
Er rief in seiner Not wieder Gott an. Zwei der Jugoslawen packten F., dessen Hände gefesselt waren und spannten ihn über das Bett. Die zusammengebundenen Arme legte man über die oberen Pfosten und die Füße band man mit Draht an den unteren Pfosten fest. Die vordere Körperseite war dem Erdboden zugewandt.
Einer nach dem anderen sprang ihm nun auf den Rücken. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die extremen Mißhandlungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/219,240): >>Lassen sich die Übergriffe in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende notfalls noch aus dem Siegestaumel heraus erklären, wenn auch damit keineswegs entschuldigen, so kann das in keinem Falle für die methodische Handlungsweise jugoslawischer Organe in Werschetz 1949, insbesondere für die dort begangenen schweren Folterungen und die dadurch verursachten Todesfälle, gelten.
Das kann um so weniger für die Werschetzer Vorgänge gelten, als es der jugoslawischen Gewahrsamsmacht vier Jahre nach Kriegsende hätte möglich sein müssen, bei allen für die Kriegsgefangenen zuständigen Stellen auf die Beachtung der Artikel 60 bis 67 des Genfer Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 hinzuwirken. ...
Schon die Umstände, unter denen bereits vor Beginn der Werschetzer Prozesse drei profilierte Persönlichkeiten unter den Gefangenen gewaltsam ums Leben kamen, deuten auf eine Verschärfung der Situation hin, deren Ursprünge nicht zuletzt in der Haltung der jugoslawischen Regierung der Kriegsgefangenenfrage zu suchen sind. ...<<
>>... Wie viele Kriegsgefangene den Folterungen unmittelbar oder an deren Folgen während der Strafverbüßung erlegen sind, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die von Heimkehrern am häufigsten genannten Zahlen bewegen sich zwischen 50 und 60 Todesfällen.
Diese Ungewißheit resultiert einmal aus der Tatsache, daß die Umstände, unter denen sich die Ereignisse abspielten, den Gefangenen keinen Einblick in das Gesamtgeschehen erlaubten; zum anderen daraus, daß der Werschetzer Lagerarzt, der frühere Oberfeldarzt und Neurologe Dr. Joachim Rost, der die mißhandelten Gefangenen versorgt hat und die einzelnen Todesfälle hätte registrieren können, nach seinen eigenen Angaben gegenüber Mitgefangenen gezwungen war, die wahre Todesursache im Einzelfall zu verschleiern. ...
In einer Reihe von Fällen ist es indessen durchaus möglich zu beweisen, daß der Tod von Kriegsgefangenen eine unmittelbare Folge der Mißhandlungen gewesen ist.<<
Bundeskanzler Adenauer berichtete während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und Verschleppten (x973/…): >>... Meine Damen und Herren! Ich komme zu einem besonders ernsten und wichtigen Kapitel.

Deutschland wird nunmehr durch seine staatliche Neugestaltung in die Lage versetzt, sich der Frage der deutschen Kriegsgefangenen und Verschleppten mit größerer Stärke anzunehmen als bisher. In Rußland werden noch Millionen von Kriegsgefangenen zurückgehalten.
(*Zuruf rechts: Herr Renner, hören Sie!*)
Wir wissen nicht, wohin die 1,5 bis 2 Millionen deutscher Kriegsgefangener gekommen sind,
(*Abg. Renner: Fragen Sie Hitler! - Lachen und Zurufe rechts.*)
die aus den russischen Heeresberichten über die jetzt von Rußland angegebene Zahl der Kriegsgefangenen hinaus errechnet werden konnten.
(*Zuruf des Abg. Renner.*)
Das gleiche gilt in ähnlicher Weise für Jugoslawien.
(*Zuruf von der KPD: Und Indochina! - Zuruf rechts: Tschechei!*)
Das Geschick dieser Millionen Deutscher, die jetzt schon seit Jahren das bittere Los der Gefangenschaft getragen haben, ist so schwer, das Leid ihrer Angehörigen in Deutschland so groß, daß alle Völker mithelfen müssen, diese Gefangenen und Verschleppten endlich ihrer Heimat und ihrer Familie zurückzugeben. …
Die Bundesregierung wird sich auch um die 300.000 freien Arbeiter bemühen müssen, die, um aus der Kriegsgefangenschaft herauszukommen, in Frankreich, Belgien und England Verträge als freie Arbeiter geschlossen haben. Endlich werden wir die Forderung erheben müssen, daß gegen diejenigen Deutschen, die in den alliierten Ländern wegen behaupteter Kriegsverbrechen zurückgehalten werden, die Gerichtsverhandlungen unter Wahrung aller rechtlichen Formen schnell zu Ende geführt werden. …<<
Im September 1949 begannen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern nochmals großangelegte Vernehmungen und Prozesse, um die letzten vermeintlichen deutschen Kriegsverbrecher zu verurteilen (x130/356).
Der deutsche Wehrmachtsarzt Dr. Kuno W. berichtete später über die unerwartete "Zurückhaltung von gefangenen Offizieren" (x130/354-355): >>... Und dann sehen wir etwas, das selbst unsere hart gewordenen Herzen fast stillstehen läßt.
Draußen werden unter strenger Bewachung durch Posten mit Maschinenpistolen im Arm und Hunden etwa hundert Offiziere abgeführt.
Man hat sie hier an der letzten Linie des sowjetischen Machtbereichs aus dem Heimkehrertransport herausgeholt. Viele der Männer, die da abgeführt werden, schämen sich ihrer Tränen nicht, und das will etwas heißen bei diesen Gefangenen, die in der Esse der Gefangenschaft zu steinharten Männern gebrannt wurden.
Einer ruft noch herüber: "Kameraden, vergeßt uns nicht!" ...<<
Die deutschen Journalisten Paul Carell und Günter Böddeker schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die "Umwandlung von deutschen Kriegsgefangenen zu Kriegsverbrechern" (x130/355): >>... Die hundert Offiziere ... gehörten zu jenen Deutschen in russischer Hand, die unter der Unbarmherzigkeit des Siegers länger leiden sollten, als alle anderen gefangenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs.
Im Jahre 1949 waren in nahezu allen Gefangenenlagern der Sowjetunion schlagartig Offiziere der Geheimpolizei des Innenministers Berija erschienen. In langen Verhören hatten sie die Gefangenen danach ausgefragt, was sie während des Krieges in der Sowjetunion möglicherweise Böses - im Sinne des Siegers - getan hatten: Kartoffeln oder Getreide von Kolchosgütern requiriert, Zivilisten aus ihren Häusern ausquartiert, an Partisanenbekämpfung teilgenommen usw.
Die Vernehmungen begannen am frühen Morgen und endeten spät in der Nacht. Mancher Gefangene durfte nach drei Stunden scharfer Fragen wieder gehen, mancher mußte mehrere Tage hintereinander auf dem harten Stuhl vor dem Tisch des Vernehmungsoffiziers zubringen.
Der Russe fragte nach Lebenslauf und Dienstrang, nach Schulbesuch und politischer Einstel-

lung. Dann kam sehr oft die Frage: "Haben sie Greueltaten begangen oder Greuelbefehle ausgeführt? Hatten Sie Kenntnis von Greuelbefehlen? Wer war daran beteiligt? Nennen Sie die Namen!" ...
Natürlich stritten die meisten der verhörten deutschen Soldaten ab, an solchen Taten beteiligt gewesen zu sein. Sie hatten einen langen erbitterten Krieg gekämpft, sie hatten in schweren Schlachten gestanden, sie waren Soldaten.
So weigerten sie sich, Geständnisse abzulegen und Protokolle zu unterschreiben. Die Russen brachten sie gleichwohl dazu. ...<<
Deutsche Kriegsgefangene berichteten später über die sowjetischen "Verhörmethoden" (x130/355-356,281): >>... Wir müssen mit Schrecken erleben, wie mit List und Gewalt versucht wird, auch die harmlosesten Kameraden zu Kriegsverbrechern zu stempeln. ...
Gegen September begann im Lager eine umfassende Vernehmungswelle, wobei eine große Zahl von Offizieren und Soldaten bedroht, erpreßt und schwer geschlagen wurde. ...
Wollen die Russen jemand zu irgendeinem Geständnis zwingen, so wird er in den Stehbunker gesperrt, ein schmales Verlies, in dem man weder sitzen noch liegen kann, und aus dem die Eingesperrten wie Holzstücke herausfallen, wenn nachgesehen wird. ...
Aus unserer Baracke wird ein Kamerad zum Verhör geholt, der bereits eingekleidet ist für den Heimtransport. Wir sehen ihn nicht wieder. ...
Die Atmosphäre in unserer Baracke ist drückend wie unter einer schweren Gewitterwolke. Die lauten Stimmen sind verstummt. Wir wundern uns, daß nicht schon längst der eine oder andere von uns Schreikrämpfe bekommen hat.
Zum Glück werden diejenigen, die zum Verhör bestellt werden, vom Kompanieführer benachrichtigt. Der Betroffene geht dann schweigend in sein Verhängnis mit einem letzten Händedruck an seine nächste Umgebung, wie auf dem Schlachtfeld im Angesicht des Todes. ...<<
>>... Die Spitzel erhielten bessere Verpflegung und Bekleidung. Viele der Spitzel handelten aus politischen Gründen. Sie waren Mitglieder der antifaschistischen Ausschüsse. Von diesen Spitzeln stammt ein Großteils des Materials, das sowjetischen Gerichten 1949 dazu diente, Gefangene wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die sowjetischen Kriegsverbrecherprozesse 1949/50 (x130/-356-357): >>Die letzten Monate und Wochen zum Jahreswechsel 1949 stellten für die deutschen Kriegsgefangenen eine Zeit ungeheurer seelischer Belastung dar. Es ging ja um die Frage: Heimtransport oder Verurteilung?
Den Hauptschock erlitten die Gefangenen in dem Augenblick, als sie im Rahmen der Verurteilungsaktion zum Verhör gerufen und isoliert wurden: Dies war der Punkt, von dem an es fast immer kein Zurück gab. ...
... Das Gericht tagte in einem Raum des Lagers.
Drei sowjetische Offiziere saßen an nackten Holztischen, etwas abseits eine Dolmetscherin. Der Gerichtsvorsitzende fragte ... nach Name und Dienstrang. Dann wurde dem Deutschen die Anklage vorgelesen. Der Vorgang dauerte nicht einmal fünf Minuten. Dann verschwand das Gericht durch eine Tür, offenbar um den Anschein zu erwecken, es berate ernsthaft über das Strafmaß.
Nach fünf Minuten waren die Russen wieder da und verkündeten das Urteil: Tod durch Erschießen. ... Das Ritual wiederholte sich mit maschinenhafter Präzision, die Deutschen wurden allesamt verurteilt.
Nahezu 50.000 deutsche Soldaten wurden 1949 und 1950 durch die russische Verurteilungsmaschinerie gedreht. Die meisten wurden zum Tode verurteilt, die Urteile jedoch oft noch während der Gerichtsverhandlung, sonst einige Tage später, in 25 Jahre Arbeitslager abgemildert.

Mancher deutsche Offizier wurde verurteilt, weil er gegen Partisanen gekämpft und geschossen hatte. Mancher wurde verurteilt, weil er gestanden hatte, ein russisches Huhn requiriert und aufgegessen zu haben. Er hatte sich, so die Sowjets, des Diebstahls an sowjetischem Eigentum schuldig gemacht.
Ein Schuhmachermeister wurde verurteilt, weil er, so die sowjetischen Richter, die "Marschfähigkeit der deutschen Truppe begünstigte", ein Musiklehrer deshalb, weil er mit gelegentlichen Darbietungen seiner Kunst die Stimmung der faschistischen Armee gehoben hatte.
Ein deutscher Gefangener wurde von einem Gericht in Stalino deshalb verurteilt, weil er bei der Feldpost Dienst getan hatte. Die Begründung der Russen für das Urteil auf 25 Jahre Arbeitslager: "Sie haben von deutschen Soldaten geraubtes Gut nach Deutschland befördert". ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Oktober 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/104-105): >>2. Oktober 1949. Am Sonntag kam der 300.000 Rußlandheimkehrer in Friedland an. ... Der Ostpreuße Albert Zybek wurde am 9. Mai 1945 auf der Halbinsel Hela gefangengenommen. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 25. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>25. Dezember 1949. ... Zu Weihnachten kamen Gefangene zurück.
Mit großer Rührung, unendlicher Freude und Dankbarkeit, nahmen sie von guten Helferinnen in Friedland später nach einer kleinen Feier Gabenpäckchen und bunte Tüten entgegen. Das Lagerpersonal und auch die englischen Soldaten in der Entlassungsstelle ließen ... nicht früher von ihrer Arbeit ab, bis auch der letzte Heimkehrer seine Papiere und Fahrscheine besaß, um einen Zug in die Heimat erreichen zu können. ...<<
Die deutschen Generale Bleyer, Henke und Hülfing sowie mehrere österreichische Offiziere wurden Anfang Dezember 1949 vom Militärgericht in Werschetz zum Tod verurteilt.
Ehemalige deutsche Todeskandidaten berichteten später über die damaligen Mißhandlungen und Haftbedingungen im jugoslawischen Zuchthaus Sremska Mitrovica (x130/242-243): >>Wir mußten in einem langen Keller Exerzierübungen machen, erlitten dabei Stockschläge und Fußtritte. Besonders schlimm erging es mir, als ich auf Befehl der Wachmannschaft einem Kameraden Schläge ins Gesicht geben und ihn anspucken sollte.
Meine Weigerung wurde mit furchtbaren Schlägen der Wächter quittiert, und zwar für uns beide. ...
Als Kälteschutz gab es eine kurze gefütterte Jacke oder einen alten Mantel. Decken mußte man selbst haben. Tag und Nacht mußten sämtliche Fenster geöffnet bleiben. ...
Kamerad Steidle, gleich uns allen sehr schwach, bat um Aufnahme in die Krankenstube; man erwiderte ihm, daß er eben bei dieser schlechten Kost eingehen würde - mehr zu essen könne man ihm nicht geben. ... - Ferdinand Steidle starb im Februar 1951 im Zuchthaus -
Tagsüber durfte man sich mit den Decken nicht zudecken und sich außerdem nur auf die vordere Kante der Strohsäcke hinsetzen. Es durfte zunächst nicht einmal laut gesprochen werden. Wer irgendwie auffiel, mußte stundenlang das Parkett glänzend reiben oder ein paar Stunden stillstehen. ...
Beim Kaffe- und Essenholen mußte man einen Pappdeckel unter das Eßgeschirr halten, damit ja kein Tropfen aufs Parkett fiel. Wehe, wenn dies einmal der Fall war. 7 Tage Bunker gab es dafür. ...
Wir lagen wie die Ölsardinen in ihrer Büchse. Mit dem Kopf immer neben den Füßen des Nachbarn. Der Zementboden war mit Strohsäcken bedeckt, die von Flöhen wimmelten. Die Kameraden sahen erschreckend grau und abgemagert aus.
Einer der Kommandierenden des Zuchthauses, ein stiernackiger roher Kerl, hielt es darüber hinaus für angebracht, uns jeden Abend, wenn er zum Abfragen von Zelle zu Zelle ging, zu schlagen oder zu treten.
Es war die Zeit unserer allertiefsten Erniedrigung. Wir waren vogelfreie Menschen, für die es

keine Rechte mehr gab, sondern als Erlösung voraussichtlich nur den Tod. ...<<
Bundeskanzler Adenauer erinnerte am 27. Januar 1950 im Deutschen Bundestag an das deutsche Kriegsgefangenen-Problem und berichtete ausführlich über die in Jugoslawien zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilten deutschen Offiziere (x026/90): >>... Besonders erschütternd sind die neuesten Nachrichten über das Schicksal der Kriegsgefangenen, die in Jugoslawien unter dem Vorwand von Untersuchungen über Kriegsverbrechen zurückgehalten worden sind. Diese Gefangenen sind bis zum Dezember 1949 in einem besonderen Lager interniert gewesen.
Wie aus einwandfreien Berichten hervorgeht, erfolgten Voruntersuchungen und Verhandlungen gegen diese Deutschen ohne Beachtung auch nur der elementarsten Rechtsgrundsätze. Es fanden Verhöre unter verschärften Bedingungen, verbunden mit Schlägen, Folterungen, Einzelhaft und Nahrungsentzug statt. Von Gewährung irgendeines Rechtsschutzes kann keine Rede sein.
Nach den neuesten, der Bundesregierung vorliegenden Nachrichten wurde die große Mehrheit der Gefangenen im Dezember vorigen Jahres in das Staatsgefängnis Mitrowitz übergeführt. Es besteht aber Grund zu der Annahme, daß fast alle deutschen Gefangenen inzwischen im Schnellverfahren zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, wenn nicht in vielen Fällen sogar die Todesstrafe ausgesprochen ist. ...
Als Sofortmaßnahme wurde die Alliierte Hohe Kommission gebeten, die Aufschiebung der Vollstreckung etwa ergangener Todesurteile und die Aushändigung einer Namensliste sämtlicher Verurteilter mit den erkannten Strafen und der Untersuchungsgefangenen mit Angabe der Anklagepunkte zu erwirken.
Auf die besondere Eilbedürftigkeit der erbetenen Schritte ist die Alliierte Hohe Kommission ausdrücklich hingewiesen worden. Im übrigen ist der jugoslawischen Regierung auch auf anderem Wege das dringende Verlangen der Bundesregierung nach Freilassung dieser Kriegsgefangenen unterbreitet worden.
Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß diese Vorgänge uns nicht zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Jugoslawien ermutigen.
Lassen Sie mich ein Wort an die gesamte Weltöffentlichkeit richten: Hier handelt es sich um solche Vergehen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, daß die gesamte Öffentlichkeit auf der ganzen Welt sich dagegen empören muß.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die politischen Maßnahmen Jugoslawiens, deutsche Kriegsgefangene gegen wirtschaftliche Vorteile zu entlassen (x130/244): >>Vielleicht erklärt sich hieraus, daß die Todesurteile an den Österreichern 1949/50 vollstreckt wurden, während man die deutschen Todeskandidaten zu Freiheitsstrafen begnadigte und schließlich (nach mehr als 3 Jahren, sobald man den Handelsvertrag abgeschlossen hatte) repatriierte. ...
... Die Offiziere von Werschetz sind amnestiert worden, sobald die Bundesrepublik Deutschland mit Jugoslawien einen Handelsvertrag abgeschlossen hatte, ... so daß der Foltertod der Werschetzer um so sinnloser gewesen ist.<<
Die Sowjetunion kündigte am 5. Mai 1950 die Entlassung von 17.538 deutschen Kriegsgefangenen an.
Mehr als 13.000 deutsche Gefangene blieben weiterhin in sowjetischen Internierungslagern inhaftiert (x126/240).
Die deutschen Journalisten Paul Carell und Günter Böddeker schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Kreml-Mitteilung vom 5. Mai 1950 (x130/354): >>... Am 5. Mai 1950 veröffentlicht der Kreml eine Mitteilung, in der es hieß, daß die letzte Gruppe der Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeführt worden sei: "Damit ist die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nach Deutschland abgeschlossen".
Aber auch nach diesem Datum, dem Mai 1950, hielt die Sowjetunion noch ein halbes Hun-

derttausend deutscher Soldaten zurück - nur daß sie diese Männer nun nicht mehr als Kriegsgefangene bezeichnete, sondern als Kriegsverbrecher. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über das Schicksal der letzten deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/358): >>Man schrieb Revisionsgesuche und Begnadigungsgesuche an sämtliche in Frage kommenden Minister und Spitzen des Staates. Es kam sogar vor, daß von beispielsweise zehn Anklagepunkten fünf aufgehoben wurden; an der Strafe änderte sich nichts.
Um so größer waren Erstaunen und Verwirrung, als nur wenige Monate nach der Verurteilungsaktion ungefähr ein Drittel der eben Verurteilten im Frühjahr 1950 repatriiert wurde, während der Rest in der Hauptsache zu etwa gleichen Teilen im Herbst 1953 und um die Jahreswende 1955/56 folgte. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 8. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>8. November 1950. 105 Holländer, ehemalige freiwillige Soldaten der Waffen SS, kamen aus Rußland an. Sie wurden von holländischen Offizieren und einem holländischen Konsul in Empfang genommen. Einige weigern sich, in die Niederlande zurückzukehren. Sie fürchten Bestrafungen. ...<<
Im Jahre 1950 teilte Bundeskanzler Adenauer den Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit, daß immer noch etwa 1.407.000 westdeutsche Soldaten und 190.000 Zivilisten vermißt werden, die damals als Kriegsgefangene oder Vermißte registriert waren (x131/181).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/129-130): >>1. Oktober 1953. Tausende von Menschen aus allen Teilen Deutschlands sind nach Friedland gekommen, um ihre Heimkehrer zu empfangen, ihnen an den Zufahrtsstraßen zum Lager zuzujubeln, ihnen Blumen, Bücher, Geschenke zuzuwerfen, sie willkommen zu heißen.
Auch der Bundespräsident kam aus Bonn an die Zonengrenze, um auf dem großen Appellplatz des Lagers, "stellvertretend für das gesamte Volk", die Männer und Frauen aus der Gefangenschaft in seiner von Herzen kommenden Art zu begrüßen.
"Sie sollen spüren", so rief Theodor Heuss über den weiten Platz, "daß der seelische Grund des deutschen Volkes auf diesem Weg, der nicht immer leicht sein wird - wir sind kein Paradies. Sie stützen wird".
Die Heimkehrer lauschten still den Worten des alten Mannes, und sangen dann nachdenklich, aber aus tiefster Überzeugung: "Einigkeit und Recht und Freiheit ..."
Später schrieb der Bundespräsident in die Lagerchronik:
"Dieser 1. Oktober 1953, ein milder, blauer Herbsttag wird allen unvergeßlich bleiben, die die Heimkehr von 750 Männern miterlebten. Der Name Friedland soll für die Seele der Heimgekehrten im wahren Sinne des Wortes Symbol ihrer Hoffnung bleiben.
Theodor Heuß."<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.
Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.
Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist, nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...
Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" -
"Gesucht wird ..."

Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<
Dr. Kurt Wagner, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes, berichtete damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.
In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.
Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.
Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt.
Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen. …<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 8. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>8. Oktober 1953. Und die Glocke in Friedland läutet zu jedem Transport, der da Menschen aus der russischen Steppe oder den unendlichen Wäldern des Ostens bringt, deutsche Menschen, aber auch Angehörige anderer Nationen. Darunter einen der jüngsten Heimkehrer, jetzt 21 Jahre, mit 13 Jahren in Ostpreußen gefangengenommen und in das Innere Rußlands verschlagen. Zusammen mit einem der ältesten Gefangenen, einem 83jährigen General.
Die Glocke läutet für sie alle ...
Hoffentlich läutet sie bald für den Letzten, der da zurückkommen soll.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 30. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>30. Dezember 1953. In Wattejacken, Lammfellmützen auf den Köpfen, holzbesohlte Stiefel an den Füßen, aber strahlende, überglückliche Augen brachten die Omnibusse von der Zonengrenze in Herleshausen 60 Frauen aus Rußland mit. Frauen, die z.T. fast 10 Jahre in Gefangenschaft waren.
Sie wurden von Kopf bis Fuß neu eingekleidet, warfen übermütig ihre asiatischen Kopfbedeckungen in die Luft, fingen sie wieder auf, freuten sich unendlich, Kleider, Blusen und Röcke, richtige Frauenschuhe zu erhalten, stolzierten zunächst noch etwas unsicher und ungewohnt darin umher, verwandelten sich aber bald wieder in "Menschen wie du und ich".
Das neue Jahr soll auch für sie ein neues Leben bringen.
Wie sagte eine von ihnen? "Ich werfe hier alles, was ich mitgebracht habe, fort. Auch die Erinnerung. Ab morgen bin ich wieder "Fräulein", gehe umher wie jede andere, lasse mich frisieren, schlage in Modejournalen nach und tue so, als ob nichts gewesen wäre."
Ob sie es tatsächlich fertigbringen wird? 8 furchtbare, entsetzliche Jahre einfach abzustreifen, beiseitezulegen, aus dem Gedächtnis zu streichen? ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133-134): >>Diese kalte Silvesternacht am Ende des alten Jahres unter der Friedensglocke in Friedland werde ich nie vergessen.
Während ringsum im weiten Land der Abschied des Jahres 1953 in den Gaststätten und Häusern gefeiert wurde, standen genau zur gleichen Stunde in Friedland Männer mit Tränen in

den Augen, heimgekehrt aus langer Gefangenschaft, und sangen aus übervollem Herzen: "Nun danket alle Gott".
... Zu ihrer Begrüßung sprach in einer eindrucksvollen, nächtlichen Feierstunde, nebst Vertretern der Regierung, Landesbischof Dr. D. Lilje von der Hannoverschen Landeskirche für die geistlichen Würdenträger beider Konfessionen.
"Dieses ist eine unvergeßliche Silvesternacht", sagte der Bischof. "Die allmächtige Hand, die jeden von Euch hierher geführt hat, wird Euch auch in kommenden Jahren weiterführen."
Tränen der Ergriffenheit standen den Heimkehrern, Internierten, Frauen und Männern, Zuschauern und auch den offiziellen Gästen in den Augen, als der Bischof zum Schluß alle aufforderte, mit ihm gemeinsam das "Vater unser" zu beten.
Tausende erlebten diese Feierstunde an den Lautsprechern mit.
806 Heimkehrer versuchten noch rechtzeitig im alten Jahr nach Friedland zu kommen. Sie überquerten, bevor die Glocken das neue Jahr einzuläuten begannen, zu Fuß in kleinen Gruppen die Zonengrenze bei Herleshausen und hörten dort durch den Rundfunk die Übertragung der Sylvesterfeier in Friedland. Alle blieben stehen, lauschten und sangen dann mit dem Posaunenchor der Göttinger Stadtkantorei das alte Lied "Lobe den Herren ..."
Keiner der vielen Menschen, die an die Zonengrenze geeilt waren, um die Heimkehrer zu begrüßen und vielleicht Angehörige unter ihnen zu finden, rührte sich während dieser Übertragung vom Fleck. ...
Für einen von den 806 wurde die Sylvesternacht zur Todesnacht. Auf der Fahrt von der Zonengrenze bis nach Friedland erteilte ihn der Tod durch Herzschlag. ...<<
Ein deutscher Heimkehrer schrieb Ende 1953 über die Zustände in den letzten sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/359): >>... Man muß diese Armee des Elends gesehen haben. Körperlich ruiniert durch Jahre und Jahrzehnte unter barbarischen Bedingungen in Haft, schlecht gekleidet, zahnlos, in überfüllten Baracken zusammengepfercht, tuberkulös, herzkrank, jede Woche werden einige von ihnen in der Tundra verscharrt.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. Januar 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/134-136): >>3. Januar 1954. Der Bundeskanzler besuchte Friedland, hielt eine Ansprache an die Heimkehrer, sprach mit ihnen und ließ sich zu den Kranken und Schwachen in den Sanitätsunterkünften führen.
Täglich gehen bei der Lagerleitung bis zu 4.000 Anfragen nach dem Schicksal ehemaliger deutscher Soldaten ein, die irgendwo noch in Kriegsgefangenschaft sein sollen ...
Lagerleiter Dr. Freßen ... sagte zu mir: "Das Schönste an diesem Lager ist der Geist aller, die dabei helfen, den Entlassenen die ersten Stunden in der Heimat nicht unnötig durch die unvermeidliche Schreibarbeit zu erschweren, ihnen den Aufenthalt bei uns so angenehm zu machen, daß sich jeder gern an Friedland erinnert.
Dieser Geist der Uneigennützigkeit, des Dienstes am Ärmsten, der unaufdringlichen Betreuung, des guten Herzens, des persönlichen Opfers - dieser Geist ist seit der Gründung dieses Lagers hier zu Hause. Es ist schön, mit solchen Menschen im Interesse der Sache arbeiten zu können."<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 20. September 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>20. September 1955. Friedland besteht heute 10 Jahre.
10 Jahre lang wurde hier die Leidensgeschichte nicht nur unseres Volkes aufgezeichnet. Es finden keine "Feierlichkeiten" statt. Worüber sollte man sich auch freuen. Es gibt wirklich keinen Anlaß.
Dank müßte jedoch denen gesagt werden, die für Friedland so unendlich viel getan haben. Aber diese Frauen und Männer mögen keinen Dank, Für sie ist es (die) schönste Freude, hier helfen zu dürfen. Bis auch der Letzte daheim ist.
Denn viele fehlen noch. Aber es besteht die Hoffnung, daß bald wieder die Glocke läuten wird ... 1.837.349 Menschen gingen bisher durch das Lager. ...

Viele vermißte Deutsche ... werden nie wieder zurückkommen. Sie sind von Granaten zerrissen, von Panzern zermahlen, von Bomben zerschmettert, im Elend verkommen. Sie werden die Glocke in Friedland niemals hören. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Oktober 1955 über die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen: >>**Letzte Kriegsgefangene kehren heim**

... Nach mehr als 10 Jahren Trennung und quälender Ungewißheit haben sie einander endlich wieder. Frauen ihre Männer, Eltern ihre Söhne, Kinder ihre Väter, die sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben sehen.

Ergreifende Szenen spielen sich bei der Ankunft der 600 deutschen Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im niedersächsischen Friedland ab.

Sie gehören zu den ersten der letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten, die aus den Lagern jenseits von Ural und Polarkreis zurückkehren. Die meisten von ihnen wurden von sowjetischen Schnellgerichten wegen angeblicher Kriegsverbrechen, aber auch wegen unterstellter Spionage oder antisowjetischer Hetze zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Möglich geworden ist die Rückkehr der Männer durch den Besuch Konrad Adenauers im Kreml. ... Bonn will die Rückkehr der Gefangenen. Moskau hat ein Interesse an den Aufnahmen diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Bundesrepublik, um damit die Existenz zweier deutscher Staaten als gegeben festzuschreiben. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schrieb später über den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/311-312): >>Gegen Ende des Jahres 1945 war mit etwa 1,3 Millionen die größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion erreicht, die zur Arbeit eingesetzt waren. Die große Masse der Überlebenden wurde um die Wende 1949/50 in die Heimat entlassen, doch wurde ein Rest wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und zurückgehalten, von denen über 27.000 weiter im Arbeitseinsatz blieben.

Von ihnen wurde der größte Teil um die Jahreswende 1953/54 entlassen, so daß nunmehr noch etwa 10.000 zur Arbeit gezwungen wurden. Ende 1955 kamen auch sie endlich nach Hause. Ein Arbeitseinsatz erfolgte bis zum Jahre 1955 einschließlich.

Es ergibt sich, daß von den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand mindestens 10,3 Milliarden Arbeitsstunden erbracht wurden. Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es sich um absolute Mindestzahlen handelt. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 10. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>10. Oktober 1955. ... Der erste große Heimkehrertransport, als Auftakt der letzten Entlassungsaktion aus sowjetischen Gefangenenlagern, traf gestern ein. 602 Heimkehrer feierten ein stürmisches Wiedersehen mit der Heimat. Insgesamt werden noch mindestens 9.626 Kriegsgefangene erwartet. Diese Zahl ist jedenfalls von der sowjetischen Regierung amtlich mitgeteilt worden.

... Alle Wochenschauen, Hunderte von Bildberichterstattern und Sonderkorrespondenten der größten Zeitungen des In- und Auslandes sind im Lager angekommen, um das größte Ereignis in Wort und Bild festzuhalten. ...

Friedland steht seit gestern im Mittelpunkt des Weltinteresses. Die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener ist plötzlich eine hochpolitische Angelegenheit geworden.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 13. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138-140): >>13. Oktober 1955. ... Friedland erfährt die Invasion einer riesigen Menschenmenge, die mit Autos und Zügen von weither kommt, um beim Empfang der Heimkehrer dabei zu sein, sie in der Heimat zu begrüßen, ihnen Blumen und Geschenke zu überreichen.

Auf den Zufahrtsstraßen stehen kilometerweit Fahrzeuge, die alle nach Friedland wollen. ... Im Lager wimmelt es von vielen tausend Menschen, die nach hier gekommen sind, um ent-

weder Heimkehrer abzuholen, Nachforschungen über weitere Transporte anzustellen oder Fragen an die Kriegsgefangenen über Vermißte zu richten.
Die Post hat ein fahrbares Amt im Lager aufgestellt, mit besonderen Telefonleitungen für die Presse. ...
Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat nahezu 90 Helferinnen und Helfer aus allen Landesverbänden nach Friedland beordert, um die riesige Nachforschungsarbeit bewältigen zu können und alle Heimkehreraussagen richtig auszunutzen. ...
Die Lagerleitung gleicht einem Bienenschwarm. Auskunftssuchende Menschen drängen sich auf dem schmalen Gang der Baracke, fragen sich zum Geschäftszimmer durch, schieben sich bis zur Barriere und bringen ihr Anliegen vor. ...
... Spenden der Bevölkerung treffen in ungeahnten Mengen ein, damit die Männer eingekleidet und mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen ausgerüstet werden können. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 14. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143): >>14. Oktober 1955. ... Es kam ein schlimmes Telegramm in Friedland an, eine Hiobsbotschaft für einen Heimkehrer, der das Papier zunächst fassungslos ansah, so, als könnte er sich den Sinn der Worte nicht erklären. In der Depesche stand weiter nichts als "Komme nicht ... Ich bin wiederverheiratet ...
Dieses Antworttelegramm, daß er in Friedland eingetroffen sei, kam von einer Frau, die ihren Mann in der Zwischenzeit "abgeschrieben" hatte, wie einer der Journalisten sagte, ihn für tot erklären ließ und wieder heiratete. Obwohl sie wußte, daß ihr Mann lebte und sich in Rußland in Gefangenschaft befand.
... Vergebens hoffte der Gefangene auf ein Lebenszeichen, konnte sich nicht erklären, warum sich seine Frau nicht meldete, bangte um ihr Schicksal. Jetzt wußte er ... das lange Schweigen zu deuten.
Man mußte mit beiden Beinen fest auf der Erde stehen, um von solch einer Nachricht nicht umgeworfen zu werden. Noch wußte der ehemalige Major nicht, was er anfangen sollte. ...
Für diesen Mann war Friedland kein Ort des Aufatmens geworden. Hier traf ihn eine Nachricht, die er wohl nie wieder verwinden würde. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143-149): >>15. Oktober 1955. ... Immer wieder erinnerte die Regierung, mahnten Sprecher der Parteien, der Kirchen und der Verbände daran: "Schickt uns unsere Kriegsgefangenen zurück". Nun sind sie da. ...
Die Omnibusse halten, Hunderte von Menschen schieben sich in Richtung des Appellplatzes, wo nun die offizielle Begrüßung stattfinden soll. Sie wollen die ersten Minuten des Wiedersehens der Heimkehrer mit ihren Angehörigen, die ersten Sekunden, in denen sich Frau und Mann, Mutter und Sohn, Bruder und Schwester in den Armen liegen, nicht stören. ...
Und dann beteten sie auf dem Platz in Friedland. Mit gefalteten Händen, gesenktem Blick, den Kopf zur Erde geneigt, so sprachen sie mit den vielen Tausend anderen das "Vater unser". Polizisten nahmen die Dienstmützen ab, die Hüte wurden von den Köpfen genommen, viele knieten nieder, keiner schämte sich vor dem anderen.
Aber viele, die nach Friedland kamen, stehen auch am Rande des großen Glücks, dürfen nicht daran teilnehmen, weil der Vater tot, der Junge nie wiederkommen wird. Dennoch sind sie hierher gekommen, um doch vielleicht einen Hinweis über den Vermißten zu erfahren, nur einen kleinen Anhaltspunkt zu bekommen. ...
Und sie werden nicht müde, immer wieder ihre Schilder den Gefangenen entgegenzuhalten, sie zu fragen, um Auskunft zu bitten, sie an Feldpostnummern, Regimenter, Lager zu erinnern. Aber nur zu oft schütteln die Heimkehrer den Kopf, wissen keine Antwort, zucken mit den Schultern, versuchen sich zu erinnern, können aber nichts über den Gesuchten sagen.
Manche Hoffnung, die bereits wieder am Aufflackern war, wird wieder erstickt.
Noch immer werden 1,2 Millionen deutsche Menschen vermißt. ...<<

Bundesaußenminister Willy Brandt erklärte am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlicht werden sollten (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.
Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.
Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.
Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.
Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<
Der kanadische Journalist James Bacque schrieb später in den Schlußbemerkungen der 6. Auflage seines Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/203-209): >>Die Regeln der Landkriegsführung, die Genfer Konvention, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der schlichte Anstand der riesigen Mehrheit des amerikanischen und französischen Volkes, die Aufrichtigkeit der Britten und Kanadier, die freie Presse, alles hat versagt.
Es versagte, weil Männer, die unsere Helden waren, insgeheim die Macht des Todes über Menschen brachten, die hilflos in unserer Hand waren, die ihnen vorgesetzten Offiziere geboten ihnen nicht Einhalt, und sie ließen die Öffentlichkeit im dunkeln. Die ihnen Gleichgestellten und ihre Untergebenen sagten nichts. Die französische Presse sagte wenig, oder sie log. Die amerikanische Presse sagte nichts oder sie log. Die Briten und Kanadier standen dabei und sahen zu. ...
Onkel Josef Stalin, unser lächelnder Verbündeter gegen das Böse, wurde selbst zum Bösen. Die Demokratien, die kämpften, um die Welt von Hitler zu befreien, vereinten sich gegen den verräterischen Sowjet, der - wie wir heute zugeben - mit Hilfe von Geheimpolizei, riesigen stehenden Heeren, Todeslagern und einer Einpartei-Diktatur sein Imperium des Bösen aufrecht erhielt. Die gewaltigen Verbrechen, die wir nach dem Krieg gegen die Deutschen begingen, wurden in selbstgerechter Heuchelei übertüncht. ...
Wer auch immer die Presse kontrolliert, behauptet, sie sei frei. Diejenigen, denen diese Freiheit verweigert wird, haben keine Mittel, das zu widerlegen. In der Sowjetunion verkündeten die Verleger jahrelang, die Presse sei frei. Nur durch die Untergrundpresse, die Samisdat, wußten wir, daß sie nicht für alle frei war. So wird es wohl immer sein, solange die Presse nicht für alle in der Gesellschaft existiert, sondern nur für eine Gruppe, der sie dem Namen nach dient. Wirkliche Pressefreiheit kann man nicht besitzen. Sie ist nicht teilbar. Man kann sie nicht leugnen. Sie gehört uns allen.
Wie sah es in Deutschland nach 1945 aus? Die Presse wurde zunächst den Siegern direkt unterstellt und von ihnen zensiert. Nachdem die Alliierten eine ihnen genehme Regierung erstellt hatten, unterstützten Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler alle den

Westen. Willy Brandt drückte dies im Bundestag recht euphemistisch aus, als er die Gründe der Regierung nannte, die Erich-Maschke-Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen in alliierter Hand herauszugeben, zu finanzieren und zu veröffentlichen (bzw. nicht zu veröffentlichen).
Wenn so etwas im Westen passiert wäre, daß eine Regierung wichtige literarisch-historische Nachforschungen übernommen hätte, um sicherzustellen, daß nur beruhigende Schlußfolgerungen veröffentlicht würden, hätte dies einen Schrei der Entrüstung verursacht. Aber den gab es in Deutschland nicht. Die gefügigen Wissenschaftler veröffentlichten eine Dokumentationsreihe, die die Lügen der Franzosen und Amerikaner übernahm und weite Zeiträume in der Geschichte und Erlebnisberichte einfach wegließ. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung beendete nach 18jähriger Arbeit die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (22 Dokumentenbände) und übergab im Jahre 1974 das Gesamtwerk an die deutsche Bundesregierung.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (x026/40): >>... Nach amtlichen französischen Angaben gab es zwar nur 24.178 Tote in den französischen Kriegsgefangenenlagern. Wie auch bei den französischen Opfern der großen Säuberung 1944/45 stimmen die amtlichen Zahlen aber vermutlich nicht mit den tatsächlichen überein.
Bei der Lektüre der 22bändigen Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" fällt auf, daß der Frankreich-Band im Gegensatz zu den meisten anderen Länderberichten und trotz zugegebener Zweifel an der Richtigkeit der Angabe des Gewahrsamsstaates - offenbar aus übergeordneten Gesichtspunkten - die amtlichen französischen Angaben einfach übernimmt. Demgegenüber dürfte die von nicht offizieller Seite genannte Zahl von 115.000 Toten in französischem Gewahrsam eher den Tatsachen entsprechen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 1989 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>**Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde**
... Auf stacheldrahtumzäunten Rheinwiesen, die sich rasch in grundlosen Morast mit unzähligen Löchern verwandelten, erlebten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener das Frühjahr und den Sommer 1945.
Mit den Städten Kreuznach, Remagen, Andernach oder Rheinberg verbinden zahllose ehemalige deutsche Soldaten, die nach dem Kriegsende oder kurz davor in amerikanische Gefangenschaft gerieten, die Erinnerung an die grauenvollste Zeit des ganzen Krieges. Ohne Zelte, ohne Schutz gegen den Dauerregen und nahezu ohne Nahrung und Wasser mußten sie Gras essen und ihren eigenen Urin trinken. Hunderttausende starben an Durchfall und Ruhr, an Hunger und anderen Krankheiten.
Ein kanadischer Autor, James Bacque, ist jetzt diesem von der deutschen Geschichtsforschung bisher ausgeklammerten Kapitel der Nachkriegszeit nachgegangen und errechnete bei seinen akribischen Recherchen in amerikanischen, britischen, kanadischen, französischen und deutschen Archiven eine Zahl von etwa einer Million deutscher Soldaten, die in amerikanischen und französischen Gefangenenlagern umkamen. Das Buch "Der geplante Tod" … erschien in diesem Herbst auf dem deutschen Büchermarkt.
Denn es war keineswegs das Durcheinander in der Endphase des Krieges und der "unerwartete" Zustrom von Millionen Kriegsgefangenen, der die Organisation zusammenbrechen ließ, sondern eine vom damaligen Oberbefehlshaber Eisenhower bewußt herbeigeführte Ausrottungspolitik. So jedenfalls die für die Geschichtsforschung absolut neue These des kanadischen Autors.
Das Buch landete in Kanada rasch auf den Bestsellerlisten, berichtet das US-Magazin "TIME" und löste bei den Historikern der Neuen Welt Ratlosigkeit aus, denn Kriegsverbrechen der Alliierten waren bisher noch nicht Gegenstand amerikanischer Geschichtsforschung.

Entgegen landläufiger Annahme, die auf den Erinnerungen und Rechtfertigungen der Beteiligten beruhen, stellt Bacque klar, daß in Europa selbst in der schlimmsten Zeit nach dem Kriege alles andere als Mangel an Lebensmitteln geherrscht habe, sondern sogar ein gewaltiger Überfluß.
Sowohl die US-Armee als auch das Rote Kreuz und amerikanische Hilfsorganisationen saßen auf gefüllten Lagerhäusern. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkt ein US-Offizier, "unser Problem bestand darin, es zu kochen." Von April bis Juli besaß die Armee einen ungenutzten Vorrat, der 400 Tage gereicht hätte. Das Rote Kreuz hatte 13 Millionen Lebensmittelpakete, die es nicht verteilen durfte.
Der Eisenhower-Biograph Stephen Ambrose räumt ein, daß das Buch eine große historische Endeckung enthalte: "Wir Amerikaner können nicht unterschlagen, daß furchtbare Dinge geschehen sind. Und sie ereigneten sich am Ende eines Krieges, den wir für Demokratie und Freiheit führten, und sie sind nicht zu entschuldigen."
Ein Oberst der US-Armee beschrieb die Lage in den amerikanischen Lagern am Rhein so: "Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. ... Ein Lagerinsasse von Rheinberg war über 80 Jahre, ein anderer neun Jahre alt. ... Andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr."
Der juristische Trick, mit dessen Hilfe es Eisenhower gelang, den Soldaten ihren Status als Kriegsgefangene zu entziehen und sie damit außerhalb des Schutzes der Genfer Konvention von 1929 zu stellen, hieß … entwaffnete Feindkräfte.
Damit war die Armee der Verpflichtung enthoben, sie gemäß den Genfer Abmachungen zu behandeln und zu ernähren. Nicht einmal das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt die Erlaubnis, den 1.800 amerikanischen und französischen Lagern, in denen ähnliche Zustände herrschten, einen Besuch abzustatten.
Am schlimmsten war, trotz des Regens, offenbar der Durst. "Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen", heißt es in einem Bericht den Bacque zitiert. "Ich habe Tausende sterben sehen. Sie haben die Leichen auf Lastern abtransportiert."
Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung der Kriegsgefangenen in den Status "entwaffnete Feindkräfte" zu übernehmen.
Bacque stützt seine Behauptung, daß Eisenhower ausschließlich von Rachegefühlen geleitet war, außer auf das Verbot der Auslieferung von Rote-Kreuz-Spenden auch auf das Verbot, daß die deutsche Zivilbevölkerung den hungernden Lagerinsassen etwas zukommen lassen durfte.
Selbst Spenden von deutschen Gefangenen in den USA, die dort gut versorgt wurden, durften nicht weitergegeben werden. Für die Dauer eines Jahres war überhaupt jeder Postempfang unterbunden. Millionen Familien wußten also nicht, wo sich ihre Angehörigen befanden.
"Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in der Presse", heißt es bei Bacque.
Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. …
Eine fachkritische Auseinandersetzung um Bacques Daten hat es noch nicht gegeben. Dafür ist das Buch zu kurz auf dem Markt und sein Anspruch zu hoch wie auch seine umfassende Quellensammlung zu umfangreich.

Daß sich bislang niemand um dieses dunkle Kapitel kümmerte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO niemand diesseits und jenseits des Atlantiks Interesse daran hatte, diese Kapitel aufzuschlagen.
Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit."<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. November 2003 (x887/...): >>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**
Die deutschen militärischen Verluste betrugen 5.318.000 Gefallene
Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.
Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. …
Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.
Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.
Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen.
Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. …
Es … mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern.
Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.
Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin

transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden. Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an.
Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen. Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.
Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.
Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.
1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. …
Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet.
Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren. Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann.
Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. …
Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.
Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betrugen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden.
Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen, 14 Prozent aller Soldaten, mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das wa-

ren 28 Prozent aller Soldaten. …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**

Opferzahlen und mehr

Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert in seinem Buch "Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Auflage 2007 und dem Buch "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.

"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor.

Der Autor berichtet im einzelnen von den verschiedenen Opferkategorien und wägt divergierende Zahlenangaben seiner Quellen sorgfältig ab, wobei er große Über- und Untertreibungen besonders anspricht. Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.

Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.

Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer.

Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.

Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.

Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen. ...<<

Die Berliner Deklaration

> Keine Nation ist in der Lage, über eine andere Nation zu richten.
> *Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, nordamerikanischer Politiker)*

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber in Berlin aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm.

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden. Die Ber-

liner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67).
In der Berliner Deklaration der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hieß es (x101/185): >>**Erklärung** …
Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.
Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen. …
Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. **Die Übernahme** zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse **bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands**. ...<<
Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.
Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Die oberste Gewalt, die nach der Kapitulation im Mai 1945 von den Besatzungsmächten übernommen wurde, richtete sich nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1899 bzw. von 1907. Diese Rechtsordnung bildete neben den Genfer Konventionen von 1864 und 1929 die Grundlage des humanitären Völkerrechtes.
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Prof. Rudolf Laun schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).
Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Viertes Kapitel: Kapitulation
Artikel 35 Die zwischen den abschließenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden. ...
Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet
Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.
Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrecht-

zuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze. …
Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.
Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt. …
Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.
Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf.
Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...
Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.
Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...
Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Junideklaration" (x051/-295): >>Junideklaration, vier am 5.6.45 herausgegebene Erklärungen der Vier Mächte, Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR, zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland:
1. "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands", aus der die Übernahme sämtlicher Regierungsbefugnisse, einschließlich OKW, und aller Behörden durch die Siegermächte folgte;
2. Errichtung eines Systems der Viermächtekontrolle über Gesamtdeutschland durch den Alliierten Kontrollrat sowie selbständige Verwaltung der jeweiligen Besatzungszonen;
3. endgültige Abgrenzung dieser Zonen;
4. Erklärung der Diskussionsbereitschaft mit allen UN-Staaten hinsichtlich der Deutschen Frage.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Folgen der Berliner Deklaration (x024/193-194): >>... Die Direktive JCS/1067, die Berliner Deklaration und die Potsdamer Beschlüsse bildeten ... die politische Grundlage für das Leben der Menschen im Nachkriegsdeutschland.

Der Alltag war vor allem durch die Sorge ums bloße Überleben geprägt - um die Beschaffung von Nahrung, warmer Kleidung und Brennmaterial in den kalten Monaten.
Die Deutschen hatten aufgehört, sich selbst zu bestimmen. Die genaue Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt war auf die Organe der vier Militärregierungen übertragen worden. All ihre Maßnahmen zielten auf die Durchführung der vier großen "D", die fortan das Leben der Deutschen bestimmen sollten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung.
Da anfangs eine allgemeine Informationssperre herrschte - es gab für Deutsche keinen Rundfunk und keine Zeitungen -, hielten viele Bürger die sofortigen strengen Maßnahmen für Willkürakte und Schikanen der Besatzer.
Bis zum 11. Juli 1945 bestand außerdem das Fraternisierungsverbot, das den Amerikanern verbot, mit deutschen Erwachsenen zu sprechen. ...<<

Die Potsdamer Konferenz

> Man kann den Sonnenschein nicht verbieten, aber man kann dafür sorgen, daß andere im Schatten stehen.
> *Sprichwort aus Afrika*

Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill - bis zur Wahlniederlage im Juli 1945 - und Attlee - ab 28. Juli 1945 - angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

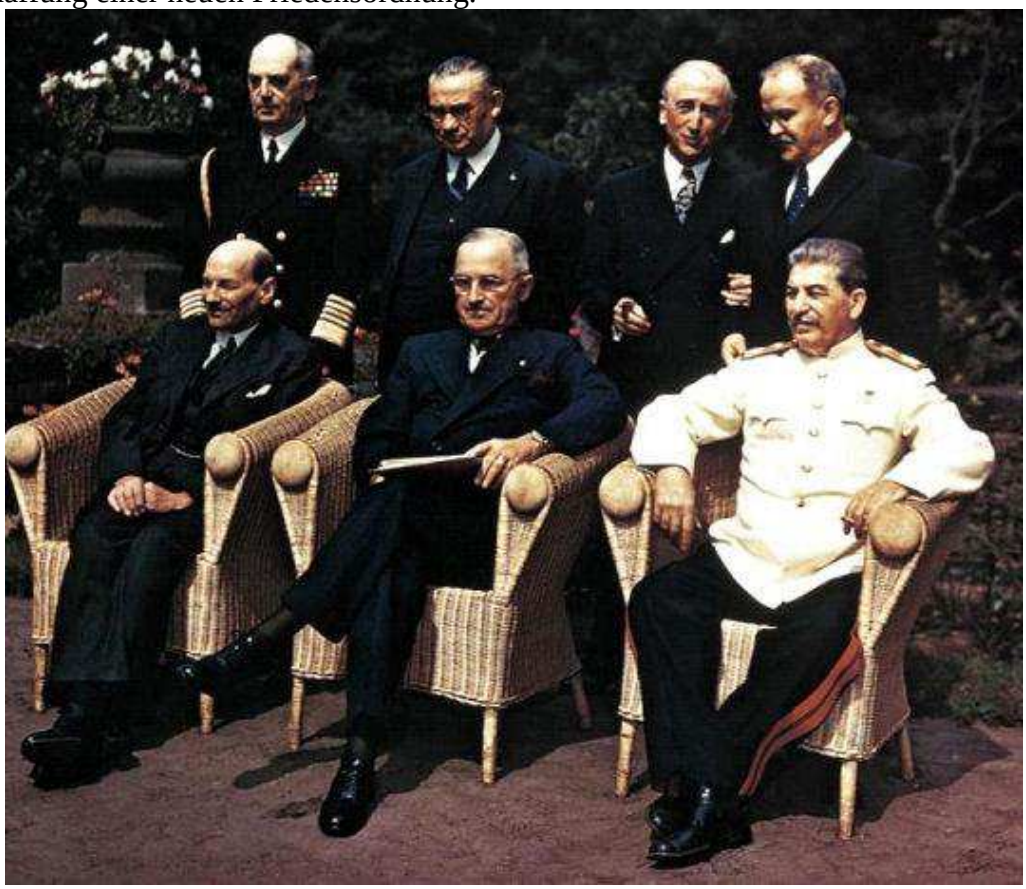


Abb. 71 (x175/411): Potsdamer Konferenz (sitzend von links der neue britische Premierminister Clement Attlee, der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman und der sowjetische Generalissimus Josef Stalin).

Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegen-

satz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191). Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt.
Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.
Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.
Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße - außer Nord-Ostpreußen. Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ein.
Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert.
Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.
Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.
Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.
Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.
Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/-78E). Diese arglistige osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflußte sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.
Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Macht-

politiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103).
Der britische Premierminister Clement Richard Attlee und sein Außenminister Ernest Bevin konnten ihre Vorgänger nicht annähernd ersetzen. Churchills vorzeitiger Abgang stellte eine enorme Schwächung der britischen Delegation dar. Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.
Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlichen Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.
Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Weltgeschichte aus.
Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.
Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.
Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte. Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.
Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte. Ungeachtet der weitreichenden Beschlüsse wurde damals kein völkerrechtliches Abkommen oder ein Friedensvertrag, sondern lediglich ein Gesprächsprotokoll unterzeichnet.
Das sogenannte Potsdamer Protokoll bzw. die Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand, wurde am 22. August 1945 veröffentlicht (x101/188-197): >>**"Potsdamer Abkommen"**
2. August 1945
Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin ...
III.
Deutschland
Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen**, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutsch-

land in der Periode der alliierten Kontrolle.
Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und **die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung** in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere **Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**
Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen. ...
Wirtschaftliche Grundsätze
... Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:
a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;
b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion); ...
VI.
Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet
Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß **vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung** derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg - Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.
Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden. ...
IX.
Polen
... b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:
In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der polnischen provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, **daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll**.
Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens, die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von

der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig **unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.** ...

XIII.

Ordnungsmäßige Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. **Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.**

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.

Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.

Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 - also nicht mit Sudetenland.

Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die sowjetisch-polnischen "Täuschungsmanöver" während der Potsdamer Konferenz (x039/142-143): >>... Angesichts der Einwohnerzahlen von etwa 5 bis 6 Millionen für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie im Sommer 1945 stimmte es merkwürdig, daß bei der fünften Sitzung der Potsdamer Konferenz am 21. Juli 1945 Stalin behauptete, daß nicht ein einziger Deutscher auf dem Territorium lebe, das Polen übergeben werden sollte.

Die Provisorische Regierung wurde auch gebeten, ihre Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Präsident Boleslaw Bierut sprach von nur 1,5 Millionen Deutschen in den fraglichen

Gebieten und sie würden "freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei ist".
Damit wurden Churchill und Truman, die über die Zahl der noch umzusiedelnden Deutschen berieten, absichtlich getäuscht.
Churchill selbst hatte immer wieder gesagt, daß die Zahl der umzusiedelnden Deutschen in einem angemessenen Verhältnis zu den polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten stehen müßte: "Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen ... war zu viel und völlig falsch."
Bezüglich der Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat sagte er: "Es konnte Polen nicht guttun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten war. Die Ruhr lag in unserer Zone und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden ließ, mußte es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen."
Doch die Westalliierten kontrollierten nicht die Gebiete, aus welchen die Deutschen umgesiedelt werden sollten. Erst später bemerkten sie die Täuschungsmanöver der Polen und der Russen, die verschwiegen, daß die angestrebte Vertreibung weitere 5,6 Millionen Menschen umfassen sollte.
Erst im November 1945, als sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin um einen besseren Überblick bemühte, wurde klar, daß sehr viel mehr Deutsche, als vorher behauptet, noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebten. Die Polnische Regierung sprach nun von 3,5 Millionen.
Dazu bemerkte … ein interner Bericht des britischen Foreign Office: "Genau so, wie wir in Potsdam ... betrogen wurden, als sie behaupteten daß nur 1,5 Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollkommission gemeldet wurden."
Er sollte Recht behalten.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über Stalins Reaktion während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 hinsichtlich des erfolgreichen Atombombenversuches in Los Alamos (x068/257-258): >>... Der Kremlchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.
Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern. Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen. Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss …
Der Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten:
"Das einzige, was gegen Harry Dexter White unternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimerem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".
Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsikkerte, … fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinah hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<<
Churchill berichtete später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg" über seinen Rücktritt am 26. Juli 1945 wegen der Wahlniederlage bei den britischen Parlamentswahlen (x024/126):

>>Diese letzte Konferenz der "Drei" endete mit einer großen Enttäuschung. ... Vielleicht hätte man in Potsdam noch etwas retten können, aber die Auflösung der britischen Nationalen Regierung und meine Entfernung vom Schauplatz zu einem Zeitpunkt, da ich immer noch großen Einfluß und große Macht besaß, vereitelten jede befriedigende Lösung. ...<<

Stalin begründete die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>... Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne.

Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ... So habe Polen als Vorfeld für die deutschen Angriffe auf Rußland gedient. Polens Schwäche und Feindseligkeit habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan schrieb später über Stalins Motive (x028/211-212): >>... Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neiße-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden ...

Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnitzte Polen müßte sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen.<<

Harry S. Truman schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam vollendeten Tatsachen gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen Besetzung des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen. Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<

>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ...

Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - Sie verstießen gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Churchill kritisierte später die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110, x028/106): >>... Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten.

Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<

>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit

sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<
Der britische Politiker Robert Boothby berichtete später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo … zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.
Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von … Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. …<<
Die französische Regierung äußerte am 14. September 1945 Vorbehalte gegen die während der Potsdamer Konferenz beschlossene politische Behandlung Deutschlands (x156/33): >>Diese Vorbehalte beziehen sich auf die vorgesehene Wiederherstellung einer Zentralregierung in Deutschland, auf die Wiederherstellung der politischen Parteien für ganz Deutschland und auf die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen unter der Leitung von Staatssekretären, deren Amtsbereich sich auf das gesamte deutsche Gebiet erstrecken würde. ...
Sie ist der Ansicht, ... daß eine Teilung Deutschlands in mehrere Staaten, wenn sie die Folge einer natürlichen Entwicklung und nicht einer auferlegten Lösung sein würde, für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa günstig wäre.
Aus diesen Gründen bedauert sie, daß der gleiche Abschnitt IX bereits jetzt die Eventualität der Wiederherstellung einer deutschen Zentralregierung unter deutscher Leitung und die Wiederherstellung politischer Parteien für ganz Deutschland vorsieht, lauter Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die deutschen Einheitsbestrebungen neu zu beleben und die Rückkehr zu einer Form des zentralisierten deutschen Staates zu begünstigen. ...<<
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x069/-208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.
Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.
Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Potsdamer Konferenz (x001/105E-107E,143E): >>... Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen.
Es kann nach der heute möglichen Einsicht in die diplomatische Vorgeschichte der Entstehung der Oder-Neiße-Linie kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR, darüber einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen

Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".
Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Sehwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.
Wenn sich die Westmächte dennoch in Potsdam darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war das außer aus taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der angloamerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.
Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.
Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zu einem Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.
Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufes der künftigen deutsch-polnischen Grenze bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.
Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahme östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR, und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.
Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. Faktisch lag zu dieser Zeit die Befehlsgewalt über die deutschen Ostprovinzen, soweit sie bis dahin schon von der Roten Armee erobert waren, bei der sowjetischen Armeeführung, aber aus der Erklärung Bieruts wird deutlich, daß der von der Sowjet-Union allein anerkannten polnischen Regierung bereits im Februar 1945 prinzipiell die Verwaltungshoheit über die deutschen Ostgebiete durch die sowjetische Regierung eingeräumt wurde.
In weiten Gebieten Ostdeutschlands haben aber auch faktisch die inzwischen gebildeten polnischen Behörden bereits lange vor dem Potsdamer Abkommen die Verwaltung ausgeübt.
In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte.<<
>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klar-

heit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".
Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.
Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in geordneter und humaner Weise" durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Potsdam (x306/89): >>… Zu einer Auseinandersetzung über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17. August 1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Die KPD war wegen "Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes verboten worden.
Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, daß dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft innewohne, die gegenüber dem Begriff "freiheitlich demokratische Ordnung" den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil "demokratisch" im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei.
Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag und nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte … Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, daß es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als "Normenadressat" habe. …
Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: "Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist.
Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe." Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.
Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der

ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.
Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südostpreußen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ostpommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...
Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen konnte.
Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenaussiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen - wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren; denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<
Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtete später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die nordamerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.
Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.
Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.
Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ...
Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.
Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede Macht auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.
Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtre-

tung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Potsdamer Konferenz (x024/203-204): >>Briten und Amerikaner erkannten bald, daß ihre allzu rasche Zustimmung zur Vertreibung von Polen und Deutschen ein politischer Fehler gewesen war. Schließlich hatte Großbritannien Deutschland wegen der Garantie der polnischen Grenzen den Krieg erklärt.
Als später Stalin den Anspruch auf Ostpolen nicht aufgab, hatten sich Briten und Amerikaner gegen diese Absicht des Diktators nicht durchsetzen können. Die Vertreibung der Deutschen geriet sowohl flächen- als auch zahlenmäßig außer Kontrolle der Westalliierten. Auch wenn Stalin sie durch falsche Zahlen getäuscht hatte, blieb ihre Mitverantwortung und Mitschuld. ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über die entscheidenden politischen Fehler der westlichen Alliierten während der Konferenz in Potsdam (x080/339-341): >>Während Stalin in Potsdam die verschiedensten unbegründeten Ansprüche auf unbesetzte oder von den Alliierten besetzte Territorien erhob und wieder fallen ließ und auf diese Weise "Zugeständnisse" machte, festigte er letztlich seine Position in Osteuropa.
... Am Vorabend der Konferenz wurde der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico durchgeführt. Truman informierte Stalin, daß die USA nun über eine höchst wirksame neue Waffe verfügten. Stalin, der durch Klaus Fuchs und andere Spione bereits alles über das Projekt wußte, erwiderte lediglich, er hoffe, die Waffe würde gegen Japan eingesetzt.
Fast 4 Jahre hatten die Alliierten nach den falschen Grundsätzen gehandelt. ...
Stalin hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Das lag daran, daß er es ebenso wie in der Vergangenheit geschafft hatte, zumindest zeitweise einen "liebenswürdigen" Eindruck zu erwecken. Er spielte die Karte der gigantischen Kriegsanstrengungen Rußlands aus, um vom Westen Zugeständnisse zu erlangen. ...
Stalin hatte dem NKWD im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen gesagt, der Westen werde das "schlucken". Jetzt praktizierte er ähnliche Täuschungsmanöver, und wieder fand er genügend Dumme, die darauf hereinfielen. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan schrieb nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18): >>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn.
Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.
Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für die Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.
Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.
... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.

Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.
Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandelns mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten.
Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.
Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.
Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.
Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Fortsetzung der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte, daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen.
Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts.
Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat Robert Murphy berichtete später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.
In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die So-

wjetunion ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<<

Bundeskanzler Adenauer berichtete später während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über das Potsdamer Abkommen (x973/…): >>... Lassen Sie mich nun zu Fragen übergehen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie. Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der drei Regierungen - das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland - haben ihre Ansicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß.

(*Hört! Hört! rechts.*)

Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden.

(*Sehr richtig! und lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei der SPD.*)

Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjet-Union ausdrücklich angeschlossen hat.

(*Erneute Zustimmung in der Mitte und rechts.*)

Die Bestimmungen der Atlantik-Charta sind ganz eindeutig und klar. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat durch Beschluß vom 3. November 1948 die Großmächte aufgefordert, nach diesen Prinzipien baldmöglichst Friedensverträge abzuschließen. Wir werden nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen.

(*Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts. - Abgeordneter Dr. Richter: Bitte auch das Sudetenland dabei nicht vergessen, Herr Bundeskanzler!*)

Ich weise darauf hin, daß die Austreibung der Vertriebenen in vollem Gegensatz zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vorgenommen worden ist.

(*Sehr richtig! rechts.*)

In diesem Potsdamer Abkommen ist nur von einer Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verbliebenen deutschen Bevölkerung die Rede, und es war vereinbart worden, daß jede stattfindende Umsiedlung auf organisierte und humane Weise vorgenommen werden sollte. Es fällt mir sehr schwer, meine Damen und Herren, wenn ich an das Schicksal der Vertriebenen denke, die zu Millionen umgekommen sind,

(*Zuruf in der Mitte: 5 Millionen!*)

mit der notwendigen leidenschaftslosen Zurückhaltung zu sprechen. Ich darf aber darauf hinweisen, daß kein Geringerer als Winston Churchill bereits im August 1945 im britischen Unterhaus öffentlich und feierlich nicht nur gegen die Praxis der Massenaustreibung Protest eingelegt hat.

(*Abgeordneter Dr. Schmid: Er hat mit unterschrieben!*)

Die Massenaustreibung nannte Churchill eine "Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes", und er deutete an, daß eine unerhört große Zahl von diesen Vertriebenen einfach verschwunden sei. Am 10. Oktober 1945 stellte der britische Außenminister Bevin fest, daß Großbritannien in keiner Weise verpflichtet sei, die Ansprüche Polens auf die Oder-Neiße-Linie zu unterstützen. Die gleiche Feststellung traf der frühere amerikanische Außenminister Byrnes am 6. September 1946 in seiner bekannten Rede in Stuttgart. Die Bundesregierung wird allen diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit widmen und sich dafür einsetzen, daß auch das uns zustehende Recht geachtet wird.

(*Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.*)

Sie wird das ganze Rechts- und Tatsachenmaterial in einer Denkschrift, die veröffentlicht und den alliierten Regierungen überreicht werden wird, zusammenfassen. …<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-191, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung.
Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.
... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.
... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". ...<<
>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.
Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.
Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<
Der deutsche Publizist und Herausgeber Rudolf Augstein berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" über das Potsdamer Abkommen: >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**
... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.
Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.
Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte. ...
Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroschima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.
Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für

den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete später (am 8. März 1996) über das Potsdamer Abkommen: >>**Der Vertrag, der keiner war**

... Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen, um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.

Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag, der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie ein regulärer Vertrag.

Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945. ...

Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedensvertrag.

In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist".

Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt: Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich. Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.

Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berüchtigte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß". Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet. ...

Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach jedoch klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.

Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".
Anderseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III - "Über Deutschland" - gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen."<<
Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 5. Oktober 2002 über die "Berliner Konferenz" (x887/...): >>**Berliner Konferenz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde**
Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.
Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die "Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und Vorgaben der Siegermächte dargestellt.
An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sympathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bundesstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Hohenzoller an der Spitze steht."
78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei" … Truman für die USA, Stalin für die UdSSR und zunächst Churchill und nach dessen Ablösung Attlee für Großbritannien. Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.
Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsachengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.
Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden. Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben. ...<<

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa

> Die Wahrheit hat noch keinem geschadet - außer dem, der sie ausspricht.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

"Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren.

Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben. In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.

Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewaltsam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße zusammendrängten.

In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Junitagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.

Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.

Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Beginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/140E-143E): >>... Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Besetzung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dorthin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint. ...

Ehe noch die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.

... Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt (Danzig) durch öffentliche

Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. ...
Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massive Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt. Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben. ... Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging. ...
War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesien betroffen wurden.
Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren. ...
Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Überall erschienen polnische Soldaten mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.
Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. Neiße. Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden.
In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ostdeutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos. Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.
Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.
Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten. Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der so-

wjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde. ...
Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, das schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. ...
Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen. ...<<

Bevölkerungsstand vor Austreibung der deutschen Bevölkerung im Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):

	Erfolgreiche Flucht in den Westen 1944/45		In sowjetische Gewalt geraten		Rückkehrer in die Heimat		Bevölkerungsstand vor der Austreibung im Juni 1945	
	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%
Ostpreußen 1)	1.819.000	70	474.000	19	296.000	11	770.000	30
Ostpommern	861.000	46	850.000	46	150.000	8	1.000.000	54
Ostbrandenburg	310.000	47	300.000	45	50.000	8	350.000	53
Schlesien	2.218.000	47	1.500.000	32	1.000.000	21	2.500.000	53
Deutsche Ostprovinzen	5.208.000	53	3.124.000	32	1.496.000	15	4.620.000	47
Memelland	34.000	.	30.000	22	.	.	30.000	22
Danzig	204.000	50	200.000	50	.	.	200.000	50
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	186.000	50	140.000	38	46.000	12	186.000	50
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	616.000	50	460.000	37	154.000	13	614.000	50
Polnische Gebiete	1.006.000	50	800.000	40	200.000	10	1.000.000	50
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei 2)	111.000	3	3.489.000	97	.	.	3.489.000	97
	6.359.000	41	7.443.000	48	1.696.000	11	9.139.000	59
Estland, Lettland und Litauen	.	.	23.000	-	-	-	23.000	-
Jugoslawien	160.000	44	200.000	56	.	.	200.000	56
Rumänien	100.000	20	404.000	80	.	.	404.000	80
Ungarn	39.000	7	483.000	89	21.000	4	504.000	93
Baltikum und Balkan	299.000	21	1.110.000	78	21.000	1	1.131.000	79
Ost-Mitteleuropa	6.658.000	39	8.553.000	51	1.717.000	10	10.270.000	61
Sowjetunion	.	.	1.187.000	-	-	-	1.187.000	-
Insgesamt	6.658.000	.	9.740.000	.	1.717.000	.	11.457.000	.

Quellen: "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).
1) Einschließlich der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.
2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zu-

rückgetrieben wurden, und ca. 100.000 deutsche Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.
Der schweizerische Journalist Robert Jungk (1913-1994) berichtete am 15. November 1945 in der "Züricher Weltwoche" unter der Überschrift "Aus einem Totenland" über die katastrophalen Verhältnisse östlich der Oder und Neiße (x024/133-139): >>... Es gibt heute in Europa nicht nur einen Eisernen Vorhang. Es gibt zwei. Dieser zweite Eiserne Vorhang, von dem man nicht spricht und sehr wenig weiß, scheidet die russische Okkupationszone in Deutschland gegen Osten von jenen ehemals deutschen Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz den Polen übergeben wurden und der alliierten Deutschlandverwaltung nicht unterstehen.
Jedermann, der diese Grenze, die sich an die Oder- und Neißelinie lehnt, überquert hat, wird bestätigen, daß dort die Kontrolle noch viel schärfer ist als an der Grenze, welche die alliierte und russische Okkupationszone voneinander trennt. Das hat seinen guten Grund. Man wünscht hier keine Besuche von außen. Denn hinter der Oder-Neiße-Linie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Totenland.
Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewisse Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmäßig geschieht, regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt.
Als dieses Gebiet den Polen nach den Potsdamer Vereinbarungen zugesprochen worden war, glaubte die ansässige deutsche Bevölkerung zuerst, sie werde sich mit den Polen nicht schlechter oder sogar besser vertragen als mit den Russen. Heute aber ist es so, daß die Bewohner sich an die kleinen durchziehenden oder da und dort zur Nachschubsicherung stationierten russischen Abteilungen wenden müssen, um Schutz vor den Übergriffen der Polen zu finden.
Wer die polnische Zone verlassen hat und in russisch okkupiertes Gebiet gelangt, atmet geradezu auf. Hinter ihm liegen leergeplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde unbestellte Felder, leichenbesäte Straßen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtigen die letzte Habe rauben.
All das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. Man mache es sicht leicht und tue es als "Greuelpropaganda" ab. Zu oft schon hat man in den Jahren dem unvorstellbaren Entsetzlichen nicht glauben wollen, zu oft haben diejenigen, denen Enthüllungen unangenehm sein mußten, sie als "Lügen" oder "Propaganda" abgetan.
Es ist wahr, daß in dem Orte G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden.
Es ist wahr, daß auf dem Bahnhof von S. sämtliche Flüchtlingszüge regelmäßig derart ausgeraubt werden, daß die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen.
Es ist wahr, daß in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mußten oder erschlagen wurden.
Es ist wahr, daß in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als "Behandlung" einfach einen Kopfschuß erhalten.
Und es ist wahr, daß eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölftel, in anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel der Bevölkerung ums Leben gebracht.
Es ist wahr, daß in den sogenannten Arbeitslagern Sownowice und Centoschlowitz Insassen nächtelang bis zum Hals in eiskaltem Wasser stehen müssen und daß man sie bis zur Bewußtlosigkeit schlägt.
Und warum geschieht das alles? Nun, es ist furchtbar genug: Diese Welle barbarischer Mißhandlungen wurde ausgelöst durch das Bemühen der "großen Drei", das Schicksal der Deutschen im Osten zu mildern. Jawohl, zu mildern!
Die Berichte, die damals über das durch die zwangsweise Evakuierung verursachte Elend an die Weltöffentlichkeit gedrungen waren, hatten die Großmächte veranlaßt, der polnischen und

tschechoslowakischen Regierung die Einstellung der übereilten Zwangsdeportationen zu empfehlen. Die Tschechen haben diesen Appell befolgt, und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und Österreich geht jetzt in geordneter, wenn irgend möglich menschlicher Weise vor sich.
Anders in Polen. Auch sie stoppten zunächst die Evakuierungen. Aber zugleich taten sie alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum "freiwilligen" Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen.
Das verhältnismäßig noch mildeste Mittel, das die neuangesetzten polnischen Woiwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15.000 deutschen Einwohner nur 7.000 Brotrationskarten ausgegeben. Die 8.000, die keine Rationierung zugeteilt erhalten, können noch eine Zeitlang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder - die "freiwillige" Wanderung nach dem Westen.
Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Nur die Polen und diejenigen Deutschen, die für die Stadtverwaltung arbeiten, erhalten etwas Nahrung. Die anderen müssen versuchen, sich so gut zu behelfen, wie es eben geht. Auch ihnen steht der "schwarze Markt" offen. Wollen sie dort aber mit ihren Ersparnissen in Mark kaufen, so erhalten sie nichts, da die Polen alle Markwährung entschädigungslos als verfallen erklärt haben und nur der polnische Zloty Gültigkeit hat.
Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen.
Daß die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht wunder nehmen. Polnische Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten, geben ganz offen zu, daß sie hoffen, durch die Hungerdezimierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch die Deportation hatte erreicht werden sollen.
Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muß stündlich und täglich Gewaltattacken auf Gut und Leben erwarten, ohne daß ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre.
Daß bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mußten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, daß Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wähnten, gerettet zu sein, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsteren Bilde.
Zu allem kommen noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die großen Plakate mit den in lateinischer und kyrillischer Schrift aufgemalten Warnungswort: Typhus!
Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie. Aber es ist ein "Waldbrand", dem sich keine Feuerwehrleute entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: "In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt. Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder".
Der Sekretär der "Caritas" in Str. berichtet, daß auch seine Medikamente zur Neige gehen. "Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können

den Kranken nicht helfen. Alles, was wir tun können, ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau-Frankenstein sind vom Typhus infiziert."
Die "Lösung" in vielen Fällen ist nun, daß man infizierte Ortschaften, wie einst im Mittelalter die Peststädte, vollständig isoliert. Ihre Bewohner dürfen über den Umkreis des verpesteten Dorfes nicht hinaus oder müssen riskieren, erschossen zu werden. Natürlich ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, und so wird der Typhus immer weitergeschleppt.
"Da muß doch etwas getan werden ..." Das ist die erste Reaktion eines jeden Menschen, der die Situation im polnisch besetzten Teil Deutschlands sich zu einer immer furchtbareren Katastrophe entwickeln sieht.
Leider kann aber nichts getan werden, wenn dieses Gebiet nicht wenigstens ebenso wie die anderen okkupierten Gebiete Deutschlands einer Kontrolle der vier Großmächte unterstellt wird. Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre "Zone" im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren.
Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Mißhandlung und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, daß nicht alles korrekt zugegangen sei!
Wenn etwas für das "Totenland" jenseits der Oder getan werden kann, dann wird es zuerst und am ehesten von russischer Seite geschehen müssen. Es mehren sich die Zeichen, daß die Russen mit der von den Polen verfolgten Okkupationspolitik keineswegs einverstanden sind und daran denken, den von Polen besetzten Teil Ostdeutschlands wieder in eigene Verwaltung zu nehmen.
Denn die Russen können es sich nicht leisten, daß ihr Nachschub aus dem Osten und ihre Verkehrsverbindungen mit der Heimat durch die chaotischen Zustände in der polnischen Zone gefährdet werden. Sie sind zudem der Ansicht, daß der größere Teil der Kritik an der heute in aller Welt so stark angefeindeten Politik in den deutschen Ostgebieten weniger an ihre Adresse als an die der Polen zu richten sei.
Ob es allerdings ganz ohne Schwierigkeiten gehen wird, "machine arrière" ("einen Rückzieher") zu machen, ist eine andere Frage. "Weiße" und "rote" Polen, die sonst heftig gegeneinander intrigieren, sind sich doch in dem Punkte einig, daß die neu besetzten deutschen Gebiete polnisch bleiben sollen. Die schon seit Wochen bestehende polnisch-russische Spannung, die in Ostpreußen sogar bereits zu bewaffneten Zusammenstößen geführt hat, würde durch einen offenen Konflikt über die Frage der Verwaltung in den deutschen Ostgebieten kritisch verschärft werden.
Zweifellos wird man sich aber auch noch anderwärts mit den Zuständen im "Totenland" beschäftigen, sobald mehrere Rapporte wie dieser, der, soviel wir wissen, zum ersten Mal die Zustände im polnisch besetzten Deutschland an die Öffentlichkeit bringt, die Aufmerksamkeit der Weltmeinung erregt haben. Denn es geht hier um noch viel mehr als "nur" um das Leben einiger Millionen Deutscher, es geht um die moralische Reinheit und Stärke der antifaschistischen Bewegung in der Welt.
Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter großen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, daß ihr Kampf jetzt von Rowdys und Chauvinisten ausgenützt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine große Hoffnung für die Zukunft. Man hat mit Recht den Deutschen vorgeworfen, daß sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vaterlandes so lange die Augen vor den Greueltaten des Nazismus verschlossen hätten.
Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen

lassen müssen. Auch wir alle werden "mitschuldig" sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandtaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Totenland jenseits der Oder.<<

Die "Umsiedlung" nach der Potsdamer Konferenz

Der Alliierte Kontrollrat stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/-737). Der Alliierte Kontrollrat setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):
Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.
US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.
Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.
Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Vertreibung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.
Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mitteleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen.
In den Zwangsarbeitslagern für Reichs- und Volksdeutsche wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.
Nach monatelanger, vielfach sogar jahrelanger Schreckenszeit, in der die rechtlosen deutschen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, waren die meisten Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

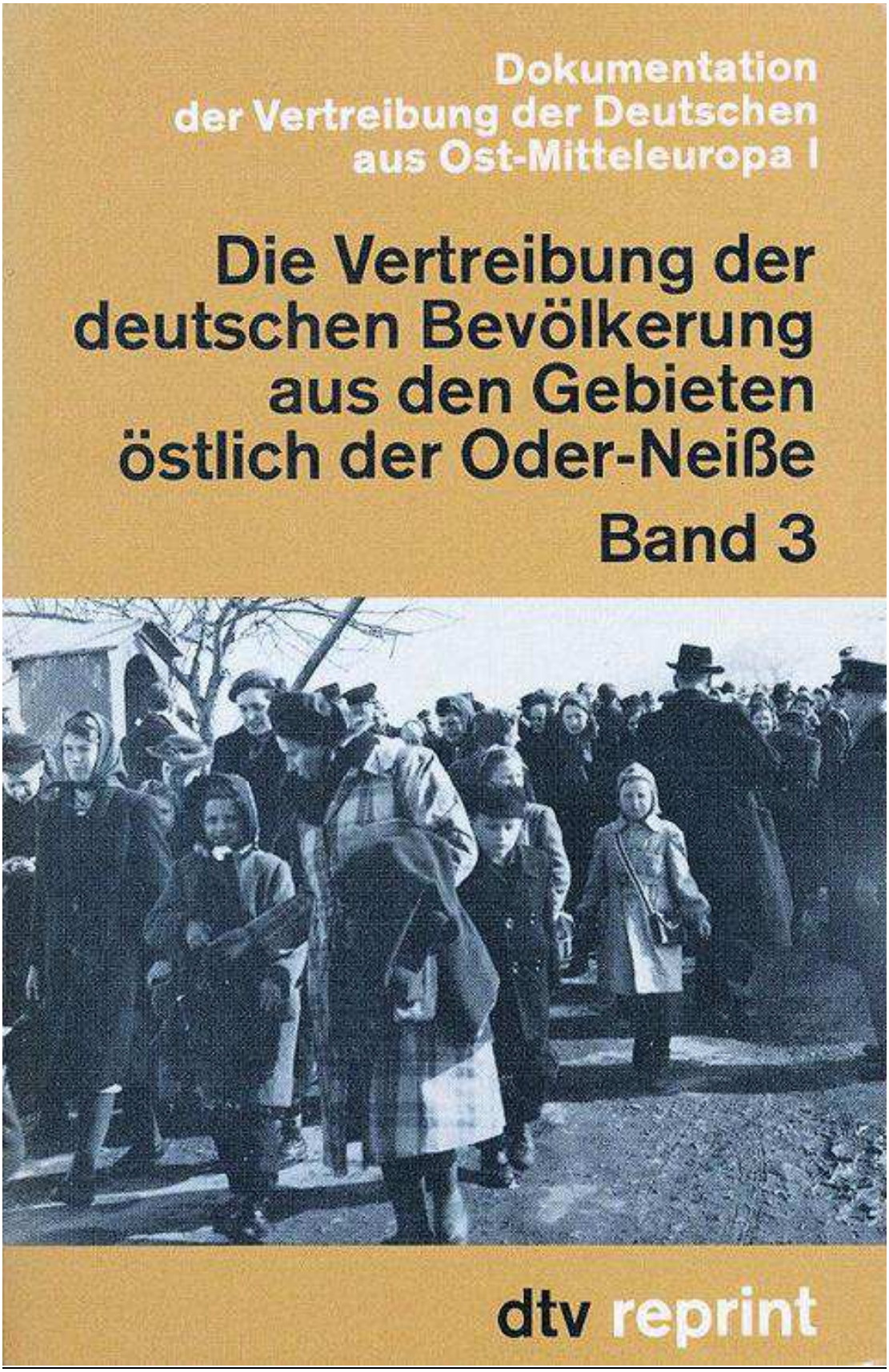


Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung …

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der

Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.
Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.
Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden.
Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".
Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.
Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden, da die Niederringung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.
Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereitfinden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.
Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.

Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem ersten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte. …

Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte. Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.

Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.

Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung widerfahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.

Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.

Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere

Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.
Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.
Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.
Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<
>>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.
Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.
In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.
In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.
Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.
Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Ta-

gesordnung waren.
Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.
Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.
Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.
Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.
Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.
Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.
Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.
Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.
Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.
Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches

Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.
Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.
In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.
Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichterklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.
Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<

Abb. III (x028/112.5): Allmählich werden die Vertreibungen "geregelter" (Bundesarchiv).

Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg schrieb später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.

Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches:

Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...

Tatsächlich … handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur um die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei wie im Falle der Tschechoslowakei historische Grenzen, die nie nationale

Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie im Falle Polens in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."
Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen.
Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ, findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne". ...
Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten - wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind - ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.
Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/1-2,5-6): >>Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte. Die Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete entsprach mit über 20 Millionen derjenigen der Republiken Finnland, Island und Irland und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark zusammengenommen.
Noch nie in der Geschichte wurde eine so große Volksgruppe mit einem Federstrich aus den Geschichtsbüchern und Atlanten getilgt und zu Menschen ohne Menschenrechte gemacht. Man wird vergeblich nach Vergleichbarem suchen. … Die nächstgrößeren Gruppen dürften die je 7,5 Millionen indischen und pakistanischen Flüchtlinge der Jahre 1947-1949 sein.
Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat in den 50er Jahren die alteingesessene Bevölkerung der deutschen Vertreibungsgebiete außerhalb der Sowjetunion mit 16,5 Millionen ermittelt. In dieser Ziffer nicht enthalten sind außer den 1,5 Millionen Rußlanddeutschen - sie wurden überwiegend von Westen nach Osten vertrieben - noch fast 2,5 Millionen West- und Mitteldeutsche. Insgesamt lebten also bei Kriegsende über 20 Millionen Deutsche in den ostdeutschen und osteuropäischen Vertreibungsgebieten. Davon entfielen etwa 50 % auf Ostdeutschland in seinen Grenzen von 1937, der Rest auf das Sudetenland und die deutschen Sprachinseln zwischen Donau und Wolga.
Flächenmäßig umfaßten die Ostgebiete des Deutschen Reiches ein Viertel des deutschen Staatsgebietes, wenn man die Grenzen von 1937 zugrunde legt, und einen noch größeren Anteil, wenn man Sudetenland, Memelland und die freie Stadt Danzig, kurzum das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Osten einbezieht.
Nicht alle Ostdeutschen und nicht alle Volksdeutschen wurden nach West- und Mitteldeutschland vertrieben. Im Jahr 1950 zählte man ca. 830.000 Rußlanddeutsche, die die Verschleppung in den asiatischen Teil der Sowjetunion überlebt hatten, und über 3,3 Millionen Deutsche in den anderen Vertreibungsgebieten, die in ihrer alten Heimat meist unter unwürdigen Umständen wohnen durften bzw. mußten.

In der Bundesrepublik lebten 1950 rd. 8,1 Millionen Vertriebene.
Bei der Vertreibung zu Tode gekommen sind zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen. Davon entfallen über 600.000 auf Rußlanddeutsche und 2,2 Millionen auf die alteingesessene Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete und der anderen Vertreibungsgebiete. Die Gesamtzahl der Vertreibungstoten entspricht ziemlich genau der seinerzeitigen Einwohnerzahl der Republik Irland. ...<<
>>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.
In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. …
Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.
Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/33,36-37, x309/88):
>>Die westlichen Alliierten waren auf die Ausweisung von 2 bis 4 Millionen Reichsdeutschen vorbereitet, niemals aber auf die Vertreibung von über 9 Millionen aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und ganz Schlesien. Der entscheidende Fehler lag also darin, daß das Prinzip der Bevölkerungsumsiedlung zu weit ausgedehnt wurde. Damit war nicht mehr die Rede von der notwendigen Umsiedlung deutscher Minderheiten dorthin, woher sie gekommen waren, wie es bei den Befürwortern der Umsiedlung oft hieß.
Die Deutschen in Ostpreußen stellten in keiner Beziehung eine Minderheit dar, und ihre Vorfahren lebten schon Jahrhunderte in Ostpreußen, ehe die Engländer Nordamerika kolonisierten. Der Vorschlag, die Ostpreußen sollten an den Rhein zurückgeschickt werden, hätte eigentlich für Roosevelt und Eden so unsinnig klingen müssen wie der absurde Vorschlag, die Amerikaner wieder nach Großbritannien oder die Briten nach Dänemark und Niedersachsen zurückzuschicken. ...<<
>>... Der deutsche "Drang nach Osten", der jahrhundertelang von Deutschlands östlichen Nachbarn teils gefördert, teils bekämpft wurde, wich dem wiederauflebenden alten slawischen "Drang nach Westen", der jetzt von der siegreichen Roten Armee unterstützt und manchmal von den westlichen Mächten gutgeheißen wurde.
Natürlich stand für die Vereinigten Staaten und Großbritannien kein historisches Interesse auf dem Spiel, als sie den Stoß der Slawen nach Westen förderten. Es war nur die unbeschreibliche Unmenschlichkeit von Hitlers Regime, die Roosevelt und Churchill moralisch stumpf machte gegen das, was Millionen Deutschen im Osten zustoßen sollte.
Der Geruch von Bergen-Belsen und Buchenwald lag in der Luft, und viele westliche Politiker waren von dem Gefühl beherrscht, die Deutschen hätten bei weitem noch nicht genug gelitten, obwohl Deutschland in Trümmern lag und 4,3 Millionen deutsche Soldaten gefallen waren - die USA hatten 229.000 Mann Verluste: Die Deutschen konnten das unendliche Leiden, das durch eine unglückselige Politik verursacht wurde, nicht wiedergutmachen. ...<<

>>... Der Zweite Weltkrieg gab den Anlaß und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren vielmehr bewußte, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen.
Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen. Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkriegs und die Machtergreifung Hitlers zurück.
Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse des Vertrages von Versailles … von 1919 müssen als Ursachen mitberücksichtigt werden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil erläuterte später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8):
>>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr: Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.
Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<
>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.
Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."
Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen - obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzukehren.
Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/13-14):
>>Die Solidarität, das Mitgefühl mit den Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden. ... Aber die vielen Opfer dieser grausamen Zeit von Flucht und Vertreibung dürfen nicht vergessen werden - ebenso wie alle anderen Opfer des Krieges.
Wenn ihr Tod, ihr Leiden einen Sinn erhalten und behalten soll, dann muß die Erinnerung daran Ansporn zu Verständigung und Versöhnung, zur Bewahrung und zum Bau eines wirkli-

chen Friedens sein. Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Narben und Wunden aufreißen. Aber die wirkliche Geschichte, die Wahrheit muß genannt werden. ...
Gerade heute, da nunmehr im Osten und bei uns neue Generationen herangewachsen sind, die vieles, was die Älteren erleben mußten, gar nicht mehr wissen und begreifen können, ist eine saubere, faire Aufarbeitung dieser zeitgeschichtlichen Abläufe auch zur Beurteilung politischer Vorgänge der Gegenwart erforderlich. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die anglo-amerikanische Einstellung zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/196-198): >>Obwohl das in Amerika und Großbritannien nicht unbedingt Tabu ist, so hat die Presse die Vertreibung der Deutschen doch niemals ausführlich behandelt. Die meisten Amerikaner und Briten wissen kaum, daß sie überhaupt stattgefunden hat, und noch weniger, daß die westliche Zustimmung zum Prinzip der gewaltsamen Umsiedlung die amerikanische und britische Regierung zu Helfershelfern dieser unmenschlichen Unternehmung gemacht hat.
Gewiß sind die Westmächte nicht in dem Maße verantwortlich wie die vertreibenden Staaten, aber zweifellos hat erst die anglo-amerikanische Zustimmung zum Grundsatz der Zwangsumsiedlung die Katastrophe von 1945-48 möglich gemacht.
... Die drakonischen Maßnahmen, die den Deutschen aus den Ostgebieten aufgezwungen wurden, hat man nachträglich als "Vergeltung" für die unsagbaren NS-Verbrechen im Osten zu rechtfertigen versucht. Nur traf diese Art "Vergeltung" nicht nur NS-Funktionäre - also die "Täterseite", gemäß einer heute gebräuchlichen Formulierung - sondern in erster Linie die "Frauen und Kinder, die Armen und die Kranken"; letztlich also die ganze Bevölkerung - ohne Rücksicht auf den Grad individueller Schuld oder gar Schuldlosigkeit. ...
Man sollte hier vor der verwerflichen Tendenz warnen, die Vertreibung nachträglich als logische Folge der Hitler-Verbrechen hinzustellen - oder gar zu legitimieren. Im Hinblick auf Individualität des Leidens darf man die Opfer der Vertriebenen weder bagatellisieren, noch gegen die NS-Verbrechen aufrechnen oder der Vergessenheit preisgeben. Heute neigt man in Großbritannien und in Amerika dazu, die Vertreibung der Deutschen nur vor dem Hintergrund von Auschwitz zu sehen. Diese Sicht ist historisch falsch, denn es gab keinen ursächlichen Zusammenhang.
Die Vertreibung war schon deshalb keine "Antwort" auf die während des Krieges noch gar nicht in ihrem vollen Ausmaß bekannt gewordenen NS-Greuel, weil sie einem von den polnischen und den tschechischen Exilregierungen schon lange vorher ins Auge gefaßtem Ziel entsprach, das sie im Laufe des Krieges durchsetzen wollten. Diese heute von vielen Anglo-Amerikanern gebräuchliche Betrachtungsweise ist auch moralisch höchst fragwürdig, denn sie akzeptiert stillschweigend die Auffassung, man dürfe die an Schuldlosen begangenen Verbrechen durch Verbrechen an wiederum Unschuldigen vergelten.
Die Deutschen sind mit dem Erbe Hitlers belastet, und Auschwitz wird auch in Zukunft seinen Schatten über ihre Geschichte werfen. Man sollte freilich auch wissen, daß es weder im Zweiten Weltkrieg noch in der gesamten Weltgeschichte ein Leidensmonopol gab oder gibt. Aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ist mit Ehrfurcht zu gedenken. Es würde gegen das wissenschaftliche Ethos verstoßen, ließe man die Vertreibung der Deutschen "unaufgearbeitet". Die Verharmlosung dieser Ereignisse bedeutete Hohn und Unbarmherzigkeit den Opfern gegenüber. ...
Jedenfalls müssen wir alle begreifen, daß die Vertreibung nicht nur ein historisches, sondern vornehmlich ein menschenrechtliches Problem darstellt. Menschenrechte sind aber unteilbar. Damit ist eine unterschiedliche Beurteilung schwerster Menschenrechtsverletzungen aufgrund unterschiedlicher Maßstäbe unzulässig. Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für NS-Greuel, sei es einer osteu-

ropäischen oder anglo-amerikanischen für die Vertreibung. Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. ...
Für die Deutschen und für Deutschland stellt die Vertreibung ohne Zweifel die gravierendste Kriegsfolge dar. Für die Anglo-Amerikaner hingegen aber auch für die Osteuropäer bleibt sie eine moralische Hypothek. Der Londoner Economist schrieb bereits 1945, ... daß nämlich die Alliierten den Krieg gegen Hitler mit einem Frieden in Hitlers Stil beendet hätten. Es geht also nicht an, die Ungeheuerlichkeit der Vertreibung zu bestreiten; auch in Zukunft wird man sie nicht leugnen können. In diesem Sinne soll die Erinnerung wachgehalten werden. Dies darf aber nicht nur die Aufgabe der Historiker sein.
Diese Aufforderung geht an uns alle. ...<<
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schrieb später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/231-232,239,241): >>... Ethnische Säuberungen sind immer mit Gewalt verbunden. Menschen geben ihre Häuser nicht freiwillig auf. Sie müssen verjagt werden, manchmal auf die brutalste Weise. Während aber im Krieg im allgemeinen bewaffnete Männer ihren Willen, ihre Maschinen und ihre Zahl aneinander messen, stehen sich bei der ethnischen Säuberung meist ein bewaffneter Täter und ein unbewaffnetes Opfer gegenüber, fast immer ein bewaffneter Mann und eine unbewaffnete Frau, ein Kind oder ein alter Mensch. Die Gewalt geschieht aus der Nähe und sie ist heimtückisch. ...<<
>>... Ethnische Säuberung umfaßt nicht nur die Deportation ganzer Völker, sondern auch die Auslöschung der Erinnerung an ihre Anwesenheit. Die physischen Überbleibsel der Nation werden als erste zerstört. ...<<
>>... An ethnischen Säuberungen ist nichts "Sauberes". Sie sind von Gewalt und Brutalität in ihrer extremsten Form durchsetzt. Ethnische Säuberung ist aber mit Verbrechen gegen das Eigentum, also Raub und Diebstahl, ebenso verbunden wie mit denen gegen Menschen, sowohl durch den Staat als auch durch Einzelpersonen.
Obwohl die Motive für die Vertreibungen primär politisch und ideologisch, nicht ökonomisch waren, herrschte in allen Fällen die Idee vor, die Opfer - Griechen und Armenier, Juden, Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren, Deutsche, Bosnier und Kosovo-Albaner - seien reich und überdies durch die Ausbeutung ihrer dominierenden Nachbarn reich geworden. Aus diesem Grund verdienten sie es, enteignet und beraubt zu werden. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.
Die Vertriebenen sind im Übrigen rassisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<
In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen.
Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).
Bundeskanzler Adenauer berichtete während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über das Schicksal der zurückgehaltenen Ost- und Volksdeutschen (x973/…): >>... Die Arbeit der Bundesregierung wird weiter den etwa 200.000 Deutschen gelten müssen, die sich in dem ehemaligen Ostpreußen und Schlesien sowie in der Tschechoslowakei befinden, die als Facharbeiter oder als politisch mehr oder minder Belastete zurückgehalten werden.

Darunter befinden sich viele Frauen, die in der ersten Schockwirkung der Niederlage und in der Hoffnung auf Rückkehr ihrer noch in Gefangenschaft befindlichen Männer für Polen optiert haben, deren Männer aber in der Zwischenzeit nach Westdeutschland entlassen worden sind. Das Internationale Rote Kreuz hat es übernommen, mit den Westalliierten einerseits und mit Warschau und Prag andererseits über die Umsiedlung dieser bedeutenden Restbevölkerung zu verhandeln. Die Verhandlungen sind später überraschend - soviel den deutschen Stellen bekanntgeworden ist, durch die britische Militärregierung - abgebrochen worden mit der damals gegebenen Begründung, man müsse erst die Bundesregierung abwarten. …<<
Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtete später über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x353/80): >>… Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.<<

Reparationen und Wiedergutmachungen

> Niemand ist so arm, daß er nicht etwas abgeben könnte. Und niemand so reich, daß er nicht noch ein bißchen mehr Geld gebrauchen könnte.
> *Jakob Fugger (1459-1525, deutscher Bankier und Kaufmann)*

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle deutschen Rüstungswerke Mittel- und Westdeutschlands demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.
Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldete am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen sollte (x043/31): >>**Zertrümmerung des deutschen Industriestaates**
Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.
Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieeinrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<
Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" in Gernrode im Harz und transportieren das Fachpersonal in den Westen (x111/42).
Die Sowjets transportierten vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem späteren nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem späteren britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).
Erich Weinert, Präsident des Nationalkomitees "Freies Deutschland", berichtete am 12. Juli 1945 im Radio Moskau über den "freiwilligen Arbeitseinsatz" der Deutschen in der UdSSR (x111/47-48): >>Hunderttausende von Deutschen haben sich davon Rechenschaft gegeben, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten in den verwüsteten Gebieten Rußlands die Priorität gegenüber dem Wiederaufbau in Deutschland haben müsse.
Diese Männer haben sich in freier Weise für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Sie wis-

sen, daß sie mit dem Wiederaufbau der von ihnen zerstörten russischen Städte den Grundstein für die Wiederaufrichtung unserer nationalen Ehre legen. ...<<
Die SMAD ließ am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjetunion transportieren (x111/51).
Am 23. Juli 1945 bestätigten die Sowjets die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).
Die SMAD befahl am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.
2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.
3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit befinden.
4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Verantwortung gezogen werden.<<
Die Proklamation Nr. 2. des Alliierten Kontrollrats löste am 20. September 1945 alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).
Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" wurden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften - (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:
1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<
In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer damals etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/195).
Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteldeutschlands wurde durch die z.T. völlig planlose, überhastete Demontage von Industriebetrieben, Gleis- und Versorgungsanlagen erheblich erschwert. In Mitteldeutschland wurden z.B. Tausende von Kilometern Eisenbahnschienen abgebaut, so daß die meisten Strecken nur noch eingleisig befahren werden konnten.
Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein berichtete später über den SMAD-Befehl Nr. 124 (x156/28): >>Der am 30. Oktober 1945 verkündete Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration sprach die entschädigungslose Enteignung des Besitzes des Reiches und des Staates Preußen, der NSDAP, der großen und wichtigen Industrie-, Bergbau- und Handelsfirmen aus. Fast die Hälfte der Industriekapazität der sowjetischen Besatzungszone ging an die Länder bzw. Kreise und Städte über. Die Firmen wurden als "Volkseigene Betriebe" weitergeführt, 25 % des Industriebesitzes gingen zur Verwaltung und Ausbeutung unmittelbar an die Russen über. Die Militäradministration errichtete dafür am 5. Juni 1946 "Sowjetische Aktiengesellschaften", die zwischen 1946 und 1953 beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft Mitteldeutschlands hatten.
Der Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 nahm im Sinne der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsauffassung eine Verstaatlichung fast des ganzen Industriepotentials Mitteldeutschlands vor. ...<<

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.
Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).
Am 22. Dezember 1945 beschlagnahmte die britische Militärregierung alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).
Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verließen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und wurden von den Alliierten als Reparationen übernommen.
In Paris einigten sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichneten am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen. Bis 1947 wurden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).
Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gingen die mitteldeutschen SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über. Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG wurden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.
Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schlossen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte. Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen wurde aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt (x111/172).
Am 25. Mai 1946 stoppte die nordamerikanische Militärregierung vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausblieben (x101/13).
Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 9. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x111/190): >>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...
Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<
Das "Handelsblatt" berichtete am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.
Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 % erreicht. ...<<
Ab 21. Oktober 1946 begann die sowjetische Aktion "Ossawakim". Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Spezialisten wurden damals in die UdSSR deportiert (x116/146).
Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" konnten die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren. Später kamen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wurde nie offiziell geregelt.
Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schrieb einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzlichste aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die Plünderungen in Westdeutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.

Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzminen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.

Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner - Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.

Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.

Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten, illegal, aber geduldet, gelangte nach Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford … fest. ...<<

In Bremen protestierten am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill im September 44 erörtert; es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.

In Jalta beschlossen die Alliierten im Februar 45 die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung von 20 Milliarden Dollar.

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür … die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industrieplan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufen-

den Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.
Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker berichtete später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:
"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."
Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in des ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<
Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, forderte am 29. November 1946 in England ein Ende der bisherigen Reparationspolitik (x111/250).
Das US-Kriegsministerium gab am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl würde man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 9. Dezember 1946 (x124/270): >>General Clay hat gestern wieder ein Rede gehalten.
Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen.
Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<
Die australische Regierung betonte am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen beabsichtige, möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien zu holen (x111/259).
Die Interalliierte Reparationsagentur berichtete am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen würden (x111/263).
Finanzminister Kraus erklärte im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).
Die deutsche Tageszeitung "Westfälische Nachrichten berichtete im Januar 1947 (x353/23): >>… Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.<<
Im ersten Halbjahr 1947 wurden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58

Waggons Textilien.<<
Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlichte am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM. Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören z.B. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<
US-Militärgouverneur Clay erklärte am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...
Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<
Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläuterten am 16. Oktober 1947 eine am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste (x111/379): >>... Wir sind uns dessen bewußt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Industrie in der Reparationsfrage Gewißheit über die Grundlage erhält, auf der sie nunmehr gesund planen kann. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle bisherigen Unklarheiten beseitigen. Sie enthält sowohl diejenigen Anlagen, die bereits abtransportiert sind, als auch diejenigen, die noch demontiert werden müssen.<<
Die Demontageliste der britischen Zone umfaßte 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollten (x111/379).
In der New Yorker Zeitung "Herald Tribune" kritisierten am 23. Oktober 1947 holländische Wirtschaftsführer die Demontagen in Deutschland (x111/381): >>Wir Holländer sind auch der Ansicht, daß die Demontage der deutschen Industrie, die bei einem Aufbau an anderer Stelle durchschnittlich 80 % ihres Wertes einbüßen würde, unzweckmäßiger ist als deren weitere Ausnutzung an Ort und Stelle für nichtmilitärische Zwecke. ...<<
Am 6. November 1947 wurde die französische Demontageliste veröffentlicht. Diese Liste umfaßte 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke - davon waren 37 Werke der Rüstungsindustrie - in der französischen Zone (x111/386).
Die französische Regierung rechtfertigte am 17. November 1947 die geplanten Industriedemontagen in ihrer Besatzungszone und stellte fest (x111/391): >>... Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen.
Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen Reichsmark. ...<<
Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen bzw. Kriegsentschädigungen aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betrugen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).
Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark, Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden Reichsmark, sonstige Leistungen, deutsche Patente etc. rd. 27 Milliarden Reichsmark und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden Reichsmark.
Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichteten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren könnte.
Die US-Zeitschrift "LIFE" schrieb am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche

Hirn und die deutsche Forschung.
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>… Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...
Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden …
Die Operation … wurde 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<
Die interalliierte Reparationsagentur berichtete am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).
Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, berichtete am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<
Bundeskanzler Adenauer berichtete während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über die Demontagen (x973/…): >>... Die Frage der Demontage unserer industriellen Anlagen bewegt das gesamte deutsche Volk. Es gibt wohl kaum jemanden in Deutschland, der sich gegen die Demontage wirklich kriegswichtiger Industrien irgendwie wendet. Aber die Vernichtung großer wirtschaftlicher Werte ist eine Angelegenheit, die man im Ausland nicht damit abtun sollte, daß es einmal so beschlossen ist.
(*Sehr gut! in der Mitte.*)
Die letzte Änderung der Liste der zu demontierenden Werke war zwar, rein äußerlich betrachtet, ein großes Entgegenkommen gegenüber den deutschen Wünschen; sachlich, der Produktionskapazität und dem Werte nach gesehen, sind aber die deutschen Wünsche nur zu etwa 10% erfüllt worden.
(*Hört! Hört! rechts.*)
Die Demontagefrage ist auch eine Frage von großer psychologischer Bedeutung. Man versteht in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes nicht, daß man mit der einen Hand ihm wirtschaftliche Hilfe gibt und mit der anderen Hand wirtschaftliche Werte zerstört.
(*Sehr richtig! in der Mitte und rechts.*)
Man glaubt im deutschen Volke, daß damit die auch von ausländischen Staatsmännern wiederholt abgegebene Erklärung schwer zu vereinbaren ist, daß Deutschland zum Wiederaufbau Europas notwendig ist. Zur Zeit sind die maßgebenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs in Washington versammelt. Das deutsche Volk würde sich herzlich freuen, wenn diese Zusammenkunft dazu benützt würde, um das deutsche Demontageproblem einer Nachprüfung im Sinne einer Berücksichtigung der deutschen Wünsche zu unterziehen. Ich glaube, wenn auch mit aller Vorsicht, sagen zu können, daß man die Hoffnung hegen darf, daß dies in Washington geschieht.
(*Bravo! in der Mitte und rechts.*) …<<
In den Jahren 1945-49 mußten die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21,3 Milliarden Reichsmark und Deutsche Mark zahlen. Im gleichen Zeitraum waren in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2,3 Milliarden Reichsmark und Deutsche Mark für ehemalige verschleppte ausländische Zwangsarbeiter aufzubringen (x111/79-80).
Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung
DAß während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind
UND DAß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...
SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**
Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene. ...
So vor allem an Israel 3 Milliarden Deutsche Mark, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden Deutsche Mark nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.
Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. -
Insgesamt betrugen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden Deutsche Mark; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<
Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.
Die deutsche Bundesregierung übernahm als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden Deutsche Mark als Vorkriegsschulden und bestätigte 6,9 Milliarden Deutsche Mark als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden Deutsche Mark Nachkriegsschulden wurden erlassen (x089/313).
Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).
Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtete später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg.
In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".
Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.
Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen.
Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten". ...
Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern". ...<<
Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklärten sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/368): >>... Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen Reparationsleistungen der SBZ in Höhe von: 69,95 Milliarden Deutsche Mark.
In diesem Betrag sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.
Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 Deutsche Mark je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mitteldeutschen Spezialisten": >>**Atom-Spezialisten kehren heim**
Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.
Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und über 3.000 Optikspezialisten mußte er für die Sowjets arbeiten.<<
Die SED-Regierung lehnte am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jegli-

cher Form ab.
Was die Sowjets, Nordamerikaner, Briten und Franzosen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als sog. Reparationen aus Ost-, Mittel- und Westdeutschland herauspreßten und raubten, übertraf fast die menschliche Vorstellungskraft. Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten allein die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).
Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/-24).
Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214): >>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.
18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.
Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte, wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...
Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden - von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet - immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...
Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<
In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertrat die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es sich hier um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 handeln würde (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fällen**
Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an
Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkriegs ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt. ...
Moskau enthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin

Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.
Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.
Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.
Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.
Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden. ...
Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."
Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.
Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. ...
Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".
Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Mitteldeutschen sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727,2 Milliarden Mark. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1991: >>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**
Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...
Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Oktober 1995 über griechische

Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg: >>**Athen will Reparationen**

... Bei den ausstehenden Reparationen handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Auf der Pariser Konferenz der Siegermächte wurden die griechischen Forderungen 1946 auf 7,5 Milliarden Dollar festgesetzt. Hinzu kommt die Rückzahlung einer vom Deutschen Reich bei der Bank von Griechenland aufgenommenen Zwangsanleihe von umgerechnet 135,8 Millionen Dollar. Welche Beträge sich daraus heute unter Anrechnung von Zinsen und Wechselkursveränderungen ergeben, ist strittig. Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.

In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmans Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-127): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenübersieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams, Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden, brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>**Es geht auch um viel Geld**

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen - soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington. ...
Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.
Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und - wo möglich - den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...
Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben - im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts.
Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".
Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung.
Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...
Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."
Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...
Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."
Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."
Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 1999: >>**NS-Opfer rechnen auf**
Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 1999: >>**USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter**
Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.
Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1999: >>**Geklagt wird, wo was zu holen ist**

Die Anwälte der Zwangsarbeiter - raffgierige Experten der "Sammelklagenindustrie"?

8 Milliarden Mark wollen die deutsche Industrie und die Bundesregierung zur Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter der Nazi-Zeit bereitstellen. Als "schäbiges Almosen" haben amerikanische Anwälte das deutsche Angebot zurückgewiesen. Wer sind diese Anwälte, für wen sprechen sie, was treibt sie um?

Die bekanntesten heißen Michael Hausfeld, Melvyn Weiss und Ed Fagan. Sie sind nicht gut aufeinander zu sprechen. Sie sind Konkurrenten. Jeder macht für sich geltend, als erster den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen als Rechtfertigung von Sammelklagen vor US-amerikanischen Gerichten entdeckt zu haben. Das kam der Entdeckung einer Goldader gleich, schrieb der Journalist David Rohde in der "New York Times". Inzwischen haben Hausfeld, Weiss und Fagan eine zügig wachsende Zahl von Nachahmern gefunden.

Sammelklagen zu erheben, im Namen einer zunächst unbekannten Anzahl potentiell Geschädigter, gegen Unternehmen, die gut verdienen und auf ihr Image bedacht sein müssen, ist der mit Abstand profitabelste Zweig des profitablen amerikanischen Rechtswesens. Geklagt wird, wo etwas zu holen ist. Vorgestern bei Asbest, gestern bei Tabakkonzernen und schweizerischen Banken, heute bei der Waffenindustrie und deutschen Unternehmen mit dunkler Vergangenheit. ...

Sammelklagen ... können eine Form legalisierter Erpressung sein. Das Magazin "Fortune" schrieb: "Die Anwälte der Kläger sind nicht an Beweisen interessiert, sondern nur an Zahlen." Walter Olson vom "Manhattan Institut" spricht von der Existenz einer "Sammelklagenindustrie".

Deren Existenz hat dazu beigetragen, daß die Berufsgruppe der Anwälte in den USA Umfragen zufolge einen noch schlechteren Ruf hat als die der Journalisten. Noch negativer bewertet werden nur Versicherungsagenten und Autoverkäufer. ...

Die Opfer spielen in den Sammelklagen zumeist eine untergeordnete Rolle und werden selten reich. Sie werden aber gebraucht, um in Pressekonferenzen oder, sollte es zum Verfahren kommen, vor einer leicht zu beeindruckenden Laienjury ihr hartes Schicksal möglichst eindrucksvoll zu schildern. Zur Vorbereitung heuern geschickte Anwälte erfahrene PR-Berater und Schauspieler an. ...

Die Anwälte arbeiten auf der Basis einer Gewinnbeteiligung. Üblich sind rund 20 bis 40 %. ...

Anwälte finanzierten auch jene großformatigen Anzeigen, die im Namen renommierter jüdisch-amerikanischer Organisationen pünktlich zum Zeitpunkt der vorletzten Verhandlungsrunde in der "New York Times" erschienen. Sie prangerten BASF, Bayer, BMW, VW und andere an, an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern "Billionen" verdient zu haben und ihre Opfer jetzt, und nur unter dem Druck der Klagen, "mit Pennys" abspeisen zu wollen. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Anzeigen stark beachtet. Fagan und Co. beherrschten die Klaviatur der Public Relations.

... Konkurrenten behaupten, Fagan habe seine Mandanten Verträge unterschreiben lassen, denen zufolge ihm 25 Prozent der ausgehandelten Entschädigungssumme zustünden.

Weiss und Hausfeld haben gegenüber Journalisten mehrfach behauptet, in diesem Fall auf Honorare zu verzichten. Bei anderen Gelegenheiten sprachen sie von "zwei bis drei" oder fünf Prozent. Zwei Prozent von den angebotenen acht Milliarden Mark wären 160 Millionen Mark. Fagan rät, Anwälten nicht zu glauben, die behaupten, umsonst tätig zu werden. Er kenne seine Kollegen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Dezember 1999: >>**Schröder**

und Clinton einig über Entschädigung
... Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:
"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...
Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.
Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden. Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1999: >>**Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"**
Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen
... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.
Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören.
Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnen sollte.
... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen.
Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...
Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerechtigkeit bringen wird".
Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.
Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.
In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter

erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."
Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 1999: >>**Entschädigung ist besiegelt - Rau bittet Opfer um Vergebung**
... Bundespräsident Johannes Rau bat die Opfer um Vergebung: "Ihre Leiden werden wir nicht vergessen." ...
Vor mehr als 100 Verhandlungsteilnehmern gab Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals offiziell die deutsche Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark bekannt, die jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft aufgebracht werden soll. Den hochbetagten NS-Opfern werde ermöglicht, am Ende ihres Lebens Genugtuung zu erfahren, sagte Schröder. Er bezeichnete die Entschädigung als "kleinen Beitrag" zur Milderung des Leides von einst. ...
Der amerikanische Unterhändler Stuart Eizenstat versicherte im Gegenzug zur Entschädigungsverpflichtung werde seine Regierung dafür sorgen, daß alle in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen deutsche Firmen eingestellt würden.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 13. Januar 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Elegant verschleiert**
Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.
Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg? …
Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.
Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt. …
Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.
Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?
Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam

schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.
Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können. …<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juli 2000: >>**Deutsche als Zwangsarbeiter**
Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, CDU, hat die Bundesregierung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Januar 2001 (x887/...): >>**Objekte kriegerischer Begierde**
Westalliierte verletzten auch Haager Landkriegsordnung
Erst nach dem Sieg über den Gegner wird deutlich, warum Krieg geführt wurde
Wenn in Deutschland von Kunstraub und Beutekunst die Rede ist, spät genug kam dieses Thema auf's Tapet, war es noch jahrzehntelang von der politischen Klasse mit einem Tabu belegt - Dann klingt das Signalglöcklein: UdSSR; staatlich organisierter Kunstraub durch Trophäenbrigaden; Hunderte, ja Tausende von deutschen Gemälden, Zeichnungen, Kupferstichen, Museumsobjekten, Archivalien, Akten in russischen Kellern, meist unsachgemäß gelagert, dem Verfall preisgegeben, aber auch Nachlässe deutscher Dichter von Polen geraubt, historische Dokumente, deutsche Kunstwerke in Krakau.
Alles das hatten sich die damalige Sowjetunion und die Volksrepublik Polen völkerrechtswidrig angeeignet. Sie geben es bis heute nicht heraus, obgleich sie sich nach der Wende vertraglich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet hatten. …
Bisher glaubte man, nur die Sowjetunion und Polen hätten systematisch und von Staats wegen deutsche Kulturgüter geraubt. Die US-Amerikaner, die Briten und die Franzosen hingegen haben sich zurückgehalten. Zwar haben, was allgemein bekannt ist, einzelne Soldaten und Offiziere, ja, sogar nicht wenige Generäle der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Deutschland Kunstgegenstände und andere Preziosen gestohlen, doch galt und gilt solche Handlung als Diebstahl und wird auch geahndet, wenn man den Tätern auf die Spur kommt.
Sollte die Entlastung der westlichen Siegerstaaten ein Märchen gewesen sein? Sollten die Amerikaner und mit ihnen andere Staaten Europas in Wahrheit bis heute streng getarnte Raubzüge unternommen haben, um deutsche Kulturgüter als Reparationsleistungen zu konfiszieren, was nach internationalem Völkerrecht strikt verboten ist?
In Deutschland findet man darüber kaum Veröffentlichungen. Da weht der Zufall eine britische Fachzeitschrift … mit der Nummer 2/1998 auf den Schreibtisch, und man findet darin einen ausführlich und wohldokumentierten Beitrag des Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Dr. Klaus Goldmann, aus dessen Feder schon manches Buch und mancher Sachkundige Aufsatz über Kunstraub stammt …
Darin meldet der renommierte Wissenschaftler begründete Zweifel an der Behauptung an, daß Tausende von hochrangigen Ausstellungsstücken der Berliner Museen und Hunderte von Kunstwerken Berliner Galerien tatsächlich den Kriegsereignissen zum Opfer gefallen sind. Er meint, zahlreiche Indizien dafür zu haben, daß sie sich "in der westlichen Hemisphäre" befinden, wie er sich zurückhaltend ausdrückt. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 20. Januar 2001 (x887/...): >>**Über**

Amerikaner spricht man nicht

Auch Westalliierte verletzten Haager Landkriegsordnung

Von den 3.500 archäologischen Fundstücken aus dem Museum für Vor- und Frühgeschichte, unersetzliche Dokumente der europäischen Geschichte, fanden die Sowjets in Kisten 1.500 im Flak-Turm, darunter der "Schatz von Troja", den Schliemann gefunden hatte und der heute in Rußland als "Beute" auf seine Rückkehr nach Deutschland wartet. Wo sind die übrigen 2.000 Objekte?

Die Skulpturen-Galerie vermittelte einen Überblick über die Bildhauerkunst vom 9. bis zum 19. Jahrhundert. Ein Teil davon ist tatsächlich, da nachweislich im Flak-Bunker, verbrannt, ein Teil wurde von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben. Die wichtigsten Skulpturen aber fehlen.

Die von Klaus Goldmann, Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, angeführten Verluste sind nur einige Beispiele aus der riesigen Anzahl von vermißten deutschen Kulturgütern. Die deutschen Museumsdirektoren haben sich bisher damit begnügt zu erklären, diese Objekte seien dem Krieg zum Opfer gefallen, wobei manche durchaus wissen dürften, daß das keineswegs für alle verschwundenen Stücke gilt.

Man weiß sehr wohl in Fachkreisen, in welchem Land man nach ihnen suchen müßte. Nur gilt es als politisch unkorrekt, gegenüber unseren Freunden in den USA solche Feststellungen öffentlich zu treffen. Die Reaktionen sind also ähnlich wie in der Zeit vor der Wende in der DDR, als es auch niemand wagen konnte, öffentlich zu erklären, welche immensen Kunstschätze von der UdSSR in Deutschland geraubt worden sind.

Während in der DDR tatsächlich ein Enthüller Leib und Leben, mindestens aber seine Existenz riskiert hätte, wäre ein altbundesrepublikanischer Museumsfachmann, der auf die USA als wahrscheinlichen Kunsträuber hinweist, zwar einem politischen Druck ausgesetzt, doch brauchte er nicht zu befürchten, seine berufliche Position zu verlieren oder Schlimmeres zu gewärtigen. Trotzdem hält man lieber den Mund. Und eine Arbeit wie die hier referierte des Dr. Goldmann muß im Ausland erscheinen! …

In seiner Eröffnungsrede am 8. Februar 1946 vor dem internationalen Militärtribunal von Nürnberg sagte der sowjetische Hauptankläger, daß nach Artikel 56 der Haager Landkriegsordnung von 1907 "jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung ... von Werken der Kunst und Wissenschaft" verboten sei und "geahndet werden" solle. Allerdings beschuldigte er zusammen mit seinem alliierten Kollegen nur Deutschland der Verstöße gegen diese Vorschrift. Zur selben Zeit raubten, wie jetzt bekannt geworden ist, nicht nur Stalins Armeen systematisch deutsche "Werke der Kunst und Wissenschaft".

Als im Mai 1945 die deutschen Streitkräfte kapitulierten, begann eine lebhafte Diskussion vor allem in den Vereinigten Staaten, ob man tatsächlich auf das Eigentum von Museen und von Privatleuten zum Zwecke der Reparationen zurückgreifen sollte.

Am 6.11.1945 traf in Verfolgung des Planes, Kunstwerke als Reparationsgüter zu beschlagnahmen, aus Washington beim Direktor der amerikanischen Sammelstelle für deutsche Kunstwerke und Wissenschaft in Wiesbaden, Capt. Walter Ings Farmer, der Befehl ein, unverzüglich 202 alte Meisterwerke aus dem Berliner Kaiser-Friedrich-Museum zusammenzupacken und in die USA zu schaffen, um sie "sicherzustellen".

Diese Gemälde gelangten tatsächlich in die USA, zunächst mit der klaren Zweckbestimmung, daß die USA sie sich aneignen wollten. Als das in der Öffentlichkeit bekannt wurde, behauptete man, es handele sich bei den Gemälden um "Nazi-Raubgut". Da aber wandten sich die meisten der in Europa eingesetzten amerikanischen Kunstschutzoffiziere in einem offenen Brief an die amerikanische Regierung, sich nicht des völkerrechtswidrigen Kunstraubes schuldig zu machen. Ihnen schlossen sich US-Politiker an, so daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den USA einige Jahre später alle Gemälde an Deutschland zurückgegeben

wurden, nachdem sie in mehreren Städten in den Vereinigten Staaten ausgestellt worden waren.
Während des Krieges wie auch in den ersten Jahren nach Kriegsschluß beteiligten sich alle Siegermächte ernsthaft an den Verhandlungen über die Frage, ob man Kunstwerke und andere wertvolle Objekte der Kultur den Deutschen wegnehmen sollte als Kompensation für eigene Kriegsverluste an Kulturgütern, wobei sich die Frage aufdrängt, für welche Verluste die USA sich "entschädigen" wollten. Das Thema blieb auf der Tagesordnung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland. Allerdings kam es zu keiner Einigung der Alliierten über die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt und umgesetzt werden sollte.
Goldmann schließt seinen umfangreichen, in englischer Sprache gehaltenen Beitrag in einer britischen Fachzeitschrift mit den Sätzen: "Alles in allem erscheint es dem Autor dieses Aufsatzes außerordentlich bemerkenswert, daß die meisten dieser 'kulturellen Ziele' - gemeint sind die Kunstwerke, die als geplante Beute der Sieger auf den Restitutionslisten standen, die schon vor Abschluß des Krieges von allen Seiten auf Listen erfaßt worden waren, sofort in verschiedenen Kanälen verschwanden.
Diese verschiedenen Wiedergutmachungskanäle sind geheim geblieben bis heute. Das bemerkenswerte Verschwinden und das Schicksal dieser in den meisten Fällen ebenso einmaligen wie kostbaren Werke ist ein Mysterium. Wer aber hält den Schlüssel zu den Schatzkammern in der Hand, die am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg bis unter das Dach gefüllt worden sind?"
Goldmann läßt durchblicken, daß die von ihm gefundenen Dokumente, daß Zeitungsberichte und daß Zeugenaussagen den begründeten Schluß zulassen, daß sofort nach dem Kriege US-Sondereinheiten die im Deutschen Reich vorhanden gewesenen kompletten Verzeichnisse der ausgelagerten Kunstwerke manipuliert haben. Dabei konnten sie der Hilfe von Direktorialbeamten der Berliner Museen sicher sein; gemeinsam veränderte man Bestandslisten, um zu verhindern, daß mit Hilfe der Unterlagen die Sowjets sich der Kunstwerke usw. bemächtigten. Dabei dachten die Berliner Verantwortlichen, daß die Kunstwerke in amerikanischer Hand sicher wären.
Als sie jedoch nach Übernahme durch die amerikanischen Truppen verschwanden, erklärten die amerikanischen Stellen, sie seinen verbrannt oder zerstört. Dazu Goldmann: "Damit aber waren die Objekte tot, und forthin suchte niemand mehr, auch nicht in amerikanischen Museumsmagazinen, wo sie erst nach hundert Jahren von 1945 an gerechnet gezeigt werden dürfen."
1985 brachte das Fernseh-Magazin "Report" einen Bericht über nach dem Krieg illegal in die USA verbrachten deutschen Kunstschätze. Reporter hatten einige der angeblich am Kriegsende vernichteten Kunstwerke in amerikanischen Museen ausfindig gemacht. Im Bundestag stellte daraufhin die SPD-Abgeordnete Konstanze Wegner die Frage an die damalige Bundesregierung, welche Bemühungen sie unternommen habe, um diese auf völkerrechtswidrige Weise in die USA gelangten Kunstwerke nach Deutschland zurückzuholen.
Der Staatsminister Hoyer antwortete ausweichend und behauptete, die Fernsehsendung sei "einseitig, verkürzt und lückenhaft" gewesen. Er vertrat die Ansicht, die US-Regierung habe zu keinem Zeitpunkt "völkerrechtswidrige Beutepolitik" in Deutschland verfolgt. Goldmann kommentiert: "Diese Feststellung scheint nach den hier dargestellten Zusammenhängen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten zu entsprechen."
Es dürfte an der Zeit sein, die Bundesregierung zu fragen, was sie zu unternehmen gedenkt, um die völkerrechtswidrig auch in die USA gelangten deutschen Kulturgüter zurückzubekommen.<<
Der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl schrieb am 9. Juni 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**"Nicht aufrechnen, aber erinnern!"**
Der Weg für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist nun frei. Nachdem die Sam-

melklagen in den USA abgewiesen wurden und die Frage der Rechtssicherheit im Bundestag - mit der Feststellung ausreichender Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen am 30. Mai 2001 - geklärt wurde, kommt das Stiftungsgesetz in Gestalt von Auszahlungen zur Anwendung.
Zu Recht trägt die Stiftung den Titel "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft", denn ohne Erinnerung und Übernahme der Verantwortung für das Geschehene kann es keine gedeihliche Zukunft geben, kein friedliches Miteinander unter Nachbarn. Wir beweisen durch sie erneut unsere Verantwortung vor der historischen Wahrheit. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft wollen mit dieser Stiftung die bereits geleisteten Wiedergutmachungszahlungen noch einmal ergänzen, um dadurch ein Zeichen der Versöhnung zu setzen.
Das Wachhalten der Erinnerung an das vergangene Leid darf aber auch nicht dazu führen, daß das Erinnern zur alleinigen Verpflichtung der Deutschen wird. Die richtige Erinnerung darf nicht bei unserer schonungslosen Aufdeckung von Verbrechen durch die Nazi-Herrschaft stehenbleiben:
- Der Verbrechen der Deutschen wird gedacht.
- Aber die Verbrechen an Deutschen werden ausgeblendet.
Ohne jede Aufrechnungsabsicht muß festgestellt werden: Das Unrecht des Naziregimes hat letztlich auch das Unrecht an vielen Deutschen ausgelöst. Aber ein Unrecht kann das andere Unrecht niemals rechtfertigen. Es kann kein Aufrechnen geben. Weder für uns noch für andere. Erinnern kann nicht teilbar sein!
Es darf zu keiner ewigen Stigmatisierung der Deutschen kommen. Sonst bedeutete das: Deutsche dürfen ihre Verbrechen nicht aufrechnen. Wohl aber dürfen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, mit dem NS-Unrecht aufgewogen werden.
Der jüdische Deutsche Hans-Georg Adler, der während des Zweiten Weltkriegs in Theresienstadt inhaftiert war, schilderte die Verhältnisse im ehemaligen KZ im Jahre 1946, also nach Kriegsende, so: "Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich in den Besatzungsjahren manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren.
Nur weil sie Deutsche waren? Der Satz klingt erschreckend bekannt; man hatte bloß das Wort Juden mit Deutsche vertauscht. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war."
Wir müssen auch an das Folgende erinnern: In einem von 1.255 polnischen Arbeits- und Deportationslagern kamen beispielsweise von 8.064 Insassen 6.488 ums Leben. Darunter waren auch 628 Kinder, die wirklich nichts für Hitlers Herrschaft konnten. Viele der Zwangsarbeiter ließ man verhungern, prügelte man zu Tode oder erschoß sie. Wer nicht arbeiten konnte, wurde ermordet.
Wir müssen auch daran erinnern: In der Tschechoslowakei gab es 2.061 Arbeits-, Straf- und Internierungslager, in Jugoslawien 1.562. In Jugoslawien wurde zwischen Arbeitslagern und Lagern für Arbeitsunfähige unterschieden. In diesen letzteren Lagern wurden die Menschen systematisch vernichtet. Im größten jugoslawischen Vernichtungslager, Rudolfsgnad, sind von 33.000 deutschen Insassen 9.503 umgebracht worden, darunter 491 Kinder unter 14 Jahren.
Wir müssen auch erinnern an die 700.000 deutschen Zivilisten darunter viele Frauen und Kinder, die nach 1945 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden. Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen mußten sich völkerrechtswidrig in Sibirien bis Mitte der 50er Jahre zu Tode schuften.
Weit über zwei Millionen Deutsche sind nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch Vertreibung, Internierung und Zwangsarbeit zu Tode gekommen.
Alles dies geschah übrigens in demselben Zeitraum, als in den Nürnberger Prozessen gegen

Nazi-Größen Todesurteile wegen Deportation, Zwangsarbeit und Vernichtung ausgesprochen wurden.
Verantwortung beginnt mit der Wahrhaftigkeit, und sie endet mit ihr. Ob Christ, ob Jude oder Atheist, ob Pole, Russe oder Deutscher: Was man ihnen in den Arbeitslagern des Zweiten Weltkriegs und danach antat, waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Der englische Berichterstatter Bashford schrieb bereits im Sommer 1945 an das englische Außenamt: "Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. ... In Swientochlowice in Oberschlesien müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals im kalten Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."
In einem Bericht an den amerikanischen Senat vom 28. August 1945 heißt es: "Man hätte erwarten dürfen, daß nach der Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals wieder derartiges geschehen würde; das aber scheint leider nicht so zu sein."
Der Philosoph Bertrand Russell schrieb am 19. Oktober 1945 an die Londoner "Times": "In Osteuropa ... hat man ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert."
So wie das Erinnern unteilbar und Leid nicht teilbar ist, so ist auch die Verantwortung für Verbrechen nicht teilbar. Willy Brandt kniete in Auschwitz. Roman Herzog bat im Warschauer Ghetto um Vergebung. Deutsche haben sich zu Recht für deutsche Untaten immer wieder entschuldigt und um Vergebung gebeten. Wir vermissen aber, daß auch die Gegner von einst sich ihrer Verantwortung stellen. Eine wahre Aussöhnung kann es aber nicht geben, wenn das Leid des einen anerkannt und das des anderen geleugnet wird.
Wer sich nicht erinnert und damit die eigene Verantwortung leugnet, der sät die Blumen des Bösen: Auf dieser Saat der Selbstgerechtigkeit blüht keine Zukunft und gedeiht keine gute Nachbarschaft in Europa.
In unserer Fraktionserklärung zur Abstimmung im Juli des vergangenen Jahres forderten wir diejenigen Staaten auf, "die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Deutsche verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen haben, den noch lebenden deutschen Opfern eine der deutschen Regelung zur Zwangsarbeiterfrage entsprechende Entschädigung in Form einer humanitären Geste zu gewähren".
Wer dies verweigert, mit der Begründung, daß das deutsche Leid auf das Konto der Nazis gehe, vergißt zweierlei: Zum einen war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Zum anderen wurden diese Verbrechen an zumeist unschuldigen Zivilisten begangen. Wir wollen nur, daß die Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit für alle Menschen, d.h. auch für Deutsche, gelten.
Die Geschichte kennt keinen Schlußstrich: Verantwortung für die Zukunft bedeutet deshalb, daß wir die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus fortführen werden. Wohl aber muß es für die Menschen in diesem Lande die Gewißheit geben, daß die materiellen Wiedergutmachungsleistungen irgendwann ein Ende nehmen. Denn über 70 Prozent aller heute lebenden Deutschen sind nach 1945 geboren.
Erinnerung, Verantwortung, Zukunft - dieser Titel der Stiftung ist Ausdruck des deutschen Bemühens um Versöhnung und materiellen Ausgleich für das von deutscher Seite verursachte Leid. Über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs muß es aber auch für Deutsche eine historische Gerechtigkeit geben. Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als diese Gerechtigkeit. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...):
>>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen
Vieles wissen die Zeitgenossen über Deutschland zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung und die junge Bundesrepublik - vor allem alles über deren dunkle Seiten. Daß aber zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der Gründung der BRD sowie der DDR die Deutschen vier Jahre lang unter der Herrschaft von Militärregierungen der Sieger leben mußten, das ist weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt.
Kaum jemand weiß über die damaligen Lebensverhältnisse der Besiegten und über das Verhalten der Sieger Konkretes.
... Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Reste der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.
Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschätze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.
Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangene den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.
Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu entwaffneten feindlichen Streitkräften erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.
So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>**"Versteinertes Besatzungsrecht"**
Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"
Dr. phil. Bruno Bandulet promovierte über Adenauers Außenpolitik, arbeitete in der CSU-Landesleitung als Referent für Deutschland- und Ostpolitik, war Autor von "Zeitbühne" und "Transatlantik", Chef vom Dienst der Tageszeitung "Die Welt" und Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten "Quick".
1995 gründete er den politischen Hintergrunddienst "Deutschlandbrief", der seit 2009 als monatliche Kolumne im libertären Magazin "Eigentümlich frei" erscheint. Bandulet ist Mitglied der Friedrich A. von Hayek Gesellschaft und hat soeben im Kopp-Verlag ein Aufsehen erregendes Buch mit dem aufschlußreichen Titel "Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945" herausgebracht. Bernd Kallina sprach mit ihm über wichtige Thesen seiner Neuerscheinung.
PAZ: Herr Bandulet, in Ihrer jüngsten Veröffentlichung "Beuteland" greifen Sie so ziemlich alle politisch korrekten Sichtweisen zur deutschen Nachkriegsgeschichte an. Gefallen Sie sich

in der Rolle des unerschrockenen Provokateurs?
Bruno Bandulet: Wenn sich jemand provoziert fühlt, bitte sehr. Das habe ich einkalkuliert. Das Berufsethos eines Historikers kann doch nur darin bestehen, den Dingen auf den Grund zu gehen und sie so zu schildern, wie sie sich zugetragen haben. Daß die politische Klasse und die tonangebenden Medien sich in einem Geschichtsbild eingerichtet haben, das mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat, ist deren Problem.
Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Der Herausgeber der Tageszeitung "Handelsblatt" schrieb in einem Kommentar, 1945 seien die Ostdeutschen aus den "zuvor von ihnen besetzten Gebieten" geflohen. Ich habe ihn schriftlich um Antwort gebeten, welche Gebiete er damit meinte - keine Antwort bis heute. Vermutlich läßt er noch recherchieren, zu welchem Staatsgebiet Ostpreußen und Schlesien gehört haben.
PAZ: Auch widersprechen Sie der pauschalen These von der Befreiung Deutschlands 1945 und verweisen auf eine offiziell kaum bekannte US-Direktive JCS 1067. Was besagt denn diese ominöse Direktive?
Bandulet: Weder hat sich die Mehrheit der Deutschen befreit gefühlt, wie wir von vielen Zeitzeugen wissen, noch wollten die Siegermächte Deutschland befreien. Die These von der Befreiung verträgt sich ja auch schlecht mit der These von der Kollektivschuld. Nein, sie wollten das Land erobern. Auch Konrad Adenauer spricht in seinen Erinnerungen nicht von Befreiung, sondern von Besetzung.
Die von Präsident Franklin D. Roosevelt am 23. März 1945 unterschriebene Direktive 1067 der Joint Chiefs of Staff, der Vereinten Stabschefs, legt in allen Einzelheiten die künftige amerikanische Besatzungspolitik fest. Sie galt bis zum Sommer 1947. In Paragraph 4 der Direktive heißt es: "Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung besetzt werden, sondern als besiegte Feindnation." Und in Paragraph 5 wurde untersagt, den Wiederaufbau der Wirtschaft in die Wege zu leiten.
PAZ: Führte das etwa dazu, daß der berüchtigte Morgenthauplan, der Deutschland ursprünglich in eine Wüste verwandeln sollte, keineswegs schon im Sommer 1945 begraben wurde, wie Sie behaupten?
Bandulet: Der genozidale Morgenthau-Plan wurde zwar nicht eins zu eins umgesetzt, ging aber in abgeschwächter Form in die Besatzungsdirektive JCS 1067 ein. Als diese am 10. Mai 1945 auch vom neuen amerikanischen Präsidenten Truman unterzeichnet wurde, sprach Henry Morgenthau von einem "großen Tag". Er hoffe, fügte er hinzu, daß nicht jemand die Direktive "als den Morgenthau-Plan wiedererkenne". Tatsächlich war der barbarische Plan in den USA nicht unumstritten. Aber erst im Juli 1947 wurden die "Morgenthau-Boys", die Beamten aus dem Finanzministerium, die über die Durchsetzung von JCS 1067 wachen sollten, aus Deutschland abgezogen. Der Bruch mit Stalin und der heraufziehende Ost-West-Konflikt waren es, die Deutschland retteten.
Preußische Allgemeine Zeitung: Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?
Bandulet: Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde.
Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

Preußische Allgemeine Zeitung: Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?
Bandulet: Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen.
Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt. Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**
Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere
Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zerschlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands seit 1945" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervorgetan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.
"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiere sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.
Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. Daß der Marshallplan Ursache des Wirtschaftswunders gewesen sei, wird bis heute behauptet. Bandulet verweist dies ins Reich der Fabel. Es sei nach Kriegsende nicht im Sinne der Besatzer gewesen, aus Deutschland ein wirtschaftlich florierendes Land zu machen.
Der Durchschnittsbürger ist nicht reich
Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag. Die Nettozahlungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. Die Rechnung für die Aufnahme von Afrikanern und Arabern ist nach oben hin offen: Bisher fehle es an seriösen Kalkulationen, was die Flüchtlingskrise kosten werde.
Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren sind rund 60 Prozent der deutschen Staatseinnahmen an die Besatzer abgetreten worden. Neben dem Staatsvermögen wurde auch Privatvermögen im In- und Ausland konfisziert. Es floß nicht nur Geld, auch Waren wurden transferiert. Reparationen, die einem unterlegenen Staat auferlegt werden, stehen im Einklang mit dem Völkerrecht. Die Enteignung privater Sachvermögen und Guthaben ist dagegen schlicht und ergreifend Diebstahl, macht Bandulet bewußt.
Im Laufe der Jahrzehnte habe sich das System der Transferleistungen verändert. Der Zwang der unmittelbaren Nachkriegszeit sei einem Prinzip der Freiwilligkeit gefolgt. Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". …<<

Entnazifizierung und Umerziehung in Mittel- und Westdeutschland

> In jedem Wunsch schlummert die Enttäuschung seiner Erfüllung.
> *Nikolaus von Kues (1401-1464, deutscher Theologe)*

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen.
Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.
Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und umerzogen.
Die Außenminister Eden - Großbritannien -, Hull - USA - und Molotow - UdSSR, beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Während der "Moskauer Konferenz" vereinbarten sie bereits die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher.
In der Schlußerklärung der "Moskauer Konferenz" hieß es (x106/291): >>... Sobald irgendeiner in Deutschland gebildeten Regierung ein Waffenstillstand gewährt werden wird, werden jene deutschen Offiziere, Soldaten und Mitglieder der Nazipartei, die für die ... Grausamkeiten, Massaker und Exekutionen verantwortlich gewesen sind oder an ihnen zustimmend teilgehabt haben, nach den Ländern zurückgeschickt werden, in denen ihre abscheulichen Taten ausgeführt wurden, um gemäß den Gesetzen dieser befreiten Länder ... vor Gericht gestellt und bestraft zu werden.<<
Die "New York Times" forderte im Oktober 1944 drastische Entnazifizierungsmaßnahmen (x114/2.133): >>... Schuld und damit Verantwortung für Nazismus und Militarismus haben alle Deutschen.<<
Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus bzw. die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" ein.
Theodor W. Adorno (eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe und Musiktheoretiker, prägte später die 68er-Bewegung), schrieb am 1. Mai 1945 über die Situation in Deutschland (x354/8): >>… Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.<<
Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.
US-Präsident Truman genehmigte am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wurde.

Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete wie folgt (x156/30): >>… a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<
US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067 (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenze Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchtsmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...
Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...
(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<
Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.
NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten wurden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen waren viele Jugendliche - vermeintliche "Werwolf-Angehörige".
NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 außerdem in Berlin-Hohenschönhausen das "Speziallager Nr. 4" ein. Hier wurden durchschnittlich ca. 2.000 Berliner Häftlinge interniert (x126/163).
US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten würde.
Am 22. Mai 1945 trat in Westdeutschland die US-Direktive Nr. 1 in Kraft (x111/25): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.
Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<
Im Mai 1945 errichteten NKWD-Einheiten im Dorf Weesow - nordöstlich von Berlin - ein sowjetisches Internierungslager. Das Internierungslager Weesow wurde danach überwiegend als Durchgangslager genutzt (x126/168).

NKWD-Einheiten richteten danach Ende Mai 1945 in der ehemaligen Landesstrafanstalt Bautzen das "Speziallager Nr. 3" ein. Die deutschen Häftlinge kamen hauptsächlich aus den sowjetischen Internierungslagern Mühlberg, Torgau und dem NKWD-Gefängnis Magdeburg (x126/182).
In London begann am 1. Juni 1945 eine internationale Konferenz mit Teilnehmern aus 16 Nationen, um eine Kriegsverbrecherliste zu erstellen.
Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnte im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<
Eine US-Informationsschrift berichtete im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93): >>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.
So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Menschen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.
Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!
Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trippeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.
Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren.
Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.
... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda geworden. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Experte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will.
Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...
Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die nachhaltigen Wirkungen der Propaganda-Meldungen des sowjetischen Chefhetzers Ilja Ehrenburg (x046/184-185):

>>... Wir wissen heute, daß die Meldungen über Greueltaten der Nationalsozialisten in der westlichen Welt wohl Eingang gefunden haben, dort aber nicht ohne weiteres geglaubt wurden. …
Für die sowjetische Propaganda, der es darum zu tun war, von den eigenen Untaten abzulenken, ergab sich in dieser Hinsicht ein reiches Betätigungsfeld. Ehrenburg, wie erwähnt, war frühzeitig mit der Aufgabe betraut worden, die Öffentlichkeit in den USA und in Großbritannien den sowjetischen Einflüsterungen geneigt zu machen. Als prominenter sowjetischer Jude erschien er auch besonders prädestiniert, um als Bindeglied der Sowjetunion zu den so einflußreichen Juden in den USA zu fungieren. ...
In seinen Erinnerungen berichtet er, er habe im Sommer 1943 den Auftrag erhalten, "an die amerikanischen Juden ein Schreiben über die Bestialitäten der deutschen Faschisten" zu richten, um die "dringende Notwendigkeit" einer baldigen Zerschlagung Deutschlands, das heißt - darum ging es konkret - einer baldigen Eröffnung der zweiten Front zu unterstreichen.
In eben diesen Lebenserinnerungen versuchte Ehrenburg seine Haßorgien gegen die Deutschen mit folgendem Argument zu begründen: "Ich bekam Seife in die Hände, die aus den Leichen jüdischer Füsilierter hergestellt worden war. 'Rein jüdische Seife' war darauf gestempelt." Und dann ganz beiläufig: "Doch wozu daran erinnern. Tausende von Büchern sind darüber geschrieben worden." …
Diese bis in unsere Tage hinein kolportierte und geglaubte sowjetische Propagandabehauptung entbehrt jedoch jeder Grundlage, und selbst das israelitische Dokumentationszentrum Yad Vashem in Jerusalem sah sich im Jahre 1990 zu einem Dementi veranlaßt, indem es erklärte: "Es gibt kein Dokument, das beweist, daß die Nazis aus menschlichem Fett Seife gemacht hätten." Der Fall beweist nur, wie langlebig Legenden sein können und mit welcher Vorsicht Beschuldigungen aufzunehmen sind, die ihren Ursprung in den trüben Quellen sowjetischer Propaganda und zumal in den Schreibereien von Ilja Ehrenburg finden. ...<<
Bischof Clemens August Graf von Galen erklärte am 1. Juli 1945 vor katholischen Pilgern (x268/44): >>... Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 11. Juni 2005) über den deutschen Bischof Clemens August Graf von Galen (x887/...): >>**"Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe"**
Vehement wandte sich der "Löwe von Münster" gegen die Kollektivschuldthese
Wenn man heute es so darstellt, als ob das ganze deutsche Volk und jeder von uns sich schuldig gemacht habe durch die Greueltaten, die von Mitgliedern unseres Volkes im Kriege begangen sind, dann ist das ungerecht. Wenn man sagt, das ganze deutsche Volk und jeder von uns sei mitschuldig an den Verbrechen, die in fremden Ländern und im deutschen Land, die vor allem in den Konzentrationslagern begangen sind, so ist das gegen viele von uns eine unwahre und ungerechte Beschuldigung ...
Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt ... Drum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greueltaten in den Konzentrationslagern!"
Solche Worte, heute gesprochen, würden dem Verfasser den Ruf eintragen, er gehöre in die rechte Ecke und damit zu den Unanständigen. Dabei steht der Kardinal Clemens August Graf von Galen heute in hohem Ansehen - weniger wegen der Ansichten, die er am 1. Juli 1945 in Telgte vertreten hat und nicht nur hier, sondern in den darauf folgenden Monaten immer wieder …
Daß er genau so mannhaft und ohne Rücksicht auf sein persönliches Schicksal Ungerechtig-

keiten, Grausamkeiten, Verbrechen der Sieger angeprangert hat, das ist heute weithin unbekannt. ...
Als die Plünderungen durch marodierende Fremdarbeiterbanden immer mehr zunehmen, mahnt von Galen den Chef der Militärregierung in Westfalen, daß die Sieger mit der Macht auch die Pflicht übernommen hätten, für die öffentliche Ordnung zu sorgen sowie Leben und Eigentum vor unnötiger Gewalttat, Zerstörung und Plünderung zu schützen. Er verlangt, die britische Besatzungsmacht solle nicht länger die Vergewaltigungen und Plünderungen der Fremdarbeiter dulden, und er kritisiert, daß auch amerikanische Soldaten "aus Übermut" plündern.
Einen Monat später schreibt er an den britischen Kommandanten: "Der Befehl Generals Eisenhowers, sich der Gewalttaten und Plünderungen zu enthalten, wird vielfach nicht beachtet. Fast täglich kommen an mich bittere Klagen aus verschiedenen Teilen des Bistums Münster über neue Gewalttaten, Morde, Ausschreitungen der freigelassenen Kriegsgefangenen und der Fremdarbeiter."
Am 1. Juli 1945 predigt der Bischof bei der Wallfahrt der Katholiken von Münster nach Telgte. Dabei beläßt er es nicht bei geistlichen Ermahnungen, sondern er beschäftigt sich wieder mit den Kollektivschuldvorwürfen gegen das deutsche Volk und mit den Gewalttaten umherziehender Banden von Fremdarbeitern.
"Darum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortliche für die Greueltaten in den Konzentrationslagern. Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertierten Wüstlingen vergewaltigt werden."
Daraufhin wird er zur britischen Militärregierung zitiert. Der britische Oberst wirft ihm vor, er habe mit solchen Sätzen die Militärregierung vor dem deutschen Volke herabgesetzt und das Vertrauen zu ihr untergraben. Dadurch sei die angestrebte Erziehung des deutschen Volkes in Frage gestellt. Bischof von Galen bleibt bei seiner Haltung, erklärt vier Tage später lediglich, daß ihm die englische Militärregierung erklärt habe, sie sei "weit davon entfernt, sich in ihren Maßnahmen von Haß oder Rachsucht leiten zu lassen".
Im August 1945 schreibt der Bischof an Papst Pius XII. und schildert ihm die verzweifelte Lage Deutschlands - von den Kollektivbeschuldigungen über den Bruch der Genfer Konvention gegenüber den deutschen kriegsgefangenen Soldaten, über "rücksichtslose Vertreibung der Deutschen Bevölkerung aus Heimat und Besitz", über die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland.
Und er warnt, daß dadurch der Boden bereitet werde für die "Siegeszukunft der bolschewistischen Ideen weit über die Grenzen der russischen Besatzungszone hinaus". ...
Am 16. März 1946 spricht er zum letzten Mal öffentlich in Münster. Die Ansprache wird vom Westdeutschen Rundfunk übertragen. Er sagte unter anderem: "Trotz der heldenmütigen Tapferkeit unserer Soldaten" sei "unser deutsches Vaterland" zusammengebrochen. "Trotzdem steht das, was unsere Soldaten in treuer Pflichterfüllung getan haben, immer und wird für alle Zeiten vor uns stehen, als ein Heldentum, als eine Treue und Gewissenhaftigkeit, die wir rühmen, die wir anerkennen. Das möchte ich vor allem den Soldaten sagen, die hier sind, und denen sagen, die noch nicht hier bei uns sind ..."
Am 22. März 1946 stirbt der Kardinal, nicht nur von den deutschen Katholiken betrauert. Er wird im Hohen Dom zu Münster beigesetzt.<<
Der katholische Kardinal Faulhaber und der evangelisch-lutherische Landesbischof Meiser kritisierten am 20. Juli 1945 die Entnazifizierungsmethoden der US-Militärregierung in Bayern (x111/51): >>... Die Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse in Bayern halten es für

ihre Pflicht, bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden mit der Bitte, in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also nicht pauschal, zu bemessen.
Die geistige Umschulung unseres Volkes von den nationalsozialistischen Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral, die Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste des Christentums, der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau, zu dem wir alle beitragen wollen, dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "Entnazifizierung im Westen" (x026/64-65): >>... Auch in den drei Westzonen wurden insgesamt etwa 250.000 Menschen in Lagern interniert. Als Rechtsgrundlage fungierte die berühmt-berüchtigte Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis zum Sommer 1947 Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war; danach waren nicht nur alle mutmaßlichen Kriegsverbrecher zu verhaften, sondern auch alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzungsmächte gefährden könnten.
Der parteilose Schriftsteller Ernst Salomon, der zusammen mit seiner jüdischen Frau verhaftet und so gründlich "verhört" worden war, daß er einige Zähne verlor, berichtet über seine Lagererfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone:
"Geprügelt wurde so gut wie ausnahmslos jeder, der in das Lager eingeliefert wurde; die Amerikaner nannten das "überarbeiten". Geprügelt wurden selbst diejenigen Internierten, die aus einem anderen Lager kamen, in welchem sie bereits ihren Tribut empfangen hatten, und auch die Generale, die aus dem Kriegsgefangenenlager kamen."
Während in einigen - nicht in allen - US-Lagern ehemalig "Kapos" aus den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesetzt wurden und gewisse vorhersehbare Folgen eintraten, war auch die Behandlung der Gefängnisinsassen nicht immer rechtsstaatlich. Im Malmedy-Prozeß (es ging um den Tod amerikanischer Kriegsgefangener) z.B. mußte sich auf Veranlassung des Verteidigers eine Kommission aus zwei Richtern nachträglich mit den angewandten Verhörmethoden beschäftigen.
Das Ergebnis: Folter dritten Grades war angewendet worden, und "sämtliche Deutsche bis auf 2 in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten".
In der britischen Besatzungszone ereigneten sich solche Vorfälle nur sehr selten. Unter französischer Regie allerdings waren Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit. Eine traurige Berühmtheit erreichte das ehemalige NS-KZ Schirmeck … im Elsaß, wo ab 1944 mutmaßliche französische Kollaborateure und Deutsche unter menschenunwürdigen Zuständen interniert waren. ...<<
Am 3. August 1945 ordnete die SMAD die "Demokratisierung" der mitteldeutschen Schulen an (x111/59): >>Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten brachten dem deutschen Volke Frieden und Befreiung von der Hitler-Knechtschaft. Deutschland beschreitet die Bahn des Wiederaufbaus und der Errichtung eines antifaschistischen demokratischen Systems. ... Die Schule muß dem Einfluß des Faschismus und Militarismus entzogen werden und die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben rufen.<<
US-General Eisenhower erklärte am 6. August 1945 während einer Ansprache an das deutsche Volk (x111/60): >>Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu machen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeder Erscheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort: jede

Möglichkeit, Krieg vorzubereiten, wird in Deutschland beseitigt.
Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ...<<
Feldmarschall Montgomery berichtete am 6. August 1945 in einem Aufruf an die Bevölkerung der britischen Besatzungszone (x111/60): >>Die Alliierten sind dabei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die endgültige Austilgung der Nazi-Partei und ihrer angeschlossenen Verbände restlos zu verwirklichen. ...<<
Die 4 Siegermächte beschlossen am 8. August 1945 in London ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" diente.
Zur Ahndung von NS-Straftaten wurden im "Londoner Statut" vom 8. August 1945 die völkerrechtlichen Begriffe "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert.
NKWD-Einheiten übernahmen am 12. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Im "Speziallager Nr. 2" wurden zunächst Häftlinge aus den NKWD-Gefängnissen Weimar, Erfurt, Jena und Arnstadt interniert (x126/172).
Walter Ulbricht berichtete später über die Internierung von Sozialdemokraten und anderen politischen Gegnern (x111/69): >>... Die Gegner der Einheitsbewegung wurden isoliert.<<
Am 16. August 1945 wurde das sowjetische Internierungslager Weesow aufgelöst. Das sowjetische Internierungslager Weesow durchliefen ca. 10.000 deutsche Häftlinge. Von Mai bis August 1945 starben dort etwa 1.000 Häftlinge (x126/168). Die letzten 2.000 Häftlinge mußten zu Fuß in das ehemalige KZ Sachsenhausen marschieren.
In Mitteldeutschland erließ die SMAD am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Sämtliche Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder mußten sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen. Viele wurden im Verlauf dieser Massenregistrierung verhaftet und kurzerhand als "Kriegsgefangene" oder "Kriegsverbrecher" in die Sowjetunion verschleppt (x111/68).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Entnazifizierung" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/111): >>Grundlegend für die Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone war das Potsdamer Abkommen. Die Entnazifizierung erfolgte
a) gemäß Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12.1.1946 - als wirtschaftliche und berufliche Maßreglung - durch "Entnazifizierungskommissionen";
b) gemäß Kontrollrats-Gesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 ... - als gerichtliche Bestrafung - durch "Sonderstrafkammern" der Landgerichte, die auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16.8.1947 gebildet wurden.
Befehl 201 brachte die politische Gleichstellung aller nur nominellen Mitglieder der NSDAP, verlangte aber schärfere Strafen gegen Schuldige. Die Entnazifizierung war oft nur ein Vorwand, um Enteignungsmaßnahmen zu tarnen, vor allem in Befehl Nr. 124 der SMAD. - Zahlen über die Enteignung in der Sowjetischen Besatzungszone wurden nie veröffentlicht. ...<<
NKWD-Einheiten übernahmen im September 1945 das ehemalige "Juden-KZ" Jamlitz bei Lieberose. Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz wurden später ca. 6.000 deutsche Häftlinge in 8 Barackenkomplexen interniert (x126/74).
NKWD-Einheiten übernahmen im September 1945 außerdem das ehemalige NS-Kriegsgefangenenlager "Stalag IV B" auf der Mühlberger Flur, nördlich von Riesa. Das Lager Mühlberg bestand aus ca. 60 Holzbaracken. Im sowjetischen "Speziallager Nr. 1" wurden später durchschnittlich 12.000 deutsche Häftlinge interniert (x126/111).
Die 4 Hauptankläger der Siegermächte überreichten am 18. Oktober 1945 dem Alliierten Kontrollrat im Saal des ehemaligen Volksgerichtshofes in Berlin die Anklageschrift zur Abur-

teilung der deutschen Hauptbeschuldigten.
Den Angeklagten wurden "Verbrechen gegen den Frieden", Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zur Last legt (x116/88): >>Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ... Großbritannien, ... Amerika, die französische Republik erheben Anklage ...<<
In Frankfurt wurde am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.
Im Begleittext des Films hieß es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.
Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... -
Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greueltaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".
Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/191-192): >>... Als 1945 die Konzentrationslager befreit wurden, lud das Kriegsministerium der USA mehrere Hollywood-Mogule auf eine Tour nach Europa ein, darunter Harry Cohn, Jack Warner und Darryl Zanuck. Sie besuchten auch Dachau. Danach gaben sie eine gemeinsame Erklärung heraus:
Der Film könne helfen, "den Geist der Deutschen zu reinigen, ihre Haltung zu ändern und letztlich ihre Kooperation zu gewinnen". Filme seien "Frontkämpfer im psychologischen Krieg um Ideen".
Ein Produzent formulierte es später etwas flapsiger: "Donald Duck als Weltdiplomat." Washington gefiel das - Ein Senator sprach von einem "Marshallplan der Ideen".
Bereits in den fünfziger Jahren war Deutschland wieder der größte Exportmarkt für Hollywood geworden. ...<<
Am 20. November 1945 begann in Nürnberg der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wurde in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.
Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson begründete am 21. November 1945 in Nürnberg die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes (x111/106): >>... Dieser Prozeß stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges.<<
Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautete wie folgt (x129/159): >>... Der

Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben …
a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;
b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.
c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.
Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<
Während die 20 Hauptangeklagten die Schuldfrage am 21. November 1945 verneinten, erklärte die Verteidigung (x111/106): >>... Der jetzige Prozeß kann sich, soweit er Verbrechen wider den Frieden ahnden soll, nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes, eines Strafgesetzes, das erst nach der Tat geschaffen wurde. Dies widerstrebt einem in der Welt geheiligten Grundsatz der Rechtspflege.<<
Das amerikanische Magazin "TIME" berichtete im November 1945 über die Nürnberger Prozesse (x353/37): >>… Was immer für Gesetze die Alliierten für die Zwecke des Nürnberger Prozesses aufzustellen versuchten, die meisten dieser Gesetze haben zur Zeit, als die Taten begangen wurden, noch nicht existiert. Seit den Tagen Ciceros ist eine Bestrafung ex post facto von den Juristen verdammt worden.<<
Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson beantragte am 18. Dezember 1945, die deutsche Regierung, die politischen Leiter, SS, SD, Gestapo, SA, Generalstab und die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte kollektiv zu verurteilen und als "verbrecherische Organisationen" für schuldig zu befinden (x111/114).
Die britische Militärregierung veröffentlichte am 22. November 1945 folgende "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<
Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren

Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...
Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...
Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<
Papst Pius XII. warnte am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<
Die Besatzungsbehörden verstärkten am 5. März 1946 durch das Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" die systematischen Entnazifizierungsmaßnahmen.
In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 hieß es z.B. (x114/2.141): >>Artikel 1 Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.
Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<
Am 13. Mai 1946 wurde der Prozeß gegen das Bewachungspersonal des KZ Mauthausen beendet. 58 Angeklagte wurden zum Tod verurteilt. 3 Angeklagte erhielten lebenslängliche Zuchthausstrafen (x111/168).
Ein FDJ-Funktionär rechtfertigte am 8. Juni 1946 während einer Veranstaltung in Brandenburg an der Havel die Einbeziehung von christlichen Jugendlichen in die FDJ (x111/177): >>... Ihr seid ja dumm, wir müssen die Kirchen erst an uns ziehen, um so leichter können wir ihnen den Schnorchel umdrehen!<<
Die "Neue Zeitung" berichtete am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.
In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.
Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.
... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...
Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.
Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen anerzogen ist ...

Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<
Ein US-Militärgericht fällte am 16. Juli 1946 in Dachau im sog. "Malmedy-Prozeß" die Urteile gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler".
Robert H. Jackson (1892-1954, US-Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen) erklärte am 26. Juli 1946 (x353/58): >>… Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar.<<
Die Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 9. August 1946 über die "Ausgerichtete Literatur" (x111/203): >>Wenn wir von einem kulturellen Beirat hören, den die Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone sich angegliedert hat, um eine gewisse Planung im Verlagswesen durchzuführen, so drängt sich uns der nicht unbegründete Argwohn auf, hier solle im Fahrwasser der Reichsschrifttumskammer und ihrer verschiedenen Dienststellen zur Förderung arteigenen Schrifttums, nur unter umgekehrtem Vorzeichen, eine Art Einheitsliteratur herangezüchtet werden.
Erich Weinert, der seit kurzem die propagandistisch wirksamsten Zweige der Volksbildung unter seine Fittiche genommen hat, läßt sich die Verlagsprogramme einreichen und empfiehlt nun, sekundiert von einem eigens ausgewählten Gremium zuverlässiger Parteigänger, welches für die Gegenwart besonders wichtige Schrifttum in der Verlagsproduktion zu bevorzugen und welches unerwünscht sei. ...<<
Die US-Militärregierung veröffentlichte am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614): >>... Auch das Programm der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...
Die amerikanischen "Wiedererzieher" - viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, versuchten das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt", wie sie ihn sahen, umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu - etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.
Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung. ...<<

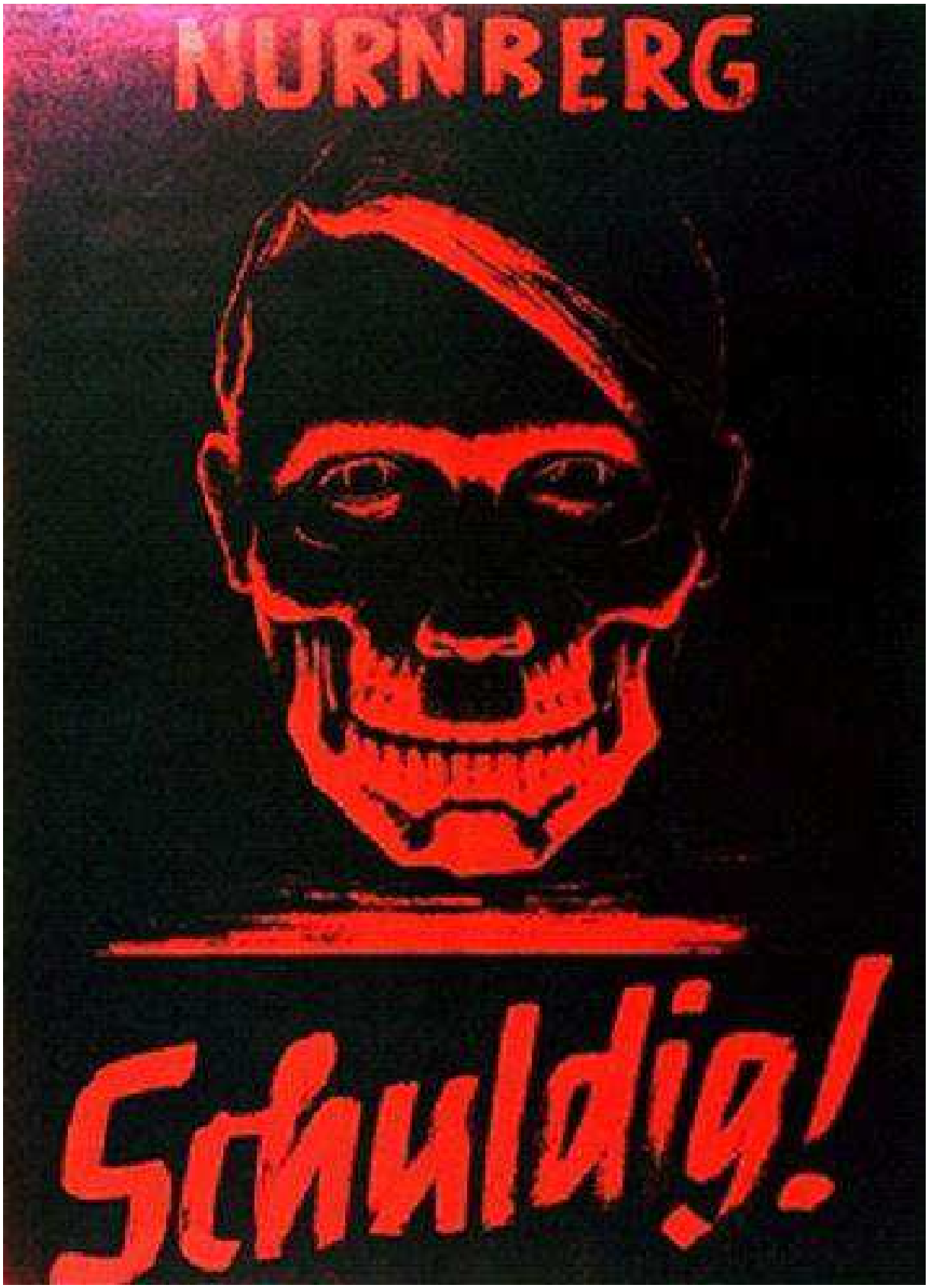


Abb. 74 (x065/574): Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß.

Am 1. Oktober 1946 wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet. 12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) wurden

zum Tod durch den Strang verurteilt. Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche wurden freigesprochen. Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stufte man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.
Die sowjetische Anklagevertretung lehnte damals alle Freisprüche ab und forderte die Todesstrafe für Heß.
Der US-Anklagevertreter Robert Kempner schrieb am 1. Oktober 1946 über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Das Nürnberger Urteil ist von einem unabhängigen Gericht nach vorbildlich geführter und minutiöser Verhandlung gesprochen worden, und von historischer Bedeutung in Gegenwart und Zukunft.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim schrieb später über die "Nürnberger Prozesse" (x051/424-425): >>Nürnberger Prozesse, Verfahren vor dem Internationalen Militär-Tribunal gegen Göring und andere sowie zwölf Verfahren vor amerikanischen Militärgerichtshöfen gegen ehemalige führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches aus Politik, SS, Polizei, Justiz, Ärzteschaft, Wirtschaft und Wehrmacht wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen. …
Als der Prozeß am 20.11.45 im Justizpalast in Nürnberg begann, fehlten drei Angeklagte: Ley hatte nach Zustellung der Anklage Selbstmord verübt, Bormann war nicht gefunden und Krupp wegen Gebrechlichkeit für verhandlungsunfähig erklärt worden. Gegen Bormann wurde jedoch in Abwesenheit verhandelt. …
Die Todesurteile wurden mit zwei Ausnahmen am 16.10.46 vollstreckt; Göring hatte kurz vor der Hinrichtung Selbstmord begangen, Bormann blieb verschollen.
Die ursprüngliche Absicht der Alliierten, weitere Prozesse vor dem Internationalen Militär-Tribunal durchzuführen, wurde nicht weiterverfolgt. Durch Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20.12.45 ermächtigten die Gouverneure der vier Besatzungszonen vielmehr die Besatzungsbehörden, zur Aburteilung von Kriegsverbrechern "geeignete Gerichtshöfe" zu schaffen. In der amerikanischen Zone wurden in Nürnberg die zwölf weiteren Nürnberger Prozesse durchgeführt. …
Das letzte Urteil erging am 11.4.49. …
Parallel zu den Nürnberger Gesetzen liefen zahlreiche weitere Kriegsverbrecher-Prozesse vor Militärgerichten der Besatzungsmächte gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 und vor Gerichten in den ehemals von der Wehrmacht besetzten Ländern.
Alle diese Verfahren, insbesondere die Nürnberger Prozesse, sind in der Folgezeit als "Sieger-Justiz" bzw. "Willkür-Justiz" kritisiert worden, da deutschen Juristen die Mitwirkung versagt blieb. Vor allem die rückwirkende Einführung von Straftatbeständen, wie z.B. Verbrechen gegen den Frieden, und die Ausklammerung alliierter Kriegsverbrechen haben das Ansehen der Nürnberger Prozesse beschädigt, die zudem bei Kriegsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als erhofftes Vorbild dienten, insbesondere nicht wenn Großmächte involviert waren. …<<
Der deutsche Philosoph Karl Jaspers schrieb später über den "Nürnberger Prozeß" (x243/-154): >>Im Gericht saß das bolschewistische Rußland, als Staat totaler Herrschaft der Herrschaftsform nach nicht anders als der nationalsozialistische Staat. Es war also ein Richter beteiligt, der das Recht, auf dem das Gericht begründet werden sollte, faktisch gar nicht anerkannte. ...
Das Nürnberger Verfahren war im Effekt ein einmaliger Prozeß von Siegernächten gegen die Besiegten. ... Nicht Recht wurde begründet, sondern das Mißtrauen gegen das Recht gesteigert.<<
Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später über den Nürnberger Kriegsverbrecher-

prozeß (x243/257): >>... Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Krieg die eine Partei gewesen sind. Diese eine Streitpartei ist Schöpfer der Gerichtsverfassung, Ankläger und Richter.
Die USA haben bisher verlangt, daß die Richterbank mit Neutralen unter Zuziehung von Vertretern aller Streitparteien besetzt werde. Wie im Internationalen Gerichtshof im Haag.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (x309/120-121): >>Die moralische Wirkung der Nürnberger Prozesse hielt sich allerdings in Grenzen, weil die Alliierten die gleichen Taten, für die sie führende Nationalsozialisten an den Galgen brachten, zur gleichen Zeit, bloß in viel größerem Maßstab, in Ostdeutschland selbst begingen oder genehmigten. ...<<
Am 16. Oktober 1946 wurden im Nürnberger Gefängnis zehn deutsche Hauptkriegsverbrecher gehängt, während Hermann Göring kurz vor der Hinrichtung Selbstmord beging. Die Asche der Leichen wurde anschließend "in alle Winde" zerstreut.
Konrad Adenauer schrieb am 22. Oktober 1946 (x095/53): >>... Im übrigen begrüße ich das Nürnberger Verfahren als einen völkerrechtlichen Fortschritt, allerdings unter der Voraussetzung, daß in Zukunft derartige Verfahren gegenüber allen Kriegsverbrechern angewendet werden und man sich nicht darauf beschränkt, einmal ein solches Verfahren an dem zerschlagenen Deutschland zu statuieren. ...<<
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden allein die Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Verlierer geahndet, die zahllosen Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Siegermächte blieben jedoch ungesühnt.
Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 NS-Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtete. In den folgenden Jahren ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).
Im Oktober 1946 wurde das sowjetische Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen aufgelöst. Von Mai 1945 bis Oktober 1946 starben im sowjetischen Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen mehr als 3.000 deutsche Häftlinge (x126/163). Mindestens 10.000 Häftlinge durchliefen dieses Lager.
In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt. Alle deutschen Erwachsenen ab 18 Jahre wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.
Es war die Zeit der "Persilscheine", die rastlose "Jagd nach Ehrenerklärungen" von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.
In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".
In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!
Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" - vor allem ausländische oder klerikale - war nicht ohne Bedeutung.
Der Fragebogen mit seinen ... 133 zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11,7

Millionen Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...
Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung - beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen - insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen - fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<
Am 17. Februar 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Ketschendorf aufgelöst. Etwa 2.000 deutsche Häftlinge wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt. Die restlichen Gefangenen internierte man in den sowjetischen Internierungslagern Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz oder Mühlberg. Von Mai 1945 bis Februar 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf mindestens 6.000 deutsche Häftlinge (x126/52).
Am 24. März 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Torgau aufgelöst. Die letzten 135 Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Mühlberg transportiert. Von September 1945 bis März 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Torgau etwa 1.500 deutsche Häftlinge. 4.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/146).
Die Zeitschrift "Der Ruf" wurde am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen Leugnung gültiger Erkenntnisse vorübergehend - bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter - verboten.
Im April 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Jamlitz bei Lieberose aufgelöst. Die rund 4.400 deutschen Häftlinge wurden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald und Mühlberg transportiert. Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz, das vor allem wegen seiner Hungerrationen berüchtigt war, starben von September 1945 bis April 1947 ca. 5.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/74).
Der Alliierte Kontrollrat erteilte am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...
Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe "Grundschule" und "Oberschule" müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschneiden.
... Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unterrichtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.
Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<
Im September 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Frankfurt/Oder aufgelöst. Etwa 500 Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Sachsenhausen transportiert. Von Mai 1945 bis September 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Frankfurt/Oder etwa 1.000-2.000 deutsche Häftlinge (x126/136).
Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ermahnte am 6. Dezember 1947 während einer Rede in Stuttgart die Sozialdemokraten, kein krankhaftes Schuldbewußtsein zu entwickeln und keine Kollektivschuld zu pflegen (x268/223): >>... Um unserem Volke ein gutes und gesundes Selbstbewußtsein zu geben. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 22. Januar 1948 über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse: >>**Nürnberger Recht**

Wir haben zu vielem, was In Nürnberg unter Verantwortung der Anklagebehörde geschieht, bisher geschwiegen. Wir haben geschwiegen zu dem, was sich in dem Zeugenflügel des Gerichts abspielt, wir haben geschwiegen zu den Drohungen und Einschüchterungen, denen Zeugen ausgesetzt sind und die unserer Gerichtsverfassung nicht entsprechen.
Wir haben geschwiegen, als Zeugen uns berichteten, daß man, sie veranlassen wollte, unrichtige Protokolle zu unterschreiben, die den Aussagen nicht glichen, für die man sie vereidigt hatte. Wir haben geschwiegen, obgleich wir wußten, daß unschuldige Zeugen monatelang in Haft gehalten worden sind - es war ein amerikanischer Richter, der dies im Generalprozeß festgestellt hat. Wir haben auch geschwiegen, als der Ankläger zur Verteidigung dieses Verfahrens vor dem, Gericht eine ausweichende Aussage machte.
Wir haben zu den Methoden jenes Herrn Kempner geschwiegen, den der angesehenste Journalist. Europas, Herr Öeri, in den "Basel" Nachrichten" einen Menschenjäger nannte, ohne daß dem - soweit wir wissen - öffentlich widersprochen worden sei.
Aber jetzt, nachdem sechs deutsche Anwälte des Krupp-Prozesses im Gerichtssaal verhaftet worden sind, jetzt, da die gleiche Verhaftung dem Rechtsanwalt Achenbach droht, wenige Tage bevor der Fall seines Mandanten zur Verhandlung kommt, jetzt können wir nicht mehr schweigen. Jetzt handelt es sich nicht mehr um die Anklagebehörde, sondern um das Gericht. Wir wollen nicht, noch einmal uns den Vorwurf machen lassen, daß wir feige zusehen, wenn, unserer Meinung nach das Recht verletzt wird …
Wir, die wir Hitler, und sein Drittes Reich immer gehaßt, wir, die wir gefordert haben, daß die Schuldigen des Nazisystems streng bestraft werden sollen, wir sehen uns gezwungen, dafür einzutreten, daß in Nürnberg Recht geschieht.
Sechs deutsche Anwälte sind verhaftet worden. Nach dem amerikanischen Gerichtsverfahren ist dies zulässig - in Deutschland geschah das gleiche nur von den Sondergerichten des Dritten Reiches. Aber handelt es sich in Nürnberg eigentlich um ein Gericht der Vereinigten Staaten? Das Tribunal des Milch-Prozesses hat dies bejaht.
Andere Nürnberger Militärgerichte stehen auf dem Standpunkt, sie seien internationale Gerichte, die vom Alliierten Kontrollrat eingesetzt sind. Dennoch spricht, bei jedem in Nürnberg im Namen der Vereinigten Staaten eröffneten Verfahren der Gerichtsmarschall jedes der nur von amerikanischen Richtern besetzten Gerichte vor Beginn jeder Sitzung, neben der Fahne der Vereinigten Staaten stehend, die Worte: "Gott schütze die Vereinigten Staaten von Amerika." Wenn aber diese Gerichte trotzdem international sein sollen, könnte dann nicht auch deutsches Recht in dem Verfahren berücksichtigt werden?
… Sollte nicht die Rechtsfindung höher stehen als eine Verfahrensordnung, und sollte man nicht darüber - hinwegsehen, wenn untadelige, deutsche Anwälte in begreiflicher Erregung zugunsten ihrer Mandanten die amerikanische Gerichtsordnung dem Buchstaben nach verletzen?
Der amerikanische Anwalt *Carroll* hat dem Frankfurter Vertreter der *New York Herald Tribune* gegenüber erklärt, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seien eine "tragische Verhöhnung der amerikanischen Justiz". Wir hoffen, daß der Antrag, den er beim *Supreme Court* der Vereinigten Staaten stellen will, diese Prozesse für ungültig zu erklären, wenigstens dazu führen wird, daß von hoher unparteiischer Stelle die Methoden der Anklagebehörde überprüft werden, damit das deutsche Volk Vertrauen zu den Nürnberger Verfahren gewinnen kann …<<
Landesbischof Theophil Wurm, Vorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands, kritisierte am 9. Februar 1948 die "Rechtsprechung" der Siegermächte (x112/450): >>... Auf internationalem Boden kann man nicht Verbrechen, die von Deutschen begangen sind, verurteilen und im Namen derselben Gerechtigkeit über andere Verbrechen und Verbrechen ähnlicher Art schweigen.<<
Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wurde am 28. Oktober 1948 in Nürnberg der

OKW-Prozeß bzw. der sogenannte "Geisel-Prozeß" gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Jugoslawien, Albanien und Griechenland beendet.
2 Angeklagte wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhielten 3 bis 20jährige Haftstrafen und 2 Generäle sprach der US-Militärgerichtshof frei.
Der Nürnberger OKW-Prozeß wurde in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigte (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden insgesamt 41 deutsche Wehrmachtsgenerale des Heeres, der Luftwaffe und der Marine durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).
Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.
Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäkkig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen. Es hätte auch keine Gründe zur Panik und Flucht gegeben. Die Deutschen wären lediglich aus psychotischer Angst vor der sowjetischen Armee geflohen, weil sie Goebbels verlogene Propaganda in Angst und Schrekken versetzt hätte.
Während der sowjetischen Befreiungsmission hätten sich höchstens "persönliche Racheakte" von Einzeltätern oder "harmlose und verständliche Entgleisungen" ereignet. Das Benehmen der Sowjetsoldaten wäre ansonsten im allgemeinen überall menschlich gewesen. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.
Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt.
Die unfaßbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte damals natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.
Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.
Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwas wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski, von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter, berichtete später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwälte, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.
Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinhegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.
Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher. ...<<
Am 30. November 1948 wurde das sowjetische Internierungslager Fünfeichen aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge wurden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald oder Sachsenhausen gebracht. Von Juli 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Fünfeichen etwa 7.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).
Im November 1948 wurde das sowjetische Internierungslager Mühlberg aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht. Von September 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).
Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird …
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord, physische, auch kulturelle, Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.
Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. …

In Artikel 6c der Satzung des Internationalen Militär-Tribunals vom 8.8.45 … wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.
Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.
1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht gemäß § 220a des Strafgesetzbuches nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.
Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Vertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<
Marschall Wassili Tschuikow, von 1949-52 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der Sowjetischen Besatzungszone und Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR, teilte dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Ulbricht am 17. Januar 1950 die Schließung der letzten sowjetischen Internierungslager mit (x126/195).
Im Februar 1950 wurde das sowjetische Internierungslager Bautzen - mit etwa 5.400 deutschen Häftlingen - von der Volkspolizei übernommen. Im sowjetischen Internierungslager Bautzen wurden insgesamt ca. 30.000 deutsche Gefangene inhaftiert. Von Mai 1945 bis Februar 1950 kamen hier etwa 12.000 Häftlinge um (x126/182). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe des Lagers und des Dorfes Niederkaina in Massengräbern bestattet. Mindestens 4.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
Im Februar 1950 wurde auch das sowjetische Internierungslager Buchenwald bei Weimar aufgelöst. Die restlichen 2.200 deutschen Häftlinge wurden von den DDR-Behörden übernommen und in das Zuchthaus Waldheim transportiert. Im sowjetischen Internierungslager Buchenwald wurden insgesamt ca. 32.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert. Von August 1945 bis Februar 1950 kamen hier mehr als 12.000 Häftlinge um (x126/172-173).
Die Toten wurden größtenteils am Südhang des Ettersberges oder beim Dorf Hottelstedt in Massengräbern bestattet. Mindestens 2.100 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wurde am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportierte man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim. Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert. Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
Die 20jährige ehemalige BDM-Jungmädelführerin Eva F. berichtete später über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Als im Februar 1950 das KZ Sachsenhausen aufgelöst wurde und wir der Volkspolizei der DDR übergeben wurden, sagte mir ein russischer Posten: "Bei deinen Deutschen wirst auch du das Weinen lernen!" Der Junge war ein Prophet!<<
Eva F. wurde schließlich im Januar 1954 freigelassen (x126/110).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.
Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen, Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.
Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die Internierungslager in der Sowjetischen Besatzungszone (x026/63-64): >>... Die größten Lager waren Buchenwald bei Weimar - Durchschnittsbelegung 10.000 bis 12.000 Häftlinge, Sachsenhausen bei Brandenburg - Durchschnittsbelegung 12.000 bis 15.000 Häftlinge und Mühlberg/Elbe - Durchschnittsbelegung 12.000 Häftlinge. Lager bestanden auch in Bautzen, Torgau, Ketschendorf, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg und an mehreren anderen Orten. Tausende von Häftlingen saßen auch in den Gefängnissen der Besatzungszone.
Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden annähernd 40.000 Mitteldeutsche, die meistens vorher in einem alles andere als rechtstaatlichen Verfahren abgeurteilt worden waren. ...
Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern der Kommunisten war nicht geringer als die in den Lagern der Nationalsozialisten. ...
Die Gesamtzahl der umgekommenen KZ-Häftlinge wird zwischen 65.000 und 130.000 angegeben. ...
Bedenkt man die hohe Sterbequote der Deportierten, so bleibt als Fazit festzuhalten, daß über 100.000 Mitteldeutsche in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete später (am 2. April 1990) über die Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht: >>... **Massengräber-Funde in der DDR erinnern an ein dunkles Nachkriegskapitel: Horror und Todesopfer in Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht.**
In einem Wäldchen nahe Fürstenwalde wiederholte sich in den Fünfzigern alle Jahre wieder eine gespenstische Szene: Am Totensonntag legten Bürger dort Blumen und Kränze nieder, in der Nacht zum Montag schwärmte Volkspolizei aus und sammelte alles wieder ein.
Der nächtliche Sammeleifer der Staatsorgane im "Todeswäldchen" hatte einen düsteren Hintergrund, der - so die Märkische Volksstimme - in der DDR bis in die jüngste Zeit "aus politischen Gründen totgeschwiegen" worden ist: An diesem Ort im Ostbrandenburgischen unterhielt der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD von 1945 bis 1947 das Internierungslager Ketschendorf. …
Auf dem Gelände einer ehemaligen Arbeitersiedlung hatte der NKWD im Lauf der drei Jahre rund 20.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nach Schätzung von Zeitgeschichtlern bis zu 6.000 starben und in Massengräbern der Umgebung verscharrt wurden.
Ketschendorf war damals überall. Assistiert von diensteifrigen SED-Gehilfen, internierte die sowjetische Besatzungsmacht Hunderttausende von inkriminierten Deutschen in elf Speziallagern. Zehntausende gingen an Hunger, Krankheit und Mißhandlungen zugrunde. Zeitzeugen berichteten auch von Gruppenerschießungen. …
Mit dem Einrücken der Roten Armee, so resümiert die Ost-Berliner Tageszeitung "Der Mor-

gen", war auch "das stalinsche Lagersystem nach Deutschland" gekommen und bediente sich dabei makabrerweise selbst der soeben befreiten Außenstellen von ehemaligen Nazi-KZs wie Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen. …
"Mit großer Härte" und "ohne klar erkennbares System" seien die Staatsorgane vorgegangen, berichtet Dieter Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Neubrandenburg: "Es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen."
Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - die im Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38 verankerte Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Festnahme von Personen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind".
Naziverbrecher, Mitläufer und Hitlerjungen landeten hinter Stacheldraht, aber auch Denunziantenopfer, sozialdemokratische Antikommunisten, Zeugen Jehovas und so mancher, den auch die Nazis schon ins KZ gesperrt hatten.
Im Internierungslager Ketschendorf saßen neben lokalen Nazigrößen wie dem früheren NSDAP-Kreisleiter von Forst auch an die 2.000 abgemusterte Hitlerjungen zwischen 12 und 18 Jahren; die Hälfte von ihnen überlebte das Lager nicht.
Ex-Häftling Kurt Noack, 60, war als 15jähriger mit 40 bis 50 anderen auf 18 Quadratmetern Kellerraum zusammengepfercht, bei 300 Gramm Brot und zwei Schlag Grütze pro Tag. "Wir bekamen Wasser und Skorbut", erinnert er sich. Noack: "Die meisten hatten offene, durch Ödeme geplatzte Beine, die mit Hilfe untergelegter Steine so hoch lagen, daß flache Töpfe und Näpfe darunter Platz hatten, in die der stinkende Eiter tropfte. Zum Hunger gesellten sich vor allem im Winter Lungenentzündungen und Ruhr. Wer derart entkräftet an Lungenentzündung erkrankte, starb unausweichlich." …
Bis zu 200.000 Menschen, schätzt der Zeitgeschichtler Gerhard Finn, seien zwischen 1945 und 1950 in den Speziallagern untergebracht gewesen, 65.000 bis 70.000 Todesopfer habe es gegeben. Diesen Zahlen liegen Angaben früherer Häftlinge zugrunde, da die Originalkarteien der Lager unauffindbar und wahrscheinlich längst vernichtet sind. …
Aus der Existenz der sowjetischen Speziallager machte auch die DDR-Führung kein Hehl. Über deren Insassen, nach offizieller Lesart als Kriegsverbrecher eingestuft, sagte SED-Chef Walter Ulbricht 1947 bei einer Parteikonferenz in Ost-Berlin: "Ich bedaure, daß nicht noch mehr inhaftiert worden sind." …<<
Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiteten die westdeutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft wurden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1,0 Millionen Mitläufer, 1,2 Millionen Entlastete und 4,0 Millionen Fälle von Jugendamnestie.<<
In Waldheim begannen am 26. April 1950 die sog. "Kriegsverbrecherprozesse". Bis Juli 1950 wurden in der DDR 3.324 Verfahren abgewickelt. 33 Angeklagte verurteilte man zum Tod. 146 Personen erhielten lebenslängliche Haft. 1.901 Verurteilte mußten für 15-25 Jahre ins Zuchthaus. 947 Angeklagte wurden zu Haftstrafen von 10-14 Jahren verurteilt. 295 Personen erhielten bis zu 9jährige Haftstrafen. Nur 4 Angeklagte sprach man frei (x126/218).
In der Nacht zum 4. November 1950 wurden die in Waldheim zum Tod Verurteilten durch den Strang oder die Guillotine hingerichtet (x126/219).
Der deutsche Journalist Karl Wilhelm Fricke berichtete später über die Waldheimer Prozesse (x126/216-218): >>Ein Volksschullehrer etwa wurde angeklagt, weil er - ohne daß ein individueller Schuldvorwurf erhoben worden wäre - die Schulkinder "im nazistischen Ungeist erzogen" haben sollte: 12 Jahre Zuchthaus.
Ein Journalist, Wirtschaftsredakteur der Wochenzeitschrift "Das Reich" wurde nur darum verurteilt, weil er das gewesen war: 12 Jahre Zuchthaus.
Ein Pfarrer bezichtigt, "die Nürnberger Rassegesetze gefördert" zu haben, indem er Kirchenbuchauszüge für den von Nazibehörden geforderten sogenannten Ariernachweis ausgefertigt hatte: 15 Jahre Zuchthaus.

Ein Angehöriger der Waffen-SS, Kriegsfreiwilliger, an Kriegsverbrechen nicht beteiligt, wurde nach 4 Jahren Internierung wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation verurteilt: 15 Jahre Zuchthaus.
Einem als Treuhänder nach Polen verpflichteten Wirtschaftsjuristen wurde "Ausplünderung der polnischen Wirtschaft" vorgeworfen: 25 Jahre Zuchthaus.
Ein ehemaliger Landrat in Ostpommern und späterer Bürgermeister in Mecklenburg erhielt "wegen Unterstützung der Nazi-Herrschaft" lebenslanges Zuchthaus, ohne daß ein konkreter Schuldnachweis auch nur versucht worden wäre.
Der ehemalige Oberstaatsanwalt Wilhelm Rode, der niemals mit politischen Strafsachen befaßt war, teilte seine Verurteilung in einem Brief aus Waldheim ... mit folgenden Worten mit: "Bin wegen außerordentlicher Unterstützung der Gewaltherrschaft und Mittäterschaft an den insgesamt begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus, Vermögenseinziehung und anderen Nebenfolgen als Hauptverbrecher verurteilt worden. Konkrete eigene Vorkommnisse sind mir nicht vorgeworfen." ...
Der Leiter einer großen Hypothekenbank in Berlin, von Quistrop, der dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand, wurde als Reichsbankpräsident angeklagt; der Hinweis auf Schacht und Funk nutzte nicht viel. Auf die Frage Quistrops, ob unter diesen Umständen eine Verteidigung noch Zweck habe, verneinte der Richter. So konnte sehr rasch das Urteil von 18 Jahren Zuchthaus gefällt werden.
Ein alter Offizier hatte in Polen eine Gutsbesitzerin geheiratet und war dorthin übergesiedelt. Im Kriege war er als Dolmetscher eingestellt. Ihm wurde vorgeworfen, daß er durch seine Tätigkeit den Feinden des Nazismus geschadet habe. Als er die Frage, ob er auch an der Kristallnacht in Berlin mitgemacht habe, verneinte mit dem Hinweis, daß er ja in Polen gelebt habe, erklärte der Richter: "Entscheidend ist, daß Sie, wenn Sie in Berlin gewesen wären - bestimmt sich daran beteiligt hätten." ...
Wilhelm Hochstetter, der als Fabrikdirektor in Leipzig Ehrenkonsul von Haiti war, wurde vorgeworfen, daß er diese Stelle dazu benutzt habe, in Haiti für den Nazismus zu werben. Die Antwort, daß er nie in Haiti war und daß dieser Staat sich kaum für den Nazismus geeignet hätte, schützte ihn nicht vor 15 Jahren Zuchthaus.
Ein Volkssturmmann wurde nach dem sowjetischen Protokoll angeklagt, daß er eine bestimmte Brücke in Görlitz gesprengt habe; auf seinen Hinweis, daß zahlreiche in Waldheim anwesende Kameraden bezeugen, daß diese Brücke noch intakt sei, erklärte der Richter: "Dann haben Sie jedenfalls eine andere gesprengt." ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Schauprozesse" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/379): >>Schauprozesse, früher offiziell "Prozesse vor erweiterter Öffentlichkeit" genannt, sind ein beliebtes Mittel der bolschewistischen Justiz, um abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung auszuüben.
"Die Verhandlungen vor breitester Öffentlichkeit ... können zur Stärkung des allgemeinen demokratischen Rechtsbewußtseins und der Einsicht in die Notwendigkeit, die demokratischen Gesetze zu achten, sowie als wirksame Waffe im Kampf um die Festigung unserer demokratischen Ordnung nicht hoch genug eingeschätzt werden".
... Später wurde die Taktik in der Organisierung der Schauprozesse verändert.
An Stelle einer möglichst großen Zuhörerschaft wurden bestimmte Personengruppen zu einem Prozeß besonders eingeladen. Der Zutritt zu diesen Schauprozessen ist meist nur gegen Eintrittskarten möglich. Gericht und Verhandlungsraum sind durch die Volkspolizei abgesperrt. Der Verlauf eines Schauprozesses ist meistens vorher genau abgesprochen. Oft konnte beobachtet werden, daß sich die Angeklagten in ihren Aussagen an vor der Hauptverhandlung niedergeschriebene Protokolle hielten.
Von für die "Bewußtseinsbildung" und Erziehung der Bevölkerung besonders geeignet erscheinenden Szenen werden Rundfunk- und Fernsehübertragungen gesendet und Wochen-

schau-Berichte hergestellt. ...<<
Im Jahre 1950 kehrten Max Horkheimer, deutscher Philosoph und Soziologe, und Theodor W. Adorno, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe und Musiktheoretiker aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die 68er Bewegung.
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über Horkheimers Politisierung der Psychoanalyse (x306/96-101): >>**Die Psychoanalyse wird politisiert**
Die Politisierung der Psychoanalyse kam nicht von ungefähr, sondern aus Frankfurt am Main. Dort hatte 1930 Max Horkheimer das Institut für Sozialforschung übernommen. Das Institut war auf sozialdemokratisches Betreiben nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und dem Herausgeber des "Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", Carl Grünberg, unterstellt worden.
Das Institut ist in seiner Frühzeit weniger durch wissenschaftliche Arbeiten als durch die Tätigkeit des posthumen "Helden der Sowjetunion" und russischen Meisterspions Richard Sorge bekannt geworden. Horkheimer löste es nach Eintreten der Wirtschaftskrise vom musealen Sozialismus und machte es mit seiner sozialphilosophischen Fragestellung im Dreieck Marx-Hegel Freud zu dem unter den Studenten als "Marxtempel" bekannten Magneten der linksintellektuellen Jugend.
Die jungen Dozenten und Assistenten, die sich um das Institut scharten, sollten später beinahe alle bekannt werden. Es waren Friedrich Pollock, Theodor Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm und Leo Löwenthal, denen auch Walter Benjamin nahe stand. Der Ausdruck Sozialforschung wies darauf hin, daß das Objekt der Untersuchungen des Instituts zwar die Gesellschaft war, der Umfang der Untersuchungen jedoch nicht durch die Grenzen der Fachsoziologie eingeschränkt werden sollte.
Die letzten Jahre des Dahinsiechens der Weimarer Republik gaben die erregende Kulisse für das Entstehen der "kritischen Theorie", die den "historischen Verlauf der gegenwärtigen Epoche begreifen" sollte. Bildeten die Kommunisten den willensmäßigen, die Sozialdemokraten den gefühlsmäßigen Flügel der Revolution von links, so standen die Sozialforscher im verstandesmäßigen Zentrum.
Das Scheitern der linken Revolution war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Flügel miteinander zerstritten waren und das Zentrum so in der Luft hing. 1933 wurde das Frankfurter Institut wegen "staatsfeindlicher Umtriebe" geschlossen. Doch Horkheimer hatte vorgebaut. Die "Zeitschrift für Sozialforschung" siedelte mit ihrem 2. Jahrgang nach Paris über, das Institut wurde in New York an der Columbia Universität weitergeführt. ...
Bereits im Vorwort der "Zeitschrift für Sozialforschung" wurde die Förderung der Sozialpsychologie versprochen, wobei zum ersten Male die Psychoanalyse in ein sozialpsychologisches System einzubauen sei. Vor allem Erich Fromm, ein gebürtiger Frankfurter, der 1929 vom Berliner Institut für Psychoanalyse nach Frankfurt zurückkehrte, förderte die Synthese von Marx und Freud. Seine Aufsätze in der "Zeitschrift für Sozialforschung" und sein Beitrag zu dem in Frankfurt vorbereiteten, aber erst 1935 in Paris gedruckten Band "Studien über Autorität und Familie" gelten als die "Gründungsdokumente" der amerikanischen neo-freudianischen Schule. …
Die neo-freudianischen und verwandten Schulen mußten Freud wie Marx zum konservativen alten Eisen werfen, da der eine in den Trieben, der andere im Proletariat einen vorgegebenen, nicht zu verändernden Faktor hinnahm. …
Marx sah nicht, "daß eine bessere Gesellschaft nicht ins Leben gerufen werden konnte von Menschen, die sich nicht einem moralischen Wechsel in sich selbst unterzogen haben". Die

Gesellschaft sei krank, da die Einzelnen krank seien. Die Gesellschaft müsse man kurieren, indem man die Einzelnen kuriere. Der Psychoanalytiker ist in letzter Instanz derjenige, in dessen Händen die Verantwortung für den gesellschaftlichen Wechsel liegt. Er bilde um sich herum gesunde Zellen, die die gesunde Gesellschaft von morgen ankündigten. ...
In den Jahren der deutschen Krise entwickelte der Psychoanalytiker Wilhelm Reich seine eigene "sex-ökonomische" Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste. ...
Reich ordnete die politischen Hauptströmungen den drei Schichten des menschlichen Charakters zu. … Der obersten Schicht sei der Liberalismus zuzuordnen, der untersten die revolutionäre Linke, der mittleren der Faschismus. Denn man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man den Faschismus für eine politische Idee halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. "Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur." ...
Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, daß die "zentrale reaktionäre Keimzelle" die Familie sei. "Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuums durch die autoritäre Familie reproduziert, folgt, daß die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und Zivilisation verteidigt". Kern der autoritären Familie sei eine Mutter Fixierung. "Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation im Kleinformat."
… Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kinder unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution auch das politische Heilmittel. Durch "sexökonomische Massen-Hygiene" sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen, die eine neue sexökonomische Moral zur Folge habe.<<
Ilse Koch, Ehefrau des Lagerkommandanten des KZ Buchenwald, wurde am 15. Januar 1951 von einem deutschen Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt.
Am 11. Mai 1951 verabschiedete der Bundestag gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte. Bund, Länder und Gemeinden wurden verpflichtet, die aus dem öffentlichen Dienst Ausgeschiedenen wieder einzustellen (x129/149).
Am 8. Juni 1951 wurden in der Bundesrepublik Deutschland die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. Gehängt wurden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermair und Hans Schmidt.
Walter Közle (VdH-Referent für Landsberg, Wittlich und Werl) berichtete über das 1. deutsche Heimkehrertreffen am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus: >>... Schafft endlich und zwar ehrlich Europa! forderte der 1. Vorsitzende des VdH in seiner programmatischen Rede während des Festaktes des 1. deutschen Heimkehrertreffens am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus.
Er gab damit dem Gefühl all derer Ausdruck, die das harte Los der Kriegsgefangenschaft am eigenen Leib verspürt haben. ...
Es wird niemand geben, der tatsächlich begangene Verbrechen decken oder beschönigen will. Es wird auch niemand geben, der etwas dagegen einzuwenden hat, daß tatsächlich begangene Verbrechen bestraft werden. Kein rechtlich denkender Mensch hat aber andererseits ein Verständnis dafür, daß man nach der Kapitulation wahllos Schuldige und wirklich Unschuldige in den Schmelztiegel eines kollektiven Verbrechertums stieß.
Ebensowenig wird er ein Verständnis dafür aufbringen, daß man nur auf deutscher Seite "Kriegsverbrecher" entdeckte, daß man in den Verfahren gegen deutsche Männer und Frauen Rechtsnormen, die in der modernen Rechtswelt bisher unwidersprochen, international anerkannt und in fast allen Strafgesetzbüchern und zahlreichen Strafverfassungen fest verankert sind, und die man auch in die Charta der Menschenrechte aufnahm, beiseite schob, unbeachtet ließ oder sie außerordentlich umstritten, ja willkürlich auslegte.

... Hätten die heute inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" tatsächlich Verbrechen begangen, wären sie nicht mehr am Leben, sondern längst exekutiert. Sollten sie sich aber vielleicht in Einzelfällen begangener Vergehen schuldig gemacht haben, dann stehen ihre Strafen in keinem Verhältnis zu diesen, so liegt z.B. das Strafmaß der zur Zeit in Werl inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" nur zu einem schwachen Drittel unter 15 Jahren Gefängnis!: Wie soll ein ehemaliger deutscher Major, der Ortskommandant war und nur deswegen zu 8 Jahren verurteilt wurde, weil in dem Bezirk seiner Kommandantur - also nicht an dem Ort selbst - ein kriegsgefangener englischer Major von deutschen Soldaten geohrfeigt worden sein soll, ein Schuldbewußtsein aufbringen?
Bedeutende Persönlichkeiten gerade in den Gewahrsamsländern haben sich in sehr kritischer, ja eindeutiger Weise über die gefällten Urteile ausgesprochen und sich für eine gerechte Lösung des Kriegsverbrecherproblems eingesetzt. Selbst im Laufe einer Debatte im Rechtsausschuß der Generalversammlung der UNO wurde besonders beachtet, "daß Deutsche auf der Grundlage von Prinzipien verurteilt und hingerichtet worden seien, deren Rechtsgültigkeit jetzt bestritten werden".
Warum sprach man z.B. einen britischen Offizier von der Anklage brutalster Gefangenenmißhandlung in Bad Nenndorf frei mit der Begründung, daß er von diesen Mißhandlungen nichts gewußt habe - während er erwiesenermaßen selbst aktiv daran teilnahm, und verurteilte dagegen einen deutschen Professor, der weder Gefangene getötet oder mißhandelt hat noch töten oder mißhandeln ließ, ursprünglich zum Tode?
Warum sprach man die britischen Untergebenen des vorgenannten Offiziers, die an gefangenen Deutschen sadistische Grausamkeiten verübten, frei mit der Begründung, daß sie nur auf Befehl gehandelt hätten, und verurteilten dagegen deutsche Soldaten - ganz gleich, ob sie der Wehrmacht oder der SS angehörten - trotz desselben Einwandes zu langjährigen Freiheitsstrafen, ja zum Tode? ...
Gleiches Recht für alle? Geeintes Europa?
Mir scheint, wir sind noch meilenweit von diesem ersehnten Ziel entfernt, solange man noch immer mit zweierlei Maß mißt, sofern es sich um Deutsche handelt, und solange Deutsche in den Gefängnissen der westlichen Gewahrsamsmächte vergebens auf Recht, Gerechtigkeit und vor allem auf ihre Freiheit warten! ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 24. Dezember 2005) über Folter und Mißhandlungen von deutschen Internierten (x887/...): >>**In den Händen britischer Folterer**
England hat Akten aus dem Zweiten Weltkrieg freigegeben, die die Behandlung deutscher Soldaten dokumentieren …
Nach Kriegsende betrieb der militärische britische Geheimdienst ein Verhörzentrum in Bad Nenndorf …
Dort faßte man Deutsche zusammen, die für den britischen Nachrichtendienst von Interesse sein konnten.
Und sagten sie nicht wunschgemäß aus, wurden sie allen Arten der Folter ausgesetzt. Man entzog ihnen das Essen, ließ sie im Winter nackt in unbeheizten Räumen stehen, bis sie zusammenbrachen und sich die Zehen erfroren hatten, schlug sie unter Zuhilfenahme aller möglichen Prügelinstrumente zusammen, stellte ihnen nur mangelhafte Gefangenenkleidung zur Verfügung, schikanierte sie in jeder möglichen Weise.
Aus Angst, totgeschlagen zu werden, wagte es damals niemand, sich bei höheren Stellen zu beschweren. Es sollen Verhöre und Folter bis zum Tode des Delinquenten durchgeführt worden sein, doch gibt es darüber bisher in der Öffentlichkeit keine Unterlagen.
Schon 1948 erschienen in der Zeitschrift "Quick" erste Berichte über diese Vorgänge. Auch "Die Zeit", damals noch von ganz anderem Zuschnitt als heute, nahm sich des Themas an und prangerte diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit an. …

Bad Nenndorf war keineswegs das einzige von westalliierten Siegern unterhaltene Lager, in dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Erinnert sei an die systematischen Folterungen von 72 Soldaten der Waffen-SS durch US-amerikanische Offiziere. Von ihnen sollte die Aussage erpreßt werden, sie hätten auf Befehl ihrer Kommandeure alliierte Kriegsgefangene in Malmedy ermordet.
Obwohl alle Angeklagten vor Gericht ihre Aussagen widerriefen mit Hinweis darauf, daß sie durch Folter erpreßt worden seien, wurden sie verurteilt, allein 43 von ihnen zum Tod durch den Strang. …
Die energischen Bemühungen ihres US-amerikanischen Hauptanwalts … erwirkten schließlich, daß alle Urteile ausgesetzt wurden.
Allerdings wurde verboten, die Schuldfrage zu stellen.
Eine unabhängige Untersuchung des Malmedy-Prozesses, der ganz offenkundig ausschließlich mit der Absicht geführt worden war, belastendes Material über die Waffen-SS zu beschaffen, damit sie im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß als "verbrecherische Organisation" verurteilt werden konnte, gibt es bis heute nicht.<<
Das Landgericht Hannover berichtete im Urteil vom 20. Dezember 1951 gegen einen deutschen KZ-Helfer über die Zustände in einem polnischen Internierungslager (x025/51): >>...
Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen sowie Knaben im Alter bis etwa 15-16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen.
Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe. Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank.
An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags 1/2 l Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. ...
Andererseits spotteten die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Lager aller Beschreibung, so daß eine große Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, daß viele Menschen am Flecktyphus verstarben. Zwar hatten die Polen den deutschen Lagerinsassen Dr. E., der von Beruf Arzt war, zum Lagerarzt gemacht. Jedoch hatten sie ihm keinerlei medizinische Instrumente oder Medikamente zur Verfügung gestellt, ja sie hatten sogar die Medikamente, die Dr. E. anfangs aus Abfallgruben und Trümmerhaufen mühsam zusammengesucht hatte, mit Füßen zertreten. ...
Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmäßig aus nichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermaßen aus Spielerei erschossen.
... Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 bis 70 Leuten ... nach einem anstrengenden Fußmarsch gekommen. In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte "Nachtübung", wobei sie etwa die Hälfte der Menschen - und zwar solche, die nicht schnell "auf-nieder" machen konnten, - erschlugen. ...<<
Der deutsche Landgerichtsrat Karlhans Sonnenburg, Bad Godesberg, kritisierte damals die Rechtsprechung der Siegermächte: >>Sieben Jahre sind deutsche Männer und Frauen als Angehörige der Wehrmacht, der Polizei, des Wehrmachtsgefolges und des Diplomatischen Korps durch die Mühlen der alliierten Sondergerichtsbarkeit für Kriegsverbrecher gegangen

und haben sich in den Maschen einer Justiz gefangen, die Ausfluß einer fremden, eigens vom Sieger auf sie zugeschnittenen Sonder-Gesetzgebung und Rechtsprechung ist.
Sieben Jahre sind Urteile gegen Deutsche auf Grund von Gesetzen gesprochen worden, die im Widerspruch zu der am 10.12.1948 feierlich proklamierten Internationalen Erklärung der Menschenrechte und zur Genfer Konvention stehen und allein schon wegen ihrer rückwirkenden Kraft die Grundprinzipien des Völker- und Strafrechts verletzen.
Sieben Jahre lang fungieren Mitglieder der völkerrechtlich illegalen nationalen Widerstandsgruppen als Richter über Angehörige der legalen deutschen Truppe, winden voreingenommene Zeugen sich selbst Märtyrerkronen, indem sie Deutsche der scheußlichsten Verbrechen bezichtigen.
Sieben Jahre hindurch sind Hunderte von Deutschen aufgrund von Sondergerichtsurteilen erschossen worden, haben andere Hunderte darauf gehofft, daß sie eine Begnadigung vor der Hinrichtung bewahrt. ...
7 Jahre lang haben Tausende von Deutschen als Untersuchungsgefangene in körperlicher, geistiger und seelischer Not dem Zeitpunkt entgegengebangt, an dem über Leben und Freiheit für sie entschieden wurde. ...
7 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wird der Krieg auf dem Gebiet des Rechts fortgesetzt, werden neue Verurteilungen ausgesprochen, werden Hinrichtungen - wie jüngst in Holland - vollzogen und Kerkerstrafen verbüßt. ...
Zur gleichen Zeit werden in Korea, Indochina, Tunis und anderen Ländern von Angehörigen der Siegermächte, zum Teil sogar von deutschen Fremdenlegionären unter ihrem Befehl, dieselben Taten begangen, die den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Auswirkungen eines doppelten Rechtes für Sieger und Besiegte können sich nicht deutlicher offenbaren.
Dabei kann die Frage der Schuld heute nicht mehr so eindeutig geklärt werden, daß eine Entscheidung über Leben und Freiheit eines Menschen gerechtfertigt ist. Oft 10 und mehr Jahre nach den Geschehnissen ist eine einwandfreie Feststellung der Wahrheit und Klärung des Sachverhaltes erfahrungsgemäß unmöglich, zumal die Ereignisse im Zusammenhang mit Kampfhandlungen standen. ...
Zwar wissen wir, daß es auch Schuldige gibt, aber für einen Schuldigen dürfen nicht Unschuldige leiden.
Die Schuldigen, die zu decken wir ablehnen, sollen der verdienten Strafe nicht entzogen werden, die deutsche Justiz ist befähigt und befugt, sie gerecht zu bestrafen. ...
Erst wenn die Westmächte die Gefangenen freigeben und sich durch diese Tat zu den demokratischen Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit bekennen, dürfen unsere Brüder und Schwestern in den Zwangsarbeitslagern des Ostens hoffen, daß auch sie eines Tages die Heimat und ihre Familie wiedersehen werden.<<
Ein Volkskammergesetz hob am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf. Diese Regelung galt jedoch nicht für Personen, die man "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt hatte.
Ein US-Gericht der Alliierten Hochkommission verurteilte am 26. Mai 1954 den Leiter des tschechischen Lagers Budweis, … der nach Westdeutschland geflohen war, zu 8 Jahren Freiheitsentzug (x025/59).
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über dieses Urteil (x028/143): >>... Das Gericht begründete sein Urteil - acht Jahre Freiheitsentzug - mit der bewiesenen Tatsache, daß Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden und - wenn auch ohne Gaskammern und systematische Liquidation der Menschen - ein Schreckensort gewesen war, wo Menschenleben und Menschenwürde nichts galten.

Das Gericht wies dann hin auf die Unparteilichkeit demokratischer Rechtsverfahren, die einen Mann wie Hrnecek bestrafen müsse, wenn auch alle seine Opfer Deutsche gewesen waren - und zwar schwer bestrafen, um vom Sadismus abzuschrecken.<<
Der Bundestag beschloß am 25. März 1965 ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.
Die Landsmannschaft der Oberschlesier forderte im April 1965 die polnische Regierung auf, die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen an Deutschen juristisch zu prüfen und zu ahnden (x021/325).
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker berichtete später über die polnische Prüfung und Ahndung der Gewalttaten an den Deutschen im Internierungslager Lamsdorf " (x021/325-326): >>Zwei Monate später ließen sich die Polen zu einer inoffiziellen Antwort herbei. In der Warschauer Zeitschrift "Kierunki" erschien ein Artikel unter der Überschrift "Geschichte und Lüge".
In ihm wurde das Todeslager Lamsdorf als "Sammellager" bezeichnet. Die Lagerhaft für Tausende deutscher Männer, Frauen und Kinder wurde damit begründet, daß die Deutschen Banden unterstützt hätten, die sich in den Wäldern verborgen gehalten hätten.
Mehr noch: Die Massaker an den Deutschen beim Barackenbrand wurde gerechtfertigt: "Die Deutschen haben mit einem Aufruhr reagiert. Sie weigerten sich einfach, das Feuer zu bekämpfen, und in dieser Situation, in der um so mehr der berechtigte Verdacht bestand, daß die deutschen Lagerinsassen im Zusammenwirken mit den Banden aus den naheliegenden Wäldern die Baracke angezündet hätten, machten die Lagerposten von der Schußwaffe Gebrauch. Gab es für sie einen anderen Ausweg?
Die Berichte über Lamsdorf, bezeugt von vielen glaubwürdigen Männern und Frauen, werden in diesem polnischen Artikel als "neofaschistische Verleumdung" bezeichnet. ...<<
Der Bundestag beschloß am 4. August 1969 die Verlängerung von Verjährungsfristen. Die Verjährungsfrist für Mord wurde auf 30 Jahre verlängert, um die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen. Die Verjährung für Völkermord wurde generell aufgehoben.
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete später (am 28. Februar 1980) über die Einstellungsverfügung der deutschen Staatsanwaltschaft gegen 7 namentlich bekannte polnische Gewaltverbrecher aus dem berüchtigten Zwangsarbeitslager Lamsdorf (x025/196): >>... Die für diese Entscheidung zuständige Bundesregierung hat davon abgesehen, an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "auf Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Wer einen Mord konsequent verfolgt und einen anderen konsequent vertuscht, bewirkt das genaue Gegenteil.
Gerade unter diesem Gesichtspunkt begründet die Verfolgung der NS-Auslandsstraftaten für die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich auch mit Verbrechen an den Menschen auseinanderzusetzen, deren Nutzen zu mehren und von denen Schaden zu wenden die Kabinettsmitglieder in ihrem Amtseid geschworen haben, vgl. Art. 64 und 56 des Grundgesetzes.
Beim Stichwort "Versöhnung" wird unterstellt, daß die Anklage gegen einen Mörder zugleich eine Anklage gegen ein ganzes Volk beinhaltet. Es ist ... übrigens der gleiche Fehlschluß, dem auch die rechtsradikalen Anti-Nestbeschmutzer erliegen. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" berichtete später (am 10. August 1992) über den vom "Office of War Information" eingezogenen US-Umerziehungsexperten Billy Wilder, US-amerikanischer Drehbuchautor, Filmregisseur und Filmproduzent (x354/18): >>… Man wollte für den Tag nach Hitler ein Programm haben, Regeln, nach denen sich die Deutschen auf ihrem Weg zur Demokratie richten sollten. Und ich sollte an der Ausarbeitung dieses Programms mitarbeiten, sollte mich um die Leute in Deutschland kümmern, die wieder Filme machen wollten. Und sollte verhindern, daß ehemalige Nationalsozialisten weiter Filme

machten.
Mit diesem Programm fingen wir noch während des Krieges an. … Als man mich einzog, steckte man mich in New York auf eine Art Schule, wo ich auf meine Umerziehungsaufgabe vorbereitet wurde.<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 7. Oktober 2001) über die Umerziehung der Deutschen (x354/34): >>**Bayern bezahlt Amerika**
… In vielen Städten wurden Amerikahäuser er richtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die 'reeducation' des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, daß die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die 'Umerziehung' für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.<<
Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb später (am 1. November 2003) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart**
… Nach dem schrecklichsten, verlustreichsten und über sechs Jahre dauernden Krieg kapitulierte das Deutsche Reich im Mai 1945. Die Niederlage war total. Das Land lag in Trümmern. Die Sieger zerteilten das Deutsche Reich in vier Zonen und damit zertrennten sie auch das einheitlich deutsche Wirtschaftsgebiet. Sie beschlossen die Abtretung der ostdeutschen Gebiete, es waren die preußischen Kernprovinzen, und ordneten gleichzeitig die Austreibung der dortigen Bevölkerung an.
Die Deutschen wurden zusätzlich einer mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung unterworfen, die Forschungsergebnisse und Patente deutscher privater Firmen und Personen geraubt sowie Wissenschaftler zur Ausbeutung ihrer Kenntnisse in die Länder der Siegermächte gebracht.
Diese geistige Beute ersparte der US-amerikanischen und russischen Forschung milliardenschwere Investitionen und jahrzehntelange Forschungsarbeit. Neben der Demontage aller Fabriken und der Wegnahme privater und staatlicher Vermögenswerte hatten sich die westlichen Siegermächte noch auf eine besondere Demütigung geeinigt, indem sie den Deutschen eine Art Gehirnwäsche verordneten, die als "re-education" (Umerziehung) in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist.
Diese Umerziehung richtete sich in erster Linie nicht, wie es nahe gelegen hätte, gegen die Ideen des Nationalsozialismus, sondern sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Demokratische Gesinnung wurde und wird mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt. Auch die Umerziehung dürfte als ein besonders schwerwiegender Rückfall in die Zeit der Glaubenskriege angesehen werden. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete später (am 30. April 2005) über die US-Umerziehungsexperten: >>**Wir waren nicht mehr wehrlos**
Von Ulrich Baron
Die Ritchie Boys: Wie deutsche Emigranten dem amerikanischen Geheimdienst halfen
So hatte sich der 1911 in Budapest geborene János Békessy die militärische Lage in den USA nicht vorgestellt. Nachdem ihn ein Militärlaster an der Bahnstation von Baltimore abgeholt und stundenlang durch das verschneite Land gefahren hatte, sah er dort das, vor dem er 1940 aus Europa geflohen war: "Eine Kompanie uniformierter SS marschierte an mir vorbei.
Ein deutscher Militärwagen, wie ich ihn aus Dieuze kannte, ratterte an mit vorüber: Zwei deutsche Offiziere saßen steif im Fond des Wagens." Auch deren fernöstliche Verbündete waren nah: "Auf dem Feld zu unserer Rechten exerzierte eine japanische Kompanie, während sich im Hintergrund die Umrisse eines deutschen Panzers abhoben."
Verkehrte Welt! Doch auch ein siegesgewisser Nazi, den es zu dieser Zeit in die Berge Marylands verschlagen hätte, wäre verblüfft und wohl ein wenig enttäuscht gewesen, weil die meisten dieser SS-Männer Jiddisch sprachen. Das in der idyllischen Landschaft der Blue Ridge Mountains gelegene Camp Ritchie war kein Brückenkopf der Achsenmächte in den USA und

auch kein gewöhnliches amerikanisches Militärlagerlager, sondern ein "Military Intelligence Training Center", ein Ausbildungszentrum für psychologische Kriegsführung. Vor allem deutschsprachige Emigranten aus Europa wurden hier für Einsätze als Verhör- und Propagandaspezialisten jenseits des Atlantik vorbereitet. Dabei waren viele von ihnen damals noch gar nicht richtig in den USA angekommen.
Jahrzehnte später hat der Dokumentarfilmer Christian Bauer einige Veteranen unter den "Ritchie-Boys", aufgespürt und sie ihre Geschichten erzählen lassen. Jenen János Békessy aber, der seine Ankunft im Camp so plastisch geschildert hatte, konnte er nicht mehr interviewen. Der war bereits 1977 im Tessin verstorben - nachdem er es unter seinem Pseudonym Hans Habe zu einem der bekanntesten deutschsprachigen Publizisten der Nachkriegszeit gebracht hatte.
Solche Namenswechsel waren nicht selten in der Geschichte der Ritchie-Boys, und das nicht nur weil sie in geheimer Mission kämpften. Wenn der 1922 in Hildesheim geborene Günther Stern zu Guy Stern, wenn der gleichaltrige Fritz Ehrlicher zu Fred Howard wurde, so war das auch ein Bekenntnis zu ihrer neuen Heimat, die für die meisten von ihnen USA hieß. Leicht hatte man ihnen es dort nicht gemacht. Guy Stern war mit nur 15 Jahren ins Land gekommen, als einziger seiner fünfköpfigen Familie, der ein Einreisevisum erhalten hatte, und - wie er später erfuhr - als einziger, der dem Holocaust entkam.
Für viele der deutschen Emigranten, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung zuerst aus politischen und bald auch aus rassistischen Gründen verfolgt worden waren, wurden die USA spätesten dann zum Gelobten Land, als Exilländer der ersten Stunde wie die Tschechoslowakei und Frankreich der Übermacht Deutschland erlagen. Doch wer die ersehnte Einreiserlaubnis bekommen hatte, sah sich oft bald ernüchtert.
Der Antisemitismus hatte am Atlantik nicht halt gemacht, und nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 galten die deutschstämmigen Auswanderer in Amerika als "enemy aliens", als feindliche Ausländer und potentielle Agenten ihrer einstigen Verfolger. Für den 1918 im polnischen Lublin geborenen Maler Si Lewen war das Ende seines amerikanischen Traums schon bald nach seiner Ankunft in New York im Jahre 1935 gekommen, als ein Polizist, der ihn als Juden erkannt hatte, den Jungen im Central Park ausraubte und zusammenschlug.
Die freiwillige Meldung zum Militär war auch ein Mittel sich Respekt zu verschaffen und zu zeigen, daß man auf Seiten Amerikas stand. Für junge jüdische Emigranten, die verzweifelt und oft vergeblich versucht hatten, ihre Eltern und Geschwister vor dem Untergang zu bewahren, bedeutete dieser Schritt aber noch viel mehr. "Ich habe geweint, als ich mein Gewehr bekam", zitiert Bauer den ehemaligen Ritchie-Boy Stefan Heym: "Ich war nicht mehr wehrlos. Zum ersten Mal konnte ich mich verteidigen."
Doch die Männer von Camp Ritchie sollten nicht auf die Deutschen schießen, Sie sollten mit ihnen und zu ihnen sprechen. Denn wer hätte die Mentalität eines feindlichen Soldaten besser gekannt als sein ehemaliger Schul- oder Turnkamerad? Guy Stern, inzwischen ein emeritierter Professor für deutsche Literatur in Detroit, erinnert sich an eine solche Begegnung.
Während der Kämpfe in der Normandie stieß er in den Unterlagen kriegsgefangener Deutscher auf den Namen eines Mannes, den er aus dem Turnverein kannte. Zum nächtlichen Verhör bestellt, habe sich der gefangene Offizier verblüfft über die Detailkenntnis des Amerikaners gezeigt. Erkannt hat er ihn nicht.
Kleider und mehr noch Uniformen machen Leute. Aber die Frage, die Guy Stern am liebsten gestellt hätte, mußte er sich versagen, um seine Identität nicht zu verraten. Erst Monate nach Kriegsende sollte er die Antwort darauf erhalten: Seine Eltern, seine Schwester und sein Bruder waren im Warschauer Ghetto umgekommen.
Aus Sicht mancher ihrer amerikanischen Kameraden - und mehr noch aus Sicht ihrer einstigen Landsleute - erschienen die Ritchie-Boys sicherlich als privilegiert, weil sie mit Worten,

Flugblättern, Lautsprechern kämpften. Die Küche im Camp galt als die Beste der US-Army. Und welcher GI hätte Fred Howard und Guy Stern nicht um ihre Jeep-Partie mit Marlene Dietrich beneidet? Und es gab auch komische Szenen, wie die mit den Männern der Counter Intelligence Group, die versuchten "eine Gruppe von ziemlich verwirrten Deutschen zu verhören - in höchst elegantem Französisch".
Auf den Vorschlag, es doch einmal auf Deutsch zu versuchen, soll der Captain geantwortet haben: "Nach unserer Landkarte sind wir in Aix-La-Chapelle. Wir sind doch in Frankreich?" Daß es sich bei Aix-La-Chapelle um den französischen Namen Aachens handelt, war ihm entgangen. Dramatischer war schon das Erlebnis, das Guy Stern mit dem für seine Geschäftstüchtigkeit und seine Abkürzungen berüchtigten Sergeant "Short Cut" Rabinek hatte.
Nachdem Rabinek wieder einmal die falsche Abkürzung gewählt hatte, fanden sich beide plötzlich mit leerem Tank in unmittelbarer Nähe einer deutschen Stellung wieder. Zudem hatte der Sergeant das Benzin im Reservekanister gegen Calvados eingetauscht, doch glücklicherweise soll der Motor auch damit angesprungen sein.
Solche Anekdoten sind der Stoff, mit dem man Kriegserlebnisse erträglich macht, doch bevor etwa Werner Angress mit Beuteaquavit auf den Tod Hitlers anstoßen konnte, hatten er und viele seiner Kameraden ihr Leben riskiert. Es gehörte Mut, ja Tollkühnheit dazu, sich mit einem Lautsprecherwagen, dessen Schall zunächst kaum mehr als 50 Meter reichte, der feindlichen Front zu nähern. "Eine typische Army-Dummheit" nannte Si Lewen diese Praxis, die auf Seiten der Roten Armee auch von kommunistischen Exilanten geübt wurde: "Die Deutschen mußten nur dahin schießen, wo der Ton herkam - schon erwischten sie das ganze Team."
Schlimmer noch war die Gefahr, gefangen genommen und als ehemaliger deutscher Jude erkannt zu werden. Angress, der bei Beginn der Invasion seinen ersten Fallschirmabsprung absolviert hatte, landete hinter den deutschen Linien, wurde eingesperrt und zwei Wochen danach von US-Truppen befreit. Später wäre er in Frankreich fast von Amerikanern erschossen worden, die ihn wegen seines Akzents für einen verkleideten Deutschen hielten.
Eines der erschütterndsten Erlebnisse beschreibt Morris Parloff, einer der wenigen gebürtigen Amerikaner unter den Ritchie Boys, der die Befreiung des Lagers Nordhausen miterlebt hat. Ein ehemaliger Insasse sei auf einen mehr als zwei Meter hohen Aschehügel gestiegen und habe gerufen, er stehe auf einem Haufen jüdischer Asche: "Ich schrie ihn an, er solle herunterkommen", erinnert sich der Psychologe: "Aber er kam nicht runter, er sah mich nur an, als wolle er sagen: 'Was willst du? Das ist unser Leben'."
Schließlich habe er den Mann vom Aschenhaufen heruntergezogen, doch mit ihm selbst sei dabei etwas Seltsames passiert: "Ich konnte mich nicht mit diesen Menschen identifizieren. Sie behaupteten, sie seien Juden, und ich war Jude, aber das waren keine Juden, wie ich sie kannte."
Als er versucht habe, zu den Befreiten zu sprechen - nicht auf Deutsch, sondern auf Jiddisch - habe er feststellen müssen, daß er seine Sprache verloren hatte - "ich wußte kein einziges Wort mehr - ich hatte alles vergessen - verdrängt. Ich war kein Jude mehr, nicht so!"
Mit solchen Erfahrungen bleibt jeder allein, und die Geschichte der Ritchie Boys ist im Leben der meist noch sehr jungen Beteiligten Episode geblieben. Stefan Heym hat ihr Wirken in seinem Roman "Der bittere Lorbeer" ("The Crusaders", 1948) beschrieben und darin scharfe Attacken gegen das amerikanische Militär und dessen Geschäfte mit Nazis geführt. Hanus Burger hat die USA bei Beginn der McCarthy-Ära verlassen, als die Formel "Antifaschist gleich Kommunist" wiederbelebt wurde. Hans Habe hat in "Ich stelle mich" 1948 nicht nur seine Ankunft im Camp, sondern auch seine persönlichen Verdienste ausführlich gewürdigt.
Die meisten der Ritchie-Boys allerdings sind in den USA geblieben, wo vom Camp, das viele von ihnen in sehr rascher Folge durchlaufen haben, nur noch eine Reihe leerer Gebäude und baufälliger Baracken übrig geblieben ist.
Deren einstige Bewohner, mit denen Christian Bauer gesprochen hat, haben inzwischen er-

folgreiche Berufsleben hinter sich und waren ziemlich erstaunt darüber, daß gerade ein Deutscher sich für diesen Teil ihrer Geschichte interessierte.
Si Lewen, der nach dem Krieg einen totalen Zusammenbruch erlebte, ist schließlich in den Staat New York gezogen, zeichnete dort Bilder, die er seit 1985 nicht mehr verkaufen will, arbeitet mit Holzkohle, die ihn an die Asche der Toten erinnert. Später zerschneidet er die Leinwand. ',In meiner Arbeit', sagt er, ‚hat nichts Bestand - alles ist Teil einer großen Transformation.'"
Als Christian Bauer mit Guy Stern und Fred Howard im Oktober 2003 das zum Fort beförderte Camp Ritchie besucht, steht auch dessen Transformation bevor. Seine Holzbaracken, weiß und zweistöckig, warten auf den Abriß. Betten und Installationen sind verschwunden, der Bodenbelag löst sich. Deutsche und japanische Uniformen sind längst aus den Blue Ridge Mountains verschwunden, und nur Wildgänse kreischen am nahe gelegen See.
Christian Bauer, Rebekka Göpfert: Die Ritchie Boys. Hoffmann & Campe, Hamburg. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9. Februar 2008) (x887/...): >>**Nun sind die Engländer dran**
Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem letzten Weltkrieg ...
Auch die britische Besatzungspolitik macht deutlich, daß die Sieger des Zweiten Weltkrieges kein Konzept hatten, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen wollten. Es ging ihnen allein darum, Deutschland zu zerschlagen. Die Briten begründeten das mit der Behauptung, die "Junkerkaste" sei der Hort des "Militarismus" und Preußen der Herd aller Kriege gewesen, und was der unsinnigen Behauptungen mehr waren. ...
Juristisch vertrat Großbritannien die Ansicht, durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht sei keineswegs das Deutsche Reich untergegangen. Es existiere vielmehr fort. Zur Zeit sei die Regierungsgewalt lediglich auf die Besatzungsmächte übergegangen.
Sogleich ging man daran, im Sinne der Umerziehung zunächst aus den Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, später auch aus der Wirtschaft alle Personen zu entfernen, die nach Ansicht der Besatzungsmacht politisch belastet waren. Sie wurden ersetzt durch Personen, deren Qualifikation darin bestand, daß sie wirklich oder angeblich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Das führte dazu, daß - wie auch in der US-Zone - bald größte Schwierigkeiten auftraten, woraufhin die strikte Entnazifizierungspolitik gelokkert werden mußte.
Die Zeitungen waren zunächst ausschließlich in den Händen der Besatzungsmacht, und auch als 1947 die Militärregierung deutschen Antifaschisten Lizenzen für Zeitungen erteilte, durften zunächst nur Meldungen veröffentlicht werden, die den Besatzern paßten. Volker Koop meint, daß Axel Springer dabei Hauptgewinner war, weil er "Die Welt" als Organ der Militärregierung verlegen durfte. In den Kinos wurden lediglich britische Filme, zum Teil mit deutschen Untertiteln, gezeigt sowie speziell für die Besiegten hergestellte Wochenschauen. Kirchen, Parteien, darunter zunächst auch die Kommunisten, und Gewerkschaften erhielten den Auftrag, die Deutschen im Sinne der Besatzungsmacht umzuerziehen.
Die Deutschen mußten Fragebögen mit 133 Fragen ausfüllen, darunter auch jene, was der Betreffende 1932 gewählt habe. Danach wurden sie in fünf Kategorien eingeteilt von "entlastet" bis "hauptschuldig" und gegebenenfalls vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt. Die Briten hatten genauso wie die Amerikaner, Franzosen und Sowjets Internierungslager eingerichtet, in die etwa 60.000 Personen eingeliefert wurden, welche die Besatzungsmächte automatisch arretierten und teils jahrelang festhielten, meist ohne Anklage und ohne Urteil. …<<

Die völkerrechtswidrige Hungerpolitik der sogenannten Befreier

> Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.
> *Karl Marx (1818-1883, deutscher Philosoph, Journalist, Sozialist und Schriftsteller)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Die anglo-amerikanischen Bombenangriffe gegen Deutschland hatten rd. 1,6 Millionen Gebäude vernichtet. 3,37 Millionen Wohnungen existierten im Mai 1945 nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364). Viele große deutsche Städte waren total verwüstet und dem Erdboden gleichgemacht. Überall herrschten chaotische Zustände, so daß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung kaum möglich war. In Mittel- und Westdeutschland waren fast alle Großstädte sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen zerstört.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen - ein Fünftel des gesamten Wohnraums - völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brücken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen. Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten. In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.

Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.

Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen - ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen - 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<

Die industrielle Produktion Westdeutschlands erreichte 1945 nur noch 18 % des Volumens von 1936 (x148/15). Die verbliebenen deutschen Wirtschaftsbetriebe wurden durch Aufsplitterung, Reparationen und Beschränkungen der jeweiligen Besatzungsmächte zusätzlich geschwächt, so daß die Versorgung der Bevölkerung fast unmöglich wurde. Der ehemalige deutsche Binnenmarkt wurde durch Zonengrenzen unterbrochen, die Währung war total zerrüttet und Aufbaukredite gab es nirgends. Im gesamten Land breiteten sich Hunger, Resignation und Hoffnungslosigkeit aus.

In jener Zeit kamen zusätzlich Millionen von geflüchteten und vertriebenen Ost- und Volksdeutschen in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten.

Damit man die angestrebten Hauptziele **Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung** ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtete am 14. Mai 1945 über das besetzte Deutschland (x043/31): >>**Deutschland muß sich selbst ernähren**

Das US-Kriegsernährungsamt dementiert die Gerüchte, daß Deutschland einen wesentlichen Teil der zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel erhalte, die die Vereinigten Staaten nach Europa verschiffen werden, daß irgendwelche Lebensmittel an Deutsche verteilt worden seien, ausgenommen völlig mittellose und heimatlose Personen.

Dieses Dementi wird vom Kriegsministerium bestätigt unter dem Hinweis auf Eisenhowers

Erklärung, daß Deutschland sich selbst ernähren müsse.<<
In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wurde von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und mußte am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).
Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107** der Charta der Vereinten Nationen **von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).
Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1945 (x095/18-20): >>Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. Rußland läßt einen eisernen Vorhang herunter. Ich glaube nicht, daß es sich bei der Verwaltung der Hälfte Deutschlands, die ihm überantwortet ist, von der Zentralen Kontrollkommission irgendwie beeinflussen lassen wird. Die weiterblickenden englischen und amerikanischen Stellen teilen wohl diesen Standpunkt, denn sie haben keine Hoffnung, in Zukunft aus diesem Teil Deutschlands noch Zufuhren an Lebensmitteln zu erhalten. …
In wirtschaftlicher Hinsicht ist man über die allerkümmerlichsten Anfänge noch nicht hinausgekommen. So wird es sie interessieren, daß die Förderung im Industriegebiet 10 % normal beträgt und daß von diesen 10 % 7 % nach Frankreich gehen. Daß mit dem Verbleib der 3 % die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann, auch nicht der Eisenbahnverkehr, daß kein Hausbrand zur Verfügung stehen wird, brauche ich nicht zu sagen.
Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 5. August 1945 aus Bayern (x124/40-41): >>Wir fuhren abermals nach Würzburg. ... Ein Polizist, den ich herbeiwinkte, erzählte uns vom Großangriff, der diese wunderbare Stadt drei Wochen vor Kriegsende in eine Todeslandschaft verwandelte ... 20.000 Menschen, ein Fünftel der Bevölkerung, fiel den Bomben zum Opfer. Tausende von Leichen liegen noch in den Ruinen.
Gespenstisch die Truppe verhungerter Heimkehrer in der Totenstadt, schlimmer die Krüppel auf den Landstraßen, an denen immerfort die Wagen der wohlgenährten, vergnügten Amerikaner vorbeibrausen. Warum quält mich der Anblick so? Warum kann ich mich an unsere Besiegtenrolle so schwer gewöhnen? ...
Im Ruhrgebiet werden Bergleute bestraft, die ihre Zusatzrationen mit ihren hungernden Familien teilen. Andere erscheinen nicht zur Arbeit, weil sie ihre Angehörigen vor Überfällen plündernder Ausländer nicht ungeschützt lassen wollen. ...<<
Feldmarschall Montgomery erklärte am 1. September 1945 in London (x111/70): >>Mein vorläufiges Ziel ist eine Zuteilung von 1.500 Kalorien pro Tag an die deutsche Bevölkerung, aber selbst diese Menge kann wegen Verteilungsschwierigkeiten nicht überall ausgegeben werden. Die Lage wird noch dadurch verschlimmert, daß die diesjährige Ernte ungewöhnlich schlecht ist. Es gibt nur eine Lösung: Lebensmittel nach Deutschland einzuführen.<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.
... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die damalige wirtschaftliche Lage in Deutschland (x028/155): >>... Der Zustand der deutschen Wirtschaft war so schlimm, wie er nur sein konnte. Ihre industrielle Produktion erreich-

te nur 27 Prozent des Vorkriegsvolumens.
Dieser alarmierende Rückgang lag zum Teil an der gründlichen Demontage der deutschen Industrie, wie sie der Potsdamer Politik der "Reparationen durch Sachleistungen" entsprach, sie lag aber auch an der Verwüstung durch den Krieg, an der Spaltung des alten Wirtschaftsgefüges durch die Aufteilung in Zonen, schließlich aber auch an mangelnden Arbeitskräften, denn Millionen waren noch in Kriegsgefangenschaft, und die Menschen in Deutschland waren durch Unterernährung und Krankheiten in ihrer Arbeitsleistung deutlich beeinträchtigt. ...<<
In den westdeutschen Besatzungszonen waren im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % litten an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder hatten aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebswasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstanden durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.
Ein Zeitzeuge berichtete damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammengefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...
Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<
Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlaubten, verbaten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren, schlugen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.
Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot untersagte US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kamen, an die deutsche Bevölkerung.
US-Präsident Truman erklärte am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben. ...
Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen.
Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.
Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<
Das Jahr 1946 brachte keine wesentliche Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern mußten. In der nordamerikanischen und britischen Zone betrugen die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" vielerorts nicht einmal 50 %

des Mindestbedarfs.
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 10.12.1945 bis zum 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübte, täglich rund 3.000 Kalorien benötigte. Obgleich die Vereinten Nationen damals täglich 2.650 Kalorien für notwendig hielten, betrug die offizielle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit höchstens 1.500 Kalorien und sank oftmals sogar erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584).
Im Ruhrgebiet waren Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % litten an Hungerschäden und 40 % waren tuberkulosegefährdet.
In der britischen Zone wurde am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt.
Am 1. Februar 1946 wurden die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone um 25 % gekürzt und betrugen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).
"The Times" berichtete am 26. März 1946 über die Hungersnot in der französischen Besatzungszone (x043/163): >>Für die Einwohner der französischen Zone in Deutschland ist der Kaloriengehalt in der Normalration um 220 Kalorien beschnitten worden, so daß derselbe heute nur noch 915 Kalorien beträgt. Es ist die kleinste zur Verteilung gelangende Ration in allen 4 Zonen.<<
In der US-Zone sanken die Rationen der Deutschen im Mai 1946 auf weniger als 1.200 Kalorien.
Laut Untersuchungsberichten von UNRRA-Sachverständigen waren für einen gesunden, arbeitenden Menschen etwa 2.500 Kalorien absolut notwendig (x043/163).
Im Mai 1946 machte deshalb vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<
Der US-Militärgouverneur unterzeichnete am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag", so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen konnten (x175/425).
In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickte man später fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die CARE-Pakete wurden durch den "Deutschen Zentralausschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen konnten die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket brachte den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die CARE-Hilfe für Deutschland (x051/99): >>CARE-Organisation, 1946 in den USA gegründete Hilfsorganisation, die auf privater Basis zur Linderung der Nachkriegsnot in Europa, insbesondere in Deutschland beitrug.
Inbegriff der Hilfe waren die CARE-Pakete, die Angehörige, Freunde und Unbekannte für notleidende Europäer bei der CARE-Zentrale in New York in verschiedenen Ausführungen bestellen konnten - Baby-Ausstattungspaket, Kinder-Nahrungspaket, Fettpaket usw.
Die CARE-Sendungen für die Bundesrepublik wurden 1960 eingestellt; geschätzter Gesamtwert der CARE-Hilfe für Deutschland über 300 Millionen DM.<<
Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtete im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für den Industriearbeiter zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagsmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.
Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<
Die Zeitung "Vaterland" berichtete am 12. Juli 1946 über die schlimmen Zustände im Ruhrgebiet (x117/30): >>Zerstörte Städte bieten einen gespenstischen Anblick, furchtbarer und gespenstischer aber ist der Anblick von Menschen, aus deren Gesichtern die letzte seelische und materielle Not spricht, die keine Hoffnung mehr zuläßt.

Und in diese Städte strömen neue Menschenmassen. ...<<
Das "Handelsblatt" berichtete am 18. Juli 1946 über die dramatische Ernährungslage (x111/-193): >>... Nur wenn es gelingt, die Millionen hungernder Städter vom Lande fernzuhalten, kann mit einer besseren Erfassung auf den Bauernhöfen gerechnet werden.
Dies setzt jedoch eine allgemeine Erhöhung der Rationen voraus, denn bei Rationen von etwa 1.000 Kalorien am Tage wird es niemals gelingen, das Hamstern von Lebensmitteln und den Schwarzen Markt zu unterbinden.<<
Die "Neue Berner Zeitung" berichtete im Juli 1946 über die Hungersnot im Ruhrgebiet (x117/112): >>Soll man sich auf den Standpunkt stellen, je mehr Deutsche zugrunde gehen, um so besser?
Das würde nicht weniger bedeuten, als daß der schlimmste Naziungeist auch uns erfaßt hat.
Oder soll man nicht eher den Notleidenden die helfende Hand reichen?
Wollen wir nicht gerade darum, weil wir keine Nazis sind, auch zeigen, daß wir anders sind und die reine Menschlichkeit höher stellen als alle politischen Rechnungen? ...<<
In den europäischen Staaten stehen der Bevölkerung im Juli 1946 pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 19. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273): >>In der Amtsstube (herrscht) schreckliche Kälte; wir rückten so nahe an unseren Elektro-Ofen, daß unsere Kleider zu rauchen anfingen.
Mittags versuchte ich vergeblich, etwas zu erledigen. Die verhungernden und frierenden Leute, die in den Geschäften herumstanden, taten mir leid.
Nachmittags der Besuch eines Schauspielers, der seine Erlebnisse im US-Gefangenenlager Heilbronn erzählte. Sie waren den Tschechen-Greueln durchaus ebenbürtig, die wir durch Monate übersetzt hatten.
Zu Hunderten ließ man die Gefangenen verhungern, während die Wachen die ihnen abgenommenen Lebensmittel vernichteten. Armlose, Beinamputierte versanken im Morast, ohne daß man den Gesunden gestattete, ihnen beizustehen - und das nicht etwa im Rachetaumel der ersten Wochen, sondern Monate hindurch, in systematischer Vernichtungswut.
Die Ereignisse in einem besiegten Land sind wahrlich nicht dazu angetan, das Schuldgefühl des Besiegten zu stärken. ...<<
Josef Kardinal Frings, von 1942-69 Erzbischof in Köln, ergänzte am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<
Der britische Feldmarschall Montgomery erklärte während einer Rede im Jahre 1946 (x268/-32): >>... Die deutschen Lebensmittelbeschränkungen werden bleiben. Wir werden sie bei 1.000 Kalorien halten. ... Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800.<<
Eine US-Erziehungskommission berichtete im Jahre 1946 über die chaotischen Lebensverhältnisse in Westdeutschland (x243/161): >>... Nirgends in der Welt ist es möglich gewesen, das Gebäude einer erfolgreichen demokratischen Selbstregierung auf der Grundlage des Hungers und der wirtschaftlichen Unordnung zu errichten. ...
Im Juli betrug das Durchschnittsgewicht der 10jährigen Knaben beinahe 10 % unter der Altersnorm. ... Das erschreckende Ansteigen der Tuberkulose beleuchtet die Ernährungskrise sehr eindringlich, während das Auftreten der Krätze die Aufmerksamkeit auf die Folgen des Mangels an Seife und warmem Wasser lenkt. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Hungerrationen

der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 - 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<

Ein französischer Journalist, der im Jahre 1946 durch die britische Besatzungszone reiste, berichtete später (x114/1.142-143): >>Nichts verursacht so viele Angst- und Wahnvorstellungen wie eine Reise durch ein Land, das in Trümmern liegt.

In Hannover bestieg ich die Straßenbahn vor dem Hauptbahnhof und fuhr fast eine Stunde lang Kilometer für Kilometer an ausgebombten Häusern, Ruinen und verbrannten Gebäuden vorbei. In Bremen war es das gleiche. In Köln und Hamburg dann wieder dieselbe Erfahrung. ...

Die Tagesrationen, von denen die Menschen lebten, waren absurd. In Essen war ich bei einer Familie, deren junge Tochter frühmorgens zur Arbeit ging. Sie nahm eine einzige Scheibe Brot und eine Tomate als Essen für den ganzen Tag mit.

Die ganze Sache kam mir wie ein expressionistischer Film vor, den man nach 1918 in Deutschland gedreht hatte - in einer feindlich-grausamen und irrealen Atmosphäre.<<

Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht - keine Leistung ohne Gegenleistung.

Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden, brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten.

Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab. Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden. Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen.

Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.

Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.

Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden zogen durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschten in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breiteten sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schlossen in jener Zeit Ehen mit Besatzungssoldaten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Schwarzmarkt" (x051/-531): >>… Illegaler Verkauf oder Tausch von Waren, die bewirtschaftet sind oder deren Preis

staatlich festgelegt ist.
Der Schwarzmarkt-Preis ist dabei stets erheblich höher, was für die Schwarzmarkt-Händler hohe, zudem der Besteuerung entzogene Gewinne bedeutet. Schwarzmarkt entsteht immer dann, wenn die vorhandenen Warenmengen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen und rationiert sind. So entwickelten sich schon in der letzten Kriegszeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten Ansätze eines Schwarzmarktes, der dann nach Kriegsende aufblühte und erst durch die Währungsreform 1948 beendet wurde. Die Jahre 1945-48 werden daher auch oft Schwarzmarkt-Zeit genannt.<<
Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über die "Schwarzmarktzeit" (x118/8-9,12-13): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschte das Schimpfwort vom "Kriegsgewinnler" die Diskussion, während des Zweiten Weltkrieges trugen Kohlenklau, Verräter und feindliche Agenten die Schuld an dem, was den Deutschen zustieß, und nach 1945 war es eben der Schieber. Arbeiterdemonstrationen befaßten sich ausgiebig mit dem Schieberunwesen. "Die Schieber an den Galgen!" Solche Sätze wurden auf Transparenten durch die Trümmerstraßen getragen, und sie waren ernst gemeint.
Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen wäre, Großschieber zur exemplarischen Abschreckung in mittelalterlicher Weise auf den Marktplätzen der Städte zu hängen. Diese Haltung war um so bemerkenswerter, als sich die meisten Menschen selber an den Schwarzmarktgeschäften beteiligten.
Wer auf dem Lande lebte, freute sich, ein paar überzählige Kartoffeln gegen einen Kochtopf eintauschen zu können. Und die Städter trugen hinaus, was sie entbehren konnten. Wer sich von diesem Kreislauf der schwarzen Marktes fernhielt, tat es nicht aus Überzeugung, sondern weil ihm Tauschbares fehlte oder er den Strapazen und Risiken dieser verbotenen Geschäfte nicht gewachsen war.
Wir waren alle kleine Schieber, aber der Haß auf die großen Schieber, die wir uns wohlgenährt in Luxusvillen wie im Frieden lebend vorstellten, war ungeheuer. ... Die Strafen waren hart, sie standen denen des Dritten Reiches kaum nach. Schwarzschlachten, Schnapsbrennen oder Milchpanschen brachte die Schuldigen für viele Jahre ins Zuchthaus. ...
Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die Behörden und Alliierten.
Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die 10 Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes?
Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft. Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war normaler, als die ins Groteske übersteigerte Planwirtschaft. Der schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente. Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten. ...<<
>>... Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit den psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles.
Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.

Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungsinder ... alles war entschuldbar mit Krieg- und Nachkriegswirren.
Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz "Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: "Es ist eben Krieg." …
Noch aus anderen Gründen sind die psychologischen Gründe jener Zeit bemerkenswert. Wer das Elend überstand, entwickelte ein Gefühl des Stolzes. In den Berichten über die schrecklichen Zustände der vierziger Jahre schwingt unausgesprochen stets der Hinweis mit: So stark waren wir, daß wir das durchgestanden haben!
Aber es ist kein Verdienst, durch das Elend gegangen zu sein, und es ist keine Schuld, diese Prägung nicht erfahren zu haben. Zum geistigen Hochmut, zum Herabschauen auf jene "verweichlichten" Menschen, die in diese Schule nicht gegangen sind, besteht kein Anlaß.
Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln.
Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen oder Dauernden liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.
Eines hat die Schwarzmarktzeit sicherlich bewirkt, sie hat dem folgenden Wirtschaftswunder den richtigen Glanz verliehen. Weil sich das Elend im Nachkriegsdeutschland so fest eingenistet hatte, entstand später die überschwengliche Aufbruchstimmung für die Reise in das gelobte Land des Wohlstandes. ...
Weiß Gott, eines hatten uns die Bewohner des elenden Restdeutschlands nach 1945 voraus, sie besaßen eine Zukunftsperspektive. Für sie konnte es nur noch besser werden, und es lohnte sich zu überleben, um auf diese Zukunft zu warten.<<
Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).
Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schrieb am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<
Im Januar 1947 wurden nur in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon waren 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).
In Berlin waren seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren und mehr als 40.000 Menschen hatten schwere Erfrierungen erlitten, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Wärmehallen errichtet werden mußten (x111/283).
Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist war, veröffentlichte am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.
Der Hoover-Bericht forderte in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208, x114/2.166, x021/473, x073/225): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<

>>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...
Dieses Volk ist - in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft - auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<
>>... Europas Produktivität kann nicht wiederhergestellt werden, solange Deutschland nicht wiederaufgerichtet wird. ... Und es darf weder eine Abtrennung der Ruhr oder des Rheinlandes von Deutschland noch ein gesondertes Regime für diese Gebiete geben, ... weil sie das Herz der deutschen Industriewirtschaft sind. ...<<
>>... Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion. Die gesamte Wirtschaft Europas ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohstoff und Fertigwaren eng verkettet. Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen. ...
Es ist eine amerikanische Politik angekündigt worden, die die Grenzen der westlichen Zivilisation verteidigen soll. Die wichtigsten dieser Grenzen sind die deutschen und japanischen. Wenn diese verloren gehen, sind ganz Europa und der ganze Ferne Osten verloren. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Hoover-Bericht" (x063/621-622): >>Von entscheidender Bedeutung war der Herbert-Hoover-Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht am 18. März 1947. Er war das Ergebnis der Europa-Mission Hoovers im Februar jenes Jahres, auf der Gustav Stolper ihn begleitete. ...
Dieser Bericht führte der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen, daß der zu Hause längst diskreditierte "Morgenthauplan" in der Geheimdirektive JCS 1067/6 weiterlebte, nämlich "Deutschland in einen Staat von Hirten und Ackerbauern zurückzuverwandeln. ... Dies durchzuführen wäre unmöglich, es sei denn, wir rotten 25 Millionen Menschen aus oder vertreiben sie."
Der Bericht zerpflückte auch den "erstaunlichen Deutschen Produktionsplan" vom 28. März 1946 als "... ein von Anfang an unmögliches Unterfangen".
Dieser Produktionsplan wird lang im Gedächtnis haften als ein einzigartiges Beispiel menschlicher Torheit im anspruchsvollen Gewand gelehrter Terminologie. Wenn irgend etwas geeignet war, die Autorität der Volkswirtschaftler in Verruf zu bringen, so war es dieses Dokument.
Während im Jahre 1936 neunzehn Millionen Tonnen Stahl erzeugt wurden, sollte nach diesem … Plan die Produktion nur noch 5,8 Millionen Tonnen betragen, und nur "die älteren Maschinen" sollten verwendet werden!
Die Liste der "Verbotenen Industrien" - "um Deutschlands Kriegspotential auszulöschen" - war lang und grotesk. Sie ging vom Verbot synthetischen Benzins und Kunstkautschuks, der Kugel- und Rollenlager bis zum Verbot von Wasserstoffsuperoxyd und Rundfunkgeräten. Fahrräder, Motorräder - bis 60 ccm -, Glas, Möbel und Keramik durften ungeschmälert hergestellt werden!
"Wir können Deutschland zwar wirtschaftlich in Ketten halten, aber dann halten wir Europa in Lumpen", faßte der Hoover-Stolper-Bericht zusammen. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. April 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/62): >>... Der Hunger grassiert in Westdeutschland. Schwerarbeiter verloren im Laufe eines Monats 3,64 kg Körpergewicht. Die offene Tuberkulose greift immer mehr um sich. Menschen fallen vor Hunger auf der Straße um, alte Leute kommen, wenn ein Bett frei

sein sollte, in die Krankenhäuser und sterben, sterben, sterben. Nicht an Altersschwäche, sondern an Hunger.
Die Gefahr ist groß, daß sich junge Menschen in solch einer Situation dazu verleiten lassen, lieber bei Schiebergeschäften mitzumachen, als bei ordentlicher, schlechtbezahlter Arbeit zu darben. ...<<
In Nürnberg streikten am 14. Juli 1947 wieder viele entkräftete Arbeiter. Sie protestierten gegen die völlig unzureichenden "Hungerrationen".
Die in der US-Zone durchgeführten Gewichtskontrollen ergaben, daß das Durchschnittsgewicht der deutschen Zivilbevölkerung im Sommer 1947 erneut gesunken war und beträchtlich unter dem für die Gesundheit erforderlichen Mindestgewicht lag. Die Tuberkuloseerkrankungen hatten gegenüber 1946 um fast 50 % zugenommen (x111/380).
US-Militärgouverneur Clay erklärte am 1. Oktober 1947 vor der Presse, daß ein Widerstand gegen Demontagen von den Engländern und Amerikanern mit der Einstellung von Lebensmittellieferungen nach Deutschland beantwortet werden müsse (x111/373).
91 % der Studenten und 81 % der Studentinnen der Universität Frankfurt/Main besaß am 21. November 1947 ein Untergewicht von mehr als 10 kg (x111/392).
Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch berichtete am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft.
Worüber wird geschwiegen? Erst aus der Nähe, zusammengepfercht, sieht man die Armut am Kragen, am Ellbogen. Berlin in seinen letzten Anzügen. ...
Alles unerschwinglich, wenn man mit Löhnen rechnet, aber billig, wenn man mit Zigaretten rechnet. ...
100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.
Am 1. Mai 1950 wurde die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung bzw. Ausgabe von Lebensmittelkarten seit dem 27.8.1939 in der Bundesrepublik Deutschland beendet.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9. Juni 2007) (x887/...): >>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**
Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen
... Auf der politischen Ebene gerieten sich sehr schnell die Westalliierten und die Sowjetunion in die Haare, so daß die zunächst angekündigte Erhaltung der Einheit Deutschlands schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der Londoner Außenministerkonferenz scheiterte. Alles trieb auf die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten zu, damit sich die Westalliierten und die Sowjetunion das Potential in dem jeweils von ihnen besetzen Teil Deutschlands für die sich anbahnenden Konflikte sichern konnten. Immer noch aber wußten die Alliierten nicht, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen sollten.
Da wurden Pläne gesponnen über die Neutralisierung Deutschlands, über die Dezentralisierung der westlichen Zonen, über die internationale Kontrolle, die man über weite deutsche Gebiete verhängen wollte. Und die Deutschen hungerten, froren und schlugen sich mühsam durchs Leben. Die von den Alliierten zugebilligten Lebensmittelrationen sanken zeitweise auf 850 Kalorien pro Tag. Wer sich allein von den Lebensmittelmarken ernähren mußte, war dem Hungertod ausgesetzt.

Aber die Deutschen schlugen sich durch: Sie hamsterten auf dem Lande, tauschten, betrieben Schwarzhandel, legten auf jedem brauchbaren Stückchen Erde Gärten an, klauten Kohle von den Zügen, die deutsche Kohle ins Ausland bringen sollten. Der beste Schutz war der Zusammenhalt der Familien, während Alleinstehende und kleine Kinder die größte Not litten und häufig genug nicht überlebten.
Inzwischen entnazifizierten und entmilitarisierten die US-Amerikaner die Deutschen. Jeder, der irgendwie in der vorangegangenen Zeit politisch engagiert war, verlor seine Stellung. Etwa 80.000 Deutsche wurden im Rahmen des "Automatic Arrest" automatisch festgenommen und in Internierungslager gesteckt, wo manche bis zu drei Jahre lang ausharren mußten, bis sie vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt wurden. Mancherorts brach die Verwaltung zusammen. An Universitäten mußten ganze Fakultäten geschlossen werden, weil die Professoren in Lagern saßen. ...
Erst als der Kalte Krieg zwischen Ost und West ausbrach, änderten die US-Besatzer ihre Politik. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9. Februar 2008) (x887/...): >>**Nun sind die Engländer dran**
Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem letzten Weltkrieg ...
Die Städte in der britischen Zone waren meist zerstört. Und in diese Zone waren Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geströmt, die ebenso wenig eine Unterkunft hatten wie die Ausgebombten. Sie vegetierten in Not- und Massenunterkünften. Nachdem die Besatzungsmacht auch die noch intakten Strukturen lahmgelegt hatte, brachen bald bedrohliche Zustände aus. 1946 fehlten 600.000 Tonnen Brotgetreide. Es gab keine Kartoffeln geschweige denn Fleisch. Die tägliche Fettration belief sich auf sieben Gramm. Nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten betrug die Tagesration theoretisch 1.000 bis 1.200 Kalorien. Die Lage verschlimmerte sich gegen Jahresende.
In einigen deutschen Zeitungen wurden die Rationen mit denen in den ehemaligen KZ verglichen, woraufhin die Briten die Zeitungen verboten. Im November appellierte der nordrhein-westfälische Landtag an die Welt, wenn keine Hilfe käme, würde "ein Millionenvolk zugrunde gehen". Dem einzelnen standen nur noch 900 Kalorien täglich zur Verfügung, und das bedeutete den Hungertod. Bergarbeiter, Beamte und Werftarbeiter streikten. Es gab keinen Brennstoff - die im Ruhrgebiet geförderte Kohle wurde größtenteils als Reparation ins Ausland gebracht.
Die deutschen Wälder wurden systematisch abgeholzt, weil das Holz gebraucht wurde für den britischen Bergbau. Tuberkulose begann zu grassieren. Wer sich nicht über Gesetze hinwegsetzte und auf eigene Faust versorgte, etwa auf dem schwarzen Markt, durch das Hamstern bei Bauern, den Tausch von Wertsachen gegen Kartoffeln, Milch oder gar Fett, sowie wohl auch durch Klauen von Brennstoffen und so weiter, dessen Leben war in höchster Gefahr.
Die Sieger hatten nichts Wichtigeres zu tun, als auf englische Initiative im Februar 1947 Preußen als "Träger des Militarismus und der Reaktion" aufzulösen. 700.000 deutsche Patente wurden von britischen Spezialeinheiten gestohlen und an britische Firmen weitergegeben. In Schlössern und Herrenhäusern stahl die Besatzungsmacht Kunstwerke und Schmuck, wobei man auch keine Rücksicht darauf nahm, daß manche Besitzer mit dem britischen Königshaus verwandt waren.
Inzwischen begriffen auch die Sieger, daß die unheilige Allianz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus keinen Bestand haben konnte. Es waren die Amerikaner, die ihren beiden westlichen Verbündeten klarmachten, daß man ohne die Deutschen gegen die Sowjetmacht kaum bestehen könne. Amerikaner und Engländer bildeten aus ihren beiden Zonen die Bi-Zone, um die deutsche Wirtschaftskraft zu fördern. ...<<
Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange

Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.
Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.
Bei dieser völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik" in den deutschen Besatzungszonen handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/169-171,227-228):
>>... Eine der Funktionen der Mythenbildung im 20. Jahrhundert besteht darin, die Führer zu glorifizieren, die Verrat an unseren Ideen üben. Je größer der Verrat, um so größer der Mythos, der darüber errichtet wird.
Der schuldige Hitler war hinter der Großen Lüge verborgen; die ungeheuren Verbrechen der Gulags wurden hinter Stalins sechs Stockwerke hoch gemaltem, lächelndem Porträt versteckt. Die Führer, die 1945 die Ideale der französischen Zivilisation und des amerikanischen Großmuts verrieten, wurden anscheinend von mehreren Mythen geschützt darunter die selbstlosen Kriegsziele der Alliierten, ausgedrückt in der Atlantik-Charta, der weltweite Mangel an Schiffsraum und an Lebensmitteln.
Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht. durch die Beschlagnahmung von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie.
Obwohl der Mythos dafür dienen sollte, daß die Alliierten die Gefangenen nicht ernähren konnten, wurde die Mehrzahl der Todesfälle in den Lagern nicht durch Hunger verursacht, sondern durch den tödlichen Mangel an mühelos verfügbaren Gütern und Diensten, zum Beispiel an ... Zelten, Wasser, Wachpersonal, an Hilfe durch das Rote Kreuz, an der Verweigerung von Post und anderem.
Aber es gab keine Berichte, die den Atlantik überquerten und darüber informierten. Nicht nur die Menge an Lebensmitteln in alliierten Lagerhäusern, sondern auch der erstaunliche Reichtum Nordamerikas, insbesondere der USA, hätte jede Vorstellung von tödlichen Mängeln ad absurdum führen sollen.
Bei Ende des Zweiten Weltkrieges war Kanada, der drittgrößte Produzent der westlichen Welt, trotz seiner geringen Bevölkerungszahl so reich, daß es Großbritannien riesige Geschenke an Lebensmitteln und Geld machen konnte, die sich auf mindestens 3,5 Milliarden $ beliefen, oder sogar auf 6,0 Milliarden $ in der Währung von 1945.
In den USA, 1945 die reichste Nation, die es je in der Welt gegeben hatte, war das Bruttosozialprodukt während des Krieges um 50 % gestiegen. Die USA besaßen jetzt mehr als die Hälfte aller Schiffe der Welt, mehr als die Hälfte der Welt-Produktionskapazität, die größte landwirtschaftliche Erzeugung und die größten Goldreserven, 20,0 Milliarden $, nahezu zwei Drittel der gesamten Weltreserven. Die erstaunliche Großzügigkeit gegenüber Großbritannien erreichte die erstaunliche Summe von 25,0 Milliarden $ ...<<
>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den

Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.
Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.
Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.
Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.
Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greueltaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greueltaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.
Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche der Zivilbevölkerung das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9. August 2008) über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**
... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. …<<

Die US-Besatzer in Westdeutschland

Nimm von allem das Beste und gönne den anderen den Rest.
Sprichwort aus Schottland

Ludwig Adolphus Fritsch: "THE CRIME OF OUR AGE" - "Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk"

Der deutsch-amerikanische Pfarrer Dr. Ludwig Adolphus Fritsch berichtete im Jahre 1947 in seinem Buch "THE CRIME OF OUR AGE" - "Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk" (x920/…): >>**… Ein Gewissensappell an die amerikanische Führungsschicht**

Vorwort des Herausgebers

Die vorliegende Schrift stellt nicht nur ein besonders kennzeichnendes Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte dar, sondern hat auch selbst Geschichte, Nachkriegsgeschichte gemacht, und zwar in den Vereinigten Staaten. Der Verfasser, Dr. Ludwig A. Fritsch, ist amerikanischer Geistlicher deutscher Abstammung, der damals in Chicago wirkte.

Die englische Originalausgabe seiner Schrift wurde in den Jahren 1948 und 1949 in 50.000 Exemplaren verbreitet. Es ging dem Verfasser darum, der auch mit Kriegsende nicht aufhörenden Haßpropaganda die Wahrheit über das, was in Deutschland nach dem Kriege geschah, entgegenzustellen und an das sittliche Verantwortungsbewußtsein der amerikanischen Politiker, vor allem aber der Geistlichkeit zu appellieren. Der Erlös aus den verkauften Exemplaren wurde zu Hilfsaktionen für die Vertriebenen und Notleidenden in der "Heimat", also in Deutschland verwandt. …

Der Widerhall, den die Schrift in allen Kreisen vor allem des Deutsch-Amerikanertums, aber auch des höheren Klerus fand, beweist, wie aufrüttelnd sie damals wirkte. Zum Teil spiegeln diese Stimmen auch die Erregung und Erbitterung, die über das Geschehen im besiegten Deutschland und über die amerikanische Deutschlandpolitik herrschte. …

Kardinal Stritch von Chicago schrieb: "Es schmerzt furchtbar, Ihr Buch "The Crime of Our Age" zu lesen, aber es ist die Wahrheit und alle Wahrheit schmerzt." …

Wortführend in den großen Organisationen des Deutsch-Amerikanertums, von denen die eine, D.A.N.K., von ihm mitbegründet wurde, stellt dieser heute 72jährige Siebenbürger Sachse mit seinem Wirken ein wesentliches Stück deutscher Nachkriegsgeschichte dar. Zudem verkörpert er echten protestantischen Bekennermut, vor allem aber jenen Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit, der seinem einseitig Schuld und Sühne predigenden und angestammtes Heimatland preisgebenden nachkriegsdeutschen Amtsbrüdern zum überwältigenden Teil und bis in die Führungsspitzen der Evangelischen Kirche hinein vollständig verlorengegangen ist.

Tübingen, Januar 1966, Dr. habil. Herbert Grabert

Vorwort

Die Beweggründe, aus denen dieses Buch geschrieben wurde, wird jeder erkennen, der es unvoreingenommen und genau zu lesen sich die Zeit nimmt. Als Historiker sah ich, geschult an den Erlebnissen und Enttäuschungen des Ersten Weltkriegs, deutlich voraus, wohin unsere unprovozierte Einmischung in den europäischen Konflikt, den wir damit zum Zweiten Weltkrieg machten, führen würde. Ich erkannte, daß eine der beiden totalitären Mächte, entweder der Faschismus oder der Bolschewismus, siegen mußte, je nachdem, auf welche Seite wir Amerikaner uns mit unsern unerschöpflichen Hilfsmitteln schlagen würden. Unsere Staatsmänner entschieden sich für die unheilvollen Mächte des Kommunismus und des Atheismus und verhalfen ihnen zum Siege.

Unsere Streitkräfte verwandelten das Bollwerk der Christenheit, … Deutschland, in einen Schutthaufen. Und jetzt sehen wir uns gezwungen, alle die Pflichten zu übernehmen, die Deutschland ein Jahrtausend hindurch ausgeübt hat, wenn wir uns für die Errettung der kostbarsten Güter der Menschheit, der christlichen Kultur und Zivilisation, verantwortlich fühlen.

Als Theologe bin ich mit dem Alten Testament und mit dem Talmud vertraut und weiß, wozu Menschen fähig sind, die ihre Seelennahrung allein aus diesen Quellen schöpfen.
Seit der inzwischen verstorbene, körperlich und geistig kranke Präsident sich mit Ratgebern umgab, die ihrer geistigen Herkunft entsprechend den Heiland und Friedensfürsten nicht anerkennen, war es mir klar, daß das Kriegsende den Menschen nicht den Frieden, sondern nur das Chaos und unsagbares Elend bringen konnte.
Sie waren nur von einem Gedanken erfüllt, dem der Rache, wie wir es bei Josua 6, 21-25 über die Eroberung von Jericho lesen: "Also gewannen sie die Stadt und töteten alles, was in der Stadt war, mit der Schärfe des Schwertes, Mann und Weib, jung und alt ... Aber die Stadt verbrannten sie mit Feuer und alles, was darinnen war."
Da die Deutschen Amerika niemals etwas zu Leide getan haben, wie es die Engländer und Franzosen taten, sondern im Gegenteil während der ganzen Geschichte Amerikas unsere größten Wohltäter waren, hatten die amerikanischen Christen keinerlei Anlaß, sich ihnen gegenüber grausam und rachsüchtig zu verhalten. Sie hatten nur Anlaß zur Dankbarkeit.
Roosevelts Berater aber hatten Grund zum Haß auf die Nationalsozialisten und nutzten Macht und Stärke Amerikas für ihre persönliche Rache. Nur so ist Roosevelts Forderung der "bedingungslosen Kapitulation", zu verstehen ebenso wie der unmenschliche Morgenthauplan**,** der eine große Nation zum Hungertode verurteilte, weil in den Hirnen und Herzen unserer führenden Männer keine Spur von Christlichkeit mehr zu finden war.
Da nach den Statistiken nur annähernd 8 % unserer Bevölkerung gründlich über das Weltgeschehen unterrichtet werden, betrachte ich es als meine Pflicht als Christ und Amerikaner, meinen Teil zur Aufklärung beizutragen. Ich folge dabei dem christlichen Grundsatz, daß wir Gott mehr gehorchen müssen als den Menschen, und bekenne mit Martin Luther: "Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir, Amen!' Und als Bürger dieses gesegneten Landes sage ich mit Karl Schurz, dem großen Staatsmann und weisen Ratgeber Präsident Lincolns: "Ich liebe das Land meiner Vorfahren, wie ein Kind seine Mutter liebt, und ich liebe Amerika wie ein Bräutigam seine Braut."
Diese Schrift war am Karfreitag 1947 druckfertig. Möge sie vielen die Augen öffnen helfen, damit sie die Tatsachen im Lichte der Wahrheit und Gerechtigkeit sehen lernen. Möge der Herr sie stärken, auf daß sie ihre Christenpflicht furchtlos und treu erfüllen.

Zur dritten Auflage

In der kurzen Zeit eines Jahres erlebte dieser Appell an das Gewissen der Christen Amerikas seine dritte Auflage. Der Präsident, die Regierungsbeamten, alle Kongreßabgeordneten und andere Persönlichkeiten in Schlüsselpositionen erhielten ein Freiexemplar. "The Crime of Our Age" führte zu einer Scheidung der Geister. Die Reaktion entsprach meinen Erwartungen.
Auf der einen Seite stehen Historiker, Kirchen- und politische Führer sowie die große Zahl der Rechtschaffenen, denen ebenso um unser Vaterland Amerika wie um unser vergewaltigtes Mutterland Deutschland zu tun ist. Sie rühmen der vorliegenden Schrift Mut, Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit nach. Auf der andern Seite stehen die gewissenlosen Kriegstreiber und Heuchler, die den Verfasser mit Schimpfworten aller Art bedenken, ohne jedoch die geschichtlichen Tatsachen widerlegen zu können.
Die bisher bitterste Enttäuschung war das Verhalten der deutschstämmigen Renegaten und der protestantischen Geistlichkeit. Während ein katholischer Kirchenfürst offen zugab: "Es schmerzt furchtbar, Ihr Buch zu lesen, aber es ist die Wahrheit und alle Wahrheit schmerzt", verdammte eine Anzahl protestantischer Pastoren, unter ihnen leider auch Lutheraner, das Buch als "unpatriotisch" und als "Weißwäsche Deutschlands".
Sie betonen unausgesetzt, in welchem Umfange sie für Deutschland Wohltätigkeit leisten, **bringen aber nicht den moralischen Mut auf zuzugeben, wer das einzigartige Verbrechen der "bedingungslosen Kapitulation", des "Morgenthauplans", der "geplanten Hungersnot" usw. erdacht und durchgeführt hat**, durch die Deutschland und die ganze

Welt in Chaos und Elend gestürzt wurden. Ich weiß nicht, ob es auf bodenlose Dummheit, die Verschwörung des Schweigens oder auf verbrecherische Absicht zurückzuführen ist, daß sie den Zusammenhang im Weltgeschehen nicht begreifen wollen.
Am Inhalt meiner Schrift habe ich nichts zu ändern oder zurückzunehmen. Im Gegenteil, das allmähliche Durchsickern der Wahrheit und die Vorbereitungen auf den Dritten Weltkrieg beweisen nur allzu deutlich die Richtigkeit meiner Voraussage. Wir werden für die Sünden unserer Verführer sehr teuer zu zahlen haben.
Ich habe lediglich einen Anhang hinzugefügt über Deutsch-Amerikas Schuld am Weltelend, in dem der Nachweis geführt wird, daß die Not des Mutterlandes auf dem Gewissen der ihrem Volkstum untreu gewordenen Deutschamerikaner lastet. Wer das widerlegen kann, der soll es gerne tun. Ich möchte noch die hunderte von Dankschreiben erwähnen, die ich bei meinem Alleingang-Kreuzzug erhalten habe, und besonders einer christlichen Gruppe in New Jersey gedenken, die mich selbst und meinen Kampf bei einer Gebetsversammlung vor Gottes Thron brachte und seiner Gnade empfahl. Ihnen und den vielen andern, die mir Mut und Erfolg wünschten, von Küste zu Küste, sage ich meinen tief empfundenen Dank.
So sende ich denn die dritte Auflage dieser Botschaft der Wahrheit in die Heime und Herzen meiner amerikanischen Mitbürger. Möge sie die Gewissen erwecken! Es ist meine feste Überzeugung, daß die christliche Kultur und Zivilisation nur durch ein brüderliches Bündnis Deutschlands und Amerikas gerettet werden kann. Ein solider Bund aber läßt sich nur verwirklichen, wenn wir das große Unrecht und den unvorstellbaren Schaden, die Deutschland und den Millionen Heimatvertriebener Volksdeutscher aus Osteuropa zugefügt wurden, wiedergutmachen. Das ist unsere sittliche Christenpflicht.
Der Verfasser

Mitchristen Amerikas!
"Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!" Johannes 8, 7. In seinem allmonatlichen Brief "Der Bischof schreibt aus Europa", erschienen in der Novemberausgabe der "Catholic Action News" in Fargo, Nord-Dakota, sagt Hochwürden Bischof Aloisius J. Muench: "Die erzwungene Abwanderung von Millionen Menschen ist das größte Verbrechen unserer Zeit. In der Geschichte gibt es nicht seinesgleichen, ausgenommen vielleicht die Tatsache, daß weder ein Aufschrei der andern Völker gegen diese Greuel zu vernehmen ist noch Regierungen, die die Macht dazu haben, etwas dagegen unternehmen."
Bischof Muench ist der Verbindungsmann zwischen der deutschen Kirchenhierarchie und der amerikanischen Militärregierung. Mit dieser Feststellung von geschichtlicher und sittlicher Warte aus spricht der mutige Gottesmann das Urteil über die Brutalität und Rachsucht der alliierten Siegermächte. In nicht allzu ferner Zeit wird die Geschichte dieses Urteil bestätigen.
Die Alliierten verdammen
Die "erlauchten" Richter der Alliierten, voran Jackson und Biddle vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, verurteilen in Nürnberg und Tokio Generale und Feldmarschälle zum schimpflichen Tod durch den Strang für begangene Verbrechen wie zum Beispiel den "Todesmarsch von Bataan". Die Opfer dieses Marsches waren kräftige junge, ausgebildete Soldaten während des Krieges.
Wovon aber der Bischof spricht, das ereignete sich im Frieden und betraf nicht ein paar tausend junge Männer sondern etwa 20 Millionen Frauen, Kinder und alte Leute, also schutzlose, hilflose und unschuldige Menschen, da die einst kräftigen deutschen Soldaten, anstatt ihre Eltern, Frauen und Kinder schützen zu können, immer noch nach zwei Jahren "bedingungsloser Kapitulation" Sklavenarbeiter der Siegermächte sind.
Patriotismus und Gottes Gebote
Im krassen Gegensatz zur Feststellung des katholischen Bischofs steht der Bericht eines prominenten protestantischen Kirchenführers, der mit eigenen Augen das Land der Reformation

in Trümmern und Elend sah.
Ich las darin die Erklärung "Ich bin Amerikaner. Ich bin Fleisch vom Fleische dieses Volkes und Blut von seinem Blut und freue mich als patriotischer Bürger über die verkündete Politik meines Landes gegenüber dem geschlagenen Feind". Diese Auffassung stellt eine Entstellung wahrhaft christlicher Haltung dar, die da lehrt: "Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen" (Apostelgeschichte 5, 29).
Wir aber verurteilen Millionen deutscher Menschen zur Sklaverei und zum Tode, weil auch sie dem Staate, also Menschen mehr gehorcht haben als Gott und ihrem Gewissen. Wenn Bischof Muench feststellt, das Verbrechen der Alliierten an schutzlosen Menschen werde noch durch die Tatsache vergrößert, daß "weder ein Aufschrei der anderen Völker gegen diese Greuel zu vernehmen ist noch Regierungen, die die Macht dazu haben, etwas dagegen unternehmen", so spricht er damit aus, daß so etwas wie ein "Weltgewissen" nicht mehr existiert. Nackte Selbst- und Rachsucht beherrschen das Denken derjenigen, die heuchlerisch den Anspruch erhoben, im Namen der "Menschlichkeit" gegen die Deutschen einen "Kreuzzug" zu unternehmen ...

Die Geistlichen müssen informiert werden

Wenn jemand das Recht hat, sich gegen die Nachkriegsverbrechen der Alliierten zu erheben, so sind es die Christen aller Nationen. Sie, die den alttestamentarischen Rachgeist "Auge um Auge, Zahn um Zahn eines Morgenthau (dessen Großeltern noch in deutscher Erde begraben wurden) überwunden haben, können und müssen im Namen des Heilands der Welt für Wahrheit und Recht, für Menschlichkeit und Barmherzigkeit aufstehen gegen Lug und Trug, Raub und Vergewaltigung, Heuchelei und Grausamkeit.
Wenn unsere Kirche in Amerika nicht imstande war zu verhindern, daß unser zu 86 % gegen unsere Beteiligung am Kriege eingestelltes Volk dennoch in den Krieg hineingezogen wurde, so muß sie wenigstens jetzt erwachen, dem Verbrechen Einhalt gebieten und die Wunden heilen helfen, die wir dem Herzen Europas geschlagen haben. Die Kirche Amerikas darf nicht schweigen, wenn sie Gott mehr gehorchen will als mörderischen und gottlosen Menschen. Um aber ihre Stimme vernehmbar erheben zu können muß die Kirche unterrichtet sein. Die Geistlichkeit muß außer der Bibel auch die Geschichte, Geographie, Völkerkunde, Kulturgeschichte und Kirchengeschichte kennen, um das Wort unseres Herrn richtig anwenden zu können: "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!

Italien und Deutschland, die Schöpfer christlicher Kultur

Gerade die beiden Nationen, Italien und Deutschland, die den europäischen und damit den christlichen Kulturbegriff für die Menschheit geschaffen haben, wurden durch einen unheiligen Zusammenschluß überlegener Mächte als Aggressornationen verurteilt und an den Rand des Abgrunds gebracht. Wer aber sind in Wahrheit die wirklichen Aggressoren? Wir wollen das im Lichte der geschichtlichen und geographischen Tatsachen prüfen, denn nur aus der Kenntnis der Vergangenheit läßt sich die Gegenwart verstehen.
Werfen wir also einen Blick auf die Landkarte oder den Globus. Dort ist in roter Farbe ein gewaltiges Gebiet zu erkennen, das sich von der Ostsee, der Elbe und dem Schwarzen Meer über zwei Kontinente bis nach Alaska erstreckt und den Namen trägt: **Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR).**
Ferner in Rosa die wichtigsten Stützpunkte und Flottenbasen auf allen Kontinenten zu einem zweiten gewaltigen Gebiet zusammengefaßt, das **Britische Weltreich**.
Endlich erkennt man in Grün die **Vereinigten Staaten von Amerika,** gebietsmäßig die kleinste von den dreien, an Leistungen und Erfolg aber die bei weitem mächtigste der zur Zeit herrschenden Weltmächte. Der denkende Mensch muß sich also die Frage stellen: **Wie haben diese drei Weltmächte so riesige Landmengen und so ungeheure Bodenschätze in ihrer Hand vereinigen können?** Die geschichtliche Antwort lautet: durch Aggression, Habgier und Machtpolitik.

Die wirklichen Aggressoren sind die heutigen Großmächte.
Rußland war im 16. Jahrhundert ein verhältnismäßig kleines Land mit einer zum Teil noch wilden Nomadenbevölkerung. Der grausame Zar Iwan, der Schreckliche, führte nach allen Seiten hin rücksichtslose Angriffskriege und begründete auf diese Weise das Moskowitische Reich. Peter der Große, der europäische Kultur in sein Land verpflanzen wollte, bereiste Deutschland und Holland und rief Tausende von Deutschen als Lehrer und Lehrmeister seines Volkes in sein Land. Deutsche bauten ihm eine neue Hauptstadt, St. Petersburg (heute Leningrad), und eine Hafenstadt, Kronstadt, die ihren deutschen Namen bis zum heutigen Tage trägt. Unter der Herrschaft Peters wurden Dutzende von Völkerschaften dem russischen Joch unterworfen.
Die gewaltigste Ausdehnung jedoch erfuhr Rußland unter der skrupellosen Zarin Katharina II**.** Unter ihrer Regierung wurde Polen geteilt, die Baltischen Staaten, die Ukraine, die Krim und das gewaltige Sibirien für immer der Krone aller Russen unterstellt.
Solange es besteht, wurde Rußland mit der Knute regiert**,** sowohl unter den absolutistischen Zaren wie unter den zynischen Diktatoren der bolschewistischen Ära. Der russische Koloß wurde in Unbildung gehalten, um leichter regiert werden zu können. Bis in unser Jahrhundert hinein gab es dort mehr als 70 % Analphabeten.
Die Ausdehnung des Riesenreiches vollzog sich in einer ununterbrochenen Folge von grausamen Angriffskriegen. Die unterworfenen Völkerschaften wurden in allen Richtungen durcheinandergeworfen und so geschwächt daß sie niemals mehr in der Lage waren, ihre Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Das riesige Wald- und Eisland Sibirien wurde zur Strafkolonie gemacht, besiedelt von Millionen Verurteilter und Verbannter, die dort als Zwangsarbeiter ein elendes Dasein fristen.
So entstand der Koloß durch Gewalt und Brutalität. Er stellt heute die größte Bedrohung für die Menschheit dar. Mit Hilfe der Ermordung des Zaren und seiner Familie und über zahllose Leichen gelangte Stalin, den Roosevelt seinen "persönlichen Freund" nannte, zur Macht. Und diese größten und grausamsten Aggressoren bezeichnete die Rooseveltregierung als "friedliebende Demokraten" und unsere "edlen Verbündeten"!
England bestand zur Zeit der Königin Elisabeth, vor ungefähr 400 Jahren, lediglich aus dem südlichen Teil der Britischen Inseln und hatte etwa 3 Millionen Einwohner. Durch grausamen Mord und lange Eroberungskriege wurden Irland und Schottland unter die englische Herrschaft gezwungen und so das **"Vereinigte Königreich"** mit etwa 7 Millionen Einwohnern begründet (Zur gleichen Zeit besaß das Heilige Römische Reich Deutscher Nation eine Bevölkerung von 18 Millionen). Nach Konsolidierung des Vereinigten Königreichs zogen die Engländer in allen Himmelsrichtungen auf Eroberungen aus.
Die Geschichte Englands bestand von damals bis in unsere Tage aus einer ununterbrochenen Folge von Angriffskriegen. Es baute die mächtigste Kriegs- und Handelsflotte und war bis zum Zweiten Weltkrieg die bedeutendste Seemacht der Erde, also der wirkliche Militarist. Das "perfide Albion" spielte die europäischen Mächte mit Intrigen unter der erfundenen Devise des "Gleichgewichts der Kräfte" gegeneinander aus. Wurde ihm eine Nation auf dem Festland zu mächtig so machte sich England auf, sie zu vernichten So geschah es Spanien und den Niederlanden. Die dänische Flotte wurde mitten im Frieden überraschend angegriffen und geraubt, Napoleon Bonaparte in die Knie gezwungen.
Im Ersten und Zweiten Weltkrieg mobilisierte England die ganze Erde gegen Deutschland, seinen größten Rivalen, um es zu vernichten. Winston Churchill erklärte, er sei bereit, sich selbst mit dem "Sohn der Hölle" zu verbünden, um sein Ziel zu erreichen. Die Brutalität, mit der England seine Eroberungskriege führte, kannte keine Grenzen. Ich erinnere an die Konzentrationslager im Burenland, in denen Frauen, alte Leute und Kinder zu Tode gequält wurden, um die tapferen Männer, die für ihre Freiheit kämpften zur Unterwerfung zu zwingen. Jedes Schulkind müßte wissen, wie Tausende von aufständischen Indern vor Kanonen gestellt

und in Stücke gerissen, wie Millionen von ihnen dem Hungertode geopfert wurden.
Nach dem Ersten Weltkrieg setzte England die Hungerblockade gegen Deutschland noch ein volles Jahr fort und ließ auf diese Weise über eine Million deutsche Kinder, Frauen und alte Leute verhungern. Das sind einige der Mittel, mit deren Hilfe England sein Weltreich begründet hat, in dem es heute ein Sechstel der Erde und mehr als 550 Millionen Untertanen beherrscht. Und dieses Volk besitzt die Anmaßung sich selbst eine "friedliebende Nation" zu nennen. Vor dem Angesicht Gottes frage ich jeden Christenmenschen: Wie kann die Menschheit im Lichte der geschichtlichen Tatsachen diese große Lüge stillschweigend hinnehmen?
Amerika, die jüngste und machtvollste unter den Großmächten von heute, war zu der Zeit, als der erste deutsche Kaiser, Karl der Große in Rom zum Beschützer der Christenheit gekrönt wurde, der weißen Rasse noch unbekannt. Als Dr. Martin Luther geboren wurde, hatte Kolumbus die Küsten der Neuen Welt noch nicht gesehen.
Wie konnte Amerika in so kurzer Zeit so groß, so reich und so mächtig werden? Wir sind durch unsere Schulbücher gewohnt, unsere Geschichte seit der Zeit der Pilgerväter im Glorienschein zu sehen. In Wirklichkeit ist unsere kurze Nationalgeschichte eine ununterbrochene Kette von blutigen Eroberungsfeldzügen gewesen. Oder kann etwa ein aufrichtig denkender Mensch glauben, die ursprünglichen Einwohner unseres Landes hätten nur auf den weißen Mann gewartet, um ihm ihr schönes Land mit seinen reichen Schätzen zu präsentieren?
Nein! Spanier, Portugiesen, Franzosen, Holländer und Schweden führten die blutigsten Eroberungskriege der ganzen westlichen Hemisphäre, beraubten und zerstörten die einst blühenden Reiche der Azteken, Inkas und Mayas. Der Wahlspruch der Eroberer lautete: "Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!"
Schließlich kamen die Engländer und raubten den anderen Eroberern den gesamten damals bekannten nordamerikanischen Kontinent. Die einst freien Herren des Landes, die Indianer, wurden auf die grausamste Weise ausgerottet und ihres Landes beraubt. Gegen die weitaus tödlicheren Waffen des weißen Mannes waren die tapferen Indianer mit ihren Pfeilen und Bogen machtlos. Die List und Brutalität mit der der weiße Mann in der Neuen Welt auftrat, spottet jeder Beschreibung. ...
Eine weitere Gewalttat in unserer Geschichte, die in die Kolonialzeit zurückreicht, ist die Sklaverei. Im fernen Afrika wurden die armen Schwarzen wie das Wild gejagt und in Ketten nach Amerika auf den Sklavenmarkt gebracht. Wieviel Qual und menschliches Elend durch eine so grausame Habgier entstand, läßt sich nicht beschreiben. Erst vor wenig mehr als 80 Jahren wurde dieses nationale Verbrechen unterbunden. Noch heute leben Schwarze, die als Kinder von Sklaven zur Welt kamen.
Als dann die englischen Kolonien Nordamerikas (mit deutscher Hilfe) ihre sogenannte "Unabhängigkeit" vom britischen Mutterland erkämpft hatten, führten die Staaten den Eroberungskrieg weiter. Die Indianer wurden weiter dezimiert. ... Die Überlebenden der wirklichen Herren dieses Landes leben heute in den "Reservationen". Sie haben in Fragen der Regierung ihres Vaterlandes nichts zu sagen und werden in Unwissenheit gehalten.
Wir fuhren dann mit unseren Eroberungskriegen gegen Spanien, Mexiko und Mittelamerika fort und nahmen uns, was wir wollten**.** Weder Deutschland noch Italien oder Japan mischten sich in unsere Angelegenheiten. So wurden wir die mächtigste reichste und "friedliebendste" Nation. Doch verschwiegen wir bewußt, daß wir das alles durch **Angriffskriege, Sklavenhandel und Aushungerungspolitik** erreicht haben. Es gab damals weder Rundfunk noch Filme noch ein modernes Presseberichterstattungswesen, um die Grausamkeiten jener Zeiten der Nachwelt zu erhalten. Natürlich wollen wir jetzt, nachdem wir alles zusammengerafft haben, wonach uns der Sinn stand, in Ruhe gelassen werden, um uns unserer Reichtümer in Frieden zu erfreuen.

Deutschland - Schutzmacht der Christenheit

Das sind die nackten geschichtlichen Tatsachen. So entstanden die drei Großmächte. Stets ging bei ihnen Macht vor Recht. Sie ignorierten beharrlich das Dasein anderer Nationen auf der Erde, die sehr viel größere Leistungen für die Menschheit vollbracht hatten, als die gegenwärtigen Großmächte zusammengenommen.

Was taten zum Beispiel die Deutschen in der Zeit, da die drei ihre Eroberungskriege führten? Sie führten Verteidigungskriege für die höchsten Güter der Menschheit. Am Weihnachtsabend des Jahres 800 krönte der Papst Karl, den König des deutschen Stammes der Franken, der in der Weltgeschichte als Karl der Große weiterlebt, zum Kaiser und verlieh seinem Königreich den Titel "Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation".

Keine andere Nation auf der Erde führte je einen so glanzvollen Namen, da auch keine eine so hohe Sendung zu erfüllen hatte wie die deutsche. Die Geschichte des Christentums kennt nur ein Heiliges Land, wo unser Herr geboren wurde, lebte, wirkte, litt, starb, auferstand und damit der Menschheit die Erlösung brachte, und ein Heiliges Reich, das dazu ausersehen war, Verteidiger, Wächter und Beschützer der Christenheit … zu sein.

Ein Jahrtausend hindurch gab es im Christentum nur zwei maßgebliche Mächte die geistliche Macht, gipfelnd im Papst in Rom, und die weltliche Macht des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, gipfelnd im Kaiser, der mit gezogenem Schwert für die höchsten Güter der Menschheit Wache hielt. Was wir heute die europäische oder westliche Kultur und Zivilisation nennen, konnte sich nur hinter dem Schutz des Reiches zu seiner höchsten Vollendung entfalten.

Das Deutschtum war für mehr als tausend Jahre das Bollwerk gegen die asiatischen Mächte. Deutsches Blut wurde im Laufe der Jahrhunderte in Strömen zur Verteidigung des Westens gegen den Osten vergossen. Nachdem zu Beginn des fünften Jahrhunderts die Hunnen vernichtet waren, stürmten gegen Ende des ersten Jahrtausends die Awaren und Magyaren gegen dieses Bollwerk an. Sie wurden auf deutschem Boden von den Kaisern Karl dem Großen und Otto dem Großen zum Stehen gebracht und besiegt.

Der Ansturm der gewaltigen Mongolenflut unter Dschingis Khan wurde bei Liegnitz in Schlesien gebrochen. Kein anderes Volk der Erde brachte solche Opfer zur Rettung, Erhaltung und Weiterentwicklung der europäischen Kultur und zur Ausbreitung des Christentums. Über dreihundert Jahre lang verteidigten dann Deutschland und Ungarn zusammen mit Polen die Christenheit gegen Asien und gegen die Mohammedaner.

Auf deutschem Boden, im Lande der Reformation wurde auch der dreißigjährige Krieg für die Glaubens- und Gewissensfreiheit der ganzen Menschheit ausgefochten und damit das neue Zeitalter der modernen Zivilisation herbeigeführt. Während Deutschland sich so als Beschützer des Christentums … nahezu verblutete, nahmen sich die anderen alles, auf das sie ihre Hände legen konnten. Ihre Staatsmänner wurden darum aber nicht als Verbrecher erhängt, sondern als Helden mit hohen Ehren ausgezeichnet.

Als sich dann die Deutschen von ihrem gewaltigen Rettungswerk zu erholen begannen, war die Erde unter den Eroberern aufgeteilt und die Deutschen gezwungen, bei harter Arbeit auf engem, wenig fruchtbarem Raum zu leben und ihren Bevölkerungsüberschuß den jetzigen Großmächten als "Kulturdünger" zu überlassen.

So kommt es, daß jeder dritte Amerikaner deutscher Abstammung ist und daß Millionen Deutsche in Rußland und im Britischen Empire leben. Nicht eine der Großmächte dachte daran, ihnen auf friedlichem Wege von ihrem Überfluß an unbewohnten Gebieten ein Stück abzutreten. Man vergleiche nur die Bevölkerungsdichte pro Quadratmeile dieser Länder: Amerika 43, Rußland 37, Frankreich 179, Italien 405, Deutschland 502, und dann möge das christliche Gewissen urteilen!

Die Ausbreitung der englischen Sprache

Nach diesem geschichtlichen und geographischen Überblick wollen wir die Sprachenfrage

erörtern. Zur Zeit der Queen Elisabeth gab es etwa 7 Millionen englisch sprechende Menschen auf der Erde. Heute sprechen über 250 Millionen diesen entstellten alten germanischen Dialekt.

Wie kam es, daß sich diese Sprache so ungeheuer ausbreitete? Die Antwort ist sehr einfach: durch Erweiterung des Machtbereichs. Wo auch immer die Engländer erobernd eindrangen, brachten sie ihre Sprache mit und zwangen sie den unterworfenen Völkern auf.

Warum ist zum Beispiel die Sprache unseres Landes nicht Spanisch, Französisch, Schwedisch oder Holländisch, die doch alle vor den Engländern hier waren? Weil England alle diese Kolonien eroberte. Jetzt sprechen in unserem Land Weiß und Schwarz, Rothäute und Gelbe, Christen, Juden und Heiden Englisch.

In unseren Schulen werden englische Geschichte und Literatur gelehrt, als ob andere Nationen mit ihrer weit größeren Vergangenheit und Leistung gar nicht existiert hätten.

Wie viel toleranter waren da doch die Deutschen auch in der Sprachenfrage. Jahrhunderte lang waren Tschechen, Ungarn, Norditaliener, Belgier, Flamen und Holländer Teile des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Aber sie sprechen alle heute noch ihre Muttersprache. Zum Dank für solche Duldsamkeit trieben die Tschechen mehr als drei Millionen Deutsche und Ungarn aus ihrem von Wilson geschaffenen Staat.

Diese Grausamkeit konnte sich das kaum sieben Millionen starke slawische Volk nur leisten, weil es dabei die Zustimmung und Unterstützung der Großmächte hatte. Die großen "Befreier" und Vorkämpfer der "Menschlichkeit" Churchill, Stalin und Truman gaben in Potsdam die Anweisung zu dieser einzigartigen Barbarei.

Was würden wir Amerikaner sagen, wenn durch ein Wunder die Indianer in unserem Land plötzlich so mächtig würden, daß sie uns alle, nun mit einem Bündel beladen, aus dem Lande jagen würden? Dabei hat der Weiße dieses Land erst vor etwa dreihundert Jahren erobert, die Deutschen im Sudetenland aber lebten dort seit der Zeit Karls des Großen. Vor über elfhundert Jahren besiedelten sie die Ostmark und bauten sie zu einem Bollwerk gegen die Asiaten aus.

Wahre Sprachtoleranz beweist auch die deutsche Schweiz, die älteste wirkliche Demokratie der Erde. Die Schweizer Bevölkerung ist zu dreiviertel deutsch, das letzte Viertel setzt sich aus Franzosen, Italienern und Rätoromanen zusammen. Sie alle aber genießen die gleichen Rechte. Die Deutschschweizer haben niemals versucht, den anderen Mitbürgern ihre Sprache aufzuzwingen. Die Angelsachsen an ihrer Stelle hätten die anderen längst zuvor ihrer Nationalität beraubt, wie sie es so gründlich in Irland taten, daß in dem wahrhaft "befreiten Land" das Volk seine Ursprache nicht mehr zu sprechen vermag.

Die Ausbreitung der russischen Sprache

Was in dieser Hinsicht für die Angelsachsen gilt, kann auch von den Russen gesagt werden. An Zahl waren diejenigen, die ihre slawische Muttersprache sprachen, ursprünglich den Engländern vergleichbar, unterjochten aber nicht weniger als 152 Völkerschaften aller Rassen und russifizierten sie in jeder Hinsicht. Sie taten es den Angelsachsen gleich und machten Tartaren und Kirgisen, Mongolen und Wotjaken, Buddhisten und Mohammedaner zu Slawen. Wie war das möglich?

Einfach durch Unterwerfung der schwächeren Volker und Aufzwingen der russischen Sprache. Mit anderen Worten: die wirklichen Aggressornationen dürfen andere Völker unterjochen und mittels der Sprache der "überlegenen Rasse" einschmelzen, während die Deutschen auch in dieser Hinsicht die krasseste Ungerechtigkeit zu erdulden hatten.

Österreicher und Sudetendeutsche, Elsässer und Tiroler sind ebenso wohl Deutsche wie Bayern, Sachsen und Schwaben, durften sich aber nicht mit dem Mutterland vereinigen. In der Volksabstimmung von 1919 war die damalige Republik Österreich mit einer Mehrheit von 89 % gewillt, sich der deutschen Weimarer Republik anzuschließen.

Doch drohten England, Frankreich und Italien mit der Besetzung Österreichs, wenn es wagen

würde, diesen Wunsch zu verwirklichen. Als dann später der Anschluß zustande kam, wurde dieser echte Volkswille von den heuchlerischen Erfindern des "Selbstbestimmungsrechtes der Völker" zum Verbrechen gestempelt.
War es auch vielleicht ein Verbrechen, daß unser Märtyrer-Präsident Lincoln vier Jahre lang den blutigsten Bürgerkrieg führte, um die Südstaaten bei der Union zu halten? Deutschland hat sicherlich mehr Anrecht auf Österreich, das Sudetenland, das Elsaß und alle die anderen deutschen Siedlungsgebiete in Europa als die amerikanischen Nordstaaten auf den Süden. Denn im ersten Fall handelt es sich um die gleiche Rasse mit der gleichen Sprache, Geschichte und Kultur. Wien und Prag waren vor Jahrhunderten Hauptstädte des Reiches, als Berlin noch ein Fischerdorf war. Nun behaupten die Siegermächte heuchlerisch, daß sie Österreich "befreit" hätten, und wollen einen neuen "unabhängigen" deutschen Staat daraus machen.
Wovon aber befreiten sie es in Wirklichkeit? Von seinen Kunstschätzen und Kulturgütern, von seinen Fabriken und Technikern, von seinen Kleidern und Lebensmitteln. Der wahre Grund für die Schaffung eines unabhängigen Österreichs ist die ganz bewußte Absicht der Großmächte, das Deutschtum im Herzen Europas auch weiterhin geteilt und damit für alle Zukunft machtlos zu erhalten.

Deutschlands geschichtliches, politisches und moralisches Recht in Europa

Eines der bedeutungsvollsten Probleme unserer Zeit ist die Judenfrage. Um die Unterstützung des Weltjudentums für sich zu gewinnen, versprach England im Ersten Weltkrieg den Juden das Land ihrer Väter als neue Heimat, auf die sie zweifellos ein historisches Recht hatten.
Wenn aber die Juden ein Recht haben, Palästina für sich zu fordern, das in den letzten 2.000 Jahren nicht ihnen gehörte, wieviel mehr Recht hat dann beispielsweise Rom oder Italien auf das Gebiet des alten Deutschland, auf das Gebiet des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation?
Alle Mittelmeerländer wurden von Rom kultiviert. Heute beherrscht England mit seiner Seemacht dieses ganze wichtige Gebiet von Gibraltar über Malta bis zum Suezkanal. Ganz Mitteleuropa, das Herz der christlichen Kultur, wurde in den Jahren von 800 bis 1806 von der Atlantikküste bis zur Memel und von der Nord- und Ostsee bis zur Adria vom Heiligen Römischen Reich umschlossen.
Nur so konnten die Deutschen tausend Jahre lang die Verteidiger der Christenheit … gegen Asien sein. Wenn also heute die Juden ein Recht haben, Anspruch auf das Land ihrer Vater zu erheben, die Engländer auf Schottland, Wales und das weltweite Empire, die Russen auf den Koloß ihres jetzigen Landes und wir Amerikaner auf das Land der ausgerotteten Indianer, dann haben die Deutschen ein Recht, das Reich im Herzen Europas zu beanspruchen, wo jedes kleine Fleckchen Erde mit kostbarem Blut und Schweiß erworben wurde. Dieses Reich wollten die Deutschen wiederherstellen als Kern der zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa.
Die Deutschen wußten, daß die einzelnen Nationen Europas nicht getrennt voneinander existieren können. Sie sind alle aufeinander angewiesen und alle zusammen auf Deutschland als den industriellen, geistigen und kulturellen Mittelpunkt Europas. Vereint würden sie eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht ersten Ranges darstellen, wie es für die Mutter unserer christlichen Zivilisation, Europa, nur angemessen wäre.

Lincoln und die Deutschen

Eben das ist es, was Lincoln für Amerika tat, indem er die Union zusammenhielt. Man stelle sich nur einen Augenblick vor, zu welchem Maß von Hilflosigkeit und Ohnmacht wir verurteilt waren, wenn jeder der 48 Staaten sich eigenmächtig mit hohen Zollschranken umgäbe. Was Lincoln für uns tat, ist genau dasselbe, was Deutschland in Europa zu schaffen beabsichtigte. Das war sein Vorschlag von 1936. Da die Erde in unserer Zeit kleiner geworden ist, hatten die Deutschen gelernt, nicht mehr in den engen Grenzen einzelner kleiner Länder zu denken, sondern - in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht - in Kontinenten.

Nach ihrer Vorstellung sollte die westliche Hemisphäre unter der Führung der Vereinigten Staaten stehen, das britische Empire bestehen bleiben, Rußland seine Grenzen behalten, ausgenommen eine Kornkammer für Europa, die gelbe Rasse im Fernen Osten unter japanischer Führung sich sammeln und Europa, Wiege der weißen Rasse und Mutter der christlichen Kultur, als Vereinigte Staaten von Europa unter deutscher Führung zur Blüte gelangen.

Roosevelt und Hitler

Als dieser deutsche Plan Präsident Roosevelt vorgelegt wurde, hatte er nur ein spöttisches Lachen dafür. Wie England ohne Erfolg Lincolns großes Werk der Einigung der Staaten mißlingen lassen wollte, so gelang es Roosevelt, den deutschen Plan der Einigung Europas zum Scheitern zu bringen, weil er in einem erstarkten und geeinten Europa unter Führung der leistungsfähigen Deutschen einen gefährlichen Rivalen sah. Ich erinnere daran, daß Roosevelt nicht einmal imstande war, das Arbeitslosenproblem im reichsten Lande der Erde zu lösen.

Die Angelsachsen mobilisierten die ganze Welt gegen Deutschland

Die Deutschen haben niemals daran gedacht, die Welt zu erobern. Kein Geringerer als General G. C. Marshall, unser Chef des Stabes, berichtete dem Präsidenten nach der Vernichtung des Reiches, daß die Deutschen niemals einen Plan zur Eroberung der Welt hatten. Dieselbe Tatsache wurde auch durch die Nürnberger Prozesse erwiesen. Alles Anderslautende waren Lügen und Kriegspropaganda gewissenloser Kommentatoren, um Furcht und Haß gegenüber den Deutschen zu schüren. Mit anderen Worten: durch Einmischung in eine rein europäische Angelegenheit haben Roosevelt und seine Clique mit ihrer Habgier, Böswilligkeit und Großmannssucht den Zweiten Weltkrieg verursacht.

Mischte sich Deutschland in Lincolns Krieg ein? Ja, indem es ihm in seinem großen Kampf mit 250 Millionen Dollar aushalf. Dafür zeigen wir nun unsere Dankbarkeit, indem wir Deutschland zerstören und Millionen deutsche Menschen töten und verhungern lassen. Unter angelsächsischer Führung wurde die ganze Erde mit allen ihren Hilfsquellen aufgeboten, um Deutschland zu zerstören. Es gelang den Alliierten durch ihre ungeheure Überlegenheit an Menschen und Material, Roosevelts Ziel, die "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands zu erzwingen.

Die Sieger haben kein moralisches Recht

Die große und für einen Christen entscheidende Frage der Zukunft lautet: Woher nehmen die Siegernationen das Recht, ein ganzes Volk zu verurteilen und in dieser unmenschlichen Weise zu behandeln? Ein moralisches Recht haben sie nicht. Sie können ihr brutales Vorgehen nur mit ihrer rohen Macht begründen, denn die Siegernationen haben hundertmal mehr Kriegsverbrechen begangen als die Deutschen und begehen sie ungestraft noch heute.

Die Alliierten waren Jahrhunderte lang die Aggressoren

Wir wollen einige dieser Verbrechen miteinander vergleichen:

1. Die Deutschen wurden angeklagt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden ihre Führer gehängt. Jeder Historiker weiß sehr wohl, daß diese Anklage eine Lüge ist. Die Deutschen wollten ihr durchaus rechtliches Ziel der Rettung Europas mit friedlichen Mitteln erreichen. Im Falle Österreichs und des Sudetenlandes gelang ihnen das auch. Auch mit Polen wäre ein friedliches Übereinkommen möglich gewesen, hätte nicht Halifax, unterstützt von Roosevelt, die Staatsmänner dieses unglücklichen Volkes zum Widerstand angestachelt. Heute, durch Churchill und Roosevelt verraten und verkauft, bereuen die Polen bitter, daß sie damals nicht auf die Deutschen gehört haben. Aber nun ist es zu spät. Polens Unabhängigkeit ist unter der bolschewistischen Diktatur für immer verloren.

Die wirklichen Aggressoren seit Jahrhunderten bis zur Gegenwart sind die Siegernationen. Ein Blick auf die Landkarte und in die Geschichte der letzten vier Jahrhunderte beweist es. Die Deutschen wollten keinen Krieg gegen England und Amerika führen. Sie betrachteten diese beiden Nationen stets als Verwandte und als ihre geistigen Kinder. Ich erinnere: jeder dritte Amerikaner ist deutscher Abstammung und auch jeder zweite Engländer ist deutschen

(nämlich angelsächsischen) Blutes.
Es waren aber England und Frankreich, die Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg den Kampf ansagten, nicht umgekehrt. Und die Pearl-Harbor-Untersuchung hat einwandfrei erwiesen, daß Roosevelt über sechs Monate lang ohne Kriegserklärung einen Angriffskrieg gegen Deutschland und Italien führte. Als er erkannte, daß es ihm nicht gelang, mit allen seinen anmaßenden Herausforderungen die Geduld der Deutschen zu strapazieren, suchte er nach der beschworenen Aussage von Staatssekretär Stimson Krieg mit Deutschland über Japan. So gelang es ihm, unsere Nation in den sogenannten "Verteidigungs-Krieg" hineinzulügen.
Nun sind die führenden Männer des nationalsozialistischen Deutschland gehängt worden wegen des Verbrechens, Polen angegriffen zu haben. Aber damals war Stalin Hitlers Verbündeter und griff Polen von Osten her an. Und Roosevelt und seine Clique führten einen Angriffskrieg ohne Kriegserklärung im Atlantischen Ozean. Nur wenn alle Angreifer und ihre Anhänger vor Gericht gestellt und für ihre Verbrechen abgeurteilt worden sind, wird man sagen können, daß Gerechtigkeit geübt wurde. Offensichtlich haben aber unsere Staatsmänner nach zweierlei Maß gehandelt. Könnt ihr, Diener Christi, das schweigend hinnehmen?

Die Alliierten haben als erste eine Ausrottungspolitik betrieben

2. Die Deutschen werden angeklagt, Millionen Juden in Gaskammern getötet zu haben. Wegen dieses furchtbaren Verbrechens wurden ihre führenden Männer und viele Mitschuldige gehängt.
Die Siegernationen aber haben der Welt in weit größerem Ausmaß und ebenfalls ungestraft gezeigt, wie man ein solches Verbrechen begeht.
Allein die Russen haben während der bolschewistischen Revolution 18 Millionen Christen umgebracht.
Die Engländer vernichteten Millionen Menschenleben in Irland, Indien, Südafrika und den anderen ausgedehnten Kolonialgebieten. Und wir Amerikaner haben die Ureinwohner unseres Kontinents bis auf einige wenige unbedeutende Reste ausgetilgt. … Diejenigen aber, die diese Verbrechen begingen, wurden niemals vor Gericht gestellt und gehängt. Abermals wurde mit zweierlei Maß gemessen.

Die Alliierten führten die Konzentrationslager ein

3. Die Deutschen wurden angeklagt, als ein neues Kriegsmittel die Konzentrationslager eingeführt zu haben. Für dieses Verbrechen wurden ihre Regierung und deren Helfer gehängt. Auch diese Anklage ist eine Lüge. In ihrer zweitausendjährigen ruhmreichen Geschichte haben die Deutschen bisher niemals diese verwerflichen Methoden angewandt. Auch das haben sie erst jetzt von den Siegernationen gelernt.
Das russische Sibirien war ein einziges riesenhaftes Konzentrationslager schon unter den Zaren und ist es weit mehr noch unter den bolschewistischen Diktatoren.
England richtete Konzentrationslager als sein grausamstes Kriegsmittel im Burenkrieg gegen Weiße ein und an zahllosen Plätzen in seinen weltweiten Kolonien gegen die Eingeborenen.
Und was sind bei uns die Indianer-Reservationen, wo die ursprünglichen Herren unseres Landes ohne volles Bürgerrecht und in Unwissenheit gehalten werden? Zusätzlich schuf die Roosevelt-Regierung während des Krieges noch eine besondere Art von Konzentrationslager in Verbindung mit Menschenraub, worauf nach dem Lindberg-Gesetz die Todesstrafe steht.
Auf Befehl Roosevelts wurden nämlich in Mittel- und Südamerika unter Verletzung der Souveränität dieser Staaten Tausende von deutschstämmigen Intellektuellen, Industriellen, Wissenschaftlern und Bankiers, meist Staatsangehörige der genannten Länder, von amerikanischen Fliegern entführt und hier in Fargo, N. D. und anderen Konzentrationslagern jahrelang hinter Stacheldraht gehalten. In vielen Fällen wußten ihre Familien nicht, wohin der Vater, Gatte, Bruder plötzlich verschwunden waren.
Dieses grausame Verbrechen, veranlaßt durch den verstorbenen Präsidenten, verstieß gegen

jedes menschliche und internationale Recht. Was würden wir Amerikaner sagen, wenn unsere deutschstämmigen Familien wie die Rockefeller, Westinghaus, Roebling, Kaiser, Fleischmann, Heinze und tausend andere führende Persönlichkeiten in dieser Weise behandelt würden?

Die Alliierten betrieben zuerst Sklavenhandel

4. Die Deutschen wurden beschuldigt, während des Krieges Sklavenarbeiter beschäftigt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden ihre führenden Persönlichkeiten gehängt. In Wahrheit bestand ein Großteil dieser "Sklaven" aus freiwilligen Arbeitern, die gut verdienen wollten und nach Deutschland gingen. Das nämlich war das Ziel der vielen Tausende sogenannter "Quislinge" in allen europäischen Ländern. Der beste Beweis für diese Wahrheit ist die Tatsache, daß Hunderttausende dieser "Sklavenarbeiter" nicht "befreit" werden, sondern lieber im Reich bleiben und mit den Deutschen hungern als "nach Hause" gehen wollten.

Andererseits aber waren und sind gerade die Siegermächte die größten Sklavenhalter. Rußland hat stets seine Millionen Verbannten als Sklaven mißbraucht. Gegenwärtig schätzt man die Sklavenarbeiter der Sowjetunion auf 15 bis 20 Millionen. England und Frankreich beuteten die Eingeborenen ihrer Kolonien Jahrhunderte lang als Sklaven aus. Und hier bei uns in Amerika wurde die Sklaverei offiziell erst vor 80 Jahren abgeschafft, während die Neger in den Südstaaten immer noch als Bürger dritten Grades behandelt werden.

Und in welcher schmählichen Weise haben wir unsere deutschen Kriegsgefangenen in Verletzung des Völkerrechts als Sklavenarbeiter an England und Frankreich verkauft. Die Deutschen haben solche Verbrechen niemals begangen, wurden aber gehängt. Die Verbrecher der siegreichen Nationen dagegen befinden sich immer noch auf freiem Fuße.

Die Alliierten begannen mit dem Massenmorden

5. Die Deutschen wurden angeklagt, das Dorf Lidice zerstört und seine etwa 200 männlichen Einwohner im Zusammenhang mit der von England angestifteten Ermordung des Reichsprotektors exekutiert zu haben. Die Verantwortlichen wurden gehängt.

Andrerseits aber trafen die Siegermächte tausendfach schwerwiegendere Maßnahmen. Die Engländer begannen mit den Bombenwürfen auf die schönen deutschen Städte. Die Bombardierung der historischen Stadt Coventry durch die Deutschen war lediglich eine Vergeltungsaktion für die Zerstörung der Goethe- und Schillerstadt Weimar.

Dresden, die prachtvolle Hauptstadt Sachsens mit ihren unersetzlichen Kunstschätzen, wurde so vollständig von unseren Fliegern zerstört, daß die Zivilbevölkerung dabei über 200.000 Tote zu beklagen hatte. Jede deutsche Großstadt wurde bis zu 85 % zerstört, ob es in ihr Rüstungsindustrie gab oder nicht, nur um die Bevölkerung zu terrorisieren und Schuldige und Unschuldige ohne Unterschied zu töten. (Der Verfasser kannte die Bücher der Engländer Späht, *Bombing Vindicated*, London 1944, Charles Snow, *Science and Government*, Oxford 1961 und David Irving, *Der Untergang Dresdens*, deutsch 1964, noch nicht. Sonst wäre diese Gegenüberstellung noch wesentlich kontrastreicher ausgefallen. D. H.).

Entgegen dem ausgesprochenen Protest unserer Wissenschaftler setzten wir Atombomben zur Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki ein und töteten dabei kaltblütig Zehntausende ziviler Menschen. Es wurde nachgewiesen, daß dieses einzigdastehende Verbrechen unserer Zeit keiner militärischen Notwendigkeit entsprach, da die Japaner sich bereits als geschlagen betrachteten und die Russen um Vermittlung gebeten hatten. Stalin unterschlug dieses Dokument bei der Potsdamer Konferenz. Natürlich möchten wir heute Atombomben völkerrechtlich verboten sehen, nachdem wir sie selber erstmalig angewandt haben. Wir haben alle Ursache, den von uns selbst geschaffenen "Frankenstein" zu fürchten, nachdem wir auch in diesem Verbrechen vorangegangen sind.

Die Alliierten ließen und lassen Millionen verhungern

6. Die Deutschen wurden beschuldigt, sie hätten Hunderttausende hilfloser Menschen verhungern lassen. Für dieses Verbrechen wurden die schuldig befundenen Männer und Frauen

gehängt. Auch diese grausame Kriegführungsmethode haben die Siegermächte den Deutschen vorgemacht. England erhielt nach dem Ersten Weltkrieg noch ein volles Jahr die Hungerblokkade gegen Deutschland und Österreich aufrecht und verursachte damit den qualvollen Hungertod von über einer Million Kinder, Frauen und alten Leuten.
In den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten verhungerten Tausende, meist ihre eigenen Landsleute bei einem täglichen Verpflegungssatz von 900 bis 1.000 Kalorien, der aus den beschränkten Vorräten eines übervölkerten und nicht sehr fruchtbaren Landes genommen wurde.
Die Siegernationen dagegen ließen die gesamte 60-Millionenbevölkerung Deutschlands bei täglich 700 bis 800 Kalorien hungern und frieren, obgleich sie über einen Überschuß an Nahrungsmitteln und Kleidung verfügten. Hitler hatte seine berüchtigten Konzentrationslager in Dachau, Buchenwald, Belsen, Sachsenhausen usw. Die Siegernationen machten aus ganz Mitteleuropa … ein einziges riesiges Konzentrationslager und ließen willkürlich Schuldige und Unschuldige ohne Unterschied sterben.

Die Alliierten überboten die deutschen Ärzte an Verbrechen gegen die Menschlichkeit

7. Deutsche Ärzte und Wissenschaftler wurden angeklagt, lebendige Menschen als Versuchsobjekte benutzt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden sie von den Siegermächten vor Gericht gestellt und werden nach den bisherigen Erfahrungen sicherlich gehängt werden.
Zur gleichen Zeit aber nehmen sich die Alliierten das Vorrecht, die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Experimente am lebenden Menschen in Anwendung zu bringen, wie sie ja auch Kenntnisse und Erfindergeist zahlreicher nationalsozialistischer Forscher für ihre eigenen Zwecke ausnützen. Es gibt da ein deutsches Sprichwort: Der Hehler ist nicht besser als der Stehler. …
Und wie steht es mit den Zehntausenden von menschlichen Versuchsobjekten, die wir in Hiroshima und Nagasaki umbrachten, um die Wirkung der Atombombe zu erproben? Ich habe nichts über die Verurteilung und Hinrichtung jener Verbrecher gelesen, die den Befehl gaben und ausführten, die schutzlose Bevölkerung mit der Atombombe zu vernichten.
Im Juli 1945 fand unter den Atomwissenschaftlern des Metallurgischen Laboratoriums an der Universität Chicago eine Abstimmung statt. Dabei stimmten 85 % aller Wissenschaftler gegen ein solches Gemetzel wie das von Hiroshima und Nagasaki, das sich mehr gegen die Zivilbevölkerung als gegen militärische Ziele richte. Das Abstimmungsergebnis wurde "unmittelbar Kriegsminister Stimson und Präsident Truman zur Kenntnis gebracht. Hiroshima lag damals noch einige Wochen voraus.
Truman und Stimson lehnten aber die von Menschlichkeit diktierten Ratschläge der Männer, die die Bombe fertiggestellt hatten, ab. Sie trieben die Dinge weiter und ließen die Bombe tatsächlich werfen. Wenn das nächste Pearl Harbor vorbereitet wird, soll man ja keinen Fehler machen, weder einen tatsächlichen noch einen vorgeblichen. "Das Beispiel unserer Staatsmänner hat unsere Feinde Unbarmherzigkeit gelehrt. Wir haben von ihnen nichts anderes mehr zu erwarten" Das schrieb Oberst McCormick.

Die Alliierten sind auch die erfolgreichsten Plünderer der Geschichte

8. Die Deutschen wurden beschuldigt, Kunstschätze, Schmuck und auch Vieh sowie Nahrungsmittel geraubt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurde ihre Führung gehängt. In Wahrheit berichteten Museumsdirektoren in den von Deutschland besetzten Ländern, daß ihre Kunstschätze vollständig erhalten seien und nichts fehle.
Im Gegenteil, sie wurden von den Deutschen, die Kunst und Wissenschaften hochschätzen, gegen unsere Flieger geschützt, die bedenkenlos und gnadenlos alles zerstörten (man denke nur an die größten und ältesten karitativen Einrichtungen der Erde in Bethel, Barmen, Halle und Kaiserswerth, an die Diakonissen-Mutterhäuser, Hospitäler, Bibliotheken und Tausende von Kirchen und Schulen).
Wie hätten sich Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich, Norwegen und die Tschechoslowa-

kei in so kurzer Zeit erholen können, daß sie nun einen Überfluß an Molkereiprodukten und anderen Lebensmitteln besitzen, wenn die Deutschen sie so grausam ausgeplündert hätten, wie es uns unsere Haßprediger glauben machen möchten? Tatsächlich haben sogar die einst von den Deutschen besetzten Länder öffentlich erklärt, es gäbe keine besser disziplinierten Soldaten auf der Erde als die Deutschen.

Andrerseits aber verheerten die siegreichen Armeen einschließlich unserer eigenen Truppen das "bedingungslos unterworfene" Reich und führten sich nach unseren eigenen Berichterstattern wie wahre Gangster und Räuber auf. Vom Gemeinen bis hinauf zum hohen Offizier plünderte jedermann, was er in die Finger bekam. Und all das geschah unter Mißachtung des Völkerrechts, nach dem das Privateigentum zu achten ist.

Schande für unsere Truppen

Der Raub der hessischen Kronjuwelen ist nur einer von zahllosen Fällen. Der Verteidiger des weiblichen WAC-Captains Durant wußte, was er sagte, als er in seinem Plädoyer ausführte: Wenn seine Klientin verurteilt würde, dann müßten 90 % unserer Besatzungstruppen bestraft werden, denn sie hätten alle gestohlen. Millionen Tonnen an gestohlenen Gütern wurden als "Souvenirs" mit unseren Transportmitteln durch unsere US-Post- und Zollämter nach Amerika gebracht.

Das silberne Tafelgeschirr des letzten Kaisers, ein Geschenk der deutschen Städte zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum, wiegt allein sieben Tonnen und der Oberst, der dieses herrliche Kunstwerk stahl und als Kriegstrophäe betrachtet, ist im Privatleben Rechtsanwalt! Ich danke Gott, daß er meinen eigenen Sohn mit reinen Händen und gutem Gewissen heimkehren ließ. Als Armeeoffizier hatte er dieselbe Gelegenheit wie alle anderen, zu stehlen und zu plündern.

Aber er sagte mir: "Ich habe das siebente Gebot gehalten, Vater. Wir ließen das arme besiegte Volk in seinem Elend und im Hunger zurück. Ich brachte es nicht über das Herz, auch nur den Wert eines Pennys mitzunehmen." Ich hoffe zuversichtlich, daß mein Sohn nicht der einzige unter unseren zehn Millionen Soldaten war, der keine "Souvenirs" nach Hause sandte oder mitbrachte und etwas von den Geboten unseres Herrn wußte.

Selbst die Russen sind aufrichtiger

Was die Russen an Schätzen und Gütern aller Art gestohlen und in Tausenden von Eisenbahnzügen nach Osten gesandt haben, ist ein Kapitel für sich. Aber sie waren dabei aufrichtiger als wir, denn sie nahmen weder heuchlerisch für sich in Anspruch, die "höchst zivilisierte Nation der Erde" noch eine "christliche Nation" zu sein, wie wir es tun.

Welch eine Fülle von Kunstschätzen aller Art war in jenem ersten Kulturland der schöpferischen Nation in Museen, Schlossern, Gutshäusern und Privatsammlungen als das Eigentum der großen geschichtlichen Familien durch die Jahrhunderte gesammelt worden! Jede größere Stadt in Deutschland besaß so viele Kunstgegenstände wie sonst ein ganzes Land. Da gab es etwas zu plündern und zu stehlen! Unseren eigenen Zeitungsberichten nach waren die Engländer die einzigen, die sich an die Bestimmungen des Völkerrechts und an die Regeln des Anstands hielten. Wir aber sind vor Gott und der Geschichte schuldig, unersetzliche Kulturwerte der Menschheit geplündert und zerstört zu haben.

Roosevelts Satanismus

Roosevelt wußte genau, was er meinte, als er die "bedingungslose Kapitulation" forderte. Nach seiner barbarischen Auslegung schloß dieser Begriff das Recht der Sieger ein, über alles zu verfügen, über Menschen und Material, Eigentum und geistige Güter. Allein die Patente und Herstellungsgeheimnisse, die unsere Truppen gestohlen und hierher gebracht haben, wiegen die Milliarden auf, die wir für die Kriegführung ausgaben.

Selbst die Entführung und gewaltsame Verbringung deutscher Wissenschaftler und Experten nach Ost und West wird als Selbstverständlichkeit betrachtet. Im Angesicht Gottes frage ich unsere Nation, frage ich euch, ihr Diener des Evangeliums: Haben uns die Deutschen in unse-

rer ganzen Geschichte jemals solches Unrecht angetan, wie wir ihnen in den beiden Weltkriegen zufügten und noch immer zufügen?
Was haben die Deutschen uns Amerikanern getan, daß wir sie zweimal in einer Generation auf die grausamste und unmenschlichste Art bestraften, wie sie die Geschichte bisher nicht gekannt hat? Ist das die amerikanische Dankbarkeit für alle die schwere Arbeit und Treue, mit der deutsche Menschen hier unser Land aufbauten und unsere Siege gewannen?

Presse und Redefreiheit

9. Die Deutschen wurden beschuldigt, die Presse- und Redefreiheit unterdrückt und damit die Massen verführt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden ihre Führer gehängt.
Gab es in der gesamten russischen Geschichte bis auf den heutigen Tag jemals eine Presse- und Redefreiheit?
Wir wollen doch nicht vergessen, daß dieses für den freien Mann kostbare Gut auch bei uns erst in harten Kämpfen durch den Deutschamerikaner Johann Peter Zenger errungen werden mußte. Aber konnten wir uns unter der Roosevelt-Regierung dieser Freiheit erfreuen? Wer nicht mit ihm und den andern Kriegstreibern in das gleiche Horn stieß, dem verleidete der FBI das Leben und machte es zur Hölle auf Erden.
Diese Art von Presse- und Redefreiheit gab es in Deutschland und Rußland auch. Wer mit Hitler und Stalin übereinstimmte, konnte reden und schreiben, soviel er wollte. Weitsichtige und aufrichtige Männer aber, wirkliche amerikanische Patrioten wie die Senatoren Taft, Wheeler und Nye, General R. E. Wood, Oberst Lindbergh, Father Coughlin und viele andere, die die Stimme ihres Gewissens mit historischen Kenntnissen verbanden, wurden verleumdet und schließlich zum Schweigen gebracht.

Roosevelts Sündenregister

Wußte unser Volk mit seiner "freien Presse" etwa davon, daß Roosevelt über sechs Monate lang einen herausfordernden Angriffskrieg ohne Kriegserklärung gegen Deutschland und Italien führte, wobei die Geduld und Ehrauffassung dieser Nationen auf die härteste Probe gestellt wurden?
Wußte unser Volk, daß Roosevelt und seine Mitarbeiter vorsätzlich die Pearl Harbor-Katastrophe heraufbeschworen, um sich dann vor die Nation stellen und Rache für den sogenannten "Heimtücke-Angriff" fordern zu können?
War unser Volk davon unterrichtet, daß Roosevelt auf Anraten Einsteins zwei Milliarden Dollar daran wandte, die Atombombe, unseren "Frankenstein", herzustellen, wozu er aus aller Welt Wissenschaftler "importieren" ließ?
Wußte unser Volk, daß auf Befehl Roosevelts viele tausend Wissenschaftler, Industrielle und Finanzmänner deutscher Abstammung, Bürger mittel- und südamerikanischer Staaten aus ihren Häusern entführt und in unseren Konzentrationslagern festgehalten wurden?
Wußte unser Volk, daß Zehntausende von … Kriegsgegnern aus Gewissensgründen in die Gefängnisse geworfen wurden, weil sie Gott mehr gehorchten als machthungrigen Menschen?
Sagte Gouverneur Dewey die Wahrheit, als er in allen seinen Wahlkampfreden stets wiederholte: "Roosevelt mußte Krieg machen, um das Arbeitslosenproblem zu lösen"?
Wußte unser Volk, was für ein gewissenloses Staatsoberhaupt es hatte, das in jenen Geheimbesprechungen in Teheran und Jalta dem rücksichtslosen Erpresser Stalin, seinem "persönlichen Freund", der wieder und wieder mit einem Separatfrieden mit Hitler drohte, alles dahingab?
Wußte unser Volk, daß Roosevelt Churchill den diabolischen "Morgenthau-Plan" aufzwang, nach dem 40 % bis 50 % der deutschen Bevölkerung durch Hunger und Deportation in der Winterkälte umkommen sollten, um auf diese Weise das "Lebensraum-Problem" für die Deutschen zu lösen?
Wußte unser Volk, daß Roosevelt in seiner Großmannssucht bereit war, Europa, die Mutter der christlichen Zivilisation, dem Erdboden gleich zu machen, wie es der Hunne Attila und

der Mongole Dschingis Khan wollten, um damit seinen Namen in das Buch der Geschichte einzutragen? Es wird eine dunkle Seite dieses Buches sein.
Unser Volk erfuhr von allen diesen unglaublichen Tatsachen mit Entsetzen und Abscheu erst, nachdem unsere vermeintlichen Feinde niedergeworfen, wir selbst getäuscht und belogen worden waren und Chaos und unsagbares Elend über die Menschheit gebracht hatten.
Hätten wir wirklich eine freie Presse gehabt, so würde unsere Nation nicht das größte Verbrechen dieses Zeitalters begangen haben.

Die Deutschen wurden irregeführt und wir Amerikaner belogen

Jetzt aber haben die Siegermächte den heuchlerischen "Mut", über das ganze deutsche Volk zu Gericht zu sitzen und es als ein Verbrechervolk zu verurteilen. Dabei wurden die gutgläubigen Deutschen von ihrer Führung ebenso getäuscht wie wir von der unseren. Das deutsche Volk wußte in seiner Gesamtheit ebensowenig, was in Dachau und den anderen KZ-Lagern geschah, wie wir wußten, was in unserem Namen in Oak Ridge, New Mexiko, Fargo, in Teheran, Jalta und Potsdam vor sich ging.
Der einzige Unterschied besteht darin, daß wir mit unserer Überlegenheit an Hilfsquellen der ganzen Erde den Krieg gewonnen haben und uns im Triumph sonnen können, während die anderen den Krieg verloren und nun auch noch unter der Schande und Quälerei von seiten der Eroberer zu leiden haben.
Die Masse des deutschen Volkes vertraute ihrem Führer, weil er ihr Arbeit und Brot gegeben und der Welt gezeigt hatte, wie er die meisten Deutschen innerhalb Europas auf friedlichem Wege zusammenführte. Das Volk wußte nicht, welcher Mittel er sich bediente, um sein Ziel zu erreichen.
Die Masse unseres amerikanischen Volkes vertraute Roosevelt, und viele verehren ihn heute noch, weil er ihnen Stellungen und Brot verschaffte und später die Rekordlöhne der Kriegsprosperität. Darum wählte ihn das Volk viermal zum Präsidenten, die letzten beiden Male mit der bereitwilligen Hilfe der Kommunisten. Auch unser gutgesinntes Volk wußte nicht, welche geheimen Pläne er hatte, uns in den Krieg zu drängen, da doch 86 % der Amerikaner gegen den Kriegseintritt waren.

Die wahre Kriegsursache

Als Christen müssen wir uns vor Gott und der Geschichte fragen: Was war die wirkliche Ursache, die uns durch Roosevelt in den Krieg führte?
Eines steht schon jetzt fest: Es war kein "ideologischer" Krieg zur Vernichtung des Nationalsozialismus, da wir ja mit dem noch gefährlicheren Bolschewismus verbündet waren.
Es ging auch nicht um die Rettung Polens, da wir dieses Land betrogen und an die Russen verkauften. Die Indianer früher, die Mexikaner und Spanier waren weder Nationalsozialisten noch Bolschewisten und doch führten wir Angriffs- und Eroberungskriege gegen sie.
Die einzig wahre Antwort muß heißen: Die alten Kardinalsünden der Menschheit, Selbstsucht, Gier und Habsucht führten unsere Nation in den Krieg. Wir wollten unter der Roosevelt-Regierung nicht zulassen, daß der Verlauf der Geschichte sich einmal umkehre, daß wir die "Habenichtse" und andere Nationen die "Habenden" wurden.
Wir wollten auch weiterhin im Überfluß leben und die anderen für immer im Mangel belassen, wollten weiterhin die Reichen sein und die anderen in ihrer Armut halten, wollten ungestört genießen, was wir an irdischen Gütern durch Eroberung, Ausrottung und Sklaverei zusammengerafft hatten. Wir wünschten fortgesetzt, auf der Sonnenseite des Daseins zu leben. Wir wollten auf unserem "American way of life" mit dem höchsten Lebensstandard bleiben, während die anderen hungerten. Vor allem aber wollten wir unseren größten und erfolgreichsten Rivalen auf dem Weltmarkt loswerden.
Alle diese "Tugenden stehen aber im direkten Widerspruch zu der christlichen Lehre "Liebe deinen Nächsten wie dich selbst" und zu der goldenen Regel "Was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch!" (Matthäus 7, 12)

Das Einwanderungsgesetz, ein Zeugnis größter Selbstsucht

Es gibt bei uns eine Reihe von Einrichtungen, die die Unaufrichtigkeit unserer Politik gegenüber der übrigen Menschheit kennzeichnen. Dazu gehört unser Einwanderungsgesetz als die höchste Form der Selbstsucht.

Es gab eine Zeit, da wurden Menschen in dieses Land gelockt, und da es nicht genügend freiwillige Einwanderer gab, führten die habgierigen Eroberer die Sklaverei ein. Jetzt aber, nachdem wir reich geworden sind, haben wir unsere Grenzen geschlossen.

Wenn wir uns vor Augen halten, daß in Deutschland vor dem Kriege 306 Menschen auf einer Quadratmeile wenig fruchtbaren Bodens leben mußten und jetzt, nach dem Landraub durch die Alliierten sogar 502, in Italien damals 298 und jetzt über 400, im vulkanischen Japan damals 410 und jetzt über 600, während wir hier auf unserem jungfräulichen Boden mit nur 43 Menschen auf einer Quadratmeile leben, dann können wir verstehen, welches Unrecht es bedeutet, unsere Grenzen vor unseren hungernden Mitmenschen zu verschließen. Sicher sind England, Belgien und Holland ebenfalls dicht bevölkert, aber sie verfügen über weite Kolonialgebiete sowohl für die Rohstoffversorgung wie zur Besiedelung.

Im Gegensatz dazu mußte Deutschland etwa die Hälfte seiner Nahrungsmittel und den größten Teil der Rohstoffe importieren, die es zu Fertigwaren verarbeitete und ins Ausland verkaufte, um bei harter Arbeit ein annehmbares Leben zu führen. Besäße das deutsche Volk nicht seinen charakteristischen Fleiß, seine Sparsamkeit, Erfindergabe und gegenseitige Hilfsbereitschaft, so würde es auch in Friedenszeiten darben müssen.

Haben wir da als Christen ein moralisches Recht, unsere Grenzen vor nahrungssuchenden Menschen zu verschließen? Wir haben es nicht, aber wir haben die Macht, sie draußen zu halten, auch wenn sie verhungern und wir an unserem Überfluß ersticken.

Hätten die Indianer einst die Macht gehabt, ihre Heimat zu verteidigen, so wären wir gewiß nicht hier und die Herren dieses reichen Landes. Unsere Vorfahren haben die Eingeborenen nicht um Erlaubnis gefragt, ob sie einwandern dürften. Sie kamen einfach und nahmen sich das Land gewaltsam. Da wir nun einmal die Eigentümer geworden sind und da hier und in der gesamten Neuen Welt Raum und Lebensmöglichkeiten für hunderte Millionen Menschen vorhanden sind, ist es unsere Christenpflicht, unsere Reichtümer mit den "Habenichtsen" zu teilen. Oder könnte ein Christ glauben, Gott habe die Welt nur für die Angelsachsen und Russen erschaffen? …

Zweierlei Maß auch bei der Monroe-Doktrin

Eine weitere Unaufrichtigkeit, die unser politisches Leben kennzeichnet, ist unsere Monroe-Doktrin. Wir gründen die Führung der 21 Staaten der westlichen Hemisphäre auf die fixe Idee, daß kein Nichtamerikaner sich ungestraft in unsere Angelegenheiten einmischen dürfe. Aber gleichzeitig nehmen wir uns die Freiheit, uns selber bei jeder Gelegenheit mit den Angelegenheiten anderer Länder zu befassen.

Wer gibt uns das Recht dazu? Niemand, wir nehmen es uns kraft unsrer Stärke. Wo bleibt da der so viel mißbrauchte Begriff des Anstands oder gar der christlichen Moral?

Unsere Einmischung in Angelegenheiten auswärtiger Staaten brachte China und Japan Chaos und Elend

Aus weltgeschichtlicher Sicht betrachtet haben wir in unserer kurzen Nationalgeschichte nur Unglück und Elend über die Menschheit gebracht, so oft wir uns in auswärtige Angelegenheiten einmischten. Gleichzeitig waren wir dabei stets die Gewinner. Die fernöstlichen Nationen lebten Jahrtausende - die Chinesen hinter ihrer Mauer, die Japaner auf ihren Inseln - vollkommen abgeschlossen, ohne Berührung mit der Weißen Rasse und entwickelten bewundernswerte Kulturen.

Wir zwangen sie, aus ihrer Isolierung hervorzutreten. Wir liehen ihnen unseren Beistand, in China die zweitausendjährige Dynastie des herrschenden Hauses zu stürzen und eine "Demokratie" zu schaffen. Seitdem hat das Riesenreich keine Ruhe mehr gefunden. Die chaotischen

Verhältnisse dort dauern noch an. Wir tragen einen großen Teil der Verantwortung für die Millionen Getöteter und Verhungerter.
Das überbevölkerte Japan hatte es in Jahrhunderten verstanden, sich durch Mäßigkeit, Fleiß und Disziplin aus dem kargen Lande selbst zu ernähren. Würden wir Amerikaner uns wohl mit einer Handvoll Reis als Tagesration begnügen?
Unser Admiral Percy zwang sie, ihre Isolierung aufzugeben. Sie übernahmen dann sehr schnell von den Weißen die Ungenügsamkeit und den Machthunger und begannen, es ihnen nachzutun. Sie folgten auch darin genau unserem Beispiel, daß sie ihre eigene Monroe-Doktrin schufen und erklärten: "Wenn Amerika den Amerikanern gehört, dann gehört Asien den Asiaten".
Aber wir gestanden ihnen das nicht zu, was wir für uns selber als selbstverständlich forderten. Und jetzt schlugen wir sie kraft unserer Überlegenheit. Glücklicherweise haben wir aber diesmal dort einen Mann, der nicht nur Soldat, sondern auch Menschenkenner und Psychologe ist. Unter seiner klugen Führung wurde die herrschende Dynastie nicht gestürzt und allein durch diese Tatsache trug er wesentlich zur Befriedung jener stolzen, besiegten Nation bei.

Unsere Verantwortung für Europas Ruin

Besonders schweres Leid aber verursachte unsere Einmischung in die europäischen Angelegenheiten. In beiden Weltkriegen gingen unsere führenden Staatsmänner darauf aus, eine Rolle zu spielen, und in beiden Weltkriegen führten wir die Entscheidung herbei. Darum sind wir auch für die Folgen und für die nun herrschenden Zustände verantwortlich. Beide Male brachten wir den Europäern mehr Not und Leiden, als sie vorher zu ertragen hatten.
Nach dem Waffenstillstand mit den Deutschen im Jahre 1918 wurden alle feierlichen Versprechungen Wilsons, die er im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten gegeben hatte, gebrochen. Wenn wir uns damit entschuldigen wollen, daß Wilson zwar guten Willens, aber nicht in der Lage war, mit den Engländern und Franzosen fertig zu werden, so gibt es darauf nur eine Antwort: Mische dich nicht in Dinge, denen du nicht gewachsen bist, und versprich nichts, was du nicht halten kannst! Das Schlagwort damals lautete: "Wir müssen in der Welt der Demokratie den Weg bahnen!"
Geschichtliche Tatsache ist demgegenüber, daß mit Ausnahme Englands und der skandinavischen Länder alle europäische Staaten zu Diktaturen wurden. Jedem kleinen Balkanstaat wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zugestanden. Aber den zehn Millionen Deutschen in Österreich, dem Sudetenland, Elsaß-Lothringen, Westpreußen, Danzig usw. wurde verboten, sich mit dem Mutterland zu vereinigen.
Das Versprechen, daß jede kriegführende Nation für ihre Kriegsschulden selbst aufkommen solle, wurde voller Verachtung ignoriert. Deutschland wurde aller seiner Kolonien beraubt, große Gebiete wurden vom Reiche gelöst und als ein Danaergeschenk den Nachbarvölkern gegeben. Unmögliche Milliardensummen wurden Deutschland als Reparationszahlungen auferlegt. Die Schmach von Versailles lastete schwer auf dem Herzen Europas.

Habsburger und Hohenzollern

Einer Sünde eigener Art machten wir uns beim Sturz der beiden glänzenden Herrscherhäuser Habsburg und Hohenzollern mitschuldig. Hier wurden alte, durch Geschichte und Tradition geheiligte Ordnungen zerstört, ohne daß etwas Besseres hätte an die Stelle gesetzt werden können. Das Haus der Habsburger hatte bereits im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und seit 1806 über Österreich-Ungarn regiert, während die Hohenzollern auf 600 Jahre als Kurfürsten von Brandenburg, Könige von Preußen und Kaiser des Zweiten Deutschen Reiches zurückblicken konnten.

Die germanische Auffassung von Menschenwürde

Es ist kennzeichnend für den germanischen Menschen, daß er eine Autorität über sich anerkennen will, zu der er aufblicken kann. Das hat nichts mit Knechtsseligkeit zu tun, sondern ist im Gegenteil ein Ausdruck menschlicher Würde und Vornehmheit. Die Germanen wollten die

Kraft, Ehre und Würde ihres Volkes in einem "Landesvater" verkörpert sehen, den ihnen Gott durch das Recht der Geburt und Erbfolge gegeben hatte und der von der schwankenden Gunst der Massen unabhängig war. Es ist der von der Vorzeit her in der germanischen Seele tief verwurzelte Familiensinn, den nur religiöse Menschen ganz empfinden können.
Wie der Vater das von Gott eingesetzte Haupt der Familie ist, so ist der König oder Kaiser von Gottes, nicht von der Menschen Gnaden Führer und Herrscher seines Volkes. Es ist die altüberlieferte germanische Auffassung von Ehre und Ehrerbietung: "Nur wer selbst Ehre besitzt, kann Ehre erweisen."
Alle germanischen Völker haben noch heute ihren König, selbst die sozialistisch regierten Länder Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und England. Wer wollte leugnen, daß diese Nationen auf allen Gebieten Fortschritte machen und uns in vielen Dingen weit voraus sind?
Wilson aber forderte in seiner geschichtlichen und psychologischen Unwissenheit und in seinem Bestreben, altehrwürdige Einrichtungen zu zerstören, in seinen 14 Punkten als Bedingung für die Friedensverträge, daß die Habsburger- und Hohenzollern-Dynastie gestürzt werden müsse, und beraubte damit diese Nationen im Herzen Europas ihres moralischen Halts. Heute kann jedes Kind den furchtbaren Fehler erkennen, den Wilson beging. Die konstitutionelle Monarchie der adligen Häuser Hohenzollern und Habsburg war um vieles besser als die Hitlerdiktatur.
Kann ein aufrichtiger Mensch angesichts der geschichtlichen Tatsachen die schwere Verantwortung bestreiten, die die amerikanische Politik auf sich lud, da sie am Ende Hitler zur Macht verhalf?

Die Zerstörung der europäischen Wirtschaft

Doch blieb es nicht bei diesem einen schwerwiegenden Fehler. Wilson als der Repräsentant der offiziellen amerikanischen Politik der Demokraten trug auch am meisten zum Ruin der europäischen Wirtschaft bei. Er zerschlug die wirtschaftliche Einheit der Donaumonarchie Österreich-Ungarn, die in Jahrhunderten gewachsen war. Zudem schuf Wilson den unmöglichen Staat der Tschechoslowakei, mit dessen erstem Präsidenten, Thomas Masaryk, er verschwägert war.
Im Süden Österreichs schenkte er den Serben zur Belohnung ein zweimal so großes Gebiet, als sie es vor dem Mord von Sarajewo besessen hatten, und schuf damit das heute von Tito regierte Jugoslawien. Er nahm Ungarn die tausend Jahre alte reiche Provinz Siebenbürgen und gab sie Rumänien. Heute muß sich unsere Regierung gegen die Russen für die Donau einsetzen, die alte Lebensader Mitteleuropas. Zu spät erkennen wir die Folgen der Sünden unserer Vertreter in Versailles und versuchen, sie wiedergutzumachen.
Als dann unsere Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrten und die traurigen Folgen unserer Einmischung in den europäischen Hader erkannten, riefen sie aus: "Wir kämpften auf der verkehrten Seite!" und "Nie wieder gegen die Deutschen, die anständigsten Menschen, die wir kennengelernt haben!"
Wir ließen Europa in einem Meer von Blut und Tränen hinter uns und zogen uns in die Isolierung zurück, nachdem wir das Unheil verursacht und den Sieg für die falsche Seite entschieden hatten.
Wir waren die einzigen Gewinner im Ersten Weltkrieg. Die Engländer und Franzosen ließen uns diese Tatsache sehr deutlich fühlen, indem sie uns zum Dank für unsere rettende Hilfe mit dem Namen "Shylock" auszeichneten und die Rückzahlung der entliehenen Milliarden schlicht verweigerten. Wenige von uns Amerikanern wissen, daß wir schon damals Milliarden für unsere Wirtschaft aus der Konfiszierung von über 2.500 deutschen Patenten gewannen. Durch diese Patente wurden wir auf vielen Gebieten für immer wirtschaftlich unabhängig, so vor allem in der Chemischen, Farb- und Pharmazeutischen Industrie.

Der Panslawismus - eine Schöpfung Amerikas

Eine dritte an der Menschheit begangene Sünde lastet schwer auf dem Gewissen der Staatsmänner und Kriegstreiber unseres Landes. Ihr unerfahrener, ja kindischer Eingriff in den Gang der Geschichte half entscheidend eine Zusammenfassung der germanischen Völker für immer zu verhindern, dafür aber die panslawistische Bewegung zur dominierenden Kraft in Europa und Asien zu erheben.

Man muß die Geschichte … der Entwicklung der christlichen Kultur in ihrer tiefsten Bedeutung kennen, um den Grad dieser schweren Versündigung an der Menschheit ganz erfassen zu können. Ich will das hier kurz zu erklären suchen.

Seit es eine aufgezeichnete Geschichte gibt, beobachten wir, daß Völker kommen und gehen, Stämme sich zu Völkern entwickeln, zu Macht und Gewicht gelangen, sich eine Zeitlang behaupten und dann zusammenbrechen.

Die Archäologen berichten uns von der Macht und Größe der Ägypter, Babylonier, Perser, Griechen und Römer. Aller Glanz und alle Macht dieser einst bedeutenden Weltreiche schwanden dahin. Sie mußten anderen Völkern weichen. …

Seit Beginn der christlichen Zeitrechnung hat sich die indo-germanische Rasse … zu drei großen Völkerfamilien entwickelt, den Romanen, den Germanen und den Slawen. Die romanischen Völker sind die Südeuropäer am Mittelmeer, deren gemeinsame Ursprache das Latein war, Italiener, Franzosen, Spanier, Portugiesen und zum Teil auch die Rumänen.

Die West- und Nordeuropäer am Atlantik, an der Nord- und Ostsee, sind die Germanen. Diese Völkerfamilie umschließt die Deutschen, Österreicher, Sudetendeutschen, Schweizer, Elsässer und Lothringer, Flamen, Luxemburger, Holländer, Dänen, Norweger, Schweden und Engländer.

Das gewaltige Gebiet Osteuropas wird von den Slawen bewohnt. Zu dieser Völkerfamilie gehören die Russen, Polen, Ukrainer, Tschechen, Slowaken, Kroaten und Serben. Eine vierte, an Zahl kleine Völkerfamilie ist die finnisch-ungarische, deren größerer Teil, Wogulen, Ostjaken, Wotiaken, Tscheremissen und Zyrmjenen in den weiten Steppengebieten Rußlands leben und zu den 152 von Moskau unterjochten Völkerschaften gehören.

In Europa wird diese Sprachengruppe durch die ritterlichen Magyaren, die tapferen Bulgaren und die rechtschaffenen Finnen, Lappen und Baltenvölker vertreten. Schließlich leben in Westeuropa auch noch die letzten Nachkommen der alten keltischen Völkerschaften.

Die Ära der romanischen Führung

Die Geschichte der Völker verläuft wie die der Natur nach unwiderruflichen Gesetzen. In diesem Zyklus waren die Völker der romanischen Sprachfamilie als erste politisch und kulturell dazu befähigt, die Führung … zu übernehmen. Die italienischen Seemächte Genua und Venedig, der mächtige geistige Aufbruch des Humanismus und der Renaissance sowie die Päpste in Rom hatten bis zum Ende des Mittelalters diese Führung inne.

Von der Appeninhalbinsel ging die Macht auf die Pyrenäenhalbinsel über. Die Bedeutung und Größe Spaniens, das von allen europäischen Ländern die meisten Kriege führte, war so gewaltig, daß König Philipp II., gleichzeitig Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, sagen konnte, in seinem Reich ginge niemals die Sonne unter.

Von Spanien wurde die politische und kulturelle Führung auf Frankreich übertragen, das die erste stehende Armee in Europa hielt (daher die französischen Bezeichnungen für militärische Ränge und Waffengattungen) und seine führende Stellung lange Jahrzehnte behielt. Mit der Niederlage des großen Korsen bei Waterloo und später mit der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. bei Sedan brach die Macht Frankreichs zusammen. Damit war die führende Rolle der drei großen romanischen Völker ausgespielt.

Die Ära der germanischen Führung

Nach dem Gesetz der Geschichte ging nun die Führungsmacht auf die Völker der germanischen Sprachfamilie über. Wie unter den romanischen Völkern die seefahrenden Italiener zu-

erst an der Reihe waren, so unter den germanischen Völkern die seefahrenden Engländer. Dieses aggressive und kriegliebende Inselvolk beherrschte aus seiner "splendid isolation" heraus nicht nur Europa, sondern eroberte und unterwarf sich etwa ein Sechstel der Erde und besetzte alle wichtigen Stützpunkte, Flottenbasen und Handelsrouten der sieben Meere. Eine gewaltige Leistung für ein zahlenmäßig kleines Volk!
Doch je mehr die Botschaft von der "Freiheit eines Christenmenschen" sich in den weit abgelegenen Ländern ausbreitete, desto lauter riefen die unterjochten Völker nach Befreiung von den englischen Fesseln.

Der Verrat an den Deutschen

Wie in der romanischen Sprachfamilie die beherrschende Macht von Italien auf Spanien und von dort auf Frankreich überging, so hätte nach dem Gesetz der Geschichte innerhalb der germanischen Sprachgruppe nun die Führung von England auf Deutschland übergehen müssen, da es für diese hohe Aufgabe am besten vorbereitet war. Seine beherrschenden Leistungen auf allen Gebieten der Wissenschaft, Technik und der Künste, seine fleißige und hochgebildete Bevölkerung, seine zentrale Lage im Herzen Europas schien das hundert Millionen zählende Deutschtum geradezu dazu ausersehen zu haben, die Führung Europas zu übernehmen.
Wie in der großen Krise um die Wende des ersten Jahrtausends die großen Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, die Karolinger, Sachsenkaiser und Hohenstaufen das Christentum … gerettet hatten, so war diese große Nation auch an der Wende des zweiten Jahrtausends dazu berufen, ihre höchste Pflicht gegenüber der Menschheit zu erfüllen.
Um aber eine so gigantische Aufgabe lösen zu können, war es notwendig, das gesamte Deutschtum in Europa wieder zu vereinigen so, wie es tausend Jahre lang vereint gewesen war. Dann wäre die 78 Millionen-Bevölkerung des Reiches durch den Anschluß aller Deutschen des Kontinents auf hundert Millionen angewachsen und hätte im Rahmen des so vergrößerten Reiches zweifellos das in jeder Hinsicht leistungsfähigste Volk innerhalb der Weißen Rasse dargestellt.
Das war der Plan und das Ziel der Großdeutschen. Ist es ein Verbrechen, die Kinder ein und derselben Familie in einem gemeinsamen Hause zusammenzuführen? Die Feinde Deutschlands aber neideten ihm die ihm zukommende Stellung, brachten den durchaus natürlichen Plan, der am Ende der Menschheit zum Segen gereicht hätte, in Verruf und bekämpften ihn als Pan-Germanismus.

Unser Pan-Amerikanismus

Hatten wir Amerikaner ein geschichtliches oder moralisches Recht, mit allen den Schritten, die unsere Staatsmänner unternahmen, diesem gerechtfertigten deutschen Streben entgegenzuwirken?
Ist es nicht eine Tatsache, daß wir in unserem Staat Dutzende verschiedener Nationalitäten und Rassen zu einem Volk zusammenschmolzen? Die Deutschen wollten nur ihre Verwandten der gleichen Rasse, Abstammung, Sprache und Kultur zusammenführen.
Denken wir doch an unseren Pan-Amerikanismus, der die ganze westliche Hemisphäre aus rein selbstsüchtigen Interessen ohne irgendwelche gemeinsamen rassischen, sprachlichen, kulturellen, religiösen oder moralischen Grundlagen zusammenfaßt.
Ist es nicht eine geschichtliche Tatsache, daß unser Lincoln den blutigsten Bürgerkrieg führte, um den Abfall der Südstaaten zu verhindern? Hat Deutschland damals auch nur den Versuch gemacht, dieses große Unternehmen zu verhindern? Tatsache ist, daß die Deutschen Lincoln sogar halfen, sein Ziel gegen die englischen Intrigen zu erreichen.
Wie aber statteten wir den Deutschen unseren Dank dafür ab, daß sie uns zu unserer Macht und Größe verhalfen? Wir zogen zweimal, ohne herausgefordert worden zu sein, aus, um Deutschland zu vernichten. Es gelang uns, die großdeutschen Bestrebungen zum Scheitern zu bringen und den Lauf der Geschichte umzukehren. Und was sind nun die Folgen unseres

mutwilligen Eingreifens? Statt einem Großdeutschland verhalfen wir dem Pan-Slawismus zum Ziel.
Wie die Deutschen die Vereinigung aller ihrer Volksangehörigen in einem großen Reich anstrebten, so wirkten die Russen seit über einem Jahrhundert auf die Vereinigung aller Slawen hin. Dieser alte Traum der Zaren wurde nun in unseren Tagen durch die aktive Hilfe Amerikas zur Wirklichkeit. Es ist unsere Schuld, daß heute ganz Osteuropa eine gigantische slawische Einheit darstellt. Die aufrichtigen Historiker der Nationen, deren es in unserer Mitte nur sehr wenige gibt, haben zu beurteilen, wohin Großdeutschland die Menschheit gebracht hätte und wohin sie der Pan-Slawismus bringen wird.

Was hätte Großdeutschland der Welt gegeben?

Meiner Meinung nach hätten die Deutschen nach Erreichung ihres Ziels, der Vereinigung aller ihrer Volksangehörigen, die Auswüchse des Hitlerismus beseitigt. Nach der Konsolidierung Großdeutschlands wären die hundert Millionen in heiliger Begeisterung an die Arbeit gegangen und hätten ihre besten Eigenschaften zur Entfaltung gebracht.
Ihr Organisationstalent hätte in Europa in kürzester Zeit Ordnung und Ruhe hergestellt. Sie hätten ohne Blutvergießen die Vereinigten Staaten von Europa geschaffen und ihre Fähigkeiten in den Wissenschaften, Künsten und in der Technik der ganzen Erde zur Verfügung gestellt, wie sie es auch früher taten. Ihr Geistesleben, vor allem die einzigartige deutsche Musik, hätte das Dasein auf der Erde bereichert. Das Christentum hätte neue Impulse erhalten wie in der epochemachenden Ära der Reformation.
Man darf nicht vergessen, daß keine andere große Nation intensivere innere und äußere Mission betrieben, mehr Diakone und Diakonissen, Mönche und Nonnen hervorgebracht, größere und bessere karitative Einrichtungen für Kranke, Mittellose und alte Menschen geschaffen hat als die deutsche.
Auch unter der nationalsozialistischen Regierung wurden in Deutschland 620 neue Kirchen erbaut und keine einzige je geschlossen oder durch Verwendung als Tanzlokal, Kino oder Museum profaniert, wie es andernorts massenweise geschah. Die Deutschen besaßen auch die besten Sozialversicherungen für ihre Bevölkerung. Kurzum, Großdeutschland hätte der übrigen Menschheit nur geistigen und materiellen Segen bringen können.
Die westeuropäische Kultur und Zivilisation wäre abermals durch die Deutschen, diese alterfahrenen Verteidiger der kostbarsten Güter der Menschheit, vor dem Untergang bewahrt worden. Die amerikanischen Staatsmänner aber verhinderten diese Entwicklung und vernichteten dieses große Volk gegen den Willen von 86 % der amerikanischen Bevölkerung.

Unsere Hilfe für England und Rußland hatte nur Chaos und Elend zur Folge

Nach dem Gesetz der Geschichte war also, wie wir sahen, Großdeutschland für die nächsten Generationen zur Übernahme der Führung in Europa berufen, wie sie in den vergangenen Jahrhunderten die Italiener, Spanier, Franzosen und Engländer innegehabt haben. Deutschland war nun an der Reihe.
Unsere Beteiligung am Ersten und Zweiten Weltkrieg aber, beide Male ohne vorangegangene Herausforderung, entschied gegen die Deutschen. Doch lösten wir damit das Problem nicht. Im Gegenteil, mit unserer weltpolitischen Unerfahrenheit und unserem vorsätzlichen Willen zur Zerstörung und millionenfachen Auslöschung von Menschenleben schufen wir nur Chaos und Elend.
Durch unsere feindseligen Maßnahmen wurde eine deutsche Führung der Christenheit … unmöglich gemacht und dafür die Vorherrschaft des Slawentums aufgerichtet. Das Slawentum ist noch nicht reif, die Führung zu übernehmen, ebenso wie wir Amerikaner die Mannesreife, Verantwortung übernehmen zu können, noch nicht erreicht haben. Große Industrieanlagen, Massenproduktion und reiche Kornfelder sind gewiß ein rechter Himmelssegen, aber zur Übernahme einer führenden Rolle unter den Völkern reicht das nicht aus.
Wie im Leben des Einzelmenschen Erfolg und Mißerfolg, Freude und tiefe Trauer, gute und

böse Erfahrungen, Krankheit und Gesundheit erst Erfahrung und Reife vermitteln, so bereiten auch im Völkerleben erst das Auf und Nieder, Siege und Niederlagen, selbst Katastrophen, vor allem aber ständige schöpferische Kulturleistungen ein Volk auf die Übernahme den Verantwortung vor und geben ihm Reife und Gewissenhaftigkeit vor Gott und der Geschichte. Die Russen mit ihren 152 widerstrebenden Nationalitäten, mit ihrer Sklaverei und ihrem Terror stehen erst im Jünglingsalter, wie auch wir Amerikaner mit unserer kurzen Geschichte uns erst auf dem Wege zur nationalen Reife befinden.

Was wird das Slawentum der Welt geben?

Was dürfen wir also von der Vereinigung und Vorherrschaft des Slawentums, die wir verursacht haben, erwarten? Genau das, was man von einem Halbwüchsigen erwarten darf, der sich etwas auf seine Körperkraft zugute hält und in einem Speziallaboratorium mit ihm unbekannten gefährlichen Chemikalien experimentiert.

Eine einzige falsche Mischung, ein einziger Fehler können das Laboratorium in die Luft sprengen und die gesamte Mitarbeiterschaft unter den Trümmern begraben. In dieser sehr gefährlichen Situation befinden wir uns.

Da wir Amerikaner und die Russen in der Völkerfamilie den älteren, erfahreneren Bruder seines Nachfolgerechts beraubt haben, sind wir nicht in der Lage, die gewaltigen Probleme unserer Zeit ohne seine Hilfe zu lösen.

Wie wenig Verantwortungssinn vor der Geschichte und wie wenig moralisches Bewußtsein im Hinblick auf Gott wir als junge Nation mit unserer Machtpolitik besitzen, das schreien die Entscheidungen unserer führenden Staatsmänner für die kommenden Generationen in alle Welt:

das skrupellose Hineinzwingen unseres Volkes in zwei Weltkriege durch Lug und Trug, die barbarische Forderung und Erzwingung der "bedingungslosen Kapitulation", die Auslieferung und Überlassung ganzer Länder und Völker an die Russen durch Roosevelt, die völlige Verständnislosigkeit gegenüber der Tatsache, daß die "Habenichts-Nationen" auch ein Recht zum Leben haben und daher Lebensraum und Lebensmöglichkeiten erhalten müssen, die wir ihnen in unserem Überfluß und unserer Selbstsucht verweigern, die sinnlose Zerstörung der prachtvollsten Städte und der brutale Mord an Hunderttausenden hilfloser und unschuldiger Menschen, die willkürliche Anwendung der Atombombe bei der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki unter Vernichtung von Zehntausenden von Menschenleben, die grausamste Vertreibung von Millionen Ostdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat, die Vorbereitungen und Durchführung des Eisenhower-Morgenthau-Roosevelt-Planes, des unmenschlichsten Racheaktes in der überlieferten Geschichte, der qualvolle Hunger- und Kältetod von vielen Millionen Menschen.

Das sind keine politischen "Fehler" mehr, wie unsere Staatsmänner uns jetzt glauben machen möchten, es sind bewußte, vorsätzliche Verbrechen, wie sie nur eine geschichtlich unerfahrene, noch niemals besiegte und daher nicht an die Konsequenzen und nicht an die Vergeltung denkende Führerschaft begehen kann.

Eine furchtbare Alternative

Wenn aber nun schon unsere republikanischen und "christlichen" Staatsmänner alle diese schrecklichen Untaten begehen konnten, wie viel mehr Ursache haben wir dann, das Schlimmste von einem bolschewistisch gewordenen Slawentum zu befürchten, das sich die Form einer Diktatur gegeben hat und offiziell zur Gottlosigkeit bekennt?

In unserer ganz unchristlichen Machtgier schufen wir die beiden furchtbarsten "Frankensteins", die alles Leben auslöschende Atombombe und die alles verschlingende Macht des panslawistisch-asiatischen Bolschewismus**.** Das sind die schrecklichen geschichtlichen Tatsachen, die uns mit Furcht und Grauen erfüllen.

Im Vergleich zu dieser Bedrohung war die sogenannte deutsche "Gefahr" ein Kinderspiel. In dem kommenden unvermeidlichen Konflikt bleibt uns nur die Alternative:

Entweder wir akzeptieren den panslawistischen Bolschewismus mit seiner ganzen Tyrannei und seinem Terror und nehmen unsere Befehle von Moskau entgegen, wie es bald alle anderen Völker tun werden, oder wir setzen die Atombombe und andere furchtbare Waffen ein und töten noch mehr Millionen Menschen unter Vernichtung ihrer Städte, als wir es in Deutschland getan haben.
Diese beiden Weltkriege wurden ja nicht gegen den Militarismus, das Kaisertum oder den Nationalsozialismus geführt, sondern um das Deutschtum, den größten Rivalen des angelsächsischen Imperialismus, zu zerbrechen und zu vernichten. Nur ein Gnadenakt Gottes kann uns vor der wohlverdienten Strafe retten.

Die Verbrechen der Angelsachsen …

Wenige Amerikaner dürften das Abkommen kennen, das die großen Kolonialmächte England, Frankreich und Deutschland im Jahre 1878 in Frankfurt am Main schlossen. Zu dieser Zeit besaß auch Deutschland Kolonien, die es aber wohlgemerkt nicht in blutigen Eroberungskriegen an sich gerissen hatte wie die anderen Mächte, sondern die es gekauft oder auf diplomatischem Wege gewonnen hatte. In diesem Abkommen verpflichteten sich die Mächte feierlich, wenn sie je einen Krieg gegeneinander führen würden, auf keinen Fall farbige Kolonialtruppen auf europäischem Boden kämpfen zu lassen.
Wie so manches andere brachen das "perfide Albion" und die "Grande Nation" auch dieses feierliche Abkommen. Die Engländer und Franzosen brachten 1914 im Ersten Weltkrieg viele tausend Inder, Senegalesen und Hottentotten auf den europäischen Kontinent und ließen diese auf das deutsche Volk … los. Zu unserer Schande nahm auch Amerika vollen Anteil an diesem Verbrechen an unseren gemeinsamen Vorfahren. Auch wir setzten Schwarze gegen Deutschland ein. …

Roosevelt der böse Geist der Welt

Roosevelt und seine Kollaborateure haben unsere Nation in den Krieg gelogen, mit den Worten: "Wir müssen den Faschismus zerschlagen!" und mit der "Atlantic Charta". Auch diesmal, wie immer, hat unsere Einmischung in europäische Angelegenheiten nichts als Fluch und eine bisher unerreichte Misere und Hungersnot gebracht. Roosevelt und seine Haß-Kumpane haben nun endlich das erreicht was sie schon immer wollten, die Zerstörung Deutschlands, und sie lynchten die Führer als Kriegsverbrecher entgegen allen internationalen Gesetzen. Und von den Versprechungen der "Atlantic Charta" wurde nicht ein einziges gehalten, außer der rachsüchtigen "bedingungslosen Kapitulation".
England und Frankreich erklärten Deutschland den Krieg wegen der "deutschen Aggression gegen Polen". Danach wurde Polen, zusammen mit den Baltischen Staaten, von Roosevelt und seinen Helfern "verkauft". Anstatt der "Nazityrannei" kam nun die tausendmal schlimmere "Bolschewisten-Diktatur", mit dem teuflischen Stalin, über Europa. Unter "bedingungsloser Kapitulation" verstanden unsere erfahrenen "Staatsmänner" und undisziplinierten Soldaten nur die Macht des Siegers, sie hatten aber nicht die geringste Ahnung von militärischer Ehre dem geschlagenen Feind gegenüber.

Das größte Verbrechen der Geschichte

Die größte Kulturnation, die der Menschheit mehr Segen gebracht hat als irgend eine andere auf dieser Welt, wurde in ein riesiges Konzentrationslager eingeschlossen, mit den selben Lebensmittelrationen, die die zum Leiden verdammten Insassen in Himmlers Konzentrationslagern bekamen.
- Deutsche Mütter und Töchter wurden als Freiwild angesehen.
- Millionen unschuldiger Menschen wurden von ihren tausendjährigen Besitzungen vertrieben bei eisiger Kälte, ohne Kleidung und Nahrung.
- Wissenschaftler und hochqualifizierte Arbeiter, ganz gleich ob sie der Partei angehörten oder nicht, wurden gekidnappt und in die Siegernationen verschleppt.
- Hunderte von Tonnen Geheimpatente wurden gestohlen und in unser Land gebracht. (Unse-

re Wissenschaftler sagen es ohne Neid, daß die Deutschen uns 10-50 Jahre voraus waren, mit ihren Erfindungen.
- Wir haben nicht das Geringste für die Menschheit getan. Wir haben keine Probleme gelöst, sondern immer nur wieder neue geschaffen. Wir mißbrauchen bewußt das Wort "befreit". Wir haben nie jemanden "befreit". Im Gegenteil, wir halfen mit, 250 Millionen mehr Menschen zu unterjochen.
- England ist immer noch der Unterdrücker von 250 Millionen Untertanen.
- Rußland hat 152 Millionen Nationalitäten unter seiner Herrschaft.
- Das kleine Holland mit einer Einwohnerzahl von 8 Millionen, regiert über 65 Millionen Eingeborene.
- Frankreich hat nicht genug Personal um den Verwaltungsapparat seines Kolonialreiches zu besetzen und füllt seine "Fremdenlegion" mit Menschen aus allen Nationen und Rassen auf.
- Obendrein, das Herz Europas: Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien wurden versklavt, das Baltikum und der Balkan wurden bolschewisiert.
- Das sind die Früchte unsrer "Befreiung" im 2. Weltkrieg: Katastrophen, Zerstörungen, Chaos, Hunger, Misere, Haß und Verzweiflung!

Amerika der einzige Gewinner im Zweiten Weltkrieg

Im Gegensatz zu allem angerichteten Unheil gingen wir Amerikaner auch aus dem Zweiten Weltkrieg wieder als die alleinigen Gewinner hervor. Zur Zeit sind wir das reichste Volk auf Erden, seit wir dieses Land besitzen.
Dr. Walter A. Meier von der "Lutheran hour" zählt auf:
"Das vergangene Jahr brachte Amerika äußerlich die höchste Geschäftskonjunktur, die bisher zu verzeichnen war, mit einem Einzelhandelsumsatz, der auf 97 Milliarden Dollar geschätzt wird. Das gesamte Nationaleinkommen ist jetzt zweieinhalbmal so hoch wie vor Pearl Harbor. ... Das Jahr 1946 brachte unserem Volk trotz Streiks und Betriebsschließungen die höchsten bisher verzeichneten Löhne und Einzeleinkommen. Im Durchschnitt kann ein junger Mann in unserem Lande jährlich über 350 Dollar für Kleidung ausgeben ... Noch niemals waren so viele Menschen so gut gekleidet wie heute in den Vereinigten Staaten.
Doch erst von wenigen Tagen erhielt ich einen kläglichen Brief von einer Mutter aus Europa, die schrieb: "Wir sind fast nackt, haben nur noch ein paar zerfetzte Lumpen anzuziehen. Wir laufen barfuß über den gefrorenen Boden". …"

Amerikaner sind die reichsten der Erde

Das Landwirtschaftsministerium in Washington berichtet, daß die diesjährige Getreideernte sowohl der Menge wie der Qualität nach die beste in unserer Geschichte war. Wir zogen mehr Weizen und Mais als je zuvor in den vergangenen 170 Jahren, bei weitem mehr, als je ein anderes Volk produziert hat. ...
Wir haben so viel Geld und soviel Nahrungsmittel im Lande, daß wir jährlich über 110 Millionen Dollar ausgeben, nur um unsere Hunde zu füttern. ... Seit dem letzten Jahr ist die Anzahl den Familien bei uns um 450.000 angewachsen; dagegen sank die Zahl der Familien in einem Dutzend Ländern durch die Einwirkungen des Krieges, wobei besonders die hohe Anzahl den jugendlichen Todesopfer erschrecken muß.
Amerika hat übrigens jetzt auch die seit Beginn seiner Geschichte am besten eingerichteten Wohnungen. ... Man vergleiche damit die Leiden der besiegten Länder, deren Wissenschaftler nach Rußland, Frankreich, England und in unser Land verbracht wurden, deren Laboratorien zerstört, deren Schulen in Trümmerhaufen verwandelt wurden und deren Kinder zu Millionen ohne Lehrer und Erzieher sind. ...

Amerikaner die größten Verschwender der Welt

Nie zuvor hat dieses Land den reichen Segen der sensationellen Wirtschaftsblüte erlebt, denen es sich im Jahre 1946 erfreute. Gott und die Menschen haben ein Recht zu verlangen, daß das Volk der Vereinigten Staaten das dankbarste, gläubigste und treueste von allen sei. ...

Doch wird sich, wenn ein vollständiges Bild vorliegt, zeigen, daß dieses Jahr eines der verschwenderischsten gewesen ist. Es wurden nicht nur Berge von Kartoffeln mit Petroleum begossen oder der Fäulnis überlassen, wir lasen nicht nur Berichte wie diesen:
"Santa Monica, Kalifornien. Hiesige Fischer warfen heute zehn Tonnen Fisch ins Wasser..., weil weder die Konservenfabriken noch die Händler noch welchen haben wollten", sondern: "die völlige Zersetzung riesiger Mengen gelagerter Nahrungsmittel wird diesem Jahr in Amerika den Stempel schlimmster Verschwendung aufdrücken. Wie können wir das reichste aller Länder bleiben, wenn wir Lebensmittel in einem Umfang verderben lassen, mit denen man ganze Völker am Leben erhalten könnte?"

Unser Preis für den Sieg war gering

Alle unsere gewaltige Macht und Stärke und alle diese Gewinne erhielten wir zum niedrigsten Preis, verglichen mit den furchtbaren Schäden und Verlusten, die wir unsern "Feinden" zufügten. In unserer ganzen bisherigen Geschichte waren wir ja stets die glücklichen Gewinner aller unserer Eroberungskriege gegen die Indianer, Engländer, Spanier, Mexikaner, Japaner und zweimal gegen die Deutschen. In diesem letzten gigantischen Völkerringen haben wir nur ebenso viele Menschenleben verloren, wie hier zu Hause durch Unfälle umkamen.
Das amerikanische Rote Kreuz berichtete 1945 offiziell, daß "99 Prozent der amerikanischen Kriegsgefangenen in Deutschland die Gefangenschaft überlebt haben und auf dem Wege nach Hause sind. Und was die 260 Milliarden Dollar angeht, die Roosevelts Krieg uns gekostet hat, so haben sich diese mehr als bezahlt gemacht durch die geraubten Patentgeheimnisse, Kunstschätze und durch die Leistungen der entführten deutschen Wissenschaftler. ...

Muttermord an Europa

Die schwerste Sünde vor Gottes Angesicht und im Lichte der Geschichte aber besteht darin, daß wir uns als Nation des Muttermordes schuldig gemacht haben, der Sünde gegen das vierte und fünfte Gebot.
Denn Europa ist sowohl unserer physischen Herkunft nach wie auch in geistiger Hinsicht unsere Mutter. In seiner großen Weisheit empfahl der "Vater des Vaterlandes" nicht umsonst, daß wir uns niemals in europäische Angelegenheiten einmischen noch mit fremden Nationen Bündnisse eingehen sollten. Roosevelt und seine Regierung mißachteten, wie vor ihnen schon der Demokrat Wilson, dieses weise Vermächtnis George Washingtons. So wurden wir zweimal schuldig.
Alle europäischen Nationen trugen zur Größe und Macht unseres Landes bei. Dafür sind wir ihnen allen zur Dankbarkeit verpflichtet. Vor allem aber sollten wir das Volk würdigen und ehren, dessen Söhne und Töchter am meisten mit ihrem Blut und Schweiß zum Aufstieg unseres Landes beigetragen haben, die Deutschen.
Trifft es nicht zu, daß in den Adern jedes dritten Amerikaners deutsches Blut fließt? Jetzt haben wir genau das Gegenteil getan und tun es noch. Wir verwandelten die herrlichen Städte Deutschlands in Trümmerhaufen. Wir demütigen, töten, berauben die Verteidiger der Christenheit in der unbarmherzigsten Weise, geben sie dem Elend, dem Hunger und der Gewalt preis.
Geistlichkeit Amerikas! Ihr Diener Gottes aller Konfessionen! An euch wende ich mich. Im Gewissen gebunden an Gott, den Lenker aller Völker und Schicksale, im Herzen zutiefst besorgt um die Zukunft unserer Kinder wende ich mich an euch, da ich unsere schreckliche Schuld am Elend der Menschheit erkenne. Der Zweite Weltkrieg ist noch lange nicht vorbei. Die große Entscheidung steht uns noch bevor. Wir leben nur in einer Atempause, in Bereitschaft.

Deutschland bewundert, beneidet, gefürchtet, gehaßt

Wir befinden uns heute in genau der gleichen Lage, in der Deutschland sich vor dem Ersten Weltkrieg befand. Deutschland stand damals auf dem Gipfel seiner Macht, seines Ruhmes und Ansehens. Es baute die größten und luxuriösesten Schiffe der Erde, mit denen es den

Weltmarkt für sich gewann, da es die beste und billigste Produktion anbieten konnte. Auf dem Gebiet der Wissenschaften stand Deutschland an der Spitze aller Völker. Seine Forscher erhielten mehr Nobelpreise in allen Disziplinen als die der anderen Nationen zusammen. Aus allen Ländern der Erde kamen die Wissensdurstigen und Kunstliebhaber zu den berühmten Universitäten des "Volkes der Dichter und Denker".
Der deutsche Name stand in der Welt in hohem Ansehen. Doch erweckten Macht und Größe Deutschlands gleichzeitig auch Mißgunst und Argwohn. Aufgrund seiner geographischen Lage im Herzen Europas und als Verteidiger der europäischen Kultur war es gezwungen, zum Schutz seiner offenen Grenzen ein starkes Heer zu unterhalten und zur Wahrung seiner Interessen auf den sieben Meeren auch eine entsprechende Flotte.
Sein Losungswort lautet "Mit Gott!" und das des Fürsten Bismarck "Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt". Darum wurde Deutschland nicht nur bewundert und beneidet, sondern auch gefürchtet und gehaßt.

England der größte Querulant der Welt

England, das sich auf den zweiten Platz verwiesen sah, ruhte nicht, bis es ihm endlich gelang, Deutschland mit einem Ring feindlicher Mächte zu umgeben. So wurde Europa zu einem Pulverfaß und es bedurfte nur des Funkens, um es zur Explosion zu bringen. Dieser Funken war der Mord an Erzherzog Franz Ferdinand, dem österreichisch-ungarischen Thronfolger, in Sarajewo, vorbereitet von den anmaßenden Serben, hinter denen der russische Panslawismus stand. Europa ging in Flammen auf. Die Folgen sind allgemein bekannt.
Deutschland von aller Welt überwältigt, stürzte von seiner stolzen Höhe in Armut und Not. Das Diktat von Versailles bedeutete für diese große Nation die tiefste Demütigungen und Schande. So konnte dann im Lande der Kaiser, Könige, Fürsten und Adligen ein Adolf Hitler sich der Führung bemächtigen und als der Befreier der Deutschen von Versailles auftreten.

Wir Amerikaner sind heute in der gleichen Lage

Wir Amerikaner finden uns heute in der gleichen Lage wie Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, sogar in noch gesteigertem Maße. Wir besitzen die größte Luft- und Seemacht, die es je auf der Erde gab. Wir verfügen als einzige Nation über die Atombombe. Wir haben die meisten und bedeutendsten Wissenschaftler der Erde in unserem Lande zusammengefaßt und ihnen zu intensiver Forschungsarbeit die Möglichkeiten gegeben. Wir sind die Finanziers der Erde. Wir haben die beste und reichlichste Ernährung und den bei weitem höchsten Lebensstandard. Wir verfügen über alle notwendigen Rohstoffe. Dazu blieben uns die furchtbaren Leiden und Opfer der Kriegführung erspart**.**
Nicht eine Hütte, geschweige denn eine Großstadt wurde durch Bombenwürfe zerstört. Unser Volk hat nicht erfahren, was es heißt, von unbarmherzigen und disziplinlosen Siegern gedemütigt, systematisch beraubt und dem Hunger- und Kältetod ausgesetzt zu werden.
Unsere Mütter, Frauen, Schwestern und Töchter wurden nicht von wilden Tieren in Menschengestalt vergewaltigt, unsere Wohnungen nicht ausgeraubt und geplündert.
Das alles sind Tatsachen, um derentwillen uns unsere sogenannten Freunde und Verbündeten ebenso beneiden wie unsere sogenannten Feinde. Zudem wurde eine Anzahl von Armeegeneralen in leitende Stellungen unserer Diplomatie, letztlich sogar einer zum Außenminister berufen. Die Welt nennt das einen militärischen Kurs und Machtpolitik. Was wir von jetzt an auch tun werden, die hungernden Völker zu ernähren, sie werden uns keinen Dank wissen, weil sie durchschauen, daß wir es im eigenen Interesse tun.

Millionen Deutsche arbeiteten Jahrhunderte am Aufbau Osteuropas und was war der Dank?

Sie wurden aus ihrer tausendjährigen Heimat vertrieben. Was wir von jetzt an auch zur Verteidigung unseres Landes und der westlichen Zivilisation tun werden, auch wenn wir dabei nur den Frieden und die Sicherheit im Auge haben, die Welt wird es uns nicht glauben, wie wir nicht an die friedlichen Absichten der Deutschen geglaubt haben. Von jetzt an müssen wir

die mächtigsten Verteidigungsstreitkräfte unterhalten, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Darum werden wir nicht nur geneidet, sondern auch gefürchtet und gehaßt werden.
Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn sich die anderen Weltmächte eines Tages zu einer mächtigen Koalition zusammenschließen, um uns zu vernichten, wie wir es zweimal mit Deutschland taten. Wir dürfen uns nicht einbilden, daß wir unbesiegbar seien, nur weil wir bisher uns ungestraft alles nehmen konnten, was wir haben wollten. Wir dürfen die Lehre der Geschichte nicht mißachten.
Die mächtigen Reiche von Babylon, Ägypten, Persien, Griechenland und Rom, die auch einmal als unbesiegbar galten, gingen im Verlauf der Weltgeschichte unter. Der Bolschewismus, den wir bei Stalingrad gerettet haben und den Roosevelt so übermächtig gemacht hat, lauert nur auf den gegebenen Augenblick. Die "Fünfte Kolonne" arbeitet mitten unter uns fieberhaft daran, unser Staats- und Gesellschaftsleben zu unterminieren.

Wir Amerikaner müssen heute Deutschlands Aufgabe übernehmen

Aber die Parallele zwischen unserer gegenwärtigen außenpolitischen Lage und der Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg geht noch weiter. Ob wir wollen oder nicht, wir haben nun die Aufgabe Deutschlands als Verteidiger … der christlichen Kultur übernommen. Ich glaube kaum, daß Roosevelt an diese höchste Verantwortung gedacht hat, als er auf der "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands bestand und den "Morgenthau-Plan" billigte.
Die Deutschen haben ihre Pflicht gegenüber der Menschheit über ein Jahrtausend lang erfüllt. Durch unsere Schuld ist dieses Bollwerk gefallen. In blinder Wut und grausamster Unmenschlichkeit zwangen wir sie auf die Knie und nahmen ihnen alle Macht.
Ob wir es zugeben oder nicht, es ist eine geschichtliche Tatsache, daß Deutschland der einzige Stabilisator, die einzig beständige Ordnungsmacht unter den Völkern war. Als Mitte Europas, der Wiege der christlichen Zivilisation, war es auch deren Mitte und Herz. Die Voraussage der Männer, die wußten, daß Deutschlands Untergang alle anderen Länder in Mitleidenschaft ziehen würde, war keine bloße Propaganda. ...
Man beobachte nur die politische und wirtschaftliche Entwicklung in England, Frankreich und den übrigen europäischen Ländern, auch in unserem Amerika, und man wird erkennen, welchen verhängnisvollen Fehler unsere "großen Staatsmänner" gemacht haben. Nun müssen wir die Last der Verantwortung für alles das auf uns nehmen, für das Deutschland in seiner geschichtlichen Epoche auf Wache gestanden hat.

Amerika steht vor großen Entscheidungen

Wir stehen vor äußerst schweren Entscheidungen und es liegt an uns, ob wir der Aufgabe gewachsen sind und die Situation meistern können. Allein und aus eigener Kraft können wir es niemals. Gott der Herr muß uns helfen. Aber sobald wir Gott um Hilfe bitten, müssen wir unsere Schuld anerkennen, wie wir es im Vaterunser tun. Und eben das ist der Augenblick, in dem die Geistlichkeit unseres Landes die geistige Führung übernehmen muß.

Die Pflicht der Geistlichkeit

Brüder in Christo, wir müssen Reue und Umkehr predigen. Unser Volk wurde durch falsche Propheten und den von ihnen gesäten Haß irregeführt und verblendet, daß es die Wahrheit nicht mehr erkennen kann. Zeigt ihm die Karte der Erde, zeigt ihm die geschichtlichen Tatsachen! Als Veteran des Ersten Weltkrieges, dem der Herr in seiner rettenden Gnade auf dem Schlachtfeld begegnet ist und dessen Sohn als amerikanischer Offizier im fernen Osten focht, rufe ich euch zur rettenden Tat auf.
Im Namen Gottes, der uns erschaffen hat, im Namen Jesu Christi, der uns erlöst hat, im Namen des Heiligen Geistes, der uns lehrt und tröstet, schreie ich in euer Gewissen: "Laßt uns Gott mehr gehorchen als den Menschen!" In diesen Tagen hörten wir aus dem Munde eines der deutschen Glaubenshelden, wie er unten im Hof des Konzentrationslagers seine Mithäftlinge gequält und mißhandelt sah und, der Gefahr nicht achtend, in der er sich selber befand, den Quälern zurief: "Es steht geschrieben, Du sollst nicht töten!"

Heute ist das Herz Europas ein einziges großes Konzentrationslager, in dem Millionen unschuldige Menschen durch die Siegermächte ausgehungert und zu Tode gequält werden. Es ist die heilige Pflicht der christlichen Geistlichkeit, den alliierten Regierungen in die Ohren zu schreien: "Du sollst nicht töten! Du sollst nicht quälen! Du sollst nicht stehlen! Du sollst nicht vergewaltigen!"

Wer haßt kann keinen Frieden schaffen

Am 10. März 1947, fast zwei Jahre nach der "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands, trafen sich die "Friedensmacher" in Moskau, um dem geschlagenen "Feind" den "Frieden" zu diktieren. Allen Anzeichen nach werden die "Friedensdiktatoren" dieses Mal voraussichtlich eine noch größere Schuld auf sich laden, als die Haß- und Racheropheten von Versailles vor einem Vierteljahrhundert.

Sie haben nichts aus den beiden Weltkriegen gelernt. In ihrer Großmannssucht und Machtgier sind sie so blind, daß sie Recht nicht mehr von Unrecht unterscheiden können.

Wie anders als durch Blindheit ließe sich erklären, daß die "Friedensmacher" viele Wochen damit verschwendeten, das ungelöste Triest-Problem zu "lösen", wobei es sich um wenige Quadratmeilen Landes und ein paar Tausend Einwohner handelt, ein zweites Danzig, während gleichzeitig mit ausdrücklicher Zustimmung unserer Regierung Millionen hungernder Menschen in der Winterkälte aus ihren Wohnungen und aus ihrer angestammten Heimat in Sturm und Tod hinausgetrieben werden?!

Im Namen Gottes, dem wir dienen und der "die Sünden der Väter heimsucht an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied", rufe ich der amerikanischen Geistlichkeit ins Gewissen: Sorgt dafür, daß dieses Mal ein gerechter Friede geschlossen wird!

Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen

1. Wenn es allen anderen Völkern gestattet wird, auf der Grundlage des Wilson'schen Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich mit ihrem Mutterland zu vereinigen, dann müssen die Deutschen dasselbe Recht haben; die deutschen Minderheiten in den benachbarten Ländern, die über ein Jahrtausend zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehörten, gehören soweit sie deutscher Abstammung sind und dieselbe Sprache sprechen, zusammen.

Statt dessen beabsichtigen die Siegermächte, dem zusammengeschrumpften und übervölkerten Lebensraum noch weiter zu beschneiden und so Millionen zur Auswanderung in fremde Länder zu zwingen, nachdem sie bereits Millionen Deutsche getötet haben.

Wenn wir Amerikaner dieses Mal gerecht vorgehen, dann können wir nicht diese weitere furchtbare Schuld gegenüber dem deutschen Volk auf uns laden. Wir haben die Macht, das zu verhindern, und es ist unsere christliche Pflicht, es zu verhindern.

Lebensraum auch für die Deutschen

2. Wenn England mit seinen 45 Millionen Einwohnern Anspruch auf ein Sechstel des Erdballs und über 550 Millionen Untertanen erheben konnte, wenn Rußland mit seinen 50 Millionen wirklichen Russen Anspruch auf sein gigantisches Reich mit 152 unterjochten Völkerschaften und einer Bevölkerung von über 250 Millionen erhebt, wenn Frankreich mit knapp 38 Millionen Franzosen sein riesiges Kolonialreich beansprucht, Holland mit 8 Millionen Einwohnern seine reichen Inselkolonien mit einer Eingeborenenbevölkerung von über 65 Millionen und das noch kleinere Belgien das weite Kongogebiet, wenn wir Amerikaner dieses Land der Indianer für uns beanspruchen, dann ist das hundert Millionen zählende Deutschtum im Herzen Europas sehr viel mehr berechtigt, einen angemessenen Lebensraum für sein Volk zu beanspruchen.

Denn alle die anderen "christlichen" Nationen zusammen haben nicht das vollbracht, was die Deutschen taten: diese haben das christliche Abendland wiederholt gegen den Ansturm aus dem Osten verteidigt und erhalten.

Gerechtigkeit auch für die Deutschen

3. Die Deutschen wollen nicht unsere Wohltätigkeit. Sie wollen Gerechtigkeit! Denn ein Volk

mit dieser unvergleichlichen Vergangenheit und mit so großartigen wissenschaftlichen und geistigen Leistungen muß es als eine Beleidigung empfinden, sich zur Entgegennahme von Almosen verurteilt zu sehen. Wenn wir ihm unsere Geschenkpakete schicken, können wir damit unsere Schuld nur zum kleinen Teil gutmachen.
Roosevelt und seine Helfer machten Krieg gegen Deutschland, nicht umgekehrt. Roosevelt forderte "bedingungslose Kapitulation" und hatte nicht einmal die notwendigerweise dafür gut vorbereiteten Männer, eine besiegte Nation zu regieren.
Roosevelts Flieger zerstörten rücksichtslos Deutschlands herrliche Städte und das gesamte Verkehrssystem. Roosevelts Soldaten stahlen alles, was sie in die Finger bekamen. Roosevelts undisziplinierte Soldaten behandelten deutsche Mütter und Töchter wie Freiwild.
Roosevelt erzwang die Teilung des Reiches in vier Zonen, um das Elend des hungernden Volkes zu vervielfachen. Roosevelt billigte den diabolischen "Morgenthauplan", der praktisch so viele Deutsche zum Tode verurteilt, bis der im verstümmelten Reich verbliebene Lebensraum für den Rest genügen würde. Roosevelt gab Churchill und Stalin die Idee ein, deutsche Männer und Frauen als Sklavenarbeiter einzusetzen und über zehn Millionen aus den osteuropäischen Ländern zu vertreiben.
Wenn wir also unsere Geschenkpakete versenden, tun wir damit nur ein Minimum unserer Christenpflicht und machen nur zu einem kleinen Teil gut, was unsere Staatsmänner in den letzten Jahren gesündigt haben. …

Frieden mit den Deutschen bringt Segen für die Menschheit

Frieden mit den Deutschen kann nur dann auf ehrenhafte Weise erreicht werden, wenn die Siegermächte den Deutschen alles zurückgeben, was sie ihnen genommen haben, Land, Schätze aller Art und geistige Güter, wenn sie ihnen helfen, die zerstörten Städte und Industrieanlagen wiederaufzubauen und sie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen lassen. Ein solcher Frieden wäre gerecht und der Versprechungen der Atlantik Charta sowie der Ideale bester amerikanischer Patrioten würdig, die unsere Nation davor gewarnt haben, diesen Krieg und seine Folgen heraufzubeschwören.
Ein solcher Frieden würde Europa unter deutscher Führung eine Lebensmöglichkeit geben und wir würden in der Mutter unserer christlichen Kultur wieder ein Bollwerk gegen den asiatischen Bolschewismus besitzen.

Amerika bedarf wirklicher Diener Gottes, die furchtlos und treu die Wahrheit verkünden

Alle diese historischen, geographischen, ethnographischen, wirtschaftlichen und moralischen Tatbestände muß jeder gebildete Theologe kennen. Und wenn er sie kennt, so darf er nicht schweigen. Schweigt er aber, so ist er entweder feige oder dem Staat ergeben und damit weder ein Diener des gerechten und heiligen Gottes noch ein guter Patriot. Denn nur wer auf der Seite der Wahrheit und Gerechtigkeit steht, ist mit Gott im Bunde.
Wir sind an die Pflicht gebunden, unser Volk aufzuklären, ihm die Wahrheit zu bringen, damit es erkennen kann, wie sehr es belogen und irregeführt wurde, und damit es seine Sünden bereuen kann, bevor es zu spät ist. Wir brauchen mehr solche Gottesdiener wie Bischof Muench und Dr. W. A. Meier, die alle Kriegs- und Nachkriegsverbrecher entlarven.
Und wir brauchen mehr führende Politiker vom Schlage eines Senator Taft, eines Senator Wheeler, der Obersten R. R. McCormick und C. A. Lindbergh, die gerecht denken können und daher wissen, daß wir nicht alle Engel sind und die anderen nicht lauter Teufel. Und wir brauchen mehr militärische Führer wie General MacArthur und General Mark Clark, die tapfere Soldaten sind, aber keine Unterdrücker und Massenmörder!

Was unser Volk wissen muß

Geistlichkeit Amerikas! Sagt unserem Volk, daß es nicht wahr ist, Deutschland habe die meisten Kriege geführt. Geschichtliche Tatsache ist vielmehr, daß es von allen großen Nationen die friedliebendste ist, da es die geringste Anzahl von Kriegen führte.

Sagt unserem Volk, daß unsere Propagandisten die größten Verführer und somit die ärgsten Hasser sind, da sie wider besseres Wissen in Tausenden von Rundfunkansprachen und Aufsätzen behaupteten, die Deutschen seien das am meisten "kriegliebende" Volk und hätten zwei Weltkriege entfesselt. Demgegenüber stehen die Tatsachen:
Professor Pitirim Sorokin weist in Band III, 2. Teil, seiner "Social and Cultural Dynamics" auf Seite 352 nach, daß vom 12. Jahrhundert bis zum Jahre 1925 der Prozentsatz an Jahren, in denen sich die führenden europäischen Mächte im Kriege befanden, wie folgt verteilt:
Spanien 67 Prozent Kriegsjahre;
Polen 58 Prozent Kriegsjahre;
England 56 Prozent Kriegsjahre;
Frankreich 50 Prozent Kriegsjahre;
Rußland 46 Prozent Kriegsjahre;
Holland 44 Prozent Kriegsjahre;
Italien 36 Prozent Kriegsjahre;
Deutschland 28 Prozent Kriegsjahre.
Sagt unserem Volk, daß es belogen und irregeführt wurde durch die üble Propaganda, die Deutschen seien Eroberer.
Ein Blick auf die Landkarte zeigt die wirklichen Eroberernationen. Das früher fast 100 Millionen starke deutsche Volk in der Mitte Europas lebt in einem Land, das nicht ganz so groß ist wie Texas mit seinen 3 Millionen Einwohnern. Wären die Deutschen Eroberer gewesen, so besäßen auch sie ein Reich, wie es die Engländer, Franzosen, Russen, das kleine Holland und wir Amerikaner besitzen.
Gebt unserem Volk die Forschungsergebnisse von Professor Quincy Wright, mitgeteilt in seiner "A Study of War" bekannt, in der (Band I, S. 221) nachgewiesen wird, daß die europäischen Mächte in der Zeit von 1480 bis 1940 an 278 Kriegen beteiligt waren, und zwar prozentual wie folgt: England an 28 Prozent dieser Kriege, Frankreich an 26 Prozent dieser Kriege, Spanien an 23 Prozent, Rußland an 22 Prozent, Österreich an 19 Prozent, Türkei an 15 Prozent, Polen an 11 Prozent, Schweden und Italien an 9 Prozent, Holland an 8 Prozent dieser Kriege, und Deutschland an 8 Prozent dieser Kriege (einschließlich Preußen).
Sagt unserem Volk, daß es eine Lüge ist, Deutschland habe seinen Erzfeind, Frankreich, dreimal in einem Jahrhundert angegriffen. Ludwig XIV. griff Deutschland mitten im Frieden an und nahm ihm Elsaß-Lothringen fort. Napoleon Bonaparte eroberte ganz Deutschland und zog weiter nach Moskau. In den Jahren 1870, 1914 und 1939 war es Frankreich, das Deutschland den Krieg erklärte.
Sagt unserem Volk, daß die Grausamkeiten, die die Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg begingen, nur Reaktionen auf den Bruch der Wilson'schen Versprechungen, auf das schimpfliche Versailler Diktat, auf die Hungerblockade, auf den Raub der Kolonien, auf diese ganzen Demütigungen einer großen Nation überhaupt waren.
Sagt unserem Volk, daß wir Amerikaner im Vergleich zu den Deutschen mehr "kriegsliebend" und grausamer sind. Es ist wiederum eine geschichtliche Tatsache, daß wir in unserer kurzen Nationalgeschichte verhältnismäßig mehr Kriege führten als die Deutschen in zweitausend Jahren. Wir eroberten dieses große Land vom Atlantischen bis zum Pazifischen Ozean, vom Golf von Mexiko bis Kanada (ein Gebiet von der zwanzigfachen Größe Deutschlands), nahmen uns alles, was wir haben wollten, ungestraft und rotteten die Ureinwohner durch Hunger, Whisky und Krankheiten aus.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen niemals die Absicht hatten, die Welt zu erobern, wie es von General G. C. Marshall und vom Nürnberger Gerichtshof bestätigt wurde.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen die Vereinigten Staaten von Europa schaffen wollten, so wie unser Lincoln in einem blutigen Bürgerkrieg unsere Vereinigten Staaten erhielt und wie auch Churchill es nun getan sehen möchte, nachdem er an führender Stelle half, Europa

zugrunde zu richten.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen sich niemals in unsere Angelegenheiten eingemischt haben, als wir Eroberungskriege gegen die Indianer, gegen Spanien, Mexiko usw. führten.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen niemals unsere Feinde waren, sondern unsere Freunde und Wohltäter durch unsere ganze Geschichte hindurch, und daß wir nicht die größte und reichste Nation der Erde sein könnten ohne den Einsatz von Blut und Schweiß der Deutschen, daß außerdem jeder dritte Amerikaner deutscher Abstammung ist.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen niemals Krieg mit uns führen wollten, sondern daß wir es waren, die zweimal zu ihrer Vernichtung auszogen, weil unsere Staatsmänner fürchteten, deutscher Erfindergeist und Fleiß werde die Erde auf friedlichem Wege erobern.
Sagt unserem Volk, daß wir in diesen Zweiten Weltkrieg hineingelogen wurden durch Roosevelts "eleganten Umweg" über Japan und nicht aus ideologischen Gründen, sondern auf Grund von Habgier und Machtpolitik, ebenso wie wir jetzt gegen Rußland aufgewiegelt werden, nicht des Kommunismus wegen, sondern wegen der Ölfelder im Iran und Irak und der wachsenden Macht der Russen wegen.
Sagt unserem Volk, was nach dem Bericht von United Press der britische Produktionsminister Oliver Lyttleton am 20. Juni 1944 vor der amerikanischen Handelskammer aussprach: "Japan wurde dazu herausgefordert, die Vereinigten Staaten bei Pearl Harbor anzugreifen. Es ist eine Travestie der Geschichte zu behaupten, Amerika sei zum Kriege gezwungen worden!" Und wie haben unsere Propagandisten, auf Veranlassung von Präsident Roosevelt, die Geschichte vom "heimtückischen Angriff" dazu mißbraucht, Haß auf Japan zu schüren!
Sagt unserem Volk, welche Grausamkeiten unsere Truppen im Herzen Europas begingen, wie unsere Flieger alles rücksichtslos zerstörten und Hunderttausende ziviler Menschenleben vernichteten, wie gemeine Soldaten und Offiziere stahlen und vergewaltigten, wie unsere Regierung eine systematische Hungerkampagne führte, wie Millionen unschuldiger Deutscher aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat in den Kälte- und Hungertod getrieben wurden.
Sagt unserem Volk, daß die Last der Verantwortung die chaotischen Zustände und das unbeschreibliche Elend auf der ganzen Erde vor Gott und der Geschichte auf unserm Gewissen ruht, weil wir mit vorgeschichtlicher Brutalität Verwüstungen angerichtet und dem Bolschewismus dazu verholfen haben, zu einer Bedrohung der ganzen Erde zu werden. Ohne unsere Einmischung würden in Europa seit langem Friede und Ordnung herrschen.
Sagt unserem Volk, wie heuchlerisch und selbstsüchtig es ist, wenn wir aufgrund der Monroe-Doktrin Nichtamerikanern verbieten, in Fragen der westlichen Hemisphäre zu intervenieren, während wir selbst uns, gestützt auf unsere Machtstellung, in Angelegenheiten aller anderen Völker und Kontinente drängen.
Sagt unserem Volk, daß wir nun, nachdem wir das Bollwerk des christlichen Abendlandes, die gebildetste und kultivierteste Nation der Erde vernichtet und das Herz Europas durchbohrt haben, die schwere Verantwortung für alles das auf uns nehmen müssen, für das Deutschland in seiner ganzen ruhmreichen Geschichte der letzten tausend Jahre eingestanden ist, daß wir eine "militärische" Nation werden müssen, um in der Lage zu sein, die kostbarsten Güter der Menschheit, die christliche Kultur und Zivilisation zu verteidigen.
Sagt unserem Volk, warum unsere Staatsmänner es sich leisten können, den "bedingungslos unterworfenen" Feind in der unmenschlichsten Weise zu behandeln: weil nach Edgar Hoover, dem Chef des FBI**,** die Gesamtzahl amerikanischer Verbrecher "zehnmal höher ist, als die Zahl unserer Studenten an Universitäten und Colleges", weil "auf jeden Schullehrer in Amerika mehr als sieben Verbrecher kommen", weil wir unter allen zivilisierten Nationen die am meisten von Verbrechen geplagte sind". "Allein das Jahr 1946 hat Amerika 46.000 neue Trinklokale beschert, so daß wir jetzt auf jede Kirche zwei Schenken haben."
Sagt unserem Volk, warum die führenden Politiker der Alliierten nicht imstande sind, zwei

Jahre nach dem "Siege" endlich Frieden zu machen. Weil die gottlosen Menschen einen Frieden ohne Gott im Auge haben, weil sie ein neues Zeitalter ohne den Herrn herbeiführen wollen. Sie legen den Grund nicht für die vier Freiheiten, sondern für die vier apokalyptischen Reiter der Offenbarung des Johannes: Eroberung, Krieg, Hungersnot, Tod.

Sagt unserem Volk, daß ein gerechter und dauernder Friede mit dem Segen Gottes nur möglich ist, wenn wir wiedergutmachen, was wir gesündigt haben, wenn wir den "Habenichts-Nationen" Lebensraum und Lebensmöglichkeiten geben, die wir selber im Überfluß haben. Deutschlands Bevölkerung ist halb so groß wie unsere eigene.

Diese 70 Millionen Deutschen hat man in ein Gebiet gestopft, nicht größer als Michigan, Indiana und Ohio, also 133.000 Quadratkilometer. Man stelle sich vor, man wollte versuchen, die Hälfte der Bevölkerung der Vereinigten Staaten in diese drei Staaten zu zwängen, nachdem deren Städte, Industrieanlagen, Eisenbahnen und andere Produktionsstätten zerstört worden waren!

Sagt unserem Volk, die Welt habe seit dem Juni 1941 erkannt, daß der Krieg in Europa ein Kampf auf Tod und Leben zwischen Hitler und Stalin geworden war. Durch unsern Eintritt in den Krieg sicherten wir Stalin den "Sieg". Und eben durch diesen Sieg breitete sich der Kommunismus sprunghaft aus und droht nun vor unserer Tür. ...

Sagt unserem Volk auch, daß jene preußischen Junker, die von unseren Propagandisten am meisten verleumdet werden, die vornehmsten Edelleute der Erde waren. Sie stammten von den "Deutschrittern" ab, einem religiösen Orden, der im 12. Jahrhundert in Jerusalem gegründet wurde. Diese Deutschritter waren die wirklichen christlichen Kreuzfahrer, die den Mohammedanern das Heilige Land abnahmen und die christlichen Pilger auf ihrer Fahrt nach Palästina beschützten.

Nachdem die Mohammedaner das Heilige Land zurückerobert hatten, sandte der Papst diese Ritter nach Siebenbürgen, wo sie mächtige Befestigungen gegen die heidnischen asiatischen Horden der Mongolen, Kumanen, Petschenegen, Tartaren usw. bauten.

Papst Coelestin III. nannte diese Ritter die "Beschirmer der Christenheit". Von Siebenbürgen sandte sie der Papst an die Ostsee als einen christlichen Missionsorden. Dort erbauten sie die mächtige Klosterburg, die Marienburg, ihrer Schutzheiligen Maria geweiht, der Mutter unseres Herrn. Sie kolonisierten und kultivierten jenen Teil Europas, der später als Ostpreußen bekannt wurde.

Bei der Reformation wurden sie Lutheraner und waren traditionsgemäß die gläubigsten Christen mit ihren täglichen Hausandachten in den Burg- und Schloßkapellen, bei denen das Familienoberhaupt als Geistlicher fungierte.

Der alte christliche Geist und Kreuzfahrereifer wurde bei ihnen von Generation zu Generation vererbt. Diese "Junker", das heißt Ritter, waren niemals so reich an irdischen Gütern wie die englischen Lords oder die amerikanischen Industriellen. Ihr Besitz an Grund und Boden umschloß selten mehr als den eines Durchschnittsfarmers aus dem Mittelwesten Amerikas. Aber sie waren reich an Jahrhunderte alter Tradition, Kultur und Glaubenseifer als die Beschützer der Christenheit und des Abendlandes.

Dieser vornehme Volksteil wurde mit Zustimmung und Hilfe unserer führenden Politiker ausgerottet. Ostpreußen wurde zwischen Rußland und Polen aufgeteilt. Königsberg, die Geburts- und Wirkungsstätte Immanuel Kants, des bedeutendsten abendländischen Philosophen, wurde in Kaliningrad umbenannt nach dem gottlosen Bolschewistenführer.

Wie können wir Amerikaner die Verantwortung vor Gott und der Geschichte für diese furchtbare Schuld übernehmen?

Werden wir jemals bereit und imstande sein, für die Menschheit zu vollbringen, was diese vornehmen Junker in Jahrhunderten geleistet haben? West Point wurde von einem dieser preußischen Junker gegründet, einem General Friedrich des Großen, dem Baron Friedrich Wilhelm von Steuben, dem Retter der Sache George Washingtons im Revolutionskrieg.

Sagt unserem Volk, in diesem Zusammenhang auch, was Anne O'Hare MacCormick am 13. November 1946 in der New York Times schrieb: "Hätten die Alliierten eine Vorstellung davon gehabt, wie schwer die Massenwanderung hilfloser Menschen sie selber treffen würde, sie hätten die moralische und geschichtliche Verantwortung für die unmenschlichste Entscheidung, die je von zur Verteidigung der Menschenrechte bestimmten Regierungen getroffen wurde, nicht so lässig übernehmen können."
Und was Dr. Alex Boeker, Sekretär der "Human Events" feststellte: "Nirgends war die 'Verschwörung des Schweigens' wirksamer als gegenüber den Massenvertreibungen, die jetzt in Osteuropa durchgeführt werden. Obgleich nicht weniger als die Existenz von nahezu 20 Millionen Menschenleben auf dem Spiele steht und obgleich jede Möglichkeit zu einem friedlichen Zusammenleben in Europa systematisch gefährdet und unterminiert wird, ist noch kein umfassender Bericht über dieses ungeheuerliche Geschehen in der amerikanischen Presse erschienen, noch hat ein Kabinettsmitglied, Diplomat oder Kongreßabgeordneter die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes darauf gelenkt, was dort vor sich geht!"
Man wolle sich doch in diesem Zusammenhang daran erinnern, wie sich unsere Presse und unsere Haßpropagandisten im Falle Lidice aufführten. Dort wurden 200 Männer für den Mord an einem Reichsprotektor hingerichtet, hier geht es um die systematische Gefährdung von fast 20 Millionen Menschenleben und unsere Presse und unsere Propagandisten schweigen. Ist das nicht die widerwärtigste Heuchelei? Heißt das nicht mit "zweierlei Maß" messen? Ist das nicht die schwerste Unterlassungssünde im Zusammenhang mit dem größten Verbrechen unserer Zeit?
Sagt unserem Volk, was der bekannte amerikanische Historiker Professor Harry E. Barnes schreibt: "Präsident Truman hat wohl gesagt, konstruktive politische Maßnahmen müßten auf Wahrheit beruhen. Es ist bedauerlich, daß ihm niemand ein kleines bißchen Wahrheit ins Ohr geflüstert hat, bevor er nach Potsdam reiste. Es besteht wenig Aussicht darauf, daß ein vollständig auf Lügen errichtetes System im Jahre 1945 beständiger sein wird, als es das ebenso vollständig auf Lügen errichtete von 1919 war."
Sagt unserem Volk, es soll die Schriften "Pearl Harbor, the Story of the Secret War" von George Morgenstern, "History's Most Terrifying Peace" von Professor Austin J. App, … "Gruesome Harvest" von Ralph F. Keeling vom Institut für amerikanische Ökonomie in Chicago und "The Planned Famine" von A. O. Tittmann, Middlebury, … studieren, um die Wahrheit über die chaotischen Verhältnisse zu erfahren, in die unsere Politiker vorsätzlich die Menschheit geführt haben.
Sagt unserem Volk, es soll die Chicago Daily Tribune lesen, eine der wenigen Zeitungen unseres Landes, die den Mut und die Würde aufbringt, sich für Wahrheit und Gerechtigkeit einzusetzen. Sie würde sich weder an die Engländer noch an die Wallstreet noch aber an die Roten verkaufen. Sie vertritt das wahre Amerika im Sinne Washingtons und Lincolns, nicht in der entstellten Form des New Deal der Roosevelt- und Truman-Regierung.
Sagt unseren amerikanischen Kindern, daß ihre Väter und Großväter von unsern führenden Politikern in den Zweiten Weltkrieg hineingelogen wurden, um die deutsche Rasse zu vernichten. Sagt ihnen, daß die Deutschen keine Hunnen sind, wie es ihnen von gewissenlosen Lehrern beigebracht wird, sondern daß sie … das Christentum vor den Hunnen, Awaren, Kumanen, Tartaren, Mongolen und Mohammedanern in jahrhundertelangen Verteidigungskämpfen gerettet haben, während die anderen westeuropäischen Nationen auszogen, ferne Länder zu erobern, und so ihre Weltreiche unter dem Schutz der Deutschen errichteten.
Sagt unseren amerikanischen Kindern, daß wir nun, weil wir Deutschland, das Bollwerk der christlichen Zivilisation, zerstört haben, die schwere Verantwortung übernehmen müssen, die die Deutschen in Jahrhunderten so treu und erfolgreich getragen haben, und daß wir, um diese schwere Aufgabe erfüllen zu können, nun Militaristen werden, das heißt eine starke Armee, eine machtvolle Flotte und Luftwaffe und eine Militärdienstpflicht haben müssen.

Geistliches Amerika! Im Namen Gottes beschwöre ich Euch, tut eure Pflicht als Botschafter Christi! In Seinem Namen bitte ich euch, habt den Mut mit den Waffen des Geistes und der Wahrheit gegen die Nachkriegsverbrecher zu kämpfen, wie viele tausend Deutsche gegen die Kriegsverbrecher gekämpft haben. Mit Gott im Bunde sind wir immer in der Mehrheit. Helft unsere Nation zur sittlichen Verantwortung zu erwecken. Ruft es laut in unser Land: "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!

Amerika und die übrige Welt brauchen das "Volk der Dichter und Denker"

Christen Amerikas! Nehmt es euch zu Herzen: Amerika und die übrige Welt brauchen das deutsche Volk.

Es ist der Halt aller germanischen Völker, der Holländer, Schweizer, Engländer, Dänen, Norweger, Schweden, und das Ursprungsvolk eines großen Teiles auch unserer Amerikanischen Nation. Wir brauchen das Volk Karls des Großen, Otto des Großen, Friedrich des Großen, das Volk eines Thomas von Kempten, eines Meister Eckehart, eines Johann Tauler, eines Martin Luther, Paul Gerhard, Graf Zinzendorf, August Hermann Franke, Melchior Mühlenberg, Vater Bodelschwingh. Wir benötigen das Volk Albrecht Dürers, Hans Holbeins, Friedrich Kaulbachs, Fritz von Udes, Paul Richters, das Volk, aus dem Klopstock, Lessing, Goethe, Schiller, Uhland, Reuter und Gerhard Hauptmann hervorgegangen sind.

Wir bedürfen des Volkes, das Immanuel Kant, Schelling, Schlegel, Hegel, Fichte, Schopenhauer, Nietzsche, Troeltsch, Wundt hervorgebracht hat, des Volkes, zu dem Bach, Beethoven, Brahms, Mozart, Schubert, Schumann, Weber und Wagner gehören. Wir sind auf das Volk eines Paracelsus, Kopernikus, Robert Koch, Wilhelm Röntgen, Friedrich Landsteiner und Sauerbruch angewiesen, auf die Nation eines Johann Gutenberg, Friedrich von Krupp-Bohlen, Siemens, Zeiss, Graf Zeppelin und Hugo Eckener.

Ja, wir sind auf dieses Volk der "Dichter und Denker", der Erfinder, Lehrer der Völker und Träger der christlichen Kultur angewiesen. Wir benötigen es als Schutzwall gegen Barbarei und Bolschewismus. Kämpft für den Frieden in Christi Namen!

Geistlichkeit Amerikas! Die Last der Verantwortung vor Gott und der Menschheitsgeschichte ruht auf uns. Mit Entschlossenheit hat unser irregeleitetes Volk während des Krieges an der Herstellung der furchtbarsten Mordwaffen gearbeitet. Möge es nun mit tausendfach größerer Entschlossenheit für einen dauerhaften Frieden wirken, der auf Wahrheit und Gerechtigkeit für alle errichtet ist, nicht auf Lüge, Haß, Rache und Machtgier.

Einen solchen Friedensvertrag wird Gott der Herr, der Friedensfürst, mit seinem kostbaren Blut unterzeichnen, das für uns alle vergossen wurde. Einen diktierten Frieden aber wird Er niemals unterzeichnen, weil dieser Teufelswerk ist.

Geistliche Amerikas, wachet auf! Christen Amerikas, handelt!

Karfreitag, 1947

Anhang

An den Redakteur der Chicago Daily Tribune

Tschechische Verräter

Chicago, III., 26.4.1947 - In der Ausgabe der "Tribune" vom 19. April las ich die Verurteilung der Sudetendeutschen und ihre Gleichstellung mit Benedict Arnold (verräterischer General im Unabhängigkeitskrieg).

Bis heute habe ich gewartet in der Hoffnung, daß ein Sudetendeutscher die falsche Darstellung des Einsenders R. K. in gebührender Weise zurückweisen würde. Da das nicht geschah, stelle ich Ihnen hier die geschichtlichen Tatsachen zur Verfügung:

Die Sudetendeutschen sind Nachkommen des germanischen Stammes der Markomannen, die seit urgeschichtlicher Zeit die Täler und Hügel Böhmens und Mährens bewohnten. Sie erhielten Verstärkung unter Karl dem Großen, dem ersten Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, als dieser die Ostmark zum Schutze der Christenheit … gegen die

heidnischen Slawen und gegen die wilden asiatischen Horden schuf.
Diese Ostdeutschen sind für die Menschheit und das Christentum ein großer Segen gewesen. Ihr Verdienst ist es, daß die Polen, Tschechen, Slowaken, Kroaten und Slowenen heute in kultureller Hinsicht zu Europa zählen. Als Slawen wären sie sonst griechisch-orthodox wie die Russen geworden. Da aber die Deutschen sie zur westlichen Form des Christentums bekehrten, sind sie heute römisch-katholisch, während Rußland ja von Byzanz (Konstantinopel) aus christianisiert wurde.
Alles Europäische von der Adria bis zur Arktis beruht auf tausendjähriger deutscher Kulturarbeit. Erzbischof Adalbert von Bremen war der große Missionar der Polen und Baltischen Völker, während die Erzbistümer Breslau, Wien und Salzburg die Tschechen, Slowaken, Kroaten und Magyaren zum Christentum bekehrten. Die Völker östlich dieser Linie, Griechen, Bulgaren, Serben, Ukrainer und Russen, sind griechisch-orthodox.
Böhmen und Mähren, die gegenwärtige Tschechoslowakei, waren jahrhundertelang Teile des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Prag war einst die Hauptstadt dieses Reiches und hier wurde die erste deutsche Universität im 13. Jahrhundert begründet, also vor Wien und Heidelberg. Die schönen Städte Prag, Brünn, Pilsen, Eger, Karlsbad, Marienbad usw. wurden alle von Deutschen erbaut, ebenso wie Preßburg (Bratislava), Ofenpest (Budapest) bis hinauf in den Norden. Riga, Dorpat, Kronstadt und St. Petersburg (Leningrad).
Deutsche Kunst und Kultur wurden in den Osten verpflanzt, während gleichzeitig die Angelsachsen und Franzosen auszogen, um ihre Weltreiche zu schaffen. Amerika hat von den Sudetendeutschen reichen Segen erfahren. Die große religiöse Organisation der "Brüdergemeinden" wurde in Mähren gegründet. Der fromme Deutsche Graf von Zinzendorf, ein enger Freund William Penns, organisierte und verpflanzte sie nach Pennsylvania. Heute finden wir die Brüdergemeinden in ganz Amerika als fleißige, gottesfürchtige und treue Menschen.
Als Folgeerscheinung der Napoleonischen Kriege wurde die österreichisch-ungarische Donaumonarchie geschaffen, zu der auch Böhmen und Mähren gehörten. Die in Sarajewo ermordete Gattin des Thronfolgers war eine tschechische Gräfin.
Die Wiener Regierung war den 17 Nationalitäten der Donaumonarchie (einer Art Vereinigter Staaten) gegenüber so tolerant, daß jede von ihnen ihre eigenen Wesenszüge zur Entfaltung bringen konnte.
Es war ein sündhafter Gedanke von Wilson und zeugte von seiner Unkenntnis, diese Wirtschaftseinheit auseinanderzubrechen und eine Tschechoslowakei aus sieben verschiedenen Nationalitäten (Deutschen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Polen, Ruthenen und Juden) mit Hilfe des vorgetäuschten "Selbstbestimmungsrechtes der Völker" zu schaffen.
Wilsons Schwager, Professor Thomas Masaryk, wurde der erste Präsident des neu geschaffenen Staates. Die Slawen waren die einzigen, die von dem Wilson’schen Plan profitierten, da mit zweierlei Maß gemessen wurde und das "Selbstbestimmungsrecht der Völker"’ für Deutsche und Ungarn nicht geltend gemacht werden durfte. Mit dieser Methode wurde nicht nur die Tschechoslowakei gegründet, sondern auch den Serben, dem Werkzeug des russischen Panslawismus, ein Gebiet, doppelt so groß wie ihr ursprünglicher Besitz, zugewiesen.
Hätten die Friedensdiktatoren von Versailles das Selbstbestimmungsrecht auf alle Völker in gleicher Weise angewandt, dann wären Österreich, das Sudetenland, Tirol, Elsaß-Lothringen, Danzig und die anderen deutsch besiedelten Gebiete mit dem Mutterland vereinigt worden, Hitler nicht zur Macht gekommen und kein Anlaß zum Zweiten Weltkrieg und zur gegenwärtigen Ermordung von Millionen durch Vertreibung und Hunger vorhanden gewesen.
Als zwischen den beiden Weltkriegen hier die Erzeugnisse der Tschechoslowakei gepriesen und gekauft wurden, wußten nur wenige Amerikaner, daß diese Waren von Sudetendeutschen hergestellt wurden. Deutsche Tüchtigkeit, Geschicklichkeit und Arbeitsamkeit schuf diese feinsten Glaswaren, Textilien und auch das gute Pilsener Bier.
Die Tschechen waren dazu nicht fähig. Darum behielten sie Tausende deutscher Techniker

und Facharbeiter in Arbeitslagern zurück, wahrend deren Frauen und Kinder in offenen Viehwaggons in der Winterkälte in das verwüstete und überbevölkerte Restdeutschland deportiert wurden und ihren gesamten Besitz zurücklassen mußten.
Für diese furchtbare Barbarei haben die Tschechen die Entschuldigung, daß Roosevelt in Quebec "starken Druck ausübte, um Churchills Zustimmung zum Morgenthauplan zu erhalten, der deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands vorsah, und daß die Überführung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung nach Deutschland vorzunehmen sein wird."
Als Slawen nahmen die Tschechen fortwährend für das Mutterland des Panslawismus, Rußland, Partei und übten dabei wieder und wieder an der Donaumonarchie Verrat, am drastischsten im Ersten Weltkrieg, als ganze Divisionen mit fliegenden Fahnen zu den Russen überliefen.
Während der bolschewistischen Revolution und danach bildeten sie unter dem Namen "Tscheka" in Rußland die gefürchtetsten Terrorgruppen. Doch wurden sie für alle diese Verrätereien nicht aus ihrem Lande vertrieben. Wenn daher R. K. die Sudetendeutschen mit Arnold verdammt, dann gilt das nur für die Tschechen selbst, denn für die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen ist das Land in geschichtlicher, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht ihr rechtmäßiges Heimatland. Ein zutreffender Vergleich mit unseren amerikanischen Verhältnissen wäre es, wenn R. K. sagen würde: "Was dachten wohl die amerikanischen Indianer, wenn wir sie aus der Heimat ihrer Vorfahren vertrieben?"
Die Austreibung von Millionen Ostdeutschen aus ihrer tausendjährigen Heimat ist und bleibt das größte Verbrechen unserer Zeit, wie Bischof Muench es bezeichnet hat. Das Schlimmste daran ist aber, daß unsere amerikanische Einmischungspolitik eines Wilson und Roosevelt in europäische Angelegenheiten, entgegen dem Rat George Washingtons, diese chaotischen Zustande und dieses Elend überhaupt erst möglich gemacht hat. Das Schicksal dieser Millionen lastet schwer auf unserem Gewissen.
Dr. L. A. F., christlicher Historiker

Die Deutsch-Amerikanische Verantwortung des Zusammenbruchs Deutschlands und dem Weltchaos
Ich glaube an Gottes Wort. Und dieses Wort bezeugt, daß es Kriege geben wird bis ans Ende der Welt. Ich glaube, daß auch die beiden Weltkriege Strafgerichte Gottes über die in Sünden verlorene Menschheit waren.
Aber ich glaube auch daran, daß die verbündeten Mächte den Sieg davon getragen haben, nicht weil sie bessere und gottesfürchtigere Menschen sind, sondern weil das Deutschtum Amerikas seine Christenpflicht, seine Volkspflicht und seine politische Pflicht als amerikanische Bürger nicht erfüllt hat. Menschlich gesprochen, lastet die schwere Schuld und die Verantwortung für das Chaos in der Welt und das unsägliche Elend Europas, besonders aber die Vergewaltigung und Ausraubung des deutschen Volkes auf dem Gewissen aller Deutschstämmigen Amerikas!
Wir müssen den Tatsachen und der geschichtlichen Wahrheit ehrlich in die Augen sehen! Einige dieser Tatsachen sind:
1. Mehr als jeder dritte Amerikaner ist deutscher Abstammung, d.h. all die hundert anderen Rassen und Völker, die dieses von Gott so reich gesegnete Land bewohnen, bilden nicht ganz Zweidrittel der Nation.
2. Die Größe, die Macht und der Reichtum unserer Nation ist in erster Linie dem hiesigen Deutschtum zu verdanken. Die Siege unter Washington und Lincoln sind mit deutschem Blut und deutschem Mut erkauft worden. Die deutsche Bauernfaust kultivierte den jungfräulichen Boden unseres Landes. Deutsche Handwerker, Techniker und Gelehrte schufen unsere Industriemacht. Deutsche Künstler, Lehrer und Geistliche brachten uns die Kultur,

die wir haben. Aufgrund solcher Leistungen sollte das Deutschtum hier in der Regierung des Landes und in der Leitung unserer inneren und äußeren Politik ein gewichtiges Wort zu sagen haben. Hat es das? Nein! - Warum nicht? Weil es infolge seiner völkischen Unterlassungssünden zu vollständiger Machtlosigkeit verurteilt ist.
Lassen Sie mich einige dieser Sünden nennen:

Deutsch-Amerikas christliche Pflicht

1. Es ist Christenpflicht, dafür zu sorgen, daß ein sozialer und gerechter Ausgleich zwischen Völkern wie zwischen Einzelmenschen geschaffen werde. Nun ist es Tatsache, daß die Welt aufgeteilt war und ist in Besitzende und Habenichtse. Alle Besitzenden haben ihre ungeheuren Reichtümer an Land und Gut durch Eroberungen, Sklaverei und Austilgung von Menschenleben zusammengerafft.
So kommt es, daß in unserem reichsten Lande der Welt auf einer Quadratmeile nur 43 Menschen, dagegen in Deutschland 502 leben. Gott hat die Welt nicht nur für die Amerikaner, Angelsachsen, Russen und Franzosen geschaffen. Es gibt da auch andere Völker, die für die Menschheit unendlich viel mehr Gutes getan haben als diese und den größeren Teil ihrer Lebensmittel von den Besitzenden und Habenden importieren müssen. Die Lebensraumfrage ist eine Frage christlicher Moral.
Hier hat das Deutschamerikanertum die schwerste Unterlassungssünde begangen. Jeder von uns wußte, daß er wegen der Raumenge ausgewandert ist. Nachdem wir aber uns hier in der Fülle breit gemacht hatten, vergaßen wir die in der Enge Zurückgebliebenen und taten nichts für sie. Wir taten nichts dazu, daß von den Millionen Quadratmeilen unbebauten Landes der Erde ihnen auch ein Teil zufalle, wohin sie den Überfluß ihrer Bevölkerung hätten ansiedeln können, wie die anderen Völker es taten und tun. Unsere helfende Christenliebe hat schmählich versagt!

Deutsch-Amerikas völkische Pflicht

2. In völkischer Hinsicht begeht das Deutschamerikanertum von all den vielen Rassen, die mit uns dieses gesegnete Land bewohnen, die größte Sünde. Felix Dahn hat einst die große Wahrheit ausgesprochen: "Des Volkes Seele lebt in seiner Sprache!"

Was tut nun das hiesige Deutschtum mit seiner edlen schönen Sprache?

Es legt sie, sobald es etwas englisch radebrechen kann, wie einen alten schäbigen Mantel ab. Wenn es sie wenigstens gegen eine bessere und schönere Sprache eintauschen würde, aber Tatsache ist, daß Englisch aus den deutschen Dialekten der Angeln und Sachsen entstanden ist und trotz ihrer Entstellung heute noch zu Zweidritteln deutschen Wortschatz hat.
Zur Zeit der Königin Elisabeth sprachen rund 6 Millionen Menschen Englisch und über 18 Millionen Deutsch. Heute dagegen sprechen über 250 Millionen Englisch und nur rund 100 Millionen Deutsch.
Wie viele Deutsch-Amerikaner wissen es, daß das erste je in diesem Lande gedruckte Buch die deutsche Lutherbibel und die erste Zeitung die deutsche "Philadelphia Gasetta" war?
Millionen von deutschen Schulbüchern und Hunderte von deutschen Zeitungen und Zeitschriften sind hier einst gedruckt worden. Heute wird kein deutsches Buch mehr gedruckt und die wenigen deutschen Zeitungen kämpfen um ihre Existenz. Wessen Schuld ist das?
Es ist die Schuld des Elternhauses, besonders der Mutter. Wenn die englische Mutter rühmt, sie liebe ihre Muttersprache, sie meint es und beweist es durch die Tat. Wenn die deutsche Mutter das behauptet, dann sagt sie bewußt die Unwahrheit, sonst würde sie in ihrer Familie keine andere als die Muttersprache dulden.
Wie viele Millionen deutschstämmige Kinder werden z.B. am Christfest die ewig schönen deutschen Weihnachtslieder in englischer Übersetzung statt im schönen deutschen Original singen! Wie ganz anders wäre der Gang der Geschichte unseres Landes gewesen, wenn unsere Volksgenossen an ihrer Muttersprache festgehalten hätten! Heute sprächen mehr als 50 Millionen unserer Nation die Sprache Luthers, Goethes, Schillers, Richard Wagners und der

anderen Großen.
Keine Konstitution schreibt uns vor, daß Englisch die Landessprache sein muß. Wer würde z.B. dem Kanadier Mangel an Patriotismus vorwerfen, weil er die französische Muttersprache der englischen Landessprache vorzieht? Und das Franzosentum Kanadas ist dabei nur ein kleiner Bruchteil des Deutschtums Amerikas!

Deutsch-Amerikas politische Pflicht

3. Die Unterlassungssünden unseres Stammes in der Politik unseres Landes haben sich als katastrophal für das Deutschtum und für uns selbst hier ausgewirkt. Während alle anderen Nationalitäten unseres Landes in Landsmannschaften organisiert und in einer Spitzenorganisation zusammengefaßt sind, dessen Präsident im Namen von Hunderttausenden oder gar Millionen sprechen kann, sind die Deutschen in Tausende von kleinen Gruppen und Grüppchen zerrissen, ohne Zusammenfassung im ganzen Land und daher vollständig einfluß- und machtlos!
Das namenlose Elend in Deutschland und in der Welt und die erbärmliche Konfusion und Ratlosigkeit hier daheim sind der beste Beweis dafür, daß unsere vielen Gesangvereine, Sportvereine, Turnvereine, Landsmännische Vereine dem Gesamtdeutschtum nicht das Geringste geholfen haben. Gewiß verfolgen alle diese Gruppen wertvolle Ziele. Aber sie bewegen sich alle nur in engem Rahmen und sind vielfach nur Mittel zur Unterhaltung, zum Vergnügen, zum Zeitvertreib. Es fehlt ihnen die Sicht auf das Große und Ganze.
Wie viele brauchbare Kräfte sind da gebunden und verzettelt, die Großes für das Volksganze leisten könnten! Eine einzige deutsche Organisation haben wir im Lande, die von Küste zu Küste reicht und auch während des Krieges den Mut hatte, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten: die Steuben-Gesellschaft.
Die Spitzenorganisationen der Polen in Amerika halfen nach dem Ersten Weltkrieg ein neues polnisches Vaterland schaffen. Die Tschechen gründeten hier die Tschechoslowakei. Die Irländer Amerikas befreiten ihr Mutterland aus der 700jährigen englischen Unterjochung und in unseren Tagen hat das vereinigte amerikanische Judentum nach 2.000 Jahren ein jüdisches Heimatland geschaffen, weil sie alle wie Pech und Schwefel zusammenhalten.
Von den englischen Nachkommen unter uns brauchen wir gar nicht zu reden. Nach ihrem Wink wird in Washington die Politik gemacht und wir folgen ihren Forderungen mit mehr Gehorsam als ihr eigenes Dominion (Herrschaftsgebiet) Kanada.
Laßt uns diese Gedanken etwas näher betrachten. Hundertprozentige Amerikaner sind die Reste der Indianer, der einstigen Herren dieses gesegneten Landes. Ebenso hundertprozentig können die hiesigen Neger angesprochen werden, deren Vorfahren als Sklaven gewaltsam hierher verschleppt wurden. Die anderen größeren völkischen Gruppen unseres Landes sind in erster Linie ihrem Stammland und Stammvolk ergeben und erst in zweiter Linie betrachten sie sich als amerikanische Bürger.
Der Irländer besingt seine schöne, grüne Heimatinsel, von welcher er durch die von den Engländern verursachte furchtbare Hungersnot vertrieben wurde. Er tat hier alles, um die Heimat vom englischen Joch zu befreien. Darum ist er im politischen Leben führend geworden im Lande.
Der Pole hält zähe fest an dem Gedanken: "Noch ist Polen nicht verloren" und bringt die schwersten Opfer für das Land seiner Väter. Die Organisation und Zusammenarbeit der Polen ist musterhaft. Sie betrachten es als Ehrensache, ihre in der Muttersprache gedruckte Zeitung zu lesen und als heilige Pflicht, der Eigenkirche anzugehören.
Der Italiener schwärmt für sein altes Kulturland und arbeitet und opfert unablässig für die Daheimgebliebenen. Politisch handeln sie durch ihre kirchlichen und völkischen Organisationen in geschlossener Einheit. Darum rechnen die politischen Parteien mit der italienischen Stimme an der Wahlurne sehr!
Der Jude verfolgt durch die Jahrhunderte das eine große Ziel, die Wiederaufrichtung des Da-

vid-Thrones in Zion. Wo immer er in der Welt lebt und welche Sprache er auch immer spricht, seine Rassengemeinschaft stellt er über alles. Die Synagogen sind seine Sammelstätte, Bankhäuser, Zeitungswesen, Filmproduktion, Handel, Beeinflussung der öffentlichen Meinung seine Betätigungsfelder.

Der Engländer hängt an seiner Sprache und am Mutterlande. Nach einer neueren Abstimmung betrachten noch immer 3 % der Briten unser Amerika als ihre Kolonie. Durch die Schule, durch Geschichtsfälschung, durch die ständigen Vortragsreisen, durch Verteilung von Orden und Titeln, durch Empfänge am englischen Königshof - die höchste Ehre für einen Dollarbaron - beherrscht der Engländer unsere innere und äußere Politik. Er bleibt Engländer, wohin er auch immer geht und anglisiert Völker und Rassen der Welt.

Im Gegensatz zu allen diesen Gruppen, die als amerikanische Bürger in erster Linie für ihr angestammtes Mutterland leben und wirken, stehen die Deutsch-Amerikaner mit ihren skandinavischen Brüdern als zweihundertprozentige Amerikaner da. Sie betrachten sich nicht einmal als Auslandsdeutsche oder gar Volksdeutsche, wie das Millionen in anderen Ländern durch Jahrhunderte getan haben, sondern legen alle völkischen Tugenden ab und gehen in der Neuen Welt restlos auf. Sie können nicht schnell genug Sprache, Sitte, Vaterheimat, ruhmreiche Vergangenheit vergessen.

Kein anderer Volksstamm hat seinen Namen mehr anglisiert und gefälscht als der deutsche. Kein anderer Stamm hat so wenig Volksbewußtsein, solch schmähliche Rückgratlosigkeit und solch schnöde Gleichgültigkeit dem Schicksal der Heimat gegenüber wie der Deutsche! Daher die Machtlosigkeit im öffentlichen Leben. Darum kümmern sich die Politiker nicht im geringsten um die Stimme des Deutschtums an der Wahlurne. Sie kennen unsere Zerrissenheit und Einflußlosigkeit zu gut.

Während alle anderen Völkergruppen unseres Landes ihre natürliche und gottgewollte Pflicht dem angestammten Heimatlande gegenüber erfüllt haben und daher in hohem Ansehen stehen, haben die hiesigen deutschstämmigen als Ganzes mit wenigen würdigen und darum hochzuschätzenden Ausnahmen sündhaft versagt.

Was hat nun das Deutsch-Amerikanertum als Gesamtheit für sein angestammtes Volk und Land getan? Mitgeholfen hat es, sein Mutterland zu einem Schutthaufen zu machen und seine Blutsverwandten der Sklaverei, dem Hunger- und Kältetod preiszugeben. Mitgeholfen hat es, die deutsche Ehre zu besudeln und Millionen treue Volksdeutsche des Ostens zu heimatlosen Bettlern zu machen. Das sind die furchtbaren Folgen unserer Zerrissenheit und des Fehlens einer einflußreichen, mächtigen Spitzenorganisation, deren Vorstand im Namen von Millionen Deutschstämmigen seine Stimme erheben könnte!

Deutsch-Amerikas Verrat am Mutterlande

Am tragischsten von allem aber ist, daß deutsche Volksangehörige hier, sobald sie zu Reichtum, Ansehen und Einfluß gelangen, in der treulosesten Weise ihre Bluts- und Volksgemeinschaft verraten und für den Feind arbeiten.

Denken wir nur an die Wilkies, Kaisers, Rockefellers, Astors, an die Eisenhauers, Eichelbergers, Wedemeyers, Nimitzes usw. und an die Tausenden in der Großindustrie, in Wirtschaft, Gelehrtenwelt und Heeresleitung. Wenn jene alle ihre Herkunftspflicht erfüllt hätten wie die Engländer, Polen, Tschechen, Iren, Juden, hätten sie dafür sorgen können, daß die beiden Weltkriege vermieden worden und den Deutschen ein ihrer Größe und ihrer Leistung für die Menschheit würdiger Lebensraum geschaffen worden wäre.

Statt dessen lassen sie sich vom englischen König und von Stalin dafür dekorieren, daß sie mitgeholfen haben, ihr Mutterland in Trümmer zu schlagen. Ich habe die bittere Erfahrung gemacht, daß die größten Hasser der Deutschen die abtrünnigen Deutschen selber sind, wie der abtrünnige Jünger des Herrn, Judas, es war. Durch die Haßpropaganda vergiftet, sind viele so eingeschüchtert worden, daß sie um ihres bißchen Brotes und um ihrer Bequemlichkeit willen nun ihrerseits das Schlimmste ihrem eigenen Volksstamm andichteten, um dadurch

ihren zweihundertprozentigen Patriotismus zur Schau zu tragen!
Da will ich es lieber mit dem wahren Patrioten, dem großen Deutsch-Amerikaner Karl Schurz, der rechten Hand des Märtyrerpräsidenten Lincoln halten: "Ich liebe Deutschland wie ein Kind seine Mutter liebt, und ich liebe Amerika, wie ein Mann sein Weib liebt."
Das sollte die Einstellung jedes ehrlichen Deutschamerikaners sein. Wer seine Mutter nicht liebt, der bricht das Gebot Gottes und ist nicht wert, von seinen Kindern geehrt zu werden.

Der Weg zur Gesundung des kranken Volkskörpers Deutsch-Amerikas

Alle diese hier angeführten Dinge und noch vieles andere sind furchtbare Tatsachen. Das heißt, der Volkskörper des Deutschamerikanertums ist todkrank. Das ist die gewissenhaft und objektiv festgestellte Diagnose. Wenn aber nun die Art der Krankheit festgestellt ist, kann man nach dem Heilmittel suchen, um Gesundung und Kräftigung herbeizuführen. Wir alle wissen, daß manche Medizinen bitter sind, wieder andere sind schmerzhaft, aber sie tun ihre Wirkung und heilen den kranken Leib. Lassen Sie mich einige dieser Mittel nennen.
1. In der Erfüllung unserer Christenpflicht heißt die Medizin: Gehöre einer Kirchengemeinde an, wo du Gottes Wort in deiner Muttersprache hörst und lernst, wo deine Kinder in der Sonntagsschule und wo möglich Gemeindeschule die biblischen Wahrheiten in die zarte Seele gepflanzt erhalten.
Durch Gottes Wort wird unsere Gedankenwelt geheiligt und geklärt, daß wir die Dinge in uns und in der weiten Welt recht erkennen.
Durch die "Goldene Regel" Jesu: "Was ihr wollt, daß die Leute euch tun sollen, das tut ihr ihnen auch," erkennen wir, wie viel Segen die Deutschen für unser Land gewesen sind, und mit wie viel Leid wir ihnen es vergolten haben, indem wir unherausgefordert zweimal auszogen, sie zu vernichten.
Gottes Wort öffnet unsere Augen, unsere Herzen und unsere Hände!
Es ist zum Weinen und tief beschämend zu wissen, daß z.B. 1946 die Italiener für ihre Volksgenossen 50 Millionen, während die viel zahlreicheren Deutschen für ihr weit mehr verwüstetes Land nur kaum 14 Millionen Dollars gesammelt haben. Gottes Wort lehrt uns die große Wiedergutmachungspflicht.

Deutsch-Amerika muß helfende und opferbereite Liebe lernen!

2. In der Erfüllung unserer Volkspflicht heißt die Medizin: Bete deutsch, sprich deutsch, lies deutsch, singe deutsch! Sorge dafür, daß das deutsche Vaterunser in deinem Hause nicht aussterbe! Sprich mit den Kindern, deinen Angehörigen und Volksgenossen deine Muttersprache sowohl daheim als auch draußen!
Schicke deine Kinder in deutschen Unterricht in Volksschule und Hochschule! Lies deutsche Bücher aus der Leihbibliothek und schenke deutsche Bücher deinen Freunden! Vor allem, halte dir mindestens eine deutsche Zeitung, nimm ein Jahresabonnement, damit du sie täglich bekommst! Du findest darin so vieles, was die **"conspiracy of silence" (die Verschwörung des Schweigens)** in den irreführenden Tagesblättern dir vorenthält.
In deiner deutschen Zeitung findest du, was deinem Herzen nahe steht und du wirst wahrheitsgetreu über das Weltgeschehen unterrichtet. Nicht zuletzt unterstütze deutsche Kultur- und Kunstunternehmungen, Theater und Konzerte. Vergiß nicht die Geschäftsleute, die sich zu ihrem Deutschtum bekennen in Wort und Tat!
3. In der Erfüllung unserer politischen Pflicht heißt das Heilmittel: Stehe fest auf dem Grund unserer Verfassung. Sie ist die beste, die Menschen bisher geschaffen haben. Sorge peinlich dafür, daß unsere Staats- und Bundesbeamten sie nach Inhalt und Geist erfüllen!
Um das tun zu können, schließe dich der Partei an, die dem Deutschtum am meisten Gerechtigkeit widerfahren läßt und am günstigsten gesinnt ist. Prüfe die Gesinnung der deutschnamigen Kandidaten besonders. Es gibt so viele Renegaten, die die schönsten deutschen Namen führen, inwendig aber Verräter der deutschen Sache sind.
Vor allen Dingen arbeite für die Zusammenfassung aller Deutschstämmigen unseres Landes.

Betrachte deinen Sonderverein, dem du angehörst, als ein kleines Zweiglein der Rieseneiche, die da wachsen soll aus der Zusammenfassung aller Vereine zu einer mächtigen, maßgebenden, richtunggebenden, entscheidenden Spitzenorganisation, die im Namen von Millionen Deutschstämmigen vor der Öffentlichkeit spricht.
Wirf den Partikularismus über Bord! Du bist nicht ein Preuße, Bayer, Sachse, Österreicher, Schweizer, Sudetenländer, Banater Schwabe, Siebenbürger- oder Zipser Sachse, nicht ein Wolga-, Bessarabien-, Dobrudscha-Deutscher. **Du bist ein Deutscher!**
Als Deutsche sind unsere Volksgenossen aus ihren jahrhundertealten Wohnsitzen bei Hinterlassung all ihres Hab und Gutes in den Hunger- und Kältetod vertrieben worden.
Als Deutsche sind Tausende in Süd- und Zentralamerika "gekidnappt" und in unsere Konzentrationslager nach Dakota und sonstwo verschleppt worden.
Als Deutsche sind die wenigen Mutigen hier bei uns, die gegen unseren Eintritt in den Krieg arbeiteten, verfolgt worden. Das große Leid des Gesamtdeutschtums in aller Welt sollte uns doch endlich belehrt haben, daß wir als Schicksalsgemeinschaft verbunden sind auf Gedeih und Verderb!
Wo immer wir mit Menschen deutscher Abkunft zusammenkommen, ob in Kirche, Verein oder Freundeskreis, das Thema unseres Gespräches soll der Zusammenschluß aller sein. In Wort und Schrift müssen wir eine riesige Aufklärungsarbeit tun. Die Spitzenorganisation der Deutsch-Amerikaner fordert im Namen von Millionen Deutschstämmigen Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Wenn unser Volkskörper so gesundet ist, d.h., wenn die gesamten Deutschstämmigen in einer Spitzenorganisation wohl diszipliniert auf das eine Ziel der Rehabilitierung der deutschen Ehre in der Welt treu zusammenarbeiten, dann können wir mit unseren Forderungen hervortreten:
1. Sofortige Heimsendung aller Kriegsgefangenen und Sklavenarbeiter mit Bezahlung für ihre Arbeit und Vergütung für ihre Demütigung und Leiden.
2. Rückgabe aller vom Reich abgetrennten Gebiete, wo deutscher Fleiß und Schweiß durch Jahrhunderte die Kulturarbeit geleistet hat.
3. Rücksiedlung aller vertriebenen Volksdeutschen und Gutmachung ihrer ungeheuren materiellen Verluste.
4. Ermittlung aller, die beschlossen haben, daß Millionen deutscher Menschen durch Hunger, Kälte und Krankheit ermordet werden sollen. Ebenso aller jener Generäle, Offiziere und Beamten, die diesen Beschluß durchgeführt haben. Wie die Kriegsverbrecher bestraft worden sind, sollen auch die Vor- und Nachkriegsverbrecher ihre Taten vor Gott und der Welt verantworten.
5. Rückgabe aller durch die Sieger geraubten Güter materieller und geistiger Art, die Patente eingeschlossen.
6. Aufbau der deutschen Städte, die die Flieger der Siegermächte in ihrer Zerstörungs- und Mordsucht wahllos zerstört haben.
7. Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa unter deutscher Führung und freie Hand für das vereinte Europa in Afrika als Kornkammer und Siedlungsgebiet für den Bevölkerungsüberschuß Europas.
Ich habe versucht, den Wert des deutschen Menschen und seine Leistungen für die Gesamtmenschheit in kurzen Zügen zu zeigen.
Ich habe versucht, die große Not und unseren Teil daran klarzustellen.
Und ich habe versucht, den Weg zu zeigen, den wir zu gehen haben, wenn wir in treuer Pflichterfüllung die Welt aus dem Chaos herausarbeiten wollen. Vor uns liegt eine Riesenaufgabe. Aufgaben sind aber da, damit sie erfüllt werden. Wir können sie erfüllen, wenn wir im Aufblick zu Gott und im Hinblick auf den Menschheitsjammer unsere Pflichten als Christen, als Deutschstämmige, als wahre Amerikaner im Sinne Washingtons und Lincolns aufgrund unserer Verfassung erfüllen.

"ENDE"
Von Reverend Ludwig A. Fritsch, Chicago
"THE CRIME OF OUR AGE" (Original-Titel) - "Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk", Erste Auflage 1947, 8. Auflage in deutsch - Grabert-Verlag-Tübingen, 1994<<

Ralph Franklin Keeling: "Gruesome Harvest" - "Schreckliche Ernte"
Der nordamerikanische Autor Ralph Franklin Keeling berichtete im Jahre 1947 in seinem Buch "Gruesome Harvest" - "Schreckliche Ernte" über die Nachkriegsverbrechen der Alliierten (x941/…): >>**Schreckliche Ernte - Der Nachkriegs-Krieg der Alliierten gegen das deutsche Volk -**
Wenn es zum Krieg kommen sollte, und welche Seite auch immer den endgültigen Sieg erringen mag, ist nichts sicherer, als daß für Sieger und Besiegte gleichermaßen, das Ergebnis eine schreckliche Ernte an Elend und Leid sein wird.
PRIME MINISTER NEVILLE CHAMBERLAIN
31. Juli 1939 im Unterhaus
Mit kaltem Blut ...
Am 8. Mai 1945 - V-E Day - endete das Schießen. Aber furchtbarerweise ging der Krieg gegen Deutschland weiter. Roosevelt, Churchill und Stalin hatten beschlossen, daß das deutsche Volk leiden sollte - und es litt.
Vertrieben aus ihren Häusern, ihr Eigentum geplündert, dezimiert durch Verhungern und Krankheiten, vergewaltigt, beraubt und versklavt, hatten die Deutschen - zumeist Frauen und Kinder - die volle Wucht dessen, was das *Time Magazin* als "den entsetzlichsten Frieden der Geschichte" bezeichnete, zu ertragen.
Schreckliche Ernte war eines der ersten Bücher in Amerika, das gegen den Nachkriegs-Krieg der Sieger gegen die Deutschen die Alarmglocke schlug. ...
Heute, wo der Propagandakrieg gegen die Deutschen in den Medien weitergeht, erzählt *"Schreckliche Ernte"* eine Geschichte von größter Wichtigkeit, die nicht unterdrückt oder vergessen werden darf.
* * * * * * * *
Erste Veröffentlichung 1947 vom Institute of American Economics (Chicago). …

Inhaltsverzeichnis
Vorwort
Kapitel I: Kriegszerstörung
Kapitel II: Ausrottung durch Überbevölkerung
Kapitel III: Die Arbeitssäule wird niedergerissen
Kapitel VI: Das Volk hungert
Kapitel VIII: Erziehung in umgekehrter Demokratie
Kapitel IX: Das Programm des Kremls
Zueignung
Dieses Buch ist den Menschen in allen Ländern gewidmet, die mehr mit Vernunft als mit Voreingenommenheit regiert werden;
die versuchen, die Ereignisse jetzt so zu sehen, wie sie eine Generation später von nüchternen Historikern gesehen werden;
die von anderen nicht verlangen, Regeln zu folgen, die sie nicht für sich selbst akzeptieren würden;
die darum glauben, daß die Menschen keiner Nation kollektiv verdammt werden können, ohne die menschliche Natur selbst zu verdammen;
die Mitgefühl haben mit den Millionen von leidenden, verhungernden Opfern totaler Kriege,

wo immer sie sein mögen.

Einführung des Verlegers zur Ausgabe 1952

Das Buch von Ralph Franklin Keeling *Schreckliche Ernte (Gruesome Harvest)* erschien im Jahre 1947. Zu der Zeit, als das Buch geschrieben wurde, war das besiegte, geteilte und amputierte Deutschland von den Armeen seiner Eroberer besetzt. Deutsche Städte waren Trümmerhaufen; seine Wirtschaft ein verzweifeltes Kratzen ums Überleben; seine Menschen apathisch, zynisch, demoralisiert.

Jedoch innerhalb von einigen Jahren erstand aus den Ruinen ein neues Deutschland. ... .

Amerikaner von heute, die von den Standardakademikern und beliebten Historikern unterrichtet wurden, verbinden die amerikanische Nachkriegsrolle in Deutschland vor allem mit zwei Ereignissen: Die Nürnberger Prozesse und der Marschallplan, mit denen, Dank der amerikanischen Großzügigkeit, die Menschen in Deutschland in der Lage waren, eine freie Gesellschaft und eine freie Wirtschaft wieder aufzubauen.

Unsere Landsleute erinnern sich zwar an den Marschallplan, haben dagegen seinen Vorläufer, den Morgenthauplan vergessen, der von dem Finanzminister während des Krieges, Henry Morgenthau und seinem engsten Berater, Harry Dexter White, ausgearbeitet wurde und auf eine dauerhafte Zerstörung von Deutschlands industriellem Herzen abzielte, mit - als seiner unausweichlichen Konsequenz - Hungertod und Krankheiten von Millionen und Abermillionen von Deutschen.

Wie *Schreckliche Ernte* klar zeigt und kürzliche Studien weitgehend dokumentiert haben, bildete Morgenthaus und Whites Plan für Völkermord die Grundlage für Amerikas hauptsächliche Weisungen für die Besatzungspolitik, JCS 1067, vom Beginn der Besatzung an.

Indem er größtenteils Berichte und Reden dieser Minderheit von amerikanischen Journalisten und Staatsmänner heranzieht, die mutig die anfängliche Nachkriegs-Besatzungspolitik ihrer Regierung ablehnten, demonstriert (der) Autor Keeling in *Schreckliche Ernte* weitgehend die Auswirkungen dieser Politik während der zwei Jahre, die dem "V-E Day" folgten.

Gewaltsame Vertreibung aus den Ländern ihrer Vorfahren und Diebstahl ihrer Häuser und ihres Eigentums; Diebstahl von Kapital in großem Umfang und ungeheure Ausnutzung für Sklavenarbeit; Zensur, Bücherverbrennung, Konzentrationslager, Sippenhaft, Berufsverbot und andere "Nazi-Praktiken", waren im besetzten, "entnazifizierten" Deutschland von 1945 bis 1948 an der Tagesordnung.

Andere Studien, die auf dem Zugang zu Dokumenten basierten, die Keeling oder anderen Schriftstellern 1947 nicht zur Verfügung standen, haben die schockierenden Enthüllungen in *Schreckliche Ernte* bestätigt und erweitert: Alfred de Zayas: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*; James Bacque: *Andere Verluste*; Udo Walendy: *Die Methoden der Umerziehung* und zahlreiche andere Historiker haben darüber hinaus die überwiegende Rolle bestätigt, die die offizielle U.S. Politik bei diesen beschämenden Ereignissen spielte.

Es sollten hier einige Punkte über den Morgenthauplan und die allgemeine U.S. Besatzungspolitik gemacht werden. Erstens, der Morgenthauplan, der hauptsächlich von Morgenthaus Assistenten Harry Dexter White ausgearbeitet wurde, der später bei Anhörungen im Kongreß als Sowjetagent identifiziert wurde, bildet einen Teil der Fortführung der alliierten Kriegs-Politik: Sie war weit davon entfernt, nur ein Instrument der Rache als Antwort auf "Nazi-Untaten" zu sein:

Jahre unaufhörlicher antideutscher Propaganda, die sich mehr oder weniger offener offizieller Unterstützung erfreute; ... das Bestehen der Alliierten auf Deutschlands "bedingungsloser Kapitulation"; die Alliierte Politik des Massenmordes deutscher Zivilisten aus der Luft; und die geheime Konferenz während des Krieges, bei der Roosevelt, Churchill und Stalin das Komplott der Teilung der Beute nach Deutschlands Zusammenbruch schmiedeten: Alles das waren die logischen Vorboten für das Flirten der amerikanischen Regierung mit dem Völkermord in Deutschland in den ersten Jahren der Besatzung. ...

Was die Gegenwart und Zukunft angeht sollte daran erinnert werden, daß die deutsche Nation Gegenstand - vor allem intellektuell und psychologisch - in einem Wertesystem und einer Geschichtsauslegung bleibt, die ihm während der Besatzungsjahre aufgezwungen wurden. Diese vorgeschriebene Vergangenheitsbewältigung schreibt vor, daß praktisch alles, was die Deutschen von 1933 bis 1945 taten, schändlich oder verbrecherisch war, fortgesetzt in den Schulen unterrichtet, in den Medien hinaustrompetet ...
Der daraus resultierende Alpdruck von Schuld wird regelmäßig von Deutschlands Feinden heraufbeschworen, um solche Schwindelgeschäfte wie die endlose "Wiedergutmachung" von Kriegsverbrechen (wirklichen und ausgedachten) und die Unterhaltung von Hunderttausenden von "Asylsuchern" aus der Dritten Welt auf Kosten der Öffentlichkeit zu finanzieren.
Man sollte hoffen, daß *Schreckliche Ernte* die Amerikaner mit der Ungerechtigkeit und dem Wahnsinn einer Politik bekanntmacht, die auf die Zerstörung einer Nation und eines Volkes abzielte und es sollte ein Trost sein, daß es Beweise dafür gibt, daß viele Amerikaner in der Tat der Forderung nach Vernunft und Anstand leidenschaftlich Ausdruck gaben. Ein Leuchtturm in einer der dunkelsten moralischen Stunden Amerikas ...
T. J. O'Keefe, April 1992

Vorwort
Ein Jahr nach der Veröffentlichung der Potsdamer Erklärung verließ Außenminister Byrnes plötzlich die Pariser Friedenskonferenz und ging nach Stuttgart, wo er versuchte, dem deutschen Volk die amerikanische Politik einem besiegten Reich gegenüber zu rechtfertigen. Diese Bereitschaft, einer deutschen öffentlichen Meinung Wert zuzubilligen, bezeichnete einen fundamentalen und willkommenen Wendepunkt in unserer offiziellen Haltung, weil wir zuvor unsere Mission in Deutschland unter äußerster Mißachtung dessen, was die Deutschen von uns denken könnten, durchführten.
Der Wechsel kam nicht aus einer neuerlich entdeckten Zuneigung für unsere besiegten Untertanen. Mr. Byrnes legte seinen Finger auf den wirklichen Grund, als er sagte: "Es ist nicht im Interesse des deutschen Volkes oder im Interesse des Weltfriedens, wenn Deutschland eine Schachfigur oder ein Partner in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen werden würde."
Das war genau das, was bereits passiert war. Zu spät stellten wir fest, daß, während wir geschäftig und blind das deutsche Volk mit der Durchführung eines der brutalsten Friedensprogramme, das jemals einer besiegten Nation aufgezwungen wurde, uns entfremdeten, war Rußland, das uns angestachelt hatte, stillschweigend bei der Vorbereitung, als ein Champion aufzutreten und ihm durch die Errichtung eines vereinigten, wiederbelebten und kommunistischen Reiches einen Weg zur Flucht vor uns anzubieten und es der Sowjetunion einzugliedern. Dies war im Juli in Paris von Molotow klargemacht worden.
Deutschland ist mehr als nur eine Schachfigur im Machtkampf zwischen dem kommunistischen Rußland und dem Westen - es ist der Hauptpreis. Der Weltkommunismus war schon lange begierig auf Deutschland als dem leuchtendsten Juwel in seiner Krone. Der Kreml weiß und wir wissen, daß vor der vereinten Macht von Sowjet-Rußland und einem wiederbelebten Reich das ganze Europa fallen müßte.
Eine solche Möglichkeit kann von Britannien nicht toleriert werden, das, mit einem feindlichen Europa im Rücken, seine Existenz bedroht sehen würde. ... Eine Vereinigung von Sowjet-Rußland und einem sowjetisierten Deutschland würde Krieg bedeuten. Um Krieg zu vermeiden, müssen wir darum verhindern, daß Rußlands Plan Früchte trägt. Daher ist es nötig, daß wir Deutschland auf unsere Seite ziehen und es dort halten.
Die Situation erfordert eine gründliche Überprüfung unseres deutschen Programms, die gefolgt sein muß von Änderungen, die erforderlich sind, einen anständigen Frieden herzustellen und die Deutschen davon abzuhalten, aus Verzweiflung zu den Russen überzugehen. Die Zeit

ist gekommen, vergangene Fehler offen zuzugeben und mutig den harten Tatsachen ins Auge zu sehen. Es ist für das amerikanische Volk notwendig, sich mit dem, was vorgegangen ist, vertraut zu machen und dafür zu sorgen, daß ordentliche Schritte zur Berichtigung unternommen werden.
Dieses Buch ist als Beitrag zu diesem Zweck gedacht. Es legt mit einfachen Worten dar, was sich in Deutschland zugetragen hat, weil diese Kenntnis unbedingt erforderlich ist, sowohl um den deutschen Gesichtspunkt zu verstehen, als auch sich mit dem status quo bekanntzumachen, von dem aus wir mit Hilfsmaßnahmen weitergehen müssen. Es umreißt die Natur von Rußlands Plan zusammen mit einer Beschreibung der Fehler, die wir dadurch gemacht haben, daß wir so weit in die Falle gegangen sind. Und schließlich bringt es einige Vorschläge für eine Friedensregelung mit Deutschland, die zugleich gerecht und dauerhaft sein würde.

Einführung

In Jalta auf der Krim trafen sich die Herren Churchill, Roosevelt und Stalin, um das Schicksal Europas zu entscheiden und gaben in ihrer gemeinsamen Erklärung feierlich bekannt: "Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten."
Und in Potsdam erklärten die Repräsentanten der Großen Drei abermals in einer gemeinsamen Bekanntgabe, die von den Herren Stalin, Truman und Attlee unterschrieben wurde, öffentlich: "Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven."
Trotz dieser Versicherungen bedeuteten die Potsdamer Entscheidungen, daß die Deutschen auf sich selbst gestellt sein würden und, nachdem die notwendigen Mittel fürs Überleben zerstört worden waren, Hilfe von außen zu verbieten.
Das konnte nur ein Ergebnis haben: Deutschland und die Deutschen auszulöschen.
Das Leben jeder Nation wird durch drei Hauptsäulen gestützt: Land (alle natürlichen Quellen), Arbeit (Muskeln und Hirn) und Kapital (Produktionsanlagen und Ausstattungen). Wenn man eine davon zerstört, wird die Nation in eine Katastrophe gestürzt.
Wir sind schuldig, in Deutschland alle drei zerstört zu haben.
Der Krieg startete den Prozeß, indem die Blüte von Deutschlands Manneskraft zerstört, Städte, Fabriken, Eisenbahnlinien zertrümmert wurden und der Boden durch die fünf Jahre lange Einstellung von Düngerproduktion erschöpft war. Und ein gleichermaßen unterdrückender Krieg ist gegen das deutsche Volk seit seiner bedingungslosen Kapitulation durchgeführt worden.
Die Kraft des den Unterhalt bestreitende Landes wurde durch den Verlust lebenswichtiger Gebiete unterminiert, was gefolgt war von Überbevölkerung durch den Zustrom von Millionen von Deutschen, die aus den verlorenen Gebieten und aus der Tschechoslowakei und Polen in das geschrumpfte Reich ausgewiesen wurden. Industrielle Kapitalquellen wurden durch den Verlust aller Produktionsstätten in den von den Eroberern eingenommenen Gebieten sowie einem gigantischen Plünderungsprogramm weiterhin verringert, das höflich als "Deindustrialisierung" bezeichnet wurde.
Die Arbeitskräfte waren weiterhin durch die Versklavung von Millionen und von weiteren Millionen, die im Zuge der "Denazifizierung" aus verantwortungsvollen Posten entfernt wurden, verringert und durch Unterernährung, die die arbeitenden Menschen an ihren Arbeitsplätzen in Ohnmacht fallen ließ, geschwächt worden. Sogar die deutsche Rasse selbst war durch ein Programm von Massenverstößen gegen die Mutterschaft angegriffen worden.
Das Ergebnis ist, daß Deutschland nun erschöpft am Boden liegt und seine Menschen dem Hungertod ausgeliefert sind. Als sie anfingen, in Massen zu sterben, wurde endlich entschieden, daß es nötig war, Nahrungsmittel einzuführen - leider kaum genug, die großen Massen von Menschen in der Zwielichtzone zwischen Leben und Tod zu halten. Ihre Agonie und Verzweiflung wurden bis zur höchstmöglichen Grenze des menschlich Ertragbaren aufrechterhalten.

Die folgenden Seiten zeichnen auf, was das *Time Magazin* zutreffend als "Den entsetzlichsten Frieden der Geschichte" bezeichnet hat, einen Frieden, der voll und ganz erklärt, warum viele Deutsche bereit sind, sich dem Kommunismus zuzuwenden. Weil, seltsamerweise, unser modernes Zeitalter, das uns die Atombombe brachte, ebenfalls die Geburt von Nationen mit sich gebracht hat, die auf Kosten ihrer Alliierten in der Lage sind, aus der Produktion menschlichen Leidens Profit zu ziehen.

Kapitel 1

Kriegszerstörung

Die Zerstörung des Reiches durch totale Kriegführung war allein schon genug, ernstliche Zweifel an Deutschlands Fähigkeit aufkommen zu lassen, nach dem Kriege zu überleben. Niemals zuvor in der Geschichte sind die lebenserhaltenden Ressourcen einer Nation so durch und durch zerstört worden. Als er vom Sieg in Europa zurückkehrte, erklärte General Bradley, "Ich kann Ihnen sagen, daß Deutschland bis zum äußersten und vollkommen zerstört worden ist."

Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation hatte die Deutschen gezwungen, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, bis ihre Städte in mit Toten angefüllte Trümmer pulverisiert und die Fabriken, Eisenbahnen, Kanäle, Dämme, Starkstromanlagen, Kommunikationsanlagen, Gebäude, Häuser - alle freistehenden Einrichtungen - in Haufen von verbogenen, schwelenden Ruinen verwandelt worden waren.

Der glühende Eifer der Alliierten, alles was deutsch war zu zerstören, war von General Eisenhower mit der Ruhr-Offensive zum Ausdruck gebracht worden.

"Unsere Hauptabsicht," erklärte er, "ist die Eliminierung von so vielen Deutschen wie möglich. Ich erwarte, daß jeder Deutsche westlich des Rheins und in dem Gebiet, das wir angreifen, eliminiert wird."

Die Fähigkeit der Alliierten zu vernichten wurde überwältigend, nachdem der amerikanische Industriekoloß von Friedens- in Kriegsproduktion umgewandelt worden war. Die amerikanische Produktion übertraf bald die aller anderen kriegführenden Teilnehmer zusammengenommen und wurde zweimal so groß wie die Kapazität der dem Untergang geweihten Achsenmächte. Erstaunt über die amerikanische Stärke, bekannte Hermann Göring seinen Gefängniswärtern gegenüber: "Die industrielle Kraft Amerikas ist etwas, das sich niemand im Traum hätte vorstellen können."

Einen Blick auf Amerikas zerstörende Kraft, als es sich dem grausamen Geschäft der Massenherstellung von Tod und Zerstörung verschrieb, gewährt folgende Beschreibung eines Kriegskorrespondenten von der Frontlinie:

Eine verheerende Welle von explodierendem, splitterndem Stahl zerriß die Erde vor uns, und es schien als sei das Ende der Welt nahe.

Die Amerikaner sprengten einen Pfad für ihre Vorwärts-Offensive. Ganze Städte bröckelten auseinander. Leben schien von der Szene zu verschwinden. Es war die furchterregendste, zerstörerischste Kraft von Kriegführung, die Deutschland je erlebt hatte. Und es war ein Symbol für das, was kommen sollte, als die 1. US-Armee diesen verheerenden Schlag innerhalb der Grenzen Deutschlands auslöste.

1 1/2 Stunden lang bombardierten mehr als 2.000 Bomber und Hunderte von Kanonen die deutsche Landschaft und brachten die Erde vor dieser mächtigen von Menschen hergestellten Kraft zum Tanzen. ...

Groß wie sie war, die Zerstörung bei den Grundkämpfen verblaßte im Vergleich zu der, die durch unsere gigantischen Luftangriffe angerichtet wurde. Die beiden Atombomben, die auf Japan geworfen wurden, mögen dramatischer gewesen sein, sie konnten aber kaum zerstörender gewesen sein, als die Millionen von Phosphor-, Feuer- und die "großen Bomben", die auf Deutschland fielen. ..."

Während des Krieges wurde mehr Gewicht an Bomben auf Berlin geworfen, als auf ganz

England. Der Ruin war so groß, daß General Eisenhower sich gezwungen sah zu sagen: Ich habe während des Krieges gesehen, wie viele große technische Aufgaben gelöst wurden, aber ich wüßte nicht, wo ich in Berlin mit dem Wiederaufbau anfangen sollte.
Ein amerikanischer Autor, der bei der ersten Gruppe von Korrespondenten war, die die Erlaubnis hatte, mehr als 24 Stunden in der zerstörten Metropole zu verbringen, schrieb:
Die Hauptstadt des Dritten Reichs ist ein Hügel von hohlen, ausgebrannten Gebäuden. Es ist eine Wüste mit hunderttausend Dünen von Ziegeln und pulverisiertem Mauerwerk. Darüber hängt ein durchdringender Geruch von Tod ... Es ist unmöglich, bei einer Beschreibung die Zerstörung zu übertreiben ... Die Innenstadt Berlins sieht nicht aus wie etwas, das ein Mensch hätte ersinnen können. ...
Alle deutschen Städte mit einer Bevölkerung von über 50.000 und viele kleinere, waren von 50 bis zu 80 Prozent zerstört. Dresden, so groß wie Pittsburgh, war vollkommen ausgelöscht und fast alle der 620.000 Einwohner unter den Ruinen begraben. Köln, mit einer Bevölkerung von 750.000 war in eine gigantische Wüste verwandelt worden**.**
Hamburg mit seinen 1.150.000 Menschen wurde durch ungeheure Angriffe vernichtet, wo bei einem die Flammen eine Meile in den Himmel schossen und Hunderttausende von Zivilisten lebend brieten. Frankfurt am Main, eine Stadt von 500.000, wurde in einen Schutthaufen verwandelt. Alle Städte und Industriegebiete, wie das Ruhrgebiet und das Saarland, wurden verwüstet.
Die Geschichte von Kassel ist typisch für die Tragödie, die andere befiel:
Dreihundertmal rannten die Menschen von Kassel voller Angst zu den Luftschutzkellern, wenn riesige britische und amerikanische Flugzeuge ihre Bomben abwarfen. Bei der ersten schrecklichen Bombardierung, am 22. Oktober 1943, wurden fast 10.000 getötet. Es war zum größten Teil ein Angriff mit Brandbomben, die die ganze Innenstadt in Brand setzten. Tausende wurden durch die Gasdämpfe von großen Haufen brennender Kohle in ihren Luftschutzkellern getötet und wußten nicht, warum sie sich so schläfrig fühlten, und wachten nie mehr auf. ...
Am 4. April 1945 ergab sich Kassel schließlich mit nicht mehr als 15.000 seiner 250.000 Einwohner noch lebend in der Stadt. Tausende lagen begraben unter den unzähligen Tonnen von Ziegeln, Gestein und verbogenem Stahl, die einmal Wohnungen, Geschäfte und Fabriken gewesen waren.
Diese umfassende Zerstörung von Städten und Produktionsstätten der am höchsten industrialisierten Nation Europas**,** war vom rein militärischen Standpunkt aus gesehen erfolgreich; es war jedoch auch ein Angriff auf die Lebensmöglichkeiten von Millionen von Arbeitern, weil die Zerstörung von Fabriken und Maschinen gleichzeitig eine Zerstörung von Arbeitsstellen ist, die elementare Lebensmöglichkeit. ...
Um die deutsche Wirtschaft aus diesem toten Punkt herauszubringen, ist Hilfe von außen nötig. Und inzwischen müssen die Menschen, die nicht in der Lage sind, das Nötige für sich selbst herzustellen, entweder in Massen sterben oder es muß ihnen von außen geholfen werden, bis sie wieder soweit sind, sich selbst helfen zu können.

Kapitel II

Ausrottung durch Überbevölkerung

Sogar 1937 war Deutschlands Lebensraum für die starke Bevölkerung zu klein und hatte natürliche Ressourcen nur in Form von Ackerland und Vorkommen von Kohle und Pottasche. ...
Als das landwirtschaftlich genutzte Land überbevölkert wurde, mußte Deutschland sich auf die Herstellung von Gütern umstellen. Durch Einfuhr von Eisenerz und Ausnutzung der Kohle- und Kali-Ressourcen bis zum äußersten, hatte Deutschland die zweitgrößte Stahl- und Chemische Industrie aufgebaut, die sodann die "Werkstatt Europas" bildete, den durchschnittlichen Lebensstandard Europas anhob und direkt oder indirekt volle Zweidrittel der eigenen Bevölkerung versorgte.

Als Folge der Zerstörung durch totale Kriegführung und absichtliche alliierte Politik, waren diese industriellen Ressourcen jetzt zum größten Teil verschwunden. Ohne diese, waren über die Hälfte der deutschen Arbeiter nun auf den Boden als einzige Lebensmöglichkeit angewiesen. Unter diesen Umständen ist es äußerst zweifelhaft, daß das Land, sogar wenn alles, was 1937 vorhanden war, intakt geblieben wäre, die gewaltige, jetzt arbeitslose industrielle Bevölkerung auch nur auf der Ebene des nackten Überlebens hätte versorgen können.
Ohne abzuwarten, raubten die Eroberer rücksichtslos Land, das 28 Prozent des Lebensraumes darstellte und einen noch größeren Prozentsatz der Nahrung erbrachte und zwei der drei hauptsächlichen Kohleregionen einschloß.
Um die Sache noch schlimmer zu machen, vertreiben sie Millionen von Deutschen aus den verlorenen Provinzen sowie aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei und anderswo in das verbleibende Reich, bringen eine große Anzahl von "Displaced Persons" in das geschlagene Deutschland hinein und, im Fall von Rußland und Frankreich, unterhalten große Besatzungsarmeen, die ebenfalls vom Land leben.
Sowohl die "Displaced Persons" als auch die Besatzungsmächte erfreuen sich der Bevorzugung gegenüber den Deutschen dadurch, daß sie, was immer sie an Nahrung und anderen Gegenständen benötigen, einfach requirieren können, um in vergleichsweiser Bequemlichkeit und Luxus zu leben. Man kann sich die beklagenswerte Situation, die durch diese Aktionen geschaffen wird, gut vorstellen.
Die Atlantik Charta hatte versprochen:
"Keine Erweiterung." "Keine territorialen Änderungen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Menschen in Einklang stehen." "Ein Frieden, der die Sicherheit garantiert, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben in Freiheit und ohne Angst und ohne Mangel an notwendigen Dingen leben können."
Bei ihrem Beschluß in Jalta bestätigten die Großen Drei ihr Bekenntnis "zu den Prinzipien der Atlantik Charta" und sagten, daß sie "das Recht aller Menschen, die Regierungsform zu wählen, unter der sie zu leben wünschen, aufrecht erhalten würden."
Doch in derselben Erklärung gestehen sie Rußland die östliche Hälfte Polens zu, und versprechen den Polen als Ersatz "Übernahme beträchtlicher Gebiete" in Ostdeutschland - alles ohne Rücksicht auf "die Wünsche der betroffenen Menschen," "frei geäußert" oder sonstwie.
Wenn Jalta auch vorschreibt, daß die genaue Größe der Gebiete, die Polen erhalten soll, einer endgültigen Entscheidung bei der Friedenskonferenz vorbehalten werden muß, konfrontierte Rußland in Potsdam die beiden westlichen Alliierten mit einem gebietsmäßigen fait accompli. Es hatte ein Drittel Ostpreußens als eigene dauernde Aneignung in Besitz genommen und der polnischen Marionette die ganzen deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße gegeben.
Sogar der drastische Morgenthau-Plan hatte nur verlangt, daß Polen der Teil Ostpreußens zugestanden werden solle, der nicht von Rußland in Besitz genommen wurde sowie das oberschlesische Kohle- und Industriegebiet. Jedoch zusätzlich zu diesen Gebieten hatte Polen sich nun das deutsche Posen, ganz Pommern und Niederschlesien angeeignet sowie den östlichen Teil Brandenburgs - den besten Teil des Brotkorbes des Reiches.
Beim Drängen der beiden Alliierten, diese Aneignungen als dauernd zu akzeptieren, argumentierte Rußland, daß bei der Invasion der Roten Armee so viele deutsche Bewohner geflohen seien, es nun, um die Gebiete wieder produktiv zu machen, erforderlich sei, diese in die russische und polnische Wirtschaft entlang den bereits gezogenen Linien einzugliedern.
Rußlands Aneignung von Königsberg und des anschließenden ostpreußischen Gebietes wurde in Potsdam akzeptiert, und es wurde dem seither auch nicht widersprochen. Die Hauptstadt Ostpreußens wurde in Kaliningrad umbenannt und in einen für die Sowjetunion höchst wertvollen Warmwasserhafen ausgebaut, die meisten deutschen Bewohner wurden vertrieben, und die ganze Region wurde durch und durch russifiziert.
Was das deutsche Land betrifft, das die Polen besetzten, entscheidet Potsdam, daß "die end-

gültige Festlegung der westlichen Grenze Polens einer Friedensregelung vorbehalten bleiben solle"; es erlaubt jedoch, daß die Gebiete zwischenzeitlich "unter der Verwaltung des polnischen Staates bleiben." Dieses Arrangement scheinbar als eine de facto Anerkennung ihres Rechtes auf dieses Gebiet betrachtend, fuhr Polen fort, Millionen von deutschen Bewohnern zu enteignen und zu vertreiben und sie durch Polen zu ersetzen.
Wenn auch Moskau Polen glauben ließ, daß es die fraglichen deutschen Provinzen behalten konnte, begannen deutsche Kommunisten mit sowjetischer Rückendeckung im Frühjahr 1946 den Deutschen gegenüber anzudeuten, daß es möglich sei, daß das ganze Land oder ein Teil desselben zurückgegeben und Polen selbst wieder zwischen Rußland und Deutschland aufgeteilt werden könnte, wenn das Reich einverstanden sei kommunistisch und Mitglied der Sowjetunion zu werden.
Marschall Schukow hatte im April deutschen Kommunisten gegenüber einen solchen Vorschlag geäußert, und im Juli hatte Molotow in Paris dieser Taktik zugestimmt, als er sich, zur Bestürzung seiner westlichen Alliierten, klar für ein gebietsmäßig vereinigtes, zentralisiertes, starkes Reich aussprach. Er lehnte insbesondere jegliche territorialen Amputationen im Westen ab und, wenn er auch den Gegenstand nicht berührte, erlaubte die Schlußfolgerung, daß einige oder alle östlichen Gebiete zurückgegeben werden könnten.
Der Schlag kam als unangenehme Überraschung besonders für Frankreich und die Vereinigten Staaten, deren harte "Friedens-Programme", die, wie sie annahmen, Rußlands herzlichen Beifall gefunden hatten, schwere Amputationen des Reiches verlangten. Es wurde klar, daß Rußland die Programme nur solange befürwortete, wie seine westlichen Freunde sie durchführen und sich dadurch das deutsche Volk auf Dauer entfremden würde.
Als schließlich klar wurde, daß wir dem russischen Versuch, deutsche Sympathie und Unterstützung zu erhalten, gleiches entgegenzusetzen hätten, machte Mr. Byrnes es den Deutschen in Stuttgart klar, daß, wenn auch die Vereinigten Staaten die polnische Forderung nach deutschem Gebiet weiterhin unterstützen würden, sie nicht notwendigerweise auch in Erwägung zögen, die westliche polnische Grenze auf Dauer an der Oder festzulegen.
Er hatte die klare Absicht, die Vereinigten Staaten in eine Position zu bringen, jedem Angebot seitens der Russen, den Deutschen alle oder Teile der verlorenen östlichen Gebiete zurückzugeben, entsprechend zu begegnen. Am Tag darauf versammelte sich eine Menschenmenge, die geballten Fäuste gereckt, vor der Residenz des amerikanischen Botschafters in Warschau und rief: "Nieder mit den Verteidigern Deutschlands!"
Ein Sprecher der polnischen Marionetten-Regierung warnte öffentlich davor, daß Polen "kämpfen wird", wenn der Versuch gemacht werde, die westliche Grenze auf die Ostseite der Oder zu verschieben. Wenig später erklärte Stalin, daß er Polens gegenwärtige Grenzen als dauernd ansehe. Mit der auf diese Weise matt gesetzten Situation und auf eine Friedensregelung wartend, bleibt Polen im Besitz der umstrittenen Gebiete.
In der Zwischenzeit führte Frankreich einen erbitterten Kampf, Deutschland lebenswichtige Gebiete abzunehmen. Es bestand darauf, daß das Reich durch wirtschaftliche und politische Zergliederung auf Dauer geschwächt werden müsse, verlangte, daß die Ruhr abgetrennt und internationalisiert, das Rheinland in einen selbständigen Staat umgewandelt werde und Frankreich die Erlaubnis bekomme, die reichen Kohle- und Industrieregionen der Saar zu annektieren.
Indem es die Regelung dieser Fragen und seine maßlosen Forderungen über alle bilateralen Abmachungen und Bündnisse stellte, versuchte es die Regelung zu erzwingen, indem es alle Versuche der Alliierten, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu sehen, blockierte.
Vor dem Molotowschlag in Paris waren Frankreichs Forderungen gegen Deutschland durch französische Kommunisten mit Moskaus Rückendeckung unterstützt worden.
Doch gerade als es den stärksten Versuch unternahm, die Zustimmung der Alliierten bei seinen ernstlichen Absichten bezüglich Westdeutschlands zu erhalten, ließ Molotow es plötzlich

im Stich und machte den unvorhergesehenen Vorschlag für deutsche territoriale Einheit und Unterstützung.
Indem er die vorgeschlagene Industrialisierung der Ruhr glatt ablehnte und einbeziehend, die französische Annexion der Saar, zitierte er aus Stalins Rede vom 2. November 1942, in der dieser gesagt hatte, es ist "genau so unmöglich, Deutschland zu zerstören, wie Rußland." Er lehnte jeden … Plan, das Reich zu zergliedern oder es in Weideland zu verwandeln, oder, wie vorgeschlagen, in eine Föderation oder Konföderation umzuwandeln ab, er verlangte die Viermächtekontrolle und Verwaltung der Ruhr. ...
Wenn auch Deutschlands Bevölkerung nur halb so groß ist wie unsere, war das Gebiet im Jahre 1937 nur ein Sechzehntel der Größe unseres Gebietes oder ungefähr so groß wie die Gebiete von Michigan, Indiana, Ohio und Pennsylvania zusammengenommen. Seit den gegenwärtigen Verlusten an Polen, Rußland und Frankreich, muß man ein Gebiet von der Größe Pennsylvanias abziehen, was bedeutet, daß die 70 Millionen Deutschen in ein Gebiet gezwängt werden, das nicht größer ist als Michigan, Indiana und Ohio.
Man muß sich vorstellen, daß die Hälfte der Bevölkerung der Vereinigten Staaten gezwungen würde, in diesen drei Staaten zu leben, in denen die Städte, Fabriken, Eisenbahnen und anderen Herstellungsstätten vernichtet wurden! ...
Die gewaltsame Vertreibung von Deutschen aus den verlorenen deutschen Gebieten und sonstwo in Osteuropa, ist eines der schwärzesten Seiten der Geschichte. ...
Ca. 15 Millionen Menschen werden durch diese Anordnung zu Opfern gemacht: Eine halbe Million aus Ungarn, fast drei Millionen aus der Tschechoslowakei, und die meisten der in den von Rußland und Polen in Besitz genommenen deutschen Gebieten Verbliebenen.
Potsdam verlangt die Annullierung aller Nazi-Gesetze, die sich auf Diskriminierung auf Grund von Rasse beziehen und erklärt: "Keine solche Diskriminierung, ob legal oder nicht, wird toleriert."
Doch diese erzwungene Auswanderung deutscher Bevölkerungen gründet sich genau und ausgesprochen auf rassische Diskriminierung. Die betroffenen Menschen sind zumeist Frauen und Kinder einfacher Bauern, Arbeiter und Handwerker, deren Familien seit Jahrhunderten in den Häusern gewohnt haben, aus denen sie jetzt hinausgeworfen werden und deren einzige Straftat ihr deutsches Blut ist. Wie "geordnet und human" ihre Verbannung war, ist jetzt in den Archiven festgehalten.
Winston Churchill übertrieb nicht, als er, sich auf die Vertreibung ca. drei Monate nach dem D-Day beziehend, das House of Commons unterrichtete:
Es ist nicht unmöglich, daß sich hinter dem Eisernen Vorhang derzeit eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes abspielt.
Das konservative Mitteilungsblatt *Review of World Affairs* zitiert aus einem vertraulichen Memorandum eines angesehenen Wirtschaftsexperten:
Seit Ende des Krieges wurden in Ostdeutschland und Südosteuropa ca. 3.000.000 Menschen, zumeist Frauen und Kinder und ältere Männer getötet; ca. 15.000.000 Menschen wurden deportiert oder mußten aus ihren Häusern fliehen und sind noch unterwegs. Ungefähr 25 Prozent dieser Menschen, über 3.000.000, sind verschwunden. Ca. 4.000.000 Männer und Frauen wurden nach Osteuropa und Rußland als Sklaven deportiert. ...
Es scheint so, als sei die Eliminierung der deutschen Bevölkerung aus Osteuropa - wenigstens 15.000.000 Menschen - in Übereinstimmung mit den Beschlüssen in Jalta geplant worden.
Churchill hatte zu Mikolajczyk gesagt, als letzterer während der Verhandlungen in Moskau dagegen protestiert hatte, Polen zu zwingen, Ostdeutschland zu integrieren: "Machen Sie sich keine Sorgen um die fünf oder mehr Millionen Deutschen. Stalin wird sich darum kümmern. Sie werden keine Last damit haben. Sie werden aufhören zu existieren."
Dr. Lawrence Meyer, leitender Sekretär der Lutherischen Kirche der Synode von Missouri, sagte nach einer Tour durch Deutschland:

Ca. 16.000.000 deutsche Flüchtlinge östlich der Oder werden aus ihren Häusern vertrieben. Es wird geschätzt, daß 10.000.000 bereits ausgetrieben wurden. Die menschliche Tragödie und das Leid, das durch diese "Volkswanderung" verursacht werden, sind in der Geschichte ohne Beispiel. Hunger, Kälte, Krankheit und Tod ist das Schicksal von Millionen. Ein authentischer Augenzeugenbericht über das körperliche Elend der meisten der Flüchtlinge ist wie folgt wiedergegeben:

"Ein großer Schleppkahn wird langsam über die Oder gezogen. Darauf liegen auf Stroh ca. 300 Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahre. In der ganzen Gruppe gibt es kaum ein Zeichen von Leben. Ihre hohlen Augen, ihre geschwollenen Bäuche, Knie und Füße sind deutliche Zeichen von Verhungern. Sie sind nur die Vorhut von Millionen von heimatlosen, zerstörten, hungrigen, kranken, hilflosen, menschlichen Wesen, die nach Westen flüchten.

"Vertrauen in Gott - in seine Güte und Barmherzigkeit - ist die einzige Hoffnung der heutigen Deutschen. Und Gott sei Dank ist in vielen noch der Glaube an Gott, gegen den während der vergangenen Dekade die Furien der Hölle vergeblich angestürmt sind."

Korrespondenten der *Chicago Daily News* gegenüber beschrieben russische Offiziere die Vertreibung aus Polen und der Tschechoslowakei wie folgt:

Die Polen haben östlich der Oder alle Deutschen ausgeräumt, und jetzt steht dieser ganze Besitz jedem Polen, der ihn will, zur Verfügung.

Die Tschechen haben sich auf ihre eigene Weise um die Deutschen im Sudetenland gekümmert - und es ist nicht schön. Sie treiben sie zusammen nur mit dem, was sie tragen können und setzen sie in Bewegung.

Nachdem er 14 Monate als Direktor des Koordinierungsbüros von AMGs Regionaler Regierung gedient hatte, sagte Dr. James K. Pollock nach seiner Rückkehr auf seinen Posten als Professor für politische Wissenschaften an der Universität von Michigan im August 1946, daß die meisten der 2 1/4 Millionen Vertriebenen aus Ungarn und dem Sudetenland alte Frauen und Kinder sind. Er sagte:

Die Deutschen, die wir bekommen, sind zumeist aus dem Sudetenland oder Deutsche, deren Familien seit ca. 500 Jahren in Ungarn lebten. Sie kommen in schrecklichem Zustand an. In vielen Fällen haben sie nur die Kleider, die sie anhaben. ...

Ein Bericht im Dezember 1945 gibt eine Vorstellung von dem traurigen Zustand der Verbannten in dem neuen Polen, wo Hunderttausende aus ihren Häusern vertrieben wurden und nun ziellos umherwandern. ... Der Bericht fährt fort:

Hunderttausende von Menschen in Polen sind ständig in Bewegung, ruhelos auf der Suche nach einer Stelle, an der sie in dem kriegszerstörten Land etwas zum Leben ausgraben können. Auf jeder Eisenbahnstation und Kreuzung, warten Männer, Frauen und Kinder auf Transporte. Gruppen von menschlichen Wesen, fast versteckt unter Paketen und Büchsen und anderen Überbleibseln dessen, was einmal ihre Häuser und Wohnungen gewesen sein müssen, warten an Straßenrändern oder in zerstörten Dörfern auf irgendeinen Transport, der sie anderswohin bringen kann. ...

Ein Augenzeugenbericht über die Ankunft eines Zuges in Berlin, der Polen mit genau 1.000 Flüchtlingen verlassen hatte:

Neunhundert Männer, Frauen und Kinder schleppten sich und ihr Gepäck im Lehrter Bahnhof aus einem russischen Zug, nachdem sie 11 Tage in Viehwagen von Polen aus unterwegs waren.

Soldaten der Roten Armee trugen 91 Leichen aus dem Zug, während Verwandte schrien und weinten, als ihre toten Körper auf amerikanische Lastwagen verfrachtet und zur Beerdigung in einer Grube in der Nähe eines Konzentrationslagers fortgefahren wurden ...

Der Korrespondent der *New York Daily News,* Donald Mackenzie, berichtet ebenfalls von Berlin:

In dem windigen Innenhof des Stettiner Bahnhofs saß eine Menge deutscher Flüchtlinge, Teil

von über 15.000.000 Enteigneter aus Ostpreußen und Schlesien in Gruppen in peitschendem Regen und erzählte die Geschichte ihres elenden Pilgerzuges, in dem mehr als 25 Prozent am Straßenrand starben und die Verbliebenen so unterernährt waren, daß sie kaum die Kraft hatten zu gehen. ...
Eine Krankenschwester aus Stettin erzählte, wie ihr Vater von russischen Soldaten erstochen wurde, die, nachdem sie ihre Mutter und Schwester vergewaltigt hatten, versuchten in ihren Raum einzubrechen. Sie entkam und versteckte sich mit vier anderen Frauen vier Tage lang in einem Heuhaufen ... Im Zug nach Berlin war sie einmal von russischen Truppen und zweimal von Polen geplündert worden, Frauen, die sich widersetzten wurden erschossen ...
... Der Präzedenzfall für diese unmenschlichen Vertreibungen war lange vor Potsdam in Rumänien gesetzt worden, bei dem 520.000 rumänische Bürger deutscher Abstammung ... wie Sklaven zusammengetrieben und nach Sowjet-Rußland transportiert worden waren. Das Dokument sagte, "es gab herzzerbrechende Szenen und viele zogen Selbstmord einem unbekannten Schicksal in Sowjet-Rußland vor."
Die Vereinigten Staaten leisteten ihren eigenen direkten Beitrag dazu, indem sie mehr als 16.000 Menschen deutscher Herkunft aus den lateinamerikanischen Ländern auswiesen, indem sie von Washington aus verschiedene Arten von Druck auf diese Länder ausübten, wiesen sie ohne Prozeß in diesem Land aus, hielten sie hier ohne Verbindung zur Außenwelt und immer noch ohne Prozeß, um sie schließlich aus dieser Hemisphäre zu deportieren, wo viele von ihnen von England und Frankreich in die Sklaverei geschickt wurden.
Diese Massenvertreibungen eingeborener Bevölkerungen sind so verwerflich wie nur irgend etwas sein könnte, dessen die Nazis beschuldigt werden, und haben seitens der Deutschen tiefen Groll durch alle Klassen hervorgerufen. Wenn Amerika seine Hände sauber gehalten hätte und wenn es dies gebrandmarkt hätte, würde die deutsche Achtung uns gegenüber gestiegen sein. Wie die Dinge stehen, beschuldigen die Deutschen uns fast ebenso wie die Russen und Polen. Unsere Hände sind ebenfalls mit dem Blut von Millionen unschuldiger Opfer dieses brutalen, durch und durch unamerikanischen Programms befleckt. ...

Kapitel III

Die Arbeitssäule wird niedergerissen

Die Angriffe der Alliierten auf das deutsche Arbeitspotential erfolgten entlang dreier Hauptfronten: Versklavung, Entnazifizierung und körperliche Unfähigkeit durch Unterernährung. Unsere gegenwärtige Diskussion wird sich mit den ersten beiden Punkten befassen; der Punkt Verhungern wird später gesondert behandelt.
Präsident Roosevelt versprach am 21. Oktober 1944, daß "das deutsche Volk nicht versklavt werden soll, weil die Vereinigten Staaten sich nicht mit Sklaverei befassen." Im vorausgegangenen Monat in Quebec hatte er jedoch auf Mr. Churchill starken Druck ausgeübt, um dessen Annahme des Morgenthau-Plans zu erreichen." Boris Izakov von der Pravda schrieb, daß, als im folgenden Februar in Jalta der Vorschlag gemacht wurde, die deutschen Arbeiter zu zwingen, die kriegszerstörten Gebiete wieder aufzubauen, "Präsident Roosevelt dies eine gesunde Idee nannte."
Und bei diesem Treffen bestand Mr. Roosevelt auf dem Morgenthau-Plan, und erhielt Mr. Stalins verdächtig schnelle Annahme.
Wenn auch in Potsdam wieder hoch und heilig versprochen wurde, daß "Es nicht die Absicht der Alliierten sei ... das deutsche Volk zu versklaven," waren Tausende von Deutschen bereits in Richtung Osten auf dem Marsch in die weitgeöffneten russischen Sklavenlager. Mehr als einen Monat früher, am 29. Juni 1945, war folgendes veröffentlicht worden:
Deutsche Gefangene in russischen Händen werden auf vier bis fünf Millionen geschätzt. Als Berlin und Breslau sich ergaben, wurden die langen grau-grünen, niedergeschlagenen Kolonnen nach Osten in Marsch gesetzt ... in Richtung auf riesige Depots in der Nähe von Leningrad, Moskau, Minsk, Stalingrad, Kiew, Charkow und Sewastopol. Alle fähigen Männer

mußten ca. 22 Meilen am Tag marschieren. Die körperlich behinderten kamen auf Handkarren oder Karren, die von überzähligen Tieren gezogen wurden. ... Sie werden gezwungen, russische Städte und Dörfer wieder aufzubauen, die zerstört wurden. Sie werden nicht eher nach Hause zurückkehren, bis ihre Arbeit getan ist.
Es war schon seit langem ein offenes Geheimnis, daß Rußland unter der Leitung des NKWD (Geheimpolizei) eine ungeheure Armee von russischen Sklaven unterhielt, deren Anzahl zwischen 10-20 Millionen liegt und hauptsächlich aus "politisch Unzuverlässigen" besteht."
Das Vorhandensein und die Wichtigkeit dieser ungeheuren Anzahl von Sklaven, erklärt unter anderem die Einträglichkeit und Regelmäßigkeit von Rußlands vielen "Säuberungen": Sie sind in der Hauptsache ein Mittel, Gefangene für die Versklavung zusammenzutreiben. Es überrascht darum nicht, daß die Sowjetunion sogleich die Gelegenheit ergriff, Millionen besiegter feindlicher Zivilisten zu versklaven und, um spezielle Kritik zu vermeiden, seine Verbündeten veranlaßte das gleiche zu tun.
- Ein paar verkrüppelte und kranke Deutsche, die das Martyrium überlebten, wurden aus den russischen Sklavenlagern nach Berlin zurückgesandt, wo amerikanische Korrespondenten Berichte über das, was passierte, aus erster Hand erhielten. -
Als bekannt wurde, daß die Sowjets deutsche Zivilisten als Personal zum Dienst in Fabriken in Rußland zwangen, protestierten Britannien und die Vereinigten Staaten.
Als Antwort legten die Russen eine von General Eisenhower ein Jahr vorher unterzeichnete Proklamation vor, mit der von den deutschen Behörden verlangt wurde, daß sie jede Maßnahme zur Rückerstattung, Wiederherstellung, Restaurierung, Reparatur, Rekonstruktion, Erleichterung oder Rehabilitation, wie sie von den Repräsentanten der Alliierten vorgeschrieben würden, durchzuführen hatten, und daß die Deutschen "Transporte, Einrichtungen und Materialien aller Art, Arbeitskräfte, Personal, Spezialisten und andere Dienste zur Benutzung in Deutschland oder anderswo zur Verfügung stellen müßten, so wie die Repräsentanten der Alliierten es für notwendig halten würden."
Da das Dokument keine Übereinstimmung der vier Nationen vorsah, hatten die Russen durch diesen Akt einseitige Handlungserlaubnis. Nachdem es vorgelegt wurde, mußten Britannien und die Vereinigten Staaten ihren Protest zurückziehen.
Am 10. September 1946 gingen deutsche weibliche Angestellte des Roten Kreuzes morgens um 9 Uhr zu einem Zug mit 20 Waggons voll von zurückkehrenden Zwangsarbeitern. Als die versiegelten Waggons von bewaffneten Wachmannschaften, die oben auf den Waggons mitgefahren waren, geöffnet wurden, standen die Angestellten des Roten Kreuzes abgemagerten Männern mit schorfigen Gesichtern in Lumpen gegenüber, die um Wasser baten oder hysterisch um Hilfe bei der Entfernung der Toten riefen.
Eine Berufsschwester erzählte die Geschichte:
Sie waren für die ca. 60 Meilen von Frankfurt an der Oder fast eine Woche lang in dem Zug unterwegs. Es hatte Tote durch Verhungern gegeben und fast alle der 800 oder 900 Personen im Zug waren krank oder verkrüppelt. Man könnte sagen, daß sie alle Invaliden waren. Zu 40 bis 50 in jeden dieser kleinen Viehwagen gestopft, mußten während der Heimreise die Kranken neben den Toten schlafen. Ich habe sie nicht gezählt, bin aber sicher, daß wir mehr als 25 Leichen hinaustrugen. Andere mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Ich fragte einige der Männer, ob die russischen Wachen oder Doktoren sich während der Fahrt in irgendeiner Weise um die Kranken gekümmert hätten. Sie sagten "Nein."
Ich sah nur einen wachen, gesunden Mann in dem ganzen Haufen, und habe ihn seither wiedergesehen. Er war nur ein Kind von 17 Jahren. Der Junge erzählte mir, daß Gefangene, die russische Lager verlassen, um nach Deutschland zurückzukehren, durchsucht werden, um zu verhindern, daß Post für ihre Kameraden hinausgeschmuggelt wird.
Wenn darum einer von ihnen als hoffnungsloser Invalide diagnostiziert wird, lernt dieser - in Erwartung einer Entlassung - die Namen und Adressen von Verwandten auswendig, denen er

von seinen Mitgefangenen berichten kann. Er sagte, daß nur Gefangene, die in besonderer Gunst stehen, Postkarten an ihre nächsten Verwandten schicken können. Dieses Kind von 17 Jahren hatte 80 Namen und Adressen von Verwandten seiner gefangenen Freunde in Berlin auswendig gelernt. Er fand die meisten der Gebäude dieser Adressen in Trümmern und die Aufenthaltsorte der früheren Bewohner unbekannt, aber er besuchte alle 80 Adressen in den ersten sechs Tagen in Berlin.

Die tägliche Nahrung in russischen Sklavenlagern besteht aus Suppe und Lektionen über die Herrlichkeit des Kommunismus sowie die Übel westlicher Demokratie. Das geringste ungehorsame Verhalten wird mit solch harter Arbeit bestraft, daß ein Drittel der Schuldigen innerhalb von drei Wochen an Erschöpfung sterben. Ein Zehntel der Sklaven starb während des ersten Jahres, wie die Zurückgekehrten berichten.

Wenn Gefangene, die von den Russen für weitere Zwangsarbeit als ungeeignet entlassen wurden sich später erholen, werden sie wieder eingezogen und für weitere Arbeit zurückgeschickt. Darüber hinaus werden arbeitsfähige Deutsche, die wir entlassen und die in ihre früheren Wohnorte in die russische Zone zurückkehrten, von den Russen festgenommen und zur Versklavung in die Sowjetunion gesandt, unter dem Vorwand, daß sie durch britischen oder amerikanischen Einfluß als "politisch unzuverlässig" angesehen werden. Die Weigerung entlassener Gefangener in die russische Zone zurückzukehren, hat ein großes Problem aufgeworfen, dem Frankreich zu begegnen versucht, indem es den Männern erlaubt, als besondere Klasse von Bürgern in Frankreich zu bleiben.

Als der Krieg zu Ende war, erfreuten wir uns in der deutschen Wertschätzung gegenüber den Russen eines entschiedenen Vorteils. Da den deutschen Soldaten die Brutalität des NKWD bei der Behandlung von Sklaven bewußt war, taten sie ihr bestes zu vermeiden, in die Hände der Roten Armeen zu fallen und zogen statt dessen vor, sich den Briten oder Amerikanern zu ergeben. Deutsche Gefangene, die den Russen übergeben werden sollten, begingen oft Selbstmord oder versuchten, sich selbst zu verstümmeln, indem sie ihren Körper mit Messern, Rasiermessern oder Stücken von Glas aufschlitzten. ...

Louis Clair, der seine Fakten aus zahlreichen zuverlässigen Quellen zusammentrug, schreibt in *The Progressive* von "den schrecklichen Zuständen in den französischen Lagern für deutsche PoW (Kriegsgefangene)". Er sagt:

In einem Lager im Sarthe-Distrikt für 20.000 Gefangene, erhalten die Insassen 900 Kalorien pro Tag; dadurch sterben täglich 12 im Krankenhaus. Vier bis Fünftausend sind überhaupt nicht arbeitsfähig. Kürzlich kamen Züge mit neuen Gefangenen an: Einige Gefangene waren während der Fahrt gestorben, andere hatten versucht sich am Leben zu erhalten, indem sie Kohle aßen, die in dem Güterzug lagen, mit dem sie kamen. ...

Dem Roten Kreuz zufolge, hatte Großbritannien im August 1946 460.000 deutsche Gefangene, die als Sklaven dort arbeiteten ...

Es wurde berichtet, daß ein britischer Bauunternehmer, der deutsche Sklaven für fachmännische Arbeit beschäftigte, gesagt haben soll:

Wenn man sieht, wie gut die ihre Sache machen und bedenkt, welch schrecklichen Kuddelmuddel es bei unserem eigenen Arbeitsministerium gibt, fängt man an sich zu fragen, wie wir überhaupt den Krieg gewonnen haben. ...

... Am 5. Dezember 1946 wurde bekanntgegeben, daß die amerikanische Regierung verlangt hatte, daß die 674.000 deutschen PoW, die nach Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg weitergegeben worden waren, bis Oktober 1947 in die Heimat repatriiert werden sollten. ...

Im Sommer flüchtete eine wachsende Anzahl Gefangener mit Hilfe britischer Zivilisten aus den britischen Sklavenlagern. Berichte über die Verfolgung durch die Militärpolizei erinnern an die Verfolgungen fliehender Sklaven in der Zeit vor dem Bürgerkrieg (USA). Mitte September hatte die Entrüstung der Öffentlichkeit einen solchen Grad erreicht, daß das britische

Kriegsministerium ankündigte, daß Pläne ausgearbeitet würden, monatlich 15.000 zu entlassen ...
Der Bericht des Internationalen Roten Kreuzes vom August 1946 zeigte, daß unsere eigene Regierung, durch ihre militärischen Einrichtungen in der deutschen Zone, 284.000 Gefangenen als Zwangsarbeiter beschäftigte, 140.000 davon in der Besatzungszone, 100.000 in Frankreich, 30.000 in Italien und 14.000 in Belgien.
Wie das Rote Kreuz berichtet, sind Länder, die ebenfalls Sklaven halten: Jugoslawien 80.000, Belgien 48.000, Tschechoslowakei 45.000, Luxemburg 4.000, Holland 1.300.
Diese Millionen von Deutschen ihren Familien fernzuhalten, ist ein direkter Angriff gegen deutsches Heim und Familie und dient in dieser Hinsicht nur dem Kommunismus. Doch das Band, daß die Männer an ihre Lieben bindet, ist stark geblieben.
Ein Bericht aus Genf erzählt eine bewegende Geschichte. Hunderte von Tonnen von Paketen, die von deutschen Gefangenen in den Vereinigten Staaten während der letzten drei Jahre über das Internationale Rote Kreuz an ihre Verwandten im Reich abgeschickt wurden, verstopfen hier die Lagerhäuser. Die Genfer Organisation ist nicht in der Lage, diese weiterzuleiten, weil kein zentrales Rotes Kreuz in Deutschland erlaubt ist. Andere Hunderte von Tonnen werden in New York festgehalten und warten auf eine Entscheidung.
"Der Inhalt der Pakete erzählt eine traurige Geschichte," sagte Oberst T. F. Wessels, Kommandeur der Militärpolizei im Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt, Deutschland. Sie enthalten hauptsächlich Spielzeug aus Holz, das von den Gefangenen mühsam handgearbeitet und an ihre Kinder geschickt wurde, und sogar handgemachte Schuhe für ihre Frauen und Mütter. ...
Seitens britischer Beamter wird ein Versuch gemacht, die Versklavung aus dem Grunde zu rechtfertigen, daß die Männer Kriegsgefangene sind und als solche nach der Genfer Konvention zur Arbeit gezwungen werden können. Es wird gesagt, daß der Krieg rechtlich noch nicht zu Ende sei. ...
Das Internationale Rote Kreuz, die höchste Autorität über dieses Thema, verdammt das Sklavensystem rundweg. Wie es aus Genf heißt:
Fast ein Jahr nach dem Frieden, verletzen die Vereinigten Staaten, Britannien und Frankreich die Abmachungen des Internationalen Roten Kreuzes, die sie im Jahre 1929 feierlich unterschrieben.
Eine heutige Untersuchung im Genfer Hauptquartier, zeigte, daß die Weitergabe von durch die amerikanische Armee gefangengenommenen deutschen Kriegsgefangenen in französische und britische Befehlsgewalt zur Zwangsarbeit nirgendwo in den Statuten des Internationalen Roten Kreuzes erlaubt wird, die bezüglich dieses Themas die höchste Autorität in der Welt sind.
Rußland lehnte es 1929 ab, an der Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes teilzunehmen, und Japan unterzeichnete diese Konvention nie, daher waren weder Moskau noch Japan an die Regelungen bezüglich Kriegsgefangener gebunden.
"Die amerikanische Lieferung deutscher Gefangener an die Franzosen und Briten für Sklavenarbeit, wurde von Rußland bereits als Rechtfertigung dafür angeführt, deutsche Armeegefangene so lange zu behalten, wie sie in der Lage waren zu arbeiten," gab ein Beamter des Internationalen Roten Kreuzes an. Der Austausch gefangener feindlicher Soldaten unter den Siegern, wirft die Welt ins finstere Mittelalter zurück ...
Ein Beobachter des Roten Kreuzes verdammt die Versklavung mit diesen Worten:
Es ist ein ungeheuerliches System und ein böser Präzedenzfall, weil es weit offen für Mißbrauch und mit Schwierigkeiten verbunden ist, Verantwortung zu schaffen. Deutsche Soldaten waren nach dem üblichen Recht keine Sträflinge und konnten den Militärdienst ebensowenig verweigern wie die Amerikaner.
Es ist eindeutig Unrecht, sie aus politischen Gründen zu kaufen und zu verkaufen, wie die

afrikanischen Neger vor einem Jahrhundert.
Mehr noch, es muß hervorgehoben werden, daß viele der Sklaven nie deutsche Soldaten waren. Viele waren deutsche Zivilisten, die während des Krieges in Amerika festgehalten wurden, eingeschlossene Seeleute, die vor unserem Eintritt in den Krieg festgenommen worden waren, frühere rechtmäßige Bewohner der Vereinigten Staaten und Personen, die aus Lateinamerika nach hier gebracht wurden, weil sie deutsche Ansichten hatten. Sogar antinazistische Deutsche, die freiwillig aus Amerika nach Deutschland zurückkehrten, um der Militärregierung beim Wiederaufbau der zerstörten Länder und Familie und Freunden in höchster Not zu helfen, wurden zur Versklavung geschnappt.
In scharfem Gegensatz zu unserer Behandlung von Kriegsgefangenen, stand die Behandlung amerikanischer Kriegsgefangener seitens der Deutschen. Allan Wood, Kriegskorrespondent des *Londoner Express*, sagte in einer Zusammenfassung der Behandlung der Kriegsgefangenen von deutscher Seite:
Die erstaunlichste Sache über Greueltaten in diesem Krieg ist, daß es so wenige gab. Ich bin nur wenigen Situationen begegnet, in denen die Deutschen die Gefangenen nicht nach den Regeln behandelt und das Rote Kreuz nicht respektiert hätten.
Leutnant Newton L. Marguiles, Stellvertretender Beisitzer in den Jefferson Kasernen, sagte am Montag, dem 27. April 1945 in St. Louis:
Selbst in Augenblicken größter Verzweiflung, gehorchten die Deutschen im allgemeinen der Konvention. Es stimmt, daß es an der Front Greueltaten gab - Leidenschaften entbrennen dort sehr leicht - aber es waren einzelne Vorfälle, keine Praktiken, und schlechte Leitung der Lager für gefangene Amerikaner war sehr ungewöhnlich.
Der Chef des Stabes, General George C. Marshall, schrieb am 5. Januar 1945 an den Nationalen Befehlshaber der Amerikanischen Legion:
Unsere Behandlung der Kriegsgefangenen wird durch die Genfer Konvention geregelt, die unter anderem vorsieht, daß sie mit den gleichen Rationen in Qualität und Quantität versorgt werden, wie die amerikanischen Truppen in den Basislagern in diesem Land. Dies geschieht unter der vertraglichen Verpflichtung, und unsere in deutscher Hand befindlichen Soldaten erhalten im großen und ganzen entsprechende Behandlung.
Das Amerikanische Rote Kreuz berichtete 1945 offiziell, daß "99 Prozent der amerikanischen Kriegsgefangenen in Deutschland überlebt haben und auf dem Weg nach Hause sind."
Die deutsche Behandlung russischer Kriegsgefangener glich der russischen Behandlung deutscher Kriegsgefangener. Da Rußland die Genfer Konvention nicht unterzeichnet hatte, waren weder Rußland noch Deutschland an diese Bedingungen gebunden.
Und es muß daran erinnert werden, daß Greueltaten in deutschen Konzentrationslagern keine Kriegsgefangenen betraf, sondern Menschen, die mutmaßlich Deutsche waren, Menschen, die überlebt haben und nun stolz sagen, daß sie Mitglieder des deutschen Untergrundes gewesen seien, Saboteure, die ihr bestes taten, den deutschen Kriegserfolg zu sabotieren und zu bekämpfen. Die Behandlung, die sie erhielten, wenn auch bedauerlich und unmenschlich, gleicht der Behandlung der politischen Gefangenen in Rußland.
Wenn der eine verdammt wird, muß auch der andere verdammt werden, wenn es Gerechtigkeit geben soll. Wenn nicht, machen wir uns der Rangdiskriminierung schuldig, indem wir ein Verbrechen, das von einem begangen wurde, verdammen, und es gutheißen oder übersehen, wenn es von einem anderen begangen wurde. Wenn wir diesen Krieg wirklich geführt haben, um solchen Dingen ein Ende zu bereiten, so ist der Krieg nicht zu Ende, bis die Insassen der russischen Sklavenlager auch befreit worden sind. ...
Dr. James K. Pollock, der während 14 Monaten bei der Amerikanischen Militärregierung tätig war, sagte von Deutschlands "Zwangsarbeitern": "Ich glaube, daß es einigen dieser Leute besser ging, als zu jeder anderen Zeit in ihrem Leben." Eine große Menge von Beweisen zeigen, daß das wahr ist und daß gegenteilige alliierte Kriegspropaganda weitgehend übertrieben war.

Abgesehen davon, gibt es keine Rechtfertigung für die Bestrafung des normalen Bürgers eines jeden Landes, für die Sünden seiner politischen Führer.
Der Chef der Kohle- und Bergbau Abteilung der Amerikanischen Militärregierung, Max. H. Forrester, antwortete im Juli 1946 auf die Frage: "Was haben die Deutschen getan, um so gute Produktionsleistungen von den Zwangsarbeitern zu erreichen, die wir mit Deutschen, die beim Bergbau arbeiten, nicht erreichen können?" "Sie ernährten ihre Helfer, und sie ernährten sie gut."
Im Sommer 1946 trat die amerikanische Arbeitergewerkschaft streng gegen das Sklavensystem als einer fundamentalen Bedrohung der freien Arbeit in der ganzen Welt an. Indem sie die Aufmerksamkeit auf die Tarifgesetze richtete, die ausdrücklich die Einfuhr von Gütern, die ganz oder teilweise von Sträflingen, Zwangsarbeitern, Lehrlingen oder jeglicher anderen Form unfreiwilliger Arbeit hergestellt waren, aus dem Ausland untersagten, warnte der Sprecher der Gewerkschaft, Herbert Thatcher, in einer Rede im Radio davor, daß das System der Sklavenarbeit Handel und Produktion auf eine Stufe hinunterdrücken könne, die zu einem anderen Krieg führen könne.
Er sagte, daß die Zustände von Sklavenarbeit in Britannien, Frankreich und Rußland "den Weltfrieden gefährden und den Welthandel zerstören." "Darum," schloß er, "ruft die amerikanische Arbeitergewerkschaft die Vereinigten Staaten auf, den Vereinten Nationen vorzuschlagen, daß alle Mitgliedsstaaten auf die Nutzung von Zwangsarbeit verzichten und sich einig darin sind, Erzeugnisse von Zwangsarbeit vom Welthandel zu verbannen."
Wir verhandelten und schlossen ein Abkommen mit den vier dominierenden Mächten der Welt, das zum ersten Mal klar und unzweideutig ausdrückte, was bis dahin, wie das Tribunal erklärte, stillschweigend im internationalen Recht verankert war, nämlich ... Zivilbevölkerungen zu versklaven oder zu deportieren, ist ein internationales Verbrechen, und daß für die Durchführung solcher Verbrechen Einzelne verantwortlich sind.
Indem er die Nürnberger Urteile verteidigte, sagte Willis Smith of Raleigh, N.C. Präsident des Amerikanischen Anwaltsverbandes:
Die Zeit ist gekommen, wo Männer, die verbrecherische Dinge anordnen, selbst zu Verbrechern erklärt werden sollten. Seit wann sind Mord und Deportationen und Sklavenarbeit keine Verbrechen?

Entnazifizierung

Deutschland wurde unter Hitler durch die alleinige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei regiert, die alle anderen Parteien als ungesetzlich erklärte. Das System war in dieser Hinsicht dem der Kommunisten in Rußland ähnlich, die nach dem Gewaltstreich im Jahre 1917 dem russischen Volk ein Einparteiensystem aufgezwungen haben und alle abweichenden politischen Meinungen als Verrat bezeichneten.
Indem sie den Parlamentarismus ablehnten, folgten die Nazis dem, was sie das Führerprinzip bezeichneten. Der "Führer" übte höchste Autorität aus. ...
Indem sie die ganze Schuld für den Krieg Deutschland anlasteten und damit der Nazi Partei, den Krieg als einen Angriffskrieg erklärten und Angriff als ein Verbrechen gegen die Menschheit als ungesetzlich erklärten, haben Deutschlands Eroberer die Nazipartei, ihre Gliederungen und die ganzen Millionen von Mitgliedern zu Verbrechern gestempelt. Die Bestrafung, wenn sie, wie in Potsdam festgelegt, auf den Buchstaben genau ausgeführt wird, würde praktisch die Auflösung von Deutschlands Mittel- und Oberschicht bedeuten. ...
Potsdam ordnet an, daß "Naziführer, einflußreiche Naziunterstützer und hohe Beamte von Naziorganisationen und -institutionen … festgenommen und interniert werden" und daß alle Nazis von geringerer Bedeutung "aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie früheren verantwortungsvollen Positionen in privaten Unternehmen entfernt werden sollen." ...
Mit anderen Worten, wir machten uns daran, das Leben und den Ruf von drei Millionen Männern allein in unserer Zone zu ruinieren, weil diese, wie sie es sehen, einen "politischen

Fehler" machten. ...
Aber am wichtigsten war, daß der Zone und ihren Menschen die wirtschaftliche Nutzung vorenthalten wurde, die daraus erwachsen wäre, wenn diesen Männern erlaubt worden wäre, die Arbeit zu tun, die allein sie durch Talent, Training und Erfahrung in der Lage waren auszuführen. Die produktivsten Männer der Zone in Kolonnen zu stecken, wo sie mit Hacke und Schaufel arbeiten mußten und ihre Posten mit Unfähigen zu besetzen, war eine der Hauptursachen, die zu der wirtschaftlichen Lähmung in der Zone beitrugen. ...
Das Nürnberger Tribunal stellte auch verschiedene Naziorganisationen vor Gericht, um festzustellen, ob sie und die Mitglieder kriminell waren oder nicht. Die SS, Gestapo, SD-Elitewache, Geheimpolizei und Sicherheitspolizei - und die höheren Ränge der Naziführung wurden als verbrecherische Organisationen erklärt.
Das bedeutet, daß 400.000 Mitglieder, um freigesprochen zu werden, nachweisen müssen, daß ihr Beitritt erzwungen wurde und sie nichts von der Kriminalität wußten. Die Bestrafung reicht bis zur Todesstrafe. Andererseits wurde die SA - Original Sturmtruppen - von der Verschwörung zu einem Angriffskrieg freigesprochen, und der Generalstab, das Höchste Kommando und die Braunhemden wurden für nicht schuldig befunden. Daher konnte die breite Masse des deutschen Volkes nicht schuldig sein und sollte auch nicht bestraft werden.
Das Entnazifizierungsprogramm im allgemeinen und der Nürnberger Prozeß im besonderen verletzen unsere traditionellen Vorstellungen von Recht; in Wirklichkeit verkörpern sie das kommunistische und nazistische Konzept der Rechtsprechung - die Beseitigung ideologischer Gegner. Wie die wöchentliche *Barron's* sagt:
... bestraft wird einseitig nur der Besiegte. Abgesehen davon, daß sie nicht die gleichen spektakulären Greuel begingen, haben die Russen doch schließlich in Polen das gleiche getan wie die Nazis. Damit hat eine Kombination von verzeihlichen Nazihassern und entschlossenen Sympathisanten, unter Ausnutzung unseres berechtigten Wunsches nach einem neuen internationalen Gesetz, uns einen ... römischen Feiertag beschert. In den Augen der Welt haben wir die kommunistische Ansicht von Justiz übernommen.
Schlimmer noch, wir haben den Kommunisten, deren schlimmste Lehren mit denen der Nazis übereinstimmen, erlaubt, weiter zu predigen und zu agitieren und sogar Eingang in Schlüsselpositionen unserer eigenen Militärregierung zu finden. Als wir ankamen, waren die Deutschen streng antikommunistisch; seither sind sie aus unserer Zone in die russische geflohen, wo sie in der kommunistischen Partei und sogar in der Roten Armee willkommen geheißen werden, in deren Rängen sie eines Tages die Möglichkeit haben mögen, sich an uns zu rächen.
... Das Potsdamer Abkommen, das die "Vernichtung des Hitlerismus" vorsah, war jedoch für den Kreml sehr nützlich, weil es die Basis für die Beseitigung der deutschen "Bourgeoisie" bot und damit die Bühne freimachte, Deutschland endgültig kommunistisch zu machen. Die notwendige Enteignung von Besitz wurde durch die Konfiszierung der Holdings der Nazis, abwesender Flüchtlinge, "Kriegsgewinnler" und anderer Klassen künstlicher Krimineller erreicht.
Wenn jedoch ein nomineller Nazi in der russischen Zone enteignet worden ist, wird ihm die Möglichkeit geboten, sich reinzuwaschen. Wenn er sechs Monate bei Räumungsarbeiten zufriedenstellend gearbeitet hat, wird ihm sein Arbeitsplatz zurückgegeben. Entnazifizierung wird dadurch mit "Aufbau" verbunden. Kleinere Täter wurden vor deutsche Gerichte gebracht, und reuige Nazis werden aufgefordert, in die kommunistische Partei einzutreten.
... Rußland nimmt in seiner Zone die vielen gemeinsamen Punkte zwischen dem eigenen und dem Nazisystem unter Hitler wahr. Manche Deutschen bemerken, daß der "Kommunismus nichts anderes sei, als Nationalsozialismus unter anderem Namen."
Während wir weiterhin auf den Übeln des Nazismus herumhämmern, den wir scheinbar als etwas Einmaliges betrachten, stimmt Rußland, das unser Militärpersonal nicht kritisieren darf,

diese Übel mit dem eigenen System ab und ermöglicht so die gewünschte Umwandlung vom einen in das andere.
Mit der Beseitigung der "Bourgeoisie" in unserer Zone, haben wir in die Hände des Kremls gearbeitet, weil diese Aktion das Haupthindernis zu einer Errichtung der "Diktatur des Proletariats" und einer endgültigen Integration der Zone in die Sowjetunion - den eigenen Vereinten Nationen des Kremls - beseitigt ist. …

Kapitel IV

Der Angriff auf deutsches Kapital

Plünderung

Die Plünderung Deutschlands nach der bedingungslosen Kapitulation, wird in die Geschichte als einer der schändlichsten Akte in moderner Zeit eingehen. Der Umfang spottet jeder Beschreibung und das Ausmaß ist unvorstellbar.
Die alliierten Armeen strömten mit blutunterlaufenen Augen nach Deutschland hinein und mit der aus der Propaganda erwachsenen Überzeugung, daß die Deutschen der menschlichen Rasse nicht mehr angehörten und des gesetzlichen Schutzes und zivilisierter Einrichtungen, wie des Eigentumsrechts und der Sicherheit der Person nicht mehr wert waren. Es wurde nicht als Plünderung angesehen, sondern ganz einfach, als sich etwas vom Eigentum der Deutschen zu nehmen, das diese verwirkt hatten, weil sie Deutsche waren.
Russische Soldaten waren besonders heißhungrig, und ihr Appetit auf Plünderung wurde nur durch die Beschränkung ihres eigenen Rechts, Eigentum zu besitzen, gezügelt. Sachen, die russische Soldaten behalten konnten, wie Armbanduhren, stahlen sie, sobald sie sie sahen, sogar von den Armen der Yankees.
Die schwere Plünderung durch die Russen wurde offiziell, systematisch und gründlich durchgeführt. In jedes Haus und jede Wohnung wurde eingedrungen, durchsucht und alles, was zugleich wertvoll und beweglich war - Juwelen, Silber, Kunstwerke, Kleidung, Haushaltsgegenstände, Geld, wurde mitgenommen.
Sie durchwühlten Warenhäuser, Geschäfte und Lagerhäuser. Von den Farmen wurden Tiere, Maschinen, Vorräte an Samen, Futter, Wein und Vorräte an Nahrungsmitteln mitgenommen. Telefone wurden aus den Wohnungen entfernt, Telefon- und Telegrafenleitungen sowie Einrichtungen wurden abmontiert. Autos, Motortrucks, sogar Feuerwehrwagen wurden beschlagnahmt. Alles, was nicht festgenagelt war, wurde mitgenommen. Weil der Lebensstandard der Deutschen auf den europäischen Durchschnitt heruntergebracht werden mußte.
Die russischen Besatzungsarmeen, in der Größe gleich der der gesamten Besatzungskräfte der Westmächte, leben auf Kosten des Landes und bezahlen für Requisitionen mit Papier-Besatzungsmark. Maßlos übertriebene Besatzungskosten dienen dem Kreml als wirkungsvolles Mittel, das Territorium auszubeuten. Die Belastungen in der sowjetischen Zone Österreichs sind relativ größer als diejenigen, die die Deutschen in Frankreich, Belgien. Holland, Griechenland und anderswo auferlegten. Und das, trotz des Versprechens, Österreich den "Befreiten Status" zuzuerkennen.
Alle Alliierten haben ungeheure Mengen an Militärgeld herausgegeben, das die Deutschen gezwungen sind, als "Zahlungsmittel" anzunehmen. Vorsichtig geschätzt, haben sie insgesamt zwischen 15 und 20 Milliarden Besatzungsgeld in das Land gepumpt gegenüber einer normalen Währungszirkulation zwischen 7 und 9 Milliarden. Das bedeutet, daß sich die vier Mächte zwischen 2 und 4 Milliarden Dollar an deutschem Besitz angeeignet haben als Gegenwert für das Drucken von Geld, das als Zahlungsmittel ausgegeben wurde.
So übergewichtig, wie die amerikanischen Kräfte in den Armeen waren, die gegen den Westen und Süden Deutschlands kämpften, so war die Übergewichtigkeit der plündernden Amerikaner. Der Auslandskorrespondent der *Chicago Daily News*, der der 3. US Armee zugeteilt war, schrieb im Mai 1945, als Deutschland sich ergab:
"Ich war überrascht über die nachlässige Art und Weise, in der das geplünderte Gut behandelt

wurde und große Bestände an Nahrungsmitteln den rücksichtslos einfallenden Plünderern überlassen wurden."
Einige Tage später telegrafierte er:
"Von komplizierten Zeiss-Objektiven über Butter und Käse bis zu teuren Autos im Wert von Millionen von Dollar wird alles vernichtet, weil die Armee kein System für die Bergung wertvollen Feindmaterials ausgearbeitet hat.
Was Besitztum des Feindes angeht, sind die Fronttruppen rauh und zu allem bereit. Natürlich nehmen sie alles, was sie finden können, wenn es interessant aussieht, und, weil sie in den Frontlinien sind, sagt niemand etwas. Es gibt keine MPs in den Frontlinien."
Aber was die Truppen an der Front nehmen, ist nichts im Vergleich zu dem Schaden, der durch den mutwilligen Vandalismus einiger der folgenden Truppen angerichtet wird.
Weiter: "Sie scheinen alles zu ruinieren, eingeschlossen die einfachsten persönlichen Gegenstände der Leute, in deren Häuser sie eingewiesen sind.
Heute hatten wir zwei weitere Beispiele dieser Art, die Tränen in die Augen eines jeden bringen würden, der materielle Werte zu schätzen weiß.
Zunächst fand ich zwei Güterwagen mit wunderbaren Zeiss-Entfernungsmessern und Tausende von seltenen Linsen im Wert von grob gerechnet vielleicht $ 1.000.000.
Die meisten Sachen, die wir hier sahen - viele über die Gleise verstreut - waren nicht zu schätzen, und Werte in Tausenden von Dollar wurden verstreut, als die GIs die Güterwagen nach Ferngläsern und anderen Gegenständen durchkämmten, von denen man annahm, daß sie leicht zu verkaufen sein würden. Jeder mit auch nur einer Ahnung von Präzisionsinstrumenten, würde sich die Augen ausgeweint haben, Instrumente im Wert von $ 500 bis $ 1.000 einfach als Plunder herumgestreut liegen zu sehen.
Später besuchte ich ein Lagerhaus, das voll war von Textilien, und es sah aus wie ein Schweinestall."
In einem Fall führte die Plünderung zu Festnahmen und Prozessen. Ein WAC Hauptmann und ein Oberst waren in Amerika festgenommen und in Frankfurt, Deutschland, vor ein Gericht gestellt worden, weil sie Juwelen, zumeist vom Hause Hessen, aus einem Schloß mitgenommen hatten, das Prinzessin Margarete von Hessen, einer Enkelin Königin Victorias, gehörte. Die Verteidiger bei den Prozessen machten das Ausmaß der Plünderung, die durchgeführt worden war klar sowie die Philosophie, die dahinterstand. Ein Bericht über die Szene liest sich wie folgt:
"Die Prinzessin schnitt gut ab gegen die Behauptung der Verteidiger, daß die Eigentümer der Juwelen nur ein Haufen von Nazis seien und der Verlust ein Unglück des Krieges sei und nicht unter Hunderten von Diebstählen an Deutschen seitens amerikanischer Armeeangehöriger für eine strafrechtliche Verfolgung ausgenommen werden sollte."
Es ist in der Tat nicht wahrscheinlich, das dieser Fall vor Gericht gekommen wäre, wenn die Eigentümer nicht solch beeindruckende Verbindungen gehabt hätten. Es ist bestens bekannt, daß wir aus deutschen Museen ca. 200 Meisterstücke mitgenommen haben in der Absicht, sie zu behalten. Die Empörung der Öffentlichkeit war so stark, daß Präsident Truman sich veranlaßt sah, schnellste Rückgabe zu versprechen; aber niemand wurde angeklagt oder festgenommen.
Der amerikanische Kommandant der Militärpolizei, Oberstleutnant Gerald F. Beane, dessen Aufgabe es ist, sich um Verbrechen zu kümmern, die durch unsere Soldaten begangen wurden, sagt in einem offiziellen Bericht, der Ende 1945 in Berlin veröffentlicht wurde, über die Natur und das Ausmaß von Kriminalität in unserer Besatzungsarmee, daß die am meisten von unseren Soldaten begangenen Verbrechen Diebstahl und Raub seien.
Eine führende Tageszeitung kommentiert:
Was die Verbrechen bezüglich Eigentum betrifft, ist die Erklärung ziemlich eindeutig. Während des Krieges wurden keine wirksamen Schritte unternommen, Plünderungen durch die

eindringenden Armeen zu verhindern. Dieses Verbrechen wurde sowohl von Offizieren, als auch von einfachen Soldaten begangen, die zum großen Teil unbestraft blieben. Es wurde unter solchen Euphemismen wie Erinnerungen sammeln toleriert. Die Gewohnheit zu stehlen, einmal angenommen, ist schwer abzulegen. Der Fehler liegt natürlich beim Oberkommando, das den Mißstand erlaubte. ...

Der größte Teil dieser Art Plünderung hörte während des ersten Besatzungsjahres auf, danach wurden die Methoden raffinierter und indirekter. Ende 1946 wurden die GIs aufgefordert, deutschem Besitz zu kaufen, der zu der Zeit für fast nichts zu haben war, aber später großen Wert haben konnte. ...

Aber die Art der eben geschilderten Plünderung, obwohl sie einen Wert von Hunderten von Millionen hat und durch die den deutschen Menschen Erleichterungen und Notwendigkeiten gestohlen wurden, die sie während der schrecklichen Zeit, durch die sie hindurch müssen, so dringend brauchten, ist jedoch nur geringfügiger Diebstahl im Vergleich zu dem gigantischen Programm industrieller Plünderung, das in Potsdam beschlossen wurde.

Wirtschaftlicher Kannibalismus

Potsdam verfügt, daß eine zukünftige deutsche Produktion durch den Alliierten Kontrollrat so begrenzt werden soll, daß der durchschnittliche deutsche Lebensstandard den durchschnittlichen Lebensstandard anderer europäischer Länder nicht übersteigt, ausgenommen Britannien und Rußland, und daß die "Produktionskapazität, die nicht für die erlaubte Produktion benötigt wird" von den Eroberern als Beute genommen oder zerstört werden soll. Die am Boden liegende deutsche Wirtschaft muß ausgeblutet werden, ein Projekt, das passend "wirtschaftlicher Kannibalismus" genannt wird. ...

Tatsächlich sind deutsche Wissenschaftler eine hochgeschätzte Form von Kriegsbeute geworden. Rußland, das als erstes ihren Wert erkannte, konnte das Verlangen nicht unterdrücken, so viele wie möglich zu ergattern. Britannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten folgten schnell seinem Beispiel und nahmen mit bemerkenswertem Erfolg an dem Wettkampf teil. Als wir uns bei der Übergabe an die Russen aus dem Teil der jetzt westlichen russischen Zone zurückzogen, war es uns sogar möglich, eine große Anzahl zu entführen.

Zunächst galt unser Interesse nur Experten, die an Kriegsentwicklungen gearbeitet hatten, insbesondere Atomspaltung und Geheimwaffen. Andere in unserer Zone, eingeschlossen eine Anzahl solcher, die vor den Roten Armeen geflohen waren, waren ins Gefängnis gesperrt worden. ...

Mr. Morgenthau verlangte die industrielle Plünderung Deutschlands und schlug vor, daß, anstatt den Fehler nach dem letzten Krieg zu wiederholen, als "Reparationen in Form von zukünftigen Zahlungen und Lieferungen verlangt wurde, die Produktion und Ausfuhr erforderten, diesmal:

... Reparationen durch die Auslieferung vorhandener Ressourcen und Gebiete, z.B. durch Übertragung deutscher Gebiete und deutscher Privatrechte an industriellem Besitz in solchen Gebieten an Länder, in die eingedrungen wurde durch Abtransport und Aufteilung von industriellen Werken und Ausstattung unter verwüstete Länder ... und durch deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands und Konfiszierung aller deutschen Vermögenswerte jeglicher Art außerhalb Deutschlands verlangt werden sollen. ...

In Jalta übernahm Rußland die Führung bei den Forderungen, daß deutsche Reparationen auf 20 Milliarden Dollar festgesetzt werden sollten, von denen es die Hälfte bekommen sollte. ...

In Jalta erhielt Rußland den Löwenanteil der Reparationen. Es sollte alles aus seiner eigenen Zone plus 25 Prozent aus den anderen Zonen erhalten. ...

In der Zwischenzeit wurden seit April Reparationstransporte aus den Westzonen durchgeführt. Der erste Transport waren sechs Schiffsladungen mit Vermögenswerten der Deschimag Werft, Deutschlands größter, bald gefolgt von 20 Wagenladungen von Maschinen und Werkzeugen im Werte von $ 5.000.000, die die Hälfte der Vermögenswerte des Landes an Kugel-

lagerfabriken darstellten. Andere frühere Transporte schlossen die Gendorf-Einheit der Anorganischen Chemischen Werke im Wert von $ 10.000.000 und die ungeheure Daimler-Benz Flugzeugmotoren Fabrik in der Nähe von Oberingheim ein.
Dem Reparationsausschußmitglied Edwin W. Pauley zufolge, hatte die U.S.-Zone bis Mai 140 Fabriken zum Abtransport nach Rußland vorgesehen, von denen 35 oder 40 tatsächlich abtransportiert wurden, bevor wir plötzlich weitere Transporte aus dem Grunde stoppten, daß wir die wirtschaftlichen Interessen in unserer Zone schützen müßten, bis eine Einheit der interzonalen Wirtschaft erreicht sei, die im Einklang mit Potsdam stand. ...
Was auch immer die Gründe waren, wir stoppten weitere Reparationstransporte aus unserer Zone. Und dann brach der Sturm los.
Rußland kehrte anscheinend seine ganze Haltung Deutschland gegenüber um. Im Juni erklärte Molotow, daß es lächerlich sei, Deutschland zu zerstören und verlangte ein starkes, zentralisiertes und wirtschaftlich ausgeglichenes Reich mit Ruhr und Saar angegliedert und wünschte eine höhere Stahl- und Kohleproduktion als die, der Rußland bis dahin zugestimmt hatte, indem er sagte, "Dem Reich muß mehr Stahl, größere Industrie und Außenhandel erlaubt werden," und fügte hinzu, "Die sowjetische Regierung besteht darauf, daß die Reparationen von Deutschland im Wert von 10 Milliarden Dollar auf jeden Fall verlangt werden müssen."
Seine Absicht war klar: Rußland wünschte jetzt ein starkes Deutschland, von dem große Reparationszahlungen verlangt wurden, die so schwer waren, daß eine Sozialisierung unumgänglich war, mit nachfolgendem Anschluß an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.
Inzwischen räumte Rußland seine Zone bis auf die Knochen aus und wies darauf hin, daß dies notwendig sei, um eine ständige Flut von Reparationen in die Sowjetunion zu gewährleisten. Viele von Deutschlands größten Herstellern von Gütern für die Zivilbevölkerung wurden abgebaut und nach Osten transportiert.
Darunter waren die beiden größten Schuhhersteller (Lingel und Tack), die größten Zuckerraffinerien in der großen Zuckerrüben-Region, die größten Kornverarbeitungsfirmen in Europa in Barby bei Magdeburg, die große Bemberg Seidenfabrik, die vor dem Krieg berühmt war für ihre Strümpfe und Unterwäsche, und die Zeiss Optikwerke in Jena. Alle zweitrangigen Zuglinien wurden abgerissen und alle elektrischen Lokomotiven aus der Zone entfernt.
Aber viele der konfiszierten Fabriken wurden in Deutschland belassen, wo sie von Deutschen für die Russen betrieben wurden. Es stellte russische oder kommunistische Vormänner ein und setzte Russen oder Kommunisten in die Direktionsvorstände. Auf diese Weise erhielten sie vollständiges Eigentum und Kontrolle über 200 deutsche Schlüsselindustrien, die den wirklichen wirtschaftlichen Reichtum darstellten und beschäftigten 1.300.000 Arbeiter - ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung der Zone.
Beispiele für die beschlagnahmten Firmen schließen die ganze I.G. Farben Industrie in Sachsen ein mit den berühmten Leuna Chemische Werke in Merseburg, Bitterfeld und Wollin, die wichtigen einzigen Kupferwerke, die Mansfield Co. in Sachsen, die Maschinenwerke von Krupp-Gruson in Magdeburg, die Brabag Brown und Gasolin Co., nahe Gera in Thüringen, die Polysius Maschinenwerke in Dessau und viele der wichtigsten Eisenerzwerke, Werkzeugmaschinen Fabriken, Kohlebergwerke, Pottasche Werke und Elektrofirmen.
Amerika protestierte nicht gegen Rußland, bis es erfuhr, daß zwei Einrichtungen, die den amerikanischen Konzernen United Shoe Maschinery Co. und die Corn Products Refining Co. gehörten, ebenfalls beschlagnahmt worden waren. ... Es ist jedoch bekannt, daß Rußland zahlreiche Entschuldigungen erfunden hat, seine Beschlagnahmungen rechtlich zu begründen, darunter die Behauptung, daß Fabriken mit internationalem Hintergrund aufgegebenes Eigentum darstellen und die Eigentümer, von denen die meisten geflohen seien, Kriegsgewinnler gewesen seien. ...
Bekannt als "Replacement Program" ("Austauschprogramm"), ist die Kampagne eng mit dem

"Safe Haven" Programm verbunden, das eine erzwungene Ausschaltung des gesamten deutschen ausländischen Kapitals vorsieht.
Die folgenden Auszüge aus der Aussage des Stellvertretenden Außenministers William L. Clayton vor dem "Kilgore Komitee" des U.S. Senats am 25. Juni 1945, erzählt die Geschichte:
Die Regierung beschloß bald, daß es deutschen Unternehmen nicht erlaubt werden könne, ... in dieser Hemisphäre zu überleben. Das Ersatzprogramm wurde als Mittel für die Ausschaltung deutscher Unternehmen und deutscher Interessen entwickelt.
Die Geschäfte von Personen, die gegen die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit oder Sicherheit der amerikanischen Republiken handeln, "sollen Gegenstand von Übertragung oder völliger Liquidation" werden. Deutschem wirtschaftlichen oder politischen Einfluß in dieser Hemisphäre ist zum größten Teil ein Schlag versetzt worden, von dem es sich wahrscheinlich nicht wieder erholen wird. ...

Kapitel VI

Das Volk hungert

Angesichts all dessen, was sich in Deutschland ereignet hat, ist es kaum ein Wunder, daß die Menschen überwältigt sind von dem extremen Mangel an grundsätzlichen Notwendigkeiten, insbesondere von Nahrungsmitteln.
Monate, nachdem der Krieg zu Ende war und die Eroberer vollständige Kontrolle über die deutsche Regierung übernommen hatten und darum für das deutsche Volk und seine Zukunft verantwortlich waren, sagte der Bischof von Chichester, indem er einen bekannten deutschen Pastor zitierte:
Tausende von Leichen hängen in den Bäumen in den Wäldern rund um Berlin und niemand kümmert sich darum, sie abzuschneiden ... Tausende von Leichen werden von der Oder und Elbe in die See geschwemmt - man nimmt es nicht mehr länger wahr. Tausende um Tausende verhungern auf den Straßen. ... Kinder wandern allein auf den Autobahnen herum, ihre Eltern erschossen, tot, verschwunden.
Trotz der Bedingungen, kämpfen die Deutschen tapfer um ihre Existenz. Nach einer fünfwöchigen Tour durch Europa, einschließlich Deutschland, erzählte Malcolm Muir, Verleger der *Business Week* dem Union Leage Club von Chikago:
Die Deutschen versuchen auf jede Weise, sich selbst zu helfen. Es ist nichts besonderes, eine Milchkuh vor einen Pflug gespannt, eine Frau die Kuh führen und einen kleinen Jungen den Pflug lenken zu sehen.
Was an Erntemaschinen übrig geblieben ist, ist meist klein, alt und abgenutzt, oft unbrauchbar, weil Teile fehlen. Die Zugarbeit wird von Tieren oder Männern geleistet. Wo immer möglich, werden Ochsen benutzt, und es ist üblich, ein Pferd und eine Kuh zusammenzuspannen. Es ist nichts besonderes, einen mit Stroh beladenen Wagen sich auf der Straße vorwärts bewegen zu sehen mit einem oder zwei alten Männern, die ziehen und einer Schar Frauen und Kinder, die schieben.
Ein Beobachter schreibt:
Das Elend der Deutschen wird durch Szenen auf den Stoppelfeldern verkörpert, die von den Besitzern vollständig nachgelesen werden. Man kann alte und junge Dorfbewohner, Frauen und Kinder sehen, die ein Korn nach dem anderen auflesen, um es in einem Sack von der Größe einer Einkaufstasche einer Hausfrau nach Hause zu tragen. ...
Diese Fakten zeigen, was hinter den abscheulichen Rationen stand, die der deutschen Bevölkerung von den Eroberern aufgezwungen werden. In der amerikanischen Zone, in der das Niveau dauernd höher als in anderen Zonen war, bewegte sich die Grundration seit dem V-E Day zwischen 1.550 und 1.180 Kalorien pro Person pro Tag. ...
Die größte Hungerkatastrophe der letzten Jahrhunderte steht uns in Zentraleuropa bevor. Unsere Regierung läßt unsere Militärregierung mit den versprochenen Lebensmittellieferungen

im Stich, dabei war das, um was die Generäle Clay, Draper und Hester ersuchten, nur das absolute Minimum für das Überleben der Menschen. Wir werden gezwungen sein, die Rationen von 1.550 weiter auf 1.000 oder weniger Kalorien zu reduzieren ...
Die Briten und wir werden in den Aufzeichnungen als diejenigen aufgeführt sein, die die Deutschen verhungern ließen. ... Abgesehen von der Unmenschlichkeit, die hierbei im Spiel ist, ist es sagenhaft dumm, eine solche Vorstellung von unglaublichem Schlammassel vor den Augen der Welt zu geben. ...
Nach seiner Rückkehr aus Deutschland, sagte Dr. Lawrence Meyer, Erster Sekretär der Lutherischen Kirche der Missouri Synode, am 13. Januar 1946:
Deutschland ist buchstäblich voll von Kindern. Millionen dieser Kinder werden sterben, bevor es genug zu essen gibt. In einem Kinderkrankenhaus in Frankfurt, wurden 25 von 100 Kindern ausgesucht, die ernährt und am Leben gehalten werden. Es ist besser, 25 genug zu essen zu geben und sie am Leben zu erhalten und 75 sterben zu lassen, als 100 für kurze Zeit zu ernähren und sie dann alle verhungern zu lassen.
Dorothy Thompson berichtete:
Im August 1945 waren von 2.866 in Berlin geborenen Kindern, 1.148 tot, und es war Sommer und die Ernährung besser als jetzt. ... Aus Wien berichtet eine zuverlässige Quelle, daß ... die Kindersterblichkeit sich 100 Prozent nähert.
Edd Johnson von *P. M.* schrieb am 3. Oktober 1945 aus Berlin:
Die Kindersterblichkeitsrate ist heute 16 mal größer als im Jahre 1943 … Es wird eine eindeutige Eliminierung einer ganzen Altersgruppe stattfinden. Die meisten Kinder unter 10 und Menschen über 60 können den kommenden Winter nicht überleben.
... Armeegeneral Dwight D. Eisenhower machte im November 1945 ernstlich darauf aufmerksam, daß, wenn unser militärischer Sieg von weitreichender Bedeutung sein soll, die Vereinigten Staaten und andere Nationen, "den vom Krieg verwüsteten Ländern wieder auf die Füße helfen müssen," und fügte hinzu:
Wenn diese bittere Situation nicht so schrecklich werden soll, daß ich mich fragen muß, ob es wirklich wert war, gegen die Nazis zu den Waffen zu greifen, müssen wir in den Vereinigten Staaten bereit sein, eine schwere Verantwortung auf uns zu nehmen.
Nachdem die Generäle Joseph T. McNarney und Lucius Clay am 13. April 1946 Herbert Hoover, der den Vorsitz in Präsident Trumans Kommission zur Erforschung der Hungersnot hatte, einen schlimmen Bericht über die Ernährungssituation in Deutschland gegeben hatten, sagten sie in einer förmlichen Darstellung:
Politische Stabilität kann sich nicht unter Bedingungen entwickeln, die politische Teilnahmslosigkeit verursachen. Politische Teilnahmslosigkeit kann nicht in einer Bevölkerung überwunden werden, die ihre ganzen Anstrengungen auf der Suche nach Nahrungsmitteln erschöpft. Politische Stabilität in Deutschland ist eng verbunden mit der politischen Stabilität im übrigen Europa.
Deutsche Transporteinrichtungen werden benötigt, um Hilfsgüter und Exporte durch ganz Europa zu transportieren. Deutsche Arbeiter sind nötig, zur Verfügung stehende Transporteinrichtungen zu bedienen. Deutsche Kohle ist lebenswichtig für Europa. Deutsche Pottasche, Salz, Holz, Ersatzteile und andere Produkte werden in ganz Europa gebraucht.

Beweise dafür, daß die deutsche Hungersnot beabsichtigt ist

Senator Homer E. Capehart von Indiana, sagte am 5. Februar 1946 in einer Rede vor dem Senat der Vereinigten Staaten folgendes (Auszug):
Die Tatsache kann nicht länger unterdrückt werden, nämlich, die Tatsache, daß es die beabsichtigte Politik einer geheimen und verschwörerischen Clique innerhalb der die Politik bestimmenden Kreise dieser Regierung ist, eine Nation zu hängen und zu vierteilen, die jetzt einem fürchterlichen Elend ausgesetzt ist.
In diesem Prozeß verhält sich diese Clique wie ein Rudel Hyänen, das sich um die blutigen

Eingeweide einer Leiche streitet und, erfüllt von einem sadistischen und fanatischen Haß, entschlossen ist, die deutsche Nation und das deutsche Volk, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, zu vernichten. ..."
... Die erste Frage war und ist immer der Humanitätsgedanke. Diese boshafte Clique innerhalb dieser Regierung, die für die Politik und Praxis, die aus Zentraleuropa ein Irrenhaus gemacht haben, verantwortlich ist, hat nicht nur unsere amerikanischen Prinzipien verraten, sondern auch die GIs, die gelitten haben und gestorben sind und sie fährt fort, die amerikanischen GIs zu verraten, die ihre schmutzige Arbeit weiter fortführen müssen.
Die zweite Frage, um die es geht, ist die Wirkung, die diese Tragödie in Deutschland bereits auf die anderen europäischen Länder gehabt hat. Diejenigen, die für diese beabsichtigte Zerstörung des deutschen Staates und das verbrecherische Massenverhungern des deutschen Volkes verantwortlich sind, waren in ihrem blinden Haß so fanatisch, daß alle anderen Interessen und Bedenken dieser einen Besessenheit von Rache untergeordnet wurden.
Um ihr Ziel zu erreichen, war es gleichgültig, ob die befreiten Länder in Europa litten und verhungerten. Diese Clique von Verschwörern hat sich einer Aufgabe gewidmet: "Deutschland muß zerstört werden. Was in dem Prozeß mit den anderen Ländern Europas geschieht, ist zweitrangig." ...

Kapitel IX

Das Programm des Kremls

Imperialistische Ausweitung und Weltrevolution

Um Rußlands Absicht, Deutschland zu kontrollieren, zu begreifen, ist es zunächst notwendig, die allgemeinen Ziele und Ideen der Sowjetunion zu verstehen. Das Fehlen einer solchen Kenntnis ist hauptsächlich daran schuld, das unsere Führung unsere Beziehung zu Moskau so verpfuscht hat.
Das in Bewegung befindliche, aggressive Sowjet-Rußland, stellt eine Mischung des territorialen Ehrgeizes des alten russischen Imperialismus und des kommunistischen Programms einer Weltrevolution dar. Ersteres fährt, wie zuvor, mit militärischer Macht und der Anziehungskraft des Pan-Slawismus fort, zu dem nun die Kraft des Weltkommunismus hinzugekommen ist. Letzterer, wie immer, motiviert durch den kreuzzugähnlichen Drang ideologischen Fanatismus, wird durch den expansionistischen Imperialismus an seiner Basis, Sowjet-Rußland, vorangetrieben. Indem sie sich gegenseitig unterstützen, stehen sie der Welt als bedrohliche Macht gegenüber.
Russische imperialistische Ausweitung, jetzt wie in vergangenen Jahren, bedroht britische Handelsrouten, strategische Ölreserven und wirtschaftliche Möglichkeiten.
Russische Versuche, durch den Iran bis zum Persischen Golf vorzustoßen und durch die Dardanellen und Triest zum Mittelmeer, sind nicht tolerierbare Bedrohungen ihrer Verbindung nach Indien.
Ebenso schädlich wirkt sich die wirkliche und mögliche Erweiterung der Sowjetunion selbst aus, weil, wo auch immer sie sich ausdehnt, sich die Tür zu internationalem Handel und finanziellen Operationen schließt, durch die Britannien gedeiht und ohne die es verhungert. Durch die Kraft des Weltkommunismus, bedroht die UdSSR - die bereits die östliche Hälfte von Europa und wichtige Teile Asiens in ihre Einflußsphäre gebracht hat - andere Sektoren auf dem ganzen Erdball - in Asien, Afrika und Westeuropa, und sogar Amerika.
Und weil wir an unsere eigenen lebenswichtigen Interessen ebenso glauben wie die Briten an ihre, ist unsere Reaktion ähnlich der der Briten, und wir arbeiten eng zusammen.
Der Weltkommunismus malt den Kapitalismus als ein diabolisches Ausbeutungssystem, in welchem die besitzenden Klassen die Arbeiter durch das Lohnsystem ausbeuten. In Übereinstimmung mit dem Marxschen dialektischen Materialismus und den Wirtschaftslehren, glauben viele Kommunisten und Sozialisten, daß Kapitalismus an vorgezeichneten, konvulsiven Schüben von Wirtschaftskrisen, Kriegen und Katastrophen stirbt, daß das Ende der kapitali-

stischen Welt kurz bevorsteht und von einer Neuen Weltordnung des Sozialismus abgelöst wird.
Die Kommunisten sehen es als ihre Mission an, den Prozeß des kapitalistischen Zerfalls und den Beginn des sozialistischen Jahrtausends mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu beschleunigen. Indem sie der Philosophie folgt, daß, wo die Macht ist, auch das Recht ist und daß das Ende die Mittel rechtfertigt, ist alles was sie tun, sogar in der Verkleidung von "Reform," dazu kalkuliert, den revolutionären Untergang des Privatbesitzes und des Lohnsystems zu beschleunigen! Kommunisten haben das Ziel, die Revolution anzuführen, die neue sozialistische Weltordnung zu kommandieren und die Führung der "Diktatur des Proletariats" zu übernehmen, durch das sie regiert werden soll.
Das Hauptinstrument zur Durchführung dieser Mission ist die kommunistische Partei mit Zweigstellen in allen Ländern, und ihr Hauptquartier ist jetzt in Moskau. Es ist jedoch keine politische Partei im üblichen Sinn.
Sie ist nicht gedacht, Stimmen zu sammeln, um durch legale Mittel an die Macht zu kommen, sondern sie ist ein durchtrainierter hochdisziplinierter Militärstab und die Führungsspitze der revolutionären Massen, Macht durch Gewalt an sich zu reißen und sie durch eine Schreckensherrschaft zu halten, "unbegrenzte Macht, die auf Gewalt beruht und nicht auf dem Gesetz." Mit den Worten Lenins, wie von Stalin zitiert:
Der erfolgreiche Sieg über den Kapitalismus erfordert eine genaue Beziehung zwischen der kommunistischen Partei und der revolutionären Klasse, dem Proletariat einerseits, und den Massen, d.h. denjenigen, die sich plagen und ausgenutzt werden, andererseits. Nur die kommunistische Partei ist eine solche Partei, fähig, das Proletariat in dem letzten Kampf gegen die Kräfte des Kapitalismus' zu führen.
Die bekehrende Kraft der Partei besteht hauptsächlich durch die Unzufriedenheit der Massen mit der existierenden Ordnung, der der Kommunismus den ganzen Verdruß und die Mühe des Lebens zuschreibt. Die Partei zieht jeden Vorteil aus den vielen zugegebenen Fehlern des gegenwärtigen Systems, die zum großen Teil in der menschlichen Natur selbst begründet sind und in jeder Einrichtung enthalten sein würden. Sie gedeiht aus dem Versagen klassischer Wirtschaftspolitik, um Geschäftskrisen zu erklären oder zu verteidigen; der Unzulänglichkeit und Verzerrung orthodoxer Geschichte; dem Versagen der Kirche und ihrer Führung, die großen Themen unserer Zeit zu erkennen und ihnen gegenüberzutreten. ...
Das erste Land, das vom Kommunismus erobert wurde, war Rußland, das seit der bolschewistischen Oktober-Revolution im Jahre 1917, eine mächtige nationale Basis für internationale kommunistische Operationen bildete. Es werden nun starke Bemühungen gemacht den Eindruck zu erwecken, als sei der Internationale Kommunismus aufgelöst, daß nicht mehr länger eine Verbindung zwischen Rußland und kommunistischen Parteien in anderen Ländern besteht. ...
Rußlands Heuchelei während des Krieges, es hätte die Revolution sowohl zu Hause als auch außerhalb aufgegeben, geschah nur, um die unschlüssigen Alliierten zu der Zeit zu täuschen, ... das endgültige Ziel der Zerstörung von Privatbesitz in der ganzen Welt zu erreichen. In einer Rede an das russische Volk am 9. Februar 1946 machte Stalin klar, daß der Kreml die Sowjetunion als seine eigenen Vereinten Nationen betrachte, die sie in der ganzen Welt verbreiten wolle, angeblich um Kriege und andere Schwierigkeiten unter den Nationen zu beenden. ...

Das deutsche Programm

Kommunisten glauben, daß der Faschismus das Endstadium des Kapitalismus ist, daß, wenn dieser fällt, er nur vom Kommunismus gefolgt sein kann. ... Sie glauben, daß Deutschland eine natürliche Metamorphose vom Nazismus zum Kommunismus durchlaufen muß und daß, wenn sie bei diesem Prozeß helfen, sie im Einklang mit dem unausweichlichen Verlauf der Geschichte handeln.

Walter Ulbricht, dessen Frau Sekretärin Marshall Schukows war und sich zwischen 1933 und dem V-E Day in Rußland befand, sagte vor einem Geheimtreffen eines 45 Mann starken Vorstandes der "Freien deutschen Handelsgewerkschaften" für die Sowjetzone:
"Wenn die Arbeit der Kommunisierung der Sowjetzone beendet ist, werden wir uns den anderen Zonen widmen. ..."
Kommunismus ist im Grunde ein Angriff auf Privatbesitz und die besitzende Klasse. In der russischen Zone wurde der Prozeß, die Deutschen ihres Besitzes zu berauben, durch Zerstörung bei Kriegsereignissen, Plünderung, Reparationen, Inflation, Konfiszierung und erzwungene Verkäufe erreicht. Inzwischen wurde die Liquidation der besitzenden Klassen durch Entnazifizierung, Zwangsarbeit, Hinrichtungen und Terror vervollständigt, was Tausende zum Selbstmord brachte und weitere Tausende zu Flüchtlingen machte, wodurch sie ihrer Besitztümer verlustig gingen. ...
Der Weg für die endliche Kommunisierung der westlichen Gebiete wird gewissenhaft von Kommunisten in den westlichen Besatzungszonen vorbereitet, von denen viele ihren Weg in wichtige Posten sowohl in den Besatzungsbürokratien als auch in den örtlichen Regierungs-Establishments gemacht haben, die eingerichtet wurden, um unter den wachsamen Augen der Militärkräfte von Deutschen geführt zu werden. Eine solche kommunistische Unterwanderung wurde in den Potsdamer Erklärungen durch Entindustrialisierung, Entnazifizierung, Versklavung, Unterdrückung, durch die ganze schreckliche Katastrophe automatisch gefördert. ...

Der Westen wacht auf

Der Westen brauchte lange, um festzustellen, daß der russische Alliierte überhaupt kein Alliierter ist, sondern ein entschlossener Gegner, daß hinter jeder Bewegung des Kremls ein finsteres, gefährliches Motiv steckt. Unsere eigenen Führer standen schon längst unter dem Einfluß von Mr. Roosevelts "Großem Entwurf," der Strategie, die sowjetischen Führer von ihrem Argwohn, der Feindseligkeit und dem Haß gegenüber dem Westen zu heilen, indem er sie mit Gefälligkeiten und Freundlichkeiten überschüttete. ...
Wir unterzeichneten die Potsdamer Erklärung, ohne diese zu verdächtigen, eine versteckte russische Bombe zu sein, daß ihre ungenauen, widersprüchlichen, nicht definierten Bestimmungen und Formulierungen sich nur auf die durch menschliches Elend gedeihende Sowjetunion beziehen und nur ihr Vorteile bringen könnte. ...
Wir hatten unsere Zusammenstöße mit Rußland sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands, erhielten Ohrfeigen und Demütigungen, wie Amerikaner sie sich nie zuvor haben gefallen lassen. Wir ließen es geschehen, daß unsere Telefonleitungen, die durch die russische Zone in unsere Zone in Berlin laufen, angezapft wurden.
Wir haben uns sogar damit abgefunden, daß die Russen es ablehnten, unsere Zone in Berlin mit frischen Nahrungsmitteln zu versorgen. Wir haben uns gefügt, als die Russen es ablehnten, daß wir unsere einspurige Eisenbahn nach Berlin in eine Doppelspur ausbauten. Wir hatten ernstliche Konflikte bezüglich Zeitungszensur, Kontrolle über Radioanschlüsse und Programme, Schulen und Lehrpläne und einer Vielzahl von sowohl wichtigen als auch trivialen Dingen und ertrugen alles mit einem freundlichen Lächeln, als wir uns den sowjetischen Forderungen fügen mußten.
Schließlich stellten wir jedoch fest, daß ein solches Verhalten den Russen nur als Schwäche erschien und wurden dem bedrohlichen Charakter der sowjetischen Absichten gegenüber wach. Wir fingen sanft an, aber mit zunehmender Entschlossenheit nahmen wir eine festere Haltung ein und verlangten, daß unseren eigenen Interessen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Unsere Desillusion war vollkommen, als Mr. Molotow in Paris schließlich sein wahres Gesicht zeigte. Seitdem versuchen wir immer noch, wieder zu Verstand zu kommen. Wir können nur hoffen, daß wir noch gerade zur rechten Zeit aufgewacht sind, um den Kreml davon abzuhalten, das Deutsche Reich zu schlucken. ...

Kapitel X

Wir hätten es besser wissen müssen

Zusätzlich zu all dem, wie Dorothy Thompson es gut ausgedrückt hat: "Mr. Morgenthaus phantastisches Konzept war die Grundlage der 'Prinzipien' für das Potsdamer Programm, das direkt in die Hände der Sowjets spielte."

Mit anderen Worten, der Morgenthau-Plan war maßgerecht für den Kreml gemacht.

Als wir nach Jalta, Rußland, mit einem sogenannten Friedensplan kamen, der Rache und Zerstörung eines Handelskonkurrenten verlangte, sah es die Gelegenheit, ergriff sie und verwandelte das ganze Programm zu seinem Vorteil und auf unsere Kosten.

... Mr. Baruch gibt offen zu, daß es sein Ziel ist, Deutschland als Handelskonkurrenten auszuschalten; Mr. Morgenthaus Programm enthält stillschweigend die gleiche Zielsetzung. Die Menschen waren entsetzt, wenn erzählt wurde, daß der ältere Rockefeller die Raffinerien von Konkurrenten niederbrannte, wenn er sie nicht auf andere Weise zerstören konnte. Um wieviel abscheulicher sind diese Absichten, die Wirtschaft einer ganzen Nation aus ähnlichen Gründen zu zerstören!

Da der Eine-Welt-These zufolge Wohlstand "von allen geteilt werden muß, wenn sich überhaupt jemand daran erfreuen soll", würde der Morgenthau-Baruch-Plan nicht nur Deutschland verarmen, sondern Europa und die ganze Welt, die Vereinigten Staaten nicht ausgenommen, und darum vermutlich ebenso die Herren Baruch und Morgenthau. ...

Die Morgenthau-Baruch-Vorschläge waren die offizielle Politik unserer Regierung, die sich gleichzeitig zu den Eine-Welt-Prinzipien verpflichtet hatte. Als Ergebnis dessen, waren unsere führenden Beamten, in dem Bemühen, diese sich gegenseitig ausschließenden Theorien aufrechtzuerhalten, gezwungen, wie Mr. Morgenthau, sich auf absurde Art selbst zu widersprechen. Zum Beispiel sagte Mr. Truman, während er für die Verarmung Deutschlands entsprechend der Morgenthau-Baruch-Linie eintrat, in Soldiers Field in Chikago:

Wir werden daran arbeiten, gleiche Möglichkeiten im Welthandel zu schaffen, weil geschlossene Wirtschaftsblöcke in Europa oder irgendeinem anderen Platz in der Welt nur zu Verarmung oder Isolierung der Menschen führen können, die ihn bewohnen. Wir werden Druck ausüben zur Entfernung künstlicher Schranken für die internationale Schiffahrt, damit keiner Nation wegen ihrer zufälligen geographischen Lage uneingeschränkter Zugang zu Seehäfen und internationalen Wasserwegen verwehrt werden kann. ...

Die Frage der Kriegsschuld

Mr. Morgenthau, dessen Ideen über das Thema sich mit den offiziellen Ansichten der Vereinten Nationen decken, basiert seinen ganzen Fall, Deutschland in ein Armenhaus zu verwandeln, auf der These, daß Deutschlands Kriegsbegierde der alleinige Grund für beide Weltkriege war.

"Der Wunsch nach Krieg," schreibt er in seinem Buch, "war im Deutschen so fest programmiert, wie im Amerikaner der Wunsch nach Frieden." Der bloße Wille für Krieg, verbunden mit einer Verschwörung, die Welt zu erobern, sagt er, wurde seit fast zweihundert Jahren im deutschen Volk intensiv genährt und würde wahrscheinlich weitere zweihundert Jahre brauchen, um es auszurotten.

Darum, argumentiert er, ist der einzige Weg, Deutschland daran zu hindern, bei nächster Gelegenheit wiederum den Frieden der Welt zu stören, diese Gelegenheit zu verhindern, und das kann am besten dadurch geschehen, es bis zu einem Punkt zu schwächen, an dem es, sogar wenn es wollte, keinen Krieg anfangen kann.

Die Rechtmäßigkeit dieses ganzen Programms, und darum von Potsdam, steht oder fällt mit dieser Voraussetzung. Wenn es irgendeinen Zweifel an seiner Stichhaltigkeit oder Vollständigkeit gibt, muß der gleiche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Plans erhoben werden.

Ohne zu versuchen, das Thema erschöpfend zu behandeln, unterbreiten wir folgenden Beweis, der dazu angetan ist, Zweifel an der Genauigkeit der Voraussetzung zu wecken und damit an der Gerechtigkeit unserer Behandlung des deutschen Volkes. ...

Wann immer das Gleichgewicht der Kräfte in Europa gestört ist, so daß der Kontinent beginnt, von einer seiner Mächte beherrscht zu werden, betrachtet Britannien das als eine Bedrohung seiner Existenz und beginnt einen Krieg, um sich zu schützen. Eine der besten Analysen des Themas erschien 1943 in der September-Ausgabe der halboffiziellen Veröffentlichung *Das Neunzehnte Jahrhundert und Danach,* von dem Herausgeber Mr. F.A. Voigt. ...
Die gewöhnlich akzeptierte Ansicht, daß Deutschland Krieg begann, um die Welt zu beherrschen, ist unserer Ansicht nach falsch.
Es wollte eine Weltmacht sein, aber Weltmacht und Weltbeherrschung sind nicht dasselbe (England ist eine Weltmacht, beherrscht aber nicht die Welt). Hitler wäre froh gewesen, wenn er die Welt mit den Engländern hätte teilen können. ...
In seiner Kolumne schrieb Karl von Wiegand am 23. April 1944:
Im April 1939, vier Monate bevor Hitler in Polen einmarschierte, bat mich Botschafter William C. Bullitt, den ich seit 20 Jahren kannte, in die amerikanische Botschaft in Paris zu kommen. Als wir beide vor dem Kamin in seinem Büro standen erzählte mir der amerikanische Botschafter, daß man sich für Krieg entschieden habe. Er sagte nicht, und ich fragte nicht, von wem. Er ließ mich selbst darauf schließen. Als ich sagte, daß Deutschland am Ende in die Arme Sowjet-Rußlands und den Bolschewismus getrieben werde, erwiderte der Botschafter: "Was solls. Wenn der Krieg vorüber ist, werden nicht genügend Deutsche übriggeblieben sein, die es wert wären, bolschewisiert zu werden."
Einen Monat vorher, der *Associated Press* zufolge:
In einer seiner unverblümtesten Erklärungen erzählte Stalin der Welt, daß Sowjet-Rußland nicht in einen Konflikt hineingezogen werden wolle, mit Deutschland als "Katzenpfote", um britische und französische Kastanien aus dem Feuer zu holen ... Er sagte, der Nichteinmischungspolitik (gegen Faschismus) liege der Wunsch zugrunde, Italien, Japan und Deutschland so tief wie möglich in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu verwickeln und dann, wenn sie alle durch den Konflikt geschwächt seien, "mit frischen Kräften auf der Bildfläche zu erscheinen" und den Frieden zu diktieren.
Einen Monat, nachdem der Konflikt begann, sagte die *Pravda:*
Frieden und Freundschaft zwischen den UdSSR und Deutschland sind auch im Interesse aller europäischen Nationen. Zustände von Besorgnis, Feindschaft und gegenseitigem Mißtrauen in Osteuropa haben nur Vorteile für Kriegsschürer, die daran gewöhnt sind, daß andere für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Solche Zustände wurden viele Jahre lang durch eine Politik des Aufhetzens eines Landes gegen das andere aufrechterhalten.
Professor Harry Elmer Barnes sagt in einer Erwiderung auf die Behauptung von Kriegslust beim deutschen Volk:
England lag bezüglich relativer Kriegslust unter den Nationen weit in Front, während Deutschland und die Niederlande, vor Dänemark, am Ende der Liste aufgeführt waren.
Diese Schlußfolgerung wurde untermauert von Untersuchungen, wie die in der Studie von Professor Quincy Wrights *A Study of War (Eine Kriegsstudie),* in der gezeigt wird, daß es in der Zeitspanne von 1480 bis 1940 278 Kriege gab, in die europäische Länder verwickelt waren, deren prozentuale Beteiligung wie folgt war:
"England 28; Frankreich 26; Spanien 23; Rußland 22; Österreich 19; Türkei 15; Polen 11; Schweden 9; Italien 9; die Niederlande 8; Deutschland 8; und Dänemark 7." (Band I, S. 221)
Pitirim Sorokin zeigt in Band III, Teil II seiner *Social and Cultural Dynamics* ebenfalls, daß vom Zwölften Jahrhundert bis 1925 der Prozentsatz von Jahren, in denen führende europäische Mächte im Krieg waren, wie folgt ist:

Land - Prozentsatz an Kriegsjahren

Spanien	67
Polen	58
England	56

Frankreich 50
Rußland 46
Holland 44
Italien 36
Deutschland 28

Sorokin zieht daher den Schluß, "daß Deutschland den kleinsten Prozentsatz und Spanien den größten Prozentsatz an Kriegsjahren hatte." Von den führenden modernen europäischen Staaten zeigen England, Frankreich und Rußland daher fast zweimal soviel Kriegslust wie die "kriegsliebenden" Deutschen.

Prof. Barnes fährt fort:

Präsident Truman drückte es gut aus, als er sagte, daß konstruktive Regierungspolitik auf Wahrheit beruhen müsse. Es ist zu schade, daß ihm niemand, bevor er nach Potsdam ging, ein wenig Wahrheit ins Ohr flüstern konnte. Es gibt kaum Aussicht, daß es einer Struktur, die 1945 vollkommen auf Lügen aufgebaut wurde, sich länger halten sollte, als die andere, die 1919 vollständig auf Lügen aufgebaut war.

Und die Wahrscheinlichkeit ist, daß die Desillusionierung nach Potsdam sich viel schneller einstellen wird, als nach Versailles. In der Zeitspanne nach 1919 mußten wir einige Jahre warten, um zuvor geheime Dokumente zu erhalten, die die Lügen während der Kriegszeit und des Friedenmachens an den Tag brachten.

Jetzt sind die Tatsachen, die die Lügen aufzeigen, bereits erhältlich und müßten jedem ehrlichen und gebildeten Mensch klar sein. Das einzige, auf das wir warten müssen, ist, genug Mut zu haben, das, was heute wohlbekannt und über allem Zweifel erhaben ist, auszusprechen - kurz, zu wissen, daß ein ehrlicher Historiker in einem Massenaufwiegelungsprozeß nicht sofort als Angeklagter auf der Liste steht. ...

Über "Kollektivschuld" und Propaganda

Die Sieger in jedem Krieg denken, daß sie recht haben und der Besiegte unrecht. Der letzte Krieg war keine Ausnahme. Dadurch, daß wir die Besiegten in diesem Krieg weiterhin als eine Rasse von Verbrechern behandelten und sie entsprechend bestraften, wie wir das zunächst taten, setzten wir einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall, einen, den unsere Kinder guten Grund haben zu bedauern. Weil, wenn wir jemals einen Krieg verlieren sollten, wir nur ähnliche Behandlung erwarten könnten.

Es ist eindeutig ungerecht, die Menschen eines Landes für das, was ihre Führer taten, zu beschuldigen und zu bestrafen, insbesondere, wenn die Menschen gezwungen waren, unter einer Diktatur zu leben, die bei schwerer Bestrafung erzwingt, sich den Erlassen und Befehlen der Führung zu fügen.

Die Wahrheit ist, daß die Menschen keiner Nation in der modernen Geschichte, uns selbst eingeschlossen, jemals eine wichtige Stimme bei großen Entscheidungen hatten, sei es in einen Krieg zu ziehen oder den Rahmen für … Friedensvereinbarungen festzulegen. Dies ist eine der größten Tatsachen, der wir ins Gesicht sehen müssen. Amerika kann keinesfalls zu einer Verbesserung im Spiel der Machtpolitik beitragen, das die Nationen der Welt in einen schrecklichen Krieg nach dem anderen gestürzt hat, bis die Menschen sich durchsetzen und darauf bestehen, daß in Friedensvereinbarungen auch Gerechtigkeit eingebracht wird.

Bevor dies jedoch erreicht werden kann, müssen sie die Fesseln von falscher Propaganda abstreifen. ...

Der britische Außenminister Ernest Bevin sprach die Wahrheit über die Propaganda, als er bei der Konferenz der Außenminister in London am 10. Februar 1946 sagte:

Eine Zeitung muß drei Dinge tun. Eines ist zu belustigen, ein anderes zu unterhalten, und der Rest ist, irrezuführen.

Daß eine solche Propaganda in den meisten Fällen ungeheuren Anteil am Kriegschüren hatte, kann nicht bezweifelt werden. Sie täuscht und verwirrt die Öffentlichkeit, stachelt sie auf und

stärkt ihre angeborene Voreingenommenheit, die durch zivilisierende Einflüsse im allgemeinen in erträglichen Grenzen gehalten wird. Menschen können nur solche Dinge richtig beurteilen, die sie aus eigener Erfahrung kennen oder bei denen sie die Möglichkeit hatten, sie durch Lernprozesse aus allen Blickwinkeln zu betrachten.
Wenn die Medien, auf die die Menschen für Nachrichten aus dem Ausland angewiesen sind, die Tatsachen färben und entkräften oder diese sogar verdrehen, was sie manchmal tun, gibt es für die Öffentlichkeit keine Möglichkeit, die Wahrheit zu erfahren. Ihr allgemeines Urteil, die Genauigkeit, die die Grundlage für einen demokratischen Prozeß bildet, kann konsequenterweise nicht verläßlich sein; im Gegenteil, wenn die Beurteilung irregeführt ist und die Leidenschaften für den Zweck genügend entfacht sind, werden sie unweigerlich verrückte Abenteuer, ungerechte Eingriffe und andere tragische falsche Schritte in internationalen Angelegenheiten unterstützen.
Und das ist, was Prime Minister Neville Chamberlain einen Monat vor Ausbruch des Krieges feststellte:
Unglücklicherweise werden täglich durch vergiftete Propaganda in der Presse und auf andere Weise böse Gefühle zwischen Nationen erzeugt. Ich habe das Gefühl, daß, wenn wir nur diesen Krieg mit Worten stoppen könnten und der Versuch gemacht würde, den Menschen das Vertrauen in die friedlichen Absichten aller Staatsmänner Europas zurückzugeben - wenn das nur möglich wäre, fühle ich immer noch, daß es keine Frage gibt, die nicht durch friedliche Diskussionen geregelt werden könnte und sollte.
Der Gewinn wäre ungeheuer. Wenn, andererseits, ein Krieg kommen sollte, und welche Seite auch immer den endgültigen Sieg davontragen würde, ist nichts sicherer, als daß Sieger und Besiegte gleichermaßen, eine schreckliche Ernte an menschlichem Elend und Leid erleben würden.
Sowohl Amerikaner als auch Briten wurden vor Ausbruch des Krieges mit irreführender, aufrührerischer Propaganda überhäuft. Nur einige ruhige, informierte Beobachter waren scheinbar in der Lage, sie zu durchschauen. Sechs Monate bevor wir in den Krieg gestürzt wurden, schrieb ein leitender Angestellter von Roosevelt & Son von Pine Street an Hugh W. Long & Co. in einem Brief:
Ich kann nicht anders, als meine Mißachtung für diejenigen zum Ausdruck zu bringen, die zur Zeit politisch mit dem Angstmotiv spielen und ein Bild der Vereinigten Staaten malen, die von Hitler überrannt werden.
Es hat niemals ein Land gegeben, das strategisch so gut zur Verteidigung ausgerüstet war, als dieses, und wenn, zusätzlich, dieses Land mehr Öl hat als jedes andere in der Welt und dem mehr Ergebnisse praktischer Erfindungen zur Verfügung stehen (eingeschlossen die Originalerfindung von und die meisten der bedeutenden Verbesserungen an Flugzeugen) und eine erwiesene und anerkannte Fähigkeit zur Massenproduktion hat, ist mir klar, daß es eine spezielle Begabung für mechanisierte Kriegführung hat und daß all das Gerede über das, was Hitlers bewaffnete Streitkräfte mit uns machen könnten, nur dummes Zeug ist.
Nein, wenn der Totalitarismus zu den Vereinigten Staaten kommt, wird er nur kommen, weil das amerikanische Volk von unaufrichtigen, oberflächlichen, geschickten Politikern beschworen werden kann und es versäumt, die Führung von Männern mit Charakter, Mut und Redlichkeit zu verlangen.
Vielleicht war das giftigste aller Propagandathemen, das in diesem Land ganzseitig in Zeitungen und anderswo verbreitet wurde, die angebliche Äußerung Hitlers, daß er eines Tages herüberkommen und das "dekadente Yankeetum" fertigmachen würde. Die Passage war aufgemacht, daß sie aussah wie ein direktes Zitat und war über dem Namen Adolf Hitler angebracht. Es wurde jede Anstrengung unternommen, den Eindruck zu vermitteln, als käme es aus *Mein Kampf*, obwohl es etwas war, von dem Hermann Rauschning sagte, daß Hitler es gesagt habe - die durch nichts gestützte Aussage eines Mannes, eines Flüchtlings.

Eine solche Aussage steht in starkem Gegensatz zu dem, was Hitler wirklich in *Mein Kampf* schrieb, wo er Deutschlands Verwundbarkeit durch seine ungeschützten Grenzen und die Ausdehnung seines kleinen nationalen Gebietes beschreibt und die Vereinigten Staaten wegen "ihres ungeheuren Raumes, der der Größe eines ganzen Kontinents entspreche" bewundert sowie ihrer "unvergleichlichen inneren Stärke." "Der gewaltige nordamerikanische Staat", sagt er, "mit seinen ungeheuren Ressourcen an Öl, ist viel unverwundbarer als das umzingelte Deutsche Reich."

Und er sagt weiter:

Demgegenüber werden militärische Entscheidungen schneller, leichter, vollständiger und wirkungsvoller erreicht bei Staaten, die weite Gebiete haben. Darüber hinaus ist die Weite nationalen Gebietes selbst eine gewisse Sicherheit dafür, daß eine andere Macht nicht hastig das Abenteuer einer Invasion riskiert, weil in dem Falle der Kampf um die Macht lange und erschöpfend sein würde, bevor Hoffnung auf einen Sieg besteht. Da das Risiko so groß ist, müßten außergewöhnliche Gründe für solch ein aggressives Abenteuer vorliegen. Daher gibt die territoriale Größe eines Staates eine Basis, auf der nationale Freiheit und Unabhängigkeit mit relativer Leichtigkeit erhalten werden können ...

Doch wie fest die Propaganda den Eindruck in der Öffentlichkeit verankert hatte, daß *Mein Kampf* ein Programm für die Eroberung der Welt enthielt, zeigt sich in folgendem Auszug, der aus einer Niederschrift der Frageperiode stammt, die der Rede von Botschafter John Cudahy vor dem Council of Foreign Relations (Rat für Öffentliche Angelegenheiten) von Chikago folgte, die er anderthalb Monate vor Pearl Harbor hielt.

Der Vorsitzende Bentley: Ich habe hier eine niedergeschriebene Frage: "Wie vereinbaren Sie Hitlers angekündigten Plan die Welt zu erobern, mit der ihnen gegenüber gemachten Äußerung?"

Mr. Cudahy: Ich weiß nichts von einem Welteroberungsplan. (Rufe von "Wie ist es mit *Mein Kampf*?" vom Publikum). Ich habe *Mein Kampf* sehr gründlich gelesen und habe keinen Welteroberungsplan darin gefunden. (Rufe von Oh-h-h-h aus dem Publikum). Ich schlief gewöhnlich darüber ein; nachdem ich jedoch in Deutschland gewesen war, habe ich ihn gründlich durchgelesen. Hitler hat eine Reihe von Äußerungen gemacht, die darauf hindeuten, daß er von einem Weltreich träumte, aber ich denke, Hitler kann ein wenig der Kampf-Redekunst beschuldigt werden. ... Ich weiß, daß dieser Krieg durch den letzten Krieg entstanden ist.

Es hat niemals wirkliche Beweise dafür gegeben, daß eine Welteroberung in Erwägung gezogen worden wäre. General Marshall, Chef des Generalstabes, sagte in seinem zweijährlichen Bericht, der im Oktober 1945 veröffentlicht wurde, daß es nach einer Beurteilung der Verhöre von Rangmitgliedern des deutschen Oberkommandos durch den Generalstab des Kriegsministeriums, keinen allgemeinen deutschen strategischen Plan zur Eroberung der Welt gegeben habe.

Schlußfolgerung

Das Programm der Alliierten, die Deutschen umzuerziehen, ist der Fall einer irregeleiteten Gruppe, die versucht, eine andere zu desillusionieren. Unsere Überzeugung, daß die Deutschen mit vergifteter Propaganda angefüllt waren, ist ganz richtig, und unser Wunsch, die Auswirkungen dieser Propaganda zu beseitigen, ist gut. Wir können jedoch unseren Zweck nicht erreichen, wenn so viele unserer eigenen Ideen falsch sind. ...

Unser Umerziehungsprogramm sollte zu Hause anfangen. Wenn wir nur die Auswirkung der Propaganda auf unsere eigene Illusion überwinden könnten und die Ignoranz, die aus dem Fehlen einer gründlichen Kenntnis europäischer Angelegenheiten herrührt, wenn wir uns nur mit den Tatsachen vertraut machen und ihnen dann mutig gegenübertreten würden, könnten wir die Deutschen nicht nur umerziehen, sondern könnten viele irrige Punkte aus unserem deutschen Programm entfernen.

Wenn wir unsere eigenen Ideen und das Programm, das aus diesen Ideen entstand, nicht revi-

dieren, laufen wir Gefahr, Deutschland, Europa und alles, wofür wir in diesem kostspieligen Krieg gekämpft haben, zu verlieren. Es ist zu hoffen, daß dieses Buch dabei hilft, den Weg zur Wahrheit zu weisen, und dadurch zu unserem zukünftigen Erfolg. ...<<

Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durch die Siegermächte

> Gerechtigkeit besteht darin, von keinem Menschen etwas zu nehmen, was ihm gehört.
> *Thomas Hobbes (1588-1679, englischer Philosoph)*

Das Potsdamer Abkommen wurde von den Politikern der USA genutzt, um die langfristige Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durchzusetzen. Die US-Geostrategen hetzten die Deutschen und die Russen infolge der unfaßbaren Gebietsabtretungen und Vertreibungen vorsätzlich gegeneinander auf, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-Weltherrschaft gefährden können

Der 6. US-Präsident John Quincy Adams (1767-1848) warnte bereits am 4. Juli 1821 (x342/10): >>… (Amerika) sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören kann … Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. …

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Truman Doktrin

Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern. Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.

Abb. 75 (x149/116): Welche Zielsetzungen des Marshallplanes bringt dieses Werbeplakat zum Ausdruck?
Abb. 76 (x067/204): Plakat der SED, 1947

US-Präsident Truman verkündete am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen. Truman erklärte vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwanden mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...
In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.
Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.
Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.
Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<
>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...
Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...
Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:
"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".
Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...
Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."
Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.
Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

Marshall-Plan

US-Außenminister George Marshall kritisierte am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<

Am 30. April 1947 beauftragte Außenminister George Marshall den US-Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

US-Militärgouverneur Clay telegraphierte am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<

Am 17. Juli 1947 ersetzte die US-Regierung die berüchtigte "Direktive JCS 1067" durch die "Direktive JCS 1779" und beauftragte US-Militärgouverneur Clay, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen (x114/2.192): >>... Die amerikanische Regierung will, daß in Deutschland die politische Organisation und das politische Leben so schnell wie möglich eine Form annehmen sollen, die - auf der wesentlichen Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens - zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist des Friedens zwischen den Nationen beitragen wird.

Ihre Aufgabe besteht daher im wesentlichen darin, daß sie helfen, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen, daß sie die aufrichtigen Bemühungen um eine Demokratie fördern und Bestrebungen, die die echte demokratische Entwicklung gefährden, unterbinden.<<

James Warburg, Berater der US-Militärregierung in Deutschland, begründete später die nordamerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...

Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt. ...

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Niederlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...

Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.

Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.

Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<

Die SED lehnt am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.
Der US-Bankier Young begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... und daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.
Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.
Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<
Der Marshall-Plan erfolgte vor allem aus politischen Gesichtspunkten und kontrollierte die Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem. Mit dem Marshall-Plan begann im Jahre 1948 die europäische Integration. Der Marshall-Plan war damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wurde vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.
Andrei A. Shdanow, ein enger Mitarbeiter Stalins, erklärte am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/381-382): >>... Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunützen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.
In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...
Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marschall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...
Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter. Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marschall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren.
Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands. Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen.
Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...
Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, ... wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können

keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<
Im Verlauf der 5. Außenministerkonferenz in London, vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947, konnten sich die 4 Siegermächte über keine deutsche Friedensregelung einigen.
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete später (am 19. März 1958) über den geplanten deutschen Friedensvertrag: >>**Die Phantasie der Geschichte**
... Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.
Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."
Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".
England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzediert worden seien.
Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:
- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.
- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.
- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.
- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.
- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.
- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne

schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.
- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.
- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.
- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".
- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.
- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviel Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.
Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein.
Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufrichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab. ...<<
Am 3. April 1948 wurde das europäische Wiederaufbauprogramm verabschiedet. Im Rahmen des Marshall-Planes erhielten die westeuropäischen Länder von 1948-1952 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Bis zum 30. Juli 1952 erhielten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-276): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.
Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis - zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).
Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.
Also päppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.
"Nach Ostland ..." - nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.
Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Ab-

wehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann schrieb später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur … Erleichterung des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<
Am 20. März 1948 fand die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, protestierte gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verließ vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats. Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wurde damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nahm die Arbeit später nicht mehr auf. Danach begann der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art.
Der sogenannte "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands sowie der militärische Schutz Westeuropas wurden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkauft.
Während des "Kalten Krieges" erlahmten die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigte jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stufte sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.
US-Militärgouverneur Clay berichtete später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146): >>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."
Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<
US-Militärgouverneur Clay warnte am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.
Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<
Jack Bennett, oberster Finanzberater der US-Regierung, informierte über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<
Am 18. Juni 1948 verkündeten die westlichen Militärregierungen im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.
Am 18. Juni 1948 verkündeten die westlichen Militärregierungen im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.
Die westlichen Alliierten verkündeten am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.
Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.

Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.
Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<
Marschall Wassili D. Sokolowski, von 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, verbot am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnete die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.
Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen die Währungsreform durchgeführt.
Jeder Westdeutsche erhielt ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wurde. Sämtliche Forderungen wurden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauschte man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/-214).
Am 23. Juni 1948 wurde gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt - das Umtauschverhältnis entsprach z.T. dem Tausch in den Westzonen.
Am 24. Juni 1948 blockierten sowjetische Truppen sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrachen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin konnte infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden. General Clay, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone, erklärte am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).
US-Militärgouverneur Clay erteilte am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten. Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" flogen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade am 12. Mai 1949 in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).
Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtete später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.
Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.
Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde
Der französische Ministerpräsident de Gaulle forderte am 9. September 1945 während einer Pressekonferenz die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x156/32-33): >>Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert. Der Strom der deutschen Vitalität richtet sich damit nach Westen. Eines Tages könnte sich auch die deutsche Aggressivität gegen Westen wenden. Deshalb muß im Westen eine Regelung gefunden werden, die ein Gegengewicht zu jener im Osten darstellt.
Die Schlüsselzonen sind das Rheinland und das Ruhrgebiet. Für jede sollte eine Sonderregelung ausgearbeitet werden. Das Rheinufer, d.h. das linke Rheinufer, stellt ein Grenzland dar, das Köln einschließt und sich bis zur Schweizer Grenze ausdehnt.
Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlands unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle.

Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt. Die Aufgabe des Rheinlands durch Frankreich war das Vorspiel zu diesem Kriege. ...<<

Der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle forderte am 23. September 1945 in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes durch ein gemeinschaftliches Kontrollregime. Ferner sprach er sich für eine dauernde militärische Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen aus (x156/33).<<

Das französische Kabinett verlangte am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

Am 12. Dezember 1945 erklärte der französische Außenminister Bidault während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen könnte, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennen würde (x111/113).

Die "Berliner Zeitung" veröffentlichte am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig. französischer Oberbefehlshaber in Deutschland, erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei.

Wenn dies geschehe, werde es nicht nötig sein, seine Erzeugungskapazität zu beschränken. Die Produktion Deutschlands, insbesondere die Kohlenförderung, werde für den Wiederaufbau Deutschlands selbst und der alliierten Länder dienen, während die Produktionsüberschüsse die Bezahlung der Einfuhr fördern würden.

Das Rheinland, das im Laufe der letzten 75 Jahre der Ausgangspunkt der 3 deutschen Angriffskriege gegen Frankreich gewesen sei, müsse auf längere Zeit hinaus militärisch besetzt werden.

"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.

Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesamten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

Der britische Feldmarschall Montgomery forderte am 2. Mai 1946, den Status des Saar- und Ruhrgebietes sowie des Rheinlandes zu klären (x114/1.143): >>Wir müssen uns entscheiden, was es heißt, ein neues Deutschland aufzubauen. Seine Ostgrenze wurde in Potsdam vereinbart. Die Festlegung seiner Westgrenze steht jedoch noch aus; dieses Problem läßt sich kurz mit dem Namen Saar-, Ruhrgebiet und Rheinland umreißen. Wir müssen aber dem deutschen Volk endlich sagen, was zu seinem Lande gehören soll und was nicht.

Den Menschen, die in diesem Deutschland wohnen, müssen wir einen erträglichen Lebensstandard geben und die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft. Ein solcher Lebensstandard läßt sich auch mit der vereinbarten Industrieleistung vereinbaren, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

Die wichtigste ist, daß Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt wird. Das geschieht zur Zeit nicht, einmal weil die Franzosen dagegen sind und zweitens wegen der Haltung der Russen. Ich bin nicht sicher, ob die Russen überhaupt jemals Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandeln werden, so wie wir das verstehen. Ja, ich bin sogar überzeugt, daß sie es nicht tun werden, es sei denn, wir setzen sie zusammen mit den anderen Alliierten unter Druck. Das ganze Land liegt so im argen, daß es nur in Ordnung kommen kann, wenn wir die Deutschen selbst darauf ansetzen.<<

Der französische Außenminister Bidault forderte am 15. Mai 1946 während einer Konferenz

in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...
Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden.
Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.
Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.
Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...<<
Am 20. Juli 1946 wurde ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).
Ministerpräsident Charles de Gaulle schlug am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.
Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.
Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich - was bald auf dasselbe herauskäme - das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?
Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.
Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.
Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.
Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<
Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill sprach am 19. September 1946 in

Zürich über ein geeintes Europa (x067/193): >>... Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.
Nur so können Hunderte Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten ...
Ich spreche jetzt aus, das Sie in Erstaunen setzen wird. Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische Führung Europas wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland.
Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie gut und echt errichtet wird, muß so sein, daß die materielle Stärke eines einzelnen Staates von weniger großer Bedeutung ist. Kleine Nationen zählen ebensoviel wie große und erwerben sich ihre Ehre durch ihren Beitrag zu der gemeinsamen Sache ...
Ich muß Sie aber auch warnen. Die Zeit ist vielleicht knapp. Gegenwärtig haben wir eine Atempause. Die Geschütze schweigen. Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren. Wenn es uns gelingen soll, die Vereinigten Staaten von Europa oder welchen Namen auch immer sie tragen werden, zu errichten, müssen wir jetzt damit beginnen. ...<<
US-Unterstaatssekretär Hilldung erklärte am 2. Oktober 1946 (x111/223): >>... Deutschland bleibt die Wegkreuzung Europas. ... Wenn Deutschland zur wirtschaftlichen Gesundung Europas wirksam beitragen soll, so muß es ... als ein Land und nicht als vier Länder behandelt werden.<<
General Koenig, von 1945-49 Militärgouverneur der französischen Zone, erklärte am 8. Dezember 1946 vor der Presse (x111/255): >>Frankreich hat kein Interesse an einer Verschmelzung seiner Zone mit der amerikanischen und britischen Zone. ...<<
Anfang 1947 erklärte ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:
a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.
b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem Verhungern bewahren.
c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzubringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ...
Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen, daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...
Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft. Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rückwirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland. Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<
Der französische Politiker Maurice Schumann erklärte am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/53): >>... Wenn es sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.
Aber - um auf der politischen Ebene zu bleiben - ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmög-

lich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden. ...<<
Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärte am 27. Februar 1947 im Verlauf der Sitzung des alliierten Kontrollrats (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<
Am 22. März 1947 lehnte der sowjetische Außenminister Molotow im Verlauf der 4. Außenministerkonferenz in Moskau die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).
Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen war, vereinbarten Frankreich und England im März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt. Dieser Pakt verpflichtete die Teilnehmerstaaten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggression" (x128/264).
Am 9. April 1947 berichtete der US-Generalstab in einem streng geheimen Dokument bereits über die Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/300-301): >>Die potentiell stärkste Militärmacht dieses Gebietes ist Deutschland.
Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. ...
Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands ist daher vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten von vorrangiger Bedeutung.<<
Der französische Außenminister Bidault forderte am 10. April 1947 während der 4. Außenministerkonferenz in Moskau nochmals die Internationalisierung des Ruhrgebietes, eine politische Loslösung des Saarlandes von Deutschland und einen autonomen Rheinstaat (x111/-305).
Der sowjetische Außenminister Molotow lehnte am 11. April 1947 erneut die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland ab (x111/-306).
Am 24. April 1947 scheiterte die Moskauer Viererkonferenz, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands noch Reparationen aus laufender Produktion oder die Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen wollten (x009/405-406).
Am 29. Januar 1948 erklärte der CDU-Politiker Adenauer während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<
Die Londoner Sechsmächte-Konferenz vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 endete mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.
Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...<<
Konrad Adenauer erklärte am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525):

>>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.
Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<
Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen" (x095/77): >>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten. ...<<
Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.
Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.
Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<
Der französische Außenminister Robert Schuman bezeichnete es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).
Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).
Konrad Adenauer schrieb am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.
... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewännen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<
Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisierte am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...
Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**
... In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ...
Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt.
Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört.

Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.
Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.
In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.
... Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?
Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen ...
Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>**Tedeum des Sieges**
Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.
Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.
"Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."
Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde … auf "Treu und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber. ...
Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls … könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden. ...
"In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik

Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."
"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."
Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte. ...
Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabriktor offen. ...
Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen. ...
Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen". ...
Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das Ruhreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.
Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt.
... Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.
"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.
Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben. ...<<
Das "Ruhrstatut" trat am 22. April 1949 in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).
In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ...
Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<
Am 5. Mai 1949 wurde in London der Europarat - Sitz: Straßburg - gegründet.

Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die deutsche Bundesregierung beantragte danach für die weitgehende Einstellung der Demontage den Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde.
Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 hieß es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...
Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.
Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...
In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt.
Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:
a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...
b) Stahlwerke: ...
Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<
Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. -
"Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.
Zuruf von links: "Unerhört so was!"
Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" -
Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...
Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.
Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ... -
das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?
Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der britische General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.
Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...
Gegenruf bei den Regierungsparteien. - Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. -
Glocke des Präsidenten.
Renner/KPD: "Wo steht denn das?" -
Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? - Sprechen sie als deutscher Kanzler? -
*Dr. Schumacher: **"Der Bundeskanzler der Alliierten!"** ...*
Präsident Dr. Köhler schloß nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.<<
Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.
Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...
Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 1. Dezember 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949: >>**Benehmen wie die Schuster**
... Der Kanzler berichtete von seinem Abkommen mit den Alliierten, das für Deutschland Erleichterungen im Schiffsbau, einen Teilstop der Demontagen und Beitritt zum Ruhrstatut vorsieht. ...
Adenauer schritt zum Pult: "Ich stelle fest, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage zu Ende gehen zu lassen, als an Stelle eines Beobachters einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden." ...
Das Barometer stieg. Adenauer schränkte die Feststellung ein: "Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen: Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken oder nicht? Und wenn sie erklärt, nein, dann weiß sie auf Grund der Mitteilung, die mir General Robertson gemacht hat, daß die Demontage bis zum Ende fortgeführt wird" - entweder Beitritt zum Ruhrstatut oder Fortgang der Demontagen.
Aber der abgeschwächte Vorwurf war mit größerer Schärfe und Lautstärke gesprochen worden. SPD-Zuruf: "Sprechen Sie als deutscher Kanzler?"
Schumacher: "Bundeskanzler der Alliierten!"
Tumult. Ollenhauer: "Adenauer hat ihn herausgefordert!"
Pfui von rechts, pfui von links. Die Reihen formierten sich. Ein Strom von rechts ergoß sich mit Antragswünschen auf die Präsidentenbühne. Links war der Blick für die Richtung verlorengegangen. Alte Kämpen erhofften Böses. Und trennten die Bataillone. Eins zur Führersicherung, eins zum Angriff.
Vorneweg SPD-Heiland mit drohenden Fäusten. Andere krempelten noch an ihren Ärmeln. Los ging's auf die Christlichen. Die standen schon und hielten weder die eine noch die andere Backe hin. Urdeutscher Hellwege wippte zwei Ministerzentner auf und nieder.
FDP-Oellers ließ Präsident Köhler in die Formation bimmeln. Er hatte den Antrag auf Vertagung gestellt, nachdem ein Ordnungsruf des Präsidenten gegen Schumacher ungehört verhallt war.
Das Schlachtfeld wurde geräumt. ...
Um sechs Uhr morgens fanden sich die unrasierten Streiter wieder. ...
Die SPD beriet in ihrem Fraktionssaal über das 56. Klingeln des Präsidenten hinaus. Er begann ohne SPD die neue Sitzung und bestrafte den Chef mit 20 Tagen. "Wegen der Schwere der Beleidigung. Dr. Adenauer ist eine Staatsfigur." ...<<
Der englische Sozialist Fenner Brockway schrieb später über den SPD-Politiker Kurt Schumacher (x111/18): >>Ich sehe in ihm die ganze Tragödie Deutschlands. Er verlor seinen rechten Arm im Ersten Weltkrieg. Sein Gesicht zeigt die Spuren zwölfjährigen Aufenthalts im KZ und prägt dessen physische Kennzeichen - seine Augen sind verglast, und seine Zähne wurden ihm von Gestapo-Männern aus dem Munde geschlagen. Seine Nase mutet anomal lang an, weil so wenig Fleisch auf seinen Knochen liegt, Furchen zerpflügen sein Gesicht, seine

Lippen sind dünn und geradlinig, seine Schultern gebeugt, sein Körper mager, und er sieht tuberkulös aus.
Wenn ein Filmregisseur einen Menschen braucht, um das Leid zu verkörpern, so könnte er dies nicht eindrucksvoller als durch die Wahl Schumachers tun. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28. Oktober 2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>**"National sein ist Ehrensache!"**
... In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"
"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"
Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieen sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...<<
Die zwangsweise europäische Integration diente hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.
Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - hieß es z.B. (x101/191-192): >>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**
... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:
a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;
b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. - Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion - ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 21. November 2008) über das Petersberger Abkommen (x887/...): >>**Westbindung gegen wirtschaftliche Vorteile**
... Im Prinzip stellten sich vor 60 Jahren die drei Westmächte zu der in Aussicht stehenden Stärkung der Bundesrepublik genauso wie 40 Jahre später. Die europäischen Mächte Großbritannien und Frankreich reagierten mit Angst. 1949 wurde die Fortsetzung der wirtschaftlich-industriellen Knebelung der Bundesrepublik von Frankreich aus sicherheitspolitischen Gründen gewünscht, damit Deutsche in Feldgrau "nicht ein viertes Mal in hundert Jahren" auf französischem Boden stünden, und von den Briten aus wirtschaftspolitischen, um die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht zu groß werden zu lassen.
Die USA hingegen reagierten 1949 wie 1989 mit der Souveränität einer Supermacht. ...
Ein Pfand war den US-Amerikanern dabei das wenige Wochen vor der Verkündung des Grundgesetzes beschlossene Ruhrstatut, das der Bundesrepublik die alleinige Verfügungsge-

walt über das wirtschaftliche Herz Deutschlands, wenn nicht gar Europas, das Ruhrgebiet, vorenthielt.
Gemäß diesem von den Westalliierten und den Beneluxstaaten beschlossenen Statut sollte eine von den Unterzeichnerstaaten und Deutschland beschickte Ruhrbehörde das Aufsichtsrecht über die westdeutsche Schwerindustrie ausüben. Von der Bundesregierung erwarteten die Besatzungsmächte nun, daß sie wie die Signatarstaaten Vertreter in die Behörde entsandte und sie damit anerkannte.
Für Schumacher war das genauso wie die gemeinsame Mitgliedschaft mit dem Saarland im Europarat Verrat - und Adenauer ein "Bundeskanzler der Alliierten", denn dieser setzte die Mitarbeit in der Ruhrbehörde wie den Beitritt zum Europarat durch.
Im Gegensatz zu den Franzosen und Briten, aber ähnlich wie die US-Amerikaner verband der Kanzler mit der Ruhrbehörde die Hoffnung, daß von diesem Instrument der einseitigen Diskriminierung der Bundesrepublik eine westeuropäische Integration gleichberechtigter Staaten ausgehen könne.
Erleichtert wurde der Bundesregierung die Entscheidung zur Mitarbeit in der Ruhrbehörde durch diverse, insbesondere wirtschaftliche und damit für den Volkswohlstand bedeutende Erleichterungen des Besatzungsregimes: Die Demontagen wurden eingeschränkt, die Beschränkungen im Schiffbau gelockert und die Errichtung von Konsulaten in den westlichen Ländern genehmigt.
Festgezurrt und verbindlich gemacht wurden diese ersten Schritte der Bundesrepublik Richtung Westbindung und die Gegenleistungen der Besatzer durch das Petersberger Abkommen. ...<<
Der französische Außenminister Robert Schuman schlug am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wurde (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit der deutschen Industrie ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...
Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.
Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<
Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister Robert Schumann den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...
Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.
Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern - die erste Etappe der europäischen Föderation - und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.
Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. ...<<
In Paris unterzeichneten Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion (x156/73):
>>... Artikel 1
Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Euro-

päische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.
Artikel 2
Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...
Artikel 97
Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.
Artikel 98
Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<
Die Montanunion war eine supranationale Behörde mit unabhängiger Entscheidungsbefugnis und verfügte bereits über wesentliche Strukturen der späteren EWG. Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - der EGKS-Vertrag trat am 23. Juli 1952 in Kraft - wurde angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen.
Die von den westlichen Siegermächten angeordnete Vergemeinschaftung der kriegswichtigen Grundstoffindustrien Kohle und Stahl sollte in erster Linie die Gefahr von Kriegen zwischen den Signatarstaaten endgültig bannen und gewährleistete zusätzlich eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Frankreich ging es damals nicht nur um die Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sondern vor allem um die Förderung der eigenen Wirtschaft.
Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages stellte die Montanunion schließlich am 23. Juli 2002 ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gingen danach auf die EG über.
Die Bundesrepublik wurde am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.
Am 9. Juli 1951 beendete die britische Regierung den Kriegszustand mit Deutschland. Frankreich und die USA beendeten am 13. Juli 1951 und am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.
Bundeskanzler Adenauer erläuterte am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
... Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität
Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?
auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebsschaden Europas, einen tödlichen Stoß bekommen wird. ...
Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schumann diesen Vorschlag machte,
Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!
ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten, unmöglich würde. ...
Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum er-

stenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,
Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!
um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.
Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! - Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!
Das ist - ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.
Beifall bei den Regierungsparteien ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**
Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.
Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. ...
Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahlexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!
Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergangen. ...
Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen. Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen.
Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.
Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar. ...
Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. ...
Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikanischer Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglie-

der dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?
Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. … In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.
Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.
Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.
Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprachen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht! ...
Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokses sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.
So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.
Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertealter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt. ...<<
Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde erfolgte nicht feiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde vor dem Beitritt nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.
Das Petersberger Abkommen verstieß zweifelsfrei gegen das Völkergewohnheitsrecht, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.
Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versail-

ler Friedensdiktates von 1919.
Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion integriert.
Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.
Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. **Diese geschickt getarnte Organisation** (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) **sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren**.
Infolge der Tatsache, daß der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften - Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU - ebenfalls unwirksam.

Das Besatzungsstatut für die westdeutschen Besatzungszonen
Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson, USA, Bevin, England, und Schuman, Frankreich, während einer Konferenz in Washington ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).
In diesem Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland hieß es (x156/71-72, x101/200-201): >>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:
I. Während des Zeitraumes, in dem die Beatzung noch fortdauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetzgebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.
II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:
a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,
b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,
c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,
d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,
e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,
f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein

Mindestmaß herabgesetzt wird,
i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.
III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.
Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.
Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<
>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...
IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<
Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.
Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut der Alliierten in Kraft.
Dieses Besatzungsstatut (eigentliche deutsche Verfassung der Alliierten) reduzierte zwar die geplanten Demontagen, schränkte aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich ein. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die deutsche Bundesregierung.
Während der "Pariser Konferenz" vom 19. bis zum 23. Oktober 1954 wurde der sog. "Deutschlandvertrag" vom 26. Mai 1952 geändert.
Das Pariser Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland lautete wie folgt (x101/203-206): >>...
Artikel 1
Absatz 1 Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (in diesem Vertrag und in den Zusatzverträgen auch als "Drei Mächte" bezeichnet) das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.
Absatz 2 Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2
Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses Vertrags. ...
Artikel 7
Absatz 1 Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.
Absatz 2 Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist. ...<<
Die westlichen Siegermächte wandelten in den Pariser Verträgen auch den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg in die Westeuropäische Union um.
Die Bundesrepublik Deutschland und Italien wurden 1954 Mitglieder der Westeuropäischen Union. Die Pariser Verträge regelten ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO und die Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO. Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut".
Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt danach die zugesagte Teil-Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber einige Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.
Die Bundesrepublik Deutschland trat am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

Die Verfassung der alliierten Militärgouverneure für die westdeutschen Besatzungszonen

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 endete mit der Empfehlung, eine Verfassung für die Westzonen Deutschlands zu erstellen (x156/56): >>...
Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.
Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst

festgelegt werden.
Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.
Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen. ...<<
Der nordamerikanische Historiker John Gimbel schrieb später über die Hintergründe der "Londoner Empfehlung" (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht.
Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich.
Die Ereignisse der Jahre 1948 und 1949 sind daher die Fortführung einer bestimmten politischen Linie und nicht ein Bruch. Sie stellen in gewissem Sinne nur ein weiteres Experiment dar, einen weiteren pragmatischen Versuch, mit Hilfe einer deutschen Auftragsregierung fundamentale Ziele der Alliierten zu verwirklichen.
Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden. ...<<
Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.
Die sogenannten "Frankfurter Dokumente" vom 1. Juli 1948 enthielten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x156/56-58): >>... In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte.
Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält. ...
Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den alliierten Behörden notwendig. Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden allgemeinen Grundsätzen beruhen:
1. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:

a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten;
b) das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über die innerpolitischen Richtlinien und Maßnahmen die den Außenhandel nachteilig beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und das die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden;
c) vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie z.B. in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben;
d) das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter, zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten;
e) die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassung zu sichern.
2. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatus zu sichern.
3. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:
a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.
b) Auf den in den Absätzen a) bis e) in § 1 oben erwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.
4. Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorgehenden § 2, treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden. ...
Wenn die Militärgouverneure ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltenes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen des Besatzungsstatuts annimmt.
Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-279): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.
Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können. … Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden …
Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. …
Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.
Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai

1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger.
Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. …<<
Während einer Konferenz in Rüdesheim einigten sich die deutschen Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 auf folgende Grundsätze (x024/226): >>Die Schaffung eines westdeutschen Staates, wie diese von den westlichen Besatzungsmächten nahegelegt wurde, dürfe eine spätere Reichseinheit nicht blockieren.
Die Gründung sei vielmehr nur ein "Provisorium", "eine Etappe zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937". ...<<
Am 26. Juli 1948 einigten sich die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westlichen Militärgouverneure in Frankfurt nach schwierigen Verhandlungen über die Annahme der Frankfurter Dokumente. Die Militärgouverneure erlaubten danach die Erarbeitung und Aufstellung des deutschen Grundgesetzes.
Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreichte den Besatzungsmächten Westdeutschlands am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>Nach Auffassung der meisten Sachverständigen ... **ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.**
Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es - wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete - provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...
Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits: Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ... Die Flagge des Bundes kann nur Farben führen, die in der gesamtdeutschen Tradition begründet sind. Für die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold war entscheidend, daß diese Farben im alten Reichsschild geführt wurden und auch seit Beginn einer deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung allgemein als Embleme der Deutschen Republik gegolten haben.<<
Der Prof. für Völkerrecht, Carlo Schmid, erklärte am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x156/61-63): >>Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?
Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.
Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben! ...
Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.
Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja!
Aber man sollte nicht vergessen: Noch wird verhandelt; noch ist man sich, zumindest offiziell, darüber einig, in der Verschiedenheit der Zonenherrschaft ein Provisorium zu sehen, etwas, das nach dem Willen aller, auch der Besatzungsmächte, vorübergehen soll. ...
Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine

deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite. ...
Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung.
Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!
Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.
Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!
Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.
Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.
Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.
Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.
Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:
Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber - was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde - Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.
Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.
Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt.
Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. ...

Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.
Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.
Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.
Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.
Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit. ...<<
Am 3. November 1948 entschied sich der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.
Am 25. April 1949 gab US-Militärgouverneur General Clay bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.
Der Parlamentarische Rat stimmte am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu. 53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmten.
Konrad Adenauer, der Präsident des Parlamentarischen Rates, erklärte nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.
Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...
Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<
Der Parlamentarische Rat entschied sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.
Am 12. Mai 1949 genehmigten die westlichen Militärgouverneure, General Robertson - britische Zone, General Koenig . französische Zone, General Clay, nordamerikanische Zone, das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):
>>Herrn Dr. Konrad Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates
Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!
1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.
2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144, Absatz 1 genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.
In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.

3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91, Absatz 2 enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. ...
9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<
Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb erklärte am 12. Mai 1949 zur "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Soviel Freude wir über das heute erreichte Ende der Blockade der Berliner empfinden, so sehr hat uns das Ergebnis der Abstimmung in Bonn am 10. Mai 1949 in der Frage des vorläufigen Sitzes der Bundesorgane geschmerzt.<<
In der "Rhein-Neckar-Zeitung" schrieb am 12. Mai 1949 ein Kritiker über die "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Ich habe immer auf Bonn getippt, weil es das Dümmste war.<<
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde am 20. Mai 1949 durch den bayerischen Landtag mit 101 zu 64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthielten sich der Stimmabgabe (x112/701).

Die Gründung der NATO
In Washington wurde am 4. April 1949 die NATO gegründet. 10 europäische Staaten schlossen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.

Abb. 77 (x296/168): Flagge der NATO

Die Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) lautete wie folgt (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinigen. ...<<
In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 hieß es z.B. (x301/154-155): >>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden

internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind. ...
Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...
Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.
Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesenreichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.
In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.
Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika.
Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hunderteweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.
Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64

Millionen DM auf militärische Investitionen.
Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30%. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.
Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?
Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).
Einst war's eher umgekehrt.
Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".
Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.
Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.
Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

Die von den Siegermächten geschaffenen Besatzungskonstrukte BRD und DDR - Von der Gründung der BRD und der DDR bis zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands (1949-1990): 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen

Der Schein regiert die Welt, und die Gerechtigkeit ist nur auf der Bühne.
Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder - Ausnahme: Bayern - angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Die feierliche Einleitung des Grundgesetzes lautete (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid, einer der sogenannten "Väter" des deutschen Grundgesetzes, schrieb damals über den letzten Satz der Präambel (x024/226-227): >>Dieser letzte Satz der Präambel ist ein unverjährbarer Auftrag, dem sich alle deutsche Politik zu unterwerfen hat. Das Grundgesetz hat es also ausdrücklich vermieden, irgend etwas aufzunehmen, aus dem der Schluß gezogen werden könnte, es sei von einer eigenen westdeutschen Staatsnation ausgegangen.<<

Der deutsche Historiker Hermann Graml schrieb später über das "Wiedervereinigungsgebot" in der Präambel des Grundgesetzes (x073/233-234): >>Es existierte doch immer noch ein ungebrochenes Nationalgefühl ...

Die Vorstellung, die Nation könne dauernd oder auch nur längere Zeit getrennt bleiben, erschien unter dem Einfluß des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit nach wie vor nahezu allen Westdeutschen nicht allein als unerträglich, sondern als absurd.

Daher wurde die Bundesrepublik, obwohl und weil ihre Gründung, die Spaltung der Nation gerade so recht sichtbar gemacht hatte, notwendigerweise - auch von der Regierung und ihrem Kanzler - als Provisorium verstanden, ihre Wiedervereinigung mit der vorerst draußen gebliebenen SBZ zu einem mit Selbstverständlichkeit proklamierten Ziel deutscher Politik.<<

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. veröffentlicht später (am 22. Mai 2019) folgende Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes (x934/…): >>**Erika Steinbach zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes**

Geburtstagskind in Not − Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes

Von Erika Steinbach - Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

Das rechtliche Fundament der Bundesrepublik Deutschland, unser Grundgesetz, hat siebzigsten Geburtstag.

Es ist ein Geburtstag für ein Geburtstagskind, das eigentlich nur ein Provisorium hatte sein sollen. Die Verfassungsväter und -mütter wollten zunächst lediglich eine rechtliche Grundla-

ge schaffen, um einer erschütterten Gesellschaft nach schrecklicher Diktatur und einem verheerenden Krieg mit all seinen Verwerfungen für eine Übergangszeit den Rechtsrahmen für den Wiederaufbau Deutschlands zu schaffen. Dabei aber nicht nur eine rechtliche Grundlage, sondern auch eine moralische Leitlinie.
Allerdings nicht für das ganze Deutschland. Das war in dem faktisch bereits geteilten Deutschland nicht mehr möglich. Aber man trug Vorsorge für ein geeinigtes Vaterland, denn die Hoffnung war bei den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates vorhanden, daß die sowjetische Besatzungszone in naher Zukunft wieder mit den Westzonen vereinigt sein würde. Man wollte die Tür offen lassen, daß bei einer Wiedervereinigung des geteilten Deutschland durch eine konstituierende Nationalversammlung eine endgültige Verfassung erarbeitet werden konnte. Niemand glaubte oder ahnte damals an eine viele Jahrzehnte andauernde Teilung.
Dem Parlamentarischen Rat war wichtig, in den ersten Artikeln des Gesetzes elementare Grundlagen für eine freiheitliche Demokratie fest zu verankern. In 19 sogenannten Grundrechten wurden der Schutz der Menschenwürde, die Glaubensfreiheit, die Meinungsfreiheit- und Pressefreiheit, die Freiheit für Forschung und Lehre, der Schutz von Ehe und Familie so fest verankert, daß eine Abschaffung der Artikel 1 und 20 selbst mit einer Zweidrittelmehrheit nicht mehr möglich ist.
Endlich, am 23. Mai 1949, vor 70 Jahren, findet in der letzten Sitzung des Parlamentarischen Rates die feierliche Verkündigung des Grundgesetzes in Bonn statt. Der Präsident des Gremiums, Konrad Adenauer, stellte fest: "Heute, am 23. Mai 1949, beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes. Heute wird nach der Unterzeichnung und Verkündigung des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten. Wer die Jahre seit 1933 bewußt erlebt hat, … der denkt bewegten Herzens daran, daß heute, mit dem Ablauf dieses Tages, das neue Deutschland entsteht."
Konrad Adenauer machte auch deutlich, daß trotz der Vorgaben durch die Besatzungsmächte dieses Grundgesetz "auf freiem Willen" und "auf der freien Entscheidung des deutschen Volkes" im Parlamentarischen Rat erarbeitet wurde. Wer sich die Hartnäckigkeit vor Augen führt, mit der Konrad Adenauer in seiner gesamten anschließenden Kanzlerschaft Schritt um Schritt mit Geschick und Schläue wieder Souveränitätsspielräume für Deutschland trotz der Besatzungsmächte erkämpfte, nimmt ihm diesen Satz ab. …<<
Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Abb. 78 (x090/309): Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das von den Länderparlamenten ratifizierte Grundgesetz in Bonn am 23 Mai 1949.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationie-

rungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.
In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.
Am 14. August 1949 fand in den 3 Westzonen die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<
Konrad Adenauer wurde am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt. Bundeskanzler Adenauer bildete daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.
Bundeskanzler Adenauer berichtete während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über die Konstituierung der Bundesregierung und das Besatzungsstatut (x973/…): >>Meine Damen und meine Herren! Das Werden des neuen Deutschlands hat sich nach den langen Verhandlungen im Parlamentarischen Rat und den Wahlen zum Bundestag am 14. August mit großer Schnelligkeit vollzogen.
Am 7. September haben sich der Bundestag und der Bundesrat konstituiert; am 12. September hat der Bundestag den Bundespräsidenten gewählt, am 15. September den Bundeskanzler. Der Bundespräsident hat mich daraufhin am gleichen Tage zum Bundeskanzler ernannt. Heute, am 20. September, hat er auf meinen Vorschlag die Bundesminister ernannt.
Mit der Konstituierung der Bundesregierung, die am heutigen Tage erfolgt ist, ist auch das Besatzungsstatut in Kraft getreten. Wenn auch die Zuständigkeit des Bundestags und der Bundesregierung durch das Besatzungsstatut beschränkt ist, so darf uns doch diese Entwicklung, dieses Werden des deutschen Kernstaates mit Freude erfüllen.
Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen des nationalsozialistischen Reichs, ist groß. Zwar müssen wir uns immer bewußt sein, daß Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei sind, daß es noch nicht gleichberechtigt neben den anderen Völkern steht, daß es - und das ist besonders schmerzlich - in zwei Teile zerrissen ist. Aber wir erfreuen uns doch einer wenigstens relativen staatlichen Freiheit. Unsere Wirtschaft ist im Aufstieg. Wir haben vor allem aber wieder den Schutz der Persönlichkeitsrechte.
Niemand kann bei uns, wie das im nationalsozialistischen Reich der Fall war und wie es jetzt noch in weiten Teilen Deutschlands, in der Ostzone, zu unserem Bedauern der Fall ist, durch Geheime Staatspolizei oder ähnliche Einrichtungen der Freiheit und des Lebens beraubt werden. Diese Güter: Rechtsschutz, Schutz der persönlichen Freiheit, die wir lange Jahre nicht besaßen, sind so kostbar, daß wir trotz allem, was uns noch fehlt, uns darüber freuen müssen, daß wir diese Persönlichkeitsrechte wieder besitzen. …
Unter den Bundesministerien fehlt ein Außenministerium. Ich habe auch nicht den an mich herangetragenen Wünschen stattgegeben, ein Ministerium für zwischenstaatliche Beziehungen einzurichten. Ich habe das deshalb nicht getan, weil nach dem Besatzungsstatut die auswärtigen Angelegenheiten unter Einschluß internationaler Abkommen, die von Deutschland oder im Namen Deutschlands abgeschlossen werden, Sache der Alliierten Hohen Kommission für die drei Zonen sind.
Wenn wir demnach auch kein Ministerium des Auswärtigen haben, so bedeutet das keineswegs, daß wir damit auf jede Betätigung auf diesem Gebiete Verzicht leisten. Das Paradoxe

unserer Lage ist ja, daß, obgleich die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands von der Hohen Alliierten Kommission wahrgenommen werden, jede Tätigkeit der Bundesregierung oder des Bundesparlaments auch in inneren Angelegenheiten Deutschlands irgendwie eine ausländische Beziehung in sich schließt. Deutschland ist infolge Besatzung, Ruhrstatut, Marshall-Plan usw. enger mit dem Ausland verflochten als jemals zuvor.
(*Abgeordneter Renner: "Verflochten" ist gut!*)
Diese Angelegenheiten werden in einem im Bundeskanzleramt zu errichtenden Staatssekretariat zusammengefaßt werden. Davon abgesehen glaube ich, daß die Hohen Kommissare infolge der großen Verantwortung, die sie tragen, keine wichtige Entscheidung in deutschen ausländischen Angelegenheiten treffen werden, ohne mit der Bundesregierung vorher Fühlung genommen zu haben. Die Erfahrung, die ich in den wenigen Tagen meiner Amtstätigkeit gemacht habe, berechtigt mich durchaus zu dieser Annahme. …
Ich bin überzeugt: wenn, wie es in dem Besatzungsstatut vorgesehen ist, nach 12 Monaten und auf jeden Fall innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Statuts die Besatzungsmächte seine Bestimmungen im Lichte der Erfahrungen prüfen, die sie inzwischen gemacht haben, werden die Mächte sicher zu dem Ergebnis kommen, daß es möglich sein wird, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf den Gebieten der Legislative, der Exekutive und der Justiz weiter auszudehnen.
Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort über unsere Stellung zum Besatzungsstatut sagen! Das Besatzungsstatut ist alles andere als ein Ideal. Es ist ein Fortschritt gegenüber dem rechtlosen Zustand, in dem wir bis zum Inkrafttreten des Besatzungsstatuts gelebt haben. Es gibt aber keinen andern Weg für das deutsche Volk, wieder zur Freiheit und Gleichberechtigung zu kommen,
(*Abgeordneter Renner: Friedensvertrag!*)
als indem es dafür sorgt, daß wir nach dem völligen Zusammenbruch, den uns der Nationalsozialismus beschert hat, mit den Alliierten zusammen wieder den Weg in die Höhe gehen. Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen.<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stimme, seiner eigenen.
Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.
Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302): >>... Denn wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte. ...<<
Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut der Alliierten in Kraft. Es schränkte die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wurde schließlich 1955 durch die Pariser Verträge teilweise aufgehoben.
Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entschied sich am 3. November 1949

für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.

Gebiete des Deutsches Reiches (Fläche in qkm, Bevölkerung per 31.12.1950:

Deutsche Provinzen, Länder und Landesteile	**Fläche in qkm Stand: 1950**	**Deutsche Bevölkerung Stand: 1950**	**Einwohner je qkm Stand: 1950**
Westdeutschland (BRD)	245.275	47.589.300	194
Berlin	890	3.325.200	3.736
Saargebiet	2.559	948.700	371
Sowjetische Besatzungszone (DDR)	107.173	17.600.000	164
	355.897	**69.463.200**	**195**
Deutsche Ostgebiete (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens)	13.200	.	.
Deutsche Ostgebiete (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern)	101.448	.	.
	470.545	.	.

Quellen: KNAURS LEXIKON, München 1953 (x038/295).

Deutschland mußte nach dem Zweiten Weltkrieg 24,4 % seines Staatsgebietes (in den Grenzen von 1937) abtreten.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 15. November 1950 (x095/114-119): >>... Sowjetrußland hat sich seit 1945 die Herrschaft über Gebiete von zusammen 12 Millionen qkm verschafft. Es ist dabei in derselben Art und Weise vorgegangen: 5. Kolonne, Einschüchterung der widerstandsbereiten Elemente in den zu unterwerfenden Staaten, Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Wege der Gewalt, Einheitspartei, Einheitswahlen, Sowjetrußland hörige Regierungen.

Die Expansionstendenz Sowjetrußlands seit 1945 ist derartig eklatant, daß man nicht versteht, wie es möglich war, daß die Westalliierten dem so lange untätig zugesehen haben. Es spricht auch nichts dafür, daß diese Expansionspolitik nicht weiter verfolgt werden soll.

Im Gegenteil, die Ansammlung sowjetrussischer Armeen in der Sowjetzone Deutschlands, die Schaffung des Satellitenstaates "Sowjetzone Deutschland" nach der oben geschilderten Methode, die Schaffung der sogenannten Volkspolizei, die Wühlarbeit in der Bundesrepublik, in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen völlig klar erkennen, daß Sowjetrußland die Absicht hat, seine Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen.

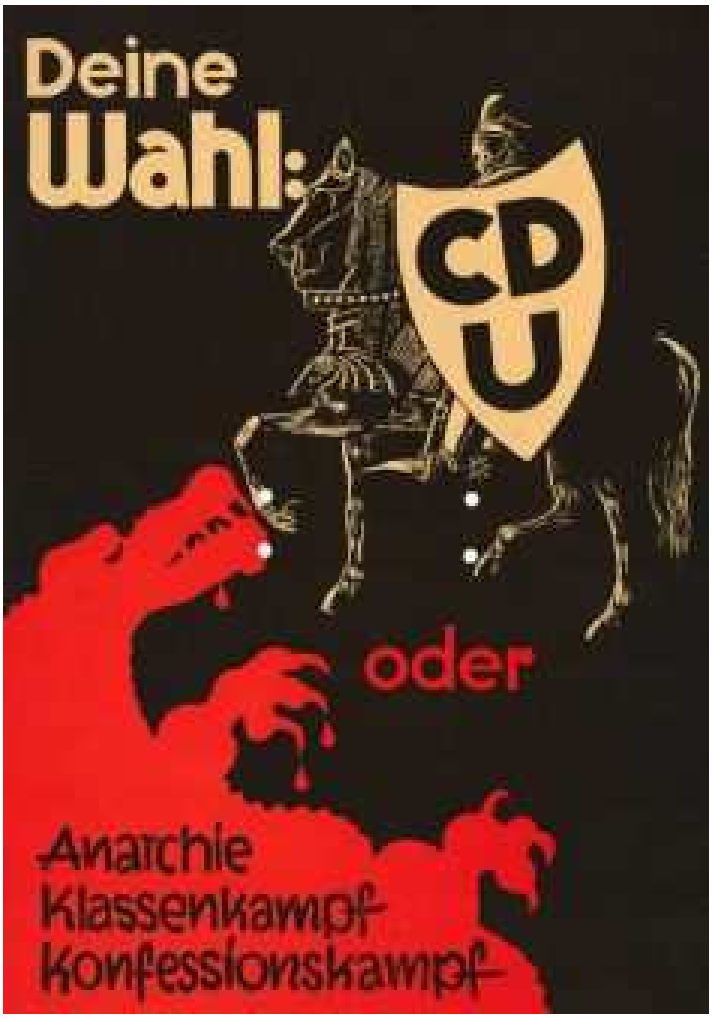
Das Verhalten der westdeutschen Staaten demgegenüber, insbesondere auch die Einstellung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Abwehrfront einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, lassen den mangelnden Widerstandswillen und die mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage sehr deutlich erkennen.

Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet.

Auch das Bewußtsein, abhängig und nicht frei zu sein, schränkt in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Überzeugung, daß es notwendig sei, auch unter Opfern sich die Freiheit von Sowjetrußland zu bewahren, in starkem Maße ein.

Man kann nur dann von einem Volk verlangen, für die Freiheit alles zu opfern, wenn es wirk-

lich frei ist und wenn es davon überzeugt ist.
Hinzu kommt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht davon überzeugt sind, daß die Westalliierten wirklich bereit sind, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Bundesrepublik vor einem Einbruch sowjetischer Truppen zu schützen. ...
Diese defaitistische Stimmung, die von der Ostzone her aus tausend Quellen genährt wird, war besonders stark nach dem Angriff der Nordkoreaner auf Südkorea. Die Stimmung besserte sich, als die Nordkoreaner durch die UNO-Streitkräfte zurückgeschlagen wurden. ...
... Ein Volk wird nur dann Opfer für seine Freiheit bringen, wenn es überzeugt ist, im Besitze dieser Freiheit zu sein. Diese Überzeugung besteht im deutschen Volke noch nicht und kann auch noch nicht bestehen. In einer sichtbaren und die breiten Massen überzeugenden Weise müssen, wenn das deutsche Volk Kontingente stellen soll, Beweise dafür gegeben werden, daß dem deutschen Volke seine Freiheit in kürzester Frist wiedergegeben wird. Sicher wird das nicht auf einmal möglich sein, aber es muß doch ein sehr starker Fortschritt für alle sichtbar eintreten.
Die Auslieferung von Deutschen an Frankreich zur Aburteilung und die Verhaftung dieser Personen durch Organe der Besatzungsbehörden unter der Begründung, daß der Wille der Besatzungsbehörden über dem deutschen Grundgesetz stehe, und eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge erzeugen sehr viel böses Blut ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Konrad Adenauer (x343/12-14): >>**Der Alte und der Pfälzer**
_ *von Jürgen Elsässer*
Konrad Adenauer und Helmut Kohl ragen wie Riesen aus der Ahnengalerie der Unionsparteien heraus. Doch bei allen Leistungen haben beide auch gravierende Fehler zu verantworten, die die heutige Misere von Staat und Nation ermöglicht haben.
Die Geschichte der CDU ist die Geschichte dreier herausragender Kanzler, die jeweils weit länger als ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes bestimmten: Konrad Adenauer steht für Wirtschaftswunder und Westbindung, Helmut Kohl brachte die Einheit und den Euro, Angela Merkel setzte Grenzöffnung und Islamisierung durch. Unter den ersten beiden ist der Wohlstand für alle Volksschichten gewachsen, unter letzterer hat sich die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt etabliert - zu Lasten von Mittelstand und Arbeiterschaft.
Auf nach Westen
Adenauer, nach seinem Wohnort in der Nähe der alten Bundeshauptstadt auch als "der Alte aus Rhöndorf" tituliert, brachte die Tradition der katholischen Zentrumspartei aus der Weimarer Republik als wichtige Erbschaft in die Gründung der CDU mit ein. Als Oberbürgermeister von Köln (1917 bis 1933) war er dezidiert antipreußisch gewesen - die Stadt und andere Gebiete des heutigen Bundeslandes NRW gehörten damals noch zum größten deutschen Teilstaat - und hatte nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Separierung des Rheinlandes an der Seite Frankreichs geliebäugelt.
Diese frühe Prägung ist der Politiker nie losgeworden: Zeitlebens fand er kein Verhältnis zu den Menschen und Mentalitäten östlich der Elbe, wo ab 1949 die "roten Preußen" der SED - so ein Bonmot des Publizisten Wolfgang Venohr - das Sagen hatten. Nach einer Anekdote hat Adenauer auf seinen Reisen durch den Osten immer die Rollos nach unten gezogen und geschimpft: "Da draußen ist Sibirien."



Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1946. Im Gegensatz zum katholischen Zentrum verstand sich die CDU an als überkonfessionelle christliche Partei. Foto: CDU/KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Sein rheinisches Naturell ermöglichte ihm aber auch große Leistungen: Die sprichwörtliche kölnische Umgänglichkeit machte ihn zum idealen Verhandlungsführer bei den schwierigen Gesprächen mit den Siegermächten und mit Israel. Frankophilie und Katholizismus erleichterten insbesondere eine enge Freundschaft mit Charles de Gaulle und damit eine Aussöhnung mit dem alten Erbfeind jenseits des Rheins. Dabei strahlte er eine Ernsthaftigkeit und Frömmigkeit aus, die ihn in den turbulenten Nachkriegsjahren positiv abhoben von der klassenkämpferischen Linken - er war die charakterliche Identifikationsfigur für die große Mehrheit der leidgeprüften Deutschen.

Ein Schuß Machiavellismus war freilich unverkennbar: Die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 sicherte er sich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen. Und in den Verhandlungen mit Moskau und Ostberlin folgte er der Devise: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Das machte den "Bundeskanzler der Alliierten" - so die Schmähung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher - für die amerikanische Besatzungsmacht zum idealen Statthalter in der Zeit des Kalten Krieges: Der Alte war, schon aus Eigeninteresse am Machterhalt, völlig unempfänglich für alle Avancen aus dem Osten. Den von Washington geforderten Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO (1955) setzte Adenauer zuverlässig gegen die sozialdemokratische Opposition durch, die Kommunistische Partei ließ er 1956 gleich ganz verbieten.

Diese Haltung stabilisierte zwar den Teilstaat, verhinderte aber die Einheit Deutschlands. Da-

bei hätte es diese Chance gegeben: 1951 schlug DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Fahrplan zur Wiedervereinigung vor, den Adenauer ablehnte und mit einem Gegenvorschlag konterte. "Danach hätte der erste Schritt in freien gesamtdeutschen Wahlen zu einer Nationalversammlung bestanden, zu der sämtliche Parteien zugelassen werden sollten. Zur großen Überraschung westlicher Beobachter ging Ost-Berlin auf diese Forderung ein", faßt der Historiker Gregor Schöllgen in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Doch paradoxerweise verweigerte sich Adenauer erneut.

Der nächste Vorstoß kam direkt aus Moskau. Diktator Josef Stalin bot ihm April 1952 ein neutrales Deutschland an, alle fremden Truppen sollten abgezogen werden und dann freie Wahlen stattfinden. Auch dieser Vorschlag wurde von den Westmächten torpediert. Ihre List: Der Urnengang sollte von den Vereinten Nationen kontrolliert werden - was damals für die UdSSR unannehmbar war, da die USA unter formalem Kommando der UNO gerade einen Krieg gegen das sozialistische Nordkorea führten.

Adenauers Entgegenkommen gegenüber den Besatzern ging sogar so weit, im Jahr 1954/55 die Herauslösung des Saarlandes aus Deutschland und dessen Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich zu billigen. Das Vorhaben scheiterte nur an der Hybris in Paris: Dort wollte man das sogenannte Saarstatut durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen und ging von einer sicheren Mehrheit bei den Saarländern aus. Doch die stimmten mit über zwei Dritteln für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik - und ermöglichten damit eine erste kleine Wiedervereinigung.

Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Adenauers Devise

Es spricht jedoch für Adenauer, daß er trotz aller Westverbundenheit auch weiter die Fühler nach Osten ausstreckte. Ein großartiges Resultat zeigte sein Moskau-Besuch im Jahr 1955 - dort konnte er die Freilassung der verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen aushandeln. Selbst Spuren zu einer "geheimen Ostpolitik" (Schöllgen) finden sich in den Akten.

Bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Andrej A. Smirnow 1958 in Bonn fragte er unvermittelt, ob die Russen bereit wären, "der Sowjetzone den Status von Österreich zu geben", also die neutrale Eigenstaatlichkeit. Doch die Initiative verlief im Sande, wohl auch, weil Moskau mit SED-Chef Walter Ulbricht schon an Plänen zur Abriegelung der Zonengrenze arbeitete. Adenauers Mut kam zu spät.

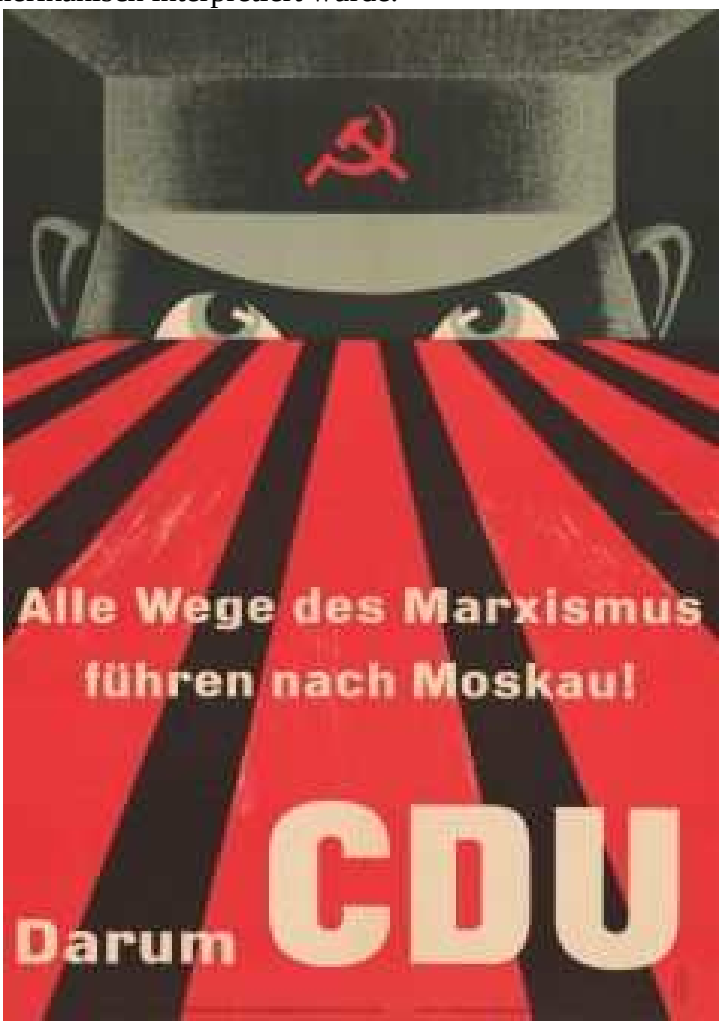
Zwischen Washington und Paris

Die Wiedervereinigung, die Adenauer 1952 als Geschenk Moskaus nicht akzeptieren wollte, erhoffte er sich durch eine Politik der Stärke an der Seite der NATO, die auch die Bereitschaft zur militärischen Konfrontation einschloß. Tatsächlich galt in den USA zu Anfang der 1950er die Doktrin des sogenannten Rollback - und im Koreakrieg gab es Planungen, dieses Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses auch mit Hilfe von Atomwaffen durchzusetzen. Doch der Sputnik-Schock kühlte die Gemüter ab: Mit dem weltweit ersten Start eines Satelliten demonstrierten die Sowjets 1957, daß ihre Raketen auch den amerikanischen Kontinent erreichen konnten.

In der Folge nahm die Bereitschaft der USA rapide ab, für die Wiedervereinigung in einen Krieg zu ziehen, der auch ihr eigenes Territorium hätte verwüsten können. Adenauer war freilich kein Hasardeur: Nach dem Mauerbau zeigte er sich zwar enttäuscht über die Zurückhaltung von Präsident John F. Kennedy - für ihn ein "Schaumschläger" -, aber goß selbst auch kein Öl ins Feuer und besuchte die "Frontstadt" in den heißen Tagen nach dem 13. August 1961 nicht. Dennoch stellte die neue US-Politik die Union vor ein Dilemma.

Zwei Fraktionen bildeten sich heraus: Die Atlantiker um Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem wesentlich jüngeren SPD-Politiker) und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard standen gegen die Gaullisten um Strauß und Adenauer. Diese versuchten mit den Franzosen die Lücke zu schließen, die das amerikanische Desengagement in der deut-

schen Frage gelassen hatte. Besonders Strauß war eifrig und hatte schon 1957/58 mit Paris an einer Atomwaffenzusammenarbeit gebastelt. Es gibt Hinweise darauf, daß sein Sturz in der Spiegel-Affäre 1962 nicht ohne Hilfestellung der amerikanischen Geheimdienste zustande kam.
Adenauer stellte es klüger an. Sein Besuch in Frankreich 1962 fand in der alten Krönungsstadt Reims ihren Höhepunkt bei einer deutsch-französischen Truppenparade - 17 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungeheure Symbolik! -, und die Gegenvisite De Gaulles im selben Jahr glich geradezu einem Triumphzug. Im Januar 1963 wurde ein deutsch-französischer Vertrag unterzeichnet, der eine privilegierte Zusammenarbeit beider Staaten vorsah und von Kritikern als antiamerikanisch interpretiert wurde.



Nicht nur im Bundestagswahlkampf 1953 setzte die CDU auf harten Antikommunismus. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Doch der Druck der Atlantiker, auch in der CDU, war so stark, daß der Vereinbarung in der deutschen Fassung eine Präambel vorangestellt wurde, die das Dokument weitgehend entwertete. De Gaulle mußte seinen Weg, der ihn zum Austritt aus der Militärstruktur der NATO führen sollte, allein weitergehen - die BRD blieb an der Seite der USA. …<<

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Der "Deutsche Volksrat" veröffentlichte am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß

eines Friedensvertrages.
Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.
Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.
Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besatzung.
Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...
1. Entstehungsgeschichte
Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle maßte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...
2. Inhalt
Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).
Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien. Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ...
Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.

... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Volkskammer" (x009/466): >>Volksvertretung der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der Verneinung des Gewaltentrennungsgrundsatzes und der zentralstaatlichen Tendenz der Verfassung außerordentlich stark ausgestaltet ist - "höchstes Organ der Republik", Art. 50 der Verfassung.

Infolge der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse stellt sich die Volkskammer als Scheinparlament dar. ... Die Volkskammer konstituierte sich ... nach der am 15.10.1950 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 9.8.1950 durchgeführten Abstimmung über die Einheitsliste der Nationalen Front endgültig. Angeblich sollen 99,7 % der Stimmberechtigten für die Einheitsliste gestimmt haben. ...<<

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR ging die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK wurden Minister und Staatssekretäre.

Abb. 79 (x315/152): Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 42/1949 berichtete am 13. Oktober 1949 über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: >>**Weg**
Die Sowjetunion vollzog den verwaltungstechnischen Gegenzug zu Bonn. Auf einem ersten Staats-Empfang der ostdeutschen Volkskammer gab SMA-Chef Wassili Tschuikow den Entschluß der Sowjetregierung bekannt, "der provisorischen Regierung der deutschen demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen zu übertragen, die bisher der sowjetischen Militäradministration zustanden". An deren Stelle tritt eine sowjetische Kontrollkommission. General Tschuikow nannte die westdeutsche Bundesregierung eine spalterische Marionetten-Regierung …<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ...
Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 - ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt - zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.
... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.
Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.
Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<
Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht.
Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche. Alle DDR-Bürger wurden regelmäßig fast überall überwacht und Andersdenkende systematisch unterdrückt. Persönliche Freiheitsrechte gab es nicht. Jegliche freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen und sonstige kulturelle Einrichtungen wurden systematisch zensiert.
Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft so-

zial völlig gleich sein sollten, erzogen. In den Schulen mußte Russisch - ab Klasse 5 - als erste Fremdsprache gelehrt werden.
Die Kommunisten strebten besonders die Zusammenfassung von Atheisten und Gläubigen an und ließen fast keinen Raum für irgendeine Religion. Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 wurde die Reisefreiheit der DDR-Bürger drastisch eingeschränkt. Die allgegenwärtigen Mitarbeiter der Stasi bespitzelten und bekämpften noch eifriger alle potentiellen Staatsfeinde.
Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über die "Deutsche Demokratische Republik" (x313/400-402): >>Die Deutsche Demokratische Republik war weder demokratisch noch eine Republik, tat aber alles, um die Illusion einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Auch die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim. Zwar waren verschiedene Parteien zugelassen, die allerdings streng kontrolliert wurden. Der Ausgang bei den Wahlen stand von vorneherein fest. Sie wurden stets euphorisch als Sieg des Systems gefeiert.
Russisch war die erste Fremdsprache, die in den Schulen gelehrt wurde. Rund 16 Millionen … Mitteldeutsche wurden damals auf die marxistische Ideologie eingeschworen und "umerzogen".
Am Anfang bemühte sich die von den Sowjets kontrollierte Regierung, das Land schnell wieder auf die Beine zu bringen und die Industrieproduktion anzukurbeln. Mit Hilfe von Fünfjahresplänen erzielte man besonders im Bereich der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft (Braunkohle) erstaunliche Produktionserfolge. Zu Beginn der 70er-Jahre war die DDR kurzzeitig das zehntgrößte Industrieland der Erde. ...
Auf der anderen Seite gab es in der DDR nicht genügend Konsumgüter - Autos, technische Geräte, Telefone -, und auch andere Handelsgüter waren knapp. Die Infrastruktur hinkte hinterher, und die Produktionsmethoden wurden mit der Zeit ineffizient. Am erbärmlichsten war es um die Freiheit bestellt. Über alles wachte der Staat, alles kontrollierte er. Der Staat schien allgegenwärtig zu sein, das Individuum war nichts, der Staat alles.
... Die Ausbildung war zum Teil hervorragend, doch wenn es um geisteswissenschaftliche Fächer ging, dann wurde stramm in Richtung Marxismus/Leninismus indoktriniert.
Genau genommen wurden die Menschen in der DDR nach Strich und Faden belogen und betrogen. Mithilfe einzelner, sichtbarer Erfolge, wie z.B. im Hochleistungssport, versuchte man, so etwas wie ein eigenes deutsches Bewußtsein zu schaffen, doch das mißlang.
Die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Radio, Fernsehen und Kunst wurden streng zensiert. Die DDR war eine lupenreine Diktatur, selbst wenn es einige Freiräume und Bürgerrechtler gab, man westliche Sender hören und sehen konnte und im Rahmen der Kirchen so manches laut gesagt wurde.
Aber schon die Reisefreiheit war beschnitten, die allgegenwärtige MfS bespitzelte alle und jeden. Es gab rund 90.000 offizielle und etwa 100.000 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi - eine unerhörte Menge für ein Land mit rund 16 Millionen Einwohnern. Jeder ... 84. Bürger war ein Spitzel!
Opposition wurde grundsätzlich im Keim erstickt … Es handelte sich um einen Unrechtsstaat, kontrolliert von der Sowjetunion, die mehr als 300.000 Soldaten in der DDR abgestellt hatte, vom KGB ganz zu schweigen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hielt alles fest im Griff. Erst Walter Ulbricht, dann ab 1976 Erich Honecker leiteten diese Diktatur im Auftrage der Sowjets.
Viele Bürger flohen, selbst die "Mauer" half nicht viel, der "antifaschistische Schutzwall", wie er offiziell genannt wurde. Das Recht wurde regelmäßig gebeugt. Menschen überall überwacht und Andersdenkende unterdrückt.
Die Hypothek wog schwer: Bis zum Jahre 1945 wurden die Menschen in der DDR mit dem Nationalsozialismus traktiert, danach versuchte man, ihnen den Marxismus-Kommunismus einzuhämmern. ...<<

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die sog. "freien, geheimen Wahlen" waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht. Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche.
Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen.

Die Oder-Neiße-Linie sowie Spaltung statt Vereinigung" Mittel- und Westdeutschlands
Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich zunächst um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete. Diese Bemühungen währten schließlich nur bis zum 7. Dezember 1970 (Warschauer Vertrag).
Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der Sowjetischen Besatzungszone und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.
Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.
Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".
In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.
Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.
Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<
Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen

zu treffen.
Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtete später über das Görlitzer Abkommen (x125/-112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.
Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.
Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten – Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".
Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 – oder 1949 - untergegangen. Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 3. Juni 2000) über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>**Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**
Als "null und nichtig" bezeichnete am 9. Juni 1950 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das drei Tage zuvor in Warschau von Vertretern der DDR und Polens unterzeichnete Regierungsabkommen, das am 6. Juli 1950 in Görlitz, genauer in dessen rechts der Neiße gelegenem Teil, förmlich geschlossen werden sollte.
Unwirksam seien die dort getroffenen Vereinbarungen über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen, niemals werde sich die Bundesregierung als Sprecherin des gesamten deutschen Volkes mit "der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden". …
Tatsächlich konnten weder die DDR noch die Bundesrepublik mangels Souveränität über eine mit der Grenzfestlegung verbundene Abtretung deutschen Gebiets verfügen. Der durch die Potsdamer Vereinbarungen keineswegs eliminierte deutsche Gesamtstaat war aufgrund fehlender Organe hierzu ebenfalls nicht in der Lage.
Als völlig abwegig beurteilte man die Festschreibung einer "Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland" also ein Handeln der DDR im Namen ganz Deutschlands, als dessen reorganisierter Kernteil sie sich verstand.
Alle Bundesregierungen bis 1969 betonten in der Folge konsequent den allenfalls provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze. Immer wieder gab es entsprechende Bekundungen von Politikern der Regierungs- sowie der Oppositionsparteien.
So attestierte etwa Willy Brandt 1963 in der Stuttgarter Zeitung demjenigen, der "der diktierten Grenzlinie (an Oder und Neiße) zustimmt", daß er "es nicht gut mit den zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen" meine. Auf Regierungsebene sprach sich Brandt als Außenminister erstmals 1968 für eine "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" aus.
Bekanntlich spielte die Grenzfrage in den deutsch-polnischen Vereinbarungen der frühen 70er Jahre eine bedeutende, die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema polarisierende Rolle. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 stellten die Bun-

desrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegt worden sei, "die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet". Sie erklärten, "daß sie gegeneinander keine Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden".
Daß mit diesen von der sozial-liberalen Regierung ausgehandelten Formulierungen keinerlei Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung erfolgt sei, sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" bildeten, bekräftigte auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag am 10. Mai 1972 - eine Auffassung, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu den Ostverträgen vom 7. Juli 1975 bestätigte.
Tatsächlich verfestigte sich jedoch die Grenze an Oder und Neiße im Bewußtsein vieler Politiker sowie großer Teile der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit immer mehr. Selbst manche Vertreter der christlich-liberalen Regierungen nach 1982 stellten nur noch in Sonntagsreden für Vertriebene die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in Frage. …<<
Der Alterspräsident Paul Löbe (1875-1967) erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages (außer KPD) zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.
Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<
Der Deutsche Bundestag beschloß am 14. September 1950 (x353/80): >>… Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln.<<
"Bild-Extra" berichtete am 31. Dezember 1950 über das Elend der deutschen Heimatvertriebenen (x305/12-13): >>**13 Millionen suchen eine Heimat** ...
Alles, was die Menschen haben, steckt in Koffern oder Kartons. Drei Quadratmeter Freiheit für jeden Flüchtling, einem Häftling stehen sechs zu.
Der Zweite Weltkrieg bescherte Deutschland die größte Völkerwanderung seiner Geschichte. 13 Millionen Menschen sind seit Kriegsende gen Westen gezogen. Sie alle suchen eine neue Heimat.
In der Bundesrepublik ist jeder fünfte Bürger ein Vertriebener. Jeder zehnte ein DDR-Flüchtling. Dazu kommen die Zwangsausgesiedelten und die Heimkehrer. Die meisten müssen in Sammelbaracken, ehemaligen Arbeitslagern und Wehrmachtsbunkern leben. Täglich passieren 15.000 neue Flüchtlinge die Grenze.
Zu der Wohnungsnot kommt die soziale Armut. Zwei Drittel der Vertriebenen und Flüchtlinge erhalten "Soforthilfe" von rund 45 Mark. Die Not schweißt die Vertriebenen zusammen. Die verschiedenen Landsmannschaften organisieren sich, helfen einander, machen Heimattreffen. ...<<
Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher berichtete am 1. März 1951 in Berlin (x353/80): >>… Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 … erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neisse-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.<<

Nach einer Flüchtlings-Sondererhebung lebten am 31. Dezember 1950 in Schleswig-Holstein noch etwa 14,5 % der Vertriebenen in behelfsmäßigen Massenunterkünften (x153/25).
Bei der Volkszählung im Jahre 1950 wurden in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35). Diese ehemaligen deutschen Staatsangehörigen wurden als Autochthone - d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier - wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert oder als unabkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen, sondern zur Option für Polen gezwungen.
Der CDU-Politiker Hans Lukaschek, von 1949-53 Minister für Vertriebene, beauftragte im Jahre 1950 bekannte deutsche Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten.
Am 27. Januar 1951 wurde die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entstand.
Am 8. April 1951 wurde der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigte man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.
Die Bundesregierung beschloß am 22. Mai 1951, weitere 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln, um die Gemeinden zu entlasten und die Eingliederung der Vertriebenen zu fördern (x182/218).
Stalin schlug den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >>Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwikkeln. ...
Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...
Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Stalin-Note von 1952 (x283/239-241): >>... Stalins Angebot weckte in Deutschland große Hoffnungen. Es fand verbreitete Zustimmung, zumal bei der SPD. In diesem Sinne empfahl auch Ernst Reuter, auf das Angebot behutsam einzugehen.
Anders dachte der frankophile (franzosenfreundliche) Adenauer, der 1923 die Lostrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben hatte.
Berlin wäre nach Stalins Plan 1952 wieder Hauptstadt geworden. Bei den avisierten gesamtdeutschen Wahlen war mit einem Sieg der Sozialdemokraten zu rechnen, und überhaupt schien dem Kanzler wohl ein Zuwachs an Preußen und Protestanten unsympathisch.
Gleichwohl verleugnete Adenauer das Ziel einer Wiedervereinigung nicht geradewegs, verstand sich dazu aber erst nach erfolgter Westbindung der Bundesrepublik und einer Umwälzung in Osteuropa. Damit war er seiner Zeit allzu weit voraus. Zunächst wollte Adenauer verhindern, daß seine Politik in Gefahr geriet, was Stalin in aller Offenheit bezweckte. Denn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stand unmittelbar vor dem Abschluß.
Es wurde dann jedoch nicht durch Moskau, sondern – eine Ironie der Geschichte – durch Paris torpediert. Erst drei Jahre später erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.
Adressat der Stalin-Note war nicht Adenauer. Seine Meinung fiel nicht wesentlich ins Gewicht. Gefragt waren die Westmächte. ...

Eine Verhandlung über die Stalin-Note wurde von Washington keineswegs offen abgelehnt, aber auf Druck von Paris, London und Bonn bewußt an Bedingungen gebunden, die für Stalin unannehmbar waren, nämlich an die vorab eingeräumten Möglichkeiten einer Revision der Oder-Neiße-Grenze und eines Beitritts Gesamtdeutschlands zur NATO. Damit war die Chance verspielt, festzustellen, ob Stalins Angebot gutwillig war.
Wäre die von ihm entworfene Lösung zustande gekommen, so hätte sich der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands verzögert, aber es hätte sich auch das unendliche Leid erübrigt, das in den Folgejahren das SED-Regime verschuldet und die fortdauernde Teilung Deutschlands mit sich gebracht hat. Das, was schließlich 1990 mühsam errungen wurde, wäre bereits 1952 erreicht gewesen.
Um diese schmerzhafte Konsequenz einer versäumten Gelegenheit zu vermeiden, empfahl sich der Ausweg, zu bestreiten, daß eine solche Gelegenheit tatsächlich bestand, und die Stalin-Note für bloßes Störfeuer, für Bluff zu erklären. Da der Westen sich aber weigerte, dies durch Verhandlung aller Welt vor Augen zu führen, so kann das nur aus der Besorgnis erklärt werden, daß Stalin es am Ende doch ernst meinte. Aber man wollte das von Moskau vorgesehene Resultat nicht. Daher erübrigte sich der Test, ob Stalin wirklich bereit gewesen wäre, die DDR aufzugeben.
Die neuere Aktenlage zeigt, daß Stalins Vorstoß nur ein propagandistisches Manöver war. ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 23. März 2002 über die "Die Stalin-Note" (x887/...): >>**Moskaus gescheiterter Störversuch**
Die Aufregung bei den Westmächten war groß und die Besorgnis im Bonner Kanzleramt spürbar, als am 10. März 1952 die Nachricht aus Moskau einging, daß die Sowjetregierung einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland vorgelegt habe und eine Viererkonferenz darüber vorschlage.
Tatsächlich hatte an diesem Tag der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und der USA eine Note und ein Memorandum übergeben. Darin regte die Regierung der Sowjetunion die Einberufung einer "Konferenz der vier Großmächte über die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages" an und schrieb wörtlich:
"Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetunion ihrerseits den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor."
Zugleich erklärte sich Moskau bereit, "auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen".
Und was die Aufregung im Westen letztlich auslöste: "Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort auf den oben erwähnten Vorschlag zu erhalten".
Der Kreml suchte also, den Westen unter Zugzwang zu setzen und machte seinen Druck geschickt propagandistisch plausibel, als er im beigefügten "Grundriß zu einem Friedensvertrag mit Deutschland" feststellte:
"Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden."
Worte, denen niemand widersprechen konnte und die in den Ohren der national bewußten Deutschen wie Musik klingen mußten, wie man auch diesseits und jenseits der Zonengrenze gern zur Kenntnis nahm, daß nach Meinung Moskaus "der Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet

werden" müsse. Eine demütigende Aussperrung von den Verhandlungen, wie sie Deutschland 1919 in Versailles widerfuhr, sollte es nicht geben.
Diese wohlberechneten Schmeicheltöne sollten besonders national-konservative Kreise in Westdeutschland für den Vorschlag des Kremls einnehmen und Adenauers eingeleitete Westintegrationspolitik stören. Entsprechend beunruhigt war man im Bonner Kanzleramt über die möglichen psychologischen Auswirkungen der Moskauer Wiedervereinigungsinitiative auf die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung. Starke politische Kräfte gaben damals immer noch dem Streben nach nationaler Einheit den Vorzug vor einer Westbindung. Die gerade in jenem Jahre 1952 stattfindenden Olympischen Winterspiele in Oslo und Sommerspiele in Helsinki dokumentierten durch die Teilnahme einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft noch zusätzlich diesen Einheitswillen und konnten in dieser Tendenz von Moskau für seine Zwecke eingesetzt werden. Alles dieses erfüllte Kanzler Adenauer mit Sorge.
Über die Beibehaltung einer gemeinsamen deutschen Olympiamannschaft hinaus bereitete ihm die augenscheinlich "konzertierte Aktion" zwischen den Ost-Berliner Kommunisten und dem Kreml ungleich größeres Kopfzerbrechen.
Der als "Stalin-Note" in die Geschichte eingegangenen Deutschland-Initiative Moskaus war nämlich ein Ersuchen der DDR-Regierung in Ost-Berlin an die vier Hauptsiegermächte vorausgegangen. Darin wurden die Regierungen in London, Moskau, Paris und Washington gebeten, "den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen", worauf die Sowjetführung mit der Versicherung geantwortet hatte, "alles, was möglich ist, zu tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen". Schon knapp drei Wochen später, am 10. März 1952, übergab dann Gromyko den drei westlichen Vertretern in Moskau die erwähnte Note mit dem beigefügten Memorandum.
Der vorgelegte Friedensvertragsentwurf enthielt neben diskutablen und annehmbaren Punkten wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und die Errichtung einer eigenen Wehrhoheit auch Auflagen wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze und die Neutralisierung Gesamtdeutschlands, Vorbedingungen, von denen der Kreml wissen mußte, daß sie vom Westen und von der Bonner Regierung schwerlich angenommen werden würden und deren Nennung die ganze sowjetische Deutschland-Initiative in den Verdacht brachte, nichts anderes zu bezwecken, als die sich gerade vollziehende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern.
Adenauer war es bekanntlich gelungen, den drei westlichen Besatzungsmächten gegen die Zusage eines deutschen Wehrbeitrags große Zugeständnisse wie die Beendigung ihrer Oberherrschaft in Westdeutschland und die Mitgliedschaft in internationalen Einrichtungen und Organisationen zu erreichen. Dabei nahm die Teilnahme am westeuropäischen Einigungsprozeß absoluten Vorrang ein und innerhalb diesem wiederum die Verständigung mit Frankreich. Als Zeitzeuge der leidvollen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts wußte der deutsche Kanzler, daß am Anfang einer europäischen Einigung die endgültige Beendigung der sogenannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich stehen mußte.
Um dieses Ziel zu erreichen, nutzte er alle sich bietenden Möglichkeiten und Gelegenheiten und begriff selbst Nachteile als Chancen wie etwa die Teilung Deutschlands, mit der er den wiederholt von deutscher Stärke sich bedroht fühlenden Franzosen die Furcht vor einer gegenseitigen Annäherung nahm oder die weitgehend fehlende Souveränität der Bundesrepublik, die es ihm erleichterte, seine deutschen Landsleute für die Zustimmung zur Übertragung von Hoheitsrechten auf übernationale Institutionen wie die Hohe Behörde der Montan-Union zu gewinnen.
Westlichen Nachbarn wie eigenen Landsleuten wußte er, unpopuläre Entscheidungen wie das Ja zur Aufstellung einer westdeutschen Armee mit der sich augenscheinlich verstärkenden Bedrohung durch die Sowjetunion plausibel zu machen. Der Ausbruch des Koreakrieges gab

Adenauers besorgter Beurteilung, daß "die Lage noch nie so ernst" gewesen sei, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit.
Scharfsichtig erkannte der deutsche Kanzler auch die große Bedeutung der handelnden Personen in der Politik und ihrer gegenseitigen Wertschätzung. So fand er für seine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich im französischen Außenminister Robert Schumann einen gleichgesinnten Partner und konnte mit ihm die deutsch-französische Annäherung ein gutes Stück voranbringen; wie er im Übrigen auch im italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi einen ebenso überzeugten Mitstreiter für ein vereinigtes Europa hatte.
Daß er sich mit dem einst reichsdeutschen Rechtsanwalt aus Elsaß-Lothringen und dem ehemals österreichischen Korporal aus Südtirol auf Deutsch unterhalten konnte, empfand der nicht allzu polyglotte frühere Kölner Oberbürgermeister als eine zusätzliche Ermunterung zu weiteren Gemeinsamkeiten.
All' das stand in den Augen des Kanzlers der Bundesrepublik Konrad Adenauer jedoch zur Disposition, wenn die Moskauer "Friedensvertrags-Initiative" ihre erhoffte Resonanz im Westen finden würde. Da kam es ihm zupaß, daß die deutschen Heimatvertriebenen entschieden gegen die in der Moskauer Note geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze Stellung nahmen und vor einem "unbedachten Entgegenkommen des Westens" warnten.
Entsprechend geschlossen standen sie hinter Adenauers Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der am 12. März 1952 in einer Rundfunkansprache zum einschlägigen Punkt im sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf erklärte: "… Nur eines muß gesagt werden: Deutschland kann auf unbestreitbar deutsche Gebiete nicht Verzicht leisten. Wir haben ja schließlich auch die klare Bestätigung der Westmächte, daß in Potsdam keine endgültigen Beschlüsse über die künftigen Grenzen gefaßt wurden."
Dem widersprach erwartungsgemäß die DDR-Regierung in Ost-Berlin. In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer führte dazu Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) am 14. März 1952 aus: "Die im Entwurf der Sowjetregierung vorgeschlagene Regelung der territorialen Fragen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse stellt die einzige reale Lösung dieser Frage dar.
Die Großmächte haben sich im Potsdamer Abkommen über die Grenzen Deutschlands geeinigt. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung Polens ist die Oder-Neiße-Grenze zu einer wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen geworden. Es wird keiner chauvinistischen Hetze mehr gelingen, das enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu trüben."
Worte, die deutsche Heimatvertriebene aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen 45 Jahre später inhaltsgleich bekanntlich wieder hören sollten - nur diesmal von Vertretern einer gesamtdeutschen Regierung und nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks.
1952 sollte nach den Vorstellungen Moskaus eine gesamtdeutsche Regierung als Vorstufe zur Friedenskonferenz gebildet werden, um sie an den Verhandlungen der Siegermächte zu beteiligen und von ihr die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze bestätigt zu bekommen. Ein Ansinnen, das damals - nicht zuletzt auch auf Betreiben Kanzler Adenauers - abgelehnt wurde, zumal die Sowjetunion die von ihr vorgeschlagene gesamtdeutsche Regierung nicht aus freien Wahlen hervorgehen lassen wollte.
Noch weniger akzeptabel erschien den Westmächten die vom Kreml geforderte Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Sie sahen - im Verein mit dem deutschen Bundeskanzler - in einer solchen Festlegung nicht nur eine Bevormundung des deutschen Volkes sondern darüber hinaus auch den durchsichtigen Versuch Moskaus, die sich damals gerade formierende westeuropäische Einigung zu stören.
Die am 18. April 1951 begründete Montan-Union und die am 14. September des selben Jahres ausgesprochene "Billigung eines westdeutschen Wehrbeitrages" durch die drei Westmächte

sollten durch die sowjetrussischen Vorschläge in Frage gestellt werden und die in jenen Wochen des März 1952 zur Unterzeichnung anstehenden Verträge "über die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Westmächten" sowie die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Papierkorb landen. Adenauer betrachtete jedoch diese Verträge als ganz wesentliche Bestandteile seiner Außen- und Deutschland-Politik und wollte sie nicht durch die sowjetischen "Friedensvorschläge" gefährden lassen.
Dem vom Moskauer Kreml vorgetragenen Gedanken, Deutschland eigene nationale Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu gestatten, parierte er am 16. März 1952 mit den Worten: "Die in der Sowjetnote vorgeschlagene nationale deutsche Aufrüstung ist in Anbetracht der fortschreitenden Waffentechnik nicht möglich.
Seit 1945 sind in der militärischen Forschung so große Fortschritte gemacht worden, daß Deutschland aus finanziellen und materiellen Gründen allein auf sich gestellt eine nationale Rüstung nicht aufbauen kann", um dann das Grundkonzept seiner Politik mit dem Satz zu beschreiben: "Ziel der deutschen Politik ist nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen".
Diese als "Politik der Stärke" in die Geschichte eingegangene außenpolitische Strategie wurde bekanntlich 30 Jahre später von US-Präsident Ronald Reagan gegenüber Michail Gorbatschow neu aufgenommen und von seinem Nachfolger George Bush schließlich zum Erfolg gebracht. Späte Erfüllung einer Vision des "Alten von Bonn", die ohne die Abwehr der Stalin-Note vom März 1952 schwerlich eingetreten wäre.
Die Stalin-Note verursachte einen diplomatischen Schlagabtausch, der bis zum Herbst 1952 dauerte. Er konzentrierte sich immer mehr um die Frage, auf welche Weise eine gesamtdeutsche Regierung zustande kommen sollte. Der Kreml wollte sie aus "Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik" und der "Deutschen Bundesrepublik" hervorgehen lassen. Der Westen vertrat dagegen die Meinung, daß sie durch freie gesamtdeutsche Wahlen legitimiert sein sollte und teilte dies der Sowjetregierung in einer gemeinsamen Note Großbritanniens, Frankreichs und der USA am 23. September 1952 mit: "Es kann vor Abhaltung von Wahlen weder eine gesamtdeutsche Regierung gebildet noch Deutschland vereinigt werden."
Und weiter: "Vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in der Lage ist, frei zu verhandeln, ist es unmöglich, die Bestimmungen eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern. Ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland kann durch eine deutsche Vertretung weder verhandelt noch angenommen werden, die nicht die Regierung Gesamtdeutschlands ist, die ihn durchzuführen hätte."
Doch: "Eine solche Regierung kann nur aus freien Wahlen hervorgehen." Und über deren Definition gingen schließlich die Auffassungen zwischen West und Ost fundamental auseinander. Die Note der Westmächte vom 23. September 1952 machte dies unmißverständlich klar, indem sie darauf bestand, "daß wahrhaft freie Wahlen der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen und sie vorbereiten". Denn "die bittere Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Ausdruck 'freie Wahlen' in der üblichen Sprache einen und im amtlichen sowjetischen Sprachgebrauch einen anderen Sinn hat. Der Gegensatz zwischen der Vorstellung von freien Wahlen, wie sie in Westdeutschland und wie sie in der Sowjetzone herrscht, ist offensichtlich."
Nach diesen Klarstellungen verlor der Kreml sichtlich jedes weitere Interesse an der Fortsetzung des Notenwechsels, zumal sich der Westen geschlossen zur Weiterführung seiner bisherigen Deutschlandpolitik bekannte und die Bundesrepublik konsequent Schritt für Schritt zur politischen Selbständigkeit führte.
Konrad Adenauer wurde freilich die Sorge über eine mögliche Verständigung der Westmächte mit ihrem einstigen Kriegsverbündeten Rußland über den Kopf Deutschlands hinweg nicht ganz los. Dies dokumentiert ein Brief, den Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in der Eisenhower-Forschungsstätte ('Dwight-D-Eisenhower-Library')

in Abilene/Kansas gefunden haben und den der Kanzler am 29. Mai 1953 an den neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten geschrieben hatte. Darin setzte er sich gleichermaßen kritisch wie freimütig mit der Haltung Großbritanniens beziehungsweise seines damaligen Premierministers Winston Churchill auseinander.
Ohne diplomatische Schnörkel schrieb Adenauer an den einstigen US-Oberbefehlshaber in Europa und nunmehrigen amerikanischen Staatschef: "Wir werden positive Ergebnisse in der Auseinandersetzung mit Sowjetrußland nur erzielen, wenn wir selbst klar und eindeutig wissen, was wir wollen, und dies auch vor dem Beginn einer Verhandlung mit Sowjetrußland deutlich zum Ausdruck bringen."
Hintergrund seiner Kritik war eine Rede Churchills vor dem britischen Unterhaus am 11. Mai 1953, in welcher der Londoner Premierminister für eine "Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten" eingetreten war und dazu wörtlich gemeint hatte:
"Diese Konferenz sollte nicht durch eine gewichtige und rigorose Tagesordnung belastet sein oder zu einem Irrgarten oder Dschungel technischer Details führen, die zelotenhaft von Horden von Experten und Beamten verfochten werden, die in einer weiten und schwerfälligen Schlachtordnung aufgereiht sind. Die Konferenz sollte auf die kleinstmögliche Zahl von Mächten und Personen begrenzt werden. Sie sollte mit einem Maß von Informalität und einem noch größeren Maß von Geheimhaltung in Abgeschiedenheit abgehalten werden."
Dieser mit den Bündnispartnern nicht abgestimmte Vorschlag einer Gipfelkonferenz erinnerte den Kanzler an die überraschende Stalin-Note vom 10. März 1952 und ließ ihn fürchten, daß die Allianzen von Teheran und Jalta wiederauferstehen und Deutschland isolieren könnten. Von dieser Sorge konnten ihn auch die überaus schmeichelhaften Worte Churchills, er sei "der weiseste Staatsmann seit den Tagen Bismarcks", nicht befreien; vielmehr betonte er in seinem Brief an Eisenhower, "daß die Alliierten keine Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets treffen sollten, ohne daß die Bundesregierung gehört worden ist und ihre Zustimmung erklärt hat".
Damit nicht genug. Adenauer regte "angesichts der schicksalhaften Bedeutung einer Regelung der Deutschlandfrage für das deutsche Volk und für Europa" Eisenhower gegenüber noch zusätzlich an, vor einem etwaigen Treffen mit den Sowjets eine Konferenz der westlichen und deutschen Außenminister-Stellvertreter abzuhalten, "in welcher eine Übereinstimmung des für die Lösung der Deutschlandfrage auf einer Viererkonferenz einzuschlagenden Weges erzielt werden sollte".
In der begründeten Annahme, daß Präsident Eisenhowers amtierender Außenminister, John Foster Dulles, die Notwendigkeit einer solchen vorherigen gegenseitigen Abstimmung genau so sah, brachte Adenauer seine Überzeugung zum Ausdruck, "daß einer solchen Bitte die Berechtigung nicht versagt werden kann, wenn man an die Aufgaben denkt, die Deutschland innerhalb der westlichen Gemeinschaft gestellt" seien.
Der Kanzler trat also in seiner Intervention bei Präsident Eisenhower keineswegs nur als ergebener Bittsteller auf, sondern nahm auch auffallend selbstbewußt die deutschen Interessen wahr.
Dies um so mehr, als er seiner obigen Feststellung gleich eine zweite Erwartung folgen ließ, nämlich den Vorschlag, daß die Bundesrepublik "am Verhandlungsort einer Viererkonferenz durch eine Persönlichkeit vertreten" sein sollte, "die laufend und in vollem Umfang von den Delegationen der Westmächte über die Verhandlungen unterrichtet wird". Damit wäre in den Augen Adenauers "eine schnelle Abstimmung der Auffassungen gewährleistet".
Um gleich etwaigen Zugeständnissen der Westmächte zu Ungunsten Deutschlands vorzubeugen, fügte der Bundeskanzler seinem Schreiben "eine Skizze von Gedanken und Zielen" bei, "deren Beachtung" ihm "vom deutschen Standpunkt für die Lösung des Deutschlandproblems wesentlich" erschien.
Stalins Tod am 5. März 1953 und die nachfolgenden Turbulenzen in der Moskauer Führungs-

schicht ließen die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Viererkonferenz freilich schnell schwinden - und mit ihr auch Adenauers Sorgen um die Zukunft einer freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik. Schließlich sollte diese das Muster für das anzustrebende wiedervereinigte Deutschland bleiben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2014) im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/32-34): >>**Schlachtfeld Deutschland**

_ von Valentin Falin

… "Die Hitlers kommen und gehen, Deutschland und das deutsche Volk bleiben bestehen."

Stalin

Nun zur Konferenz von Teheran, 1943: Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill entwikkeln Ideen, in wie viele Staaten Deutschland gespalten werden sollte. Reaktion von Stalin: "Ich werde mir darüber Gedanken machen." Dann in Jalta wieder die Frage nach Deutschlands Spaltung. Stalin sagt: "Im Prinzip nicht ausgeschlossen."

Zwei Wochen später erhält unser Botschafter in Großbritannien die Instruktion: "Keine Gespräche über Spaltung oder Zerstückelung Deutschlands!" - Das war eine Warnung an die Deutschen gewesen: Wenn Sie die Kapitulationsbedingungen nicht akzeptieren, nur dann kommt das in Frage. Auf der Potsdamer Konferenz 1945 hatte der Westen wieder verschiedene Modelle zur Spaltung Deutschlands in seiner Mappe. Reaktion Stalins: "Keine Spaltung, keine wirtschaftliche und politische Spaltung, Deutschland soll ein einheitlicher Staat bleiben."

Ich könnte Ihnen noch zwei oder drei Stunden vieles aus dem Gedächtnis erzählen. Wir haben nach dem Krieg vorgeschlagen: gesamtdeutsche Gewerkschaften, Parteien und freie Medien, die Kirche darf ungestört in ganz Deutschland aktiv bleiben. Alles wurde total abgelehnt.

Warum sprechen viele Zeitgenossen von verpaßten Chancen bezüglich der Stalin-Note von 1952? Warum erwähnen sie nicht die Angebote Stalins 1950 an Bundeskanzler Konrad Adenauer, die Rückkehr der Kriegsgefangenen über das Rote Kreuz zu beraten? Die Reaktion Adenauers gegenüber dem Deutschen Roten Kreuz war ein totales Verbot von Kontakten. Das ist in einer zynischen Resolution Adenauers im Archiv nachzulesen.

Schon 1946 wurde während der Vier-Mächte-Verhandlungen von uns angeboten: freie demokratische Wahlen, Regierungsbildung, Friedensvertrag, nach zwei Jahren Abzug aller Besatzungstruppen. 1947, Antwort der USA: "Wir haben keinen Grund, dem demokratischen Willen der Deutschen zu glauben. Wir werden den Deutschen den Friedensvertrag dann aufzwingen, wenn es für die amerikanischen Interessen richtig ist."

Valentin Michailowitsch Falin (*1926) war Berater des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow sowie des Außenministers Andrei Gromyko. Von 1971 bis 1978 war Falin Botschafter der UdSSR in Bonn, leitete anschließend die Nachrichtenagentur Nowosti und war zweimal Direktor des Internationalen Ausschusses des Zentralkomitees der KPdSU, bis zu deren Auflösung 1991. Er ist bis heute ein gefragter Kommentator in russischen Medien. - Der obige Text ist die leicht redigierte und gekürzte Fassung des Vortrages, den Falin auf der "Souveränitätskonferenz" von COMPACT Magazin Ende November 2012 in Berlin hielt. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2014) im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/41-43): >>**Stalin und die Chance zur Einheit**

_ von Klaus Höpcke

Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu Unrecht, wie die Auswertung der Dokumente zeigt.

Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzu-

schließenden Friedensvertrages.
Das ist 60 Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappierte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten. Aufgrund des Übergewichtes der Bevölkerungs- und somit Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, beeinträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrages zu verstehen.
Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig. Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 vorgetragen hatte.

Halbes Deutschland

Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte.
Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."

***"*Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."**

Konrad Adenauer

Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhowerschen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb."
Während in früheren Jahrzehnten die Erschließung von Quellen zur "Stalin-Note" sehr zu wünschen übrig ließ, kam es vor zehn Jahren zu einer spürbaren Erweiterung der Dokumentenbasis. Erstmalig wurde ein Anfang März 2002 im Münchner R. Oldenbourg Verlag erschienenes Buch dem deutschsprachigen Publikum mit Akten aus den Moskauer Archiven, vor allem dem des einstigen sowjetischen Außenministeriums, zur Entstehung der Note zugänglich gemacht. Wilfried Loth hat die Edition der Dokumente besorgt und kommentiert (Die Stalin-Note vom 10. März 1952: Neue Quellen und Analysen).
Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welch bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emissäre wieder und wieder an Josef Stalin und Wjatscheslaw was Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für notwendig hielten.
Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam. Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerte und Erwartete deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschlands: Um dieses dreifachen Zieles willen war die Regierung der UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.

So wurde der Vorschlag, als erstes einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.

Östliches Entgegenkommen

Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorherigen Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens.

Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebietes in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind".

Von fortgesetzten Reparationsleistungen war nicht mehr die Rede.

Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede. So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache:

In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschlands zu erreichen trachteten.

Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Loths Quellenedition enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar: "Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können.

Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteninitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, neutrales Deutschland.

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des R. Oldenbourg Verlages Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent " angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden.

Des Weiteren streitet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben.

Westliche Abwehrreflexe

Über ein Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sachdiskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebotes nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen. Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten beabsichtigt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen.

Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wettig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.

Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Ab-

sagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem US-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebotes gar nicht wollte. …
Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandistische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit". "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Einlassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.
Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kriegsführung zum A und O des Politik-Machens gehört.
Keine Kriegs- oder Kalte-Kriegs-Handlung der USA ohne "War of Wits" (Krieg der klugen Köpfe). … Das galt damals und gilt bis in die jüngsten Tage.

Die Stalin-Note

- Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
- In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährt sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.
- Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschiffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.
- Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

_ Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, 1990 Volkskammerabgeordneter der PDS und von 1990 bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen. Er gehört dem Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke an.<<

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" berichtete im Mai 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Die westlichen Alliierten wollen die deutsche Einheit gar nicht oder doch nicht heute.
Sie wollen so schnell und so eng wie möglich den Einbau Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft. Unzweifelhaft will dies auch Dr. Adenauer, aber jedesmal, wenn er es zu offen zeigt, verliert er die Unterstützung der Öffentlichkeit. ...<<

Bundeskanzler Adenauer sprach am 9. Juli 1952 im Bundestag über die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/97-98): >>... Auch die Integration Westeuropas, meine Damen und Herren, schreitet fort.
Sie begann mit dem Europarat, sie erhielt den ersten kräftigen Anstoß durch den Abschluß über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Schuman-Plan. ... Er wird die Integration Europas in kräftiger Weise fördern. Der Vertrag über die Europäi-

sche Verteidigungsgemeinschaft wird, wie ich schon ausführte, die Integration Westeuropas ein großes Stück vorwärts bringen.
Leider können wir infolge der gesamten internationalen Lage zur Zeit immer nur von der Integration Westeuropas sprechen. Aber alle diese Pakte, die die Integration fördern, und diejenigen, die noch zu schließen sind, um sie zu vollenden, sehen den Beitrag auch der anderen europäischen Länder vor und werden ihn vorsehen, so daß wir mit Bestimmtheit hoffen können, im Laufe der Zeit zu einer Integration ganz Europas zu kommen.
... Zuruf von der KPD: Bis zum Ural! ...
Lassen Sie mich jetzt noch die Lage der Bundesrepublik infolge der seit 1945 eingetretenen Entwicklung skizzieren.
Die Bundesrepublik steht noch unter Besatzungsstatut. Sie ist unbewaffnet. Sie ist nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie ist - und darauf lassen sie mich besonders hinweisen - zur Zeit rechtlich gesehen nur Objekt politischer und strategischer Überlegungen. ...
Durch den Einbau in das größte Verteidigungssystem der Geschichte erhalten wir die denkbar größte Sicherheit, und, meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr Objekt politischer und strategischer Überlegungen, sondern wir werden Mithandelnde.
... Solange wir besetztes Land sind, solange wir uns nicht in das westliche Verteidigungssystem eingefügt haben, sind wir ein Niemandsland zwischen 2 großen Mächtegruppen. ...
Wenn wir Mithandelnde werden, können wir auch unsere Kraft dafür einsetzen, daß die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege gelöst werden.
Bleiben wir Objekt, so haben wir diese Möglichkeit nicht. ...<<
Die Zeitung "Le Monde " berichtete im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...
Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<
Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. Mai 1953 an US-Präsident Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...
4. Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden.
5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.
6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.
7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<
Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtete während der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 (x353/80): >>… Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestags und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neisse-Grenze niemals anerkennen.<<
Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:
"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwi-

schen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."
Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.
Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.
Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...
Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: "Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."<<
Der SPD-Abgeordnete Jakob Altmaier erklärte am 8. Juni 1954 im Deutschen Bundestag (x352/86): >>… Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur durch Werke des Friedens ausgestalteten und unverlierbar gebliebenen Heimat war ein Volkermord.<<
Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.
Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und den Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).
Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.
Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.
Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehörte, schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Spaltung und Wiedervereinigung" Deutschlands (x009/405-408): >>Auf der Konferenz in Teheran vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin Ende 1943 die Spaltung Deutschlands. In Jalta war dies im Februar 1945) ihre gemeinsame Forderung. Im März verzichtete Stalin gleich Churchill darauf, die Spaltung zu verlangen. Stalin ließ - dem Buchstaben nach - die Spaltung fallen, denn er befürchtete,
1. seinen Anspruch auf Reparationen und Mitregierung des Ruhrgebietes,
2. die langfristig geplante Bolschewisierung ganz Deutschlands zu gefährden.
Das Potsdamer Abkommen forderte nur "Dezentralisation ... örtliche Selbstverwaltung, jedoch keine Spaltung. Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach

1945 von den Westmächten und politischen Kreisen Westdeutschlands gespalten worden. Das ZK der SED behauptete am 7.10.1959 zum "10. Jahrestag der Gründung der DDR!, es hätten "die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands" bewerkstelligt. …
Die Ausrufung der "DDR" am 7.10.1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war sie nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten.
Seit dem kommunistischen Schritt vom 7.10.1949 ist die Frage der Wiedervereinigung der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung. …
Jeder Schritt, mit dem die Bundesrepublik die Zusammenarbeit der europäischen Staaten unterstützte, und jeden ihrer Beiträge zur Abwehrrüstung der NATO, verdächtigten die Sowjetunion und die SBZ als "Verrat" an der Wiedervereinigung.
Sie verleumdeten die Bundesrepublik, obschon z.B. der sogenannte "Generalvertrag" vom 23.10.1954 festlegte, es werde im Fall der Wiedervereinigung das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart. ...
... Im Beschluß des V. Parteitages der SED vom 16.7.1958 heißt es mit unverkennbarem Bezug auf die Wiedervereinigung: "Die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der Sowjetunion und dem ganzen sozialistischen Lager sind die Arbeiter- und Bauernmacht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Errungenschaften für immer unantastbar."
Bei all diesen Vorschlägen lehnen SED und Regierung der SBZ es ab, an den Anfang der Wiedervereinigung freie und geheime Wahlen zu setzen. Diese Vorschläge wiederholen sich in all den Äußerungen, die seit 1958 SED und Regierung der SBZ zur Wiedervereinigung getan haben. Dabei verbinden sie die Wiedervereinigung oft mit der Souveränität der SBZ, mit der Forderung nach Abrüstung und nach Ablösung der NATO und mit den Friedensvertragsentwürfen. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Deutschlandpolitik der Alliierten (x306/175-177): >>**Bundesrepublik im Abstieg**
... Die Nachkriegsgeschichte wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewußt wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung, auszuweichen bestrebt war. Die "Zeitgeschichte", über die man soviel redete, blieb Geschichte des "Dritten Reiches".
Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der "Währung". Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmäßig erreichte. ...
So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die 1946 von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente - 1947, dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik - 1948, der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag - 1949, zur Revision des Besatzungsstaates - 1951, dem vermeintlichen Ende der Besatzung 1955, dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO 1955 und der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 führt.
Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherr-

schaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.
Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands, ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutsche Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30. Juni 1946 angeordnete Schließung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates - der Souveränität - ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektoratsregierungen möglich ist.
Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der großen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, daß die Souveränität in der Hand der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen.
Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, daß die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen.
Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlußpunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stärkung der Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten.
Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollratsherrschaft - das war allen klar - würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliierten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. ...
Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abzubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen. Andere Ereignisse und andere Daten treten hervor, die Verzichte auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschließen und die auf ein Wiedereinlenken in ein weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.
Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, daß eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und politisch gesinnungsmäßiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost West Konflikt zwar überlagert, aber nicht beseitigt worden waren. ...<<
Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärte der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<
>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<
In Bonn billigten die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründeten am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.
Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.
Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...
Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.
Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkauft werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen: >>**"DREIGETEILT - NIEMALS"**
Vertriebene fordern Recht auf Heimat
Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt - niemals").
In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...
Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen. ...<<
Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>… Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<
Der BdV-Mitarbeiterkongreß legte am 2. Mai 1959 Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag fest (x155/69-70): >>Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. ...
Ein gerechter Friede muß auf Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. ...
1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein. ...
3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein. ...
4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung. ...
6. ... Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung: Ver-

handlungsfriede oder Diktatfriede - Rechtsfriede oder Gewaltfriede. ...<<
Die BdV-Vertretung berichtete am 24. August 1959 über die Lage der deutschen Heimatvertriebenen (x155/71): >>... In der Bundesrepublik Deutschland leben mehr als 12 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus Mitteldeutschland. Unter den 17 Millionen versklavten Bewohnern der Sowjetzone befinden sich weitere 3 Millionen Vertriebene. Insgesamt sind 14 Millionen Deutsche nach Beendigung der Kriegshandlung ihres Eigentums beraubt und aus ihren Heimen deportiert worden.
Bei diesen Volksdeportationen sind mehr Deutsche zugrunde gegangen, als Deutschland im Ersten Weltkrieg Männer verloren hat. Von dem Heer der 3 Millionen Vertreibungstoten spricht niemand. ...<<
Premierminister Michel Debré (1912-1996) erklärt am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).
Das BdV-Präsidium kritisierte am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.
Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläßlich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.
Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<
Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldete am 9. November 1959 (x028/239): >>... Die französische Regierung hat der Bundesregierung auf Anfrage versichert, daß sie die Oder-Neiße-Linie nach wie vor als eine provisorische polnische Verwaltungsgrenze ansehe.
Sie betonte gleichzeitig, daß eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten bleiben müsse.<<

Anwerbung von ausländischen Gastarbeitern
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**
Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.
Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**
... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."
Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<
Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Konrad Adenauer (x343/14-15): >>**Der Alte und der Pfälzer**

_ *von Jürgen Elsässer*

… Ausländer rein!

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte, aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat.

Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte: "Im Grunde genommen ging es ihm darum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre statt dessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen."

1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: "Daß sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied - in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg - ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie.

Und: Es war die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die die Bundesregierung aufforderte, die im Anwerbeabkommen mit der Türkei festgelegte Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf zwei Jahre, ein Rotationsprinzip, zu revidieren", faßt ein Artikel in der Tageszeitung Die Welt vom 5. Dezember 2006 zusammen.

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports.

Ein letztes Mal versuchte die Politik im Jahre 1973 gegenzusteuern - die Bundesregierung verfügte einen Anwerbestopp. Kanzler Willy Brandt (SPD) postulierte in der ARD: "Wir müssen an die eigenen Landsleute zuerst denken." Wieder intervenierten die Großkonzerne. "Damals", so schrieb der frühere Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl (CSU) 1983, "haben Herr Schleyer und mit ihm die meisten Arbeitgeber eine solche Politik der Rotation aber abgelehnt, weil er sagte, das kostet uns viel Geld, da müssen wir alle fünf Jahre neue Leute anlernen. Ich habe das für einen Fehler gehalten, und es zeigt sich jetzt, daß es ein Fehler war". …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juli 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**

… Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. … 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen:

"Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. …

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht

zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:
Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.
Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. …
Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken rund 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. …<<
Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<
Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.
Die deutsche SPD-Politikerin Renate Schmidt (von 2002 bis 2005 Bundesministerin) erklärte am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk (x354/104): >>… Die Frage, (ob die Deutschen aussterben), das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir ... verhältnismäßig wurscht.<<
Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisierte im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.
Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.
Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft ("EURATOM")

Wer selbst nichts zu Wege bringt, kann immer noch andere beraten. *Unbekannter Verfasser*

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.
Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).
Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft. Der deutsche CDU-Politiker Walter Hallstein (1901-1982) wurde erster Präsident der EWG-Kommission in Brüssel.
Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftpolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Abb. 67 (x303/197): EU-Flagge. Die zwölf Sterne zeigen nicht die Mitgliederzahl, sondern die Zahl "zwölf" gilt als Zeichen der Vollkommenheit.

Bundeskanzler Adenauer berichtete bereits während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über den geplanten Einbau des deutschen Volkes in einen europäischen Bundesstaat (x973/…): >>... Ich habe an einer anderen Stelle schon ausgeführt, daß das Besatzungsstatut zwar ein Fortschritt, sogar ein erheblicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand ist. Es wird aber ganz darauf ankommen, ob es in dem Geist gehandhabt wird, der aus dem Begleitschreiben der Außenminister von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten vom

April dieses Jahres an den Präsidenten des Parlamentarischen Rats sprach.
"Die Außenminister betonen", so heißt es in der Note, "daß es das höchste Ziel der drei Alliierten Regierungen ist, den festen Einbau des deutschen Volkes in einem demokratischen Bundesstaat in den Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses zum beiderseitigen Besten zu ermutigen und zu fördern." Wir sind überzeugt davon, daß, wenn das Besatzungsstatut in diesem Sinne gehandhabt wird, es uns ein eigenes starkes Leben und weitere Fortschritte ermöglichen wird.
(*Abgeordneter Renner: Sie nannten es einmal Kolonialstatut!*) …
Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören. Wir wollen zu allen Ländern gute Beziehungen, auch solche persönlicher Art, unterhalten, insbesondere aber zu unsern Nachbarländern, den Benelux-Staaten, Frankreich, Italien, England und den nordischen Staaten.
Der deutsch-französische Gegensatz, der Hunderte von Jahren die europäische Politik beherrscht und zu so manchen Kriegen, zu Zerstörungen und Blutvergießen Anlaß gegeben hat, muß endgültig aus der Welt geschafft werden.
(*Lebhafter Beifall.*)
Ich hoffe, ja ich sage: ich glaube, daß das Saargebiet nicht zu einem Hindernis auf diesem Weg werden wird.
(*Aha! und Hört! Hört!*)
Am Saargebiet hat Frankreich - das ist ohne weiteres anzuerkennen - wirtschaftliche Interessen. Deutschland hat dort wirtschaftliche und nationale Interessen.
(*Sehr richtig! - Zuruf: Sind das nur Interessen?*)
Schließlich aber haben die Saarbewohner selbst den begründeten Wunsch, daß ihre eigenen wirtschaftlichen und nationalen Interessen berücksichtigt werden.
(*Zuruf von der KPD: Vielleicht sagen Sie auch etwas über die Ausweisungen aus dem Saargebiet!*)
Alle diese Interessen sollen in eine Ordnung und Übereinstimmung gebracht werden, die sich im Rahmen der Europäischen Union, deren Mitglied wir möglichst bald zu werden wünschen, finden lassen wird.
Mit aufrichtiger Genugtuung und Freude, meine Damen und Herren, denke ich daran, daß Außenminister Bevin mir in einer persönlichen Unterredung im Sommer dieses Jahres erklärt hat: der Krieg zwischen unseren beiden Völkern ist zu Ende, unsere beiden Völker müssen Freunde sein.
Ich habe eben gesagt, wir wünschen möglichst bald in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Wir werden gerne und freudig an dem großen Ziel dieser Union mitarbeiten. Ich weise darauf hin, daß wir in unserer Bonner Verfassung im Artikel 24 für den Bund die Möglichkeit vorgesehen haben, Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen und sich zur Wahrung des Friedens im System gegenseitig-kollektiver Sicherheit einzuordnen. Es heißt dann in diesem Artikel weiter:
"Der Bund wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern."
Ich glaube, daß unser Grundgesetz damit die fortschrittlichste aller Verfassungen ist.
(*Sehr richtig!*)
Wir sind entschlossen, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um den in diesem Artikel vorgezeichneten Weg zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt zu gehen. …<<
Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd.

Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<
Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und Montanunion (EGKS).
Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.
Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.
Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion. ...
Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.
Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<
Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.
In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.
Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

Neue Ostpolitik: Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen

Der "Evangelische Pressedienst veröffentlichte am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengeben müssen. ...
Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.
Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<
Das BdV-Präsidium kritisierte am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten - darunter waren u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck,

Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/92-94): >>... 3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.
Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.
Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...
"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<
Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie die einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/-99): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.
Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik. …<<
Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rükken machen.<<
Der deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard (1897-1977) berichtete während der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1965 (x353/74): >>… Wir sind uns alle darüber klar, daß auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der Weg mag lang und dornenvoll sein.
Am Ende dieses Weges muß nach der Überzeugung der Bundesregierung ein Friedensvertrag stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag - und nur in ihm - können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31.12.1937 fortbesteht, festgelegt werden.<<
Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.
Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen

Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.
Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.
... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.
Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<
Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.
Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.
Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt. ...
Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<
Das BdV-Präsidium kritisierte am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtspropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung. ...<<
Die österreichische Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 über die einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.
Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...
Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.
Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<
Die BdV-Bundesvertretung kritisierte am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsen-

dungen (x155/143-144): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.
Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.
Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<
Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "Mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Diese Politik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau und leitete schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.
Das BdV-Präsidium warnte am 6. November 1970 die SPD/FDP-Regierung vor den Folgen des deutsch-polnischen Vertrages (x155/212-213): >>... 3. In zahlreichen offiziellen Erklärungen und Dokumenten hat die Volksrepublik Polen festgestellt, daß die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus ihren Wohnsitzen, also praktisch die Massendeportation der Deutschen, untrennbare Voraussetzung und Bestandteil der Gebietsänderung ist.
... Durch die Hinnahme der Folgen der völkerrechtlich verbotenen Zwangsaussiedlung droht eine Minderung und Behinderung der Menschenrechte der Vertriebenen - als einzelner und als Person in der Gemeinschaft - einzutreten ...
4. Das Bundesministerium des Innern als das für Verfassungs- und Staatsangehörigkeitsfragen zuständige Ministerium hat in seinem Gutachten für das Auswärtige Amt festgehalten, daß die Deutschen in den unter fremder Gewalt stehenden deutschen Ostgebieten deutsche Staatsangehörige sind. Bei den Verhandlungen in Warschau darf dieser Rechtsstandpunkt nicht aufgegeben und es dürfen keine Erklärungen abgegeben werden, die dazu führen könnten, daß diesen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit entzogen wird. ...
5. Offenbar soll die Auffassung aller früheren Bundesregierungen und der Sprecher der Opposition im Bundestag aus den Jahren 1950 bis 1969 aufgegeben werden, wonach die Bundesrepublik Deutschland kein Mandat hat oder beanspruchen soll, verbindliche Feststellungen über die Westgrenze Polens und somit über die Ostgrenze Deutschlands zu treffen. ...<<
Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphierten am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag (x064/71): >>Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen. ...
In dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,
sind (wir) wie folgt übereingekommen:
Artikel I
I. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche

Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. ...<<
Die Landsmannschaft Schlesien berichtete am 19. November 1970 über die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/214-215): >>1. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens von 1950 durch die Paraphierung des Warschauer Vertrages durch den Bundesaußenminister Walter Scheel wird auf Ostpreußen, den Osten Pommerns und Brandenburgs und auf ganz Schlesien zu Gunsten des polnischen Nationalismus und des kommunistischen Imperialismus verzichtet.
2. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens wird von der Bundesregierung ein zwischen 2 kommunistischen Gewaltsystemen abgeschlossenes Grenzabkommen nachvollzogen, die Oder-Neiße-Linie als Deutschlands Ostgrenze anerkannt und die Heimat von 9 Millionen Deutschen preisgegeben.
3. Zum Görlitzer Abkommen erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Reichtagspräsident Paul Löbe im Namen von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat am 13. Juni 1950: "Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben."
Dieses Wort hat nichts in seiner Geltung auch für heute verloren.
4. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens in Warschau ist nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, das sind 104.000 qkm und nahezu ein viertel Deutschlands in den Grenzen von Weimar, zum Ausland erklärt worden, sondern Deutschland in den Grenzen von 1937 hat, entgegen den Protokollen von London und Berlin und entgegen dem Grundgesetz als Rechts- und Geschäftsgrundlage, für die deutsche und internationale Politik aufgehört zu existieren.
5. Wenn nachträglich der Eindruck erweckt werden soll, als sei eine erleichterte Prozedur in der Aussiedlung der ausreisewilligen Deutschen der Gewinn, so heißt das: Die entgegen allen Bestimmungen des Internationalen Roten Kreuzes verweigerte Menschlichkeit läßt sich die polnische Regierung durch die Erfüllung härtester politischer Forderungen abkaufen. Für die scheibchenweise gewährte und jederzeit widerrufbare Menschlichkeit, die sich von selbst verstehen sollte, wird mit Gleiwitz und Breslau, Stettin und Allenstein, das heißt mit über 700 Jahren deutscher Geschichte bezahlt.
6. Das Görlitzer Abkommen von Warschau ist ein Vorfriedensvertrag und widerspricht dem Grundgesetz und dem Deutschlandvertrag. Die Bundesregierung hat kein Mandat die gewaltsame Teilung Deutschlands aus freien Stücken nachzuvollziehen und eine gesamtdeutsche Regierung heute und künftig zu verpflichten.
7. Das Görlitzer Abkommen von Warschau sanktioniert Vertreibung und Annexion, denn nur Vertreibung und Annexion schufen die Oder-Neiße-Linie, die jetzt Grenze heißen soll. ...<<
Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) schrieb später in einer Stellungnahme zum Warschauer Vertrag (x067/147): >>... Aber es kann uns auch niemand bestreiten, daß wir als Deutsche, wenn von Deutschland die Rede ist, von Deutschland in den Grenzen von 1937 ausgehen, zumal selbst die Siegermächte dieses Deutschland ihren Verhandlungen und Absprachen - auch in Potsdam 1945 - zugrundegelegt haben. ...
Das Bekenntnis zur Nation, zu seiner Geschichte und seiner Zukunft ist in keinem anderen Volk umstritten, nur bei uns ist mancher schnell mit dem Vorwurf des Nationalismus zur Stelle, wenn auch für das deutsche Volk das Streben nach der Wiederherstellung der Nation als Inhalt der Politik postuliert wird.
Niemand braucht heute vor uns Deutschen Angst zu haben, als strebten wir nach fremdem Territorium, als spielten wir mit der Möglichkeit der Gewalt.
Aber man soll von uns auch nicht verlangen, daß wir die Kriegsbeute der Gegenseite, nur weil der Zweite Weltkrieg durch Hitler (wenn auch nicht von ihm allein) entfesselt worden ist und wir ihn als deutsches Volk verloren haben, mit dem Stempel der Legalität ausstatten müßten.<<

Bundeskanzler Brandt erläuterte am 20. November 1970 den deutsch-polnischen Vertrag (x064/75-76): >>... Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist ein beide Völker bewegendes Dokument. Er soll ein dunkles Kapitel der europäischen Geschichte abschließen. Es soll ein neues Kapitel einleiten. Die Zeit ist gekommen für den Schlußstrich und für den Neubeginn.
... Das polnische Volk hat Unsagbares erleiden müssen. ... Jetzt geht es um die friedliche Zukunft zwischen den beiden Ländern und Völkern.
Wer seine Angehörigen verloren hat, wem seine Heimat genommen wurde, der wird nur schwer vergessen können. ...
Trotzdem muß ich gerade in dieser Stunde die heimatvertriebenen Landsleute bitten, nicht mit Bitterkeit zu verharren, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. ...
Die Geschichte allein kann erweisen, ob dies, wie wir hoffen, der Beginn der eigentlichen Aussöhnung sein wird ...
Der Vertrag bedeutet selbstverständlich nicht, daß Unrecht nachträglich legitimiert wird. Er bedeutet also auch keine Rechtfertigung der Vertreibung. ...<<
Das BdV-Präsidium lehnte am 20. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages ab (x155/216-217): >>... Wir widersprechen heute und künftig der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.
Mit allen demokratischen Mitteln muß erreicht werden, daß den ungerechten und grundgesetzwidrigen Verträgen im Bundestag und Bundesrat die Zustimmung versagt wird. ...
Wir bestreiten der Bundesrepublik Deutschland das Mandat, vor frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen Demarkationslinien in Deutschland in "bestehende Grenzen" vertraglich umzuwandeln. Der freie Teil Deutschlands muß die Selbstbestimmung unseres Staatsvolkes und unserer Nachbarn für eine freie Vereinbarung offenhalten.
Die Bundesregierung ist nicht legitimiert, die Bundesrepublik Deutschland auf die Abtretung eines Viertels von Deutschland und die Teilung Restdeutschlands für heute und künftig vertraglich festzulegen. Die Bundesregierung darf Deutschland nicht in eine gegenüber 1945 verschlechterte Position bringen und einen ins Nichts geworfenen Verzicht auf unsere Heimat aussprechen.
Die Abtretung von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Oberschlesien und Teilen Brandenburgs an Polen steht im Gegensatz zum Grundgesetz, zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und zum Deutschlandvertrag.
Polen verknüpft die Forderung nach Gebietsabtretungen mit der Forderung nach Fortdauer der Folgen der Massenvertreibung. Die Bundesregierung hat ihren Vorbehalt dagegen nicht in völkerrechtlich gültiger Form verankert und nicht in dieser Form die Hinnahme des Unrechts der Massenvertreibung und des Faustrechts als Mittel der Politik abgelehnt. ...
Wir wissen um die furchtbaren Opfer des polnischen Volkes; wir dürfen aber auch das Unrecht, das Millionen unschuldiger Deutscher traf, nicht verschweigen. ...<<
Die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg verurteilte am 22. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/218): >>... Die Vertreibung von Millionen Menschen und die Annexion eines Viertels des deutschen Bodens werden nicht nur von deutscher Seite juristisch legitimiert, sondern - was schwerer wiegt - Vertreibung und Annexion werden im Gegensatz zu allen geltenden Grundsätzen des Völkerrechts für die Zukunft als Mittel der Politik politisch und historisch gerechtfertigt. ...<<
BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) schrieb am 27. November 1970 in einem Telegramm an Bundesaußenminister Walter Scheel (x155/220): >>... Sie, Herr Bundesaußenminister, wollen sich mit der Begrenzung der Freizügigkeit in den seit Potsdam von Polen verwalteten Gebieten auf wenige Zehntausende Deutsche abfinden und zu Gunsten eines kurzlebigen politischen Scheinerfolgs die Menschenrechte von anderen Hunderttausenden preisgeben. ...
Sie sind glücklich darüber, daß Sie einen in Nichts geworfenen Verzicht auf über 100.000

qkm deutschen Gebietes aussprechen können und daß Sie der sowjetischen Nachkriegskonzeption von 1945 sowie ihrer Durchsetzung durch das Faustrecht der Massenvertreibung nun nach 25 Jahren die politische Zustimmung der Deutschen zu verschaffen versuchen.
Ihre Pflicht wäre es, die Menschenrechte in den deutschen Ostgebieten, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, die Rechte Deutschlands und der Deutschen, wie es das Grundgesetz vorschreibt, zu wahren.
Der von Ihnen paraphierte Vertrag darf keine Zustimmung des Parlaments erhalten. ...<<
Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wird anerkannt.
Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto "ging damals um die Welt".
Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.
Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.
Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<
BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) verurteilte am 22. April 1972 den Abschluß der Ostverträge (x155/258-260): >>Auch einem besiegten Volk stehen das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte und ein tragbarer Ausgleich und Frieden zu. Von den Deutschen begangenes Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht. ...
Wer Unrecht sühnen will, kann dies durch eigene Leistung, aber nicht durch Verzicht auf die unabdingbaren Menschen- und Freiheitsrechte Dritter, die ihn nicht dazu beauftragt haben.
... Mit moralischen Scheingründen darf man sich nicht über die zumutbare Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Die Vertriebenen sagen Ja zu Frieden und Freiheit, aber ebenso eindeutig Nein zu jeder Unfreiheit und zum Festschreiben des Unrechts. ...
Aus all diesen Erwägungen lehnen die deutschen Heimatvertriebenen die Ostverträge ab; denn diese Verträge drohen zu bewirken: ...
die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibung und des Faustrechts;
die Gefahr, daß das freie Eintreten für die gemeinsame Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes, für das Offensein der deutschen Frage, einschließlich des Status unserer Heimat und für die Rechte auf die Heimat, als Friedensstörung und Verletzung des Vertrages abgestempelt wird ...<<
Rudolf Mühlfenzl, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.
Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im August 1989 in der katholischen Mo-

natsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 - 1989 über "das Deutsche Reich und seine völkerrechtlichen Grenzen" (x853/...): >>... **Klarstellungen zu einem aktuellen Streit**

Seit der CSU-Vorsitzende Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen von der offenen deutschen Frage sprach, zu welcher auch das endgültige Schicksal der Ostgebiete des Deutschen Reiches gehöre, ist hierzulande ein erbitterter Streit entbrannt.

Politische Gegner und aufgebrachte Kommentatoren werfen Waigel im Verein mit der kommunistischen Warschauer Regierung "revanchistische Gesinnung" und Anpassung an die "Republikaner" vor und forderten Bundeskanzler Kohl zu einer klärenden Stellungnahme auf. Dieser kam im Rahmen seiner Möglichkeiten dieser Aufforderung nach und warnte vor einer unersprießlichen Grenzdiskussion.

Mehr konnte Helmut Kohl auch nicht tun. Denn als Verfassungsorgan ist der Bundeskanzler an die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Und dieses hat in insgesamt 6 Urteilen vom 23. Oktober 1952 … bis zum 31. Juli 1973 den Fortbestand des Deutschen Reiches über den Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht hinaus festgestellt.

Dabei ging es in Anlehnung an den Grundgesetz-Artikel 116 von "dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" aus. Zu diesem "Gebiete" gehörten im Osten Schlesien und Pommern ebenso wie Ost- und Westpreußen und sind daher nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts Bestandteile des Deutschen Reiches.

- Da nach der eigenmächtigen Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Sowjets und die Polen im Jahre 1945 die tatsächliche Hoheitsgewalt dort seit Jahrzehnten aber nicht mehr vom Deutschen Reich wahrgenommen werden kann, andererseits jedoch auch noch kein rechtsverbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, befindet sich die endgültige Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete in der Tat noch in der Schwebe und gehört mithin zur offenen deutschen Frage.

Bundesfinanzminister Waigel bewegte sich daher mit seiner Aussage auf dem Schlesiertreffen völlig im Rahmen des Völkerrechts und der höchstrichterlichen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts. Jede Kritik an den Ausführungen des CSU-Vorsitzenden ist mithin auch ein Widerspruch gegen Völkerrecht und innerstaatliche Rechtspraxis, was in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik nicht unproblematisch ist. Noch bedenklicher erscheinen die Einwürfe gegen die Waigel-Rede vor dem Hintergrund der geschichtlichen Fakten.

Da ist nämlich Tatsache, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs in ihren grundlegenden Aussagen über Deutschland vom Deutschen Reich des Jahres 1937 ausgegangen sind. Das belegen die Dreimächtevereinbarungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien vom August und September 1944 ebenso wie eine von ihnen am 12. September 1944 abgezeichnete Deutschlandkarte "Germany …

Auf dieser Karte erstreckt sich Deutschland von Aurich bis Oppeln und von Freiburg bis zur Memel, umfaßt also eindeutig die deutschen Ostgebiete. Daran ändert sich auch nach der deutschen Kapitulation nichts, wie die Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 ausweist. Darin verkündeten England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, daß "Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird".

Illustriert wird dieses Deutschland-Bild von einer Karte, welche die amerikanische Besatzungszeitung für Bayern, "Münchener Nachrichten", am 28. Juli 1945 veröffentlichte. Als "Karte der endgültigen Zonen" stellt sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 vor und weist der "Russen-Zone" neben der heutigen DDR auch Pommern und Schlesien zu. Aus Platzgründen fehlt die Einzeichnung Ostpreußens.

So blieb die Deutschland-Definition als das Gebiet in den Grenzen von 1937 auch in den Nachkriegsjahren gültig - zumindest für die drei Westmächte. Diese bewirkten dann, daß der Parlamentarische Rat gleichfalls von einem solchen Deutschland ausging und den Grundge-

setz-Artikel 116 entsprechend formulierte. Dieser Grenzbeschreibung folgte wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinen erwähnten Urteilen über die Gültigkeit des Reichskonkordates von 1933 und die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages von 1972.
Die im Moskauer Vertrag vom August 1970 und im Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 beschriebenen Grenzverläufe mit der namentlichen Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der polnischen Westgrenze und der innerdeutschen Grenze als Staatsgrenze beanspruchen nach dem Verständnis des Grundgesetzes keine Endgültigkeit, da sie nicht Bestandteil eines Friedensvertrags oder einer friedensvertragsähnlichen Regelung sind.
In diesem Falle hätten die beiden Ostverträge mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt werden müssen. Sie haben aber bekanntlich nur eine relative Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen und diese auch nur nach Annahme einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzten gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestages. ...<<
Der deutsche Moraltheologe Franz Scholz (1909-1998) berichtete im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1990 (x853/...): >>... **Durch Gewalt und Verbrechen geschaffene Fakten als Recht anerkennen?**
Werden vorstaatliche Rechte, sittliche Ordnung, christlicher Rechtschutz bei der Preisgabe Ostdeutschlands mißachtet?
Die unbewiesene Behauptung, die Vereinigung der bisher durch die Berliner Schandmauer und durch die Todesstreifen-Grenze quer durch Deutschland getrennten Teile Deutschlands sei nur um den Preis der völkerrechtlichen Anerkennung der letzten Stalin-Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zu erreichen, läßt bei vielen die geschichtliche Tiefe, die völkerrechtliche Krise sowie die grundgesetzliche Problematik solcher seltsamen "Anerkennung" vergessen.
Ganz zu schweigen von der menschlichen Tragödie von ca. 15 Millionen Menschen, die - enteignet, verachtet, gehaßt, ausgeplündert, von Haus und Hof unmenschlich vertrieben - nun auch noch das Recht auf Heimat aberkannt bekommen sollen.
Aus manchen Briefen, die mir im Gefolge von Veröffentlichungen zu diesen Fragen zugingen, spricht abgründige Trauer, manchmal fassungslose Verzweiflung, tiefe Bitterkeit, brennende Sorge. Man reagiert damit auf verbreitete Ignoranz, Leichtfertigkeit, ja Gleichgültigkeit jener Internationalisten, denen die Massen von Asylschwindlern, die sich bequem ins bundesdeutsche Sozialnest fallen lassen, "heiliger" (= tabu) sind, als die eigenen Landsleute sowie die Geschicke Ostdeutschlands und die Tragödie seiner deutschen Bewohner.
Hinzu kommt ein wegwischender politischer Erledigungswille, sowie jener schnöde National-Masochismus, der alles, was man Deutschen antat, für recht und billig hält und für immer Buße (meist = Geld der Deutschen) für die geheimen Untaten einer kleinen Machtclique fordert.
2. Was bei alledem schockiert, ist die Entleerung des ethischen Rechtsgedankens, und zwar in Ost und West, ja selbst im Raum der Kirche. Dem Prozeß der Entethisierung des Rechts, die es zu einem rein pragmatischen Regelungs-Formalismus aushöhlt, korrespondiert die Ideologisierung und Politisierung des Rechts. Es wird zur abhängigen Variablen von Mehrheitsmeinungen und jeweiligem Minimalkonsens. Es ist nicht mehr unabhängige Säule. Es verkommt zum bloßen Positivismus.
Damit wird seine vorstaatliche substantielle Gegebenheit und insofern Unantastbarkeit, Nichtverfügbarkeit und Würde verloren und verdorben. Der eigentliche Quellgrund seiner Verpflichtung, seine ethische, allseits und immer fordernde Bindung und Gültigkeit ist bewußt ausgeschaltet. Die Trennung von Recht und Moral verletzt und zerstört schließlich beide. ...
4. Aber auch die deutsche Kirche erkennt nicht die ethische, völkerrechtliche, verfassungsrechtliche, staatspolitische und grundrechtsbezogene Tiefe, Brisanz und menschliche Dramatik der Frage. Die vielen Besuche mit allerlei Nettigkeiten, die Milliardenhilfen von seiten der Deutschen, das Preisgeben eines Drittels von Deutschland (seit 800 Jahren bebaut und blühend gemacht), das alles löst nicht den ethischen Ur-Grund der Frage: dürfen durch brutale

Gewalt und die Massenverbrechen der Vertreibung (etwa 2 Millionen Tote) erzwungene, völkerrechtswidrig zustande gekommene Fakten als Recht anerkannt werden?
Was in dieser dunklen Welt denkbar ist: Unter dem Druck einer Macht- und Zwangslage, angesichts des rechtsenthobenen chauvinistischen Durchsetzungswillens Polens (und der UdSSR) sowie derjenigen (auch bei uns), die diese Interessen (aus unterschiedlichen o.a. Motiven) mit-vertreten, könnte man unter Protest gegen das Unrecht, die Unrechtsfakten hinnehmen.
Keineswegs aber und nie als Recht anerkennen. Die ohnehin inflationär verschlissene Vokabel "Versöhnung" könnte sonst zum unverbindlichen Zudecken der Tragödie einer Kirche, in der ein katholisches Volk Katholiken und Christen des Nachbarvolkes derart vergeltungsartig und tödlich behandelt, mißbraucht werden.
Sieht man nicht, wie unglaubwürdig und peinlich eine derartige Kirche, ein solches Volk werden, wenn "eines der größten Verbrechen der Geschichte" (Pius XII.) mit Duldung, Billigung, sophistischer und geschichtsfälschender Scheinlegitimierung, ja sogar mit dem Segen und unter Berufung auf den angeblichen göttlichen Willen von Bischöfen für gutes und hohes Recht erklärt wird?
Wenn hier keine Einsicht in Mitschuld erfolgt, Rechtsbeugung nicht bedauernd zugegeben, auch nicht nur individuell privatisiert wird, dann bleiben alle Gesten, Freundlichkeiten, Hilfen; ja auch Umarmungen, Messen nebst Konzelebrationen (gemeinsame liturgische Feiern), Predigten und Papiere nur entwertete Billig- und Falschmünzen statt der mit dem Gewissen, dem Recht und dem Herzen gedeckten "harten" christlichen Währung der Wahrheit und Schuldeinsicht und Wiedergutmachung. ...<<

Politische Instrumentalisierung des Schuldkultes
Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".
In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox …"Das Tagebuch der Anne Frank" auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmal verfilmt werden. …. Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.
Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindlers Liste", … der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt, inklusive Dokumentationen … Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf - "Star Treck", "Akte X", "Eine himmlische Familie" usw. …
Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand"

kostet 2.700 Dollar - im Voraus.
"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte am 29. Januar 1979 den Leserbrief eines Lehrers aus den USA über eine Diskussion zum Thema "Drittes Reich" (x025/215): >>... Die Schüler forderten mich als Deutschen im Unterricht (Mathematik) auf, zu dem Geschehenen Stellung zu nehmen. Ohne etwas zu beschönigen oder abzustreiten, habe ich versucht, ihnen die damalige Situation klarzumachen. ... Aber sie konnten das alles verständlicherweise schwer begreifen. Ein Mädchen erklärte: "Ich schäme mich, daß ich eine deutsche Großmutter habe". Ein anderer sagte: "Ich habe gegenüber den Deutschen Gefühle, wie man sie früher in Amerika gegen die Neger hatte". ...<<
Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.
Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<
>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprechenden Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.
Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<
Während einer Vortragsreihe der "Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung" in München wurde im Oktober 1979 folgendes "Deutschlandbild" erstellt (x025/218-219): >>... Die Deutschen von heute, welcher Generation auch immer, leben in einer besonderen, nicht normalen Situation. Diese Situation ist durch die Epoche der Weltkriege und ihre Interpretation bestimmt.
Die Anormalität der Lage scheint schwer erträglich zu sein und Abwehrmechanismen nahezulegen. Einer besteht darin, das Anormale für normal zu halten, ein anderer, bestimmte Ereignisse aus dem Gedächtnis zu verbannen. Mißlingen solche Versuche, so kommt es zu neurotischen Konflikten.
Handlungsfähig ist ein Volk erst, wenn es in der Lage ist, seine Geschichte zu erzählen und sich mit ihr und durch sie zu identifizieren. Die Deutschen können heute diesen notwendigen Prozeß nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen. Ihre Identität ist damit gefährdet.<<

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.
Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<
Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärte am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...
Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. …<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**
Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.
Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."
Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."
... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im April 2011 über die politische Entmündigung der Bundesrepublik Deutschland (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**
Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945
... Entmündigte Außenpolitik
Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. (Übrigens auch nicht in der Innenpolitik.) Die Bundesrepu-

blik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.
Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschluß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.
Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.
Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.
Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.
Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fortdauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurechtgefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).
Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert.
1985 bekam die deutsche Einordnung/Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergoß die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.
Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtete am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>… (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland … konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Juni 1986 über eine Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte (1923-2016): >>**Die Vergangenheit, die nicht vergehen will**
... Wahrheiten willentlich auszusparen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.
Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist. ...<<
Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917-2012, deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin) erklärte im Jahre 1986 in einer ZDF-Talkshow (x354/105): >>… Wissen Sie, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren - zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht ... in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls - das kann man eigentlich nicht bedauern.<<
Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn schrieb am 8. Januar 1987 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die unterschiedlichen Formen und Anwendungen des Rassismus (x268/82,88-89): >>... Der Antigermanismus (stellt) letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie (dar). Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu - ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Traditionen der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte. ...<<
>>... Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat. Der Antijudaismus hat mit dem realen Juden, wenn überhaupt, nur sehr wenig gemein.
Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland, ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde. Seit Jahrtausenden leben die Juden mit dem Antijudaismus, die Deutschen werden sich wohl oder übel, an die Allgegenwart des Antigermanismus gewöhnen müssen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/196-198): >>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" (Anfang 1979) hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.
Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.
Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan (Jerewan), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum (gegenüber dem Victoria und Albert Museum) ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...
Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...
Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsopfer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...
Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.
Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.
Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsopfer. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.
Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Die Zöglinge der Frankfurter Schule: "68er Bewegung" und "Die Grünen"

> Vertraue niemals einem Menschen, der schlecht über sein eigenes Land redet.
> *Rudyard Kipling (1865-1936, englischer Schriftsteller)*

Im Jahre 1950 kehrten die deutscher Philosophen und Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die "68er Bewegung" und "Die Grünen".
Der deutsche Historiker Sebastian Haffner berichtete später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.
Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...
Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft

voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<
Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule (ging auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).
Andreas Baader wurde am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit ("Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion - RAF"). Während der "Baader-Befreiung" wurde eine Person durch einen Schuß schwer verletzt.
Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekannte sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<
Ulrike Meinhof (1934-1976, RAF-Anführerin) erhängte sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.
Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe nach 192 Verhandlungstagen am 28. April 1977 wegen vierfachen Mordes und 34fachen versuchten Mordes zu jeweils lebenslangen Freiheitsstrafen.
Am 18. Oktober 1977 stürmte die deutsche Spezialeinheit GSG 9 in Mogadischu (Somalia) das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa. Bei der Stürmung der "Landshut" wurden innerhalb von neunzig Sekunden sämtliche Passagiere aus der Maschine befreit und drei Entführer getötet. Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begingen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.
Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.
Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."

Abb. 85 (x101/115): Baldur Springmann (links) und Rudolf Bahro bei der Gründungsversammlung der Grünen im Januar 1980 in Bonn.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen" verdrängten die kampferprobten linksradikalen Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Niedergang des Christentums

> Mutlosigkeit ist fast immer ein Beweis für tiefe Verbundenheit mit der Kirche.
> *Harriet E. Beecher-Stowe (1812-1896, nordamerikanische Schriftstellerin)*

In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich erstaunlicherweise fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.
Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützt den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der jahrhundertealten "moralischen Werte" des Naturrechts und verherrlicht schließlich den Atheismus, gemeingefährliche Sekten und die Herrschaft von größenwahnsinnigen Öko-Hysterikern und falschen Klimapropheten (Öko-Inquisition).
Die Verleugnung des christlichen Erbes sowie Anfeindungen und die Zurückdrängung von christlichen Werten durch die linksliberale, atheistisch-materialistische Gender-Ideologie fördern in Deutschland zwangsläufig die Ausbreitung von radikalen Sekten und totalitären atheistischen Organisationen.
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.
Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<
>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<
In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.
Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.
Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und verherrlichte schließlich den Atheismus und die Herrschaft der größenwahnsinnigen Öko-Hysteriker und der falschen Klimapropheten.
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1994 berichtete im Oktober 1994 über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des deutschen Autors Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**
Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe (Gott sei Dank) stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.
Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokra-

tischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?
Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.
Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. Januar 2000 (x887/...): >>**Streit und Hader um Gott**
Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen
Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptieren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.
Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe. ...
Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und schier unlösbaren Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundamentalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. April 2004: >>**Mit dem Teufel im Bunde**
Dr. Friedrich Romig
Zu den heute vergessenen, doch einst weitverbreiteten Schriften des berühmten russischen Religionsphilosophen Wladimir Solowjew zählt die "Kurze Erzählung vom Antichrist". Seit er sie seinen Studenten in den späten Februartagen des Jahres 1900 vorlas, hat sie Tag für Tag an beklemmender Aktualität gewonnen. Er sah die blutigen Weltkriege der Völker voraus, den Einfall "der asiatischen Barbaren" infolge Uneinigkeit der europäischen Staaten, "die alle nur an ihre Sonderinteressen dachten", bis endlich im "einundzwanzigsten Jahrhundert ein Bund von Völkern, die alle mehr oder weniger demokratisch regiert werden, entsteht - die Vereinigten Staaten von Europa".
Äußere Wohlfahrt und Wirtschaft machten daraufhin erhebliche Fortschritte, doch die Religion verblaßte. Die Mehrheit der denkenden Menschen wurde ungläubig. Begriffe wie der "von einem Gott, der die Welt aus dem Nichts geschaffen hat, wurden nicht einmal mehr in den Grundschulen gelehrt". Kein Dogma hielt der Prüfung durch die Vernunft noch stand. Doch fehlt die Religion als Bindekraft der Gesellschaft, dann muß eine Zwangsgewalt her, die die Einheit wahrt.
So hielten "die Lenker der Politik der europäischen Gemeinschaft, die dem mächtigen Bund der Freimaurer angehören", Ausschau nach einem "Menschen der Zukunft", dem, zum "Präsi-

denten der Vereinigten Staaten gewählt", die zentrale Exekutivgewalt anvertraut werden konnte. Ihre Wahl fällt auf einen jungen, dreiunddreißig Jahre alten, jedoch wegen seiner viel gelesenen, geradezu genialen Schriften weithin anerkannten Menschen - "viele nannten ihn einen Übermensch". Er selbst sieht sich als "zweiter Christus", der aber in Wahrheit der rangmäßig erste, weil vollkommene und endgültige Erlöser ist, er, der wahre Wohltäter, der den Menschen alles gibt, was sie brauchen.
Sein Vorläufer, geschichtlich der erste, jedoch noch unvollkommene Christus, trennte die Menschen durch die Unterscheidung von Gut und Böse, er aber, der neue Christus, läßt seine Sonne aufgehen über Gute und Böse und läßt es regnen über Gerechte und Ungerechte. Er droht nicht mit dem Jüngsten Gericht, sondern läßt Gnade walten, sein Gott fordert nicht Gehorsam bis zum Tod am Kreuz, sondern hat Verständnis für die unbegrenzte Freiheit und wird jedem angenehm sein.
Schon nach einem Jahr sind die Keime des Krieges ausgerissen, ein letztes Mal tritt die Friedensliga zusammen, doch nur um dem großen Friedensbringer zu huldigen und ihn zum Weltmonarchen zu küren. Er schlägt seinen Sitz in Rom auf, denn wo wäre es angemessener, der neuen "Zivilreligion" eine Heimstätte zu bieten? Systematisch wurde das Christentum "marginalisiert", die Kirche in ein "archäologisches Museum" verwandelt, der Papst aus Rom vertrieben und das Kreuz durch den Wohlstand um seine Kraft gebracht.
In wenigen Jahren verminderte sich Zahl der Christen, einst weit mehr als eine Milliarde, auf fünfundvierzig Millionen. Ein beträchtlicher Teil der anglikanischen Kirche vereinigte sich mit der katholischen. Unter den Protestanten gewann religiöser Indifferentismus und Unglauben die Oberhand, die meisten fielen ab, nur wenige fanden in einem neubelebten Urchristentum Befriedigung ihrer Glaubensbedürfnisse. Auch die russische Orthodoxie verlor viele Millionen Mitglieder, doch trotz dieser Verluste fanden sich, wenn auch nur vereinzelt, bei ihr wie auch bei den anderen Bekenntnissen und Kirchen Zeugnisse tiefer Religiosität, hoher Gelehrsamkeit und neuer Kräfte des Geistes.
Bereits vier Jahre nach Antritt seiner Herrschaft scheint die Zeit reif zur Vereinigung der Religionen. Der Weltkaiser beruft ein ökumenisches Konzil nach Jerusalem, der heiligen Stadt der abrahamitischen Hochreligionen, um sich dort auch zum geistlichen Führer küren zu lassen und so die als verhängnisvoll angesehene Trennung von Politik und Religion, Kirche und Staat aufzuheben. Über dreitausend Vertreter der Weltreligionen folgen seinem Ruf. Auf dem Konzil hält der Kaiser eine flammende Rede, in der er von den Vertretern der Weltreligionen seine Anerkennung als ihr geistliches Oberhaupt einfordert.
Fast alle katholischen Bischöfe und auch die Repräsentanten der anderen Religionen anerkennen ihn, nur ganz wenige zeigen sich störrisch. Letztere verlangen vom Kaiser ein klares Bekenntnis zu Christus, doch der offenbart sich jetzt als der Antichrist, seit jeher mit dem Teufel im Bunde. Der Großmagier des Kaisers sorgt mit Donnerschlag und Kugelblitzen für die Auslöschung der meisten Widerstrebenden. Jene, die überleben, gehen in die Wüste.
Der Kaiser läßt auf einem ad hoc einberufenen Konklave seinen Großmagier Apollonius, der in Indien geboren wurde, zum neuen Papst wählen, und noch am selben Tage unterzeichnen die Vertreter der Orthodoxie und der Protestanten eine Urkunde über die Vereinigung ihrer Kirchen mit der katholischen.
Ein Sturm der Begeisterung über die endlich gelungene Vereinigung der Religionen erhebt sich, der durch die Freude über einen "Ablaß für alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Sünden" noch verstärkt wird.
Die Erzählung endet mit einer Erhebung der Juden, die am Welterfolg des Jubelkaisers ja nicht unbeteiligt waren und seinen Versprechungen geglaubt hatten, er betrachte die Aufrichtung der Weltherrschaft Israels als seine Hauptaufgabe. Ihre Empörung bricht aus, als sie entdecken, daß der Kaiser nicht beschnitten ist. Ihre grenzenlose und glühende Verehrung, die sie dem Retter Israels und vermeintlichen Messias bisher entgegenbrachten, schlägt in ebenso

grenzenlosen Haß um.
Der überraschte Kaiser läßt Zehntausende von Juden und Christen hinmorden. Doch die Juden siegen dank eines Erdbebens, der Kaiser und seine Truppen gehen in einem Flammenmeer unter. Als die Juden, um zu danken, nach Jerusalem ziehen, zeigt sich ihnen Christus, der nun "für tausend Jahre" - ein Ausdruck für die Ewigkeit - sein Regnum antritt.
Auch ohne an Irak-Krieg, Völkerrechtsbruch und die religiös verbrämten, martialischen Bush-Reden zu denken, wird derjenige, der diese vor mehr als hundert Jahren geschriebene Erzählung liest, nicht umhinkönnen, aus den Auseinandersetzungen um die Europäische Union, ihre Gründungsgeschichte und Absichten, ihre Versprechen, für Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu sorgen - übrigens für Paulus immer ein sicheres Erkennungszeichen des Antichrist -, um ihre "Zivilreligion" und Laizität, ihre Verfassung und Präsidentenschaft, um das Verschwinden der Nationen und um den Kampf der Kulturen seine Schlüsse zu ziehen.
Seit ihrer Konzeption durch Graf Coudenhove-Kalergi, den noch vor Kriegsende konzipierten Entwürfen für die Nachkriegsordnung Europas, ihrer schrittweisen Verwirklichung über die Rom-Verträge bis hin zu Maastricht und dem Verfassungskonvent, erscheint dem Tieferblikkenden die EU als eine Werkstatt des Antichrist, der Europa immer weiter von seinen christlichen Wurzeln "befreit".
Dieses EU-Europa empfiehlt der Kirche die Abkehr von ihren "dogmatischen" und "fundamentalistischen" Positionen, mehr Toleranz in Fragen der Bevölkerungskontrolle, Kontrazeption, Abtreibung, Euthanasie, Genmanipulation, Ehescheidung, Anerkennung und Gleichstellung "eheähnlicher" Partnerschaften, Verständnis und Wohlwollen für Homosexualität. Die Kirche wird zur Mitarbeit an einer "humanistischen Weltethik" aufgefordert, zum Verzicht auf Zölibat oder Geschlechterdiskriminierung bei der Priesterweihe.
Vor allem aber wird ihr der Ersatz ihrer hierarchischen durch "demokratische" Strukturen nahegelegt. Sie soll sich endlich mit einer ähnlichen Stellung begnügen, wie sie anderen "humanistischen Organisationen" und "Tendenzbetrieben", etwa von der Art der Liga für Menschenrechte, Amnesty International oder Greenpeace, innerhalb der EU eingeräumt wird. Ihren Anspruch, herrschendes "Lebensprinzip" oder gar "Seele" der gesamten menschlichen Gesellschaft zu sein und diese nach göttlichem Recht gestalten zu wollen, müsse sie aufgeben.
Um künftig akzeptiert zu werden, habe sie sich mit dem Liberalismus zu versöhnen und auf ethische Vorschriften zu verzichten, die den Menschen zum ständigen Sünder stempeln und ihm die Freude am Leben nehmen. Schließlich lebten wir alle ja nur einmal. Mit dem Glauben an die Auferstehung zum ewigen Leben trösteten sich ja heute nur noch die wenigen, die mit dem irdischen Leben nicht fertigwerden oder zu wenig Spaß haben.
Gibt es noch Rettung? Peter Handke, von dem eine solche Aussage kaum zu erwarten war, bringt die Antwort mit zwei Worten auf den Punkt: "Erneuern? Umkehren!" Das liest sich leicht, ist aber das Schwerste. Umkehren? Den Weg zurückgehen, auf dem wir so hurtig "fortschritten"? War er ein Irrweg? Brachte er uns nicht Wohlstand, Bequemlichkeit, Demokratie, das Licht der Aufklärung, Freiheit und Mündigkeit?
Gilt es sich also zu "erheben wider die moderne Welt", wie das ja nicht nur der Kulturphilosoph Julius Evola, sondern auch die Pius-Päpste verlangten? Zurückgehen in die Wüste des Durstes, der Armut, der Plackerei und der Einfalt? Zurück also zu dem, den wir verlassen und aus den Augen verloren haben, dem redemptor hominis (Erlöser des Menschen)?
Der versöhnliche Schluß der "Kurzen Erzählung" deutet an, was uns nach dem Karfreitag der Geschichtsepoche, in der wir uns befinden, erwarten wird: der Ostermorgen des wahrhaft Auferstanden. Um ihn zu sehen, rät uns der Platon des Höhlengleichnisses, das Auge beizeiten an das Licht der Wahrheit zu gewöhnen.
Univ.-Dozent Dr. Friedrich Romig lehrte Politische Ökonomie in Wien, Graz und Aachen. Er war Mitglied der Europakommission der Österreicher Bischofskonferenz und Europaberater von Bischof Krenn (St. Pölten).<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Mai 2007 (x887/...):
>>**Christlichen Glauben schützen**
Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.
Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte auf den zunehmenden Einfluß von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.
Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und kritische Berichte über den Islam nicht erwünscht seien. Die 1993 gegründete "Wende" hat nach eigenen Angaben gut 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der evangelische Sozialphilosoph Günter Rohrmoser.<<

DDR 2.0 - Von der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands bis zur DDR 2.0 (1990-2020): 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen

> Die Grundlage für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ist die Souveränität der Nation.
> Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938, türkischer Politiker)

Zusammenbruch der DDR

Der Staats- und Parteichef der DDR, Erich Honecker, stattete der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.

Erich Honecker betonte damals während seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...

Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<

Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU, wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformer galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

Die sowjetische Regierung beschloß am 27. Juli 1989, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollten.

Am 11. September 1989 ließ die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich öffnen. Danach flohen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

In Leipzig wurde am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anläßlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...

In Leipzig duldete die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ...".

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Während dieser Demonstration am 4. November 1989 hielten bekannte Persönlichkeiten auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz leidenschaftliche Ansprachen (x298/242): >>... Stefan Heym, Schriftsteller: Liebe Freunde, Mitbürger, es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. Welche Wandlung!

Vor noch nicht 4 Wochen die schön gezimmerte Tribüne hier um die Ecke mit dem Vorbeimarsch, den Bestellten vor den Erhabenen!

Und heute - heute Ihr, die Ihr Euch aus eigenem freien Willen versammelt habt, für Freiheit und Demokratie und für einen Sozialismus, der des Namens wert ist. ...

Einer schrieb mir, und der Mann hat recht, wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen.

Und das, Freunde in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren. Und wo die Leute immer gekuscht haben. Unter dem Kaiser. Unter den Nazis. Und später auch.

Aber sprechen, frei sprechen, gehen, aufrecht gehen - das ist nicht genug. Laßt uns auch lernen zu regieren.
Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei.
Christa Wolf, Schriftstellerin: Zu Huldigungsvorbeizügen ... werden wir keine Zeit mehr haben.
Dies ist eine Demo, genehmigt, gewaltlos. Wenn sie so bleibt bis zum Schluß, wissen wir wieder mehr über das, was wir können. Und darauf bestehen wir dann. (Starker Applaus)
Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei.
Alles nicht von mir. Das ist literarisches Volksvermögen. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen - der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk!
Eine schlichte Feststellung, und die wollen wir nicht vergessen.
Steffie Spira, Schauspielerin: Ich wünsche mir für meine Enkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und das keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeigehen.
Ich habe noch einen Vorschlag: Aus Wandlitz, der Waldsiedlung der führenden SED-Politbüromitglieder, machen wir ein Altersheim!
Die über 60- bis 65jährigen können jetzt schon dort wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue - Abtreten! ...<<
Bürgerrechtler forderten am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...
Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.
Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.
Laßt uns den ersten Weg gehen!<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.
Im Verlauf dieser Unterredung lehnte es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben - daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<
Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

Der völkerrechtliche Status der BRD und DDR von 1949-1990
Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.
Souveränität
Die von den westlichen Siegermächten gegründete BRD war wie die DDR nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpl", 1949.

Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählten die BRD und die DDR völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten,

die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**
Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …
Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. … "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.
Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<
Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**
Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. …
Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**
Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise
… Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.
Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.
Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.
Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags
Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.
Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?
Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.
Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe

nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."** ...<<

Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtete am 8. Januar 2012 (x936/…): >>**Die Staats-Simulation "BRD"**

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc,, mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene **Besatzungskonstrukt BRD,** noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, **über volle uneingeschränkte Souveränität.** Auch wenn durch die Politiker der BRD anläßlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen.** Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der

BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.
Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es** keine "BRD", **lediglich ein vereinigtes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**
Alle Politiker Schauspieler.
Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.
Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:
http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile- Details& profileCode=43653.
Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.
Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) …<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**
… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder
Gerhard Schröder: Herr Gysi, … Tempora, X-Keyscore … Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?
Gregor Gysi: Nein, noch nicht …Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<
Innen- und Außenpolitik
Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD und DDR führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.
Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän handeln. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemein-

schaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Staatsangehörigkeit

In der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 hieß es u.a. (x859/...): >>Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. …<<

In Ostberlin verkündete der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten sollte (x105/306). In dieser Verfassung der DDR hieß es u.a.: … "Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit".

Bedeutende Leistungen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lag das geschlagene Deutsche Reich fast vollständig in Trümmern. Infolge der jahrelangen Bombenangriffe und Kriegshandlungen waren in Mittel- und Westdeutschland Millionen von Wohnungen vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren.

In dieses zerstörte Land - voller Not und Elend -, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sowie ostdeutsche Flüchtlinge aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten, kamen damals zusätzlich noch Millionen von gewaltsam vertriebenen Ostdeutschen, Sudetendeutschen und Volksdeutschen aus Polen und Ungarn.

Den Einheimischen, Flüchtlingen und Vertriebenen mangelte es vor allem an Wohnraum, Nahrung, Heizmaterial und an Kleidung. Obgleich die geschlagenen Deutschen menschenunwürdig hausten, hungerten und froren leisteten sie täglich schwere Wiederaufbauarbeiten. Nicht Männer, sondern mehrheitlich Frauen, Kinder, Greise und Krüppel schufen dort in den bitteren Nachkriegsjahren zwischen Trümmern und Verwüstung aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen - ein Fünftel des gesamten Wohnraums - völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brücken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen. Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten. In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.

Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.

Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen - ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen - 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete z.B. am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel.

Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft. …
100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation waren rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft geraten (x026/36). Nach dem Kriegsende wurden Millionen von deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR, Frankreich, Großbritannien Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien und in anderen Ländern als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Falls die deutschen Kriegsgefangenen die jahrelange schwere Zwangsarbeit lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück.
Die Siegermächte drückten die geschlagenen Deutschen nach dem Kriegsende auf die unterste Stufe des menschlichen Daseins herab, aber die meisten Deutschen gaben trotz alledem nicht auf. Millionen von Vertriebenen jagte man vollständig ausgeplündert und aus ihrer Heimat. Diese Deutschen besaßen praktisch nur noch ihr Leben und ihre Arbeitskraft, ihre geistigen Fähigkeiten und ihr handwerkliches bäuerliches Geschick, doch auch sie waren nicht bereit, widerstandslos aufzugeben, sondern sie wollten überleben und mehrheitlich unbedingt wieder nach oben kommen.
Nach Jahren härtester Wiederaufbauarbeit schafften die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, trotz Hunger, Elend und Not schließlich den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Infolge des unglaubliche Arbeitseifers und des mutigen Unternehmungsgeistes der Deutschen stieg die Industrieproduktion von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betrugen (x069/-215).

Herausragender Politiker: Kurt Schumacher

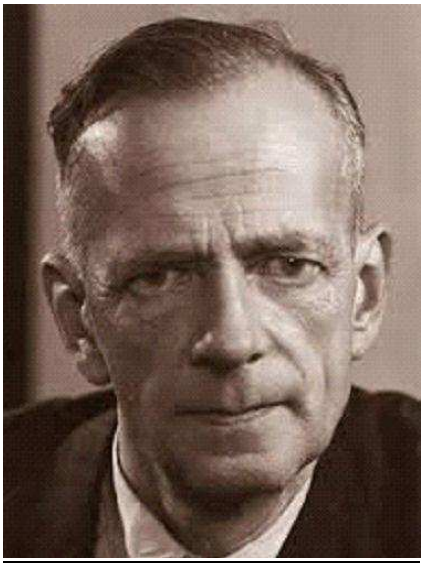


Abb. 81 (x051/525): Kurt Schumacher

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, 1930-1933 SPD-Abgeordneter des Reichstages, von 1933-1945 fast ständig in KZ-Haft, seit Mai 1946 SPD-Vorsitzender, strebte die Wiederherstellung

der nationalen Einheit Deutschlands und eine freiheitlich-demokratische Verfassung an, ab 1949 SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages).
Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...
Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...
Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<
Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte. …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28. Oktober 2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>**"National sein ist Ehrensache!"**
... Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren."
Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden".
Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.
Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. ...
Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. … Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.
Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften … teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen. ...
In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"
Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieen sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...
Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen … verstricken zu lassen."<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Willy Brandt

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).
Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung".

Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.

Brandts Außenpolitik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970

"ging damals um die Welt". Die Verträge von Moskau und Warschau und leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.
Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis und 1981 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 30. November 2013) über Willy Brandt (x887/...): >>**Nicht nur sein Kniefall polarisierte**
Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt
... Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehrere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozialliberalen Koalition: "Wir wollen mehr Demokratie wagen", "Neue Ostpolitik", "Wandel durch Annäherung".
Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember 1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis hatte. …
Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Verhandlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 versuchte, Brandt über ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, da scheiterte er an zwei fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Jeweils ein Abgeordneter der CDU und der CSU waren von der Stasi gekauft worden. Der Verrat kostete pro Stimme 50.000 Mark.
Die dem Mißtrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brachte beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Um so überraschender war für die Öffentlichkeit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang "Weinbrand-Willys" zum Alkohol und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Gerüchte.
1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete, welche erotischen "Zuführungen" wann und wo stattgefunden hatten. In dieser - etwas längeren - Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veranlaßt, es war also amtlich. Das war schon pikant genug.
Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, daß der Referent des Kanzlers, der die Damen seinem Herrn auf den letzten Metern "zuführte", der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.
Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis 1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebserkrankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beigesetzt.<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 10.06.2016) über Willy Brandt: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**
... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel".
Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.
Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Allianz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert. ...<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Deutsche Freiheit
Deutsche Freiheit lebet nur im Liede. / Deutsches Recht - es ist ein Märchen nur!
Deutschlands Wohlfahrt ist ein Friede / voll von Willkür und Zensur!
Drum zieh'n wir aus dem Vaterlande, / kehren nie und nimmer mehr zurück.
Suchen Freiheit uns im fremden Lande: / Freiheit ist nur Leben - ist nur Glück!
August Heinrich Hoffman von Fallersleben (1798-1874, deutscher Schriftsteller)

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen. Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...
Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederholten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre.
Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.
Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?
... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert? ...**

1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.
Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u.a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten.
Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Rußland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Rußland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.
Ausschlaggebend für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die USA. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zu Gunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt.
Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Rußlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern. …<<
In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).
Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß, für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.
Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt - und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<
Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlichte am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa - seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident - über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>... Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Günter Grass erklärte am 19. Mai 1990 zur geplanten Wiedervereinigung Deutschlands (x303/173): >>... Mein erster Eindruck ist der, daß in Ermangelung eines weiterreichenden Gedankens die D-Mark der zentrale Begriff geworden ist. ...
Der Ruf nach Freiheit ist durch eine Art von DM-Freiheit und Konsumfreiheit ersetzt worden. Die absurdeste Koppelung habe ich in der DDR auf einem Plakat gelesen: Freiheit ist Lei-

stung - dümmer habe ich das Wort Freiheit noch nie interpretiert gesehen.<<
Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschiedeten am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Ferner wurde eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" (x160/12): >>... Ein herausragender jüdischer Humanist, der britische Schriftsteller und Verleger Victor Gollancz, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld", hat über die Kollektivschuld-Ideologie gesagt, was dazu zu sagen ist:
"Sie stützt sich - bestenfalls - auf gänzliche Unkenntnis der psychologischen und wissenschaftlichen Tatsachen und läßt sich in einer halben Stunde durch Zuhilfenahme jedes beliebigen Lehrbuches der europäischen oder Weltgeschichte richtigstellen. Ihr weitgehender Einfluß ist natürlich der Ansteckung durch das nazistische Rassendogma zuzuschreiben. ... Die Vorstellung der "Kollektivschuld" ist - wie der Faschismus - ein Rückschritt zu vorchristlicher Barbarei. Daß anständige und intelligente Menschen sie ernsthaft diskutieren, zeigt, wie sehr uns das, was wir bekämpfen, schon angesteckt und verdorben hat."
Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"
Beifall bei Abgeordneten der Grünen.<<
Der Deutsche Bundesrat stimmte am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung über die deutsch-polnische Grenze zu.
Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.
Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).
Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA unterzeichnet.
Bundeskanzler Kohl erklärte am selben Tag in der Sitzung des Bundeskabinetts zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 12. September 1990 (x101/307): >>... Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.
Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um
- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.
Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen. ...<<
Ministerpräsident Lothar de Maizière erklärte am 2. Oktober 1990 während einer Fernsehansprache (x298/251): >>... Es ist ungewöhnlich, daß sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet. Ebenso ungewöhnlich und widernatürlich war aber auch die Teilung unseres Landes.
In wenigen Stunden tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutsch-

land bei. Wir Deutschen erreichen die Einheit in Freiheit.
Ich glaube, wir alle haben Grund, uns zu freuen und dankbar zu sein. Wir lassen ein System hinter uns, daß sich demokratisch nannte, ohne es zu sein. Seine Kainszeichen waren die Unfreiheit des Geistes und das verordnete Denken, Mauer und Stacheldraht, der Ruin der Wirtschaft und die Zerstörung der Umwelt, die ideologisch kalkulierte Gängelung und das geschürte Mißtrauen.
An die Stelle dieser Tyrannei sind Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde getreten. Unser Weg in die Freiheit war nicht gefahrlos und war nicht unumstritten. Wir danken denjenigen, die unbeirrt ihren Weg gingen und ihren demokratischen Willen furchtlos zum Ausdruck brachten. Da sie sich von der Angst befreit hatten, konnten sie auch die Freiheit erzwingen.
Wir wissen, daß wir diesen Weg nicht ohne das neue Denken in der Sowjetunion und ohne die Unterstützung unserer Nachbarn im Osten hätten gehen können. Wir danken ... auch dem Verständnis der Vier Mächte und ihrer Verständigungsbereitschaft, die für die deutsche Einheit Voraussetzung war.
Wir sind jetzt Bürger eines gemeinsamen deutschen Staates, und mit der Länderbildung, die sich in wenigen Tagen vollzieht, werden wir gleichzeitig wieder Bürger von Thüringen und Sachsen, von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sein.
Wir können uns wieder auf die Kräfte besinnen, die aus der Geschichte und den Traditionen dieser Länder herrühren. Das Diktat des Zentralismus mit seinen ortsfernen Entscheidungen und die Auszehrung des übrigen Landes finden endlich ihr Ende. Und, so will es der Einigungsvertrag, das geeinte Berlin wird Hauptstadt Deutschlands sein.
Mit der Einheit in Freiheit wird Wirklichkeit, was viele kaum mehr für möglich hielten. Die 40jährige Teilung unseres Landes ist überwunden.<<
Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich diese neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gemäß Ländereinführungsgesetz gebildet wurden!!!).
Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").
Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.

Abb. 86 (x175/835): Wiedervereinigungsfeier vor dem Deutschen Reichstag in Berlin am 3. Oktober 1990

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates**:** Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt.

Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten. Während der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 wurden demnach nur zwei unsouveräne, abhängige Staatsgebilde (ehemalige Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges) zusammengeführt.

Die von den Siegermächten gegründete BRD und die DDR waren nie souveräne Staaten. Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten waren nicht souverän. Insofern waren alle Wahlen völlig überflüssig.

Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge - Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU - sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag der alliierten Siegermächte. Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954) und blieb weiterhin Zwangsmitglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Aufgrund der damaligen Grundgesetzänderung wurde die Einheit und Freiheit Deutschlands angeblich für das gesamte deutsche Volk vollendet und damit das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet.
Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.
Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes - Stand: Januar 2018 - lautete wie folgt (x890/...): >>**Artikel 25**
Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<
Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstößt auch gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen bedeutet die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisiert kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortet Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Dr. Wolfgang Thüne (stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen) schrieb anläßlich des Tages der Heimat 1999 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" am 4. September 1999 (x887/...): >>**Menschenrechte sind unteilbar**
50 Jahre Rechtsstaat oder: Grundgesetz, was haben sie mit dir gemacht? ...
Wer außer den direkt Betroffenen, den deutschen Heimatvertriebenen, ist besser in der Lage, die "Erfolgsgeschichte Rechtsstaat" objektiv und unabhängig von parteipolitischen Präferenzen kritisch zu hinterfragen? ...
Die Ost- und Sudetendeutschen wurden von fremden Staaten vertrieben, und vom eigenen "Rechtsstaat" wird ihnen das die Menschenwürde begründende Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. Beim Versuch, ihre Eigentums- und Erbrechte gegenüber den Vertreibern einzufordern, wird aus politischer Berechnung der "diplomatische Schutz" verwehrt. Man wendet sich von der unbequemen Wahrheit ab, richtet den Blick in politisch-ideologische Traumwelten.
Des Rechtsstaatsprinzips völlig unwürdig bezeichnete der Außenminister Joseph (genannt "Joschka") Fischer (Grüne) bei seinem ersten Auslandsbesuch im Oktober 1998 in Warschau die Forderung der Vertriebenen nach Entschädigung für das 1945 willkürlich enteignete und konfiszierte Privateigentum. Dies sei "anachronistisch und absurd". Gegenüber der tschechischen Regierung erklärte der damalige Staatsminister Günter Verheugen (SPD) am 5. Dezember 1998, daß die Bundesregierung "gegenüber der tschechischen Regierung keine Vermögensansprüche geltend machen" werde.
Dazu ist zu sagen: Wenn der Staat auf "seinen" Staatsbesitz verzichtet, ist das seine Sache, obgleich er damit dem Wohl des Volkes nicht unbedingt dient, aber der Staat darf sich auf keinen Fall der Schutzpflicht der Grundrechte seiner Bürger entziehen, ihnen den diplomatischen Schutz verwehren. Auch der Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erklärte gegenüber dem tschechischen Ministerpräsident Zeman, daß man aus Vertreibung und Enteignung keine Ansprüche mehr stellen werde.
Nur der heftige Protest der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach MdB (CDU), und die Drohung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, "Sammel-Entschädigungsklagen" nach jüdischem Vorbild gegen tschechische Besitznehmer und Unternehmen anzustrengen, aber auch gegen die Bundesrepublik Deutschland, führten zu einem Einlenken.
Man besann sich des Rechts und erklärte seitens der rotgrünen Bundesregierung am 2. Febru-

ar 1999: "Die Bundesregierung sieht die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig an. Sie vertritt diesen Standpunkt auch gegenüber Polen und der CSFR. Bei den Verhandlungen mit der Republik Polen über den Vertrag vom 17. Juli 1991 sowie mit der CSFR über den Vertrag vom 27. Februar 1992 hat die Bundesregierung diese Auffassung deutlich gemacht. ...
Hieraus folgt, daß die Bundesregierung auch nicht auf vermögensrechtliche Ansprüche Deutscher gegenüber den genannten Staaten verzichtet hat."
Damit hat sich Berlin zwar formal den geltenden Grund-, Menschen- und Völkerrechtsnormen gebeugt, sich dem direkten Entschädigungszugriff durch die Betroffenen aber juristisch geschickt entzogen und jegliches Handeln in ihr staatliches Ermessen gestellt. Faktisch tut sich absolut nichts, die Vermögensfragen werden weiterhin für "offen" erklärt.
Diese Diskussion läßt einem aufmerksamen Beobachter deutlich werden, auf welch schwankendem Boden unser "Rechtsstaat" steht und wie gefährdet er ist. Wie so oft in der Geschichte läuft er Gefahr, die Würde des Menschen auf dem Altar vermeintlicher staatlicher Interessen zu opfern und sich an der "Verfassung" zu versündigen.
Seit 2.000 Jahren gilt sowohl für den Staat als auch den Privatmann der hehre Satz des römischen Rechts: Niemand kann mehr Rechte übertragen als ihm selbst gehören. Umgekehrt: Niemand kann auf etwas verzichten, das ihm gar nicht gehört. Die Grundrechte sind Individualrechte, über die der Staat nicht verfügen darf. Er hat sie zu achten und zu schützen, das ist der Auftrag des Bürgers an "seinen" Staat. Wenn der Staat aufgrund seiner Machthoheit absichtlich gegen die eine ihm obliegende Sorgfaltspflicht verstößt, dann macht er sich einer regulären Amtspflichtverletzung seinen Bürgern gegenüber schuldig und ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet.
Bei allen "Ostverträgen" wurde Artikel 25 des Grundgesetzes ignoriert, der besagt, daß das Völkerrecht nicht nur Bestandteil des Bundesrechts ist, sondern ihm sogar im Range vorgeht. Das Recht auf die angestammte Heimat ist ebenso wie das daraus resultierende Recht auf Rückkehr oder das Recht auf Restitution anerkanntes Völkerrecht. Die Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 verbietet es dem Besatzer, das Privateigentum einzuziehen und die Menschen kollektiv aus der Heimat zu vertreiben.
Das Nürnberger Militärtribunal kennzeichnete 1945 Deportationen und Vertreibungen nicht nur als Kriegsverbrechen, sondern als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen bezeichnete die "Prinzipien von Nürnberg" als allgemeingültig und erklärte Vertreibungen generell zu unverjährbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch Zwangsumsiedlungen sind Vertreibungen, auch wenn, wie im Potsdamer Abkommen vom August 1945 gefordert wird, sie "human" erfolgen sollten. Es gibt keine "humane" Vertreibung, keinen "humanen" Völkermord (Genozid)!
Der bei den Vereinten Nationen in Genf tätige amerikanische Völkerrechtler Prof. Alfred de Zayas schrieb im Ostpreußenblatt vom 6. September 1991: "Völkerrechtlich gesehen verjähren weder Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch Völkermord. Auch wenn die meisten Täter bereits verstorben sind: Ihre Verbrechen sind nicht verjährt. Was die staatliche Verantwortung bzw. Haftung betrifft, so ist sie keineswegs erloschen. Ferner sind die Menschenrechte der Opfer zu berücksichtigen. Ubi ius, ibi remedium (wo Recht gilt, da ist auch Abhilfe zu schaffen ...). Es muß eine Reparation für die Opfer geben." ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. März 2006 (x887/...):
>>**Thesen zur Vertreibung**
Neuauflagen der Standardwerke von Prof. Alfred M. de Zayas
Zu den Standardwerken über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten zählen seit Jahrzehnten die Werke des Völkerrechtlers Prof. Dr. Alfred M. de Zayas ("Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung", 1977, sowie "Anmerkungen zur Vertreibung", 1986). ...
Vorab dokumentieren wir hier Auszüge aus diesen "Thesen zur Vertreibung":

- Heimatrecht ist Menschenrecht.
- Die Vertreibung der Deutschen war völkerrechtswidrig.
- Die Haager Landkriegsordnung von 1907 war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42 bis 56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46), und verbieten Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen ...
- Vertreibungen waren im Jahre 1945 völkerrechtswidrig, auch in Friedenszeiten, denn sie verletzen die Minderheitenschutzverträge, die Polen und die Tschechoslowakei verpflichteten.
- Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum stellten die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.
- Artikel XIII des Potsdamer Protokolls hat keine Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt und konnte es auch gar nicht. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein "Interalliiertes Transferabkommen" gegeben hätte (und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar), müßte es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.
- Vertreibung und Verschleppung können sehr wohl als Völkermord bezeichnet werden, wenn die Absicht des Vertreiberstaates nachweislich ist, eine Volksgruppe auch nur teilweise zu vernichten. Dies war zweifelsohne die Absicht Beneschs, wie in seinen Reden und in den Benesch-Dekreten ausreichend belegt.
- Flüchtlinge und Vertriebene haben ein Recht auf Rückkehr sowie ein Recht auf Restitution (siehe Uno-Unterkommission für Menschenrechte, Resolutionen 2002/30 und 2005/21, sowie den Schlußbericht der Unterkommission über Vertreibung und die Menschenrechte, UN Doc E/CN. 4/Sub. 2/1997/23).<<

Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.

Bei der vorgezogenen 12. Bundestagswahl erhielten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 43,8 %, SPD = 33,5 %, FDP = 11,0 %, Grüne (West) = 3,9 %, Bündnis 90/Grüne (Ost) = 1,2 %, PDS = 2,4 %, Sonstige = 4,2 %.<<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Helmut Kohl (x343/12,15-16): >>**Der Alte und der Pfälzer**

_ *von Jürgen Elsässer*

… Die Wende bleibt aus

… Helmut Kohl. Im Wahlkampf 1983 postulierte er: "Wir werden die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Ausländer in Deutschland um die Hälfte reduzieren!" Passiert ist freilich nichts, der Zuzug ging weiter.

Überhaupt fiel die Bilanz der ersten Kohl-Jahre aus deutscher Sicht ernüchternd aus. Die folgenschwerste Entscheidung am Anfang seiner Amtszeit war die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen - was schon sein Vorgänger Schmidt hatte, aber innerparteilich nicht durchsetzen konnte. Im Gegenzug dazu konnte der Pfälzer immerhin US-Präsident Ronald Reagan dazu bewegen, mit ihm den Soldatenfriedhof in Bitburg zu besuchen, wo auch SS-Gefallene bestattet waren.

Das friedliche Gedenken der Staatsmänner hätte ein Ende der ewigen Beschwörung der Nazi-Vergangenheit bringen können - wäre Kohl nicht aus der eigenen Partei ein Strich durch die

Rechnung gemacht worden: Bundespräsident Richard von Weizsäcker nutzte seine Rede zum 40. Jahrestag der "Befreiung" (Weizsäcker) des 8. Mai 1945 genau dazu, alte Wunden wieder aufzureißen. Die Linken jeder Couleur waren begeistert.
Kohls Ansatz einer "geistig-moralischen Wende" scheiterte aber auch an hausgemachten Fehlern. Mit der Zulassung des Privatfernsehens ab 1984 wollte er die Dominanz der öffentlich-rechtlichen Sender - für ihn der "Rotfunk" - brechen. Tatsächlich waren die neuen Programmangebote zwar weniger politisch als ARD und ZDF, aber viel mehr amerikanisiert - seichte Unterhaltung und billiger Sex konnten die Deutschen gerade nicht mit ihren kulturellen Wurzeln in Kontakt bringen.

Deutschland, einig Vaterland

Diese Fehler fallen jedoch angesichts seiner Verdienste in den Schicksalsjahren 1989/90 nicht ins Gewicht. "Es ist keine Frage, daß der Weg zur deutschen Einheit nach Öffnung der Mauer in wichtigen Etappen auch ein Alleingang Helmut Kohls war", stellt der Historiker Schöllgen zu Recht fest. Er war es, der durch seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November 1989 entschlossen den Weg zur Vereinigung wies - angeblich hatte er das Papier zuvor nur mit zwei Geistlichen und seiner Frau Hannelore beraten. Er war es, dem am 19. Dezember 1989 in Dresden 100.000 DDR-Bürger zujubelten und dadurch deutlich machten, wie das Volk östlich der Elbe denkt.
An dieser Massenmobilisierung zerschellten die Versuche der französischen und britischen Staatsführer François Mitterand und Margaret Thatcher, die Wiedervereinigung doch noch unter Verweis auf geschichtliche und völkerrechtliche Vorbehalte zu verhindern. Geschickt sicherte sich Kohl sowohl das Vertrauen von US-Präsident George H. W. Bush wie von Sowjetführer Michail Gorbatschow, indem er Befürchtungen über einen deutschen Revanchismus an zwei entscheidenden Punkten zerstreute:
Zum einen gab er den Polen eine Garantie für die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze, zum anderen sicherte er den Russen eine Nichtausdehnung der NATO auf das Gebiet der neuen Bundesländer zu. So ließ die Sowjetunion von ihrer Forderung, das vereinigte Deutschland müsse blockfrei sein oder gleichzeitig der NATO und dem Warschauer Pakt angehören, am Ende doch noch ab.
Warum Kohl den sowjetischen Druck auf Abschluß eines Friedensvertrages aber nicht ausnutzte, um einen solchen auch von den westlichen Siegermächten einzufordern, bleibt ein Rätsel. Der ersatzweise verabschiedete Zwei-plus-Vier-Vertrag gab Deutschland zwar entscheidende Souveränitätsrechte zurück, aber hob die Feindstaatenklausel der UNO nicht auf und beendete auch die US-Geheimdiensteinmischung nicht, wie zuletzt die NSA-Affäre gezeigt hat. Daß die Zurückhaltung der NATO bei der Ostausdehnung, die der deutsche Generalsekretär Manfred Wörner und US-Außenminister James Baker zugesichert hatten, nicht vertraglich fixiert worden ist, kann man freilich nicht Kohl anlasten - daran war die Naivität Gorbatschows schuld.
Noch folgenschwerer war, daß Kohl die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung - so jedenfalls die Aufzeichnungen von Präsidentenberater Jacques Attali - letztlich mit einem Deal erkauft hat: das Ja von Mitterand wurde mit dem deutschen Verzicht auf die D-Mark belohnt, im Dezember 1991 besiegelt in den Maastrichter Verträgen. Le Figaro sprach von einem "Versailles ohne Krieg" - in Erinnerung an den Versailler Vertrag, der Deutschland 1919 unter die Knute gezwungen hatte.
Zwei weitere Leistungen von Kohl sollen dennoch nicht vergessen werden: Zum einen hielt er Deutschland, im Unterschied zu seinen Nachfolgern, aus allen Kriegen heraus. Er verweigerte ein Mitmachen beim Golfkrieg 1991, und während des bosnischen Bürgerkrieges in den Folgejahren verkündete er eine Leitlinie, die als Kohl-Doktrin bekannt wurde: Wo die deutsche Wehrmacht ihre Stiefel hingesetzt hat, darf die Bundeswehr es nicht.
Die Wiedervereinigung war zu großen Teilen das Verdienst von Helmut Kohl.

Als es 1999 zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien kam, war er schon nicht mehr Kanzler. Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den 1980er Jahren Staatssekretär im Verteidigungsministerium und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 beteiligt, vertritt die Meinung, mit dem Pfälzer "hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben". Der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien "den größten historischen Fehler" genannt. "Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen", habe dieser ihm gesagt.
Kohls zweite vorbildliche Weichenstellung nach der Wiedervereinigung war die Neufassung des Asylartikels im Grundgesetz. Nachdem der Ostblock zusammengebrochen war, strömten Hunderttausende in die Bundesrepublik - die Zahl der Asylsuchenden erreichte 1992 den Rekordwert von 439.000. Aber anders als Angela Merkel 2015 - in diesem Jahr kamen nach der vermutlich geschönten offiziellen Statistik ungefähr doppelt so viele - verstärkte die Bundesregierung damals die Grenzkontrollen: Nach der Neufassung des Grundgesetzartikels 16a aus dem Jahr 1994 haben Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen - und das waren und sind alle Anrainer der Bundesrepublik - keinen Anspruch auf Asyl.
Die Kohl-Regierung demonstrierte, wie man die Flut von Wohlstandsflüchtlingen stoppt, ohne die Grundrechte einzuschränken - seine Nachfolgerin öffnete die Schleusen für illegale Ausländer und brach damit die Verfassung.<<
Der britische Historiker Christopher Duffy berichtete später über die deutsche Wiedervereinigung (x100/328-330): >>... Soweit es die Teilung Deutschlands und die Präsenz größerer ausländischer Truppenkontingente betraf, ging die Jalta-Periode der deutschen Geschichte 1990 zu Ende. Sie hatte 45 Jahre gedauert, in denen die vormals verbündeten Streitkräfte im großen ganzen dort geblieben waren, wo sie am Ende des Zweiten Weltkrieges gestanden hatten.
Um einen Vergleich für diese Situation zu haben, braucht man sich nur einmal vorzustellen, die britischen und preußischen Truppen hätten 1815 nach der Schlacht von Waterloo ihre Stellungen nicht geräumt, sondern sich erst 1860 aus Frankreich zurückgezogen.
Zugleich wurde ein offenes Problem des internationalen Rechts, das einigen Sprengstoff in sich barg, schneller gelöst als erwartet. Die Bundesrepublik hatte, was im Ausland kaum wahrgenommen worden war, die von Polen nach dem Krieg auf Kosten Deutschlands beanspruchte Grenze niemals formell anerkannt.
Im Potsdamer Abkommen war nur eine vorläufige Demarkationslinie an Oder und Neiße festgelegt und ansonsten erklärt worden, "daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll". Zu dieser Konferenz ist es jedoch nie gekommen, da der heiße Krieg nahtlos in den Kalten Krieg überging.
Für den Parlamentarischen Rat bestand Deutschland, obwohl das von ihm ausgearbeitete Grundgesetz der Bundesrepublik zunächst nur für die westdeutschen Länder galt, weiterhin in den Grenzen von 1937 - mit anderen Worten, es umfaßte auch den westlichen Teil Polens und das zu Rußland gehörende Gebiet um das ehemalige Königsberg. Zur Überraschung mancher Beobachter verzichtete die Regierung des wiedervereinigten Deutschland auf Ansprüche in dieser Richtung und erkannte in einem Vertrag vom 14. November 1990 die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze an,
Zweifel an der Absolutheit der moralischen Verdikte der Zeit nach 1945 blieben jedoch bestehen, und es ist bezeichnend, daß es deutsche Historiker waren, die mittlerweile begonnen hatten, danach zu fragen, ob die Deutschen nun für immer an der Schuld für das tragen müßten, was im Dritten Reich geschehen war. Auslöser des sogenannten Historikerstreits, der sich an dieser Frage entzündete, war ein Artikel von Ernst Nolte gewesen, der am 6. Juni 1986 unter dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde.
Nolte, der zusammen mit Andreas Hillgruber und Michael Stürmer - ob nun zu Recht oder

Unrecht - als "Neokonservativer" eingestuft wurde, vertrat die im einzelnen zwar umstrittene, im Kern aber nur schwer zu widerlegende These, daß die Verbrechen des Dritten Reichs unter den im 20. Jahrhundert insgesamt begangenen Greueltaten keineswegs einzigartig seien.<<
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne die Bestätigung aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert.
Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe - angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<
Hans Werner Bracht, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht, schrieb später in einem Gutachten über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.
Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands, wie z.B. Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, dem Grundgesetz beigetreten sind.
3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.
Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet - Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird. - Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.
Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.
Das wäre rechtsunwirksam.
4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.
In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.
In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.
5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.
Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz

das nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht. …
10. 10. …
Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.
Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.
Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.
11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.
Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.
12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.
Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit verfügungsberechtigt gewesen sein.
Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.
13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.
Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich verfügungsberechtigt geworden.
Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.
...
Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.
Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.
Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.
15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenzanerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten

sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.
Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.
Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.
a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht verfügungsberechtigt ist.
b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist. ...
Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtwidrig erlangt wurde.
Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische und litauische Okkupationsmacht geltend machen.
20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.
Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.
"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Oktober 2010: >>**Die erste deutsche Revolution**
Von *Michael Stürmer*
Zwei Umbrüche, die Europa veränderten: Läßt sich die Vereinigung von 1871 mit der Wiedervereinigung von 1989 vergleichen?
9. November 1989: Die Ostdeutschen konnten ihr Glück kaum fassen; die Westdeutschen trauten ihren Augen nicht. Wo gestern noch die Mauer stand für alle Ewigkeit, war heute eine Bresche. Jubel herrschte, Tränen der Freude flossen und ein Gefühl der Befreiung breitete sich aus, begleitet von der Angst, es könne alles wie im Traum am nächsten Tag vorüber sein.
In den Staatskanzleien hielt die Politik den Atem an. Von London bis Paris, von Rom bis Warschau und Jerusalem herrschten gemischte Gefühle. Dies war vielleicht die finale, jedenfalls eine gefährliche Krise des Kalten Krieges.
Und ihre Ergebnisse waren gänzlich offen. Die Sowjetunion wankte und schwankte und hatte längst Rückzüge aus vorgeschobenen Positionen in Afrika und Lateinamerika angetreten. Rund um den Kaukasus wurde gekämpft; auf dem Balkan begann das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens; die baltischen Republiken wollten nicht länger Teil des Sowjetimperiums sein.
Die DDR war immer Schlußstein im Bogen des äußeren Imperiums der Russen gewesen, gesichert durch mehr als 20 Elitedivisionen, Hunderte taktischer Nuklearwaffen und das Kontrollnetz des sowjetischen KGB. Wenn das äußere Imperium auseinanderbrach, dann mußte das innere Imperium folgen. Würden die Machthaber des Kreml, würde der Geheimdienst in

der Lubjanka, würde die Generalität das hinnehmen? Wenn Imperien fallen, so die Lehre des 20. Jahrhunderts, dann tun sie es nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall.
Was den alten Griechen das Orakel von Delphi war, Ratgeber und Wahrheitskünder, war den Deutschen und ihren Nachbarn die schwere und vieldeutige Geschichte des 20. Jahrhunderts, in ihrer Mitte die Erinnerung an das Reich Bismarcks, an die wilhelminische Großmacht, das europäische Desaster von 1914 und den, wie General de Gaulle es nannte, "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". Deutschland hatte in alldem eine Hauptrolle gespielt und war im Kalten Krieg Schauplatz der "Central Front" zwischen amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen. Am Checkpoint Charlie in Berlins Friedrichstraße hatten einander 1961 nach dem Mauerbau die Panzer der USA und der UdSSR gegenübergestanden, Rohr gegen Rohr, um die Rechtslage zu klären.
Nichts davon war an jenem 9. November vergessen. Geschichtskundige zitierten Benjamin Disraeli, den britischen Staatsmann, der 1871 im House of Commons im Blick auf den deutsch-französischen Krieg ahnungsvoll gesagt hatte: "Dieser Krieg ist eine deutsche Revolution, ein größerer politischer Umbruch als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. Ich sage nicht ein Umbruch von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung, oder größer. Was die sozialen Konsequenzen angeht, die liegen in der Zukunft ... Jede diplomatische Tradition ist weggefegt. Das Gleichgewicht der Macht ist vollständig zerstört."
Disraeli, später Lord Beaconsfield, war 1871 Führer der Opposition, und zur Stellenbeschreibung von Oppositionsführern gehört beides: zu vereinfachen und zu übertreiben. Zwischen 1871 und 1989 ist noch viel geschehen, und vieles hätte auch anders kommen können. Aber niemand in den Korridoren der Macht konnte und wollte 1989 die Lehren der Geschichte - oder was jeder und jede dafür hielt - in den Wind schlagen.
Was, wenn die Geschichte sich wiederholen würde? Mitterrand drohte mit Rückkehr zur französisch-britisch-russischen Entente von 1913; die Iron Lady stellte einem Historiker-Colloquium in Chequers die Frage: "Haben die Deutschen sich gewandelt?" Beide vergaßen vorübergehend, daß dieses Mal das große Spiel zwischen Washington und Moskau gespielt wurde, die Deutschen in Ost und West Objekt und Subjekt zugleich waren.
Alles, was folgte, war zugleich Einhegung der Geschichte und vorwärts weisende Staatskunst. Das gilt für "Zwei plus Vier", die abschließende Regelung der Deutschen Frage, wie für die Maastricht-Verträge und die gemeinsame Währung. Integration statt deutscher Dominanz sollte alles richten, und niemals wieder, wie Kanzler Kohl am 3. Oktober 1990 in der Berliner Philharmonie feierlich sagte, dabei ein Buch über das Kaiserreich zitierend, "ein ruheloses Reich".
Daß Rußland bei alldem in die Rolle des Verlierers gedrängt wurde, gehört zu den langfristigen Hypotheken der 1990er-Jahre - vermeidbar, wenn man auch im Bezug auf Rußland geschichtliche Lehren und Regeln des Mächtesystems ernst genommen hätte. Bismarck hätte Washington und Bonn/Berlin geraten, es sich diesmal, anders als er selbst 1871 und danach, nicht mit Rußland zu verderben.
1871 veränderte sich in dem Europa der souveränen Großmächte die Führungsposition in der Mitte. Preußen als deutsche Vormacht und harter Kern der deutschen Politik löste Österreich endgültig ab als Machtzentrum in der Mitte Europas: So wie der deutsche Krieg gegen Dänemark 1864 halb Freiheitskrieg, halb Mächtekrieg gewesen war, war der preußisch-deutsche gegen Österreich ein Scheidungskrieg.
Dahinter stand die Einsicht, seit dem nationalen Scheitern der Paulskirche 1848/49 überdeutlich, daß Großdeutschland unmöglich war: Nicht nur wegen der österreichischen Reichskonstruktion und der Unvereinbarkeit des industriell-administrativen Entwicklungsstands, sondern auch wegen des Vetos der Großmächte.
Trotzdem aber hatte Bismarck, seit 1862 als Ministerpräsident die Schlüsselfigur der preußischen Politik, mit einer Reputation für, wie er selbst schrieb, leichtfertige Gewalt - gemeint

war Staatsstreich - die deutsche Einheitsfrage wieder aufgegriffen. Noch 1849 hatte er über den "Nationalschwindel" gespottet und das Königtum von Gottes Gnaden kompromißlos verteidigt. Seitdem aber hatte er als Diplomat am deutschen Bundestag in Frankfurt gelernt, daß Preußen nur als Industriestaat ein Machtstaat bleiben konnte, daß der Monarchie zu ihrem Überleben ein Tropfen demokratischen Öls beizumischen war und daß er das Parlament als Motor der Modernisierung brauchte. Er wollte die Liberalen zähmen, die aber wollten mit ihm das Gleiche tun. Am Ende war er der Sieger.
Die Zielstrebigkeit dieser Strategie und zugleich die Kaltblütigkeit bei der Ausführung haben ihm Bewunderung eingetragen, von den Zeitgenossen bis hin zum früheren US-Außenminister Henry Kissinger, aber auch Kritik ohne Ende - und meist unter Hinweis auf architektonische Mängel und Schwächen der Verfassungs- und Machtkonstruktion, die in der Tat auf niemanden so stark zurückgeht wie auf Bismarck.
Doch wäre es verfehlt, die Rede vom "Bismarckreich" wörtlich zu nehmen. Nicht nur, weil Bismarck selbst immer wieder gewarnt hat, so zum Beispiel im Reichstag: "Die Geschichte, meine Herren, können wir nicht machen. Wir können nur warten, daß sie sich vollzieht." Der große Macher war auch großer Aussitzer. Und er war ein unübertrefflicher Taktiker.
Immer wieder wird das Wort zitiert, zumeist im Ton von Abscheu und Empörung, das er am 30. September 1862, frisch im Amt, den ihm feindlich gesinnten Abgeordneten entgegenschmetterte: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848/49 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Wer genau hinhört, erkennt darin die Taktik, die Liberalen für die Strategie der deutschen Einheit zu engagieren und sie zugleich zur Kapitulation über Budget und Verfassung zu verführen. So ist es dann auch gekommen.
In Wirklichkeit aber war die Lage viel komplizierter als das Duell "Regierung – Bismarck - Monarchie" auf der einen Seite, "Liberalismus – Verfassung - Modernisierung" auf der anderen. Was die Gegner verband, war das Ziel des nationalen Großwirtschaftsraums, Freihandel nach außen und Verfassung nach innen. Was sie trennte, war die Frage der Macht.
Gäbe es in der Geschichte ein letztes Wort, so steht es dem Großmeister der modernen Wirtschaftslehre zu: Lord Keynes. Er sprach davon, daß "Kohle und Stahl" die deutsche Einheit geschmiedet hätten, nicht "Eisen und Blut".
Die Geschichte der deutschen Einheit jedenfalls reicht so weit, wie sie umstritten bleibt.<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später (im Juni 2011) über die Folgen der sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**
... Der Euro und die Wiedervereinigung
Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.
Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zu Gunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<
M. Spanehl berichtete später über die sogenannte Einheit Mittel- und Westdeutschlands (x916/…): >>**Die Zerstörung der Deutschen Volksidentität**
Wer glaubte, mit der Einheit Mittel- und Westdeutschlands sei das Überleben und die Zukunft

des deutschen Volkes gesichert und damit die große nationale Aufgabe erfüllt, hat sich schlimm getäuscht.
Das Grundgesetz der "BRD" wurde seinerzeit von den Gründungsvätern nur als Provisorium geführt. Vollendet werden sollte es in freier Selbstentscheidung durch eine gesamtdeutsche - demokratisch konstituierende - "Volksversammlung". Dann sollte ein **Friedensvertrag** angestrebt werden.
Statt dessen kam das 2 + 4 - Diktat und später Maastricht, wo seitens unserer Regierung der Rest an deutscher Souveränität verspielt wurde. Unsere Volkssouveränität wurde in allen Belangen preisgegeben. Die Entscheidungsbefugnis über unsere ureigensten Angelegenheiten und die Verfügungsgewalt wurde fast vollständig auf eine anonyme Brüsseler Behörde übertragen. Von dem damaligen Kanzler Kohl wurde das als irreversibel erklärt, also nicht umkehrbar. Das ist schlicht Volksverdummung. Was nutzt denn ein "Deutschland einig Vaterland", wenn man aus ihm ein multikulturelles Einwanderungsland mit einem multirassischen Bevölkerungsmischmasch machen will, in dem alles Deutsche untergeht?
Die Politik, die Massenmedien und die Straße werden von denen beherrscht, die unser Volk ummodeln wollen. Sie scheren sich einen Dreck um den Willen von über 90 Prozent aller Deutschen. Im Gegenteil: Sie greifen zu immer dreisteren, hysterischen und primitiven Mitteln, um jedes gesunde Empfinden als unanständig zu brandmarken.
Das **Bundesverfassungsgericht** führte in seinem Beschluß vom 21. Oktober 1987, dem sogenannten Teso-Urteil, aus: "Es war die politische Grundsatzentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz (GG) als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates … zu begreifen. Das Festhalten … an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck … dieser Grundentscheidung … Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot … auch ein Wahrungsgebot abgeleitet, alles zu unterlassen, was die Vereinigung vereiteln würde … Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."
Schon aus Artikel 79 GG ergibt sich, daß das in Artikel 1 GG bezeichnete deutsche Volk, nicht die Bevölkerung, nicht die Be- oder Einwohner, sondern ausdrücklich das deutsche Volk - und sein Staatswesen nach Artikel 20 GG zu wahren sind und selbst durch Grundgesetzänderung nicht abgeschafft beseitigt oder geändert werden können.
Im BVG-Urteil vom 19.5.1953 heißt es zu Artikel 116 GG
"Deutscher ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird."
Über die Bedeutung des Begriffes **Volk** in den juristischen Wissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Professor Veiter wiederholt geäußert. Er definiert (Th. Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, in Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament" 23, 1973 B 11, S. 3):
"Volk ist eine Abstammungsgemeinschaft (Generationengebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff deutsches Volk ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethischer Begriff".
Ganz in diesem Sinne definiert das **Bundesvertriebenengesetz** vom 14. August 1957 in § 6:
"Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird".
Damit wären eigentlich die Handlungsanleitungen für die Gesetzgeber, Politiker und Medien gegeben. Daß es nicht so ist, weiß jeder, der in seinem Urteil nicht ideologisch gebunden ist. Und daß die Identität des deutschen Volkes heute stärker bedroht ist als jemals zuvor, wird täglich offensichtlicher.

Mit der Manipulation des GG vom 31. August 1990 werden wahrheitswidrig nur noch die Einwohner der BRD als Deutsche bezeichnet.
Im Lichte der obigen Definitionen sind die Förderung der Ausländereinwanderung, die massenhafte Erteilung von unbeschränkten Aufenthaltsgenehmigungen, die massenhafte Einbürgerung von Nichtdeutschen, die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit in der EG verfassungswidrig.
Demgegenüber hatte die DDR vorbildliche Regelungen, keine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung, keinen Familiennachzug, keine massenhaften Einbürgerungen und statt dessen das Rotationsprinzip. Nun wird auch Mitteldeutschland mit diesem westlichen Fortschritt der Ausländer- und Asylbewerberschwemme und weiterem westlichem Fortschritt wie Rauschgift, Pornographie und steilem Anstieg der Kriminalität überrollt.

Naturwissenschaftliche und biologische Grundlagen

Bei dem wissenschaftlichen Inhalt der Definition des Begriffes Volk nach Veiter geht es vor allem um die seelischen und geistigen Bereiche, die die Identität eines Volkes ausmachen.
Daß diese nichtkörperlichen Eigenschaften genetisch vorgegeben sind und weitervererbt werden, wurde durch Forschungen an eineiigen Zwillingen bewiesen. Der von linksliberalen Vorstellungen hergekommene Naturwissenschaftler Hoymar von Ditfurth weilte längere Zeit unter einer solchen Forschergruppe in den USA und schrieb dann (H. von Ditfurth, "Geo", Mai 1982), die Milieutheorie, eine der damit falschen Eingangsvoraussetzungen der herrschenden Ideologien, sei nun wohl widerlegt, ja das menschliche Verhalten sei in viel höherem Sinne als bisher vermutet worden, genetisch vorprogrammiert.
Konrad Lorenz ("Vom Weltbild des Verhaltensforschers") urteilt:
... daß eine unermeßliche Zahl von Struktureigenschaften menschlichen Verhaltens und Innenlebens ihr … Sein dem historisch einmaligen Gang der Phylogenese verdankt und ohne Einsicht in deren Zusammenhänge schlechterdings unverständlich bleiben muß. Für die sozialen Verhaltensnormen des Menschen gilt das in besonders hohem Maße, weil sie mehr als andere an ererbte Aktions- und Reaktionsweisen gebunden sind".
Dazu gehört zum Beispiel das Bestreben, Eigentum zu besitzen und der Territorialtrieb, das Bestreben menschlicher Gemeinschaften nach dem Besitz abgegrenzter Gebiete. Daraus folgt das Naturrecht jedes Volkes auf sein eigenes, ihm gemäßes Gemeinwesen, auf seinen Staat.
Wie aber von den herrschenden Ideologien Druck gegenüber solchen Erkenntnissen ausgeübt wird, erfährt man aus der Erklärung von 50 nichtdeutschen Wissenschaftlern einschließlich von fünf Nobelpreisträgern in den USA (American Psychologist, 1972):

Ideologischer Druck auf die Wissenschaft

"Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man … versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen (z.B. bezeichnet man sie als **Faschisten**). Ein Großteil der Angriffe kommt von Nichtwissenschaftlern, die völlig auf eine milieutheoretische Erklärung aller menschlichen Unterschiede eingeschworen sind."
Die Evolution führt durch Trennung von Populationen zu unterschiedlichen Arten.
Nach Konrad Lorenz ("Die Rückseite des Spiegels", 1975) sind Populationen die unverzichtbaren Vorstufen zur Artneubildung.
Beim homo sapiens nennt man die Population mit ihren Eigenarten, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, Völker. Alle diejenigen, die an der Völkerzerstörung zum Beispiel durch Völkervermischung arbeiten, beseitigen damit den Fortschritt der Evolution, als ob es beim homo sapiens nicht auch einiges zu verbessern gäbe! Das sind aber die gleichen Leute, die um jeden bedrohten Wurm eine Ökonische bauen möchten.
Zu den ideologisch propagierten Völkervermischungen ist zu sagen, daß in eine Mischpopulation sehr verschiedenartige, abweichende und gegensätzliche Eigenschaften eingebracht werden, die genetisch erhalten bleiben.

Die Variationsbreite vermehrt sich, die Labilität (gespaltene Charaktere) nimmt zu. Es erfolgt keineswegs eine Rückbildung zu ausgeglicheneren Urformen. Es entsteht also im Sinne der Evolution nichts Besseres, sondern Schlechteres. Aber die Süßmuth, Geißler, Lafontaine und andere sprechen von "Bereicherung".
Für die herrschenden Ideologien hat der Begriff **Volk** nur die Bedeutung von Menschen im Plural, wie eben Kirchenvolk, Gewerkschaftsvolk oder "Wohnbevölkerung".
Weil aber in den Naturwissenschaften eine in sich fehlerfreie Theorie falsch ist, wenn nur eine einzige Eingangsvoraussetzung falsch ist, kommen die heute herrschenden Theorien und Ideologien zu falschen Schlüssen.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man die höhere Ordnung

Völker sind mehr als eine Ansammlung von Individuen.
Schon den altgriechischen Denkern war solches bekannt mit der Erkenntnis: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.
Die modernen Naturwissenschaften bieten nun mit Genetik, Ethologie und Humanbiologie Grundlagen für die Erarbeitung von wissenschaftlich richtigen Weltbildern und gestatten die Widerlegung falscher Ideologien.
Für die Behandlung von Kollektiven, die aus einer großen Zahl von Einzelteilen bestehen, ist in den Naturwissenschaften die Systemtheorie zuständig.
Alles, aber auch alles in der Natur ist nicht basisdemokratisch, sondern hierarchisch aufgebaut aus Individuen, Unter- und Übersystemen. Einer der wichtigsten Sätze der Systemtheorie besagt, daß Obersysteme gegenüber Untersystemen gänzlich neue Eigenschaften haben können. Das gilt auch für Völker, die lebende Systeme höherer Ordnung sind.
Mit der Zerstörung der Völker zerstört man diese Systeme höherer Ordnung mit unabsehbaren negativen Folgen! Daher halten wir uns an das BVG-Urteil von 1953.

Die juristischen Grundlagen

Dem deutschen Verfassungsrecht liegt dieser wissenschaftlich richtige Volksbegriff zugrunde mit dem Blutrecht. In Frankreich dagegen herrscht das Bodenrecht, d.h. dort steht jedem Einwanderer nach einer gewissen Zeit und den dort Geborenen das Recht auf Staatsbürgerschaft zu. Diese französische Rechtsauffassung hat bis heute Gültigkeit.
Damit haben aber auch in der westlichen "Wertegemeinschaft" die Begriffe national und Nationalismus eine völlig andere Bedeutung erhalten, die heute mit der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit der EG der geplanten Völkerzerstörung entgegenkommt.
Nation kommt von geboren werden, und umschließt für uns Deutsche den Rechtsbegriff Volk als Abstammungsgemeinschaft und damit das Blutrecht für die Staatsbürgerschaft.
Der ehemalige Berliner Staatssekretär Uhlitz (in F. Fischer, Aspekte der Souveränität, Arndt-Verlag, Kiel 1987):
"Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hoch verräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können".
Das GG sagt dazu in Art. 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."
Es heißt hier nicht Mitbürger, es steht (noch) "alle Deutschen".
Zu den nichtkörperlichen Eigenschaften, die innerhalb von Völkern ähnlicher sind als zwischen verschiedenen Völkern, gehören ihre Kultur, ihre Sprache, der Volkscharakter, die Wertordnung und mehr.

Die Zerstörung unserer Identität

Aus der Wertordnung aber folgt die Rechtsordnung und aus dieser die Staatsordnung.

Jedes Volk hat einen naturrechtlichen Rechtsanspruch auf die ihm gemäße Staatsordnung. Deutschland wurde aber zweimal durch die Sieger (1918 und 1945) das Danaergeschenk der "westlichen" Demokratie zuteil. Daß es nur diese eine Form der Demokratie gäbe, wurde dem deutschen Volk durch die siegerhörige Presse zwar eingehämmert, ist aber objektiv falsch.

Die Wahrung und Weiterentwicklung der ihnen eigenen Weltordnung, Rechtsordnung, Staatsordnung und Sprache ist Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Volksgruppen eine andere Sprache aufzuzwingen, wie das beispielsweise 1945 an den Elsässern, den Deutschen im polnisch annektierten Ostdeutschland und in der Sowjetunion mit staatlicher Gewalt und in Deutschland selbst mit anderen Mitteln geschieht, ist Völkerzerstörung oder juristisch Völkermord.

Hier treffen sich Humanbiologie und Völkerrecht.

Unsere Wertordnung, die weit mehr als 2.000 Jahre galt, wurde in den letzten 40 Jahren durch die Diktatur zwangsimportierter Ideologien in Mittel- wie in Westdeutschland weitgehend zerstört. Stichworte hierzu sind Ehescheidung, Wehrdienstverweigerung, Abtreibung gewissermaßen per Postkarte, kirchliche Segnung (evangelische Kirche) und Steuervorteile für homosexuelle Paare (Süßmuth), ein gekreuzigte Schweine malender Kunstprofessor als Akademiedirektor und ähnliches. Unsere großen Klassiker, die diese Wertordnung vertraten, sind deshalb aus den Schulen weitgehend verschwunden.

Die Amerikanisierung unseres Lebens

Das Bauerntum, das in Mitteldeutschland durch Kollektivierung vernichtet wurde und in Westdeutschland durch die EG-Diktatur mit ihren Mansholt-Kolchosen stark bedroht ist, war seit der jüngeren Steinzeit bei unseren Vorfahren, mit Familienbetrieben die Lebensgrundlage und besitzt heute trotz oder gerade wegen der sozialen Veränderungen unverzichtbare Bedeutung.

Die Amerikanisierung des Gesichts unserer Städte und Dörfer nimmt erschreckende Ausmaße an, das Kulturgesicht Deutschlands wird zerstört. Der Frankfurter Dorn, in dem viele Jahrhunderte der deutsche König, gekrönt wurde, wird umstellt von Betonkistengiganten als Ausdruck des Siegers dieser zwangsimportierten westlichen Ideologie über deutsche Geschichte, deutsche Kultur und deutsche Identität.

Die offiziell ausgelobte "Kunst" ist weithin seelischer Umweltschaden. Vergleichbare Kulturleistungen waren und sind unter dem Diktat der Umerziehung und der liberalistischen Ideologie in Westdeutschland seit Kriegsende nicht mehr möglich.

Das Zerstörungswerk geht weiter

Nach dem 8. Mai 1945 wurden in Verwirklichung des Morgenthau-Plans durch die "US-Befreier" neben anderen Verletzungen des Völkerrechts über eine Million deutsche Kriegsgefangene umgebracht, teilweise noch brutaler als zur gleichen Zeit durch die sowjetische GPU. (Siehe Bacque, Der geplante Tod, 1988). Auch das gehört zur Zerstörung der deutschen Identität.

Dieses Zerstörungswerk wird heute - nur etwas eleganter - durch die EG mit Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Abschaffung von kontrollierbaren Staatsgrenzen fortgesetzt, im Namen von Freiheit, Humanität und Demokratie.

Die sogenannte "Europäische Gemeinschaft" und die geplante "Europäische Union" sind das getreue Abbild der multirassischen, multi-ethnischen und multikulturellen USA.

Wie dort und wie beim Mord von Sarajewo beherrschen Freimaurer diese EG.

Für dieses Zerstörungswerk einige Zitate:

Karl Marx im kommunistischen Manifest von 1848: **"Die Auflösung der Familie** … die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg … Wir heben die trautesten Verhältnisse auf, wenn wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen … Die Arbeiter haben kein Vaterland … Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral".

Josef Strasser, österreichischer sozialdemokratischer Parteitheoretiker 1912 (J. Strasser, Arbeiter und Nation, Reichenberg 1912): "Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten gerade an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen".
Otto Bauer, österreichischer Sozialdemokrat, auf der Internationalen Sozialistenkonferenz 1921 (Protokolle der Internationalen Sozialistischen Konferenz, Wien 1921): "Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, so daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträge auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt".
Nicht unterschlagen darf man die übelsten Agitationen des englischen Deutschenhassers Sefton Delmer, der während des Krieges ausgiebig Gelegenheit hatte, seine Vorbehalte gegen Deutschland überall zu verkünden. Der Mann war wenigstens so ehrlich, schon gleich nach Kriegsende verlauten zu lassen, der Krieg sei vorerst zwar militärisch ausgestanden, aber an eine Beendigung der psychologischen Kriegführung sei nicht zu denken. Im Gegenteil werde man nun erst so recht anfangen, alle polemischen Register gegen die restlos geschlagenen Deutschen zu ziehen und sie so lange mit einem publizistischen Trommelfeuer einzudecken, bis ihnen Hören und Sehen vergehen würde.
Damit sollte er recht behalten: Das Hören und Sehen ist uns nach einem halben Jahrhundert "Charakterwäsche" tatsächlich vergangen. Wir haben im Wirbel von Geschichtslügen und Denunziationen längst die Flinte ins Korn geworfen und jeden Rechtfertigungsversuch von vornherein aufgegeben. Heute hat man uns da, wo man uns haben wollte: Wir selbst sind unsere schlimmsten Feinde geworden. Wer noch nationale Gefühle hegt oder diese gar zu äußern wagt, bewegt sich auf einem schmalen Grat und muß höllisch aufpassen, daß er nicht abstürzt. Er wäre gut beraten, wenn er sich selbst einen Maulkorb verpassen würde.
Mit solch braven, gezähmten Staatsbürgern kann man dann die Politik betreiben, die einem vorschwebt, selbst wenn sie auf die Zerstörung des Staates hinausläuft. Unsere Gegenwart bietet genügend Beweise dafür, daß man auch gegen den erklärten Willen des Volkes Entscheidungen von existentieller Bedeutung treffen kann.
Diese Liste ließe sich beliebig verlängern.

Die herrschenden falschen Ideologen

Wenn wir das alles analysieren, können wir aus diesem Strauß zerstörerischer Ideologien zwei Richtungen herauslesen: den marxistischen und den liberalistischen Materialismus.
Der marxistische Materialismus ging gerade an seinen Fehlern zugrunde. Aber die Widerlegung blieb aus, wozu vor allem die C-Parteien gefordert gewesen wären. Aber diese zogen beim 100. Todestag von Karl Marx 1983 ohne aufzumucken in den Gedächtnisprozessionen in Trier mit.
Die andere Ideologie, der liberalistische Materialismus, wurde 1945 von den US-Siegern zwangsimportiert und herrscht heute und nun auch über Mitteldeutschland mit Lizenzparteien und Lizenzmedien. Die "gewendete" marxistische wie die liberalistische Nomenklatur sieht in unserem Staat nur noch einen Selbstbedienungsladen.
Diese Ideologie verkündet einen hemmungs- und bindungslosen Individualismus und erfand die Wegwerfgesellschaft, die Wegwerfkultur, die Wegwerfethik, den Wegwerfmenschen; und eine elitäre und parasitäre Hochfinanz betreibt Profitmaximierung durch Spekulation und Kriege als gutgehendes Geschäft, wie im Golfkrieg vorgeführt.
Alle gemeinschaftstragenden Werte und alle menschlichen Bindungen werden von diesem liberalistischen Materialismus verhöhnt und zerstört. Das Wort **Volksgemeinschaft,** schon vor dem Ersten Weltkrieg im Wandervogel und in der Burschenschaft gedacht zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes, wird vom Staatsanwalt verfolgt.

Die gleichen geistigen Großväter

Zwischen beiden Ideologien - der marxistischen und der liberalistischen gibt es aber verdeck-

te innere Zusammenhänge. Beide gehen auf die gleichen geistigen Großväter zurück, auf die westliche Aufklärung. Für beide sind Menschen nur noch Produzenten und Konsumenten. Der Zusammenhang offenbarte sich zum Beispiel dadurch, **daß Lenin seine Revolution im wesentlichen mit Dollar-Millionen der Wallstreet-Hochfinanz durchführen konnte**.
Ihnen steht der aufbrechende Freiheitswille der Völker gegenüber und die Gemeinschaftsordnung der Zukunft, die auf dem Trümmerfeld der Menschen und Völker zerstörenden Ideologien zu errichten unsere Aufgabe ist. Ein Erlebnisträger schreibt (Thomas Ritter: USA - der lächelnde Kannibalismus, Bollinger, Niddatal 1988):
"Von Amerika können wir für unseren eigenen Weg in die Zukunft fast nichts lernen, außer wie man es nicht machen sollte. Freiheit, so wie ich sie verstehe, kann nicht die Freiheit sein, die unter den Bajonetten amerikanischer Soldaten und einer außer Rand und Band geratenen Wall-Street gedeihen kann.
Da aber immaterielle Werte im Zuge eines durch harte Dollar und einen radikalen Materialismus beherrschten Systems für nichtig erklärt wurden, da man trotz vieler gegenteiliger Anzeichen kaum noch feste Bindungen an einen Gott hat und sich an diese Zustände nach jahrzehntelanger Berieselung durch ideologische Gleichgestaltung allmächtiger Massenmedien und irreführender Propaganda gewöhnt hat, haben die Menschen in den USA ihre eigene Identität verloren. Sie sind lebensuntüchtig geworden … Es ist bereits zu spät, die von Wall-Street bis Washington verkrusteten und einbetonierten Strukturen aufzubrechen und zu ändern".

Die geplante Endlösung für Deutschland

Es droht nun der entscheidende und letzte Identitätsverlust, nämlich die Auflösung und Zerstörung unseres Staates und unseres Volkes in der sogenannten Europäischen Union, die geplante Endlösung, der mit allen nur zur Verfügung stehenden legalen Mitteln begegnet werden muß.
E. G. Kögel schreibt im Sonderheft "Europa - Völkerbrei oder anthropologische Ordnung" (Seite 16-18): **"Unsere Verantwortlichen** legen zwar einen Amtseid ab, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, doch der Eidbruch belastet sie nicht. Ihnen ist bekannt, daß dieser Eid kein einklagbarer Titel ist, sondern nur dekorativen Charakter hat. Sie sind stramme Diener ihrer Herren, mag das deutsche Volk dabei auch zugrunde gehen.
Ihr Auftrag ist die Bereitstellung von billigen Arbeitskräften zur Sicherung der Kapitalinteressen, zur Profitmaximierung und die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, um endlich durch Umvolkung den Ihren Auftraggebern listigen Störenfried im Herzen Europas zu beseitigen. Dieser Vorgang vollzieht sich in abgewandelter Form in allen westeuropäischen Staaten. Denn nachdem die Auflösung des Volksbewußtseins im Leninschen Sinne nicht gelang, müssen wir erkennen, daß die Mächte, die zur Weltherrschaft drängen, versuchen, auf andere Weise konturlose, multikulturelle Massen zu schaffen, um ihnen ihren Willen aufzwingen zu können.
Das Gesetz von Ursache und Wirkung wird in diesem Staate auf den Kopf gestellt, so daß wir immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck bringen müssen, daß die Überfremdungspolitik der Bonner Parteien nicht nur Verfassungs- und Eidbruch ist, sondern Betrug am Volk.
Die lebensfernen Geister lassen außer Acht, daß der Mensch von Geburt und Erbe her ein Gemeinschaftswesen ist. Eltern-Kind-Bindung, Geschwister-, Familien- und Sippenbindung. Stamm und Volk als die größte biologische Einheit sind Geburtsverbände, die dem menschlichen Gesellungsstreben vorausgehen. Und da Volk als genetisches Becken, aber auch als Sprach- und damit Denkgemeinschaft wirkt, ist sichergestellt, daß der Rahmen der Reaktionsbreite festliegt.
Die Bindung in den Willensverbänden läßt den Einzelmenschen Gemeinschaft erleben und begehren, was wiederum sein Gruppenverhalten prägt und in den Willensverbänden unterschiedlichster Art bis hin zum Staat seinen Niederschlag findet.

So können nur Systeme funktionsfähig sein, wenn alle Untersysteme ebenfalls funktionsfähig sind, ein Volk nur gesund sein, wenn seine Glieder gesund sind. Die USA können uns hier nicht als Vorbild dienen. Dort ist der bindungslose, zweckorientierte, nach persönlicher Glückserfüllung strebende Einzelmensch bestimmend. Rücksichtslosigkeit ist die Voraussetzung zum gesellschaftlichen Aufstieg, und der persönliche Reichtum und die damit verbundene Macht, sind Gradmesser der Werteskala.
Obwohl sich dieser Geist in den Führungsetagen internationaler Konzerne bei uns schon breitgemacht hat - Hemdsärmeligkeit und Umsatzsteigerung sind hier die Bewertungskriterien - und die Menschlichkeit verdrängt, bleibt zu hoffen, daß wir uns nicht instinktiv die Probleme der USA ohne Not ins Land holen, an denen die USA und andere dahinsiechen.
Wir haben nur die fatale Eigenschaft, alles besonders gründlich zu tun. So macht uns keiner den "totalen Krieg" von einst nach und heute den "totalen Liberalismus" und "totalen Materialismus" - aber auch nicht die "totale Kehrtwendung", so daß zu hoffen bleibt, daß Deutschland, aber auch Europa eine Antwort auf die Herausforderung unserer Tage findet. …
Eine Sünde gibt es auf Erden, uralt schon, doch ewig neu, untreu seinem Volk zu werden und sich selber ungetreu. (Grabinschrift im Dithmarschen) …<<

Staatlich angeordnete Destabilisierungsmaßnahmen nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

> Kein größerer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man ihr den Nationalcharakter, die Eigenart ihres Geistes und ihrer Sprache nimmt.
> *Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)*

Der Destabilisierung Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands systematisch realisiert.
Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte danach endgültig beseitigt werden.
Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog." Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung vor allem auf folgende bewährte Destabilisierungsmaßnahmen:
Politische Instrumentalisierung des Schuldkultes
Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft
Einseitige Erinnerungskultur
Genderismus
Zerstörung der traditionellen Familie
Zerstörung des deutschen Bildungssystems
Die Zöglinge der Frankfurter Schule: "Die Grünen", "Bündnis90/Die Grünen" (Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung realisierte nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule").
NATO-Osterweiterung (einschließlich Diffamierung der Soldaten der deutschen Wehrmacht und der deutschen Bundeswehr).
Bildung eines EU-Zentralstaates (Abschaffung der Deutschen Mark und Schaffung der Euro-Währung, Vergemeinschaftung von EU-Schulden, EZB-Schuldenpolitik, Auflösung der Nationalstaaten usw.).
Staatlich gelenkte Migrationspolitik (illegale Masseneinwanderung bzw. Unterwanderung durch fehlende Grenzsicherungsmaßnahmen, schleichende Islamisierung infolge staatlicher Tolerierung der gemeingefährlichen Islam-Ideologie, obwohl der Islam nachweislich keine

friedfertige "Religionsgemeinschaft" ist).
Staatlich angeordnete Energiewende bzw. systematische Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft (Zerschlagung der deutschen Energieversorgungsunternehmen infolge der willkürlich angeordneten Stillegung der deutschen Kernkraftwerke und der geplanten Stillegung aller Kohlekraftwerke, Verlust der bisherigen Energieversorgungssicherheit, tage- oder wochenlange Stromausfälle (Blackouts) wegen fehlender Grundlastkraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke).
Die weltweit inszenierte Corona-Pandemie der Weltgesundheitsorganisation (Infolge der "Corona-Notverordnungen" wurden seit März 2020 in Deutschland wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt, wie z.B. Bewegungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und weitere persönliche Freiheiten. Ferner wurden wegen der vermeintlich gefährlichen "Corona-Pandemie" spezielle private Unternehmen, Geschäfte und öffentliche Institutionen vorübergehend geschlossen sowie Versammlungsverbote, Ausgangssperren, Maskenpflicht und weitere "Schutzmaßnahmen" verhängt).

Politische Instrumentalisierung des Schuldkultes
Aufgrund der diffamierenden Geschichtsdarstellung der Sieger wurde jahrzehntelang unentwegt der Eindruck vermittelt, daß Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Massenverbrechen nicht nur eine Spezialität des NS-Terrors wären, sondern ein abstammungsbedingtes "teutonisches Phänomen" sei.
Der Schuldkult entwickelte sich zu einem bedeutenden Herrschafts- und Machtinstrument, denn mit der NS-Kollektivschuld konnte jede noch so sachliche Kritik und jeglicher Widerstand vom Tisch gefegt und niedergebügelt werden, so daß kontroverse, sachliche Auseinandersetzungen nicht mehr stattfanden.
Die mehr als 1.000jährige deutsche Geschichte wurde praktisch auf die Jahre des NS-Regimes von 1933-1945 (Kriegslüsternheit, Vernichtungslager, Endlösung, deutsche Kriegsverbrechen, deutsche Kollektivschuld) reduziert. In unserem Land der Geschichtslosigkeit werden heute z.B. etwa 19 Millionen Angehörige der deutschen Wehrmacht pauschal als Instrumente des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges bzw. als Kriegsverbrecher diffamiert.
Das negative NS-Deutschlandbild von den bösartigen, kriegslüsternen Deutschen wurde international besonders durch die US-Filmindustrie weltweit verbreitet. In der einseitigen Geschichtsdarstellung Hollywoods stellt man den durchschnittlichen Deutschen gewöhnlich als brutalen, heimtückischen Verbrecher in brauner NS-Uniform sowie in schwarzer SS-Uniform oder bestenfalls als dummen, verblödeten Nazi-Mitläufer dar.
Andreas von Schoeler (von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main) berichtete am 12. November 1992 in der Frankfurter Rundschau (x354/54): >>… Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<<
Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schrieb am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**
... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.
Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt

erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...
Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-80): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf.
Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das … Holocaust Memorial Museum in Washington.
Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der amerikanischen Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei in den USA gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Mai 1995: >>**SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung**
Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen...
Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.
Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<
Der deutsche Filmproduzent Arthur Brauner schaltete am 6. Mai 1995 in mehreren deutschen Tageszeitungen Anzeigen, um an sein persönliches Schicksal als jüdischer Verfolgter zu erinnern und um die Vertreibung der Deutschen zu rechtfertigen.
In diesen Anzeigen wurde die Vertreibung der Deutschen als legitime Maßnahme bezeichnet (x268/103): >>... (Die Vertreibung der Deutschen war demnach) eine kausale Folge, die bei

jedem humanen und politisch integer denkenden Menschen auf Verständnis stößt.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1995 berichtete im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... **Eine Folge der bedingungslosen Kapitulation**

Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg

Gleichsam im Vorgriff auf die 50jährige Rückerinnerung an die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 beschäftigte sich ein jüngst erschienenes Buch mit den Folgen dieses bislang unerhörten Kriegsendes in der europäischen Geschichte.
Sein Verfasser, Richard Grill, bringt als promovierter Historiker und Zeitzeuge das wissenschaftliche Rüstzeug und den erforderlichen Erfahrungsschatz mit, um kompetente Aussagen über die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" zu machen. Beruflich im Bildungsbereich tätig, hatte er es vorwiegend mit jener Kriegsfolge zu tun, die als sogenannte "Reeducation" die Deutschen von der nationalsozialistischen Ideologie weg- und zur Demokratie hinerziehen sollte, und die als "Umerziehung" zum Schlagwort geworden ist.
Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts langjähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter-White ging es dabei um die schlußendliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen und den Frieden in der Welt. Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts- und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerziehung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und belegt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.
Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegerverdikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Vergangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...
Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekenntnissen der Sudetendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine gerechte Sache?" ausführt.
Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version, daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Kolonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen können. Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffentlichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zunehmend schmerzlicher zu spüren bekommen.
Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbsthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.
Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen-Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbezichtigungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irrationale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könnten.
Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham-

und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:
"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:
"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte." ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtete im Juni 1995 (x853/...): >>*Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):* "Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.
Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<
Lennart Meri (von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden - aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...
Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.
Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feindseligen Mehrheit beruht.
Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**

... Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert. …

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig - oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schrieb später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<

Der US-Journalist Robert B. Goldmann schrieb am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.

Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilskämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Streit um Walser-Rede zieht Kreise**

Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...

Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels

gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.
Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter**
In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.
Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<
Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) schrieb am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/61-62): >>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<
Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévys Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.
Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.
Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<
Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Merkur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.
Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zu Gunsten der angeblich europäischen Interessen.
Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.
Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt. <<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer: >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**
Außenminister Joschka Fischer, Grüne, sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem

eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. …
Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevenement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. …<<
Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärte in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>… Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>**"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch**
Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.
Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.
Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.
Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend - vor allem auf die historische Forschung - und moralisch diskreditierend, weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine, werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.
Einhellige Ablehnung
In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>… Das übertriebene schlechte Gewissen

in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.
Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayt, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 15. August 2003: >>**"Das Rückgrat brechen"**
Heinz Nawratil über sein Buch "Der Kult mit der Schuld" und die gefährliche Renaissance der Kollektivschuldthese
Herr Dr. Nawratil, beinahe alle großen Feuilleton-Debatten in Deutschland drehen sich mehr oder minder um das Thema Schuld: Goldhagen- und Wehrmachtsausstellungsdebatte: So schuldig sind die Deutschen. Erste Walser-Kontroverse: Wie umgehen mit der Schuld? Gustloff-, Vertreibungs- und Bombenkriegsdiskussion: Dürfen Deutsche trotz Schuld Opfer sein? Haben Sie sich deshalb mit Ihrem Buch "Der Kult mit der Schuld" diesem Thema gewidmet?
Nawratil: Insofern nein, als ich nicht noch schnell mit einem schicken Buch zur schicken Debatte vom Leserinteresse profitieren wollte. Insofern ja, als natürlich das Thema Schuld in Deutschland seit 1945 das zentrale Thema ist. So weit, so gut - welcher sittlich gebildete Mensch empfindet es nicht als Bedürfnis, sich ernsthaft mit der Zeit zwischen 1933 und 1945 auseinanderzusetzen?
Doch leider haben wir es inzwischen mit einer politischen Instrumentalisierung der Schuld, zu, wie Martin Walser es formulierte, "gegenwärtigen Zwecken", zu tun. Da geht es nicht mehr um ehrliche Gewissenserkundung oder den Respekt vor den Opfern. Im Gegenteil, der bei uns entstandene "Kult mit der Schuld" stellt eine Beleidigung, weil Mißbrauch, der Opfer dar und erweist sich als überaus gefährliches Instrument der politischen Manipulation, das sowohl unsere freiheitliche Demokratie als auch die Fortexistenz des deutschen Volkes bedroht.
Übertreiben Sie nicht ein wenig?
Nawratil: Ganz und gar nicht, wenn Sie zum Beispiel - was unsere freiheitliche Demokratie angeht - an die quasi-religiösen, fundamentalistischen und rassistischen Dimensionen denken, die durch den Kult mit der Schuld heute Teil der öffentlichen Debatte sind.
Amerikanische Experten wie Peter Novick oder Norman G. Finkelstein etwa sehen die Beschäftigung mit der Judenverfolgung als neue "Mysterienreligion" mit Hohepriestern, öffentlichen Ritualen, Gedenk- und Pilgerstätten, authentischen Reliquien und - so fügte Paul Liessmann im Wiener Kurier einmal hinzu - "zum Gaudium der Medien, mit Heuchlern, Ketzern, Häretikern und Leugnern". Wenn dieser neue Irrationalismus keine elementare Gefahr für die vernunftstaatlichen Prinzipien wie Demokratie und Rechtsstaat darstellt, was dann?
Was die Fortexistenz des deutschen Volkes angeht, so möchte ich einfach den israelischen Historiker Martin van Creveld mit einem Satz aus einem Interview, das er der Zeitschrift Sezession gegeben hat, zitieren: "Ich vermute, daß (der Vergangenheitsbewältigungskomplex) mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen … De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden … (Volk und Staat der Deutschen zu erhalten) dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht." Ich denke also, daß ich keineswegs übertreibe, sondern die Lage und die daraus resultierende Gefahr realistisch beschreibe.
Grundlage für den Kult mit der Schuld, so schreiben Sie, sei die Lancierung und Zementierung der Kollektivschuldthese. Dabei verwahrt sich doch beinahe jeder deutsche Politiker gegen eine Kollektivschuld unseres Volkes.
Nawratil: Regel Nummer eins des Kollektivschuld-Apologeten: Man beginne seine Reden stets mit der Leugnung der Kollektivschuld! Der unbestrittene Meister dieses Metiers ist Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker, und der Klassiker dieses Genres ist seine Rede im

Bundestag am 8. Mai 1985. Dort beginnt er folgendermaßen: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern individuell." Solcherart beruhigt schlucken die dankbaren Zuhörer um so bereitwilliger, was von Weizsäcker ihnen im weiteren Verlauf präsentierte:
"Wir alle sind von der Vergangenheit und ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen … Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden … Wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte."
Könnte man dies nicht als die konservative Tugend der Erforschung der eigenen Verantwortung verstehen?
Nawratil: Hören Sie einfach, was von Weizsäcker weiter sagte. 1985 in Bonn: "Wer vor der Vergangenheit die Augen schließt, wird blind für die Gegenwart, (und) anfällig für neue Ansteckungsgefahren." Aber 1992 in Wunsiedel, als es im Zusammenhang mit einem deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag um deutsche Vertreibungsopfer ging:
"Der Blick nach vorne heilt die Wunden der Vergangenheit viel besser, als in den Wunden herumzurühren." Wiederum 1985 in Bonn: "Die Ausführung der Judenmorde lag in der Hand weniger … Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger leiden mußten … Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten." Kurz darauf aber, ebenfalls 1985, gegenüber der New York Times mit Bezug auf seinen Vater: "Ich glaube wirklich, daß er nichts von … den systematischen Massenmorden wußte."
Wie jeder Zeitungsleser weiß, war der Vater, Ernst von Weizsäcker, vom Verlauf der berüchtigten Wannseekonferenz von 1942, die die "Endlösung der Judenfrage" beschloß, unterrichtet. Die entsprechenden Protokolle wurden ihm vorgelegt. Er war Staatssekretär im Reichsaußenministerium und hatte auf Anfrage Adolf Eichmanns "keine Bedenken seitens des Auswärtigen Amtes" gegen Deportationen von Juden etwa aus Frankreich.
In Nürnberg verteidigte sich Ernst von Weizsäcker mit dem Hinweis: "Ich habe Auschwitz für ein Arbeitslager gehalten, wo Arbeitsmänner interniert waren." Die intellektuelle Moral des Richard von Weizsäcker besteht also darin, daß der kleine Mann allein durch den Anblick von Deportationszügen schuldig wird, während der große Mann, der das grüne Licht für diese Züge gab, unschuldig ist.
Der Publizist Johannes Gross hat diese Sorte "Moral" einmal wie folgt beschrieben: "Die höchste Schamlosigkeit: Die Scham, die einer als eigene empfinden sollte, auf alle Umstehenden zu verteilen und zu bewirtschaften. … Wir alle sind schuldig, sagt der, der zuerst gefehlt hat, und die braven Unschuldigen nicken und schämen sich." Ach übrigens, die Jerusalem Post quittierte die Rede vom 8. Mai mit dem Satz, Weizsäcker habe die junge Generation in Deutschland mit der Unsühnbarkeit "kollektiver deutscher Schuld" konfrontiert. - Das nenne ich Klartext.
Haben Sie weitere Belege für Ihre Behauptung von der Verbreitung der Kollektivschuld als nur Richard von Weizsäcker?
Nawratil: Michel Friedman: "Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Den Erben des judenmordenden Staates kommt gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer."
Alexander Schuller 1999 in der Welt: "Jetzt sind wir Deutsche ein auserwähltes - ein von Gott verfluchtes - Volk."
Der Schriftsteller Arno Schmidt schließlich: "Die Deutschen sind immer derselbe unveränderbare Misthaufen, ganz gleich, welche Regierungsform. Schließlich ist es ja auch wirklich egal, ob ein Kuhfladen rund oder ins Quadrat getreten ist: Scheiße bleibt's immer."
Oder mal andersherum Ronald Reagan: "Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen

und zu Unrecht auferlegt worden."
Wo liegt der Ursprung der Kollektivschuldthese?
Nawratil: Sie hat ihren Vorläufer in Versailles, geht aber konkret zurück auf die Zeit vor Ende des Zweiten Weltkrieges. Mancherorts gab es gewisse Vorurteile, die Vordenker, Planer und Entscheider auf alliierter Seite gegen die Deutschen hatten - wie zum Beispiel: "Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt."
So stand es allen Ernstes in einem Buch, über das General Eisenhower die Offiziere seines Stabes Aufsätze schreiben ließ und das Roosevelt und Truman begeisterte. Auch brauchten die Alliierten eine Legitimation für ihre Luftkriegsstrategie des "moral bombing", also des massiven Flächenbombardements deutscher Städte, und ihre völkerrechtswidrigen Pläne für die Zeit nach dem Krieg.
Die Vorschläge reichten dann von 20 Jahren Zwangsarbeit für alle wehrfähigen deutschen Männer, während die deutschen Frauen zu Ehen mit alliierten Soldaten ermuntert werden sollten, um das deutsche Aggressions-Gen aus dem Volk zu züchten, über Sterilisation aller Deutschen - Präsident Roosevelt hat nach Berichten seines Rechtsberaters Samuel Rosenman gar amüsiert eine Maschine für diesen Zweck skizziert - bis hin zur gezielten anglo-amerikanischen Hungerpolitik der Jahre 1945/46, die heute ein Tabu ist.
Deshalb dazu einfach ein Zitat des britischen Feldmarschalls Montgomery: "Wir werden die Deutschen bei 1.000 Kalorien halten, Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800." Also Rationen fast wie im KZ, in der französischen Zone lagen sie zum Teil sogar noch darunter.
Der Präsident der Universität von Chicago, Robert Hutchings, notierte bei Kriegsende: "Der bedrückendste Aspekt der gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft Deutschlands ist die Freude, mit der die unmenschlichsten Vorschläge vorgetragen, und das sichtbare Vergnügen, mit dem sie von unseren Mitbürgern angehört werden."
Schließlich hatte man sich zur Vertreibung von 16,5 Millionen Deutschen und der Annexion des Ostens Deutschlands entschlossen, wobei etwa drei Millionen Menschen umkamen oder ermordet wurden. Nach den Maßstäben der Uno-Resolution über Genozid ein Völkermord, also kollektive Auslöschung. Dafür kann es aber nur eine "Rechtfertigung" geben, kollektive Schuld.
Wie aber kam die These nach Deutschland?
Nawratil: 1945 war die Kollektivschuldthese in aller Munde. Allerdings verteidigten Politiker wie Kurt Schumacher oder Konrad Adenauer die Deutschen durchaus aufrecht gegen diese Vorwürfe, und in den sechziger Jahren hätte man schon beinahe glauben können, sie sei ausgestorben. Doch zu dieser Zeit begann die Suche nach einem sprachlichen Ersatz für die im ersten Versuch gescheiterte Implantierung des Kollektivschuldgedankens. Eine Tarnkappe mußte her, um die fragwürdige These wieder gesellschaftsfähig zu machen. Mit dem Begriff "Kollektivscham", den Bundespräsident Heuss prägte, konnte zunächst jeder leben.
Dann sprach man häufig von NS-Verbrechen als "im deutschen Namen" begangen. Aber seit wann ist eine Diktatur legitimiert, im Namen des Volkes zu handeln? Und wie populär sind Aktionen, die die Regierung zum Staatsgeheimnis erklären und vor dem Volk verstecken mußte?
Bekanntlich war die "Endlösung der Judenfrage" geheime Reichssache. Nach einem Umweg über Ausdrücke wie "Tätervolk" oder "kollektive Haftung" landeten die meisten Propagandisten der Kollektivschuldthese schließlich bei der "kollektiven Verantwortung". Das klingt angenehm moralisch - wie etwa Verantwortung im Straßenverkehr - und ist zugleich vage genug, um verschiedenen ideologischen Zwecken zu dienen.
Auf Richard von Weizsäcker folgte Roman Herzog; in einem Pressegespräch meinte der, wenngleich - Achtung, es folgt der klassische Kniff! - die Nachkriegsgeneration keine persönliche Schuld trüge, "werden wir Redeformen entwickeln müssen, die dieser Generation ihre

Verantwortung vor Augen führen". Das war ein entscheidender Schritt in der Entwicklung der Kollektivschuldthese! Denn während die "klassische" Kollektivschuldthese aus der Schuld von Einzelnen die Schuld einer Generation macht, kommt Roman Herzog das Verdienst zu, eine "moderne" Kollektivschuldthese konzipiert zu haben, die aus der Schuld einer Generation die Erbsünde eines ganzes Volkes macht.
Parallel entwickelte sich noch ein weiterer Zweig der Kollektivschuld, die These von der "zweiten" und der "dritten Schuld". Nawratil: Die These von der "zweiten Schuld" entwickelte der bekannte Publizist und Holocaust-Überlebende Ralph Giordano: "Die zweite Schuld: die Verdrängung und Verleugnung der ersten nach 1945." Dabei werden hier die Tatsachen auf geradezu ungeheure Weise verdreht! Im internationalen Vergleich zeigt sich nämlich sehr klar, daß die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land der Welt ist, das die eigenen Verbrechen gerichtlich und historisch systematisch aufgearbeitet hat.
Die dritte Schuld schließlich wird von den "Schuldbewußten" selbst, in einer Art Psychose, möglichst an allem schuld sein zu wollen, herbeiphantasiert. So bekannte sich Außenminister Fischer auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban zur deutschen Mitschuld an der Sklaverei. Ein Kommentar erübrigt sich.
1995 sprach Bundespräsident Herzog in seiner Rede zum 8. Mai davon, "Millionen - vor allem Juden … Tschechen und Slowaken - waren der größten Vernichtungsmaschinerie zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je ersonnen hatten". Jeder Historiker weiß jedoch, daß die Tschechen als Volk weitgehend ungeschoren durch den Zweiten Weltkrieg kamen. "Millionen vernichteter Tschechen" wurden von Herzog einfach erfunden. Der Beweis dafür ist, daß die "vernichteten" Tschechen nach dem Krieg knapp eine Viertelmillion Menschen mehr zählten als zuvor.
Die ebenfalls laut Herzog "vernichteten" Slowaken kamen ebenso ungeschoren davon, sie erhielten sogar ihren eigenen Staat und wurden Hitlers Verbündete! Helmut Kohl sprach 1992 vom "schrecklichen Unrecht, das der Vertreibung der Deutschen vorausging" in Gestalt deutscher "Besetzung und Angriffskriegs". Nun gab es 1939 zwar eine deutsche Besetzung Prags, doch niemand hat je etwas von einem deutsch-tschechischen Krieg gehört!
In einer Rede 2001 in Bonner Haus der Geschichte wollte Bundeskanzler Schröder stellvertretend für Deutschland unbedingt auch noch am Ersten Weltkrieg allein schuld sein. Die FAZ kommentierte das mit den Worten "Versailles läßt grüßen!" und bilanzierte "wissenschaftlich unhaltbar".
Die moderne Kollektivschuldthese erlaubt es, auch kleine Kinder ins Visier zu nehmen.
Nawratil: Zum Beispiel in der Sesamstraße des Kinderkanals von ARD und ZDF ("geeignet für Kinder ab drei Jahren"), wo am 12. April 2000 die Kleinsten plötzlich einen Kurzbeitrag über Hitler und die Konzentrationslager mit Schreckensbildern und Texteinblendungen wie "sechs Millionen" über sich ergehen lassen mußten. Schon 1997 gab es eine Tagung "Holocaust - ein Thema für Kindergarten und Grundschule", und natürlich gibt es auch Holocaust-Bilderbücher.
Ist die Kollektivschuldthese "nur" ein Instrument der gesellschaftlichen und politischen Herrschaft, oder folgt sie einem übergeordneten Ziel?
Nawratil: Die Kollektivschuldthese war im Grunde von Anfang an auch dazu erdacht worden, den Deutschen das Rückgrat zu brechen. Da wir heute mit der Kollektivschuldthese leben, möchten wir das nicht mehr glauben.
Aber ich erinnere nicht nur an die Worte Martin van Crevelds eingangs, sondern auch an die Antwort Joschka Fischers auf die Frage des französischen Schriftstellers Bernard-Henri Lévy, was denn der Anfangsmythos sei, der Deutschland zusammenhalte, so wie die Französische Revolution Frankreich zusammenhalte. Antwort: "Auschwitz".
Der Autor Michael Kleeberg berichtete diese Episode am 22. Mai 1999 in der Welt und fuhr fort: "Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was eine solche Antwort bedeutet.

Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden … ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern vergasten ruht, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln."
Dr. Heinz Nawratil Der Publizist und selbständige Notar ist Mitautor zweier Standardstudienwerke für Strafrecht und Bürgerliches Recht, einer Einführung in die Sozialpsychologie sowie Verfasser des "Schwarzbuch der Vertreibung". Geboren wurde er 1937 in Zauchtel in Mähren, heute lebt er in Bayern.
Sein jüngstes Buch "Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein" (Universitas-Verlag, 256 Seiten) beschäftigt sich mit der Entwicklung und Implantierung der Kollektivschuldthese von den "Deutschen als Verbrechernation, die kein Recht mehr auf ein eigenes Volksleben haben" (Margarete Mitscherlich). Auch wenn sich die meisten Politiker offiziell von der Kollektivschuldthese distanzieren, stelle sie eine zunehmende Gefahr für Volk und Staat dar, denn "jede gute Kollektivschuldrede, beginnt mit der Leugnung der Kollektivschuld" (Heinz Nawratil).<<
Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart**
Wehe den Besiegten
… Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte.
Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert. …
Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Wehe den Besiegten" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.
Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde.
Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung. Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. …
"Wehe den Besiegten": … Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 2004 (x887/...): >>**Liebe zum eigenen Land ausgetrieben**
Klaus Rainer Röhl über anerzogene Tabus der Political Correctness in Deutschland
Es ist was faul im Staate D. Genauer, eine Menge. Viele Bürger spüren das, trauen sich aber

nicht, Fragen zu stellen nach dem Weshalb und Wozu. Jedenfalls nicht öffentlich, weil sie fürchten anzuecken. Als "rechts" stigmatisiert zu werden, kann üble Folgen haben. Der Fall Hohmann war ein Lehrstück dafür. Man schweigt daher lieber und hofft, daß man irgendwann einmal aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr machen muß - beinahe so, als lebte man in einer Diktatur. ...

Es gibt heute im Bundestag keine einzige rechte Partei mehr, nur mehr oder weniger linke. Der Historiker führt diese Tatsache auf eine dreistufige Umerziehung zurück, der das deutsche Volk unterworfen wurde.

Nach Kriegsende sollte alles, was nur im entferntesten an nationale Wertvorstellungen erinnerte, tabuisiert und sanktioniert werden, um so auf Dauer aus dem öffentlichen Diskurs - und damit letztlich aus den Köpfen der Deutschen - zu verbannen. Zunächst trat die Besatzungsmacht mit der sogenannten Reeducation in Aktion, die anschließend als Selbst-Erziehung von den selbstverständlich linken Lizenzträgern erfolgreich fortgeführt wurde. Ab 1968 folgte die dritte Stufe der Umerziehung als Erziehung der Eltern durch ihre revoltierenden Kinder.

Der Erfolg der jahrzehntelangen Bemühungen ist offensichtlich: Die Deutschen haben sich den Forderungen der Political Correctness angepaßt; sie haben also ihre Lektion gelernt. Widerstand regt sich nur unter der Decke. Man hat ihnen ein schlechtes Gewissen eingeimpft, sie zum "Tätervolk" erklärt, ihnen die Liebe zum eigenen Land ausgetrieben, sämtliche nur denkbaren Tugenden verunglimpft.

Daraus hat sich allem Anschein nach eine permanente Verweigerungshaltung vieler einzelner gegenüber den Interessen der Gemeinschaft entwickelt, die sich im Verzicht auf Nachwuchs, Verfall der eigenen Kultur, die zu verteidigen sich nicht mehr lohnte, in dramatisch sinkender Wahlbeteiligung, Abwanderung der Eliten, Hedonismus und Verwahrlosung der Sitten niedergeschlagen hat, um nur einige Symptome zu nennen.

Und anstatt nun diesen verunsicherten, in ihrer Selbstachtung geschädigten Bürgern endlich eine Perspektive zu bieten, fahren diejenigen, die für diesen Zustand mitverantwortlich sind, fort auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg. Mit dem Erfolg, daß Deutschland auf vielen Gebieten ins Hintertreffen gerät, nicht nur in der Bildung. Unser Land ist vom Musterknaben zum Sitzenbleiber degeneriert. Auch die Opposition hat kein Konzept, das überzeugen könnte. Der Karren rollt bereits in den Abgrund - und niemand in Sicht, der ihn anhalten könnte. Oder? ...<<

Der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Hornung schrieb am 25. Dezember 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Von den Wurzeln der deutschen Multikulti-Neurose**

... In der Tat erinnerte auch vieles in dieser 68er Kulturrevolution an Hitlers "zynische Mißachtung geronnener historischer Strukturen" und an den "ahistorischen Grundzug seines chiliastischen Geschichtsverständnisses" (Hans Mommsen). Das Ergebnis dieser Umerziehung durch die Geschichtspolitik der 68er Kulturrevolution war, daß sich die Deutschen nun ihre 1.000jährige Geschichte verstellen ließen durch den braunen Koloß der NS-Zeit, daß man die deutsche Geschichte gleichsam eindampfte auf jene berüchtigten zwölf Jahre, wenn nicht gleich gar nur auf den Holocaust. Das war nicht mehr reale Geschichte, sondern eine extreme Geschichtsmythologie als Herrschaftsinstrument.

Und die weitere Folge war, daß Deutschland und die Deutschen zu jener "Canossarepublik" wurden, wie sie der Präsident Estlands, Lennart Meri, bei seiner Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 in Berlin nannte, eine Republik, in der "rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung praktiziert" wird, wie der den Deutschen wohlwollende Präsident hinzufügte, in einem Klima, in dem "die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst".

Die vorausgegangene Geschichtsberaubung und einseitig "antifaschistische" Geschichtsmythologie reduzierte die Deutschen und ihre sogenannten Eliten auf eine allen Einflüssen gegenüber willfährige "Bevölkerung", der man heute selbst die gegen ihren Willen und ihre Interessen stattfindende Masseneinwanderung als "Bereicherung" und die multikulturelle Gesellschaft als die eigentliche Demokratie für "alle Menschen" zu preisen wagen kann. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2005 (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**

... Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsmanipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten". ...

Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart. Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.

Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbeiführung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!" ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. März 2006: >>**Die Wandlungen des Paragraphen 130**

Ursprünglich untersagte der Paragraph 130 des Strafgesetzbuches die "Aufreizung zum Klassenkampf" und lief damit weitgehend leer - bis zum sogenannten Nieland-Fall. Der Hamburger Holzhändler Friedrich Nieland hatte eine antisemitische Broschüre verfaßt und sie an Minister und Parlamentarier des Bundes und der Länder verschickt.

Die Staatsanwaltschaft leitete gegen ihn und den Drucker ein Verfahren wegen Verbreitung staatsgefährdender Schriften und öffentlicher Beleidigung der jüdischen Mitbürger ein, doch die Große Strafkammer des Hamburger Landgerichts lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Das geriet zum Skandal. Daraufhin widmete der Gesetzgeber 1960 mit dem 6. Strafrechtsänderungsgesetz die Vorschrift um zur Verfolgung von Volksverhetzung. Wer zum Haß gegen Teile der Bevölkerung oder zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen sie aufstachelt oder sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wurde fortan mit bis zu fünf Jahren Haft bedroht.

Diese Rechtslage hielt 34 Jahre - bis zum Prozeß gegen den damaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert. In einem Anklagepunkt war der Angeklagte für eine "einfache" Holocaust-Leugnung nur wegen Beleidigung in Tateinheit mit der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, nicht aber wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Daraufhin ordnete der Gesetzgeber 1994 im Zuge des Verbrechensbekämpfungsgesetzes auch die einfache Holocaust-Leugnung dem Volksverhetzungs-Paragraphen mit einer deutlich erhöhten Strafandrohung zu. 2005 erneut auf der Tagesordnung

Im Jahre 2005 stand der Volksverhetzungs-Paragraph erneut auf der Tagesordnung. Diesmal ging es weniger darum, ein strafwürdiges und bislang straffreies Verhalten unter Strafe zu stellen, als darum, für die Anordnung von Versammlungsverboten den Behörden gegenüber

den lästigen Haarspaltereien der Verwaltungs- und Verfassungsgerichte eine robustere Rechtsgrundlage zu geben. Anlaß waren der 60. Jahrestag des Kriegsendes und die Furcht vor Demonstrationen rechtsradikaler Kräfte, insbesondere vor einer für den 8. Mai angemeldeten Demonstration vor dem Brandenburger Tor und den Demonstrationen am Grab des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Wunsiedel.
Mit dem Gesetz zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches vom 24. März 2005 wurde so ein weiterer Absatz in den Volksverhetzungsparagraphen eingeführt, der auch die öffentliche Billigung, Verherrlichung und Rechtfertigung der nationalsozialistischen Herrschaft unter Strafe stellte.
Nach Ansicht des Richters am Bundesgerichtshof Thomas Fischer, verantwortlicher Autor eines Standard-Kommentars zum Strafgesetzbuch (Tröndle/Fischer), greift der Tatbestand auf allgemeine politische Wertungen und Evidenzgesichtspunkte zurück und entfernt sich weit von der gebotenen tatbestandsmäßigen Bestimmtheit. Wenn man ihn auf den dem Bestimmtheitsgebot genügenden Kern reduziere, blieben gerade die Ad-hoc-Anlässe, auf welche die Gesetzesänderung abzielte, außen vor.
In der Praxis würden die vielfach verschraubten, auch bei gutem Willen kaum noch verständlichen Varianten des Paragraphen 130 kaum ernst genommen und nach Maßgabe normativer Evidenz-Betrachtungen "vereinfacht". Die Grenze ist kaum auszumachen Klar ist soviel, daß eine Äußerung nicht nur dann strafbar ist, wenn sie sich auf die nationalsozialistische Herrschaft insgesamt bezieht und sie irgendwie positiv bewertet, sondern unter Umständen auch dann, wenn sie einen einzelner Verantwortungsträger oder eine Symbolfigur in besonderer Weise würdigt. Es steht keineswegs fest, welche Repräsentanten Deutschlands aus der Zeit von 1933 bis 1945 man wie straffrei öffentlich loben darf und welche nicht.
Bewundernde Aussagen etwa über Wehrmacht, Waffen-SS, Reichsarbeitsdienst, den Autobahnbau oder über Verantwortliche aus Wirtschaft, Kultur, Rechts- und Gesundheitswesen sollen nach Auffassung Fischers hinzunehmen und auch dann straffrei sein, wenn sie für die Bundesrepublik peinlich sind. Wo aber genau die Grenze liegt und Billigung der gesamten Herrschaft beginnt, ist jedenfalls für Nichtjuristen kaum auszumachen.
Immerhin 2.957 Personen haben sich nach dem Verfassungsschutzbericht des Bundes im Jahr 2005 in dieser Grauzone verfangen und wurden wegen Volksverhetzung verurteilt. Nach der Statistik des Bundeskriminalamtes gab es im Jahr 2005 2.812 Verdachtsfälle. Für den Adressaten des Paragraph 130 des Strafgesetzbuches ist es zweifellos am sichersten, den Themenkreis überhaupt zu meiden und andere als pauschal verdammende Meinungen für sich zu behalten.<<
Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Das Ende der politischen Korrektheit?**
Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness.
Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.
Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsbegriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.
Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kir-

che im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällte Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschine, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.
Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommnen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermutet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion? Das Goebbelssche "Ministerium für Volksaufklärung" und "Propaganda" diente in Wahrheit der Volksverdummung.
Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft. Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil:
"Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ. "Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast. "Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psychisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.
Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungshemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß". Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges.
"Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll. Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.
Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atemberaubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartsystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukte.
Political Correctness wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.
Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.
Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stich-

wortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.
Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht.
Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme".
Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise. Hatte Karl Marx, der alte Hütchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel, wie z.B. die Fabriken und die Banken, verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein Wörtchen mitzureden.
Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzungen" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätsengpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von sozialen Unruhen echot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.
Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. November 2009 (x887/...): >>**Billiger Provokateur**
Das neue Goldhagen-Buch widerstrebt selbst den Anhängern des Zeitgeistes
Für Provokationen ist Daniel Jonah Goldhagen immer gut. Hatten vor allem viele Deutsche nach seinem Erstlingserfolg "Hitlers willige Vollstrecker - Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust" aus dem Jahr 1996 gehofft, nie wieder etwas von diesem als Schmierfink wahrgenommenen Politikwissenschaftler zu hören, so legte er 2002 mit "Die katholische Kirche und der Holocaust - Eine Untersuchung über Schuld und Sühne" nach.
Vor wenigen Wochen folgte nun "Schlimmer als Krieg - Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist". Selbst die in Sachen Goldhagen zuvor wohlwollende "Zeit" spricht von einem "Totalausfall", doch trotzdem konnte sich der 1959 geborene Sohn eines Holocaustüberlebenden über ein großes Medieninteresse freuen. Zwar konnte er nicht genauso viele Einladungen in Talkshows wie 1996 verbuchen, doch mit seinem Vorschlag, die Weltgemeinschaft solle doch ein Kopfgeld auf Massenmörder aussetzen, gelang es ihm, genügend Werbung für sein Buch machen.
Dieses kommt in seiner Gesamtheit zwar seriöser daher, als man es bei seinem Autor vermutet, doch das liegt daran, daß auch Goldhagen nicht 684 Seiten am Stück provozieren kann. Gleich sein erster Satz dürfte in den USA für Erschütterung gesorgt haben: "Harry Truman, der 33. Präsident der Vereinigten Staaten, war ein Massenmörder."
Wer jetzt als Deutscher jedoch denkt, daß seine Vorfahren dieses Mal besser davonkommen als bei "Hitlers willige Vollstrecker", nur weil das Buch mit Trumans Schuld am Abwurf der

Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beginnt, irrt. Ziel des Autors war die größtmögliche Provokation und dafür mußte er sich eben etwas Neues einfallen lassen.
Trotz aller Emotionen und Widerworte, die der seit seinem ersten Bucherfolg nicht mehr in Harvard Lehrende auslöst, bietet sein Buch so manche Aha-Momente. Das liegt nicht nur an der durchschaubaren Art, wie der Autor, auf den Zeitgeist reagierend, Schlagzeilen zu machen hofft: So manche der von ihm gestellten Fragen im Zusammenhang mit Völkermorden sind durchaus aufschlußreich und in die Tiefe gehend. Das gilt jedoch nicht für seine Antworten.
Warum wird die Vernichtungsmaschinerie in Gang gesetzt? Warum werden manche Gruppen zur Eliminierung vorgesehen und andere, sogar im selben Land, nicht? Warum wird für eine zur Eliminierung vorgeschlagene Gruppe die Vernichtungsvariante gewählt? Warum beginnt der Vernichtungsangriff dann, wenn er es tut? Warum bleiben Menschen angesichts derartiger Greuel untätig? Dies sind nur einige der durchaus bedeutungsvollen Fragen, die der Autor stellt. Zur Beantwortung zieht der Autor Völkermorde der Vergangenheit heran und geht dabei auf ihre Muster und Ursprünge ein.
Deutsche, Türken, Serben, Indonesier, Kambodschaner, aber auch Chinesen und Russen werden als Täter vorgestellt, die sich aus den verschiedensten Gründen zum Morden hätten verführen lassen. Hier betont Goldhagen jedoch ausdrücklich, daß es für ihn keine Kollektivschuld gebe, bestenfalls würden viele eines Volkes kollektiv schuldig. Doch von seiner bereits 1996 weltweit diskutierten These, daß die Deutschen besonders anfällig für den Massenmord an den Juden gewesen seien, weil sie den Antisemitismus tief verinnerlicht gehabt hätten, läßt er nicht ab.
Plakativ greift er einige Beispiele früherer Völkermorde heraus, um Antworten auf die Fragen zu geben. Effektheischend baut er einige deftige Zeitzeugenberichte ein, um seine zuvor aufgestellten Thesen zu belegen. Gegen Ende gibt er dann sehr eigenwillige Ratschläge, wie die Welt in Zukunft Massenmorde verhindern kann.
Bereits diese Ratschläge zeigen, daß Goldhagen zwar älter, aber nicht weiser geworden ist. Die Kritik an seinen vorherigen Publikationen hat ihn nicht zu einem wissenschaftlicheren Arbeiten bewegen können, so daß auch "Schlimmer als Krieg" letztendlich auf dem Niveau einer "Bild-Zeitung" hängen bleibt.
Daniel Jonah Goldhagen: "Schlimmer als Krieg - Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist", ... München 2009 ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Mai 2010: >>**Deutsche, laßt den Schuldkult!**
Christian Dorn
Ist Deutschland als "verspätete Nation" verurteilt, auf ewig dem Verdacht eines "Sonderwegs" ausgesetzt zu sein? Oft ertönt dieser Vorwurf gerade aus dem Lager der Linken, dem jede Regung nationaler Selbstvergewisserung wie die neuerliche Empfängnis des "noch fruchtbaren Schoßes" erscheint.
Eine bemerkenswerte Ausnahme macht hier die luzide Schrift des linken italienischen Geschichtsphilosophen Domenico Losurdo. Er legt kurz und schlüssig dar, daß es sich beim Stereotyp vom "deutschen Sonderweg" um "idealistischen, reaktionären Unsinn" handelt. Denn, so Losurdo, "wir können zwar sagen, daß das deutsche Volk einzigartig ist, aber das gilt ebenso für alle anderen Völker". Es ist eine Absage an Günter Grass' Verdikt: "Deutschland denken heißt Auschwitz denken". Wie dieser verdrängt auch ein Teil der politischen Elite, daß der Faschismus keine exklusiv deutsche Erscheinung war. Vielmehr, so die Vermutung Losurdos, diene der Vorwurf vom "deutschen Sonderweg" dazu, der Bundesrepublik gegenüber den USA und Israel eine Vasallenrolle aufzunötigen.
Fatalerweise werde dies durch "eine gewisse Linke" befördert, die den Begriff der Nation nur dann wiederentdecke, "wenn es sich um die pauschale Verurteilung der Deutschen handelt". Dabei habe Karl Liebknecht 1913 die "Vaterlandslosigkeit" und den "vollkommenen Apatrio-

tismus" gerade des Kapitals als ein Gebaren angeprangert, "das an Hoch- und Landesverrat mindestens grenzt".
Nicht zufällig seien auch Lenin und Gramsci als "große Theoretiker der Hegemonie gleichzeitig die beiden großen Theoretiker der nationalen Frage" gewesen. Indem Losurdo zudem den Massenmörder Mao Tse-tung oder Ho Chi Minh und Fidel Castro als Gewährsleute anführt, läuft er Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten.
Das aber wäre schade, denn seine faktenreiche Auflistung der insbesondere US-amerikanischen Einflüsse auf den Rassismus des Dritten Reiches sind schwerwiegend. Dies gilt - neben dem Modell der "white supremacy" - auch für die importierte Figur des "Untermenschen", die 1922 vom Eugeniker Lothrop Stoddard in dessen Schrift "The Revolt against Civilization. The Menace of the Under Man" eingeführt wurde. Alfred Rosenberg bewunderte diese Klarheit mehrfach.
In seinem "Mythus des 20. Jahrhunderts" feierte er die USA als Vorbild: als ein Land, dem das Verdienst zukomme, den "neuen Rassestaatsgedanken" formuliert zu haben, den es jetzt nur noch praktisch umzusetzen gelte.
Domenico Losurdo: Die Deutschen. Der Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact-Reihe Nr. 15. Kai Homilius Verlag, Berlin 2010. …<
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>… Und heute? … (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "auserwählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.
In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.
Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".
Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen.
Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der

exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.
Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?
Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.
Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. …
Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! …<<
Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärte am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>… Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>**Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument**
Die Canossa-Republik
Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."
... Am Beginn stand Ende der fünfziger Jahre das Interesse der Sowjetunion, die Bundesrepublik als immer noch "faschistisch" zu diskreditieren und dadurch nach innen und außen zu schwächen. Neben diese sowjetmarxistische trat auch eine westliche, vor allem amerikanische Variante der sich in den sechziger Jahren ausbreitenden Geschichtspolitik. Sie knüpfte an die Umerziehung der ersten Nachkriegszeit an und reifte zu ihrem zweiten kritischen Stadium heran.
Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik. Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuldkult.
Historiker wie Fritz Fischer mit seinem Werk "Griff nach der Weltmacht" (1961) über die Kriegsziele der deutschen Eliten im Ersten Weltkrieg öffneten vielen in der nachwachsenden

Generation den Weg zu geschichtspolitischem Eifer ohne die für das historische Urteil nötige Allseitigkeit und Differenzierung.
Einige führende Aktivisten der Studentenbewegung wie Gerd Koenen oder Götz Aly haben später eingeräumt, daß hier - kaum 20 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus, nur diesmal unter "antifaschistischen" Vorzeichen - ein neuer totalitärer Staats- und Gesellschaftsmythos entstand mit seinem "Sieg der Gesinnung über die Urteilskraft, neuen Zentren politischer Heilsgewißheit, wirklichkeitsüberlegener Besserwisserei von penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz" (Hermann Lübbe). ...
Auch der sogenannte "Historikerstreit" im Jahr 1986 war alles andere als ein Inhalts- oder Methodenstreit unter Historikern, wie sein Name suggerierte, sondern eine prinzipielle Konfrontation zwischen der modisch gewordenen Geschichtspolitik und angesehenen deutschen Historikern.
Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bezichtigte nicht nur Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer, in ihren Werken mehr oder weniger "Apologie" des Nationalsozialismus zu betreiben. Er vertrat mit vehementem Selbstbewußtsein auch seine ideologische Position des Universalismus, die subjektive Vision der mit historischer Notwendigkeit heranwachsenden universellen ökonomischen, kulturellen und politischen Einheit der Welt, die die bisherigen "partikularen" nationalen, ethnischen und kulturellen Ordnungen hinter sich lassen werde. ...<<
Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schrieb am 14. Mai 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Der 8. Mai will nicht vergehen**
Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute
Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtlosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.
Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die "befreundeten" Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten. Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Mißachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte "Befreiung" aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davonkamen.
Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland mußte sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR.
Rund elf Millionen Wehrmachtsoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man "befreite" sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotential aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschätzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen.
Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach

der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.
Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland - es muß offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig - gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.
Es ist an der Zeit, daß wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1.200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.
Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, daß unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, daß die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016 (x887/...): >>**Blind und wehrlos**
Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht
Ist der "Schuldkult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.
Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.
Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.
Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.
Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistierten soll.
Wenn die Selbstaufgabe zu Gunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhe-

punkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden. Denn dann ist erwiesen, welch (selbst-)zerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.
Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<
Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte am 6. Dezember 2019 während ihrer Rede im ehemaligen NS-Vernichtungslager Auschwitz (x354/90): >>… An die Verbrechen zu erinnern, die Täter zu nennen und den Opfern ein würdiges Gedenken zu bewahren - das ist eine Verantwortung, die nicht endet. Sie ist nicht verhandelbar; und sie gehört untrennbar zu unserem Land. Uns dieser Verantwortung bewußt zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat.<<

Einseitige Erinnerungskultur

> Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: "Ich bin der Faschismus". Nein, er wird sagen: "Ich bin der Antifaschismus".
> *Ignazio Silone (1900-1978, italienischer Schriftsteller)*

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 4. Juli 1994: >>**MARCEL REICH-RANICKI: Wofür die Orden?**
Seit er vor zwei Wochen seine Mitarbeit beim polnischen Geheimdienst zwischen 1944 und 1950 zugegeben hat, fragen Freunde und Gegner des bekannten Literaturkritikers: Wie "harmlos" war seine literaturferne Tätigkeit wirklich?
FOCUS liegt ein Personalbogen des polnischen Schriftstellerverbands (Literatenbund) vor, in dem drei hohe staatliche Auszeichnungen für Marcel Reich-Ranicki aufgeführt werden. Das Dokument basiert auf den Angaben seines Aufnahmeantrags von 1952. Danach erhielt er 1946 das Silberne sowie das Goldene Verdienstkreuz.
Diese höchsten zivilen Auszeichnungen wurden vom damaligen Vorsitzenden des Nationalratspräsidiums, dem stalintreuen Boleslaw Bierut, an Personen verliehen, "die sich in Beruf und gesellschaftlicher Tätigkeit besonders ausgezeichnet haben". 1948 wurde Reich-Ranicki mit der "Medaille des Sieges und der Freiheit" geehrt.
Soweit bisher bekannt, war Marcel Reich-Ranicki von 1944 an als Postzensor, dann als Leiter einer "Operationsgruppe" in Kattowitz tätig. Ab 23.4.1946 arbeitete er in Warschau für das Ministerium für öffentliche Sicherheit. Nach eigenen Angaben war Reich-Ranicki damals vor allem mit Schulungsaufgaben betraut. Am 17.7.1947 wurde er zum Sektionsleiter und Stellvertretenden Direktor der Abteilung II des Departments VII bestellt. In dieser Abteilung ging es um die Auslandsspionage.
Nach seiner Tätigkeit als Konsul in London (Frühjahr 1948 bis Herbst 1949) wurde er am 28.1.1950 im Rang eines Hauptmanns aus dem Dienst entlassen.
Wofür hat MRR diese Orden erhalten? Zu einer Stellungnahme war er nicht bereit.<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 3. März 1995: >>**Ich bin Reporter und Jude**
Von John Sack
Was wohl, fragt Volker Ullrich, bringt einen Mann dazu, der ein Reporter und Jude ist, das Buch "Auge um Auge" zu schreiben, die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten? Ist das Antisemitismus? fragt Ullrich. Oder ist es Sensationslust? Da ich der Repor-

ter und Jude bin, werde ich Volker Ullrich gerne antworten. Die Gründe sind: 1. Ich bin ein Reporter, und 2. Ich bin ein Jude.
Ich bin ein Reporter. Wenn Dinge geschehen, schreibe ich darüber. So schockierend "Auge um Auge" auch manchmal erscheinen mag, die Geschichte, die das Buch erzählt, ist wirklich geschehen, wie Helga Hirsch in der ZEIT selbst bestätigt hat ("Die Rache des Kommandanten", Nr. 49/ 1994). Diese Reporterin und ich sind keine Historiker, wir täuschen das auch nicht vor. Wir sind Personen wie Elie Wiesel, der nicht der Sensationslust erlegen war, sondern nur Genauigkeit anstrebte, als er in "Night" Worte wie "His eyes were petrified, his lips (were) withered, decayed" schrieb. Reporter liefern den Historikern das Rohmaterial, welches die Historiker hoffentlich sinnvoll interpretieren werden.
Zweitens, ich bin ein Jude. Ich glaube an den Grundsatz der Torah, wenn jemand sündigt, und ich weiß davon und sage es nicht an, dann mache ich mich ebenso schuldig. Ich bin kein Serbe oder Somalier, die nur Mitleid mit den Ihrigen haben - ich bin ein Jude, und mein Herz öffnet sich den Deutschen, die ich getroffen habe, welche als unschuldige Kinder im Konzentrationslager gelitten haben, auch wenn die Lagerkommandanten Juden waren wie ich selbst. Außer in "Auge um Auge" sind die Leiden dieser Leute, im Gegensatz zu denen der Juden, nach fünfzig Jahren immer noch uneingestanden und unbekannt.
Eine weitere Frage von Ullrich ist, wo in "Auge um Auge" die Grenze zwischen Fakten und Fiktion verläuft. Der Leser überschreitet die Grenze am Ende von "Auge um Auge" und am Beginn von Ullrichs eigenen "SS-Juden". In "Auge um Auge" sind die Personen, Geschehnisse und Gespräche die Resultate derselben fleißigen Recherchen, die Ullrich lobt: Es sind alles Fakten. Die einzige Fiktion ist Ullrichs Behauptung, "Auge um Auge" sei ein Elaborat.
Mit einer Sache, die Ullrich sagt, stimme ich überein: Das deutsche Publikum wird nicht in Versuchung kommen, dieses Buch zu lesen. Warum auch. Es weiß ja bereits, was es enthält, weiß aus der ZEIT, daß mein Buch von "SS-Juden" erzählt, weiß aus der Frankfurter Rundschau, daß meine Botschaft "Juden = Nazis" ist. Die Tragödie ist, daß das Publikum falsch informiert wurde, und jetzt, da der Piper Verlag die Auslieferung des Buches gestoppt und alle 6.000 Exemplare vernichtet hat, kann das Publikum nirgendwo mehr die Wahrheit erfahren: daß nur in zehn Prozent meines Buches Juden Deutsche mißhandelt haben.
Nie wird das Publikum über die anderen neunzig Prozent erfahren. Es wird nie über Juden wie Zlata, Moshe, Mania und Pola hören, welche sich geweigert haben, polnische Gefängnisse anzuschauen oder gar darin zu arbeiten; auch wird es nichts über Juden wie Ada erfahren, die ein Gefängnis nur einmal besucht hat und dann in eine bessere Welt nach Deutschland geflohen ist.
Das Publikum wird niemals über Juden wie Pincus hören, der Leuten, die Deutsche mißhandelt haben, gesagt hat, daß Hillel das nicht gutheißen würde, oder über Juden wie Shlomo, der unter Gefahr für sein Leben den Leuten gesagt hat: "Ihr müßt damit aufhören." Auch wird das Publikum niemals über Juden wie Lola, eine Kommandantin, erfahren, die anfangs die Deutschen geschlagen hat, später aber, unter Lebensgefahr, diese beschützt und ihnen sogar Essen zugesteckt hat.
Der Anfang von Ullrichs Artikel zitiert einen amerikanischen Rezensenten, einen Rabbi, der in einer jüdischen Zeitung geschrieben hat: "Tun Sie mir einen Gefallen - lesen Sie dieses Buch nicht." Weit weniger liebenswürdig und weitaus hochmütiger hat der Piper Verlag jetzt der deutschen Bevölkerung befohlen: "Lesen Sie dieses Buch nicht. Und wenn es Sie reizt, werden wir Sie daran hindern. Wir werden es vernichten."<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" 9 - 1996 veröffentlichte im September 1996 eine Predigt zum Tag der Heimat (x853/...): >>**Wir dürfen den Anspruch auf unsere Heimat nicht aufgeben**
Predigt zum Tag der Heimat (am 7.9.96 in Berlin)
Meine lieben Christen!

Im vergangenen Jahr veröffentlichten schlesische Heimatvertriebene zum 50. Jahrestag der Vertreibung eine Anzeige, in der es hieß:
"Wir gedenken in tiefer Trauer des Untergangs Schlesiens und seiner 700jährigen Geschichte. Wir gedenken in großer Trauer des qualvollen Leidens und Sterbens hunderttausender Unschuldiger während der Vertreibung und wir gedenken des aufopferungsvollen Abwehrkampfes unserer tapferen Soldaten an der Ostfront.
Betet für sie."
Am 47. Tag der Heimat gedenkt der Bund der Vertriebenen natürlich aller Opfer der Vertreibung und Flucht aus dem deutschen Osten, der Tschechoslowakei und dem Südosten Europas. Wir wollen uns aber auch in Dankbarkeit daran erinnern, daß sich katholische deutsche Bischöfe mehrfach an den Alliierten Kontrollrat wandten und gegen die Ausweisungspraktiken protestierten, ohne daß ihr Anliegen auch nur beachtet worden wäre.
Am 3. Juli 1946 richteten die deutschen Kardinäle und Erzbischöfe ein Schreiben an den amerikanischen Präsidenten Truman und baten erneut um die Beendigung der grausamen Vertreibung. Doch wie bereits im Herbst 1945 schenkte General Clay den deutschen Bischöfen kein Gehör. Am 15. Juli 1946 teilte er dem Berliner Bischof Kardinal Graf von Preysing, dem unerschrockenen Gegner der Nazis mit, er sei nicht gewillt, die Bittschrift der Bischöfe an den amerikanischen Präsidenten weiterzuleiten. In seinem Brief heißt es wörtlich:
"Die Umsiedlung der betreffenden Deutschen wurde in Potsdam beschlossen als notwendig für die zukünftige Sicherheit Europas. ..."
- Man hat argumentiert, der Verlust eines Viertels unseres Vaterlandes - und wenn man die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg hinzunimmt - eines Drittels Deutschlands seit 1918 - sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg.
Mit derselben Logik und Konsequenz müßte man - um von den USA ganz zu schweigen - England, Frankreich, Rußland und Polen große Teile ihres Landes wegnehmen, denn sie alle haben seit 1800 weit mehr Kriege geführt als Deutschland. Von den 287 seit 1800 geführten Kriegen liegt England mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland führte in dieser Zeit 63 und Polen 32 Kriege. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.
- Politiker und Medienleute mahnen uns seit nunmehr 50 Jahren, den Massenmord von Auschwitz stets im Gedächtnis zu behalten, ihn nicht aus der Erinnerung zu streichen. Nicht weniger darf dies aber von der brutalen millionenfachen Massenvertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat gelten, die seit 700 bis 800 Jahren unangefochten deutsches Land war. Nicht weniger einmalig als Auschwitz ist das Massenvertreibungsverbrechen.
Und wenn immer wieder an den Massenmord in Auschwitz erinnert wird, dürfen wir nicht verschweigen, daß die Zahl der Opfer bei der Vertreibung nach amtlichen, meist verschwiegenen Angaben, mehr als doppelt so hoch war wie in Auschwitz. Wir dürfen und wollen nicht Verbrechen gegen Verbrechen aufrechnen, aber es dient nicht der Wahrheit und Verständigung, wenn geschichtliche Tatsachen verschwiegen oder gar geleugnet werden.
Das Wort der Schrift: "Die Wahrheit wird euch freimachen" (Johannes 8, 32) gilt auch für die Geschichtsschreibung.
Wir gedenken jedoch nicht nur unserer Toten, sondern auch unserer verlorenen Heimat. Wenn der Psalmist betet: "Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren. Die Zunge soll mir am Gaumen kleben, wenn ich an dich nicht mehr denke. ..." (137, 5 f.), können wir diese Worte sinngemäß auf unsere verlorene Heimat im Osten anwenden.
Die Heimat im Osten - Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland - und Südosten Europas, wohin Deutsche vor Jahrhunderten gerufen wurden, um das Land zu kultivieren, mußten wir nach dem Willen der Siegermächte in krassem Gegensatz zu geltendem Völkerrecht abtreten. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Wort: Wehe den Besiegten!
Es war ein erschreckender Höhepunkt nationaler Würdelosigkeit und zugleich tiefsten

Schmerzes für alle Heimatvertriebenen, als unsere Politiker und Parlamentarier die Abtretung uralten deutschen Landes mehrheitlich mit Beifall bedachten.
Ein derartig schmähliches Verhalten wäre in keinem anderen Land auch nur vorstellbar, am wenigsten in den beiden Ländern, die weit mehr Angriffskriege geführt haben als Deutschland und die Hauptnutznießer unserer Niederlage waren, Polen und Rußland.
So wurde unser verstümmeltes Vaterland zum Rumpfdeutschland, wie es Churchill in seinen Memoiren selber nannte, zum kleinsten Deutschland unserer Geschichte mit der größten Bevölkerungsdichte.
Wenn dann Politiker behaupten, unser Land sei noch niemals in seiner Geschichte von so vielen befreundeten Ländern umgeben gewesen wie heute, mag dies der heute üblichen political correctness entsprechen, hat aber mit der Wahrheit und Wirklichkeit nichts zu tun.
Der damalige deutsche Außenminister behauptete, wir hätten freiwillig auf ein Viertel deutschen Landes verzichtet, so als wäre es sein privates Eigentum, über das er nach Belieben verfügen könne. In schroffem Gegensatz zu ihm erklärte der Bundeskanzler, ohne den Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete hätten die europäischen Länder und die USA der deutschen Teil-Wiedervereinigung nicht zugestimmt. Ist eine solche Nötigung die Handlungsweise von Freunden?
Polen behauptet, ohne die deutschen Ostgebiete könne es nicht existieren. Dabei hatte Polen nach 1945 ohnehin nichts verloren, was es vor seinem Angriffskrieg gegen das geschwächte Rußland 1921 besessen hatte. Ein Blick in die Statistik von 1996 zeigt uns, daß auf jetzigem polnischen Gebiet 123,2 und in Rußland, das den nördlichen Teil Ostpreußens an sich gerissen hat, ganze 8,7 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, während sich im verstümmelten Rumpfdeutschland 228 Menschen auf einem Quadratkilometer drängen.
Zudem strömen seit Jahr und Tag Millionen Ausländer mit fremder Kultur und Religion in unser Land, das inzwischen zu einem multirassischen, multiethnischen Schmelztiegel mit gewaltigem sozialen Sprengstoff wurde.
Die "Welt am Sonntag" - gewiß kein Naziblatt - schrieb am 8.4.95:
"Nicht mehr die Ausländer werden - ob gewollt oder nicht - 'integriert' - sondern umgekehrt. In immer mehr Städten sind die Ausländer gegenüber den deutschen Kindern längst in der Überzahl. Viele unserer Landsleute fragen sich, ob wir noch Herr im eigenen Haus sind."
Meine lieben Christen,
vielleicht fragt sich der eine oder andere, ob solche Fragen in einen Gottesdienst gehören. Gewiß nicht in einen normalen Sonntagsgottesdienst. Aber da Politiker und Medienleute für gewöhnlich diese Fragen verschweigen oder gar die unabweisbaren Tatsachen leugnen, scheint es mir richtig und notwendig, in einem Gottesdienst zum Tag der Heimat auf diese Probleme aufmerksam zu machen, die im Grunde jedermann bekannt sind, die man aber nicht auszusprechen wagt und die für unsere Heimatvertriebenen zur schwärenden Wunde wurden, die nicht heilen will.
In jeder heiligen Messe beten wir für die Lebenden und Toten. Nach dem Beispiel des unlängst seliggesprochenen Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg wollen wir für die Lebenden und Toten hüben wie drüben beten, für unsere Landsleute wie auch die Toten der Länder, die sich einst mit uns im Krieg befanden. Wir wollen den Herrn bitten, er möge das vergossene Blut annehmen zur Sühne für die Sünden und Verbrechen, die durch uns und an uns geschahen. Er möge das vergossene Blut zur Saat der Verständigung und des Friedens werden lassen.
Wir haben vorhin das Evangelium von den Emmausjüngern gehört. Was hat es mit unserem Gedenkgottesdienst zu tun? Erinnern wir uns: Der Herr hatte vorausgesagt, daß er in den Tod gehen werde. Hiermit brach für seine Jünger und Anhänger eine ganze Welt zusammen. Zwar hatte der Herr den Seinen gesagt, er werde wieder auferstehen, aber das hatten sie nicht begriffen. Und nun gehen am Ostermorgen zwei seiner Jünger nach Emmaus. Sie begegnen Je-

sus, ohne ihn zu erkennen. Er fragt sie, warum sie so traurig sind. Da bricht es aus ihnen heraus. Sie hatten gehofft, er werde Israel erlösen. Da beginnt Jesus ihnen, angefangen von den Propheten, darzulegen, warum dies alles so kommen mußte.
Vielleicht ist es verwegen, eine Parallele zu ziehen. Der Herr, der Unschuldige, gibt sein Leben hin für uns, um uns von unserer Schuld zu befreien. Er erleidet den furchtbaren Tod am Kreuz, um die Schuld der Welt hinwegzunehmen, sie zu sühnen. Durch sein Leiden, seinen Tod sind wir erlöst. Und er hat seinen Jüngern gesagt, daß der Knecht nicht mehr ist als sein Herr und der Jünger nicht über dem Meister steht.
Und irgendwie, in irgendeiner Form müssen alle, die zu den Jüngern Jesu gehören, an seinem Leiden, an seinem Kreuz teilhaben. Wir wissen aus Erfahrung, daß wir uns das Leid, das Kreuz nicht aussuchen können, daß es uns sehr oft völlig unerwartet trifft. Der Herr hat unseren Landsleuten im Osten und Südosten Europas ein besonders schweres Kreuz auferlegt.
Und wir dürfen vielleicht sagen, so wie der Herr unschuldig war an seinem Tod, so waren hunderttausende - insgesamt sind es ja etwa 3 Millionen - in der überwältigenden Mehrheit unschuldig an ihrem grausamen Geschick.
Teilhabe am Kreuz Christi in einer Form, in einer Weise, die sich keiner vor dem furchtbaren Geschehen vorstellen konnte, die niemand Menschen aus eigener Machtvollkommenheit auferlegen darf. Aber wir dürfen selbst in diesem schweren Schicksal noch die Hand des Herrn erkennen.
Ich denke, unsere Heimatvertriebenen haben es irgendwie begriffen, als sie 1950 die Charta der Heimatvertriebenen verfaßten, in der sie auf Haß, Rache und Vergeltung verzichteten, obwohl sie genau wußten, was an ihren Angehörigen, was an ihrer Heimat geschehen war, welch unbeschreibliche Greuel sich ereignet hatten. Und so kam es zu einem der ergreifendsten Dokumente der neueren Geschichte, man darf es eine Sternstunde der Menschheit nennen. Diese Charta der Heimatvertriebenen zeugt von seelischer Größe, die durch den Feuerofen der Läuterung gegangen war.
Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß in der Charta noch etwa anderes steht, was allzuoft verschwiegen wird:
Daß Gott den Menschen in seine Heimat gestellt hat, daß Gott ihm die Heimat zu Lehen gegeben hat und daß, wer die Heimat nimmt, einen Menschen im Geiste tötet. Wir dürfen unsere Heimat im Osten nicht vergessen. Erinnern wir uns an das Wort des Psalmisten:
"Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren."
Da die Vertreibung gegen jegliches Völkerrecht verstieß, zutiefst unmenschlich ist und keine echte Versöhnung zustande kommen läßt, dürfen wir den Anspruch auf unsere verlorengegangene Heimat nicht aufgeben.
- Schon sehr bald nach dem furchtbaren Verbrechen der Massenvertreibung sagte Papst Pius XII., der große Freund der Deutschen, die Menschen, die zu Unrecht aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sollten wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen.
- Die deutschen katholischen Bischöfe erklärten in ihrem Pastoralbrief an die heimatvertriebenen Katholiken anläßlich der 40jährigen Wiederkehr der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1990:
"(Eine) alte jüdische Weisheit sagt: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Versöhnung ist nicht durch Verdrängung historischer Fakten möglich. Gerade wir Deutschen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, damit niemals wieder Unrecht zu Recht erklärt wird. Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der völkerrechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Verbrechen lohne: wenn man nur lange genug wartet, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt."
Die grauenhaften Verbrechen bei den "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien,

bei denen sich die Greuel in ähnlicher Weise wiederholten wie einst an den Deutschen im Osten und Südosten Europas, legen nahe, daß durch unübersehbare Zeichen die Völker nachdenklich werden und gemeinsam zu Rate gehen, wie die größten Massenvertreibungen der Weltgeschichte wenigstens einigermaßen wiedergutgemacht werden können.
- Papst Johannes Paul II. sagte über das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen:
"Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren in ihr Geburtsland mit seiner nationalen Souveränität, seinem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie haben ein Recht auf die kulturellen und geistlichen Beziehungen, die sie in ihrem Menschsein nähren und aufrecht erhalten. ..."
Und darum, meine lieben Christen, sollen und dürfen wir kämpfen - nicht wie einst Korfanty mit seinen Terrorbanden in Oberschlesien - aber mit zäher Geduld, nicht um Zwietracht zu säen, sondern damit Wahrheit und Recht siegen, daß es zu einer gerechten Lösung im deutschen Osten kommt, damit wir mit den Völkern Osteuropas einen gerechten, dauerhaften Frieden erlangen.
Polnische Bischöfe weisen gern auf ihren Brief zur Versöhnung mit den deutschen Bischöfen vom Herbst 1965 hin. Allerdings schrieben sie nur wenige Monate später, im Hirtenbrief vom 10. Februar 1966:
"Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk durch Jahrhunderte kein politisches, wirtschaftliches Unrecht angetan haben."
Nun, wir wissen, daß die historischen Fakten leider ganz anders aussehen.
- Es dient nicht der Verständigung, wenn polnische Bischöfe 1994 in Stettin und später in Landsberg Dankgottesdienste dafür feiern, daß diese angeblich urpolnischen Gebiete wieder zum polnischen Mutterland zurückgekehrt seien. Ich habe jahrelang in Ostpreußen, Pommern und Schlesien gelebt und weiß, wie Sie alle, daß diese deutschen Ostprovinzen urdeutsch waren.
Der englische Premier Lloyd George erklärte 1919 bei den Friedensverhandlungen in Versailles, es sei nicht die Absicht, dem polnischen Volk Gebiete zuzuerkennen, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen sind. Und US-Präsident Wilson sagte am 7. April 1919:
"Das einzige Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es keinen Anspruch besitzt."
Damals ging es lediglich um den polnischen Korridor, nicht um den Verlust des gesamten deutschen Ostens.
Meine lieben Christen, bloße Trauer um die verlorene Heimat führt nicht weiter. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen vertrauensvoll in die Zukunft schauen wie einst die Polen, die nach ihrer Teilung 125 Jahre sangen: "Noch ist Polen nicht verloren!"
Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß der völkerrechtswidrige Landraub keinen ehrlichen, dauerhaften Frieden möglich macht. So besteht hinsichtlich des Münchner Abkommens von 1938 seltene Einmütigkeit darüber, daß dieses von Anfang an nichtig sei. Gilt für den "freiwilligen" Verzicht auf den deutschen Osten etwas anderes?
Dabei geht es keineswegs darum, die im deutschen Osten lebenden Polen und Russen zu vertreiben. Es ist genügend Platz dort für Deutsche, Polen und Russen. Wir können gemeinsam in unserer alten Heimat leben und bei allseits guten Willen könnte sich dieses Zusammenleben segensreich auswirken. Mir scheint, nur dann wird ein dauerhafter Friede in Europa möglich sein.
In der Erklärung der deutschen Bischöfe zur Charta der Heimatvertriebenen heißt es: "Versöhnung kann nicht durch Verdrängung historischer Fakten erreicht werden."
Kein Volk dieser Erde hat jemals so nachhaltig und so unzählige Male seine Schuld aus vergangenen Tagen bekannt wie das deutsche. So kam es, daß im vergangenen Jahr der estnische Präsident Lennart Meri am Tag der Heimat Deutschland als Canossa-Republik bezeichnete. Erst kürzlich äußerten sich hochrangige englische Politiker besorgt über den deutschen Natio-

nalmasochismus. So sagte Lord Marsh vor dem Oberhaus:
"Es ist eine Tatsache, daß die deutsche Paranoia, d.h. Geistesgestörtheit, und das Schuldgefühl über die zwölf fürchterlichen Jahre zwischen 1933 und 1945 bereits übertrieben sind und einen unheilvollen Einfluß auf eine bestimmte Generation gehabt haben. Die Art und Weise, wie manche Deutsche diese Bürde tragen, ja - ich möchte dies nicht als beleidigend aufgefaßt wissen - sich in ihr suhlen, ist nicht gut für Deutschland und somit nicht gut für Europa."
Es geht nicht um Leugnung und Verdrängung vergangener Schuld. Allerdings erfordert die Wahrheit, die eine echte Versöhnung erst möglich macht, daß auch Polen, Russen, Tschechen, Jugoslawen und wer auch immer in die zahllosen Verbrechen an deutschen Menschen verstrickt ist, vor aller Welt sich zur eigenen Schuld bekennt und gesteht.
Auch von unserer Seite wurde himmelschreiendes Unrecht, wurden unvorstellbare Verbrechen begangen. Wir bitten unsere Opfer wir bitten das deutsche Volk um Vergebung. Dieses Eingeständnis kann und soll uns befähigen, einander die Hände zu reichen und miteinander in eine bessere Zukunft zu gehen.
Gemeinsam wollen wir zu unserem himmlischen Vater beten: Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.
Amen.<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 1998 über die hiesige Vergangenheitspflege (x853/...): >>**Geschichtserinnerungen in "Auswahl"**
... Es erscheint bemerkenswert, daß sich in den laufenden Jahren die Zuwendung zur jüngeren Vergangenheit der Deutschen immer mehr verstärkt, die Erinnerung an den schmerzhaftesten Vorgang ihrer Geschichte jedoch in gleicher Weise fortschreitend verblaßt. Und dies, obwohl sich ihr Schicksal in der Welt, in Sonderheit auf dem Balkan, an vielen kleineren Völkerschaften wiederholte und damit auf bittere Weise aktuell hielt.
Die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus dem Sudetenland, aus Ungarn und den Ostgebieten des Reiches scheint für die meisten Zeitgenossen kein "Thema" mehr zu sein, sondern längst der Geschichte anzugehören. Die sonst bei anderen "Singularitäten" entrüstet abgewehrte "Historisierung" hat sich im Falle der millionenfachen Menschendeportationen fast geräuschlos vollzogen.
Bis in die neunziger Jahre von den Vertreibern weitgehend totgeschwiegen und im eigenen Land in den Schatten passionierter "Vergangenheitsbewältigung" geschoben, geriet die Deutschen-Vertreibung der Nachkriegszeit immer mehr an den Rand der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die von den Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden getragenen Jahres- und Gedenktage wie die alljährlichen Pfingsttreffen und "Tage der Heimat" offenbaren von Mal zu Mal stärker die Ungleichheit erwiesener Anteilnahme seitens parteipolitischer Verantwortungsträger und zensurierender Meinungsführer in den etablierten Medien.
Flankiert von zunehmenden Infragestellungen reportierter Verluste und Leiden der Vertriebenen, bei denen weder ein Nach- oder Herunterrechnen der Todeszahlen als "Verharmlosung" oder "Volksverhetzung" gilt noch die andauernde Verweigerung einer Entschädigung als kritikwürdig betrachtet wird.
Vielmehr sind in letzter Zeit Versuche zu beobachten, den Vertriebenenverbänden öffentliche Finanzmittel zu kürzen oder ganz zu streichen, auf der anderen Seite jedoch den Vertreiberstaaten unter euphemistischen Bezeichnungen wie "Zukunftsfonds" um so bereitwilliger Gelder zur Verfügung zu stellen. Öffentliche Sparsamkeit scheint vornehmlich bei der Förderung ost- und sudetendeutscher Kulturarbeit geboten, bei der Erfüllung anderweitiger Forderung aber keine Rolle zu spielen.
Das Paulus-Wort an die Hebräer 13, 16 ist in diesem Falle ebenso vergessen wie die Vorgeschichte der Deutschen-Vertreibung. Das beweisen nicht nur die sich häufenden öffentlichen Auslassungen über die Vertriebenen und geistesarme Berichte über ihre Aktivitäten, sondern

auch manche zeitgeistverhafteten "Selbstkritiken" arrivierter Vertriebener, die sich zu Lasten der Leidgenossen profilieren.
Ihre Beispiele reichen von hohen Partei-Amtswaltern über wohl bestellte "Talkmaster" bis zu rezensierenden Universitätsprofessoren. 50 Jahre nach der durchlittenen Vertreibung scheinen die Vertriebenen für die Hammer schwingenden "Volkspädagogen" wieder Amboß zu sein und als zeitgeschichtliches Freiwild zu gelten, dem man selbst auf ihren Gedenktagen und Erinnerungstreffen mit "Ermahnungen" und "Aufrufen zur Versöhnung" kommt.
Linkische Appelle, die derselben Unbedarftheit zu entspringen scheinen wie verbreitete Vorstellungen von der Vorgeschichte der Vertreibung, die sich in deren Ignoranz in der angeblichen Reaktion der Vertreiber auf die ihnen zuvor von Deutschen zugefügten Verbrechen erschöpft und damit zur bloßen "Vergeltung" verharmlost wird.
Daß Deutschböhmen und Deutschmährer 1938 zu Tausenden erst mit KZ-Baracken im "Großdeutschen Reich" bittere Erfahrungen machten und 1939 mit reichsdeutschen Kasernen, fehlt großenteils im rudimentären Geschichtsbild der Vertriebenen-Kritiker.
In gleicher Weise geht ihnen die Kenntnis ab von der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staatspräsident Benesch bereits im September 1938 den Gedanken einer teilweisen Vertreibung gehegt hat, als er achthunderttausend bis einer Million Sudetendeutscher eine "Bevölkerungsverlagerung" zuzumuten gedachte.
Wie den "Vergeltungs-Theoretikern" im allgemeinen völlig ungeläufig ist, daß die Polen im Frühjahr 1938 sich bereits nach einem Krieg mit Deutschland als Sieger sahen und Pläne für einen "Transfer" der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen hegten.
Absichten und Vorhaben, die bestanden, bevor ein deutscher Soldat seinen Fuß auf den Boden der Tschechoslowakei setzte bzw. Polen zu einem rechtlosen "Generalgouvernement" herabgedrückt wurde und unter der deutschen Fremdherrschaft zu leiden hatte; die nach der Kriegswende 1942/43 immer realere Gestalt annahmen und schließlich von den drei Hauptsiegermächten 1945 "abgesegnet" wurden.
Dabei wurden den beiden Westmächten, Großbritannien und USA, von den tschechischen und polnischen Interessenten zur leichteren Entscheidungsfindung einseitig gefärbte Darstellungen geliefert und die Volksdeutschen als "Fünfte Kolonne Hitlers" abqualifiziert. Zur damaligen Zeit wie ein Schuldspruch, dem die Vertreibung als Exekution folgte und der heute noch in den Feindseligkeiten der Vertriebenen-Kritiker fortzuwirken scheint.
Als Meister dieser Umwidmung der deutschen Landsleute zu "Helfern Hitlers" erwies sich der tschechoslowakische Staatspräsident Eduard Benesch. Ausgestattet mit einem fast einmaligen Spürsinn für den jeweils vorherrschenden Zeitgeist brachte er das Kunststück fertig, die Deutschböhmen und Deutschmährer zunächst gegen ihren erklärten Willen in der Tschechoslowakei zu halten und für dieses Ziel grobe Verstöße gegen die geschichtliche Wahrheit zu riskieren, um sie dann beim selbstverschuldeten Zerbrechen seiner 1919 mit partiellen Unwahrheiten zusammengezimmerten Staatskonstruktion als Hauptschuldige hinzustellen.
Mit der Folge, daß im Schatten der Brandmarkung Hitler-Deutschlands die Sudetendeutschen auch gleich mit stigmatisiert wurden und die nach dem gleichen Benesch benannten "Präsidentendekrete", welche die Deutschböhmen entschädigungslos enteigneten und aus der angestammten Heimat wiesen, bis heute in Kraft blieben.
- Eine Kapitulation der westlichen "Wertegemeinschaft" vor Staatskriminalität, die Ihresgleichen sucht. Allenfalls noch verschlimmert durch das Schweigen moralischer und politischer Schirmherren der Vertriebenen, welche in feierlichen Deklarationen solche Unrechtstatbestände als "bestehende Rechtsordnung" anerkannten.
Für die Betroffenen, denen nach Bekunden des amtierenden deutschen Staatsoberhauptes die Sympathie der Zeitgenossen gelten sollte, Anlaß, durch Erinnerung an ihr Schicksal dieses unverjährbare Unrecht einer erlösenden Tilgung zuzuführen; nicht nur aus Sorge um den eigenen Ruf bei Umwelt und Nachkommen, sondern auch als Fingerzeig auf eine stalinistische

Erbschaft, die durch ihre politische Unmoral das Zusammenleben in einer späteren europäischen Gemeinschaft vergiften kann und die sich augenscheinlich heute schon in den verrotteten und heruntergekommenen Landschaften der sudetendeutschen Vertreibungsgebiete als Fluch der bösen Tat von 1945 dokumentiert.
Deren Fortsetzung der Respekt vor dem Schicksal und Heimatrecht der Vertriebenen Einhalt gebieten soll, um die Möglichkeit eines friedlichen Wiederzusammenfindens in gewünschter Nachbarschaft für die Zukunft zu eröffnen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**
... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...
Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbares Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...
Kulturstaatsminister Michael Naumann, SPD, warb vor der Abstimmung für den US-Architekten Eisenman und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...
Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Der regierende Bürgermeister Berlins, Diepgen, soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<

Abb. 90 (x904/…): Holocaust-Mahnmal in Berlin: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde am 10. Mai 2005 feierlich eröffnet.

M. Spanehl berichtete später über den Bau des Holocaust-Mahnmals (x916/…): >>… **BFB-Protest gegen das Holocaust-Denkmal**
Allein das Grundstück ist 600 Millionen wert. Mit beachtlichem Engagement kämpft der Ber-

liner Landesverband des "Bundes Freier Bürger" (BFB) unter der Führung seines Vorsitzenden Torsten Witt gegen den Bau des Holocaust-Denkmals. Eine Protest-Demonstration wurde veranstaltet außerdem eine Unterschriften-Aktion gestartet. In Flugblättern wird darauf hingewiesen, daß es in Berlin bereits 58 Gedenkstätten für jüdische NS-Opfer gibt.
"Der Staat hat angeblich kein Geld und schließt Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, kürzt Renten und Arbeitslosenhilfen. Für ein überflüssiges Schandmal aber sollen mehr als 650 Millionen Mark verschwendet werden, die jährlichen Folgekosten nicht berücksichtigt."
Nach Angaben des BFB beträgt allein der Grundstückswert des geplanten Denkmals rund 600 Millionen Mark (30.000 Mark je Quadratmeter). Erst kürzlich sei in Berlin das jüdische Museum eröffnet worden - dessen Baukosten lägen bereits bei 117 Millionen Mark. …
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus.
Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linkssozialistin Lea Rosh - eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin - plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...
Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.
Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.
Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<
>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" - Anfang 1979 - hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.
Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.
Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum … ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...
Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...
Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsopfer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...
Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.
Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.
Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsopfer. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Mai 2000 (x887/...): >>**Vertreibung ist ein unverjährbares Verbrechen**
Resolution des BdV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz
... Wir Heimatvertriebenen fordern alle Staaten und Völker guten Willens dieser Welt auf, das Recht auf die angestammte Heimat als Grundrecht von Menschen und Volksgruppen zu wahren und Verstöße dagegen rigoros zu ahnden. Dabei darf es keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten geben, zumal wir aus tiefster christlicher Überzeugung jegliche Kollektivschuld oder Kollektivhaftung strikt ablehnen. Nach verbindlicher Rechtsauffassung der vereinten Nationen ist jede Vertreibung ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erfüllt den Tatbestand des Völkermordes. Dieser ist als Delikt grundsätzlich zu ahnden und hat keinen Anspruch auf Nachsicht oder "Toleranz". ...
Aber nicht nur materielle Entschädigung in bezug auf Eigentumsdelikte ist zu leisten. Viel gravierender sind die bisher völlig unberücksichtigten Schäden an Leib und Seele. Die Okkupation der deutschen Ostprovinzen wie der deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches ging mit einer unvorstellbar unmenschlichen Brutalität vor sich. Durch Mord, Vergewaltigung, Verschleppung und Zwangsarbeit verloren nahezu drei Millionen Menschen ihr Leben. Ein Großteil dieser Delikte geschah nach der Kapitulation der Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945 und vollzog sich bis in das Jahr 1949 hinein. Auch hier fordert das Recht Sühne, Bestrafung der Täter und Verantwortlichen sowie Wiedergutmachung. ...
Wir Heimatvertriebenen waren stets für "Europa", aber unser erhofftes "Europa" war stets ein Europa der Völker, des Selbstbestimmungsrechts, des Friedens und des Rechts. Wahrer Frieden kann aber nur eintreten, wenn sich alle Völker zum Prinzip von Wahrheit und Wahrhaftigkeit bekennen, die historische Wahrheit nicht manipuliert und unterdrückt wird, das Recht herrscht. Wir sind überzeugt von der alten Weisheit "justitia fiat pax", d.h., nur "Gerechtigkeit schafft Frieden". ...<<
Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. September 2000 in

der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Gegen das Vergessen**
Ethnische Säuberung heißt, einen Landstrich oder ein ganzes Land von Angehörigen eines bestimmten Volkes zu "säubern" wie eine Wohnung von Kakerlaken oder einen Keller von Ratten. Alle Bewohner des Landes, die sich durch Sprache und ihre Kultur von den anderen unterscheiden, werden vertrieben, viele getötet. Das Ergebnis ist ein Landstrich oder ein Land, in dem nur noch Angehörige eines Volkes leben. Das Land ist jetzt ethnisch "sauber".
Vertreibungsverbrechen meint sowohl die Verbrechen, die während der Vertreibung der Bewohner des Landes begangen werden: Raub, Brandstiftung, Folter, Verstümmelung, massenhafte Vergewaltigung und Mord als auch das völkerrechtliche Verbrechen der Vertreibung selbst.
Vertreibung und ethnische Säuberung sind ein Bruch des Völkerrechts und ein schweres Verbrechen. So steht es in der Resolution der Uno-Menschenrechtskommission und auch im Bundestagsbeschluß vom 13. April 1994. Das gilt für alle Völker, jedenfalls für Kurden, Tibeter, Äthiopier, Hutus und Tutus, Serben, Bosnier und Albaner aus dem Kosovo.
Gilt es auch für Deutsche?
13 Millionen Deutsche wurden nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben, viele Hunderttausende deutscher Frauen vergewaltigt. 2,2 Millionen Deutsche in ganz Europa fanden bei den ethnischen Säuberungen den Tod. Die Zahlen werden inzwischen von niemandem mehr bestritten. Eigentum wurde zerstört oder enteignet, Milliardenwerte. Die Länder Polen und Tschechei sind seitdem, was die Deutschen anbetrifft, ethnisch sauber.
Doch die Millionen Toten, Vergewaltigten, aus ihrer Heimat Vertriebenen und Enteigneten wurden von grünen und sozialdemokratischen Politikern, auch von der Mehrheit der linksliberalen Medien bisher als eine Art Sühneopfer für die einmaligen Verbrechen Hitlers angesehen. Warum gerade sie? Ja - Pech gehabt.
Vertreibungsverbrechen sind zu verdammen. Gut so, Rudolf Scharping und Joschka Fischer. Aber wo ist die Empörung über die ethnische Säuberung von Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien und dem Sudetenland, der Vertreibung - und Ermordung von Millionen Landsleuten. Die Vergewaltigungen von rund zwei Millionen deutscher Frauen und Mädchen - zum Teil noch Kindern - war kein einmaliger spontaner Akt unmittelbar nach der Hitze des Gefechts, sie wurde von den Propagandisten wie dem Dichter Ilja Ehrenburg ausdrücklich gefordert, von den Militärbehörden geduldet. Über ein halbes Jahr lang wurden Hunderttausende Frauen Tag für Tag und Nacht für Nacht vergewaltigt!
Und dennoch reichten die deutschen Vertriebenen die Hand zur Versöhnung. Zuerst waren es kirchliche Gruppen, Katholiken aus meiner Heimatstadt Danzig.
Und dennoch haben die deutschen Vertriebenen, vertreten durch ihre Organisationen, fünf Jahre nach dem Krieg, am 5. August 1950, die Charta der Vertriebenen veröffentlicht.
Doch in den Augen der Ostblockstaaten, ebenso wie in den Augen der deutschen Linken und Liberalen, blieben die Vertriebenen Revanchisten und Kriegshetzer, wenn nicht Schlimmeres.
Heute, mehr als 50 Jahre nach der Charta, fragen sich manche Vertriebene, haben wir damals etwas falsch gemacht, waren wir zu schüchtern, haben wir uns vielleicht nicht deutlich genug ausgedrückt?
War der "Verzicht auf Rache und Vergeltung" gleichbedeutend mit dem Verzicht auf das Gedächtnis?
Vergessen? Vergessen das Leid, die Todesopfer und die erlittenen Demütigungen, der Lebenszeit und der erlittenen materiellen Verluste?
Wird nicht nahezu an jedem Tag, unaufhörlich in allen Medien das deutsche Volk gemahnt, das maßlose Leid der unschuldigen Opfer des Hitler-Regimes nicht zu vergessen?
Sind die Millionen ostpreußischer, pommerscher, schlesischer und sudetendeutscher Frauen und Kinder weniger unschuldig, nur weil sie Deutsche waren?
Gibt es zweierlei Sorten von unschuldig Ermordeten und Zwangsarbeitern?

Wird es nicht Zeit, daß auch von seiten der Tschechen und Polen ein Wort des Bedauerns fällt, die Menschenwürde der Vertriebenen und ihr Recht auf Heimat anerkannt wird?
Gegen das Vergessen: Ist es nicht langsam Zeit, an die deutschen Vertriebenen zu denken, die Ermordeten, die Gequälten und Geschundenen, die oft in Lagern jahrelang Zwangsarbeit leisteten, von denen die meisten krank und gebrechlich geworden sind, viele schon gestorben sind und in den nächsten Jahren sterben werden, ohne daß auch nur ein Wort des Bedauerns fällt, auch nur eine Geste der Wiedergutmachung, geschweige denn eine Entschädigung überhaupt zur Diskussion gestellt wird? -
Oder sollen nur jene Opfer entschädigt werden, die von New Yorker Anwälten wie Ed Fagan vertreten werden?
Ist nicht allmählich auch für die deutschen Opfer der Gewalt das Ende der Bescheidenheit angesagt?
Die Forderungen der Vertriebenen, die sich der Ministerpräsident von Bayern und die prominente CDU-Politikerin Erika Steinbach zu eigen gemacht haben, lauten: Anerkennung ihres Rechts auf Heimat, einschließlich des Anspruchs auf Entschädigung für die erlittenen Enteignungen. …
Vielleicht hätten die deutschen Heimatvertriebenen 1950 und in den vielen Jahren danach sich nicht immer nur entschuldigen sollen. Sondern auch um Entschuldigung der anderen Seite bitten. Die andere Seite, das waren damals Kommunisten, Anhänger eines Terrorregimes, Stalinisten.
Warum sollten sich die heute in der Tschechei und Polen herrschenden Demokraten nicht entschuldigen für die Verbrechen bei der Vertreibung? Für die 2,2 Millionen Toten. Wäre das nur eine symbolische Geste ohne Bedeutung?
Warum denn war der Kniefall Willy Brandts vor den Opfern deutscher Gewalt von solcher herausragenden Bedeutung? Wäre nicht nach diesem vielbewunderten Kniefall auch ein kleiner, verschämter Knicks vor den Millionen ermordeter deutscher Zivilisten angebracht? …
Werden deutsche Opfer beim Bundestag die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Vertriebenen beantragen? Die Gruppe um Lea Rosh wird es nicht tun. In einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks stellte ich Frau Rosh die Frage: "Würden Sie auch ein Mahnmal für die mehr als zwei Millionen toten Vertriebenen unterstützen?" Die Antwort kam kurz und wie aus der Pistole geschossen: Nein. ...<<
Der deutsche Historiker Horst Möller berichtete am 25. November 2004 während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über "Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur" (x879/10-16): >>...
Warum sind Vertreibungen im 20. Jahrhundert nicht nur ein deutsches, nicht nur ein europäisches, sondern ein welthistorisches Schicksal? ...
Wenn wir heute über diese Fragen diskutieren, dann wird oft gesagt: Wie könnt ihr über die Vertreibung reden? Ihr müßt über den Nationalsozialismus reden! Nun versteht es sich geschichtswissenschaftlich von selbst, Vorgeschichte und Ursachen historischer Phänomene einzubeziehen, und man braucht Historikern nicht zu sagen, daß auch das Jahr 1945 nicht ohne das Jahr 1933 und nicht ohne das Jahr 1939 zu erklären ist, d.h. selbstverständlich steht die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im historischen Kontext der nationalsozialistischen Diktatur und der Massenverbrechen gegen die unter deutscher Besatzung stehenden Völker im Osten Europas.
Allerdings muß auch gesagt werden: Die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion im September 1939 - und damit die historische Voraussetzung der "Westverschiebung" Polens 1945 - konnte weder chronologisch noch kausal eine Reaktion auf deutsche Verbrechen sein, sondern war ihrerseits aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 eine brutale Annexion fremden Staatsgebiets. Auch die historische Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen 1945 ist also komplizierter, als daß sie ausschließlich als Reaktion auf Vertreibungen und

Verbrechen angesehen werden kann, die die deutsche Besatzungsmacht zwischen 1939 und 1945 zweifellos begangen hat.
Keinesfalls aber kann die historische Erklärung als Legitimation, als Rechtfertigung für andere Verbrechen akzeptiert werden. Kein Verbrechen legitimiert ein anderes, auch wenn es zur Erklärung beitragen kann. Unter den deutschen Vertriebenen waren Millionen Unschuldige, die buchstäblich für die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in "Sippenhaft" genommen wurden. ...
Ohne historisches Erinnern gibt es keine politische Kultur, und leider sehen wir in Politik und Gesellschaft immer wieder, daß die Abwesenheit der historischen Perspektive, auch die Abwesenheit der historischen Bildung, sehr kurzfristig angelegte politische Entscheidungen bewirkt. ...
Man sollte jedoch meines Erachtens nicht Konkurrenzen zwischen verschiedenen Erinnerungsfeldern, verschiedenen historischen Schichten oder gar verschiedenen Opfergruppen aufbauen: "Nur das Wahre ist das Ganze" hat der Philosoph Hegel einmal gesagt, und das gilt auch hier. Das heißt also: Zu unserer historisch-politischen Kultur muß selbstverständlich auch die Realität der Vertreibung nach 1945 gehören, und zwar in dreifacher Perspektive: Zum einen darf, muß und soll sich auch jedes Volk, jede Nation ihrer eigenen Opfer erinnern, zum zweiten muß sie natürlich nach den Ursachen fragen und zum dritten muß sie selbstverständlich die Frage miteinbeziehen, welchen Anteil an historischer Verantwortung, ja an historischer Schuld, sie selbst an dieser Entwicklung trägt. ...
Wir dürfen als Historiker diesen Erinnerungen nicht ausweichen, auch dann nicht, wenn sie schmerzhaft sind. Wir könnten natürlich mit Friedrich Nietzsche sagen: "Gesund ist, wer vergißt." Wir können aber auch mit Sigmund Freud sagen: "Wer verdrängt, wird krank." Die Historiker halten es natürlich mit letzterem. Die Verdrängung historischer Tatbestände wirft auf die Dauer Probleme auf, die historische Legendenbildung - wir haben das in der Geschichte (nicht nur der deutschen) immer wieder gesehen - führt zu politischen Belastungen und Vergiftungen, manchmal extremen Ausmaßes. Deshalb muß dagegen immer wieder die historische Aufklärung gesetzt werden. ...<<
Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 22. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Vergewaltigungen deutscher Frauen kein Thema**
Ende April wird die erste deutsche Ausstellung über Flucht und Vertreibung im Bonner "Haus der Geschichte" geschlossen. Über die Ausstellung haben wir bei ihrer Eröffnung berichtet. Wie alle Vertriebenen, die entgegen fester Versprechungen immer noch kein eigenes Zentrum gegen Vertreibungen besitzen, haben wir uns darüber gefreut, daß 60 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat ihr Schicksal in dem zentralen deutschen Geschichtsmuseum Thema wurde.
Die Ausstellung geht jetzt nach Berlin und Leipzig. Hoffentlich nicht in unveränderter Form. Denn hinter den Kulissen wird seit einem Jahr ein Konflikt verborgen gehalten, der seit Eröffnung der Ausstellung zwischen dem Ausstellungskurator und seinen Kritikern schwelt.
Dabei geht es nicht darum, was Gutes und Lobendes über die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" zu sagen, sondern darum, was in dieser Ausstellung fehlt, so auffällig fehlt, daß man getrost davon sprechen kann, daß dieses Thema bewußt ausgeblendet werden sollte: Daß viele Hunderttausende deutscher Frauen und Mädchen, viele von ihnen noch Kinder, während der Flucht oft wochenlang vergewaltigt wurden, von russischen Soldaten und auch von Angehörigen der polnischen und tschechischen Milizen. Viele der Frauen und Mädchen haben die Folgen der massenhaften Vergewaltigungen nicht überstanden, Tausende gaben sich auch selbst den Tod.
Wer dennoch überlebte, war oft für immer traumatisiert, ebenso wie die Kinder, die die barbarischen Akte mit ansehen mußten. Längst sind die Morde, schweren Körperverletzungen und

Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen geächtet, und überall auf der Welt werden sie heute als solche gebrandmarkt, ob sie in Bosnien, in Albanien, in Afrika oder in Asien verübt werden, und fast jeden Tag wird über Vergewaltigungen berichtet und die Täter werden, wenn möglich vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt, gleich, ob es um Frauen und Mädchen in Sudan, in Uganda, oder, wie in diesen Tagen im Kongo geht.
Nur für deutsche Opfer schien bisher kein Interesse zu bestehen - dabei handelt sich bei den gezielten Massen-Vergewaltigungen der Roten Armee um das größte Gewaltverbrechen der Nachkriegszeit.
Deutsche Gutmenschen, bei denen die Umerziehung in der dritten Generation schon ins Groteske umgeschlagen ist, haben im Jahr 2006 auch dafür noch eine Entschuldigung zur Hand. Und viel Verständnis.
Diese jungen Soldaten, sagen uns manche unserer nach 1945 geborenen Gutmenschen, mordeten und vergewaltigten deutsche Mädchen und Frauen, weil sie nach vielen Monaten der gnadenlosen Kämpfe mit den deutschen Soldaten - Gefangene wurden auf beiden Seiten kaum noch gemacht - nur noch Haß gegen die Deutschen kannten und diesen Haß auf die deutschen Frauen übertrugen. Und ihn an ihnen ausließen.
Außerdem hätten die jungen Soldaten bei ihrem Vormarsch überall die von Deutschen zerstörten Dörfer und Städte und ihre getöteten Landsleute gesehen, und so aus Rache die Gewalttaten an Frauen begangen. Diese These wird uns immer wieder aufgetischt, wenn von den Vergewaltigungen der Roten Armee die Rede ist, auch in Guido Knopps Fernsehserie "Die große Flucht".
Die sich im Wortlaut gleichenden, fast stereotypen Erklärungen, vorgetragen von wohlmeinenden, letzten Endes aber voreingenommen Publizisten und Wissenschaftlern, sogar von Augenzeugen und Opfern selbst (!) sollen Kriegsverbrechen entschuldigen, die auch gern abschwächend "Übergriffe" genannt werden.
Auffallend oft, meist erst auf bohrende Nachfragen der Reporter, kommt der Hinweis auf die Verbrechen der Nazis, an deren Schuld ohnehin niemand der Zuschauer gezweifelt hat. Vielleicht steckt keine Absicht dahinter, aber die Wirkung ist eindeutig. Die Kriegsverbrechen der Russen, Polen oder Tschechen werden relativiert. Sie sollen gegen deutsche Geiselmorde und andere Kriegsverbrechen aufgerechnet werden.
Aber man kann Völkermord und Kriegsverbrechen nicht relativieren und die Toten nicht gegeneinander aufrechnen. Das genau ist ja die Methode der Rechtsextremisten. Und der Stalin-Anhänger, von denen es in Deutschland weit mehr bekennende Anhänger gibt als NPD-Leute.
Außerdem sprechen die heute bekannten Tatsachen gegen die Rache-These. Die kämpfende, kampfgewohnte Truppe, vor allem die Besatzungen der Panzer und Sturmgeschütze, das bestätigen alle Augenzeugen, vergewaltigte im allgemeinen nicht, griff vielleicht nach Uhren und Schnaps und zog rasch weiter.
Die nachrückenden Reserven junger Rekruten aber hatten in ihrer Heimat, in der Mongolei keine Toten oder verbrannte Häuser zurücklassen müssen, die sie jetzt an halbwüchsigen Mädchen oder alten Frauen hätten rächen wollen. Sie hatten gerade, einige Wochen zuvor, bei ihrem Einmarsch ins Baltikum, auch die Frauen und Kinder der Letten, Esten und Litauer vergewaltigt und getötet. Sie wurden mit der gleichen Brutalität behandelt, wie später die jungen Mädchen und Frauen aus Ostpreußen.
Die jungen Männer aus der Mongolei, die im Raum Königsberg und in Danzig, in Pommern und in Schlesien besonders barbarisch wüteten, waren nicht grausamer geboren als andere Männer. Der Grund für die an allen Frontabschnitten auftretenden Gewalttaten und Morde war ein anderer: Sie begingen die Verbrechen, weil sie es durften. Weil das Gewaltverbot, das seit Kain und Abels Zeiten gilt, für sie aufgehoben war.
Den angeblichen "Rassestolz" der deutschen Frauen sollten die russischen Soldaten nach einem Aufruf des Schriftstellers Ilja Ehrenburg durch massenhafte Vergewaltigungen "bre-

chen". Wörtlich heißt es in einem Flugblatt aus dem November 1944: "Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!"
Die Urheberschaft des berühmten Schriftstellers an diesem Text ist nicht zweifelsfrei nachzuweisen, aber seine rund 3.000 veröffentlichten Flugblatt-Texte und Aufrufe atmen den gleichen Geist des Hasses.
Der Ermunterungen durch solche Flugblätter bedurften die jungen Soldaten aus den asiatischen Provinzen der Sowjetunion nicht - sie wußten schon, was sie mit den Frauen und Mädchen tun wollten - und taten. Das, was sie in ihren verborgensten Träumen und Phantasien schon immer gewollt hatten, das gleiche, was sich alle potentiellen Sexualtäter und Mörder überall auf der Welt auch heute in ihren gar nicht so seltenen Gewaltträumen wünschen, was aber in allen Kulturstaaten mit lebenslangem Gefängnis oder der Todesstrafe bedroht ist: Das junge Mädchen, die Frau demütigen, mit Gewalt nehmen, dem Opfer Schmerz zufügen und es am Ende sogar ermorden.
Tatsächlich wurden die bis zur Bewußtlosigkeit mißbrauchten deutschen Frauen und halbwüchsigen Mädchen von den russischen Soldaten nicht selten nach der Vergewaltigung getötet. Viele empfanden es als Erlösung.
Seit Eröffnung der Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" fordert eine Kölner Frauenhilfsorganisation … in Gesprächen mit dem Ausstellungsleiter Hans-Joachim Westholt eine "angemessene Würdigung des Themas".
Aber nicht einmal, als Prominente wie die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich oder ihr Kollege Horst Eberhard Richter Protestbriefe schrieben, wurde eine Ergänzung der Ausstellung ins Auge gefaßt.
Es war offenkundig, daß der Kurator während der ganzen Zeit das Thema blockierte. Angeblich sei das Thema Vergewaltigung nicht ins Bild zu setzen. ...<<
Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" während des Zweiten Weltkrieges folgende Zahlen (x037/58-60):
Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa 180.000 Opfer kamen um.
In der späteren sowjetischen Besatzungszone (ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 50.000 Opfer kamen um.
In Groß-Berlin (ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden etwa 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 10.000 Opfer kamen um.
Den Sexualverbrechen fielen insgesamt mindestens 2.000.000 Frauen und Mädchen zum Opfer - davon kamen etwa 240.000 Opfer um. Diese Gewalttaten verursachten etwa 292.000 Schwangerschaften. Wie viele Kinder abgetrieben wurden oder nach der Geburt starben, konnte nie ermittelt werden.
Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 25. September 2006: >>**Ernest Hemingway: "Ich töte gerne"**
Nobelpreisträger Ernest Hemingway brüstete sich, 122 deutsche Kriegsgefangene erschossen zu haben - eine Spurensuche.
Günter Grass hatte Glück. Als der Angehörige der Waffen-SS im April 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet, war ein anderer späterer Literaturnobelpreisträger eben in die USA zurückgeflogen: Ernest Hemingway. Wäre Grass ihm in die Hände geraten, hätte ihm dies

passieren können:
"Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt. Als ich ihm sagte, daß ich ihn töten würde, wenn er nicht seine Fluchtwegsignale rausrückte, sagte der Kerl doch: Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse angehörst. Außerdem verstößt es gegen die Genfer Konvention. Du irrst dich, Bruder, sagte ich zu ihm und schoß ihm dreimal schnell in den Bauch, und dann, als er in die Knie ging, schoß ich ihm in den Schädel, so daß ihm das Gehirn aus dem Mund kam, oder aus der Nase, glaube ich." Das schrieb Hemingway am 27. August 1949 seinem Verleger Charles Scribner.
Eine He-Man-Pose? Ernest Hemingway war ein begeisterter Jäger zu Wasser und zu Lande. Man kennt die Trophäenbilder des Großwildjägers, seine Lust am Stierkampf und seine Reportagen. "Ich töte gerne", hatte er sogar verlautbart.
1944 folgte Hemingway als Kriegsberichterstatter den alliierten US-Truppen in die Normandie. Acht Monate, bis zum 6. März 1945, begleitete er das 22. Regiment der Vierten Infanterie-Division im Rang eines Offiziers, bemerkenswerterweise teils auch im Auftrag des OSS, der Vorgängerorganisation der CIA. "Wir habens hier sehr nett und lustig, viele Tote, deutsche Beute, viel Schießerei und jede Menge Kämpfe", schrieb er an Mary Welsh.
In Rambouillet ließ er sich mit Zustimmung des OSS-Obersten David Bruce zum inoffiziellen Gouverneur ernennen. Da er fließend Französisch sprach, beruhigte er die Bevölkerung, hielt die Stadt, ließ die feindlichen Stellungen auskundschaften - und verhörte deutsche Gefangene. In dem 50 Kilometer vor Paris gelegenen Ort trug er ein ganzes Waffenarsenal zusammen und entfernte überdies von seiner Uniform die Zeichen des Kriegsberichterstatters, weiß sein Biograph A. E. Hotchner.
Am 2. Juni 1950 berichtete Hemingway Arthur Mizener, daß er 122 Deutsche getötet habe. Eines seiner letzten Opfer sei ein junger, auf einem Fahrrad flüchtender Soldat gewesen - "ungefähr im Alter meines Sohnes Patrick". Er habe ihm mit einer M1 von hinten durch das Rückgrat geschossen. Die Kugel zerfetzte die Leber.
Daß der Nobelpreisträger gegen die Genfer Konvention verstoßen hat, verschweigen selbst seine Bewunderer nicht. Mit der Zahl und Details konfrontiert, wiegeln sie aber meist ab: Man müsse verstehen, es sei Krieg gewesen. Hemingway hat zwar immer dick aufgetragen, den Macho demonstriert - aber was trieb ihn ohne Not zu diesem Eingeständnis? Die Briefe blieben bis heute in allen Ausgaben unkommentiert. Obwohl es keinen Zeugen für die 122 Morde gibt, mit denen er prahlt, sind jedoch nicht wenige Verehrer entsetzt über den "Massenmörder an deutschen Kriegsgefangenen" (Alfred Mechtersheimer): Die Stadt Triberg im Schwarzwald setzte daraufhin 2002 ihr Festival "Hemingway Days" ab.
Grass gehörte einer Verbrecherorganisation an, Hemingway bekennt sich zu Kriegsverbrechen - wie nobel ist der Nobelpreis eigentlich noch?<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. September 2009 (x887/...): >>**Frisierte Geschichte**
Die Ausstellung "Deutsche und Polen" in Berlin: Eine sagenhafte Fehlleistung
Die Geschichte zweier Nachbarvölker kann so einfach sein: Hier die ewig Bösen, dort die reinsten Engel - so jedenfalls zeigte es das "Deutsche Historische Museum" in Berlin.
Die polnische Zeitung "Polska" schrieb anläßlich des Gedenkens zum Kriegsausbruch in Danzig: "Donald Tusk kann Angela Merkel herzlich begrüßen, weil es zwischen Polen und Deutschland keine großen Unterschiede in der Interpretation der Ereignisse aus den Jahren 1939-1945 gibt."
Das hat auch die nun im Deutschen Historischen Museum zu Ende gegangene Ausstellung über Polen und Deutsche gezeigt, die aus dem Topf des Kulturstaatsministers mit 650.000 Euro finanziert worden ist. Der Untertitel lautete "Abgründe und Hoffnung", wobei die Deutschen für die "Abgründe" zuständig waren.
Der Besucher betrat den Ausstellungsraum, der in hellen Farben gehalten war, und wurde

über die Vorgeschichte informiert. Sowohl über die Polen-Begeisterung der Deutschen im 19. Jahrhundert als auch über angebliche "verschärfte Germanisierungspolitik" in der Bismarck-Zeit und andere deutsche Gemeinheiten. Mal wurden Polen zwangsweise ausgewiesen. Dann, im Ersten Weltkrieg, wurden polnische Saisonarbeiter an der Heimreise gehindert, weil ihre Arbeitskraft unentbehrlich war. Eigentlich haben die Deutschen die Polen schon immer mies behandelt, so der Tenor der Ausstellung.
Die Gründung des polnischen Staates durch Deutschland und Österreich-Ungarn 1916 ist natürlich nur aus eigennützigen Motiven erfolgt: "Sie hofften, auf diesem Weg leichter polnische Soldaten für ihre abgekämpften und ausgezehrten Armeen rekrutieren zu können." Erst US-Präsident Woodrow Wilson habe den polnischen Staat dann möglich gemacht.
Die Zeit des Zweiten Weltkriegs wurde in einem Raum gezeigt, der in Schwarz gehalten war, um die "Abgründe" zu illustrieren. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß die Deutschen nach 1939 so gleichgültig bis ablehnend Polen gegenüber eingestellt waren, blieb unbehandelt. Kein Wort über die Attacken Polens gleich nach dem Ersten Weltkrieg, die Blokkade-Politik am "Polnischen Korridor" und die Unterdrückung der deutschen Volksgruppe in Polen. Bei der Behandlung des Holocaust fahndet der Besucher vergeblich nach deutlichen Hinweisen auf polnische Komplizenschaft - Stichwort "Jedwabne".
Der folgende Ausstellungsraum zeigte dann die Zeit nach der deutschen Besatzung. Auch die Vertreibung der Deutschen wird dort erwähnt, aber sie erscheint vergleichsweise unbedeutend vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Verbrechen. Von Hunderttausenden von Toten und Millionen Vertriebenen ist die Rede. Doch die Wände sind jetzt wieder heller. Den Abschluß bildet ein Raum über die Annäherung nach dem Krieg.
Die Reaktionen auf die Ausstellung fielen unterschiedlich aus. Zahlreiche Medien waren voll der Begeisterung. So war die Ausstellung, die von Deutschen und Polen gemeinsam erarbeitet worden ist, für eine große Tageszeitung ein "kleines Wunder". Noch nie sei die brutale Geschichte der beiden Völker so umfassend gezeigt worden. Viele Leser der Internetseite des Blatts sahen es anders und drückten ihre abweichende Meinung durch zahllose Kommentare aus. Die Redaktion war tagelang damit beschäftigt, die entsprechenden Beiträge wieder zu löschen.
Dagegen schrieb Thorsten Hinz in der "Jungen Freiheit": "Wer nach historischer Aufklärung sucht, kann sich den Museumsbesuch also ersparen. Wer aber Einblick in geschichtspolitische Machtverhältnisse und in den Dienstboten-Charakter von Teilen der deutschen Geschichtswissenschaft gewinnen will, der findet hier Anschauungsmaterial im Überfluß."
Martin van Creveld, der renommierte israelische Militärhistoriker, sagt in der aktuellen Ausgabe des "Focus" über die Ausstellung: "Ich meine, die Teile, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen, sind sehr gut - es ist kaum möglich, das Leid zu übertreiben, das Deutsche in dieser Zeit den Polen zufügten. Andererseits finde ich, daß alles, was davor geschehen ist, auf sehr einseitige Weise dargestellt wird. Es sieht aus, als wären die Deutschen, mit Friedrich dem Großem beginnend, durchweg Verbrecher gewesen und die Polen allesamt Engel. Wenn ich Deutscher wäre, würden mich diese Teile der Ausstellung sehr ärgerlich machen. Als Historiker ebenfalls!"<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Oktober 2010: >> **"Raus mit den Deutschen aus unserem Land"**
Im Sommer 1945 kam es im tschechischen Aussig zu einem Massaker, dem Hunderte Deutsche zum Opfer fielen. …
Von Thomas Schmid
… Es war Nachmittag in Aussig, das knapp 70 Kilometer südlich von Dresden liegt, vor fast genau 70 Jahren. Im Stadtteil Schönpriesen explodierte ein Munitionsdepot, das die Deutsche Wehrmacht hinterlassen hatte. Schnell machte das Gerücht die Runde, es handle sich um eine Tat deutscher "Werwölfe". Was, würde es zutreffen, ein Beweis dafür gewesen wäre, daß die

nationalsozialistische Bedrohung noch immer nicht gebannt war.
Es dauerte nach der Detonation nicht lange, bis in der Stadt, die damals etwas mehr als 40.000 Einwohner zählte, eine Hatz gegen alle noch verbliebenen Deutschen einsetzte. Sie waren an der weißen Armbinde leicht zu erkennen, die sie tragen mußten. Alle Deutschen, derer die Verfolger habhaft werden konnten, wurden von den ansässigen wie eigens angereisten Tschechen mit Fausthieben und Latten durch die Straßen getrieben. Die Täter erschlugen etliche Deutsche, ertränkten andere im Löschwasserteich, viele wurden auch von der Brücke über die Elbe gestoßen und im Wasser beschossen.
Mindestens 220 Deutsche wurden während des Massakers getötet
Eine junge Frau warf der Mob samt ihrem Baby, das im Kinderwagen lag, über das Brückengeländer in den Fluß. Etliche Leichen wurden später in Meißen, Pirna und Bad Schandau aus der Elbe geborgen. Einer der Ermordeten war ein Monteur der Firma Brönner, ein Sozialdemokrat, der vier Jahre im Konzentrationslager inhaftiert gewesen war: Er wurde skalpiert und dann erschossen.
Bis heute ist unklar, wie viele Deutsche Opfer dieses Massakers wurden. Sicher waren es mehr als 100, seriöse Historiker sagen, es waren mindestens 220 Deutsche, die nur deswegen getötet wurden, weil sie Deutsche waren. Zwei Tage später, am 2. August 1945, kommentierte die Prager Tageszeitung "Rudé Právo" die Ereignisse so: "Der hinterhältige Angriff nazistischer Brandstifter in Aussig und die Berichte über das Wüten gemeiner deutscher Werwölfe erhalten ihre Antwort mit dem einmütigen zornigen Aufschrei unseres ganzen Volkes: 'Raus mit den Deutschen aus unserem Land. Mit eiserner Hand werden wir unser Grenzgebiet säubern.'"
Die Explosion im Munitionsdepot war nur der Anlaß für dieses Pogrom. Ja, mehr noch: Vieles spricht dafür, daß sie inszeniert war, um - am Tag vor dem Beginn der Konferenz von Potsdam - die endgültige und radikale Vertreibung der Deutschen aus dem nun wieder tschechischen Sudetenland ideologisch zu rechtfertigen. Es gilt heute als sicher, daß Explosion wie Massaker von der Abteilung Z des tschechoslowakischen Innenministeriums geplant waren und daß der dort beschäftigte Stabskapitän Bedrich Pokorný einer der Hauptorganisatoren des Verbrechens war.
Es ging darum, kurz vor der entscheidenden Konferenz von Potsdam Stimmung zu machen für eine von Deutschen freie Tschechoslowakei, das heißt auch: für die Vertreibung der in der Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen. Und das bedeutet auch: Unter die lange, konfliktreiche, aber verträgliche und produktive Geschichte der Koexistenz von ethnischen Tschechen und ethnischen Deutschen auf dem Gebiet der Tschechoslowakei sollte gewaltsam ein großer Schlußstrich gezogen werden.
So kam es dann ja auch, und es blieb dabei. Auch wenn der tschechische Staat heute zugibt, daß Deutschen 1945 Unrecht angetan worden ist, ist er dennoch nicht bereit, das Benes-Dekret 115/46 zurückzunehmen. Darin heißt es, daß alle bis zum 28. Oktober 1945 erfolgten Handlungen, die "im Kampfe zur Wiedergewinnung der Freiheit erfolgten … oder eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziel hatten", rechtens seien.
Es paßt nicht zum Geist der Europäischen Union, der ja auch die Tschechische Republik angehört, ein Verbrechen nur deswegen nicht Verbrechen zu nennen, weil es zur Tatzeit Staatsräson war. Um das Selbstverständliche hinzuzufügen: Das heißt natürlich nicht, mit dem Blick auf deutsche Opfer die Tatsache zu leugnen oder zu relativieren, daß das Deutsche Reich unter Adolf Hitler der eigentliche Urheber der Katastrophen war, die Europa und die Welt seit den 1930er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts erleiden und durchleben mußten.
…<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2013 (x887/...):
>>**Gedenken an tote "DEF"**

Internationales Erinnern in Rheinberg an die Opfer der Rheinwiesenlager
Am Friedhof von Rheinberg, Kreis Wesel, Regierungsbezirk Düsseldorf hat vor einem Gedenkstein für die im dortigen US-Kriegsgefangenenlager umgekommen deutschen Soldaten eine würdige Gedenkfeier stattgefunden. Es war ein bewegender Moment, als der Trompeter die Melodie "Amazing Grace" spielte, dann der Männerchor Eintracht Alpsray unter der Leitung von Wolfgang Pitas mit dem Lied "Über den Sternen" einsetzte.
Merrit Drucker, Major a.D. der US-Armee, war aus den Vereinigten Staaten gekommen. Er hatte zu dieser Gedenkfeier eingeladen, um sich für die Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten stellvertretend zu entschuldigen. Sein Anliegen ist es, den wenigen überlebenden Veteranen und deren Angehörigen sein persönliches Bedauern auszudrücken über die grausame Behandlung, die sie und Tausende von Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern erdulden mußten. Zudem möchte er, daß Washington anerkennt, welche Schuld die US-Regierung seinerzeit auf sich geladen hat, indem sie die unmenschlichen Bedingungen zuließ, beziehungsweise schuf, unter denen sie die deutschen Kriegsgefangenen dahinvegetieren ließ.
Man hatte ihnen die nach der Genfer Konvention zustehenden Rechte der Kriegsgefangenen aberkannt und führte sie statt dessen als "Disarmed Enemy Forces" (DEF, Entwaffnete feindliche Streitkräfte). So glaubte man, das Recht zu haben, sie jeder nur erdenklichen Qual und Demütigung auszusetzen wie Tortur, Hunger, Durst, Spießrutenlaufen und monatelanges Verweilen unter freiem Himmel bei strömendem Regen oder in Gluthitze. Der kanadische Historiker James Bacque spricht in seinem Buch "Der geplante Tod" ("Other Losses") von mindestens 800.000 bis möglicherweise über eine Million verstorbener Kriegsgefangener in den zahlreichen alliierten Lagern.
Vielen Teilnehmern traten während Major Druckers Ansprache Tränen in die Augen, manchen im Andenken an ihre Kameraden, manchen "weil alles wieder hochkommt", wie einer der Veteranen es formuliert. Oberstleutnant a.D. Alfred Zips übersetzte die Rede ins Deutsche. Er war es auch, der sich um die Organisation der Veranstaltung gekümmert und die Gedenkstunde geplant hatte.
Duncan Wade war aus England gekommen, weil ihn das Schicksal des Großvaters seiner deutschen Ehefrau tief aufgewühlt hatte. Es war ihm ein Anliegen, von dessen Trauma durch die Gefangenschaft im Lager Rheinberg zu berichten. Er verhehlte nicht seinen Stolz darüber, daß sich die Situation im Lager nach der Übergabe an die Briten erheblich besserte.
Die letzte Rede hielt General a.D. Schultze-Rhonhof, in der er darauf hinwies, daß "deutsche Offizielle aus Politik, Kirchen und Bundeswehr sich scheuen, seine (Major Druckers) Entschuldigung öffentlich entgegenzunehmen" und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, "daß in Deutschland ein Mantel des Schweigens um die Geschichte der Rheinwiesenlager gelegt" werde. Er erklärte dies mit der Umerziehung (Gehirnwäsche) der Deutschen und der ihnen auferlegten Verpflichtung, die Sieger-Geschichtsschreibung als alleinverbindliche anzuerkennen und keine anderen Erkenntnisse zuzulassen.
Dazwischen erklang immer wieder die versöhnliche Musik des Trompeters und des Männerchors, die bei den Zuhörern eine schwer beschreibbare, teils schmerzliche, teils tröstliche Stimmung hervorrief.
Zuletzt begleitete das Lied "Ich hatt' einen Kameraden" die Kranzniederlegung durch General Schultze-Rhonhof, Oberstleutnant Zips, Major Drucker und Wade.
Die Schleife trug die Aufschrift "Unseren Kameraden".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/24-26): >>**1815, 1914 und heute**
_ von Willy Wimmer
Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger 1914 zerstörte die europäische Friedensordnung des Wiener Kongresses. 80 Jahre später wurde auf dem Balkan erneut die Stabilität auf dem Kontinent von Kugeln durchsiebt. Beide Mal war Großbritannien der heimliche

Nutznießer der Destabilisierung.
Hundert Jahre ist es her, daß in Sarajevo die Hoffnungen des Habsburger-Reiches förmlich zerschossen worden sind. Die Eindrücke, die uns in diesem Gedächtnisjahr 2014 vermittelt werden, werden intensiv sein. Man wird förmlich den Flug der Kugeln verfolgen können, die die Leben von Kronprinz Franz-Ferdinand und seiner Frau aus gelöscht haben. Wie sagte es doch einen Krieg später ein Spitzenmilitär der Wehrmacht, dem die Beteiligung am Attentat nahegelegt wurde: Es werde sich doch noch ein Hauptmann mit einer Pistole finden.
In Sarajevo hat man die jungen Leute gefunden, und sie hatten durchaus Gewissensbisse. Ihre Handlangerdienste sind aber der Hinweis darauf, daß es im Jahr des Gedenkens angebracht ist, sich über die Umstände und Hintergründe in angemessener Weise die Gewißheit zu verschaffen, die heute möglich ist.
Der englische Historiker John Keegan hat in *Die Schlacht um die Geschichte* eindrucksvoll klargemacht, wie wenig ein Kriegsende die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Geschehnisse beendet. Nach Sarajevo 1914 war das nicht anders. Oder wie soll man den Funkspruch werten, den das britische Geschwader nach Verlassen der "Kieler Woche" an seine Gastgeber von der kaiserliche Marine kabelte: "Freunde heute, Freunde morgen, Freunde für immer."
Das war einen Tag nach den tödlichen Schüssen am 28. Juni 1914 in Sarajevo und wenige Wochen vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten. Perfides Täuschen oder die Hoffnung, die Pläne, die sich in der eigenen Schublade befanden, nicht umsetzen zu müssen? Scharen von Historikern werden jeden Stein wenden, der mit diesem Krieg verbunden ist. Sie machen es sich hoffentlich nicht so leicht wie jener geistliche Redner an der Gefallenengedenkstätte der Bundeswehr auf dem Gelände des Bendlerblocks in Berlin, als er anläßlich der Einweihung eines Mahnmals großzügig Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg beimaß.

Friedensarchitekt Metternich

Sarajevo 1914 war gleichsam der Endpunkt einer Entwicklung, die fast einhundert Jahre zuvor begonnen hatte: im Jahr 1815, nach einem Krieg, von dem jeder in Europa hoffte, niemals mehr werde sich dieses Maß an Vernichtung vor allem in Mitteleuropa wiederholen. Diese Hoffnung, die auf dem Wiener Kongreß 1815 zum Ausdruck kam, war nicht nur die Konsequenz des Wütens der französischen Heere, die Europa in Schutt und Asche gelegt hatten. Denn als das Verhängnis Napoleon um 1800 über Europa hereingebrochen war, hatte sich das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" gerade erst von den Verlusten des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) erholt, der in vielen Gebieten die Bevölkerung bis zu 75 Prozent vernichtet und im Allgemeinen fast der Hälfte der Deutschen den Tod gebracht hatte.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die angelsächsische Propaganda nicht verändert.

Das sollte nie mehr geschehen, und so erklären sich die Beschlüsse des Wiener Kongresses, die den friedlichen Ausgleich von Interessen und die Verhinderung künftiger Kriege zum Inhalt hatten.
Die 1815 geschmiedete "Heilige Allianz", untrennbar mit dem Namen des österreichischen Außenministers Fürst Clemens von Metternich verbunden, war durch und durch modern. Vom besiegten Frankreich wurde nicht die bedingungslose Kapitulation ("unconditional surrender") gefordert. Nein, der Kongreß nahm Frankreich gleichberechtigt in den Kreis der Siegermächte auf. Auch die Vorschläge des Zaren über die internationale Zusammenarbeit wurden in Wien übernommen.
Metternich, das war das Bekenntnis zur europäischen Rechtsordnung und damit zum Völkerrecht, wie es sich gerade nach dem Westfälischen Friedensschluß von 1648, nach den Verträgen von Münster und Osnabrück entwickelt hatte. Damit war für das Jahrhundert nach dem Wiener Kongreß festgeschrieben: Sollte es nicht möglich sein, durch Zusammenarbeit und Ausgleich den Frieden in Europa zu sichern, waren die Generalstäbe der mitteleuropäischen Staaten immerhin gezwungen, Kampfhandlungen auf deutschem Territorium zu vermeiden,

um einen verheerenden Flächenbrand auch auf dem Rest des Kontinents zu verhindern.

Divide et impera

Metternich, der russische Zar und die anderen Staatsmänner auf dem Wiener Kongreß - sie waren Helden, weil sie uns Europäern das Schicksal ersparen wollten, erneut in verheerenden Kriegen hinweggerafft zu werden. Sie hatten allerdings die Rechnung ohne England gemacht, das sich außerstande sah, dem Gedanken des friedlichen Interessenausgleichs und damit der "Heiligen Allianz " beizutreten. Schließlich hatte London über Jahrhunderte auf dem Kontinent ein stehendes englisches Heer unterhalten, mit dem sich so trefflich die eigenen Interessen durchsetzen ließen.

Die Erfahrungen aus dieser Periode besagten: Ein Ausgleich auf dem Kontinent war schlecht für die britische Dominanz, ein Kontinentalblock sogar verheerend.

Bei der Suche nach Möglichkeiten für die Spaltung Europas wurden britische Diplomaten auf dem Balkan fündig, wo sich im 19. Jahrhundert die christlichen Untertanen gegen die Besatzungspolitik des osmanischen Sultans wehrten. Die Kampfbegriffe der damaligen Zeit kommen uns seltsam modern vor.

Überall dort, wo England in Südosteuropa die Initialzündung vornahm, um die Völker für englische Interessen gegeneinander zu treiben, war von "Schutzverantwortung" und auch "humanitärer Intervention" die Rede. Als es 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ging, mußte man in Washington nicht einmal etwas Neues erfinden, um dem eigenen Tun den Mantel der Scheinlegitimation umzuhängen.

Schon vor 150 Jahren waren diese Begriffe geeignet gewesen, Anhänger hinter sich zu scharen, die interessierte Presse auf die eigene Seite zu ziehen und den Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken.

Henry Kissinger, Madeleine Albright und ihre Anhänger mußten 1999 nur auf den Fundus des britischen Imperialismus zurückgreifen, um dem US-gesteuerten Faustrecht quasi legale Völkerrechtsstrukturen aufzuschminken. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird das heute im digitalen Idiom wiederholt: Man schreibt dort von R2P, Responsibility to Protect (Schutzverantwortung), wenn man einer NATO-Intervention das humanitäre Mäntelchen umhängt. Wie die Vereinten Nationen und vor allem die blockübergreifende OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am Ende des 20. Jahrhunderts konnte auch die "Heilige Allianz" in diesem aggressiven Milieu nicht überleben - und das war gewollt. Die Schüsse von Sarajevo galten irgendwie Metternich und seinem Friedensprojekt.

Euroshima

Noch bis in die 1980er Jahre war die Angst vor einer Vernichtung Mitteleuropas manifest, wie sich in der berühmten "Petition Schneider" zum unbegrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa zeigte. In dieser Petition an den Bundestag hatte der Leiter der Rechtsabteilung des Bonner Verteidigungsministeriums, Reinhard Schneider, 1984 darauf aufmerksam gemacht, daß die einschlägigen Rot-Kreuz-Abkommen das nukleare Austoben in Mitteleuropa erlaubten - nur westlich der deutschen Grenze war der Atomwaffeneinsatz als völkerrechtswidrig geächtet.

Es war der Horror vor diesem Szenario, der den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl im Frühjahr 1989 veranlaßte, die NATO-Übung Wintex/Cimex zu verlassen, weil schon das Planspiel den atomaren Untergang Deutschlands postulierte.

Krieg auf dem Balkan

Eine ferne Zeit? Gewiß nicht, denn es jährt sich 2014 nicht nur zum hundertsten Mal der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sondern zum fünfzehnten Mal auch der NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Dabei war doch die Konferenz von Paris 1990 ein Fanal der Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges gewesen. Alle Verantwortlichen hatten alles eingesehen und auch begriffen. Es führte kein Weg mehr an Zusammenarbeit vorbei, und das war auf dem festen Fundament der Ost-West-Abkommen von Helsinki (Schlußakte der KSZE - Konferenz über Si-

cherheit und Zusammenarbeit in Europa - von 1975) machbar gewesen. Deutschland war wieder vereint, Abrüstung war angesagt, Friedensdividende möglich. Wohin man blickte, Völkerrecht überall.
Die Konzepte, wie es besser gemacht werden konnte, jagten einander. Heute, wo bei zukunftsweisenden Konzepten Grabesstille herrscht, mutet das verwegen an.
R2P ist das neumodische Kürzel für NATO-Intervention.
Man hätte hellhörig werden müssen, als Henry Kissinger international, aber auch in großen deutschen Zeitungen, die völlige Abkehr von der in Europa bestehenden Völkerrechtsordnung forderte.
Schon in den Jahren nach 1990 hatten die USA, im Verbund mit Großbritannien, die damalige KSZE (die heutige OSZE) lahmgelegt. Nichts sollte sich mehr entwickeln, weil Zusammenarbeit auf dem Kontinent den eigenen Manövrierraum und die globalen Interessen der Amerikanisierung schmälerte. Wohin sollten die KSZE und EU-Europa für die USA führen? Man übernahm statt dessen Verhaltensweisen, wie sie die inzwischen verschwundene UdSSR praktiziert hatte. Bei der Konferenz der Ostsee-Anrainer wollten die USA mit am Tisch sitzen. Kein Wort sollte zwischen Staaten gewechselt werden ohne Kenntnis der USA! Mitgliedschaft bei der Rhein-Main-Donau-Konvention?
Nichts wie her für die USA. Es war faszinierend.
Aber ein Meisterstück mußte noch her, um die Völkerrechtsordnung für Europa zu beseitigen und dem Faustrecht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Als die amerikanische Außenministerin Albright 1999 Freischärler-Führer der kosovo-albanischen Untergrundarmee UCK öffentlich herzte, war der europäische Frieden suspendiert. Da brauchten die Bomben auf Belgrad, Bagdad oder Kabul erst gar nicht zu fallen. Mit Zusammenarbeit hatte man das Ende des Kalten Krieges erreicht, um anschließend dem Faustrecht und dem Krieg wieder Tür und Tor zu öffnen. Da war Metternich von anderem Kaliber.
_ Willy Wimmer, Jahrgang 1943, trat 1958 in die CDU ein und war von 1976 bis 2009 Abgeordneter des Bundestages. Von 1988 bis 1992 war er als Staatssekretär für Verteidigung Mitglied der Bundesregierung. Neuerscheinung im September 2014: "Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure von 1914 bis heute" von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer (Zeitgeist-Verlag …).<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Mai 2015: >>**Zweiter Weltkrieg: So grausam wüteten die Amerikaner**
BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen.
Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige *ZDF*-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten. "Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.
190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten
Renz und Harlfinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harflinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten

Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele Leben gerettet."
Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.
"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg", ZDF, 5. Mai, 20.15 Uhr.<<
Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 1. November 2016: >>**"Über Grenzen"**
… Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?
taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?
Hans Rösner: Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.
taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?
Hans Rösner: Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.
taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?
Hans Rösner: Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Niedersachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.
taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?
Hans Rösner: Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.
taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.
Hans Rösner: Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.
Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes
taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.
Hans Rösner: Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<